Kulturpolitik der Rheinischen Provinzialverwaltung 1920 bis 1945

Tagung am 18. und 19. Juni 2018

im
LVR-LandesMuseum Bonn

in Kooperation mit dem
LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte

Kulturpolitik der Rheinischen Provinzialverwaltung 1920 bis 1945

BEIHEFTE DER BONNER JAHRBÜCHER

LVR-LandesMuseum Bonn

und

Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande

Band 59

Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande

LVR Qualität für Menschen

Kulturpolitik der Rheinischen Provinzialverwaltung 1920 bis 1945

Tagung am 18. und 19. Juni 2018

im
LVR-LandesMuseum Bonn

in Kooperation mit dem
LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte

Wissenschaftliche Buchgesellschaft
Philipp von Zabern
Darmstadt

VIII und 204 Seiten, 32 Schwarzweißabbildungen, 3 Farbabbildungen

Den Kongress sowie den Druck dieser Kongressakten unterstützte
der Landschaftsverband Rheinland.

Es gelten die redaktionellen Richtlinien der Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte.
Wir danken der Zeitschrift für ihre Unterstützung.

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie (http://dnb.d-nb.de).

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright Landschaftsverband Rheinland, LVR-LandesMuseum Bonn 2019
Redaktion: Olaf Dräger und Kim Bureš-Kremser unter Mitarbeit von Wolfgang Schmitz-Luck
Satz: Michaela Bielawski, publish4you, 51766 Engelskirchen
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN: 978-3-8053-5222-2

Inhalt

IX *Milena Karabaic*
Grußwort

XI *Gabriele Uelsberg*
Vorwort

1 *Karl Ditt*
Der Auftrag als Erbe
Die Kulturpolitik der preußischen Provinzialverbände und ihrer Nachfolger

13 *Wolfgang Franz Werner*
Die kulturellen Aktivitäten des rheinischen Provinzialverbandes

25 *Thomas Müller*
Wolfgang Ispert und die Abteilung Grenzland
Ein hybrider Akteur zwischen rechtsradikalem Aktivismus, provinzialer Volkstumspolitik und verdeckter Außenarbeit des Sicherheitsdienstes der SS jenseits der Westgrenze

35 *Wolfgang Schaffer*
Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz 1929 bis 1945

49 *Helmut Rönz*
Zwischen Kooperation und Expansion
Die Provinzialverwaltung und die Universität Bonn 1920 bis 1945

59 *Hans-Werner Frohn*
Von der ›rheinischen Lösung‹ zur Gleichschaltung
Natur- und Landschaftsschutz in den preußischen Rheinlanden 1909 bis 1949

69 *Thomas Otten*
Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz
Eine bürgerschaftliche Institution zwischen 1920 und 1945

73 *Esther Heyer*
Der Provinzialkonservator Franziskus Graf Wolff Metternich
Denkmalpflege und Kunstschutz im Rheinland und in Frankreich

85 *Jürgen Merten*
Der Große Trier-Plan der rheinischen Kulturverwaltung
Die Via Triumphalis Archaeologica und das Großmuseum im Kurfürstlichen Palast

111 *Bettina Bouresh*
Das Rheinische Landesmuseum Bonn bis 1945
Vereinnahmung? Widerstand?

119 *Kim Bureš-Kremser*
Gemäldeerwerbungen des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1933 bis 1945

129 *Winfried Schmitz*
Vom Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande zur Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums in Bonn

139 *Susanne Haendschke*
»Herkunft: Dr. Neuffer, Paris«
Anmerkungen zu ausgewählten Erwerbungen der Bibliothek des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1940 bis 1944

151 *Johannes Gramlich*
»Die Aufteilung der Beute«
Die Sammlung Fritz Thyssen und die Museen der Rhein-Ruhr-Region im Nationalsozialismus

159 *Stefan Kraus*
»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!«
Konkurrierende Konzepte der Museumspolitik in der Rheinprovinz im Spannungsfeld von Zentralisierungs- und Dezentralisierungsbestrebungen

169 *Britta Olényi von Husen und Marcus Leifeld*
Das Wallraf-Richartz-Museum
Ein rheinisches Kunstmuseum in der Zeit des Nationalsozialismus

177 *Katrin Hieke*
Vom Rheinischen Museum zum Haus der Rheinischen Heimat
Ein vergessenes Stück Museumspolitik in Köln 1925 bis 1956

189 Auswahlbibliographie

Abkürzungen

ALVR	Archiv des Landschaftsverbands Rheinland, LVR - Archivberatungs- und Fortbildungszentrum Pulheim
Archiv des AV	Archiv des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande, als Depositum im ALVR
BArchK	Bundesarchiv Koblenz
BATr	Bistumsarchiv Trier
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HA StK	Historisches Archiv der Stadt Köln
LMB	LVR - LandesMuseum Bonn
LVR	Landschaftsverband Rheinland
NL FGWH	Nachlass Franziskus Graf Wolff Metternich im im Archivdepot der Vereinigten Adelsarchive im Rheinland e.V.
RLMT	Rheinisches Landesmuseum Trier, Museumsarchiv
StAD	Stadtarchiv Düsseldorf
StAT	Stadtarchiv Trier
TKA	ThyssenKrupp Konzernarchiv
VA LWL	Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
Trierer Zeitschrift	Trierer Zeitschrift für Geschichte und Kunst des Trierer Landes und seiner Nachbargebiete
Bonner Jahrbücher	Bonner Jahrbücher des LVR-Landesmuseums Bonn und des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland sowie des Vereins von Altertumsfrenden im Rheinlande, historische Namen vgl. journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/bjb/about/history

Milena Karabaic

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie im LVR-LandesMuseum Bonn zur Tagung ›Kulturpolitik der Rheinischen Provinzialverwaltung 1920 bis 1945‹ begrüßen zu dürfen.

»Der Landschaftsverband Rheinland stellt sich seiner Geschichte in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts« – Seit vielen Jahren begleitet uns dieser Leitsatz nun schon.

Begonnen wurde die Aufarbeitung der Geschichte des Provinzialverbandes, dessen Aufgaben nach 1945 im Wesentlichen vom Landschaftsverband Rheinland übernommen wurden, bereits in den achtziger Jahren mit der Erforschung und Dokumentation der Rolle der Psychiatrie in der NS-Zeit.

Inzwischen kann man eine Vielzahl von Projekten benennen, die derzeit in Arbeit sind oder deren Ergebnisse als Ausstellungen, Veranstaltungen oder Publikationen der Öffentlichkeit bereits zur Verfügung gestellt wurden und werden. Dabei ging es zum einen immer wieder um die Geschichte der Psychiatrie und um die Opfer von Euthanasie und Zwangsarbeit. So konnte etwa noch vor wenigen Wochen die Studie ›Gestörte Kindheiten‹ von Silke Fehlemann und Frank Sparing über die Alltags- und Lebensverhältnisse der Kinder in psychiatrischen Einrichtungen sowie die Entstehung der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgestellt werden. Im Rahmen der Veranstaltung hat unsere Landesdirektorin, Ulrike Lubek, im Namen des Landschaftsverbandes bei den betroffenen Menschen für das schwere Leid, das sie erfahren haben, offiziell um Entschuldigung gebeten.

Der Landschaftsverband Rheinland stellt sich seiner Geschichte – das gilt für alle Sachgebiete, Dezernate und Akteure. So wurde zum Beispiel im Oktober 2016 nach langjähriger Forschung die Publikation von Thomas Roth und Uwe Kaminsky mit dem Titel ›Verwaltungsdienst, Gesellschaftspolitik und Vergangenheitsbewältigung nach 1945‹ über die NS-Vergangenheit von Udo Klausa veröffentlicht, den Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland von 1954 bis 1975.

Ein weiteres wichtiges Thema des Kulturdezernats stellt die Provenienzforschung dar. Seit vielen Jahren schon findet im LVR-LandesMuseum die Untersuchung der Sammlung auf verfolgungsbedingt entzogene Kunstwerke der NS-Zeit statt. Die Provenienzforschung haben wir darüber hinaus im Fachbereich Regionale Kulturarbeit durch ein zweijähriges Projekt gestärkt. Dabei werden in Kooperation mit dem LWL-Museumsamt in Westfalen Bedarf und Problemfelder innerhalb der Museumslandschaft eruiert, insbesondere bei den kleineren und mittleren Sammlungen jeglicher Art, um ein Konzept zu entwickeln für die weitere Vorgehensweise und Bedürfnisse speziell in NRW. Zum Auftakt haben wir im vergangenen Oktober im LVR-LandesMuseum die Veranstaltung ›Provenienzforschung in NRW. Bedarfe, Strukturen, Perspektiven‹ durchgeführt.

Als eine weitere wichtige Publikation der letzten Jahre ist der 2013 von Jürgen Kunow, Thomas Otten und Jan Bemmann herausgegebene Tagungsband ›Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945‹ anzusehen, in dem die Beiträge des großen Kongresses zur Rolle der Archäologie und der Bodendenkmalpflege im Rheinland im Forum Vogelsang IP der ehemaligen Ordensburg zusammengefasst erschienen sind. Ausgerichtet wurde die Tagung 2012 vom LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland sowie vom Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW und von der Abteilung Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie der Universität Bonn.

Auf dieser Tagung in der Eifel wurde deutlich, dass die vor- und frühgeschichtliche Archäologie mit ihren vielfältigen Facetten in der Wissenschaft, in der Forschung, in der musealen Präsentation sowie in der praktischen Bodendenkmalpflege eine sehr wichtige Rolle im Nationalsozialismus spielte. Sie stand im Fokus sowohl der Ideologen des SS-Ahnenerbes als auch des ›Amtes Rosenberg‹. Die vor- und frühgeschichtliche Archäologie wurde im NS-Staat – und so auch von der rheinischen Provinzialverwaltung – aus ideologischen Gründen stark gefördert. Denn von dieser Wissenschaft erwartete man ideologisch passende Ergebnisse. Zuständig für die Archäologie und die Bodendenkmalpflege mit den beiden großen Museen in Bonn und Trier war die Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung, die offiziell seit 1934 unter der Leitung des Nationalsozialisten und SA-Mannes Hans Joachim Apffelstaedt stand.

Am 11. April 1933 war der Nationalsozialist Heinrich Haake als Nachfolger des im Februar verstorbenen Johannes Horion vom Provinziallandtag zum Landeshauptmann der Rheinprovinz bestimmt worden. Schon in seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe der Zeitschrift ›Die Rheinprovinz‹ bekundete er, er habe es sich mit der Übernahme seines Amtes »zur selbstverständlichen nationalsozialistischen Pflicht gemacht, alles daran zu setzen, alle Kräfte in der Provinzial-Verwaltung zur Mitarbeit im nationalsozialistischen Sinne zusammenzufassen«.

Besonderes Interesse zeigte Haake für die Kulturpolitik, vor allem in Form einer nationalsozialistisch begriffenen Heimatpflege. Im Jahr 1933 übernahm er die Leitung des Deutschen Heimatbundes und wurde 1937 zudem Vorsitzender des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz. Zur Stärkung der sogenannten Volkstumsarbeit im benachbarten westlichen Ausland richtete er das Grenzlandamt der Provinzialverwaltung ein. Im Jahr 1935 stiftete die Provinz den Rheinischen Literaturpreis, der bis weit in die Kriegszeit hinein an Schriftsteller aus dem Rheinland verliehen wurde, die den nationalsozialistischen Vorstellungen landschaftsgebundener und systemtreuer Literatur entsprachen. Konservativ genealogischen wie rassistischen Zielsetzungen entsprachen das 1941 gegründete Rheinische Landessippenamt und das im gleichen Jahr von der Provinz übernommene Rheinische Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung an der Universität Köln.

Die heutige Tagung stellt nun einen weiteren wichtigen Baustein dar in der Aufarbeitung der Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Schon im Forum Vogelsang IP wurde nämlich klar, dass die Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung durchaus noch zahlreiche andere Aufgaben hatte als die Archäologie und auch andere Schwerpunktsetzungen vornahm:

Denkmalpflege und Heimatpflege, Natur- und Landschaftsschutz, die Heimat- und Geschichtsvereine, die rheinischen Museen, die Archivberatung sowie auch andere Geisteswissenschaften wie die Kunstgeschichte und die Volkskunde gehörten zu den Sachgebieten, in denen neben der Archäologie und der Bodendenkmalpflege die Einflüsse der Provinzialverwaltung feststellbar sind.

Es stellte sich also die Frage, welche Schwerpunkte in der rheinischen Kulturpolitik in der Weimarer Republik sowie unter der nationalsozialistischen Herrschaft gesetzt wurden und welche Rolle die Museen spielten. Wo zeigte sich die Einflussnahme der Provinzialverwaltung auf andere Institutionen, und wie funktionierte politische Instrumentalisierung im Nationalsozialismus? Und wer waren die damaligen Akteure?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurde das Projekt zur Aufarbeitung der Kulturpolitik der Rheinischen Provinzialverwaltung von 1920 bis 1945 auf den Weg gebracht.

Unsere heutige Tagung wird also Aspekte der kulturpolitischen Aktivitäten der ehemaligen Provinzialverwaltung in der Zeit des Nationalsozialismus beleuchten und zur Diskussion stellen. Das heißt aber auch, sie immer wieder auch auf ihren Werdegang zu hinterfragen, wie und ob sie sich von der Zeit der Weimarer Republik unterschied, aus deren Strukturen sie sich entwickelt hat.

Beleuchten heißt aber auch, dass Schatten deutlich werden: Wo wissen wir noch nicht genug?

Wir streifen hier übrigens ein Thema, dass auch im nächsten Jahr mit dem Jubiläum des ›Bauhaus‹ eine Rolle spielen wird: Verbinden wir doch die Gründung des Bauhaus mit dem Entstehen der Weimarer Republik und fragen nach deren Geschichte im Westen Deutschlands.

Und natürlich müssen wir uns die Frage stellen, wie es nach 1945 eigentlich weiterging. Der nationalsozialistische Landeshauptmann Haake und der nationalsozialistische Kulturreferent Apffelstaedt waren beide tot. Die meisten anderen der Akteure aber kehrten nach dem Krieg in ihre alten Positionen zurück. Sie alle haben hinsichtlich der rheinischen Kulturpolitik Strukturen geschaffen, die auch in der Nachkriegszeit ihre Auswirkungen hatten.

Seit einer ersten Zusammenkunft der Fachleute bei einer Auftaktveranstaltung im Herbst 2014 wurde an einer Übersicht der bereits erfolgten Forschungsleistung auf diesen Gebieten gearbeitet.

Ich möchte hier allen Beteiligten herzlich danken: Herrn Dr. Becker, dem Leiter des Archivs der Universität Bonn, Frau Dr. Gansohr vom LVR-LandesMuseum Bonn, Herrn Dr. Schaffer vom Archiv des Landschaftsverbandes in Brauweiler und Herrn Mölich vom Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte. Hervorheben möchte ich des Weiteren die konstruktive Zusammenarbeit im weiteren Verlauf der Vorbereitungs- und Forschungsarbeiten zwischen dem Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte und dem LVR-LandesMuseum.

Zur Bearbeitung des Projektes wurden fachkundige Referenten gewonnen, die ich heute hier besonders begrüßen möchte. Ihnen allen sei gedankt für Ihre Unterstützung dieses Projektes! Sie werden uns heute und morgen ihre Forschungsergebnisse vorstellen, und sie werden uns aber auch ganz sicher Anregungen und Anstöße für weitere vertiefende Forschungen und Diskussionen geben. Die Beiträge werden übrigens nach unserer Tagung veröffentlicht.

Wir freuen uns auf Ihre Vorträge!

Gabriele Uelsberg

Vorwort

[Der Beitrag ist aus urheberrechtlichen Gründen nicht online.]

Karl Ditt

Der Auftrag als Erbe

Die Kulturpolitik der preußischen Provinzialverbände und ihrer Nachfolger

Der Preußische Staat ließ während der siebziger und achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts für die Provinziallandtage in seinen zwölf Provinzen Provinzialverbände, das heißt höhere Kommunalverbände gründen.[1] Zugleich sollten die Abgeordneten nicht mehr durch die Stände, sondern durch Vertreter der Kreise und kreisfreien Städte gewählt werden. Mit dieser Stärkung der Exekutive und der Entfeudalisierung der provinziellen Selbstverwaltung hoffte der Staat mehrere Ziele zu erreichen. Die Provinzen sollten territorial stärker integriert, der Kolonialcharakter der preußischen Herrschaft gerade für die westlichen Provinzen gemildert, die Bevölkerung zu einem größeren politischen Engagement angeregt, schließlich auch die Provinz- und die Preußenidentität gestärkt werden. Im Einzelnen übertrug er den Provinzialverbänden Aufgaben der Infrastrukturbildung, Sozialfürsorge, Gesundheitsversorgung und Kulturpflege. Sie zählte er nicht zum Kern seiner Politik; zudem könnten sie rationeller und kostengünstiger regional als lokal erfüllt werden. Zur Aufgabenbewältigung stattete er die Verbände mit jährlichen Dotationen aus und gab ihnen das Recht, eine Umlage unter ihren Mitgliedskörperschaften zu erheben.

Im Falle der Kulturpflege glaubten die Staatsvertreter, dass gerade Selbstverwaltungsorganisationen aufgrund ihrer bodenständigen Beamtenschaft und Bürgernähe die kulturellen Aktivitäten in der Provinz am besten erkennen und fördern könnten. Im Einzelnen wurden sie für die »Leistung von Zuschüssen für Vereine, welche der Kunst und Wissenschaft dienen, desgleichen für öffentliche Sammlungen, welche diese Zwecke verfolgen, [für die] Erhaltung und Ergänzung von Landesbibliotheken […] [sowie für die] Unterhaltung von Denkmälern« zuständig.[2] Über diesen differenzierten Auftrag hinaus, der sich verfassungspolitisch teils als Unterstützung der Interessen der regionalen (bürgerlichen) Bevölkerung, teils als mittelbare regionalübergreifende Staatsverwaltung charakterisieren lässt und der inhaltlich als Pflege der hochkulturellen Überlieferung in der Provinz zusammengefasst werden kann, erhielten die Provinzialverbände im Jahre 1890 das Recht, »ähnliche, im Wege der Gesetzgebung festzustellende Zwecke« zu übernehmen, das heißt, sich neue Aufgaben zu erschließen.

Auf der einen Seite gaben diese Übertragungen und Ermächtigungen den Provinzialverbänden Rechte und eine gewisse Dispositionsfreiheit. Auf der anderen Seite beinhalteten sie die Gefahr, dass sie in der Provinzialbürokratie und in der regionalen Gesellschaft Prozesse der Selbstbewusstwerdung in Gang setzten, die über die provinzielle Identitätsstiftung hinaus weitere Kompetenzforderungen zu Lasten des Staates hervorrufen konnten. Was machten die Provinzialverbände, die bis zum Ende des Dritten Reiches existierten, aus dem kulturellen Auftrag und der Generalermächtigung? Welche kulturellen Akzente setzten die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, die einzigen Nachfolgeorganisationen der preußischen Provinzialverbände, in der Bundesrepublik? Diese Leitfragen sollen für ein Jahrhundert regionaler Kulturpflege von den 1870ern bis in die 1970er Jahre beantwortet werden.

[1] Vgl. generell Wilhelm Zimmermann, Die Entstehung der provinziellen Selbstverwaltung in Preußen 1848–1875, Berlin 1932, Nachdruck 1965; Kurt Jeserich, Die preußischen Provinzen. Ein Beitrag zur Verwaltungs- und Verfassungsreform, Berlin-Friedenau 1931; Otto Müller-Haccius, Die preussischen Provinzialverbände im Gefüge des Dritten Reiches, Stuttgart 1936; Hans-Joachim Behr, Die preußischen Provinzialverbände. Verfassung, Aufgaben, Leistung, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 11–44.

[2] Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, Berlin 1875, S. 497 ff. Vgl. generell zum Thema Gisela Mettele / Andreas Schulz (Hrsg.), Preußen als Kulturstaat im 19. Jahrhundert, Paderborn 2015, in dem die Kulturpolitik der preußischen Provinzialverbände jedoch nicht vorkommt.

Die Provinzialverbände bis zum Ende des Dritten Reichs

Während sich die Kulturpolitik des Kaiserreichs darauf richtete, zahlreiche Formen der Repräsentation der Monarchie und des Reichs, vor allem nationale Feierlichkeiten und Denkmäler zu entwickeln und die deutsche Kultur dem Ausland zu präsentieren,[3] wollten seine Länder und Kommunen eine kulturelle Infrastruktur mit professionellen Aufführungs-, Sammlungs- und Präsentationsstandards einrichten und das zeitgenössische kulturelle Leben anregen. Dazu förderten sie vor allem die Künste und die Wissenschaften, weil sie als Kern der Kultur galten.[4]

Im Land Preußen übernahmen die Provinzialverbände einen Großteil dieser Aufgaben. Sie setzten im Auftrage des Staates Provinzialkommissionen und Provinzialkonservatoren ein, um intensiver, als es dem Staatskonservator von Berlin aus möglich war, die Bau- und Kunstdenkmäler zu inventarisieren, zu restaurieren und zu schützen. Darüber hinaus unterstützten sie vor allem überlokale Kultur- und Wissenschaftsorganisationen, um die begrenzten Mittel nicht zu zersplittern. Schließlich gründeten sie auch Landesmuseen für Kunst, Geschichte, Archäologie oder Naturkunde, um die zumeist von Vereinen gesammelten historisch-naturkundlichen Zeugnisse und Kunstwerke aus der Provinz zentralisiert und professionell präsentieren zu können. Diese kulturpolitischen Maßnahmen der Provinzialverbände waren vielfach singulär, das heißt ohne inhaltlichen regionalen Zusammenhang und ohne flächendeckenden Anspruch. Ihre Gemeinsamkeiten lagen vor allem darin, dass sie sich zumeist auf Elemente der Hochkultur der Vergangenheit richteten.[5] Die Subventionierung der zeitgenössischen kulturellen Moderne erfolgte dagegen nur marginal, die Unterstützung der Kultur der Arbeiterbewegung und der Kirchen, der Volkskultur und der entstehenden Massenkultur war ganz ausgeschlossen.

In der Weimarer Republik stärkte der Preußische Staat die Stellung der Selbstverwaltung in seinen Provinzen, sollte die Erneuerung des Reiches doch von der regionalen Ebene ausgehen.[6] Insbesondere wurden jetzt die Abgeordneten der Provinziallandtage nicht mehr von Stadt- und Kreisvertretern gewählt, die wiederum aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangen waren, sondern sie wurden jetzt direkt von der Bevölkerung bestimmt. Zugleich erweiterte sich das gesellschaftliche Kulturverständnis. Zu der traditionellen elitären Auffassung, dass die nationale Kultur im Wesentlichen durch Spitzenleistungen der großen Geister bestimmt werde, trat seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts die konträre, gleichsam demokratische Vorstellung, dass die nationale Kultur im Wesentlichen durch die deutschen Stämme und ihr Volkstum bestimmt werde, die ihre Wurzeln in germanischer Zeit hätten. Angesichts dieses politisch-kulturellen Rückenwindes boten sich der Kulturpolitik der Provinzialverbände drei generelle Zielsetzungen an: Erstens konnten sie das Spektrum ihrer Beihilfen und Kultureinrichtungen sachlich und räumlich ausdifferenzieren: Dies war wohl der am häufigsten gewählte Weg. Zweitens konnten sie die Zielsetzung des Reiches aufnehmen und ihre Kulturpolitik stärker in den Dienst des Nationalgedankens stellen. Diesen Weg wählten vor allem die Provinzialverbände an der Ostgrenze des Reiches, indem sie durch eine besonders hohe Subventionierung der Wandertheater, -orchester und -bibliotheken das Gefühl und Bewusstsein der Zugehörigkeit der deutschen Bevölkerung in den abgetrennten oder von Abtrennung bedrohten Gebieten zum Reich stärken wollten.[7] Drittens konnten sie über den staatlichen Auftrag hinaus eine eigenständige Kulturpolitik entwickeln.

[3] Vgl. Charlotte Tacke, Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995; Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932, Köln 1976; ders. / Wolfgang Link (Hrsg.), Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Struktur. Referate und Diskussionen eines interdisziplinären Symposiums, Köln 1981.

[4] Vgl. z. B. Thomas Adam, Die Kommunalisierung von Kunst und Kultur als Grundkonsens der deutschen Gesellschaft ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Das Beispiel Leipzig, in: Die alte Stadt 26 (1999), S. 79–99; Thomas Höpel, Von der Kunst- zur Kulturpolitik. Städtische Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich 1918–1939, Stuttgart 2007.

[5] Vgl. z. B. Landeshauptmann der Provinz Pommern (Hrsg.), Fünfzig Jahre Provinzialverband von Pommern, Stettin 1926, S. 83 ff.; Sechzig Jahre Hannoversche Provinzialverwaltung. Hrsg. v. Landesdirektorium, Hannover 1928, S. 302 ff.; Hermann Giesau, Geschichte des Provinzialverbandes von Sachsen 1825–1925, Merseburg 1926, S. 277 ff.; Provinzialausschuß von Niederschlesien (Hrsg.), Die provinzielle Selbstverwaltung von Schlesien 1876 bis 1925. Bearb. v. d. Oberbeamten der Provinzialverwaltung, Breslau 1927, S. 145 ff.; Kurt Adamy u. a., Der Provinziallandtag im Kaiserreich (1872/75–1914/18), in: ders. / Kristina Hübener (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 81–161, hier S. 111 ff. Vgl. generell Karl Friedrich Kolbow, Die Kulturpflege der Preussischen Provinzen, Stuttgart 1937.

[6] Vgl. generell Reinhard Hendler, Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im demokratischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft, Köln 1984, S. 135 ff.

[7] Vgl. Kolbow, Kulturpflege (Anm. 5) S. 64 f.; Müller-Haccius, Provinzialverbände (Anm. 1) S. 54 f.; Behr, Provinzialverbände (Anm. 1) S. 38; Walther Laging, Der Provinzialverband der Mark Brandenburg. Entwicklung, Aufbau und Aufgaben, Potsdam 1940, S. 97; Gerhard Webersinn, Die Provinz Oberschlesien. Ihre Entstehung und der Aufbau der Selbstverwaltung, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 14 (1969), S. 275–329, hier S. 321 ff.

Dafür eignete sich etwa die Förderung der Volksbildung oder die Unterstützung der regionalen Stammes- und Volkstumsvorstellungen.

Die Ausrichtung auf die Volksbildung, um in demokratischem Sinne die Teilhabe an Bildung und Kultur zu erhöhen, erfolgte in der Regel nur am Rande: Sie blieb die Domäne der Städte und des Staates. Vielmehr wandten sich die Provinzialverbände, wenn sie ihrer Kulturpolitik ein inhaltliches Konzept zugrunde legten, der Zielsetzung zu, die historische Gemeinschaft der Bevölkerung und die Identität der Provinz zu begründen und zu stärken. Sie eröffnete Möglichkeiten der Entfaltung einer eigenständigen Kulturpolitik unabhängig von Kommunen und Staat.[8] Besonders geeignet dafür waren die Förderung des Heimatgedankens sowie der Stammes- und Volkstumskulturvorstellungen. Danach ging »das deutsche Volk« auf germanische Stämme zurück, die im Verlauf der Geschichte ein eigenes »Volkstum« und spezifische Stammeskulturen entwickelt hätten.[9] Sie würden sich in bestimmten Sitten und Gebräuchen, Sprache und Literatur, Lied und Tanz, Kunst und Architektur sowie Arbeits- und Lebensweisen äußern und hätten zu einem spezifischen Raum- beziehungsweise Heimatbewusstsein geführt. Dieser neoromantische Ansatz regionalisierte die Bevölkerung und sah dementsprechend die deutsche Kultur als ein Mosaik beziehungsweise einen »Zusammenklang«[10] regionaler Stammeskulturen. Für die Pflege und Verteidigung dieser Kulturen gegen die sogenannten nivellierenden Zivilisationsprozesse erschienen die staatlich beauftragten und aus der Selbstverwaltung der Bevölkerung hervorgehenden Provinzialverbände als besonders geeignet.

In den zwanziger Jahren führten Historiker, Geographen, Germanisten und Volkskundler diese Regionalkulturen nicht mehr nur auf Stämme, sondern auch auf Kulturräume zurück. Sie hätten sich aus den Überschneidungen der Verbreitungsgebiete von Mundart, Sitten, Siedlungs- und Hausbauformen, Verkehrs- und Kommunikationsbeziehungen, Rechtssetzungen und anderem mehr herausgebildet.[11] Derartige Kulturräume seien gleichsam Symbiosen von Mensch und Raum, Raumorganismen, die einen Prägefaktor sui generis für die ansässige und die zuwandernde Bevölkerung bilden sowie die regionale Kultur und das spezifische Raumbewusstsein stetig erneuern würden. Für eine provinzielle Kulturpolitik hatte der Stammes-, insbesondere aber der Kulturraumansatz, der den Stamm integrierte und facettenreicher war, große Vorteile. Der Kulturraum konnte in kulturellem Sinne als Basis der Regionalkultur, in emotionalem Sinne als »Heimat«, in politischem Sinne als »Landschaft« und in wissenschaftlichem Sinne als Untersuchungsgegenstand dargestellt werden. Daraus ließen sich mehrere Zielsetzungen ableiten: Der Kulturraum sollte in seinen Ursprüngen sowie dem Wandel und der Konstanz seiner räumlichen Ausdehnung nicht nur untersucht, erhalten und gepflegt, sondern darüber hinaus auch erneuert werden, das heißt die Kultur der Vergangenheit sollte zum Leitbild und Erziehungsziel für Gegenwart und Zukunft werden. Zudem lag es nahe, den politischen Raum mit dem Kulturraum zur Deckung zu bringen.

Vor allem der Provinzialverband Westfalen machte sich den Stammes- und Kulturraumansatz zunutze. Hier richtete 1923 der Landesrat Dr. Karl Zuhorn, ein

[8] Vgl. z. B. für die Provinz Sachsen Erhard Hübener / Thomas Klein (Hrsg.), Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten, Köln 1984, S. 208 f. 257 ff.; Matthias Tullner / Wilfried Lübeck (Hrsg.), Erhard Hübener – Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt. Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmanns und Ministerpräsidenten, Halle 2001, S. 19; Matthias Tullner, Die Entstehung der Konzeption von »Sachsen-Anhalt« und das Problem der föderalen Neugliederung Mitteldeutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 131 (1995), S. 305–329, hier S. 316 ff.

[9] Vgl. generell Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Karl Ditt, Zwischen Raum und Rasse. Die »moderne Landesgeschichte« während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Enno Bünz (Hrsg.), 100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006). Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen, Leipzig 2012, S. 161–195.

[10] Paul Schlemmer, Landschaftliche Kulturpflege, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 9 (1941), S. 79–81, hier S. 80.

[11] Das Ursprungswerk der Kulturraumforschung: Hermann Aubin / Theodor Frings / Josef Müller, Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Geschichte. Sprache. Volkskunde, Bonn 1926, Nachdruck Darmstadt 1966. Vgl. dazu Hermann Aubin, Gemeinsam Erstrebtes. Umrisse eines Rechenschaftsberichtes, in: ders., Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte aus viereinhalb Jahrzehnten anläßlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Verfassers, in Verbindung mit Ludwig Petry (Mainz) hrsg. v. Franz Petri, Bonn 1965, S. 100–124. Vgl. zur Kulturraumforschung Edith Ennen, Hermann Aubin und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34 (1970), S. 9–42, hier S. 27; Peter Schöller, Kulturraumforschung und Sozialgeographie, in: Aus Geschichte und Landeskunde. Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden und Schülern, Bonn 1960, S. 672–685; Günter Wiegelmann, Von der Detailkarte zum Kulturraum. Kriterien des kulturellen Gewichts, in: ders., Theoretische Konzepte der Europäischen Ethnologie, 2. Aufl. Münster 1995, S. 125–141; Alois Gerlich, Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme, Darmstadt 1986, S. 79 ff.; Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73–176, hier S. 73 f. 172 ff.

historisch-kulturell sehr interessierter Jurist, ein Kulturdezernat mit einer eigenen, »heimatbetonten Kulturpolitik« ein.[12] In anderen Provinzialverbänden verfolgten die Dezernenten zumeist keine eigenständige Kulturkonzeption, sondern beschränkten sich auf die Dienstaufsicht über die Kultureinrichtungen beziehungsweise die Bewilligung oder Verweigerung von Beihilfen. Erst seit der Mitte der dreißiger Jahre, nachdem die Landesdirektorenkonferenz der preußischen Provinzen einen Kulturausschuss gegründet hatte, richteten einige Provinzialverbände ein eigenes Kulturdezernat ein.[13] Aufgrund der Initiativen Zuhorns und seines kongenialen Nachfolgers Ernst Kühl[14] entwickelte sich die westfälische Kulturpflege vielfach zum Vorbild für die anderen Provinzialverbände – eine Funktion, die unter anderem dadurch anerkannt wurde, dass dem Landeshauptmann Westfalens die Veröffentlichung einer offiziösen Darstellung dieses Aufgabengebietes und Ende der dreißiger Jahre auch der ständige Vorsitz des Kulturausschusses der Provinzialverbände übertragen wurde.[15]

Der westfälische Provinzialverband baute in den zwanziger und dreißiger Jahren ein System der sogenannten »landschaftlichen Kulturpflege« auf.[16] Inhaltlich bedeutete das zunächst, die Kulturorganisationen und -institutionen des eigenen Provinzgebietes in ihrem Bestreben zu unterstützen, den eigenen Raum zu untersuchen und zu präsentieren. Allein damit leisteten sie einen wesentlichen Beitrag zur Identitätsstiftung eines Raumes, als dessen Vertreter sich der Provinzialverband verstand. Darüber hinaus griff der Provinzialverband aber auch eine traditionelle, auf Stereotypen beruhende Interpretation der Vergangenheit des »westfälischen Volkstums« und Raumes auf[17] und ließ sie weiterentwickeln, bezeichnete sie gleichsam als kulturelles Erbe mit einem verpflichtenden Auftrag zur Bewahrung für Gegenwart und Zukunft und versuchte ihr Resonanz, wenn möglich sogar Dominanz unter den vielfachen Interpretationsmöglichkeiten von Geschichte und Raum zu verschaffen. Dazu gehörten auch die Beeinflussung, die Übernahme oder die Gründung von Organisationen und Institutionen, die für diese Interpretation zuständig waren, vor allem der Orientierung gebenden landeskundlichen Kommissionen und Landesmuseen. Die Vertreter der prinzipiell unabhängigen, finanziell eigenständigen Universitäten und der Staatsarchive, die sich zum Teil mit dem regionalen Raum beschäftigten, waren schwerer beeinflussbar. Ihre Vertreter konnten teils auf dem Weg über die Kommissionen erfasst werden, in denen sie zumeist führend vertreten waren, teils durch eine gewisse Einflussnahme auf die Berufungspolitik. Gerade die Kommissionen konnten durch die Bereitstellung von Forschungsmitteln und geschäftsführendem Personal wenn nicht zu Forschungen in die gewünschte Richtung, so doch zumindest zur Zurückhaltung gegenüber spezifischen Interpretationen der Landeskunde beeinflusst werden. Zudem wurde politisch versucht, den ursprünglichen gesetzlichen Auftrag auszudehnen und absichern zu lassen.

Zunächst ergänzte der Provinzialverband Mitte der zwanziger Jahre die traditionelle Bau- und Kunstdenkmalpflege durch die Übernahme der Boden- und Naturdenkmalpflege.[18] Dann wandte er sich der sogenannten Schriftdenkmalpflege zu. Er förderte die Initiative des 1923 gegründeten Vereins Vereinigte Adelsarchive, der die Adelsarchive in Westfalen zentralisieren, ordnen und verzeichnen lassen wollte. Daraus entstand der weitergehende Gedanke, diese Zielsetzung auch auf die Vielzahl der Archive von Gemeinden auszudehnen, die über keinen eigenen Archivar verfügten. Im Jahre 1927 entstand deshalb eine Archivberatungsstelle in provinzieller

[12] Vgl. Karl Zuhorn, Grundsätzliche Gedanken zur Kulturarbeit der preußischen Provinzen, in: Volkstum und Heimat. Karl Wagenfeld zum 60. Geburtstag vom westfälischen Heimatbunde, 2. Aufl. Münster 1931, S. 59–66, Zitat S. 62. Vgl. auch die Entfaltung dieses Ansatzes in: ders., Landschaft und landschaftliches Bewußtsein als Grundelemente organischer Staatsgliederung und die staatspolitische Bedeutung der Landschaftlichen Kulturpflege, in: Ludger Baumeister / Helmut Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung einer Landschaft. Initiativen und Aufgaben am Beispiel Westfalens, Stuttgart 1967, S. 21–61. Zu Zuhorn vgl. Karl Teppe, Karl Zuhorn, in: Walter Först (Hrsg.), Land und Bund, Köln 1981, S. 147–168.

[13] Vgl. für die Rheinprovinz, in der bereits im Jahre 1927 ein eigenes Kulturdezernat eingerichtet wurde, Arie Nabrings, Kultur als kommunale Aufgabe. Entstehung und Aufbau von Kultureinrichtungen im Rheinland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Gerhard Rehm (Hrsg.), Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters, Bielefeld 2009, S. 299–330, hier S. 309 f. In der Provinz Brandenburg wurde im Jahre 1936 ein Kulturdezernat eingerichtet. Vgl. Laging, Provinzialverband (Anm. 7) S. 93. Vgl. für die Provinz Hannover Georg Grabenhorst, Wege und Umwege, Bd. 1, Hildesheim 1979, S. 162 ff.

[14] Vgl. Ernst Kühl, Die landschaftlichen Grundlagen der Reichsgaue, in: Deutsche Verwaltung 16 (1939), S. 495–497; ders., Selbstverwaltungskörper als Träger überörtlicher Aufgaben, in: ebenda, S. 294–297; ders., Aufgaben regionaler Kulturpflege im nationalsozialistischen Staat, in: ebenda 13 (1936), S. 176–179. Zu Kühl vgl. Karl Ditt, Der Kulturdezernent Ernst Kühl 1888–1972, in: Westfälische Forschungen 38 (1988), S. 273–296.

[15] Vgl. Kolbow, Kulturpflege (Anm. 5), und Schreiben Otto Beneckes vom Deutschen Gemeindetag vom 27.06.1939 an Kolbow, in: Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (im Folgenden: VA LWL) 702, 262; Jeserich, Provinzen (Anm. 1) S. 191.

[16] Vgl. generell Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

[17] Vgl. Karl Ditt, Was ist ›westfälisch‹?, in: Westfälische Forschungen 52 (2002), S. 45–94.

[18] Vgl. August Stieren, Die vorgeschichtliche Denkmalpflege in Westfalen, in: Nachrichtenblatt für deutsche Vorzeit 6 (1930), S. 228–244; Ditt, Raum (Anm. 16) S. 82 ff. 134 ff.

Trägerschaft, das heißt letztlich eine regionale Betreuung der nichtstaatlichen Archive.[19]

Zur Erforschung der regionalen Kultur und Geschichte subventionierte der Provinzialverband nicht nur kultur- und naturwissenschaftliche Vereine, sondern gründete auch 1929 ein eigenes Provinzialinstitut für Landes- und Volkskunde, das heißt zunächst eine Geschäftsstelle, die mehrere wissenschaftliche Kommissionen betreute und gleichsam als Dach fungierte.[20] Zur Präsentation und Vermittlung der regionalen Kultur baute er drei Landesmuseen auf und aus und rief – wie mehrere andere Provinzialverbände auch – Mitte der zwanziger Jahre eine Museumsvereinigung ins Leben, die die Heimatmuseen in der Provinz beraten und subventionieren sollte. Ende der dreißiger Jahre übernahm der westfälische Provinzialverband vom Staat die Landesbildstelle, die die Schulen mit Bildern und Filmen aus der Region versorgen sollte. Ferner unterstützte er die regionale Heimatbewegung finanziell und übernahm zu Beginn des Dritten Reichs sogar die Leitung ihrer Dachorganisation.[21]

Stärker gegenwartsorientiert war dagegen die gegen Ende der dreißiger Jahre gestartete Initiative, aufbauend auf den Bestrebungen der westfälischen Heimatbewegung und dem Vorbild des brandenburgischen Provinzialverbandes, ein Amt für Baupflege zu gründen, das auf ein landschaftsgerechtes Bauen im ländlichen Raum hinwirken sollte.[22] In der Provinz Hessen-Nassau wurde 1938 weitergehend noch ein »Landesamt für Heimkultur« gegründet, das Einrichtungshilfen zur »artgemäßen Gestaltung von Heim und Haus«, das heißt zur Inneneinrichtung geben wollte.[23] Schließlich setzte der westfälische Provinzialverband Mitte der dreißiger Jahre einen Literaturpreis aus, der zeitgenössische Dichter westfälischer Heimatliteratur ehren und honorieren sowie zur Schaffung neuer Werke in landschaftlichem Geiste anregen sollte. Andere Provinzialverbände setzten entsprechende Kunstpreise aus. Damit wurde versucht, auf Bevölkerung und Künstler erzieherisch im Sinne »artgemäßer« Verhaltensweisen einzuwirken.

Dieses umfassende System des Schutzes, der Erforschung, der Präsentation und der Erziehung im Geiste der regionalen Kultur wurde den einzelnen Provinzialverbänden durch den Kulturausschuss der Provinzen nahe gebracht[24] und von ihnen vielfach mit unterschiedlicher Akzentsetzung übernommen. Es verlagerte das Schwer-

[19] Im Jahre 1937 erkannte das Reichserziehungs- und Wissenschaftsministerium das Modell der westfälischen Archivberatung, d. h. der Personalunion von Staatsarchivdirektor und Direktor der Archivberatungsstelle, als Vorbild für die anderen Provinzialverbände an. Vgl. Eugen Meyer, Die Neuordnung der Archivpflege, in: Die Kulturverwaltung 1 (1937), S. 211–214; Franz Herberhold, Archivpflege – wesenhafter Bestandteil der landschaftlichen Kulturpflege, in: Baumeister/Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung (Anm. 12) S. 133–176; Helmut Richtering, Fünfzig Jahre landschaftliche Kulturpflege. Die Sorge um die nichtstaatlichen Archive in Westfalen, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 9 (1977), S. 3–15; Norbert Reimann, Die Sorge um die Archive als Aufgabe der landschaftlichen Kulturpflege in Westfalen. Geschichtlicher Rückblick und gegenwärtiger Stand, in: Der Märker 45 (1996), S. 139–153.

[20] Vgl. Thomas Küster, Wie westfälische Geschichte publiziert wird. Die Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde und des Instituts für Regionalgeschichte, in: Britta Bußmann / Thomas Küster, 75 Jahre Landeskunde und Regionalgeschichte. Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen aus dem Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volkskunde und dem Westfälischen Institut für Regionalgeschichte, Münster 2004, S. 1–51.

[21] Vgl. Karl Ditt, »Mit Westfalengruß und Heil Hitler«. Die westfälische Heimatbewegung 1918–1945, in: Edeltraut Klueting (Hrsg.), Antimodernismus und Reform. Beiträge zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 191–215.

[22] Vgl. zu der seit 1912 in Brandenburg bestehenden Baupflege Laging, Provinzialverband (Anm. 7) S. 96. Vgl. für Westfalen Gustav Wolf, Sechs Jahre Baupflegearbeit in Westfalen, in: Volkstum und Heimat. Karl Wagenfeld zum 60. Geburtstag vom westfälischen Heimatbunde, 2. Aufl. Münster 1931, S. 247–254; Karl Brunne, Landesbaupflege, in: Baumeister / Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung (Anm. 12) S. 177–183; Franz Pieper, 50 Jahre Baupflege in Westfalen-Lippe. Probleme, Einsichten, Hintergründe und Perspektiven, in: Heimatpflege in Westfalen. Rundschreiben des Westfälischen Heimatbundes 2/6 (1989), S. 1–5; Brigitta Ringbeck, Heimatschutzbewegung und Weserrenaissance-Forschung. Zu den Anfängen der Baupflege in Westfalen, in: Heimatpflege in Westfalen 2/2 (1989), S. 1–6; Hubertus Braun, Baupflege ist Investition in die Zukunft der Kulturlandschaft, in: Mitteilungen zur Baupflege in Westfalen 33 (1992), S. 9–17; ders., Baupflege in Westfalen-Lippe im 20. Jahrhundert. Im Spannungsfeld von Bewahren und Neuem Bauen, in: Gemeinsame Wurzeln – getrennte Wege? Über den Schutz von gebauter Umwelt, Natur und Heimat seit 1900, Münster 2007, S. 245–254. Auch die Provinzen Hannover, Sachsen, Hessen-Nassau, Schlesien und Pommern wandten sich dieser neuen Aufgabe zu. Vgl. dazu VA LWL 702, 262.

[23] »[…] darf die Haus- und Heimgestaltung nicht ein Reservat uferloser persönlicher Willkür bleiben; denn die Wohnform eines Volkes – das erfahren wir doch am besten aus der Geschichtskunde – ist das erste Spiegelbild für seine kulturelle Grundhaltung.« (Schlemmer, Kulturpflege [Anm. 10] S. 80). Vgl. auch ders., Haus und Heim im Spiegel der landschaftlichen Kulturpflege, in: Die Kulturverwaltung 3 (1939), S. 219–222.

[24] Besonders eindringlich formulierte der Erste Landesrat und Kämmerer des Provinzialverbandes Niederschlesien, Kunemund von Stutterheim, für eine Konferenz der Landesdirektoren am 20.02.1936 in Hannover : »Mehr und mehr wird es klar, daß […] in den Mittelpunkt dieser Arbeit [der Kulturpolitik der Provinzialverbände] die Erziehung des Menschen zum Bewußtsein landschaftlicher Eigenart und zu lebendiger Mitarbeit an der Pflege heimischer Kulturgüter als Bestandteil der großen deutschen Volkstumsarbeit im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung zu stellen ist.« Kunemund von Stutterheim, Die Kulturpflege der Provinzialverbände (Entwurf), Bundesarchiv Koblenz R 36, 2730. Abgedruckt in: ders., Die Kulturpflege der Provinzialverbände, in: Der Gemeindetag 30 (1936), S. 311–317, hier S. 312. Vgl. auch die Thesen Otto Beneckes, die der Deutsche Gemeindetag am 11.10.1940 den Provinzialverbänden mitteilte. Vgl. VA LWL 702, 262.

gewicht der öffentlichen Kulturpolitik auf die regionale Ebene, versuchte die Kulturpolitik der Kommunen und Kreise landschaftlich einzubetten, zu unterstützen, ja letztlich auch zu regulieren und ließ für die staatlich preußische Ebene letztlich nur noch die Wissenschaftsförderung und die Repräsentation übrig.[25]

Im Dritten Reich machte dieser Ansatz den Provinzialverbänden inhaltlich kaum Probleme, weil sich das provinziale und das nationalsozialistische Kulturverständnis stark überschnitten. Die Vertreter beider Ideologien sahen zum Ersten die Menschen in hohem Maße durch ihre Zugehörigkeit zu einem Stamm, einem Volk, einer Rasse und einem Raum geprägt. Damit wiesen sie biologisch-historischen Determinanten ein hohes Gewicht für das Denken, das Handeln und die Kultur der Bevölkerung zu. Während die offizielle Position der Nationalsozialisten letztlich von dem Glauben an die entscheidende Kraft der Rasse bestimmt war, so dass alle Rassen außerhalb der arischen als minderwertig galten, hielten die Vertreter der »landschaftlichen Kulturpflege« das Wesen und die Kultur der Menschen für ungleich breiter bestimmt und weniger determiniert. Entsprechend dem Glauben an die Bedeutung von Biologie und Geschichte wiesen Provinzialpolitiker und Nationalsozialisten der Stärkung der Stammes- beziehungsweise Volksgemeinschaft sowie der Heimatbindung höchste Priorität zu. Dahinter trat der Glaube an die Bedeutung der Einflüsse von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Religion und Ideen deutlich zurück.[26]

Zum Zweiten stimmten die Landschaftsideologie und die offizielle Weltanschauung des Nationalsozialismus in der Zivilisationskritik und der Wendung gegen die moderne Massenkultur überein: Diese wurden als nivellierend, das heißt heimatbedrohend und volkstumszerstörend empfunden.[27] Zum Dritten schließlich schätzten auch die Nationalsozialisten den Wert der lokalen und regionalen Selbstverwaltung. Das war jedenfalls für beide Seiten das offizielle Credo. Beide Seiten behaupteten jedoch nur, die Exekutive der Interessen der Bevölkerung zu sein. Faktisch interpretierte die Provinzialbürokratie die Geschichte und Kultur ihres Raumes in einem neoromantischen Sinne, ging von einem regionalen Wesen der Bevölkerung aus und orientierte daran ihre Kulturpolitik. Die Nationalsozialisten vertraten dagegen den Anspruch, dass »der Führer« und die Partei den Volkswillen repräsentierten und dass diese am besten wüssten, worin die Interessen des Volkes bestünden. Aus diesen provinzialbürokratischen Interessen einerseits und den zentralistischen beziehungsweise gauorientierten Parteiinteressen andererseits konnten im Dritten Reich zwar Konflikte entstehen; sie blieben jedoch aufgrund der bürokratischen Verwaltungshierarchie und des politischen Machtmonopols der NSDAP letztlich systemintern.

Die Kulturpolitik der Provinzialverbände genoss im Dritten Reich in der traditionellen Form der heterogenen, positivistischen Einzelförderung und in dem modernen System einer ganzheitlich orientierten landschaftlichen Kulturpflege weitgehende Freiheit und Förderung. Die Nationalsozialisten befreiten sie von der Konkurrenz und Kritik durch das kulturelle Vereinsspektrum der Arbeiterbewegung und der Kirchen sowie der bürgerlichen Moderne. Umgekehrt bot die provinzialpolitische Konzeption der durch von Raum und Volkstum bestimmten Regionalkultur den Nationalsozialisten eine willkommene Ergänzung ihrer eigenen Ideologie. Beide Seiten arbeiteten in den preußischen Provinzen bei öffentlichen Veranstaltungen und in der Heimatbewegung eng zusammen, so dass ihre Vorstellungen von den Aufgaben der Kulturpolitik und dem sogenannten nationalen Wiederaufbau, obwohl durchaus eigenständig, für Außenstehende kaum noch unterscheidbar waren. Die Nationalsozialisten sahen zu Recht in der Ideologie der landschaftlichen Kulturpflege die Wesensverwandtschaft mit ihren Grundwerten. Die tendenziell mit der Stammes- und Kulturraumideologie verbundene Gefahr, dass sie zu politischen Forderungen nach mehr Selbstverwaltung, das heißt letztlich zu einem Regionalismus und Antizentralismus, führen könne, konnten sie angesichts der herrschenden Machtstrukturen getrost negieren.[28]

Die Kulturpolitik der Landschaftsverbände in der Bundesrepublik bis in die siebziger Jahre

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurden der preußische Staat und mit ihm nahezu alle Provinzialverbände aufgelöst; ihre Aufgaben und ihr Personal übernahmen zumeist die neuen Landesregierungen.[29] Im

[25] Vgl. Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1886 bis 1945, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 253–271, hier S. 268.

[26] Vgl. Ditt, Kulturpolitik (Anm. 25) S. 262 ff.

[27] Praktisch hatte die nationalsozialistische Kulturpolitik jedoch einen Doppelcharakter, da sie zugleich die Technik verherrlichte und Elemente der modernen Massenkultur förderte, z. B. Film und Sport.

[28] Vgl. auch Martina Steber, Fragiles Gleichgewicht. Die Kulturarbeit der Gaue zwischen Regionalismus und Zentralismus, in: Jürgen John u. a. (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«, München 2007, S. 141–158.

[29] Vgl. für Schleswig-Holstein Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1947, Neumünster 1969, S. 31 ff.; für Pommern Harald Lutter, Zur verfassungsgeschichtlichen Stellung des Provinzialverbandes Pommern und seiner ständischen Vorformen, in: Baltische Studien NF 80 (1994), S. 52–80, hier S. 78 ff.

Rheinland wurde die Verwaltung des rheinischen Provinzialverbandes zunächst zum Kern eines neuen nordrheinischen Oberpräsidiums, dann der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Düsseldorf, während der westfälische Verband, gestützt auf eine Ermächtigung der britischen Militärregierung, durch den Behauptungswillen des neuen Landeshauptmanns Bernhard Salzmann sowie den Rückhalt bei den Städten und Landkreisen bestehen blieb. Seinen Vertretern gelang es, den nordrhein-westfälischen Landtag mit dem Verweis auf die stammhaft gegliederte Landesbevölkerung, die kulturellen Traditionen Rheinlands und Westfalens sowie die »Übergröße« des Landes Nordrhein-Westfalen von dem Nutzen der Kontinuität zweier regionaler Selbstverwaltungsorganisationen zu überzeugen, so dass im Jahre 1953 die sogenannte Landschaftsverbandsordnung erlassen, der westfälische Verband bestätigt und der rheinische Verband wiederhergestellt wurden.[30]

Für eine Kursbestimmung der Kulturpolitik der Landschaftsverbände war eine Prüfung ihrer ideologischen Grundlagen und Kulturpolitik im Dritten Reich sowie eine Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Kulturströmungen in der frühen Bundesrepublik naheliegend. Dazu kam es nicht. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) richtete erst 1960 erneut ein Kulturdezernat ein. Der neue Kulturdezernent Schaefer orientierte sich programmatisch an der Kulturpolitik des rheinischen Provinzialverbandes und des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), das heißt, er knüpfte an die Raum- und Volkstumsideologie an und bestimmte deshalb als »Objekt [der] Arbeit [der landschaftlichen Selbstverwaltung] Volkstum und Landschaft […], d. h. die Heimat als Inbegriff von Mensch und Natur in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit und im geschichtlichen Werden.«[31]

Im Landschaftsverband Westfalen herrschte das Selbstverständnis vor, dass kulturpolitisch – weitgehend unbeeinflusst von der nationalsozialistischen Ideologie und Politik – seriöse fachliche Arbeit geleistet und ein eigener Kurs gesteuert worden sei. Dagegen hätten die Nationalsozialisten die Grundwerte von Raum und Volkstum, Stammes- und Volksgemeinschaft sowie die Überzeugungen, dass die Kultur aus dem Volke erwachse, im Wesentlichen regional bestimmt sei und deshalb auch am besten von einer regionalen Selbstverwaltung gepflegt werden könne, nur propagiert und folklorisiert, nicht aber realisiert. Faktisch hätten sie eine zentralistische, nur an den eigenen Parteiinteressen orientierte Politik betrieben. Aus der doppelten Überzeugung von der Richtigkeit der Werte der landschaftlichen Kulturpflege und dem letztlichen Scheitern der Nationalsozialisten, die sich davon abgekehrt hätten, erschien die Kulturpolitik des westfälischen Verbandes im Dritten Reich geradezu als ein Festhalten am rechten Glauben bei steter Gefahr des Märtyrertums, nicht aber als eine Kollaboration oder Mittäterschaft.[32]

Die Kulturverwaltung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe fühlte sich nach dem Ende des Dritten Reiches von den politischen Restriktionen und Instrumentalisierungen befreit und wollte auf dem in der Weimarer Republik eingeschlagenen Weg der Förderung der Hochkultur, der gemäßigten Öffnung hin zur Moderne, vor allem aber der »landschaftlichen Kulturpflege« fortschreiten. Zu den Ursachen für das Festhalten an dieser Programmatik gehörten die hohe Kontinuität des Kulturpersonals, das seit den zwanziger und dreißiger Jahren mit deren Grundwerten sozialisiert worden war, ferner die weitgehend unveränderte Aufgabenstellung in der am 12. Mai 1953 verabschiedeten Landschaftsverbands-

[30] Vgl. im Einzelnen Horst Lademacher, Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung der Rheinlande, Köln 1973, S. 120 ff.; Helmut Naunin, Ein Kapitel der Landschaft Westfalen: Rückblick auf die Bildung von Land und Landschaftsverband, in: Westfälische Forschungen 34 (1984), S. 7–12; Ansgar Weißer (Hrsg.), Staat und Selbstverwaltung. Quellen zur Entstehung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbandsordnung von 1953, Paderborn 2003; ders., Die »innere« Landesgründung von Nordrhein-Westfalen. Konflikte zwischen Staat und Selbstverwaltung um den Ausbau des Bundeslandes (1945–1953), Paderborn 2012.

[31] Vgl. Landesrat Dr. Helmut Schaefer, Landschaftliche Kulturpflege im Rheinland, Referat vom 15.09.1966, in: VA LWL 702, 401. Zitat aus: ders., Vorschläge für den Ausbau der Kulturabteilung des Landschaftsverbandes Rheinland im Jahre 1962 und später, in: ebenda. Vgl. auch: »Es dürfen keine Mittel gescheut werden, um die Werte der Heimat zu erhalten, um den Menschen in ihr zu verwurzeln und ihn dadurch zu weiteren hohen Leistungen zu befähigen.« (ebenda). Vgl. im Einzelnen zur Arbeit des LVR in den fünfziger Jahren Karl Vogler, Die Aufgaben und Leistungen des Landschaftsverbandes Rheinland auf dem Gebiet der landschaftlichen Kulturpflege, in: Kommunalwirtschaft 4, H. 5 (1957), S. 183–187; Landschaftsverband Rheinland, Leistung in Zahlen 1954–1964, Köln 1965; Nabrings, Kultur (Anm. 13) S. 316 ff.

[32] Vgl. Ditt, Kulturpolitik (Anm. 25) S. 269 ff. Das Schicksal des nationalsozialistischen Landeshauptmanns Karl Friedrich Kolbow erschien als bester Beleg für diese Interpretation. Er sei frühzeitig auf die Prinzipien der »landschaftlichen Kulturpflege« umgeschwenkt, habe sie verteidigt und sei deshalb letztlich entlassen worden. Zum Mythos Kolbow vgl. Bernd Walter, Karl Friedrich Kolbow (1899–1945), in: Friedrich Gerhard Hohmann (Hrsg.), Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, Münster 2005, S. 203–240; Martin Dröge, Karl Friedrich Kolbow. Landeshauptmann der Provinz Westfalen während der NS-Zeit – eine Lebensgeschichte und deren Lesarten nach 1945, in: Geschichte im Westen 23 (2008), S. 205–219; Karl Ditt, Volkstum und Heimat. Wilhelm Schulte in der westfälischen Heimatbewegung und Landesgeschichte, in: Westfälische Forschungen 66 (2016), S. 217–319, hier S. 291 ff. Vgl. generell zu dieser in den Wissenschaften nach 1945 weit verbreiteten Position Wolfgang Emmerich, Germanistische Volkstumsideologie. Genese und Kritik der Volksforschung im Dritten Reich, Tübingen 1968, S. 9 ff.

ordnung[33] und schließlich deren Akzeptanz durch den im Jahre 1949 erstmals eingerichteten Kulturausschuss, der bis zum Jahre 1953 unter der Leitung eines der »Erfinder« dieser Programmatik stand, des ehemaligen Kulturdezernenten des Provinzialverbandes und amtierenden Oberstadtdirektors von Münster, Karl Zuhorn.[34] Zudem hatte sich diese Programmatik bereits zu Beginn der dreißiger Jahre bei der Diskussion um die Reichsreform als nützlich für die Verteidigung des Raums Westfalen erwiesen und sollte diese Funktion Anfang der fünfziger Jahre in der Diskussion um die Neugliederung des Bundesgebiets erneut übernehmen. Schließlich mussten sich auch die Kultur und die Kultureinrichtungen, die von den Landschaftsverbänden gefördert wurden, ungleich weniger am Markt bewähren als die kommerziellen Kulturformen, die auf Profit orientiert waren und Nachfrage erzeugen oder ihr folgen mussten. Zu diesen unterschiedlichen Bedingungen für eine eher beharrungsorientierte öffentliche Kulturpolitik und eine stärker innovative Marktkultur gehörte auch, dass die Definition und Verwaltung des kulturellen Erbes von beamteten Verwaltungs- und Wissenschaftlergruppen und nicht von fluktuierenden Künstlern und Managern betrieben wurden, letztlich wohl auch betrieben werden mussten.

Bis in die frühen sechziger Jahre verfolgte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ungebrochen die »landschaftliche Kulturpflege« mit ihrem Glauben an die Homogenität und die Eigenart der westfälischen Bevölkerung, des westfälischen Kulturraums und der landschaftlichen Kultur.[35] Unterschiede, Widersprüche oder Konflikte in der Bevölkerung, der Landschaft und dem sogenannten Volkstum wurden übergangen, der Aufstieg der unterhaltungsorientierten Konsumkultur in Form des Sports, des Kinos und der leichten Musik als Voraussetzung des Massenmenschen und der Landschaftsentfremdung abgelehnt. Dass Westfalen zumindest seit der Industrialisierung eine ausgeprägte Zuwanderungsregion war und zu den höchstindustrialisierten Regionen Deutschlands gehörte, blieb unberücksichtigt. Dementsprechend kamen auch das Ruhrgebiet und seine Arbeiterbevölkerung in dem ländlich geprägten Westfalenbild und im Rahmen der landschaftlichen Kulturpflege kaum vor.[36] Faktisch entsprach diese Vorstellung der Kulturabteilung einem Stereotyp, das seit dem Hochmittelalter existierte und von der Heimatbewegung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts popularisiert worden war. Besondere Resonanz fanden diese Anschauungen im Westfälischen Heimatbund und in dem von der Kulturabteilung in Auftrag gegebenen Grundlagenwerk »Der Raum Westfalen«, während sich die Museen des Landschaftsverbands internationalen Kulturströmungen durchaus öffneten.[37]

Die enge Verbindung von Landschaft, »landschaftlicher Kulturpflege« und Landschaftsverband wurde jedoch seit Mitte der fünfziger Jahre zunehmend in Frage gestellt. Unter dem Einfluss der soziologischen, dann auch der sozialgeschichtlichen Forschung wurden die Gültigkeit der traditionellen völkisch-landschaftlich bestimmten Gemeinschaftsbegriffe und die Volkstumscharakteristika bezweifelt und stattdessen auf die Existenz unterschiedlicher wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen und Gruppen, das heißt einer pluralistischen Gesellschaft hingewiesen. Zerfiel aber die Vorstellung der Existenz und Einheit einer Kultur auf landschaftlicher Grundlage, das heißt, wurde die Fiktionalität eines Kulturraums Westfalen und »des Westfälischen« deutlich, so musste eine Kulturpolitik, die diese landschaftliche Kultur pflegen wollte, sinnlos, ja schäd-

[33] Landschaftsverbandsordnung für Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, Jg. 7, Nr. 354 vom 30.05.1953. Auch zitiert in: Weißer (Hrsg.), Staat (Anm. 30) S. 504 f.

[34] Vgl. auch zur Übereinstimmung von Kulturverwaltung und Kulturausschuss die Ausführungen Josef Pelsters, in: Verhandlungen der 1. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe im Landeshaus zu Münster. Siebte Tagung am 29. und 30. Juni 1956, o. O., o. J., S. 70. Als der Kulturausschuss seit dem Jahre 1953 von einem Vertreter der CDU geleitet wurde, konnte er sich an einer Aussage des Kulturausschusses seiner Partei im nordrhein-westfälischen Landtag Ende 1947 orientieren: »Jede vertiefte, organische Kulturpflege wird aufbauen müssen auf den Gliederungselementen von Landschaft und Volksschlag.« Weißer (Hrsg.), Staat (Anm. 30) S. 369.

[35] Vgl. Zuhorn, Landschaft (Anm. 12); Robert Paasch, Die landschaftliche Kulturpflege im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, in: Kommunalwirtschaft 5 (1957), S. 187–192; Helmut Naunin, Landschaftliche Selbstverwaltung. Wiederaufbau in Westfalen 1945–1951, Dortmund 1952, S. 228 ff.; Walter Hostert, Die landschaftliche Kulturpflege in Westfalen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip (Anm. 25) S. 273–295; ders., Kulturpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, in: Rainer Frey / Wolfgang Kuhr (Hrsg.), Politik und Selbstverwaltung in Westfalen-Lippe. Festschrift für Herbert Neseker, Münster 1993, S. 159–177; Karl Ditt, Prinzipien und Perspektiven Landschaftlicher Kulturpolitik in Westfalen, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 52 (2000), S. 30–42; Katinka Netzer, Landschaftliche Kulturpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, in: Westfälische Forschungen 58 (2008), S. 525–560.

[36] So auch der Landesdirektor Anton Köchling im Jahre 1966: »Westfalen, flächenmäßig fast doppelt so groß wie Nordrhein, ist mit vielen kleinen und mittleren Städten weitgehend ländlich orientiert. Das Rheinland ist eine großstädtische Landschaft«, in: Westfalenfragen weiterhin im Gespräch, in: Westfälischer Heimatbund, Rundschreiben Nr. 12 (1966), o. S.

[37] Vgl. Ditt, Volkstum (Anm. 32) S. 271 ff.; Thomas Küster, Die Vermessung Westfalens. Konzeptionen geschichtlicher Landeskunde auf den Raumwerktagungen 1950 bis 1970, in: Werner Freitag / Wilfried Reininghaus (Hrsg.), Westfälische Geschichtsbaumeister. Landesgeschichtsforschung und Landesgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge der Tagung am 10. und 11. Oktober 2013 in Herne, Münster 2015, S. 45–68; Paul Pieper, Museen und landschaftliche Kultur. Überlegungen zum Museumswesen in Westfalen, in: Baumeister/Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung (Anm. 12) S. 111–132, hier S. 129 ff.

lich sein und konnte darüber hinaus auch nicht mehr zur Begründung der Existenz des Landschaftsverbandes dienen.[38] Wie ging er mit dieser Infragestellung seiner ideologischen Grundlagen um?

Eine erste Reaktion zeigte der Kulturdezernent Robert Paasch im Jahre 1960, indem er es zur Aufgabe der Kulturpflege erklärte, dass sie sich »der musischen Entfaltung des Menschen, seiner Persönlichkeitsformung, seiner inneren Ausrichtung auf Wertempfinden, Wertmaßstäbe und Herzensbildung« widmen solle. Kultur sei »selbstschöpferische, eigenschaffende Betätigung« und »unmittelbares Erleben«, eine »Kraft des Geistigen«, »ein Stück wirklicher Sinnerfüllung des Lebens«, die »das Gewissen des Menschen heraus[fordere]«. »Die schöpferische Sphäre ist gekennzeichnet durch völlige geistige Freiheit […]. Sie empfängt ihre Impulse aus sich selbst, umfaßt alle kulturellen Lebensäußerungen im künstlerischen Raum und ist somit der gebende Teil im besten Sinne des Wortes.« So wie die Kulturpflege diese schöpferische Welt ermöglichen und fördern solle, so solle sie auch für »die Welt des Menschen normaler Prägung […] dienende und fördernde Funktionen« übernehmen. Ihre Aufgabe sei, »alle Voraussetzungen für ein lebendiges Kulturgeschehen in der unmittelbaren Erlebniswelt des Menschen […] [zu] schaffen« sowie »durch Breitenarbeit immer mehr Menschen anzusprechen, die Gleichgültigen zu interessieren, zu überzeugen und zur Mitwirkung anzuregen und damit die Indifferenz zu überwinden«.[39]

Mit diesen Aussagen fiel Paasch in kulturelle und kulturpolitische Positionen des neunzehnten Jahrhunderts zurück. Wissenschaft und Kultur erwuchsen nicht mehr aus dem Volk und speziell der Region, sondern erschienen gleichsam als unabhängige Sphären eigenen Rechts und als Ergebnis des Schaffens großer Geister, in die Kulturpolitik nicht eingreifen dürfe. Deren Aufgabe sei vielmehr, zwischen der geistigen und der realen Welt zu vermitteln, das heißt allen Menschen Teilhabe an der geistigen Welt zu ermöglichen. Damit rückte neben der anhaltenden Förderung der spezifischen westfälischen Welt und des Westfalenbewusstseins eine demokratische Aufgabe in das Zentrum der Kulturpolitik.

Den Neuansatz, den mehrere sozialdemokratische Kulturdezernenten in einzelnen Großstädten zu Beginn der siebziger Jahre verwirklichten, nämlich den Kulturbegriff zu erweitern, die sozialen und kulturellen Aktivitäten der breiten Bevölkerung selbst als kultur- und förderungswürdig anzuerkennen und die sogenannte Soziokultur zu fördern,[40] griff der Landschaftsverband Westfalen-Lippe nicht auf. Jedoch ließ er sich von gesellschaftlichen Initiativen, mit denen zuerst sein eigenes Denkmalamt konfrontiert wurde, anregen, sein Kulturverständnis zu erweitern. Diese Initiativen bestanden in dem Bestreben von Intellektuellen, bestimmte vom Abriss bedrohte bauliche Zeugnisse der Industrialisierung und des Bürgertums unter Schutz zu stellen. Dieses Bestreben begriff vor allem das Land Nordrhein-Westfalen als Chance, sich durch die Förderung der sogenannten Industriekultur im Ruhrgebiet kulturpolitisch zu profilieren. Aus entsprechenden Anregungen entstanden unter anderem das vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe 1979 gegründete Westfälische und das vom Landschaftsverband Rheinland 1984 gegründete Rheinische Industriemuseum. Sie beschränkten sich nicht im traditionellen Sinne auf die Präsentation von Bauten und Technik, sondern berücksichtigten auch die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Industriebeschäftigten, in weiterem Sinne auch die Sozial- und Alltagsgeschichte der Bevölkerung insgesamt.[41] Für die Kulturpolitik der beiden Landschaftsverbände bedeutete die Förderung der sozialgeschichtlich eingebetteten Industriekultur einen grundsätzlichen Neuansatz. Er ergänzte die anhaltende Förderung der Hochkultur, verdrängte die neoromantische Raum- und Volkstumskultur, entideologisierte das rheinische und westfälische Raumverständnis und erschloss der Kulturpolitik neue Kreise der Bevölkerung.

Zusammenfassung

Überblickt man ein Jahrhundert Kulturpolitik der Provinzial- beziehungsweise Landschaftsverbände unter dem Gesichtspunkt, was sie aus dem Auftrag zur Kulturpflege in ihrem Verwaltungsraum gemacht haben, so lassen sich vor allem zwei Punkte nennen. Zum Ersten leisteten sie bis zum Ende des Dritten Reiches vielfältige Beihilfen für ihre Mitgliedskörperschaften und bauten in unterschiedlich differenzierter Weise ein regionales System von eigenen Kultureinrichtungen auf. Sie dienten primär den Zielen des Schutzes, der Erforschung und der Präsenta-

[38] Vgl. Ditt, Was ist ›westfälisch‹? (Anm. 17) S. 45 ff.; ders., Der Raum Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert als Gegenstand der Kulturpolitik, in: Wilfried Reininghaus / Bernd Walter (Hrsg.), Räume – Grenzen – Identitäten. Westfalen als Gegenstand landes- und regionalgeschichtlicher Forschung, Paderborn 2013, S. 139–170; ders., Prinzipien (Anm. 35) S. 30 ff.

[39] Zitate und Gedanken aus einem Vortrag Paaschs über »Gemeindliche Kulturarbeit aus der Sicht der landschaftlichen Kulturpflege« vom 06.12.1960, in: VA LWL 702, 2251.

[40] Vgl. dazu den Überblick in Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Deutschen Städtetages 1947–2010, in: ders. / Cordula Obergassel (Hrsg.), Vom Bildungsideal zum Standortfaktor. Städtische Kultur und Kulturpolitik in der Bundesrepublik, Paderborn 2012, S. 335–369, hier S. 347 ff.

[41] Vgl. Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.), Rheinisches Industriemuseum, Köln 1984; Westfälisches Industriemuseum (Hrsg.), Schätze der Arbeit. 25 Jahre Westfälisches Industriemuseum, Essen 2004.

tion dessen, was in dem jeweiligen politischen System als kulturelles Erbe in der Provinz galt. Die Förderung der zeitgenössischen kulturellen Aktivitäten blieb demgegenüber vergleichsweise gering.

Zum Zweiten führte die Kulturpolitik der Provinzialverbände mit dem Bewusstmachen der kulturellen Leistungen, Geschichte und Besonderheiten in ihrer Provinz zweifellos nicht nur zur Aufklärung, sondern prägte auch die regionale Identität ihrer Bevölkerung. Manche Verbände versuchten auch eine homogene Regionalkultur und Geschichte ihrer Provinz zu konstruieren, um daraus wiederum die Legitimation zu ziehen, die eigene Bevölkerung in diesem Sinne erzieherisch zu beeinflussen sowie alternative Ansätze und Einflüsse zu vernachlässigen oder abzuwehren. Diese Verabsolutierung eines Ansatzes indoktrinierte die regionale Bevölkerung mit räumlich-völkischen Stereotypen, die stark vergangenheitsorientiert und wenig realitätsangemessen waren, weil sie der Vielfalt des kulturellen Lebens nicht gerecht wurden. Gerade der westfälische Verband versuchte darüber hinaus, die Ergebnisse, die ein Teil seiner Kultureinrichtungen und vor allem das von ihm initiierte Werk »Der Raum Westfalen« erbrachten, für politische Expansionsforderungen und zur Selbstlegitimation einzusetzen. Die gesellschaftliche Resonanz dieser Kulturpolitik eines bürokratischen Regionalismus blieb jedoch zumeist auf den konservativen Teil des Bildungsbürgertums begrenzt.

Die Fortsetzung der Provinzialverbände nach dem Ende Preußens in Form der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände erklärt sich teils aus der in der unmittelbaren Nachkriegszeit ungebrochenen Überzeugungskraft der Stammes- und Kulturraumideologie, teils aus der Auffassung, dass angesichts der Größe und Heterogenität dieses Bundeslandes eine verwaltungsmäßige Untergliederung durch regionale Selbstverwaltungen sinnvoll sei. Das Land Nordrhein-Westfalen, das im Unterschied zu Preußen über keine ausgeprägte, jahrhundertealte eigene Identität verfügte, musste anfangs auf kulturelle Initiativen verzichten. Dieser Verzicht erfolgte zähneknirschend, weil sie für den Aufbau einer eigenen Landesidentität nützlich gewesen wären, erschien aber notwendig, weil sie zum Auftrag und Selbstverständnis der Landschaftsverbände gehörten. Seit Ende der fünfziger Jahre gab das Land dann seine Zurückhaltung auf und startete vielfältige Initiativen, eigene Kultureinrichtungen zu schaffen und auf ein eigenes Landesbewusstsein hinzuwirken: Sie reichten vom Aufbau einer Staatsgalerie und dem Gründungsversuch eines historischen Landesinstituts in den sechziger Jahren über die Konzentration auf das Ruhrgebiet durch die Initiierung der Internationalen Bauausstellung in den achtziger Jahren und die Schaffung von Kulturregionen in den neunziger Jahren bis hin zum direkten Versuch im Jahre 1999, die Landschaftsverbände aufzulösen.[42]

Diesen Landesinitiativen haben die Landschaftsverbände bislang die Berufung auf ein traditionelles Raumbewusstsein, die Effektivität ihres aufeinander aufbauenden Systems der Kultureinrichtungen, die größere Bürgernähe der Selbstverwaltung und die Unterstützung durch ihre Mitgliedskörperschaften entgegengesetzt. Die Auflösungsdiskussion im Zuge der sogenannten Verwaltungsstrukturreform der späten neunziger Jahre hat jedoch deutlich gemacht, dass zumindest die alten Rheinland- und Westfalenbilder nicht mehr ausreichen, um sich gegenüber der stärkeren kulturpolitischen Finanzkraft und dem wachsenden Identitätsbedürfnis des Landes zu behaupten.

Dr. Karl Ditt, Paul-Wulf-Weg 9, 48149 Münster,
karl_ditt@arcor.de

[42] Vgl. generell Herbert Neseker, Kulturpflege des LWL. Standortbestimmungen und neue Herausforderungen, in: ders., Stationen kommunaler Selbstverwaltung in Westfalen-Lippe. Ausgewählte Reden des Landesdirektors Herbert Neseker, Münster 1991, S. 163–187, S. 184 ff.

Summary. The Prussian state founded Provinzialverbände (provincial associations) for the cautiously decentralized self-administration of the twelve provinces. In their cultural policy, they concentrated on cultivating the regional and civil cultural heritage by subsidizing appropriate initiatives, but also through their own cultural organizations and institutions, which were to identify and prove the cultural uniqueness of their respective provinces. The backward-looking cultural ideology of the Provinzialverband of Westphalia interpreted the cultural heritage in a neo-Romantic way and thus also substantiated its own existence and the outline of its own administrative area. The ideological unity of the system of cultural institutions based on this contributed to the survival of the later Landschaftsverbände of Westphalia and Rhineland after the dissolution of the Prussian state. From the end of the 1950s onwards, competition grew from the cultural policy of North Rhine-Westphalia and its universities, so that more timely justifications of the specific cultural policy seemed necessary. Since the nineteen-seventies, the Provinzialverbände have consequently taken all social strata into account in their understanding of their regional cultural heritage.

Résumé. L'Etat prussien fonda les Provinzialverbände (associations provinciales) pour l'auto-administration prudemment décentralisée de ses douze provinces. Dans le domaine de la politique culturelle, ces associations se concentrèrent sur la conservation du patrimoine culturel régional et civil en subventionnant des initiatives appropriées, mais aussi par l'intermédiaire de leurs organisations et institutions culturelles qui devaient identifier et prouver la singularité culturelle de leurs provinces respectives. L'idéologie culturelle rétrograde du Provinzialverband de Westphalie interprétait le patrimoine culturel d'une manière néo-romantique et ainsi confirmait sa propre existence et les contours de son territoire administratif. L'unité idéologique du système d'institutions culturelles, qui était fondée sur celui-ci, contribua à la survie des Landschaftsverbände (autorités régionales) de Westphalie et de Rhénanie après la dissolution de l'Etat prussien. A partir de la fin des années 1950, la politique culturelle de la Rhénanie-du-Nord-Westphalie et de ses universités devint plus concurrentielle, de sorte que des justifications plus opportunes de la politique culturelle spécifique semblaient nécessaires. Depuis les années 1970, les Landschaftsverbände ont donc considéré toutes les couches sociales dans leur compréhension du patrimoine culturel régional.

Resümee. Der preußische Staat gründete Provinzialverbände für die vorsichtig dezentralisierte Selbstverwaltung seiner zwölf Provinzen. Bei der Kulturpolitik konzentrierten sie sich auf die Pflege des regionalen und bürgerlichen kulturellen Erbes durch Subventionierung entsprechender Initiativen, aber auch durch eigene Kulturorganisationen und -institutionen, die die kulturelle Eigenart ihrer Provinz ermitteln und beweisen sollten. Die rückwärts gewandte Kulturideologie des Provinzialverbandes Westfalen interpretierte das kulturelle Erbe neoromantisch und begründete so auch die eigene Existenz und den Umriss des eigenen Verwaltungsraumes. Die ideologische Geschlossenheit des darauf aufbauenden Systems der Kulturinstitutionen trug dazu bei, dass die späteren Landschaftsverbände Westfalen und Rheinland die Auflösung des Preußischen Staates überlebten. Seit Ende der fünfziger Jahre wuchs Konkurrenz durch die Kulturpolitik von Nordrhein-Westfalen und seiner Universitäten, so dass zeitnähere Begründungen der spezifischen Kulturpolitik erforderlich schienen. Seit den siebziger Jahren berücksichtigen die Landschaftsverbände folglich alle sozialen Schichten im Verständnis des regionalen kulturellen Erbes.

Wolfgang Franz Werner

Die kulturellen Aktivitäten des rheinischen Provinzialverbandes

Einen Gesamtüberblick über die Kulturpolitik des Provinzialverbandes und ihre Würdigung würde den gesetzten Rahmen dieses Beitrages sprengen. Ich werde mich daher auf die politische Instrumentalisierung dieser Politik in der NS-Zeit konzentrieren, die aber ohne die Entwicklung in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik nicht zu verstehen ist.

Aktivitäten vor 1918

Mit der Provinzialordnung von 1875 und den Dotationsgesetzen von 1873 und 1875 wurden die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen für die Arbeit des Provinzialverbandes geschaffen. Als regionale Selbstverwaltungskörperschaft war er oberhalb der kommunalen und unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelt.

Der Provinzialverband konnte erstens aktiv werden mit dem Betrieb eigener Kultureinrichtungen und zweitens durch die Förderung von Projekten.

Als eigene Einrichtungen wurden dem Provinzialverband vom preußischen Staat die Provinzialmuseen in Bonn (1876) und Trier (1877) zugewiesen. Es dauerte allerdings noch Jahre, ehe die beiden Museen eigene Gebäude erhielten (Trier 1889, Bonn 1893). Am Beispiel Bonn lässt sich zeigen, dass die Baumaßnahmen die finanziellen Möglichkeiten des Verbandes überschritten. Es bedurfte der Unterstützung durch den preußischen Staat und die Stadt Bonn.[1] Zu den Museen kam die Denkmalpflege im weitesten Sinne.

Die Förderung gestattete zeitlich begrenzte Aktivitäten ohne langfristige Verpflichtungen oder den Aufbau eigener Institutionen. Der Verband betrieb keine expansive Kulturpolitik. Er orientierte sich an großbürgerlichen Vorstellungen und war primär rückwärtsgewandt. Mit dem Ersten Weltkrieg kamen die kulturellen Aktivitäten weitgehend zum Erliegen.

Kultur als Mittel politischer Verteidigung in der Katastrophenphase der Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik gab es bei keinem der Provinzialverbände ein ausgearbeitetes Konzept der Kulturpflege oder ein selbständiges Kulturdezernat.[2] Anders als der westfälische Provinzialverband zeigte der rheinische keine Neigung, in erweiterter institutioneller Form tätig zu werden. Das lag sicher auch daran, dass sich die Rheinprovinz in einer besonders schwierigen Lage befand. Zwar trafen Reparationen, Rezession und Ähnliches auch andere Regionen, aber in der Rheinprovinz hatte man zusätzlich mit der alliierten Besatzung, erheblichen Gebietsverlusten, der zeitweiligen »Versackungspolitik« der Reichsregierung, dem Separatismus und anderen Problemen zu kämpfen.

Die Besatzungspolitik traf die Menschen im Rheinland am empfindlichsten. Das gesamte linksrheinische Gebiet der Rheinprovinz war besetzt. Dazu kamen mehrere Brückenköpfe auf der rechtsrheinischen Seite und zeitweise zusätzliche Okkupationen. Der Hauptakteur war Frankreich, das nach dem Ausscheiden der US-Amerikaner auch deren Zone übernahm. Beunruhigend für den Provinzialverband war zudem die Diskussion um eine Reichsreform, die zur Abschaffung Preußens und damit auch seiner Provinzialverbände hätte führen können.

Es war ein ungleicher Kampf gegen Frankreich, denn Deutschland beziehungsweise die Rheinprovinz hatte so gut wie keine Mittel, die in diesem Kampf eingesetzt werden konnten. Da traf es sich gut, dass Kultur wenig kostet. Angesichts der Tatsache, dass der Feind

[1] Arie Nabrings, Kultur als kommunale Aufgabe, in: Gerhard Rehm, Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters, Bielefeld 2009, S. 299–329, hier S. 304.

[2] Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1886 bis 1945, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltung und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 253–271, hier S. 255 f.

nicht nur im eigenen Land, sondern im eigenen Haus stand und die Arbeit des Provinzialverbandes mehr als einmal behinderte, war es wohl Vorsicht, wenn dieser sich bei den sich kulturell gebenden, aber politisch motivierten Veranstaltungen anfangs nicht zu sehr zu erkennen gab.

Es ist nicht ohne Ironie, dass sich strukturell ein Prozess wiederholte, wie er sich in Frankreich nach dessen Niederlage im Krieg von 1870/71 abgespielt hatte. Von 1876 bis 1879 wurden dort zweihundertfünfzig Lehrstühle geschaffen, deren Forschungs- und Lehrtätigkeit sich unter anderem um den Nachweis der Legitimität französischer Ansprüche auf Elsass-Lothringen drehte.[3] Nun verfügte der Verband über keine historiographischen Institutionen, die die historische Legitimation des Deutschseins der Rheinprovinz hätte übernehmen können. Es erwies sich jedoch als sehr hilfreich, dass der Verband die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde seit 1881 mit erheblichen Mitteln unterstützt hatte.[4] Diese Gesellschaft übernahm die Herausgabe einer zweibändigen Rheinischen Geschichte, die in Rekordzeit hergestellt wurde. Begründet wurde die Notwendigkeit für ein solches Werk wie folgt:

»Die deutsche Westmark, von der wir glaubten, daß die Gefahr fremder Übergriffe auf sie für immer beseitigt sei, erscheint uns heute […] heiß umstrittener Kampfpreis der Fremden. Wenn infolge des verlorenen Krieges ganz Deutschland wieder der Tummelplatz fremdländischen Machtstrebens geworden ist, so muß das von den Armeen unserer Kriegsgegner besetzte Rheinland jetzt den Kelch politischer Demütigung bis zur Neige leeren, und die Unversehrtheit des nationalen Territoriums erscheint hier aufs äußerste gefährdet. Seit dem Jahre 1919 macht sich zudem im Rheinland eine ausländische Propaganda geltend, die den nationalen, den deutschen Charakter der rheinischen Vergangenheit zu trüben sucht. Wichtige Einzelfragen der rheinischen Vergangenheit, die für die Gegenwart und Zukunft von Bedeutung sind, sind während der letzten Jahre auch sonst in der Öffentlichkeit, insbesondere der rheinischen Presse, des öfteren in einer Weise erörtert worden, die eine ausreichende und zuverlässige Kenntnis dieser Vergangenheit vermissen läßt.«[5]

Autoren waren Professoren an den Universitäten Bonn (Hermann Carl Wilhelm Aubin, Theodor Frings, Wilhelm Levinson, Walter Platzhoff) Köln (Bruno Kuske, Justus Hashagen) Frankfurt (Friedrich Koepp) sowie der Archivdirektor der Stadt Köln (Joseph Hansen) und der Provinzialkonservator der Rheinprovinz (Edmund Renard).

Damit war sozusagen die »Bibel des Deutschseins der Rheinprovinz« geschaffen. Nun brauchte man noch Multiplikatoren. Wie man dem Vorwort des Werkes entnehmen kann, hatte man auch daran gedacht. Journalisten sollten sich hier informieren und historisch korrekt publizieren, was nach Meinung des Herausgebers bis dahin nicht immer der Fall gewesen war. Der Preis der beiden Bände war bewusst niedrig angesetzt, damit auch Lehrer diese Bände kaufen konnten. Viele Lehrer waren über ihre schulische Tätigkeit hinaus in Heimat- und Geschichtsvereinen tätig.[6] Mit den Bonner Professoren Aubin und Frings waren zwei Angehörige des 1920 geschaffenen und vom Provinzialverband unterstützten Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an diesem Werk beteiligt. Die philosophische Fakultät der Universität Bonn hielt die Arbeit dieses Institutes für die »Kräftigung des deutschen Empfinden in den Rheinlanden von allergrößter Bedeutung«.[7]

Zum Großereignis des kulturellen Abwehrkampfes wurde im Jahr 1925 die »Jahrtausendfeier«. Entscheidend war, dass die beiden wichtigsten Politiker des Provinzialverbandes, Karl Jarres und Konrad Adenauer, sich dieser Idee annahmen und für ihre Umsetzung sorgten.[8] Die Reichsregierung, die preußische Regierung und der Rheinische Provinzialverband brachten die Kosten von 1,2 Millionen Reichsmark je zu einem Drittel auf. Dies ist eine enorme Summe in einer Zeit, in der rigorose Sparpolitik betrieben wurde.[9] Vielen Zeitgenossen war klar, dass der Anlass für die Feier an den Haaren herbeigezogen war. Dennoch beteiligten sich um des politischen Effektes willen zahlreiche Politiker an den Veranstaltungen und Kundgebungen. Die Bedeutung des Provinzialverbandes spiegelt sich darin wider, dass die Jahrtausendfeier mit einer Festsitzung des Provinziallandtages am 4. Februar 1925 begann. Das Rückgrat der Feier bildeten Veranstaltungen in den rheinischen Großstädten. Die

[3] Horst Wallraff, Regional- und Landesgeschichte, in: Jürgen Elvert / Jürgen Nielsen-Sikora (Hrsg.), Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus, Stuttgart 2008, S. 246–288, hier S. 273 f.

[4] Josef Ruland, Kulturpflege in der Rheinprovinz, in: Walter Först (Hrsg.), Das Rheinland in preußischer Zeit. Köln 1965, S. 187–204, hier S. 202.

[5] Hermann Aubin (Hrsg.), Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, 2 Bände, Essen 1922, hier Bd. 1, S. V f.

[6] Ebenda, S. VII f.

[7] Zitiert nach Marlene Nikolay-Panter, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Der Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum 1919–1960, Münster 2003, S. 689–714, hier S. 694.

[8] Franziska Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992, S. 123–142.

[9] Tilman Koops, Die rheinische Tausendjahrfeier 1925, in: Stephan Lennartz (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserzeit und Nationalsozialismus, Bensberg 1997, S. 73–87, hier S. 77.

Kölner Jahrtausendausstellung, die vom Provinzialverband in erheblichem Umfang mitfinanziert wurde, war wahrscheinlich die bedeutendste Veranstaltung. Sie konkurrierte mit der Ausstellung in Aachen und bot einen Überblick über tausend Jahre rheinische Geschichte mit deutlichen Schwerpunkten bei der Kultur- und bei der Wirtschaftsgeschichte.[10] In Düsseldorf fand in den Räumen des Provinzialverbandes eine Kunstausstellung statt, außerdem eine Opern- und Festspielwoche. Koblenz steuerte eine große Weinbauausstellung nebst Winzerfest bei und machte die Verknüpfung der Feiern mit kommerziellen Interessen und solchen des Fremdenverkehrs am deutlichsten. Das nationale Sportfest im Siebengebirge, die rheinischen Musikfestspiele in Trier, die Ausstellung rheinischer Goldschmiedekunst, Plastik und Malerei in Krefeld und so weiter reihten sich in die Liste der Festveranstaltungen ein. Für die meisten größeren Veranstaltungen wurden Mittel beim Provinzialverband beantragt und bewilligt. In großer Zahl erschienen Broschüren und Festschriften. Dazu gehörte auch das vom Provinzialausschuss beauftragte Buch »Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein« quasi als Fortsetzung der Geschichte der Rheinlande.[11] Der Provinziallandtag beschloss außerdem zur »bleibenden Erinnerung an die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinprovinz zum Deutschen Reiche« den Ausbau der orthopädischen Kinderheilanstalt Süchteln im Umfang von 1,2 Millionen Reichsmark.[12] Außerdem nutzte die Provinzialverwaltung den Anlass, mit sehr aufwendigen Publikation auf sich und ihre Leistungen aufmerksam zu machen, möglicherweise zur Rechtfertigung der eigenen Existenz.[13]

Kultur als Mittel politischer Revision in der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik

Die Erfolge durch den massiven Einsatz von Kultur als Mittel der Selbstbehauptung ließen es dem Provinzialverband sinnvoll erscheinen, die Kulturaufgaben und die dazu bereitgestellten Mittel an einer einzigen Stelle zu konzentrieren. Waren in der Kaiserzeit die kulturellen Aufgaben dem Landesdirektor (später: Landeshauptmann) zugeordnet, wanderten diese seit 1923 zwischen verschiedenen Landesräten hin und her, die hauptsächlich andere Aufgaben wahrnahmen. Das änderte sich 1927, als Dr. Robert Busley mit der Wahrnehmung der Kulturaufgaben betraut wurde. Er war Assistent am Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn gewesen und genoss als Schüler von Paul Clemen großes Ansehen. Zudem hatte er sich bei der »Tausendjahrfeier« ausgezeichnet. Er sollte Landeshauptmann Horion zuarbeiten und für eine bessere Planung sorgen.[14] Trotz dieser institutionellen Veränderung blieb Förderung das Mittel der Wahl.

Dies lässt sich am Institut für geschichtliche Landeskunde zeigen. Es hatte sein Gründungskapital von zweihunderttausend Mark durch Inflation und Währungsreform verloren. Mit der Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande im Jahre 1925 sollten neue Möglichkeiten erschlossen werden. Zur Gründung dieses Vereins hatten unter anderem der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (Vorsitzender des Provinzialausschusses), der Reichsminister des Innern Karl Jarres (Vorsitzender des Provinziallandtages) und der Landeshauptmann Johannes Horion aufgerufen. Horion übernahm den Vereinsvorsitz und sorgte für regelmäßige ideelle und finanzielle Unterstützung und ermöglichte so eine »breite Resonanz in der rheinischen Bevölkerung«.[15]

Auch auf dem Gebiet von Natur- und Heimatschutz bekam der Provinzialverband Gelegenheit, sich zu engagieren. Mit diesem Thema hatte man sich schon im neunzehnten Jahrhundert befasst, sogar erste Erfolge erzielt, im zwanzigsten Jahrhundert gesetzliche Regelungen gefunden, ohne jedoch wirklich weiterzukommen. In Preußen verständigten sich Oberpräsidenten und Provinzialverbände 1924 darauf, diese Aufgaben bei den Provinzialverbänden anzusiedeln. Auch hier blieb der rheinische Provinzialverband seiner Linie treu, als Förderer aufzutreten und möglichst keinen eigenen Verwaltungszweig dafür aufzubauen. Eine Provinzialstelle für Naturschutz wurde daher 1925 beim Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz eingerichtet.[16]

Auch bei der Schaffung der Museumsberatung blieb der Provinzialverband der Linie treu, lieber Fördergelder bereitzustellen als eigene Institutionen aufzubauen. Gerade durch die Tausendjahrfeier war das Interesse an Heimatmuseen als Kristallisationskerne für nationale

[10] Rüdiger Haude, Die »Jahrtausendausstellungen« in Köln und Aachen 1925, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-jahrtausendausstellungen-in-koeln-und-aachen-1925/DE-2086/lido/57d1357ad31239.21169195 sowie Wilhelm Ewald / Bruno Kuske (Hrsg.), Führer durch die Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln 1925, Köln 1925, sowie dies., Katalog der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande in Köln 1925, Köln 1925.

[11] http://www.ub.uni-koeln.de/cdm4/document.php?CISOROOT=/rheinmono&CISOPTR=20298&REC=6.

[12] Verhandlungen des 69. Rheinischen Provinziallandtages, Düsseldorf 1925, Protokolle S. 23.

[13] Johannes Horion (Hrsg.), Die Rheinische Provinzialverwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, Düsseldorf 1925. Die Darstellung erstreckt sich über 700 großformatige Seiten mit zahlreichen Bildern und Karten.

[14] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR), NL Horion 58, Drucksache Nr. 3 zur Sitzung des Provinzialausschusses am 19. Juli 1927 sowie Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 310.

[15] Nikolay-Panter, Geschichte (Anm. 7), S. 696 f.

[16] Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 309 mit Literaturverweisen.

Gesinnung auf der Basisebene gewachsen. Sie zu professionalisieren schien das Gebot der Stunde. Es hätte auf den ersten Blick nahegelegen, diese Aufgabe den Museen in Bonn und Trier zu übertragen. Das jedoch stieß auf Vorbehalte bei den Heimatmuseen. Diese fürchteten nach den bisherigen Erfahrungen, dass ihnen die Provinzialmuseen die spektakulärsten Stücke wegnehmen würden. So kam es zur Gründung des Verbandes rheinischer Museen unter Vorsitz von Landeshauptmann Horion am 23. November 1927.[17]

Der Provinzialverband stellte das Geld, die Verbandsmitglieder konnten über dessen Verwendung mitentscheiden. Für den Provinzialverband war dabei die Stärkung des Heimatgedankens politisch besonders wichtig. Das »Nachrichtenblatt für die rheinische Heimatpflege« diente als Fachzeitschrift für diesen Bereich.

Mit der Gründung der Archivberatungsstelle Rheinland 1929 dehnte der Provinzialverband seine kulturellen Aktivitäten aus. Er folgte dabei einmal mehr dem Provinzialverband Westfalen, der bereits 1928 eine Archivberatungsstelle eingerichtet hatte. Bedarf dafür bestand auch im Rheinland, wo die Staatsarchive selbst eingestandenermaßen nicht in der Lage waren, den kommunalen und sonstigen nichtstaatlichen Archivbereich zu bedienen. In dem entsprechenden »Bericht und Antrag« des Provinzialausschusses, eine solche Archivberatungsstelle beim Provinzialverband einzurichten, wird Bezug genommen auf die Unterstützung dieses Gedankens durch die Vorsitzenden des Rheinischen Landkreisverbandes, des Rheinischen Städtebundes und des Landesgemeindeverbandes West. Besonders hervorgehoben wird dabei die Tatsache, dass die eigentliche Anregung zur Errichtung einer Archivberatungsstelle vom Vorsitzenden des Rheinischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres (Duisburg) ausgegangen sei.[18]

Dass die neue Einrichtung nicht nur rein wissenschaftliche Aufgaben zu übernehmen hatte, klingt an einigen Stellen der Vorlage vorsichtig an. »Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dem außerordentlich reichen historischen Erleben der rheinischen Lande auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu allen Zeiten, in der Vergangenheit wie im Besonderen in der Gegenwart, sich ein starker Niederschlag der geschichtlichen Vorgänge in Urkunden und Akten vorfindet. […] Auch über rein wissenschaftliche und fachmännische Ausnutzung und Bearbeitung dieser Schriftquellen hinaus haben die fast an allen Orten, wenn auch nicht systematisch und allen Ansprüchen entsprechend eingerichteten Archive einen ganz besonderen Wert für die Lokal- und Verwaltungsgeschichte. Darüber hinaus bedeuten sie einen integrierenden Bestandteil der rheinischen Landes- und Heimatkunde. Es wird hierbei, um ein Beispiel anzuführen, auf die Wichtigkeit aller Akten aus der Zeit des Ruhrkampfes hingewiesen: Bei der Bearbeitung und Sichtung dieses Materials durch eine hierfür berufene Kommission ergab sich, daß sich schon jetzt allenthalben empfindsame Lücken im Aktenmaterial zeigen!«[19] Mit der Schaffung der (kleinen) Archivberatungsstelle wich der Provinzialverband von seiner bisherigen Strategie ab, die eigenen Dienststellen nicht zu vermehren. Allerdings bestand er auch hier darauf, durch die »Mitarbeit tüchtiger örtlicher Archivpfleger« die Aufwendungen für Personal strikt zu begrenzen.[20]

Das Zitat belegt den Wert, den der Ausschuss gerade den zeitgenössischen Quellen zumaß – hier wird der Ruhrkampf als Beispiel genannt – und auf die Auswertung dieser Quellen über die rein wissenschaftliche Nutzung hinaus. Die verdeckte Stoßrichtung ist damit klar: möglicher Schadensersatz von Frankreich. Die Akzeptanz der neuen Dienststelle sollte erhöht werden durch die Archivberatungskommission, in der viele fachliche und gesellschaftlich relevante Bereiche vertreten waren.

Die Einrichtung dieser Dienststelle fügt sich in die Verschärfung revisionistischer Tendenz gegen Ende der Weimarer Republik ein. Das vom Provinzialverband stark geförderte Institut für geschichtliche Landeskunde versuchte 1928 auf konspirative Art, eine Abteilung für westdeutsche Grenzlandforschung aufzubauen. »Um alles Aufsehen zu vermeiden, sollte diese allerdings nach außen hin nicht in Erscheinung treten, sondern der bestehenden historischen Abteilung eingegliedert werden«, heißt es in der Denkschrift. Begründet wurde der Vorschlag mit dem Argument, dass französische Universitäten bei der Grenzlandforschung wesentlich weiter seien, während man in Deutschland dieses Thema vernachlässige. »Der deutsche Kultureinfluß in diesen Ländern [Elsaß-Lothringen, Belgien und Luxemburg] kann wesentlich verstärkt werden, wenn es gelingt, ihre wissenschaftlich interessierten Kreise der deutschen Wissenschaft zu verpflichten und sie von uns aus zu eigenen Arbeiten anzuregen«.[21] Landeshauptmann Horion unterstützte den Antrag und erreichte beim Reichsminister für

[17] Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 310 f.

[18] Verhandlungen des 75. Rheinischen Provinziallandtages vom 5. bis 9. März 1929, Düsseldorf 1929, Anlagen zu den Verhandlungsprotokollen Nr. 18, S. 68–71, hier S. 68.

[19] Ebenda, S. 69. Der Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive, Adolf Brackmann, unterstützte dies nachdrücklich. »Gerade hier, wo in letzter Zeit noch durch militärische Besetzung manche kommunale Archive in ihrem Bestande gefährdet worden sind, erscheint es doppelt notwendig, einer weiteren Vernichtung wertvoller Dokumente systematisch vorzubeugen.«, in: Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege 1 (1929/30), Heft 9/10, S. 3.

[20] Hans Budde / Peter K. Weber, 80 Jahre Archivberatung im Rheinland. Alte Aufgaben – Neue Herausforderungen, in: LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum (Hrsg.), 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Bonn 2009, S. 11–47, hier S. 15.

[21] ALVR 11062, Denkschrift vom 11.05.1928 (Abschrift).

die besetzten Gebiete die Zusage von Finanzmitteln, die allerdings hinter den Wunschvorstellungen zurückblieben.[22]

Von der Stagnation in der Weltwirtschaftskrise zur Expansion in der NS-Zeit

In der Rheinprovinz. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der Tod von Landeshauptmann Horion bedeuteten einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Provinzialverbandes. Der Nationalsozialist Heinz Haake wurde am 11. April 1933 mit den Stimmen der Abgeordneten von NSDAP und Zentrum bei Enthaltung derjenigen der SPD zum Landeshauptmann der Rheinprovinz gewählt, also mitten in den Wirren nach der »Machtergreifung«, dem Reichstagsbrand, der Reichstagsbrandverordnung und so weiter und mitten in dem gewaltsamen Umbau Deutschlands zur Diktatur.

Unklar war zunächst, wie die Entwicklung im Einzelnen weitergehen sollte. Eine »Reichsreform« mit dem Ziel territorialer Umstrukturierung war schon in der Weimarer Republik diskutiert worden, wobei es unter anderem um die Abschaffung Preußens ging.[23] Hitler hatte dazu in »Mein Kampf« vage Stellung bezogen. Danach stand die Schaffung einer starken Zentralregierung mit einem Unterbau an Gauen zu erwarten, die sich an der Gaueinteilung der NSDAP orientierten und damit die Länder überflüssig machen sollten. Noch auf dem Nürnberger Parteitag (30. August bis 3. September 1933) kündigte Hitler die Abschaffung der Länder an.[24] Damit wäre zum Beispiel Preußen, aber auch seine Provinzen von der Bildfläche verschwunden und dadurch der Posten eines Landeshauptmanns der Rheinprovinz überflüssig geworden. Haake war einmal der erste Gauleiter im Rheinland gewesen und eine Zeit lang der einzige nationalsozialistische Abgeordnete im preußischen Landtag. Obwohl unzweifelhaft ein »alter Kämpfer«, hatte er seine Position als Gauleiter an Robert Ley verloren. Die nebenstehende Karte verdeutlicht, dass die Rheinprovinz sich über die NSDAP-Gaue Essen, Düsseldorf, Köln-Aachen und Koblenz erstreckte (Abb. 1).[25] Eine Reichsreform im Sinne der NSDAP hätte einen weiteren Abstieg von Haake bedeutet.

Also holte sich Haake Unterstützung beim Institut für geschichtliche Landeskunde. Prof. Steinbach kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Rheinprovinz unentbehrlich sei. »Gerade auch weil wir – von der heutigen Entmilitarisierung ganz abgesehen – hier am Nieder- und Mittelrhein dauernd ungeschützt liegen[…], ist eine einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in einem durchgehenden Provinzialverband dringend geboten.«[26]

Mehr als dieses Gutachten dürfte das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei vom 1. Dezember 1933 eine Erleichterung für Haake gewesen sein. In seinem Geleitwort zur Zeitschrift »Die Rheinprovinz« führte er dazu Anfang 1934 aus: »Heute, wo Staat und Partei eins sind, hoffe ich, dass ›Die Rheinprovinz‹ im erhöhten Maße dazu beitragen wird, alle in Frage kommenden Stellen im verstärkten Maße am Neuaufbau unseres Staates heranzuziehen.«[27] Haake betrachtete also die »Reichsreform« als beendet. Das Thema wurde freilich immer wieder einmal reanimiert.

Ein Mittel der Selbstbehauptung ist genau die genannte Zeitschrift, mit der Haake sich ein Alleinstellungsmerkmal verschaffte. Der Name ist Programm: Die Rheinprovinz, sein Zuständigkeitsbereich. Die Zeitschrift war allerdings nicht neu. Die ersten neun Jahrgänge hatte sie unter der Bezeichnung »Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz« firmiert und erst 1934 ihren neuen Titel erhalten, um zu demonstrieren, dass es um die gesamte Provinz ging und um alle Aktivitäten des Provinzialverbandes. Zu den traditionellen Themen trat nun auch die kulturelle Tätigkeit, die bis dahin in der Zeitschrift ›Rheinische Heimatpflege‹ ihren Niederschlag gefunden hatte und auch weiter fand. Anders als die Vorgängerversion ist Die Rheinprovinz wesentlich aufwändiger gestaltet, in grünem Ganzleinen mit Golddruck gebunden und mit viel mehr Abbildungen versehen als zuvor (Abb. 2).

Haake wollte diese Zeitschrift benutzen, um »alle in Frage kommenden Stellen […] am Neuaufbau heranzuziehen«. Neben den Gauen gab es weitere Einrichtungen der NSDAP wie die Hitlerjugend, die NS-Frauenschaft, die vielleicht keine existentielle Bedrohung darstellten, aber den Verlust von Zuständigkeiten nach sich ziehen konnten. Haake versuchte es mit einer Umarmungsstrategie, indem er die Zeitschrift »Rheinprovinz« zu einem amtlichen Publikationsorgan machte, in dem Bekannt-

[22] Marlene Nikolay-Panter, Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande von seiner Gründung im Jahre 1920 bis zum Beginn der 30er Jahre – ein Überblick, in: Stephan Lennartz (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserzeit und Nationalsozialismus, Bensberg 1997, S. 57–71, hier S. 68 f.

[23] Marie-Isabel Zirpel, »Hüterin und Mahnerin eines unvergänglichen Erbes ...«. Konzepte regionaler Kulturpolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus am Beispiel des Rheinischen Provinzialverbandes. Ungedruckte Magisterarbeit, Universität Münster 2008, S. 18.

[24] Wolfgang Baum, Die »Reichsreform« im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1953), Heft 1, S. 36–56, hier S. 37 und S. 40.

[25] Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 319.

[26] ALVR 4679, S. 3 des Gutachtens.

[27] Die Rheinprovinz 10 (1934), Heft 1, S. 1.

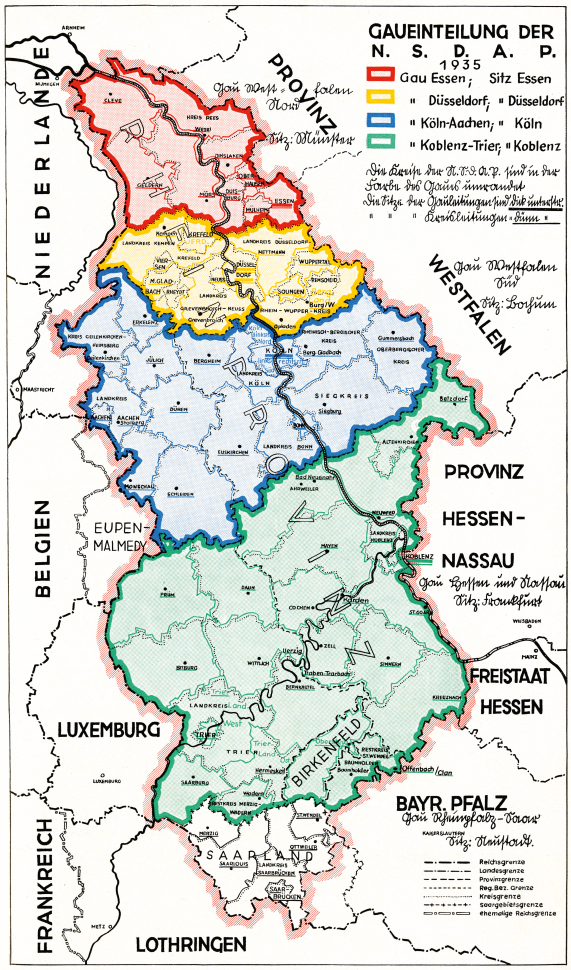

Abb. 1 Die Gaue der NSDAP im Gebiet der Rheinprovinz, in: Die Rheinprovinz 1935, S. 319.

machungen der NSDAP-Gaue der Region ebenso zu finden waren wie diejenigen der NS-Frauenschaft, der regionalen Hitlerjugend und so weiter.

Haakes Tun war weiterhin darauf gerichtet, sich unentbehrlich zu machen in den Augen von Hitler, indem er den Provinzialverband nutzte, um Linientreue zu beweisen und sich von niemandem bei der Propagierung der NS-Ideologie übertreffen zu lassen. Dabei versuchte er nicht nur, seine Zuständigkeit von niemandem einschränken zu lassen, sondern ging auch daran, seiner Verwaltung immer neue Zuständigkeiten zu verschaffen und diese tief in der Region und in Deutschland zu verwurzeln. Die Abschaffung der politischen Vertretung des Provinzialverbandes und die Gleichschaltung stärkten seine Handlungsfähigkeit noch.

Dabei scheint er anfangs die Möglichkeiten der Kulturpolitik nicht wahrgenommen und die durch sie verursachten Kosten überschätzt zu haben. Die negativen Auswirkungen bekam im Kulturbereich als erstes die junge Archivberatungsstelle zu spüren. Landeshauptmann Haake kündigte kurz nach seinem Amtsantritt im Juli 1933 den beiden Mitarbeitern Otto Reinhard Redlich und Wilhelm Kisky. Georg Vollmer, dem Direktor des Staatsarchives in Düsseldorf, gelang es, Haake umzustimmen. Er verwies besonders auf die Ahnen- und Rassenforschung, die auf archivalische Quellen dringend angewiesen war. Die Archivberatungsstelle durfte mit Kisky an der Spitze weiterarbeiten. Sie wurde 1935 mit Dr. Karl Wilckes sogar um einen weiteren Mitarbeiter aufgestockt.

Haake begriff schließlich, dass im Kulturbereich keine großen Einsparungen möglich waren, und er sah ein, dass er sonst wenige Themen hatte, mit denen er öffentlich punkten konnte. Straßenbau war weiterhin seine Zuständigkeit, aber das Filetstück, der Bau von Autobahnen (bei denen die Rheinprovinz immerhin ein Vorreiter gewesen war), lag jetzt beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Fritz Todt, und wurde wegen der Möglichkeit publikumswirksamer Auftritte von Hitler als Chefsache betrachtet. Das Gesundheitswesen bot mit der Psychiatrie und den Zwangssterilisationen ebensowenig ein »appetitliches« Thema wie die Fürsorge für schwer erziehbare Jugendliche. Auch diese Inhalte wurden behandelt, rückten jedoch in den Hintergrund. Haakes Gesinnungswandel lässt sich am Leitmotto der Rheinprovinz für 1938 ablesen: »Auf allen Gebieten der provinziellen Selbstverwaltung, sei es auf dem der Kulturpflege, der Volkstums- und Heimatpflege, der Landeskultur und der Landwirtschaft, des Straßenbaues usw. trat […] eine Intensivierung und Vertiefung der gesamten Arbeit ein«.[28]

Die kostenintensivsten Abteilungen wie Gesundheitspflege (vor allem Psychiatrie) und Jugendwohlfahrt werden gar nicht ausdrücklich genannt, die kulturellen Aufgaben stehen an erster Stelle, obwohl auf sie nur ein bis zwei Prozent des Haushalts entfallen. Andererseits muss man im Auge behalten, dass sich die Ausgaben für die Kulturpflege von 1933 bis 1939 verdreifachten.[29] Auch an der Verwaltungsstruktur ist zu erkennen, das die Kultur an Bedeutung gewann.

Haake stellte Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt, einen promovierten Kunsthistoriker, am 1. September 1933 als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter in der Kulturabteilung ein. Dieser war Mitglied der NSDAP und SA seit 1927. Er war Haake auf seinen Reisen als Parteiredner aufgefallen, als jener in Marburg den Saalschutz für ihn organisierte. Apffelstaedt stieg rasch auf und übernahm am 4. Dezember 1934 die Leitung der Kulturabteilung. Sein Vorgänger Dr. Josef Busley war schon 1933 in die Denkmälerinventarisation versetzt worden. Im Jahr 1935 beför-

[28] Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 3.

[29] Horst Romeyk, Heinrich Haake. 1892–1945, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 17, Köln 1997, S. 211.

derte Haake Apffelstaedt zum Landesrat und damit zu einem Spitzenbeamten.[30] Diese Beförderung machte die Kulturabteilung zu einer Abteilung ersten Ranges.

Mit Apffelstaedt hatte Haake einen energischen Untergebenen, der absolut linientreu war im Sinne der NS-Ideologie. Das zeigte sich zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf e. V., kurz Gefrubb genannt. Der Dezernent vertrat Haake bei den Sitzungen dieser Gesellschaft. So sollten am 19. Juni 1935 drei neue Mitglieder in den Vorstand gewählt werden. Es handelte sich um Dr. Paul Silverberg, Dr. Friedrich Solmsen und Oberpräsident i. R. Hermann Freiherr von Lüninck.

Der SA-Standartenführer und Landesverwaltungsrat Dr. Apffelstaedt erläuterte, warum das keinesfalls geschehen dürfe. Dr. Silverberg sei Jude und lebe in der Schweiz, Dr. Solmsen sei ebenfalls nicht arischer Abstammung und lebe in Berlin und Freiherr von Lüninck komme deshalb nicht in Frage, weil dieser Platz dem aktuellen Oberpräsidenten (Gauleiter Terboven) zustünde. Apffelstaedts Vorschläge wurden einstimmig angenommen.[31]

Außerdem machte er sich daran, Haake in den Beirat zu bekommen. Er deutete die Überlegung des Landeshauptmanns an, den Universitäten Köln und Bonn Stiftungen in Höhe von je zehntausend Reichsmark zukommen zu lassen, und ließ anklingen, dass Haake gern dem Beirat angehören würde. Dem Vorgang ist nicht zu entnehmen, ob diese Stiftungen zustande gekommen sind, aber Haake gelangte in den Beirat.[32] Von da an jedenfalls stiegen die Spenden des Provinzialverbandes, die 1928 noch mit eintausend Reichsmark angesetzt worden waren und 1933, 1934 und 1935 auf zweihundert Mark geschrumpft waren, wieder an. Im Jahr 1936 waren es schon tausendsiebenhundert, 1937 dreitausendsechshundert Mark. Neu war jedoch, dass die Spenden zweckgebunden wurden (Ortsnamenslexikon und Flurnamenbuch) und an das Institut für geschichtliche Landeskunde gingen.[33] Die Zweckbindung ermöglichte eine zeitunaufwendige Kontrolle.

Nicht nur in der Förderungspolitik änderten sich Methoden und Zielrichtung. Das lässt sich am Rheinischen Landesmuseum in Bonn zeigen, das am 24. März 1935 wieder zugänglich und nach Abschluss der noch ausstehenden Arbeiten am 26. April 1936 erneut eröffnet wurde. Ziel der Umgestaltung war es, aus der Gelehrtensammlung ein Museum für das Volk zu machen. Diese Forderung war schon vor der NS-Zeit erhoben worden, hatte aber nicht ausreichend umgesetzt werden können.[34] Vieles davon wurde nun im Landesmuseum in Bonn verwirklicht. Die Anzahl der präsentierten Stücke wurde in

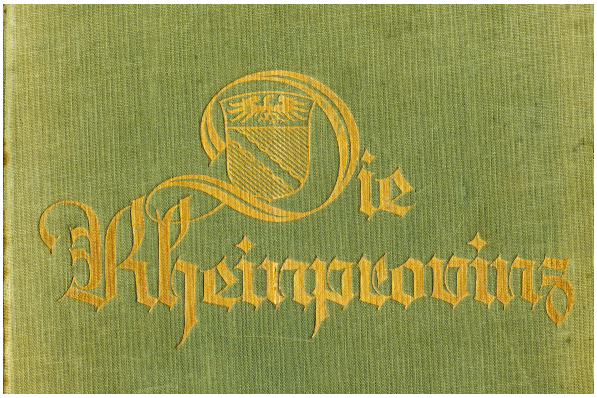

Abb. 2 Einband der Zeitschrift Die Rheinprovinz 1934.

der Schausammlung reduziert. Die übrigen wanderten in die Studiensammlung, die dem normalen Publikum nicht zugänglich war. Die Ausstellungstechnik wurde modernisiert. Erneuerung und Vereinfachung dienten nun aber der Indoktrination. Der Schwerpunkt der Darstellung wurde von den römischen Funden verschoben auf Ur- und Frühgeschichte: »die Provinzialverwaltung darf sich rühmen, die bestaufgestellte und instruktivste Schau deutscher Vor- und Frühgeschichte zu besitzen, zumal, nachdem es gelungen ist, in den letzten Monaten eine Fülle einzigartiger Neuerwerbungen aus der germanisch-fränkischen Zeit zu machen.«[35] Es gab zudem eine Sonderausstellung »Kampf um den Rhein«, die die Auseinandersetzungen zwischen Römern und Germanen im Sinne der NS-Ideologie darstellte. Museumsdirektor Oelmann kritisierte am Beispiel der damals in Bearbeitung befindlichen Festschrift, dass man den Begriff »Besatzungszeit« für die provinzialrömische Phase benutzt. »Er ist ein politischer Begriff mit propagandistischem Beigeschmack«, der nicht auf die römische Zeit angewandt werden könne. Geändert hat das aber nichts. »Römisches hatte von offizieller Seite aus nur insofern eine

[30] Bettina Bouresh: Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Köln 1996, S. 191 und S. 193.

[31] ALVR 11085, Vermerk vom 28.06.1935

[32] ALVR 11085, Schreiben vom 24.10 und 08.11.1935 sowie Achtzehnte Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf am 16. November 1935, [Bonn 1935] (Druck) S. 5.

[33] ALVR 3670, fol. 390 r. sowie ALVR 11085, Schreiben vom 02.08.1933, 28.06.1934 und 03.06.1935 sowie Zwanzigste Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf am 06. November 1937, [Bonn 1937] (Druck), S. 39.

[34] Zirpel, Hüterin (Anm. 23), S. 48–54 am Beispiel des Provinzialmuseums Trier.

[35] Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 352.

Daseinsberechtigung, als es die historische Überlegenheit der Germanen zu belegen hatte«.[36]

Auch bei der Ausgrabungstätigkeit gab es eine Abwendung von der provinzialrömischen Geschichte. Ein ambitionierter Ausgrabungsplan aus dem Jahr 1936 sieht einundzwanzig Einzelgrabungen vor, die neben schon gesicherten und erfassten Funden zu einem »Frankenkatalog« zusammengefasst werden sollten. Die Grabungsplanung 1936/37 listet zweiundvierzig Grabungen auf, von denen nur drei auf römische Funde abzielen.[37] Die archäologischen Arbeiten wurden weiter intensiviert. Das lag vor allem an der gesteigerten Bautätigkeit, zu der seit 1938 auch die Errichtung des sogenannten Westwalls gehörte. Diese Maßnahmen nötigten zur vermehrten und beschleunigten Erfassung von Funden. Deshalb wurde der Landesdienst, der die Erfassung zu leisten hatte, erweitert und neu organisiert. Dazu wurden sechs junge Prähistoriker zusätzlich eingestellt, »die, durchgängig alte Parteigenossen, SA- oder SS-Männer (Rasse- und Siedlungsamt) weltanschaulich die Gewähr für eine richtige Auswertung der Funde boten«. Außerdem stellte man Hilfskräfte mit Werkverträgen ein und baute die Restaurierungswerkstätten aus. Den Mitarbeitern standen Geländewagen zur Verfügung, die den schnellen Einsatz vor Ort sicherstellen sollten. Organisatorisch wurde das Ganze abgesichert durch die Schaffung eines Landesamtes für die vorgeschichtliche Bodendenkmalpflege, das in Bonn beim Landesmuseum angesiedelt war und die Sprengel beider Landesmuseen abdeckte.[38]

Zusätzlich abgesichert wurden diese Aktivitäten durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Bonn. Die Professur musste allerdings erst einmal geschaffen werden. Das funktionierte so: Ein frei gewordener Lehrstuhl für katholische Theologie wurde durch die Universität umgewidmet, die Stadt Bonn erwarb ein Gebäude und stellte es zur Verfügung, und der Provinzialverband bezahlte sechzigtausend Reichsmark für Einrichtung und Ausstattung. Zudem wurden dem Institut beträchtliche Mittel in Aussicht gestellt, die Forschungstätigkeit auch in Belgien und Nordfrankreich ermöglichten. Das sollte dazu dienen, »Brücken über die Landesgrenzen hinaus zu schlagen«. Die politische Zielrichtung war eine andere. Es ging darum, »in zielbewußter Arbeit das Primat der französischen Forschung […] zu brechen«.[39]

Landeshauptmann Haake beschränkte sich allerdings nicht darauf, seine eigenen Einrichtungen ideologisch auf- und auszubauen. Er war auch ständig auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern. Ein solches erschloss er sich mit dem 1935 gestifteten Rheinischen Literaturpreis und folgte damit einmal mehr einem westfälischen Vorbild. Der rheinische Provinzialverband hatte bis dahin mit Literatur wenig zu tun gehabt. Die Abteilung für Jugendwohlfahrt hatte »Schmutz und Schund« bekämpft und sich engagiert bei der Indizierung vornehmlich erotischer Publikationen. Nun aber wollte sich der Verband dem »arteigenen deutschen Schrifttum« widmen.[40] Haake erreichte damit hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Der Preis war mit fünftausend Reichsmark dotiert, was einer Kaufkraft von fast fünfzigtausend Euro entspricht.[41] Die Preisverleihung avancierte zur Großveranstaltung, die zumeist im Kölner Gürzenich stattfand. Sie wurde bis weit in den Krieg hinein fortgesetzt. Vor der Nachwelt fand der Preis keine Anerkennung.[42]

Auch in den Theaterbereich stieß Haake vor. Zwar war die Förderung von Theatern nicht neu. So hatte das Dezernat V der Kulturabteilung unter anderem die Aufgabe, die »Interessen der Provinz bei den von ihr unterstützten Wandertheatern« wahrzunehmen,[43] aber eine so enge Verbindung wie im Fall des Rheinischen Landestheaters Neuß war neu. Der Auslöser war finanzieller Natur. Der Haushalt des Theaters wies eine Deckungslücke von zehntausend Reichsmark auf. Diese wurde beseitigt durch die 1938 vorgenommene Umwandlung des bis dahin als GmbH geführten Theaters in einen eingetragenen Verein. Der Provinzialverband und die Stadt Neuß stellten je zweitausend Reichsmark zur Verfügung, die zum Verein gehörenden Landkreise insgesamt fünftausend (nach ihrer Größe gestaffelt), der Rest sollte durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden. Damit war das finanzielle Überleben des Theaters gesichert, das dann während des Zweiten Weltkrieges als Fronttheater agierte.[44]

Ein spätes Beispiel für das immer weitere Expandieren des Provinzialverbandes in kulturelle Bereiche ist das Provinzialinstitut für soziale Frauenkunde, das 1941 ge-

[36] Bouresh, Neuordnung (Anm. 24), S. 106.
[37] Die Rheinprovinz 12 (1936), S. 436 f.; Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 427.
[38] Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 23.
[39] Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 23 f.; ALVR 11424, Brief von Apffelstaedt an Tackenberg, 25.07.1938.
[40] Zitiert bei Georg Mölich, Rahmenbedingungen und Strukturen der Kulturpolitik des Rheinischen Provinzialverbandes nach dem Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann, Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 34–47, hier S. 45.
[41] Dies folgt der Faustregel von Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rasse und nationaler Sozialismus, TB-Ausgabe, Frankfurt am Main 2006, S. 48. Die Kaufkraft einer Reichsmark wird auf zehn Euro geschätzt.
[42] Immerhin finden – anders als der Preis – sieben der neun ausgezeichneten Dichter Erwähnung: Norbert Oeller, Geschichte der Literatur in den Rheinlanden seit 1815, in: Franz Petri / Georg Droege (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 3, Wirtschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1979, S. 553–696.
[43] Die Rheinprovinz 9 (1934), Heft 4, S. 34.
[44] Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 746–749 und Die Rheinprovinz 15 (1940), S. 256–258.



Abb. 3 In der Bildmitte in Uniform der Landeshauptmann Heinrich Haake, zu seiner Rechten die völkisch-nationale Schriftstellerin Maria Kahle.

gründet wurde und 1942 das erste Mal an die Öffentlichkeit trat.

Es ging auf die Initiative der promovierten Kunsthistorikerin Edith Nockemann-Wolters zurück, die jedoch kurz nach der Gründung durch einen Autounfall verstarb. Ihr Ehemann Dr. Hans Nockemann fiel im Dezember 1941 vor Moskau als Unterführer der Waffen-SS. Testamentarisch vermachte er den umfangreichen Buchbestand seiner Frau dem Institut. Alles sollte der Erforschung der Frauenfrage dienen, allerdings unter nationalsozialistischen Vorzeichen.

Für Haake waren hier in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht worden. Einerseits haben die »andersartigen Anschauungen der Vergangenheit« zwar Frauen aus »unnatürlichen und unwürdigen Abhängigkeiten gelöst«, aber auf die falsche Art. »Denn sie suchte die Frau zugleich in das trügerische Licht einer liberalen Freiheit und formalen Gleichberechtigung mit dem Mann zu heben. Sie tat damit der wahren Natur der Frau und Mutter Gewalt an und entfremdete sie den naturnotwendigen Gemeinschaftsbindungen an Familie und Volk«.

Zur Eröffnung war die Dichterin Maria Kahle eingeladen worden, die eine Lesung aus ihren Werken veranstaltete und in diese Denkrichtung passte (Abb. 3).

Bemerkenswert bleibt allerdings, dass Haake dem Institut als erste Aufgabe aufgetragen hatte, die Verhältnisse beim Fraueneinsatz im Krieg statistisch zu erfassen.[45] Die Kriegsverhältnisse dürften den Fortgang dieser Untersuchungen jedoch bedeutungslos gemacht haben wie auch bei der letzten mir bekannten Akquisition, der Landesbildstelle Köln, die 1943 in die Verwaltung des Provinzialverbandes eingegliedert wurde (die in Düsseldorf bereits 1941). Die Kölner Landesbildstelle brannte Pfingsten 1943 nach Bombenangriffen vollständig aus.[46]

Aktivitäten auf nationaler Ebene. Haake beschränkte sich bei seinen ausgreifenden kulturellen Aktivitäten nicht auf die Rheinprovinz, sondern versuchte sich auch als Akteur auf nationaler Ebene. Dafür hatte er sich bereits im Oktober 1933 eine gute Ausgangsposition gesichert, als er den Vorsitz im Deutschen Heimatbund übernahm und Ende 1936 eine Vereinbarung mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages erreichen konnte, die die Landesvereine des Heimatbundes unter den Schutz der Provinzialverbände stellte.[47] Er nahm regelmäßig an den Tagen für Denkmalpflege und Heimatschutz teil. In der Zeitschrift »Die Rheinprovinz« wurde umfänglich darüber berichtet. Haake brachte sich und seinen Verein bei diesen Gelegenheiten mit Ergebenheitstelegrammen bei Hitler in Erinnerung.[48]

[45] Dichterabend im Rheinischen Provinzialinstitut für soziale Frauenkunde, in: Amtsblatt des Rheinischen Provinzialverbandes 1 (1942), S. 36–39. Diese »abgespeckte« Version der eingestellten Zeitschrift »Die Rheinprovinz« ist in Antiqua gesetzt, da Frakturschriften inzwischen als »jüdisch« galten.

[46] Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 315.

[47] Auf regionaler Ebene war Haake seit 1933 Ehrenvorsitzender des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz und übernahm dort den Vorsitz 1937, vgl. Romeyk, Haake (Anm. 29), S. 212; Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 10.

[48] Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 668–674 sowie S. 734–746. Telegramm auf S. 673 f.

Grenzüberschreitende Aktivitäten. Auch an grenzübergreifenden Aktivitäten war Haake beteiligt. Schon im Geschäftsverteilungsplan von 1934 gibt es in der Abteilung des Ersten Landesrates die Zuständigkeit für Angelegenheiten des Saargebietes und des Auslandsdeutschtums.[49] Die kulturellen wie andere Verbindungen zum Saargebiet waren nie abgerissen. Da der größte Teil des Saargebietes aus der Rheinprovinz stammte, rechnete man beim Provinzialverband fest mit der Rückgliederung. Nach der Saarabstimmung wurde das Saargebiet jedoch Gauleiter Bürckel als Reichskommissar unterstellt. Das dürfte unangenehme Erinnerungen an die Reichsreform geweckt haben.

Dieser Rückschlag hinderte Haake jedoch nicht daran, weiter grenzüberschreitend tätig zu sein. So übernahm der Provinzialverband am 1. April 1938 die »Forschungsstelle Rheinländer in aller Welt«. Haake begründete dies mit seiner Zuständigkeit für landschaftliche kulturelle Arbeit. Es waren bereits zahlreiche Adressen von Auswanderern gesammelt worden. Mit dem »Rheinischen Heimatbrief« sollte versucht werden, bei den Ausgewanderten Heimatbindung zu erzeugen. Daneben erschienen mehrere Publikationen zur Methodik der Auswandererforschung und zur Geschichte der Auswanderung aus rheinischen Regionen.[50]

Bereits 1937 hatte Haake das Grenzlandamt in seinem unmittelbaren Zuständigkeitsbereich eingerichtet und nutzte seine 1936 übernommene Funktion als Leiter der Außenstelle West des Volksbundes für das Deutschtum (VDA) in Zusammenarbeit mit der Grenzlandabteilung der NSDAP für subversive Aktionen im Sinne gemeinsamen Volkstums zum Beispiel in Eupen-Malmedy – St. Vith. Es muss für ihn eine große Genugtuung gewesen sein, dass nach dem erfolgreichen Vormarsch der Wehrmacht dieses Gebiet nicht nur dem Reich, sondern auch der Rheinprovinz wieder eingegliedert wurde.[51]

Haake wurde ebenso für das annektierte Luxemburg zuständig, was ihm zu seinem fünfzigsten Geburtstag fünfzig Flaschen luxemburgischen Weins einbrachte, »geboren aus den edelsten Säften luxemburgischen Bodens«. Sein Traum, zum Militärverwaltungschef für die Niederlande, Belgien und Luxemburg aufzusteigen, erfüllte sich jedoch nicht.[52]

Auch das letzte große grenzübergreifende Projekt seines Kulturdezernenten blieb erfolglos. Apffelstaedt hatte sich im Oktober 1939 mit dem Bonner Kunsthistoriker Prof. Alfred Stange abgestimmt und beschlossen, bei der zu erwartenden Rückführung des aus dem Rheinland nach Frankreich »entfremdeten« rheinischen Kulturguts eine führende Rolle zu spielen. Stanges Schüler, Dr. Rudolf Brandts, sollte auf der Basis des regional vorhandenen Bibliotheksmaterials dieses Kulturgut listenmäßig erfassen. Dr. Karl Wilkes von der Archivberatungsstelle sollte das Gleiche tun auf der Basis einschlägiger Bibliotheks- und Archivbestände in Berlin. Getarnt wurde die Aktion als Vorbereitung für eine großangelegte Übung zum Thema französischer Kunstraub am Rhein an der Uni Bonn.[53] Trotz beflissenen Bemühens, die Angelegenheit geheim zu halten, sprach sie sich bald herum.

Von verschiedenen Stellen wurden die Listen eingefordert, seitdem Hitler Josef Goebbels mit der Leitung der Rückführung aus Deutschland entfremdeten Kulturguts beauftragt hatte. Zudem hatten die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens im Juli 1940 Reichskommissare für den Kunstschutz in den besetzten Gebieten ernannt. Der Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußens, Prof. Dr. Otto Kümmel, wurde zum Reichskommissar für den Museumsschutz ernannt, für Archivalien war der zuständige Reichskommissar der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Dr. Ernst Zipfel,[54] für Handschriften der Generaldirektor der preußischen Staatsbibliothek, Dr. Hugo Andres Krüß, für militärische Trophäen Admiral Lorey, der Chef des Heeresmuseums. Alle pochten darauf, ein Exemplar der rheinischen Denkschrift zu bekommen.

Im September 1940 war die Denkschrift in der ursprünglich gedachten Form fertiggestellt. Ihr Ziel war es, wie gesagt, alle rheinischen Kunstwerke aufzuführen, die seit 1794 aus dem Rheinland »entfremdet« worden waren. Legal erworbene Kunstgegenstände waren ausdrücklich nicht Gegenstand der Erfassung. Laut Landesrat Apffelstaedt sollte die Liste als Unterlage für die Friedensverhandlungen dienen.[55]

Inzwischen hatten Goebbels und die Reichskanzlei per Erlass im August 1940 den Auftrag erteilt, alles aus deut-

[49] Die Rheinprovinz 9 (1933), S. 3 f.

[50] Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 448; Die Rheinprovinz 15 (1939), S. 132–135; ALVR 4561–4562.

[51] Thomas Müller, Die Formierung des Grenzraums, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 7), S. 763–790, passim; Die Rheinprovinz 16 (1940), S. 142.

[52] ALVR, NL Haake 127, Geschenk der Verwaltung der höheren Kommunalverbandsangelegenheiten in Luxemburg; Müller, Formierung (Anm. 51), S. 771.

[53] ALVR 11240, Brief von Apffelstaedt an Stange am 30.04.1940 und Durchschrift von Stanges Empfehlungsschreiben vom 04.05.1940.

[54] Thomas Musial, Staatsarchive im Dritten Reich, Potsdam 1996. Die preußische Archivverwaltung hatte zwar schon relativ früh Überlegungen zu Maßnahmen im Kriegsfall angestellt (S. 79 f.), konkretisiert wurden diese jedoch erst unmittelbar nach dem Angriff auf Frankreich (S. 85 f.).

[55] ALVR 11240, Denkschrift S. 2.

[56] Zweiter Kümmel-Bericht. S. II f., in: Library of the Congress, http://libmma.contentdm.oclc.org/cdm/compoundobject/collection/p16028coll4/id/828.

[57] ALVR 11240, Brief von Apffelstaedt an Oberpräsidenten, 10.09.1940.

schem Besitz entführte Kulturgut zu erfassen. Prof. Kümmel legte für seinen Zuständigkeitsbereich (Museen) einen ersten Bericht mit Datum 18. September 1940 vor.[56]

Am 10. September ließ Apffelstaedt seine Listen an die zuständigen Stellen versenden.[57] Leicht gefallen ist ihm das sicher nicht. Er versuchte zwar noch auf dem Weg über Landeshauptmann Haake, Goebbels dahingehend zu bestimmen, die von Apffellstaedt gegründete Rheinland-Kommission als Expertengremium mit zu berücksichtigen. Erfolg hatte er dabei nicht. Er gab allerdings die Hoffnung nicht auf und forderte aus dem Rheinland weiterhin Meldungen über verschlepptes Kunstgut an. Mit diesen Meldungen sollte das im Landesmuseum Bonn befindliche Exemplar der Denkschrift fortgeschrieben werden.

Noch im September reiste Kümmel nach Paris und verfasste auf der Basis französischer Quellen einen zweiten Bericht, den er am 31. Dezember 1940 abschloss.[58]

Bedeutung erlangte das alles jedoch nicht. Apffelstaedt berichtet am 3. November 1942 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz: »Irgendwelche Kunstgüter, mit Ausnahme von Waffen und Trophäen, sind seither nicht ins Reich zurückgekehrt.« Offenbar griff die im November 1941 von Graf Metternich erreichte Vereinbarung, die »Rückführung« bis nach Kriegsende zu vertagen. Einer Notiz vom 3. April 1944 zufolge hatte der Ausschuss für den Rücktransport geraubten Kulturgutes bereits im Februar 1942 beschlossen, »bis auf weiteres nichts zu unternehmen.«[59] Eigenmächtige Versuche zur Rückführung oder zum Tausch scheiterten in der Regel.[60]

Apffelstaedt suchte sich ein anderes Betätigungsfeld. Ein früherer Assistent von Prof. Stange, Hermann Bunjes, nun Leiter der Kulturabteilung der Deutschen Militärverwaltung in Paris, machte ihn im September 1940, just als Apffelstaedt seine Gutachten verschickte, darauf aufmerksam, dass demnächst in großem Umfang wertvollste Kunstgegenstände aus Privatbesitz in den Kunsthandel gelangen würden.[61] Apffelstaedt ließ sich nicht lange bitten. Keine zwei Monate später erstand er die ersten beiden Gemälde in Frankreich »zu einem lächerlich geringen Preis«, wie Landeshauptmann Haake wenig später schrieb.[62] Weitere hundertdreißig Kunstwerke und historisch wertvolle Stücke folgten, sämtlich formal korrekt gekauft, aber doch so offensichtlich unter Ausnutzung der Besatzungssituation beschafft, dass man von rechtmäßigem Erwerb nicht sprechen kann. Doch diese Erwerbungsmaßnahmen blieben weit hinter den Plänen Apffelstaedts zurück.

Und das blieb von den hochfliegenden kulturpolitischen Plänen übrig: Die Reste der Kulturverwaltung des Provinzialverbandes mussten sich mit der Rettung und Flüchtung der rheinischen Kulturgüter vor Freund und Feind im eigenen Land befassen.

Dr. Wolfgang Franz Werner, Landesarchivdirektor a. D.,
Carl-von-Linné-Straße 94, 50226 Frechen

[58] Zweiter Kümmel-Bericht (Anm. 56), passim.
[59] Alle Belege in ALVR 11240.
[60] Vgl. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die ›Westforschung‹ in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 7), S. 741–761, hier S. 760.
[61] Bettina Bouresh, »Sammeln Sie also kräftig«. Kunstrückführung ins Reich – Im Auftrag der Rheinischen Provinzialverwaltung 1940–1945, in: Bazon Brock / Achim Preiß (Hrsg.), Kunst auf Befehl? Dreiunddreißig bis fünfundvierzig, München 1990, S. 59–75, hier S. 62.
[62] Ebenda, S. 65.

Bildrechte. Abb. 3 Franz Böhme (13.01.1889–11.12.1944), Düsseldorf, in ALVR 11030.

Summary. Since 1875, the Rhenish Provinzialverband (Provincial Association) had been the self-governing body of the Rhine Province, which, among other things, was entrusted with the cultural maintenance of the region and implemented this through institutions and project funding. During the time of the Weimar Republic, it primarily promoted nationalist research, publications and events, since culture was instrumentalized to a great extent for self-assertion against France. The Bonn Institute for Historical Regional Studies, the museum and archive consultancy, the Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz as well as the provincial museums in Bonn and Trier were specifically supported in this respect. Heinrich Haake's entry into office as governor in 1933 strengthened this activity in the spirit of the National Socialist regime. Haake wanted to reinforce the position of the Provincial Association. Through the deployment of Hans-Joachim Apffelstaedt as head of the cultural department, this became an important organ for Nazi ideology, which was now propagated in museums, theatres, and newspapers as well as in the literature of the Rhine Province. The Provincial Association under Haake also attempted to exert influence across borders.

Résumé. Depuis 1875, le Provinzialverband (association provinciale) de Rhénanie fut l'organe autonome de la Province rhénane qui, entre autres choses, fut chargé de l'entretien culturel de la région et le réalisa par ses institutions et le financement de projets. Pendant la République de Weimar, il promut surtout la recherche, les publications et les manifestations nationalistes. Ainsi, on instrumentalisait la culture dans une large mesure pour s'affirmer contre la France. Par conséquent, l'Institut d'études historiques régionales de Bonn, les bureaux consultatifs des musées et des archives, le Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz (association pour la conservation des monuments historiques et la protection du paysage en Rhénanie) ainsi que les musées provinciaux de Bonn et de Trèves profitaient d'un soutien approprié. En 1933, l'entrée en fonction de Heinrich Haake comme gouverneur renforça cette activité dans l'esprit du régime national-socialiste. Haake voulait raffermir la position du Provinzialverband. La nomination de Hans-Joachim Apffelstaedt à la tête du département culturel en fit un organe important pour l'idéologie nazie, qui se propageait désormais dans les musées, les théâtres et les journaux ainsi que dans la littérature de la Province rhénane. Le Provinzialverband sous Haake tenta également d'exercer son influence au-delà des frontières.

Resümee. Der rheinische Provinzialverband war seit 1875 das Selbstverwaltungsorgan der Rheinprovinz, das unter anderem mit der Kulturpflege der Region betraut war und dies durch Institutionen sowie Projektförderung umsetzte. In der Zeit der Weimarer Republik förderte er vornehmlich nationalistische Forschung, Publikationen und Veranstaltungen, da Kultur in hohem Maße zur Selbstbehauptung gegen Frankreich instrumentalisiert wurde. Gezielt wurden dahingehend das Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde, die Museums- und Archivberatung, der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz sowie die Provinzialmuseen in Bonn und Trier gefördert. Mit dem Amtseintritt Heinrich Haakes als Landeshauptmann 1933 verstärkte sich diese Tätigkeit im Sinne des nationalsozialistischen Regimes. Haake wollte die Stellung des Provinzialverbandes weiter stärken. Durch den Einsatz Hans-Joachim Apffelstaedts als Leiter der Kulturabteilung wurde diese ein wichtiges Organ für die NS-Ideologie, die nun in Museen, Theatern und Zeitungen und auch in der Literatur der Rheinprovinz propagiert wurde. Auch grenzübergreifend versuchte der Provinzialverband unter Haake, Einfluss zu nehmen.

Thomas Müller

Wolfgang Ispert und die Abteilung Grenzland

Ein hybrider Akteur zwischen rechtsradikalem Aktivismus, provinzialer Volkstumspolitik und verdeckter Außenarbeit des Sicherheitsdienstes der SS jenseits der Westgrenze

Der vorliegende Beitrag umreißt eine Dimension provinzialer Kulturpolitik außerhalb der provinzialen Institutionen im engeren Sinne. Das Geschehen vollzog sich vielmehr in einem Feld politischen Handelns, das an die Praxis informeller und verdeckter Interventionen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure der Weimarer Republik anknüpfte, welches sich unter dem Begriff ›Grenzlandpolitik‹ subsumieren lässt. Grenzlandpolitik bedeutet in diesem Zusammenhang nicht allein ein auf die Grenze bezogenes und im Grenzraum (beiderseits der Grenzlinie) vollzogenes politisches Handeln, sondern schließt ein, dass ein solches Handeln aufgrund der vertraglichen Bestimmungen am Ende des Ersten Weltkrieges und aus außenpolitischen Gründen von vornherein eine verdeckte Seite aufwies. Insbesondere die Rheinlandbesetzung und der ›Ruhrkampf‹ bildeten Kontexte, in denen ein klandestiner Politikstil angewandt und professionalisiert werden konnte und staatliche Behörden im Medium (scheinbar oder tatsächlich) privater Strukturen agierten, die nicht selten eigene politische Ziele verfolgten. Die nach 1933 entstehenden polykratischen Strukturen des ›Führerstaats‹ begünstigten diese Hybridität und verschafften ihr neue Ressourcen und Handlungsfelder. Ich möchte dieses politische Feld am Beispiel der Abteilung G – ›G‹ für ›Grenzland‹[1] – des Landeshauptmanns Heinrich Haake in dessen Funktion als Landes- beziehungsweise Reichsinspekteur der NSDAP untersuchen, zunächst aber ihre zentrale Person beleuchten: den am 18. Februar 1898 in Elberfeld geborenen und am 6. November 1976 in Haan verstorbenen Arzt Wolfgang Ispert.[2]

Ispert als Grenzlandaktivist

Jüngere Rechtsradikale der Weimarer Republik neigten dazu, die Gewalterfahrung des Krieges in den Frieden zu verlängern und die Grenze als Symbol und Schauplatz eines fortdauernden Kampfes sowohl um Territorien als auch um ein völkisch-rassistisches Nationenkonzept zu imaginieren. Ispert war im Alter von achtzehn Jahren als Artilleriesoldat zum Kriegsdienst einberufen worden, hatte den Ersten Weltkrieg in Belgien, Frankreich, Österreich und Russland erlebt, war einmal verschüttet worden und wurde schließlich im Leutnantsrang der Reserve entlassen.[3] Danach studierte er von Februar 1919 bis Dezember 1922 in Münster, Freiburg und Erlangen Medizin, erlangte 1923 die Approbation und promovierte im gleichen Jahr über Anästhesie.[4] In unserem Zusammenhang entscheidend ist, dass er die Nachkriegsjahre in paramilitärischen Bünden seiner jeweiligen Studienorte zugebracht hat, wie er selbst schreibt: »1919 bis zum Frühjahr 20 [in] den Studenten- bezw. Milizformationen in Münster i. W. und Freiburg i. Br. Nach dem Kapputsch [sic!] Niederschlagung des roten Aufstands in Nürnberg beim Stud[enten-] Bataillon Erlangen, Frühjahr 21 Freikorps ›Adler u. Falken‹ Elberfeld, ab Mai 21 bis 1931 beim Freikorps bezw. Bund Oberland, Kämpfe in Oberschlesien, später Kreisleiter Freiburg, und 24–28 Landesleiter Rheinland-Westfalen.«[5]

Im Jahr 1924 gründete Ispert im Bund Oberland, der wegen seiner Beteiligung am Hitlerputsch zu dieser Zeit verboten war, einen »Arbeitskreis für Grenzlandarbeit« – die Keimzelle der späteren Abteilung G –, baute sie später zu einem »überbündisch[en]« Gremium

[1] In den Archivquellen findet sich in der Regel das Kürzel ›G‹ statt ›Grenzland‹. Öffentlich blieb die Abteilung aus Tarnungsgründen unerwähnt.

[2] Vgl. Stadtarchiv Wuppertal, Geburtsurkunde Elberfeld 788/1898; Stadtarchiv Haan, Sterbeurkunde 382/1976.

[3] Vgl. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch), R 9361-III-567804, Fragebogen, 09.01.1934.

[4] Wolfgang Ispert, Über »Lokalanaesthesie (mit Ausnahme der Lumbalanaesthesie)«, Diss. Univ. Freiburg 1923.

[5] BArch, R 9361-III-567804, Fragebogen, 09.01.1934.

aus,[6] gründete die ›Westbriefe‹ als Schulungsblatt[7] und übernahm schließlich die Leitung des ›Westamts für burschenschaftliche Grenzlandarbeit‹ in der ›Deutschen Burschenschaft‹. Völkisch-expansive Grenzlandpolitik besaß auch in diesem Milieu hohen Stellenwert und wurde durch einen nicht an die Satzungen des Verbandes gebundenen Kader organisiert, dem Isperts Westamt zugeordnet war.[8]



Abb. 1 Karte Wolfgang Isperts aus der Zentralkartei der NSDAP (BArch R 9361 – VIII Kartei 13230956).

Der NSDAP gehörte Ispert seit dem 22. März 1926 unter der Mitgliedsnummer 32 658 an. Nach eigenen Angaben war er allerdings bereits 1924, also während des Parteiverbots, der ›Ortsgruppe 173 Elberfeld‹ beigetreten.[9] Am 1. Oktober 1928 wurde er »als ›ausgetreten‹ abgemeldet« (wohl, weil er seine Mitgliedsbeiträge nicht zahlen konnte) und am 1. Mai 1932 unter seiner alten Mitgliedsnummer wieder aufgenommen[10] (Abb. 1). Elberfeld war zu dieser Zeit eine der wichtigsten NS-Hochburgen außerhalb Bayerns und Sitz der von Georg Strasser und Joseph Goebbels geleiteten ›Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gaue‹, deren Organ die von Goebbels redigierten ›Nationalsozialistischen Briefe‹ waren.[11] Ispert war »Grenzlandmitarbeiter« dieses Blattes und veröffentlichte darin 1927 einige Beiträge.[12]

Von 1931 bis September 1939 arbeitete Ispert als selbständiger praktischer Arzt in Wuppertal-Elberfeld und nutzte seine dortige Anschrift Treppentraße 6 zugleich für die Abteilung G.[13] Wir werden im folgenden Kapitel sehen, wie Ispert unter der Patronage Haakes zunächst versuchte, bei der Parteiführung für einen Ausbau der Abteilung G zu einer machtvollen Organisation für die gesamte Reichsgrenze zu werben und darin die Zuständigkeit für die Westgrenze zu erlangen, damit jedoch scheiterte und sich fortan auf die Kombination begrenzter Mandate mehrerer Akteure stützte, nämlich der Gaue, des Provinzialverbands, des ›Volksbunds für das Deutschtum im Ausland‹ (VDA) und des ›Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS‹ (im Folgenden: SD).

War Ispert zu Beginn der NS-Herrschaft ein Autodidakt und Aktivist, der außerhalb seiner beruflichen Profession ein Netz ehrenamtlicher Mitarbeiter und Kooperationspartner geknüpft hatte, so begegnet er uns zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als Schlüsselfigur verdeckter Außenpolitik im Westen. Diese weitere Karriere vollzog sich in der SS, der er am 14. September 1939 im Rang eines Untersturmführers beitrat und in der er zum Obersturmbannführer (seit 1944) aufstieg.[14] Allerdings war er bereits seit 1935 als »ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Inspekteur der Sipo und des SD in Düssel-

[6] Archiv des Landschaftsverbands Rheinland (im Folgenden: ALVR) 4691, n. p., Lebenslauf Ispert, o. D. [1933].

[7] Die ›Westbriefe‹ sind nur in der Universitätsbibliothek Würzburg für 1934–1937 überliefert.

[8] Vgl. Otto Koffka, Burschenschaftliche Grenz- und Auslandsarbeit, in: Karl Schulze-Westen (Hrsg.), Burschenschaftliches Grenzlandbuch. Kampf-, Fahrten-, Tagungsberichte und Aufsätze, Berlin 1932, S. 434–477; Thomas Müller, Imaginierter Westen. Das Konzept des »deutschen Westraums« im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus, Münster 2009, S. 301–304.

[9] BArch, R 9361-II-460992, Schreiben der NSDAP Gauleitung Düsseldorf an Reichsschatzmeister Schwarz, 15.03.1940; BArch, R 9361-III-567804, Fragebogen, 09.01.1934.

[10] BArch, R 9361-II-460992, n. p., Schreiben der NSDAP Gauleitung Düsseldorf an Reichschatzmeister Franz Xaver Schwarz, 15.03.1940. Vor der Wiedererteilung der alten Mitgliedsnummer wurde Ispert als Mitglied 533 023 geführt, vgl. ebenda, Schreiben des Mitgliedschaftsamtes an den Gauschatzmeister des Gaues Düsseldorf, 20.05.1940.

[11] Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 28–30.

[12] ALVR, 4691, n. p., Lebenslauf Ispert, o. D. [1933]. Vgl. Wolfgang Ispert, Deutscher Grenzkampf, in: Nationalsozialistische Briefe 3 (1927), Nr. 2, S. 29–32; ders: Westfront im Grenzkampf, in: ebd., Nr. 5, S. 75–78.

[13] Vgl. LA NRW 1022-I-42021, Fragebogen Ispert, 20.01.1948; Nanno Klaas Charles Arie In't Veld (Hrsg.), De SS en Nederland. Documenten uit SS-archieven 1935–1945, Den Haag 1976, S. 517.

[14] Vgl. BArch, R 9361-III-532994, SS-Stammblatt. Die Beförderung zum Obersturmbannführer geschah durch Himmler während eines Besuchs in den Niederlanden. Vgl. ebenda, Schreiben von HSSPF an SS-Personalhauptamt, 10.02.1944.

dorf« tätig und blieb diesem bis zu seinem Wechsel zum ›SD-Leitabschnitt‹ 1942 unterstellt.[15] Seit dem 11. Mai 1940, dem Tag nach dem deutschen Überfall, war er zum »sicherheitsdienstlichen Einsatz« in den Niederlanden und gehört dort zum Stab des ›Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD‹.[16] Innerhalb der Besatzungsverwaltung war er zunächst dem ›Generalkommissar zur besonderen Verwendung‹ Fritz Schmidt als »persönlicher politischer Referent« zugeordnet,[17] bevor er im September 1942 zum ›Höheren SS- und Polizeiführer Nordwest‹ und ›Generalkommissar für das Sicherheitswesen‹ Hanns Albin Rauter wechselte[18] und 1944 dessen »pers. Referent für germanische Angelegenheiten« war.[19]

Gemeinsam mit dem Aachener SD-Chef Friedrich Knolle war Ispert noch zur Zeit der Abteilung G in den Aufbau der ›Mussert Garde‹ um Johannes Hendrikus Feldmeijer involviert, die nach dem Überfall zur ›Nederlandsche SS‹ wurde.[20] Innerhalb dieser niederländischen SS wiederum etablierten Ispert und Knolle die ›Volksche Werkgemeenschap‹ als Pendant zum SS-Ahnenerbe und als Dachorganisation dreier Regionalorganisationen, die als scheinbar niederländische Volkstums- und Heimatbewegungen auftraten; eine von ihnen, die ›Limburgsche Werkgemeenschap voor Heem en Kultur »De Spade«‹ (seit 1942: ›Frankische Werkgemeenschap »De Spade«‹) im Süden der Niederlande wurde parallel dazu von Georg Scherdin, dem Aachener ›Abschnittsleiter‹ der Abteilung G und Nachfolger Knolles als dortiger SD-Chef, mit finanzieller Unterstützung des Landeshauptmanns aufgebaut.[21] Am 9. August 1940 machten Ispert und Knolle den von Himmler mit der Vertretung des Ahnenerbe in den Niederlanden beauftragten, aber dort unerfahrenen Hans Ernst Schneider (als ›Hans Schwerte‹ später Rektor der RWTH Aachen und Beauftragter der Landesregierung für die Hochschulbeziehungen in die Niederlande) mit seinem Arbeitsgebiet vertraut. Dieser notierte hierzu: »[Ispert und Knolle] kennen Holland seit Jahrzehnten und sind hervorragende Kenner der holländischen politischen Situation. […] Sie ersuchten mich, tatkräftig bei dem Aufbau der ›Volksche Werkgemeenschap‹ mitzuhelfen, weil diese der einzige Ansatzpunkt für die volkskundliche Arbeit in Holland sei. Beide kennen Feldmeijer seit vielen Jahren und haben ihm (besonders Dr. Ispert) zum Teil auch die Gründung der ›Volksche Werkgemeenschap‹ vorgeschlagen.« [22]

Im Verlauf der Besatzungszeit wurde Ispert neben Schneider zu einer Schlüsselfigur der Wissenschaftspolitik des SS-Ahnenerbe in den Niederlanden: Neben der ›Volksche Werkgemeenschap‹, in deren Kontext er weiterhin agierte, übernahm er die Leitung der ›Forschungsstelle Volk und Raum‹ mit Sitz in Den Haag und war im Führungskreis des ›Germanischen Forschungsinstituts in den Niederlanden‹, dessen Leiter Walter von Stokar er seit 1938 auf Anregung des Kölner SD unterstützt hatte,[23] für die »Auswertung« der Forschung zuständig.[24] Außerdem war er am Aufbau eines Rasse- und Sippenamtes der Nederlandsche SS beteiligt[25] und arbeitete an der Etablierung einer rassen- und sozialhygienisch motivierten Genealogie einschließlich der für bevölkerungspolitische Maßnahmen erforderlichen Datengrundlagen. Im Zusammenhang der ›Forschungsstelle Volk und Raum‹ und des ›Nederlandsche Verbond voor Sibbekunde‹ betrieb er die Erfassung von »innergermanischen« Migrationen (mit einer 950.000 Karten umfassenden Kartei deutscher Einwanderer), die Einführung von Dorfsippenbüchern in den Niederlanden (mit einem »Musterdorfsippenbuch« für die Stadt Koevorden), Forschungen über »Asoziale« (wie die erbbiologische, genealogische und daktyloskopische Erfassung der Einwohner des »Verbrecherdorfs Hijke«) und Eliten (wie die »Verquickung von Geschäft und polit. Amt bei Amsterdamer Regentenfamilien«) sowie die publizistische, mediale und propagandistische Verwertung solcher Forschungen.[26] Nicht zuletzt ging es um Vorarbeiten für administrative Maßnahmen wie »einen späteren Gesetzesvorschlag betr. Sterilisierung«.[27] Dahinter stand die Absicht der SS, Zugriff auf alle genealogischen Quellen und Kapazitäten in den Niederlanden zu besitzen, um beispielsweise flächendeckend »Juden-

[15] Ebenda, Beförderungsvorschlag an RSHA-Personalamt, 13.02.1940, vgl. ebenda, Personalbericht, 06.02.1940.

[16] Vgl. ebenda, RSHA an Persönlicher Stab RFSS Bergow, 20.10.1944.

[17] Notitie van Schneider, 09.08.1940, in: In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 517; vgl. auch BArch, R 55/217, Schreiben von Ispert an Schmidt, 20.04.1942.

[18] Vgl. In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 517.

[19] Vgl. BArch, R 9361-III-532994, Schreiben von Ispert an SS-Personalhauptamt, 25.04.1944.

[20] Vgl. In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 221 und S. 517.

[21] Vgl. Thomas Müller, Die Formierung des »Grenzraumes«. Die »Abteilung G« des Reichsinspekteurs und Landeshauptmanns Haake, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Münster 2003, S. 763–790, hier: S. 782–784.

[22] Notitie van Schneider, 09.08.1940, in: In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12) S. 517 f.; vgl. auch S. 513–519.

[23] Vgl. Ludwig Jäger, Seitenwechsel. Der Fall Schneider/Schwerte und die Diskretion der Germanistik, München 1998, S. 140.

[24] In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 641; vgl. ebenda, S. 517, S. 641, S. 773 f., und S. 1428.

[25] Vgl. Notitie van Osiander, 03.03.1941, in: ebenda, S. 549–551, hier S. 549 f.

[26] Ispert aan Rauter, 29.07.1944, in: ebenda, S. 1398–1400; vgl. auch die von Ispert herausgegebenen Schriftenreihen ›Veröffentlichungen der Forschungsstelle Volk und Raum, Die Aussprache‹ (Forschungsstelle Volk und Raum), ›Ewiges Volk‹ (Verband Deutscher Sippenforscher in den Niederlanden), ›Der Meilenstein‹ des gleichnamigen Verlags (De Mijlpaal) sowie die von ihm kontrollierte Zeitschrift ›Sibbe‹.

[27] In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 1400.

taufen festzustellen« und so die mangelnde Ablesbarkeit ›jüdischer Abstammung‹ im Sinne der NS-Rassegesetze aus den niederländischen Standesregistern zu kompensieren.[28] Es ging mit anderen Worten also um die Verankerung eines biopolitischen Regimes zur genetischen Selektion, selektiven Vernichtung und bevölkerungspolitischen Neuzusammensetzung der niederländischen Gesellschaft nach den Maßstäben der SS.

Als mit dem ›Dolle Dinsdag‹, dem 5. September 1944, die Erosion der NS-Herrschaft in den Niederlanden begann, beorderte Himmler Ispert »zur dienststelle des hoeheren ss- und polizeifuehrers norwegen«, um dort »einen vortrag zu halten«.[29] Anschließend wurde er vom Volkstumsreferat des Reichspropagandaministeriums in die Reorganisation der deutschen Propaganda gegenüber den Niederlanden, Flandern und der Wallonie eingebunden, die zusätzlich das Verhalten der dorther stammenden Arbeiter, Zwangsarbeiter und geflohenen Kollaborateure in Deutschland lenken sollte und sich angesichts der näher rückenden Front auf ›Brückenköpfe‹ und ›Propagandastäbe‹ in Düsseldorf und Köln stützte.[30] Danach war Ispert offenbar im Kriegseinsatz.[31]

Vor dem Entnazifizierungsausschuss Wuppertal verschleierte er seine grenzlandpolitischen, genealogisch-bevölkerungspolitischen und propagandistischen Funktionen und erwähnte auch die Abteilung G nur vage als nicht näher spezifizierte »Abteilungsleitung« in den Jahren 1933 bis 1936. So gelang es ihm, lediglich in die Kategorie IV eingestuft zu werden: Zwar sei Ispert, so der Ausschussvorsitzende Dr. med. Reichert, »nicht tragbar, wir halten ihn aber trotzdem für einen Mitläufer, weil er trotz seiner höheren politischen Stellung in Ärztekreisen nicht aktivistisch aufgetreten ist.«[32] In der Bundesrepublik praktizierte er wieder als Arzt und Heilpraktiker, veröffentlichte einen zeittypischen Band über den Wiederaufbau Wuppertals[33] und schrieb bis 1968 für die rechtsradikale Zeitschrift ›Nation und Europa‹.[34] Seine Beiträge lassen ein stabil gebliebenes nazistisches Weltbild erkennen, in dem die Gegenwart von Degeneration gezeichnet und eine Zeitenwende als unmittelbar bevorstehend beschworen wird.

Die Abteilung G

Vor dem Hintergrund der Karriere Isperts können wir die Abteilung G als eine Institution des Übergangs von den rechtsradikalen Netzwerken der Zwanzigerjahre zu einer Struktur deuten, die der SS das Eindringen in die westlichen Nachbarländer und die Schaffung weitreichender Instrumentarien zur Durchsetzung nationalsozialistischer Raum-, Bevölkerungs- und Ordnungskonzepte erlaubte. Dabei stand sie in einer hybriden Beziehung zum Provinzialverband und beeinflusste dessen Kultur- und ›Volkstumspolitik‹ in allen die Grenze betreffenden Fragen, ohne selbst Teil der Provinzialverwaltung zu sein. Ihr Einfluss auf die Provinz beruhte vor allem auf Haake (und dessen Adjutanten Rudolf Hilgers), der nach seiner Ernennung zum Landeshauptmann am 11. April 1933 dazu neigte, bei der Neuausrichtung des Provinzialverbandes weniger auf Verwaltungskräfte als vielmehr auf politische Gefolgsleute zurückzugreifen. Zwar unterstand ihm die Abteilung G in seiner Eigenschaft als NSDAP-Funktionär, doch nutzte Haake sie in seinem neuen Amt als Landeshauptmann im Sinne eines informellen Organs provinzialer Grenzlandpolitik.

Bereits 1932 hatte Ispert eine (nicht überlieferte) Denkschrift zur Grenzlandpolitik an Gregor Strasser als Obersten Leiter der Politischen Organisation der NSDAP gerichtet, die Robert Ley als damaliger Reichsinspekteur mit positiven Empfehlungen an Haake weitergab, der zu diesem Zeitpunkt Landesinspekteur West war. Offenbar enthielt Isperts Denkschrift konkrete Vorschläge zur Schaffung einer Grenzlandabteilung der NSDAP, die Haake noch 1932 umsetzte. Hierzu schreibt dieser rückblickend: »Im Jahre 1932 richtete ich in meiner Eigenschaft als damaliger Landesinspekteur der NSDAP eine Abteilung G (Grenzland) ein. Leiter dieser Abteilung war in meinem Stabe der Pg. Dr. med. Ispert. Seine besondere Aufgabe innerhalb dieser Abteilung war es, die besonderen Probleme der westlichen Grenzlande aufzurollen und Vorschläge für die Lösung aller dabei auftauchenden Fragen, soweit sie parteimäßig gesehen von Interesse waren, zu machen. Diese Tätigkeit hat Dr. Ispert bis zur

[28] Notitie van Osiander, 03.03.1941, in: ebenda, S. 549–551, hier S. 550 f.

[29] BArch, R 9361-III-532994, Fernschreiben v. Herff an SS-Personalhauptamt, 19.10.1944, vgl. ebenda, Schreiben von SS-Personalhauptamt an Brandt, gestempelt 04.11.1944.

[30] Ispert war für »Aktivpropaganda« vorgesehen (BArch, R 55/1205, p. 179, Schreiben von Halm an Leiter des Propagandaamtes Düsseldorf Brouwers, 24.11.1944). Vgl., ebenda, p. 67 f.; Schreiben von Halm an Staatssekretär, 22.09.1944; p. 100–113, Schreiben von Halm an Minister, 05.10.1944.

[31] Nach In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 517, leitete er ein »Kommando zur Panzervernichtung«. Im Entnazifizierungsverfahren gab er eine ärztliche Tätigkeit im »Kampfverband Rauter« an; vgl. Landesarchiv NRW (LA NRW), NW 1022-I-42021, Fragebogen Ispert, 20.01.1948.

[32] Ebenda, Case summary, o. D.; vgl. ebenda, Einreihungsbescheid, 09.09.1948.

[33] Wolfgang Ispert, Wuppertal. Aufstieg aus Trümmern und Ruinen, Bonn 1960.

[34] Ders., Staat und Führung, in: Nation und Europa 2 (1952), Heft 9, S. 3–5; ders., Falsche Maßstäbe unserer Sozialpolitik, in: ebenda 15 (1965), Heft 12, S. 25 f.; ders. Der Sturz der falschen Götter, in: ebenda, 16 (1966), Heft 7, S. 61–64; ders., Wintersonnenwende: Sorgen und Hoffnungen, in: ebenda 16 (1966), Heft 12, S. 3–9; ders., Bankrott der Rache, Fehlschlag der Umerziehung, in: ebenda 17 (1967), Heft 7, S. 41–44; ders., Mit uns zieht die neue Zeit, in: ebenda 17 (1967), Heft 12, S. 3–6; ders.: Du bist Orplid, mein Land, das ferne leuchtet …, in: ebenda 18 (1968), Heft 6, S. 3–5.

Auflösung der Landes- bezw. späteren Reichsinspektion West im Jahre 1937 ausgeübt. Als ich daraufhin zum Reichsamtsleiter innerhalb der Partei ernannt wurde, als ich dann später zum Referenten für alle Volkstumsfragen bei der SA-Gruppe Niederrhein und zum Mitglied der Bundesleitung des V.D.A. bestellt wurde, hat Dr. I. seine bisherige Arbeit in altem Umfange fortgeführt. Die seit dem Jahre 1928 von Ispert herausgegebenen Westbriefe, die die Aufgaben hatten und haben, die Parteidienststellen im Westen in den Westproblemen zu schulen, werden seit 1932 als Organ der Abt. G. weitergeführt und erscheinen auch heute noch.«[35]

Die Abteilung G verfügte zur Zeit des Amtsantritts Haakes als Landeshauptmann über »Fachbearbeiter« für Holland, Flandern, Belgien, Eupen-Malmedy, Luxemburg, die Saar, die Pfalz, Elsass-Lothringen, die Schweiz, Frankreich, England und Irland, Nordschleswig, Schweden sowie »Minderheitenrecht«, »Völkerrecht«, »Nachrichtendienst« und »Propaganda«. Durch »Referenten« war sie mit den Gauen Köln-Aachen, Baden und Saar sowie den Landespropagandastellen Köln und Karlsruhe verbunden. Sie fügte bestehende Strukturen in ihren ›Rahmen‹ ein, wozu neben den Westämtern der ›Deutschen Burschenschaft‹, der ›Deutschakademischen Gildenschaft‹, der ›Adler und Falken‹ und der ›Deutschen Studentenschaft‹ auch die ›Landesjugendführung‹ des VDA, der ›Jugendherbergsverband Westdeutschland‹, Gruppen der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel in Köln, Düsseldorf und dem Saargebiet, die »Grenzlandverbände Rheinland-Westfalen«[36] und die »frühere Abwehrstelle Heidelberg« (ein ursprünglich semistaatliches Gremium paramilitärischer und rechtsextremer Gruppen zur Bekämpfung des Separatismus) gehörten. Darüber hinaus arbeitete die Abteilung mit dem Außenpolitischen Amt der NSDAP, dem Propagandaministerium (»durch inoffizielle Stellen«), der Staatspolizei, der VDA-Landesführung in Essen sowie mit weiteren studentischen Westämtern zusammen, belieferte die NS-Presse mit Aufsätzen und verhandelte »mit den Reichsstatthaltern Baden und Hessen, um dort eine ähnliche Regelung zu erreichen wie in der Rheinprovinz, wo die Abteilung Grenzland gleichzeitig als Grenzlandabteilung des Landeshauptmanns fungiert.«[37]

Freilich blieb der Status der Abteilung zunächst prekär. Sie war nicht in den Dienstvorschriften der NSDAP verankert,[38] besaß keinen Etat seitens der Partei und verfügte nicht über hauptamtliche Kräfte. Allerdings waren ihre Mitarbeiter – von denen sechzehn namentlich bekannt sind[39] – teils schon langjährig aktiv. Das größte Defizit war indes das Fehlen einer tragfähigen Autorisierung durch die Parteiführung. Ispert verhandelte vom Mai 1933 an zunächst mit dem Außenpolitischen Amt Rosenbergs über die Schaffung einer Zentralstelle für die Grenzlandpolitik der Partei,[40] erreichte jedoch lediglich, dass er ein knappes Jahr später zum Westreferenten des Amtes ernannt wurde.[41] Enttäuscht über das geringe Interesse Rosenbergs an der Westgrenze hatte sich Ispert im Oktober 1933 an Rudolf Heß gewandt und ihm »die direkte Unterstellung unserer Westarbeit unter Sie« vorgeschlagen.[42] Auch dies blieb zunächst ergebnislos, doch setzte Heß vermutlich im Herbst 1935 Ispert als Westreferenten im ›Büro von Kursell‹, dem Vorläufer der späteren ›Volksdeutschen Mittelstelle‹ der SS, ein. Otto von Kursell hatte eine »Doppelfunktion inne als Beauftragter der Partei für Grenzlandfragen und gleichzeitig als Grenzlandreferent im Stabe von Rib[bentrop]«, den Heß mit der »inoffiziellen Außenpolitik« der NSDAP beauftragt hatte. Ferner war Kursell »Sachbearbeiter für Grenzlandfragen im Reichserziehungsministerium« und besaß damit Einfluss auf die Gestaltung der grenznah gelegenen Hochschulen. Da Kursell selbst jedoch »lediglich Sachkenner für Ost-Fragen« war, ließ er Ispert »für den Westen freie Hand.«[43]

Aus Isperts Sicht zeigte sich in der zögerlichen Reaktion Rosenbergs und Heß' das Desinteresse der NSDAP am Westen, sodass er nach weiteren Anläufen im Oktober 1934 ernüchtert schreibt: »Aber warum sollen wir zu den fünfzig Denkschriften, die wir im Laufe der Zeit gemacht haben, nicht noch eine einundfünfzigste machen? Vielleicht gelingt es ja doch noch, klare Verhältnisse zu

[35] ALVR 4691, Bescheinigung Haakes für Ispert, 18.10.1939.

[36] Gemeint ist der am 25.04.1933 gegründete ›Kampfausschuss West der Heimat und Grenzlandverbände Rheinland-Westfalens‹ unter Leitung Isperts. Vgl. ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Haake, 17.5.1933.

[37] Ebenda, Denkschrift Anlage 2 – Abteilung G, o. D. [ca. April 1933].

[38] Vgl. ALVR 4690, Schreiben Ispert an Haake, 17.05.1933.

[39] Als Mitarbeiter der Abteilung G sind überliefert: Kapitän z. S. a. D. Becker, Dr. Darre, Holler, Hans Kämper, Werner Hassenpflug, Dr. Mengel, Studienassessor Mühl, Pinter, Dr. B. Ohling, Dr. Pansch, Ernst Peter, Dr. Petri (nicht identisch mit dem Westforscher), Dr. Georg Scherdin, Dr. Edgar Schmid-Burgk, Georg Welter, Eberhard Wiegand sowie vermutlich de Haas (Elberfeld). Vgl. ALVR 4690, 4691 passim.

[40] Vgl. ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Haake, 17.05.1933 und Schreiben von Ispert an Haake, 20.07., 11.08. und 18.10.1933.

[41] Die Ernennung erfolgte kurz vor dem 24.03.1934, vgl. ebenda, Schreiben von Ispert an Hilgers, 24.03.1934.

[42] Ebenda, Schreiben von Ispert an Hess, 17.10.1933 und Schreiben von Ispert an Haake, 18.10.1933.

[43] LA NRW, RW 33/4, p. 30–52, Denkschrift betr. Außenarbeit im Westen, editiert in: Thomas Müller, »Außenarbeit im Westen«. Eine Denkschrift des »Sicherheitsdienstes« der SS über die deutsche Infiltrationspolitik in den »Benelux«-Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte im Westen, Heft 1/2003, S. 82–105, hier S. 93.

schaffen.«[44] Gerichtet wurde diese ›einundfünfzigste‹ Denkschrift an den Leiter des SD-Oberabschnitts West in Düsseldorf, SS-Obersturmführer Alfons Glatzel. Sehr wahrscheinlich markiert sie den Beginn der SD-Tätigkeit Isperts.

Ispert nutzte die ›freie Hand‹ nun, um die Abteilung G auf regionaler Ebene zu konsolidieren und durch Verbindungsleute mit allen westdeutschen Gauleitungen zu verzahnen. Wie ansatzweise bereits geschehen, sollten die Verbindungsleute als Grenzlandreferenten des jeweiligen Gauleiters fungieren und ihre Arbeit an einem von der Abteilung G erarbeiteten ›Grenzstützplan‹ ausrichten.[45] Dieses Papier, das seit Mitte 1934 von Ispert erstellt wurde und am Jahresende als erster Entwurf vorlag, zielt auf eine nationalsozialistische Durchdringung der innerdeutschen Grenzgebiete (insbesondere der Gebiete mit geringer Verankerung der NSDAP wie etwa die Eifel) und soll eine positive ›Ausstrahlung‹ der Ideologie in die Nachbarstaaten bewirken. Erreicht werden soll dies durch eine Kombination kultureller, infrastruktureller, siedlungspolitischer und ökonomischer Programme sowie durch den Ausbau der Grenzstädte Kleve, Aachen, Trier, Saarbrücken, Zweibrücken und Freiburg zu »Hauptstützpunkten« und kleinerer Grenzorte wie etwa Monschau zu »Zwischenstützpunkten« der Grenzlandpolitik.[46] Der Grenzstützplan erweist sich als zentrales Projekt der Abteilung G und sollte in den folgenden Jahren von einem Maßnahmenbündel für die Gauleitungen zu einer Rahmenplanung für die Grenzland- und Volkstumspolitik des Provinzialverbandes erweitert werden. Was allerdings die Gaue betrifft, so kam das Projekt nur stockend voran. Erst im Frühjahr 1935 trat Haake mit einem offiziellen Rundbrief an die Gauleiter heran.[47] Effektiv realisiert war das Ganze bis dahin lediglich im Gau Köln-Aachen, wo Georg Welter, ein Mitarbeiter der Abteilung G, als Grenzlandreferent des Gauleiters Josef Grohé mit der ›Grenzstützung‹ begonnen hatte. Seine erste Maßnahme war die ganzjährige Ausweitung des ›Kraft-durch-Freude-Tourismus‹ in der Eifel sowie der Ausbau der dazu nötigen Anlagen für den Wintersport.[48]

Bei alldem verfolgte Ispert ein Organisationsmodell, das die Westgrenze in Anlehnung an die militärische Gliederung einer Front in drei »Abschnitte« unterteilte und jeden Abschnitt einem »Abschnittsleiter« der Abteilung G unterstellte: den ›Abschnitt Nordwest‹ unter Leitung seines Mitarbeiters Scherdin mit Sitz in Aachen, den ›Abschnitt Südwest‹ unter Leitung von Ernst Peter mit Sitz vermutlich in Stuttgart und den ›Abschnitt Mitte‹ mit Sitz in Trier, den Ispert mangels eines örtlichen Mitarbeiters selbst betreute. Jeder Abschnittsleiter sollte die relevanten Akteure in einem »Arbeitskreis« bündeln und ihren Einsatz nach den Vorgaben der Abteilung G koordinieren. Jeder Abschnitt war grenzübergreifend angelegt und umfasste damit drei Zonen – den ›innerdeutschen Grenzgürtel‹, die ›volksdeutschen Gebiete‹ jenseits der Grenze und das ›Ausland‹ –, für die jeweils spezifische Arbeitsweisen galten und unterschiedliche Zuständigkeiten staatlicher oder parteiamtlicher Stellen bestanden: »Grenzstützung (= Aktivierung des innerdeutschen Grenzgürtels), volksdeutsche Arbeit und Auslandsarbeit (= informelle Verbindung zu Ausländern).«[49] Damit ergab sich ein Organisationsschema, das Zuständigkeiten der Provinz, der Gaue, des VDA, des SD und des Propagandaministeriums miteinander verschränkte: Die Abteilung G agierte, sofern es um die innerdeutschen Grenzgebiete ging, vorrangig im Kontext der Gauleitungen und der Provinz, sofern es um die ›volksdeutschen Gebiete‹ ging, im Kontext des VDA und der Provinz, und bei der ›Außenarbeit‹ im Kontext des SD und des Propagandaministeriums. Mithilfe ihrer drei regionalen Abschnittsleitungen waren diese unterschiedlichen Akteure auf regionaler Ebene und in unmittelbarer Grenznähe verknüpft. Dies erlaubte die Kombination unterschiedlicher Ressourcen und Taktiken und ermöglichte zudem eine Überwachung gegnerischer und konkurrierenden Akteure beiderseits der Grenze.

Beginnen wir mit der Provinz, so gewann Haakes Amt als Landeshauptmann für Ispert deutlich mehr Bedeutung als dessen Parteifunktion. Auch Haakes Adjutant Hilgers agierte nun als Landesrat und wurde in dieser Funktion Isperts wichtigster Partner im Provinzialverband, zumal Haake ihn im Frühjahr 1933 auf Drängen Isperts mit der Bildung eines provinzialen Grenzlandamtes beauftragt hatte.[50] Während Hilgers vor allem die provinzialen Projekte der Grenzlandpolitik bearbeitete – er übernahm 1937 die Leitung des neu eingerichteten ›Referats für Grenz- und Auslandsdeutschtum‹ und wurde zugleich mitverantwortlich für die Leitung der Finanzabteilung[51] –, konnte sich Ispert auf die informellen und risikoreichen Bereiche spezialisieren, die als offizielles Arbeitsgebiet der Provinz ausschieden. Gleichwohl erhielt die Abteilung G seit 1933 Mittel aus dem Provin-

[44] ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Peters-Knothe, 10.10.1934.

[45] Vgl. ebenda, Vortragsentwurf Isperts betr. Außenarbeit des N. S., o. D. [wohl Okt. 1934]; ALVR, 4693, Aufgaben eines Verbindungsmanns der Abt. G. an einer Gauleitung, o. D.

[46] Ebenda, Grenzstützplan, gez. Ispert.

[47] Vgl. ebenda, Schreiben von Haake an die Gauleiter von Düsseldorf, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Baden, Württemberg, April (?) 1935.

[48] Am 01.07.1934 informierte Ispert Hilgers über die Beauftragung Welters durch Grohé, vgl. ebenda, 07.11.1934.

[49] Vgl. ALVR 4651, Grenz- und Außenarbeit der Abt. G, gez. Ispert, 26.06.1936.

[50] Vgl. ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Haake, 17.05.1933.

[51] Vgl. Geschäftsverteilungsplan des Provinzialverbandes der Rheinprovinz 1937, in: Die Rheinprovinz 13 (1937), Nr. 5.

zialhaushalt,[52] konnte leicht anlass- und projektbezogene Förderungen akquirieren und war in die Mittelvergabe zugunsten anderer Akteure eingebunden.[53] Mehrere Mitarbeiter Isperts erhielten zur persönlichen Absicherung Stellen in der Provinzialverwaltung, darunter Dr. Otto Wilhelm Pansch als Archivar im Provinzialarchiv[54] und Hans Kämper als Verwalter des provinzeigenen Schlosses Bürresheim bei Mayen.[55]

Parallel dazu weiteten Haake, Hilgers und Ispert ihren Einfluss auf die ›volksdeutschen Gebiete‹ und deren Betreuung durch den VDA aus. Bereits im Juli 1933 hatte Ispert den Leiter des VDA-Landesverbands Niederrhein-Berg, Friedrich Grimm, kontaktiert und seine Ernennung zu dessen Stellvertreter durchgesetzt.[56] Ein Jahr später stellte VDA-Bundesleiter Hans Steinacher nach Verhandlungen mit Ispert in Aussicht, dem Landeshauptmann »die volkspolitische Arbeit in seinem Bereich [zu] übertragen«,[57] allerdings kam es zunächst zu einem Disput über die damit verbundenen Machtbefugnisse.[58] Als Haake schließlich die Leitung des durch Fusion neu geschaffenen Landesverbands Rheinland übernahm und »vonseiten Dr. Steinachers für die Westarbeit des VDA« eingesetzt wurde,[59] berief er 1937 Hilgers und Ispert in die Landesleitung und in den zugehörigen Arbeitsstab. Als Mitglied der Landesleitung war Ispert »mit besonderen Aufgaben betraut […], nämlich 1) Verbindung zur DSt und SD, 2) Bearbeitung der grenzpolitischen Probleme in Luxemburg, Eupen-Malmedy, Belgisch- und Holländisch-Limburg«.[60] Er weitete dies auf das ›altbelgische Deutschtum‹ (d. h. alle bereits vor 1920 zu Belgien gehörenden deutschsprachige Gemeinden) aus[61] und berief sich zusätzlich auf eine verbandsinterne Beauftragung »mit der Außenarbeit«.[62] Aus der Sicht Hilgers beendete dies den Schwebezustand, in dem sich die Abteilung G zunächst befunden hatte,[63] zumal Haake auch durch den Koblenzer Oberpräsidenten Josef Terboven, also von staatlicher Seite her, mit der Volkstumspolitik der Rheinprovinz beauftragt wurde.[64] Als es schließlich im Dezember 1938 zu einer reichsweiten Neuorganisation des VDA kam, die der SS stärkeren Zugriff auf den Verband sicherte, bestätigte der Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle die von Steinacher erteilte Beauftragung Haakes mündlich, eine schriftliche Bestätigung (die laut Ispert die Außenarbeit des VDA und der ›Volksdeutschen Mittelstelle‹ einschloss) durch die VDA-Bundesleitung folgte. Das neu geschaffene, einflussreiche Amt des VDA-Bundesgeschäftsführers übernahm der aus Elberfeld stammende Paul Minke,[65] und mit Dr. Erich Mengel wurde einer »der engsten Mitarbeiter Isperts« zum Westreferenten der Bundesleitung.[66] Nicht zuletzt entstand mit der ›Außenstelle West‹ in Düsseldorf eine regionale Mittelinstanz des VDA. Insgesamt verfügten Ispert und Hilgers zwischen Ende 1937 und Ende 1939 über VDA-Mittel in Höhe von etwa 116.900 Reichsmark, von denen 11.100 Mark direkt an das »Büro Dr. Ispert« gingen.[67] Die Verwendung und Abrechnung der VDA-Mittel und die Entwicklung der Außenstelle West zu einem handlungsfähigen »Arbeitsstab« führten 1938/39 zu einem heftigen Konflikt, in dessen Verlauf Ispert, der seine »Kaltstellung« befürchtete, die Zusammenarbeit mit Hilgers aufkündigte.[68]

Die Arbeitsteilung zwischen Provinz, VDA und Abteilung G zeigt sich am deutlichsten in der Weiterentwicklung des Grenzstützplans zu einem Plan für die »Generalmobilmachung des Volkstums im rheinischen Grenzraum«, die Ispert am 17. Januar 1937 als Teil eines ›Vierjahresplans zur Grenzstützung‹ an Hilgers sandte.[69] In Vertretung des Landeshauptmanns sollten Hilgers neben provinzialen Aufgaben die »Volkstumsarbeit« des VDA »jenseits der Grenze« und Ispert weiterhin »politische Linienführung, Generalplanung, Information [und] Schulungsmaterial« verantworten. In Hilgers Zuständigkeit fiel außerdem die Gründung eines ›Rheinischen Volkstumsverbands‹ mit zwei grenzübergreifend arbeitenden Regionalvereinen samt Zeitschriften für den Aachener und Trierer Grenzraum, die jeweils auf Vorarbeiten der dortigen Abschnittsleitungen und Arbeitskreise der Abteilung G aufbauen sollten. Ispert hingegen sollte mit der Einrichtung des ›Grenzlandamtes der Provinz‹ betraut werden, das »in Verbindung mit der Abt. G […] alle einschlägigen Partei- und Stabs-

[52] Vgl. ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Haake, 11.08.1933.
[53] Vgl. ALVR 4752, Schreiben von Ispert an Hilgers (?), 20.11.1937.
[54] Vgl. ALVR 4691, Schreiben an Ispert, 03.01.1938.
[55] Vgl. ALVR 4653, passim.
[56] Vgl. ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Grimm, 23.07.1933 u. Schreiben von Ispert an Haake, 24.10.1933; ALVR 4691, Schreiben von Ispert an Hilgers, 15.11.1939.
[57] ALVR 4690, Schreiben von Ispert an Steinacher, 12.12.1935.
[58] Steinacher sah Haake in einer Repräsentations-, dieser sich in einer Machtrolle. Vgl. ebenda, Schreiben von Ispert an Karpa, 19.07.1935.
[59] ALVR 4691, Stellungnahme Hilgers' zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939.
[60] Ebenda, Schreiben von Ispert an Hilgers, 17.10.1937.
[61] Vgl. ALVR 4752, Schreiben von Hilgers (?) an Thedieck, 20.11.1937.
[62] ALVR 4691, Schreiben von Ispert an Holthöfer, geheim, 29.04.1938. Einer späteren Quelle (ebenda, Denkschrift Abt. G, August 1938) zufolge übernahm Ispert gemeinsam mit »Stabsleiter Hilgers« die »Außenarbeit des VDA«.
[63] Vgl. ebenda, Stellungnahme Hilgers' zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939.
[64] Vgl. ebenda, Denkschrift Abt. G, August 1938.
[65] Vgl. ebenda, Stellungnahme Hilgers' zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939; ebenda, 4695, Aktennotiz 16.12.1938.
[66] ALVR 4691, Stellungnahme Hilgers' zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939.
[67] ALVR 4585, Außenstelle West an VDA-Bundesführung Westreferat, 10.10.1940. Vgl. auch ALVR 4691, Haushaltspläne 1938/39, übersandt an Ispert 14.05.1938.
[68] Vgl. ALVR 4691, Schreiben von Ispert an Hilgers, 01.12.1938 u. Schreiben von Ispert an Haake, 15.11.1939.
[69] Ebenda, Schreiben von Ispert an Hilgers, 17.01.1937.

stellen laufend informier[en]« und »eine einheitliche Nachwuchsschulung garantieren« würde. Hierzu sollte außerdem im Schloss Bürresheim eine ›Rheinische Landesschule‹ als Internat mit halb- und ganzjährigen Lehrgängen eingerichtet werden. Darüber hinaus sah sich Ispert für die »wissenschaftliche Volkstumsarbeit« und den »politische[n] Ein- und Ansatz derselben (Arbeitskreise, Hochschulinstitute)« zuständig, was weniger auf die etablierten Einrichtungen der Westforschung, sondern das auf Betreiben der Abteilung G geschaffene ›Institut für Grenzlandforschung‹ der Technischen Hochschule Aachen zielte. Ein Zeitplan sah für 1937 die Einrichtung des Grenzlandamtes (vermutlich identisch mit dem bereits erwähnten Referat für Grenz- und Auslandsdeutschtum), des Rheinischen Volkstumsverbands sowie des Arbeitskreises Trier (als Pendant zum bestehenden Arbeitskreis Scherdins in Aachen) vor, für 1938 die Gründung der Landesschule und der Zeitschriften sowie von 1939 an die Gründung lokaler Heimatvereine im Aachener und Trierer Grenzgebiet.[70]

Insbesondere der dritte Arbeitsbereich der Abteilung G, die ›Auslands-‹ oder ›Außenarbeit‹, war ein politisch und diplomatisch riskantes Feld mit fließenden Übergängen zur nachrichtendienstlichen Praxis der Spionage und Infiltration. Ispert schreibt hierzu 1936: »Der Art ihrer Arbeit gemäß ist die Abt[eilung G] aus Einzelpersönlichkeiten aufgebaut und bleibt nach außen konsequent im Hintergrund. Obwohl sie schon heute den grössten Teil der Fäden nach drüben in der Hand hat, ist ihre Existenz fast unbekannt. Ein öffentliches Bekanntwerden wäre gleichbedeutend mit Lahmlegung. Aus denselben Gründen arbeitet jedes Mitglied ausschließlich unter privater Flagge; es ist unmöglich, offizielle Parteistellen oder -mitglieder in diese Arbeit einzusetzen, weil damit die Partei und das Reich im Ausland sofort festgelegt und u. U. desavouiert werden. […] Richtig ist es (und auch längst durchgeführt), daß diese Arbeit durch einzelne im Hintergrund bleibende Leute gemacht wird, die jederzeit vom Reich und von der Partei abgeschüttelt werden können, wenn es das Interesse der amtlichen Außenpolitik erfordert.«[71]

Ispert selbst sprach von der ›Außenarbeit‹ zunächst als »Nachrichtendienst«,[72] vermied den Begriff jedoch im Zuge der Annäherung an den SD, offenbar, um nicht den Eindruck eines konkurrierenden Unternehmens zu erwecken. Vieles spricht dafür, dass er die operative Seite der ›Außenarbeit‹ ab 1935 in seiner Funktion als ›ehrenamtlicher‹ Mitarbeiter des SD-Oberschnitts West umsetzte. In ähnlicher Weise war auch Scherdin seit Anfang 1936 zunächst informell für den SD-Oberabschnitt West tätig, um »die Volkstumsfragen des Westens unter besonderer Berücksichtigung der abgetrennten Gebiete Eupen und Malmedy« zu bearbeiten und »die Verbindung zwischen den führenden Deutschen in diesem Gebiet und dem SD« zu organisieren.[73] Seit dem 30. Januar 1938 gehörte dieser auch formell dem SD an[74] und übernahm 1940 – zunächst stellvertretend für Knolle – die Leitung des SD-Abschnitts Aachen.[75]

Anders als die operative erfolgte die propagandistische Seite der ›Außenarbeit‹ seit 1933 in Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium.[76] Dieses verfügte (neben den ebenfalls involvierten Landespropagandastellen bei den Gauleitungen) über »sogenannte informelle Außenstellen«, von denen die »für den Westen« zuständige von Robert Holthöfer geleitet wurde. Ihre Aufgabe bestand darin, »Wirtschafts- und Gesellschaftliche [sic] Beziehungen zum Auslande zum Zwecke nationalsozialistischer Propaganda und Beeinflussung des Auslandes […] auszubauen und neue herzustellen«. Holthöfer, der seit 1923 die Pressestelle des Essener ›Vereins für bergbauliche Interessen‹ geleitet und sich seit 1933 überwiegend der Auslandspropaganda gewidmet hatte, verwaltete dem SD zufolge »die für den ganzen Westen vom ProMi. eingesetzten Gelder und finanziert damit einen großen Teil sämtlicher im Westen arbeitenden Stellen«.[77] Er stand außerdem hinter der 1936 gegründeten Stiftung ›Deutsches Auslandswerk‹ unter Leitung des Schriftstellers Hans Friedrich Blunk, die nach seinen Vorstellungen über »sämtliche Mittel« verfügen sollte, »die von privater

[70] Rahmendenkschrift Gesamtmobilmachung des Volkstums im rheinischen Grenzraum, mit Denkschriften betr. Rheinischer Volkstumsverband, Grenzlandamt der Provinz, Rheinische Landesschule, Arbeitskreis Aachen sowie einem Zeitplan, Anlage zu: ebenda – Den zugehörigen Grenzstützplan (ebenda, Grenz- und Außenarbeit der Abt. G., gez. Ispert, 28.06.1936) hatte Ispert bereits früher an Hilgers gesandt.

[71] ALVR 4651, Grenz- und Außenarbeit der Abt. G, gez. Ispert, 28.06.1936.

[72] ALVR 4690, Organisationsübersicht Abt. G, Anlage zu: Schreiben von Ispert an Haake, 08.03.1933.

[73] BArch, SSO (ehem. BDC) Scherdin, Georg 20-10-04, Vermerk des SD-Führers des SS-OA West, 24.07.1939; vgl. ebenda, Beförderungsvorschlag des SD-UA Aachen, 15.02.1939 u. Lebenslauf, 10.02.1938.

[74] Vgl. ebenda, SS-Stammblatt Scherdin; BArch, ZB II 1103 A.1., Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, 01.12.1938; BArch, ZR 747 A 16, Liste der Angehörigen von Amt III des RSHA, o. D.

[75] Scherdin unterzeichnete am 21.12.1940 als »stellv. Führer des SD-Abschnitts Aachen« (vgl. BArch, SSO [ehem. BDC] Ehrenberg, Hans 16-6-94, Vorschlagsprotokoll, 21.12.1940). Im Oktober 1941 ist Scherdin als Führer des SD-Abschnitts Aachen nachgewiesen (vgl. BArch SSO [ehem. BDC] Scherdin, Georg 20/10/04, Chef der Sipo und des SD an Personalhauptamt, 15.10.1941).

[76] Vgl. ALVR 4651, Grenz- und Außenarbeit der Abt. G, gez. Ispert, 28.06.1936; ALVR 4691, Denkschrift Abt. G., August 1938.

[77] Müller, Außenarbeit (Anm. 43), S. 92.

Seite, insbesondere der Industrie, für kulturpropagandistische Zwecke zur Verfügung gestellt wurden« und ihrerseits unter anderem mit dem Propagandaministerium, dem Außenpolitischen Amt der NSDAP und der Dienststelle Ribbentrop kooperierte.[78] Für die ›Außenarbeit‹ der Abteilung G war Holthöfer also ein unverzichtbarer Partner, der allerdings erheblichen eigenen Einfluss besaß, insbesondere in Flandern und der Wallonie andere Akteure unterstützte als Ispert und dadurch zum Konkurrenten wurde.

In der Phase zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem deutschen Überfall auf die westlichen Nachbarn am 10. Mai 1940 trat Ispert am 14. September 1939 in die SS ein, übernahm einen Tag später die Leitung der ›Propagandastelle West‹, die als Teil der ›Deutschen Informationsstelle‹ dem Auswärtigen Amt unterstand, und siedelte von Wuppertal nach Düsseldorf über. Zuvor hatte das Reichssicherheitshauptamt die SD-Dienststellen im Westen zur Kooperation aufgefordert und Stimmungsberichte bereitgestellt. Ispert war nun für die Planung und Verbreitung von Zweckgerüchten, manipulierenden Informationen und bewussten Falschmeldungen zuständig, mit denen die Bevölkerung der Nachbarstaaten verunsichert und ihr politisches, militärisches und ökonomisches System destabilisiert werden sollten; hierfür besaß er die Unterstützung Haakes und griff auf die Erfahrungen und Netzwerke der Abteilung G zurück.[79]

Haake, der mit seiner Ernennung zum Militärverwaltungschef für die Niederlande, Belgien und Nordfrankreich rechnete, jedoch leer ausgehen sollte,[80] stellte Ispert in dieser Phase weitere administrative und personelle Ressourcen zur Verfügung, darunter die Forschungsstelle »Rheinländer in aller Welt«.[81] Diese 1937 vom VDA gegründete und 1938 in den Provinzialverband eingegliederte Forschungsstelle verwaltete eine Kartei rheinischer Auswanderer, die sie unter anderem für Propagandazwecke nutzte. Ihr Leiter Jakob Zilliken wurde 1941 Chef des Landessippenamtes der Rheinprovinz[82] und könnte in dieser Funktion auch später mit Ispert zusammengearbeitet haben, als dieser in den Niederlanden mit der genealogischen Erfassung der Bevölkerung und der Eingewanderten begann.

Neben Zilliken und einem Dr. Güllecke, über den keine näheren Angaben vorliegen, stellte Haake Ispert zwei weitere provinziale Bedienstete zur Verfügung,[83] die jeweils Schlüsselakteure im Verhältnis zu niederländischen Nationalsozialisten waren. Dies waren Ernst Hermann van Rappard, der 1931 die ›Nationaal-Socialistische Nederlandsche Arbeiderspartij‹ (NSNAP) gegründete hatte und nach Spaltungsprozessen deren stärkste Fraktion anführte, die sich nach dem Überfall jedoch nicht gegen die ›Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland‹ unter Anton Mussert durchsetzen konnte und schließlich aufgelöst wurde,[84] und Wilhelm Bodens, ein Deutsch-Niederländer mit guten Beziehungen zu Mussert.[85] Vermutlich war Bodens derjenige, der gemeinsam mit Ispert und Knolle den Aufbau ›der Mussert-Garde‹ und damit der ›Nederlandsche SS‹ betrieb. Denn bei Kriegsbeginn war die Abwehrstelle II des OKW an Haake herangetreten und hatte den »Wunsch des Beauftragte[n] Musserts in Deutschland auf militärische Ausbildung seiner Wehrmannschaften zur persönlichen Verfügung Musserts vorgetragen«. Offenbar setzte die Abwehr hierzu Bodens ein, was zu Verwicklungen mit Haake führte, der seine Berichterstattung über Westfragen mit Rücksicht auf Geheimhaltungsgründe reduzieren musste, »um Herrn Bodens Ungelegenheiten zu ersparen«.[86] Am 8. Mai, zwei Tage vor dem Überfall, forderte VDA-Bundesgeschäftsführer Minke Bodens an, damit er »im Auftrag des Reichsführers-SS« »einige höhere SS-Führer über Westplanungen« unterrichte.[87] Nach der Gründung der ›Forschungsstelle Volk und Raum‹ war er dort für Ispert tätig.[88]

Ansatzweise werden damit Linien jener Transformation der grenzlandpolitischen Strukturen der Zwischenkriegszeit in Strukturen der Besatzung und Kollaboration sichtbar, die schließlich in die Vorbereitung eines Staatsverbrechens – die Selektion der niederländischen Bevölkerung nach erfolgter genealogischer Erfassung – münden sollte. Einmal mehr erweist sich der Grenzlandaktivismus der deutschen Rechten hier als Medium, das seinen Akteuren nicht nur persönliche Karrieren jenseits der Grenzen ermöglichte, sondern ihnen auch ein Handlungsfeld eröffnete, in dem geltende Normen und Normalitäten suspendiert und die eigenen Möglichkeiten entgrenzt erschienen.

Dr. Thomas Müller, Stadtarchiv Aachen, Reichsweg 30 (Nadelfabrik), 52058 Aachen,
thomas.müller@mail.aachen.de

[78] BArch, RKK (ehem. BDC) Holthöfer, Robert 4-2-94, Leiter VIII an Reichskulturwalter Hinkel, 20.01.1936.
[79] Vgl. Müller, Westen (Anm. 8), S. 320–322.
[80] Vgl. Schreiben von Berger an Himmler, 15.05.1940, in: In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 477–479, hier S. 477.
[81] Vgl. ALVR 4691, Stellungnahme Hilgers zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939.
[82] Vgl. Jacob Zilliken, Die Forschungsstelle »Rheinländer in aller Welt«, in: Die Rheinprovinz 15 (1939), S. 132–135; BArch, RS (ehem. BDC) Zilliken Jakob 18-2-05. Die Forschungsstelle war Anfang 1940 Hilgers' Referat für Grenz- und Auslandsdeutschtum zugeordnet; vgl. Geschäftsverteilung des Provinzialverbandes der Rheinprovinz 1940 (Kriegsplan), in: ebenda 16 (1940), Nr. 2.
[83] Vgl. ALVR 4691, Stellungnahme Hilgers zum Schreiben Isperts an Haake v. 15.11.1939.
[84] Vgl. In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 512.
[85] Vgl. ebenda, S. 476–479.
[86] Vgl. ALVR 4777, Aktennotiz, 09.05.1940.
[87] Ebenda, Schreiben von Minke an Haake, 08.05.1940.
[88] Vgl. In't Veld, SS en Nederland (Anm. 12), S. 476.

Bildrechte. Bundesarchiv Koblenz, R 9361-VIII.

Summary. The »Abteilung G« or »Abteilung Grenzland« (Department Borderland) was a political organ operating in the Third Reich, loosely connected with the Rhenish provincial administration. Since 1932, the medical doctor Wolfgang Ispert, as its executive, had been responsible for the covert foreign policy which Department G operated in the western occupied territories. It fulfilled unofficial foreign policy tasks that were outside the province's sphere of responsibility and was almost unknown in order to be able to act freely in the occupied territories. Based on his experiences, Ispert was appointed to the SS in 1939 and entrusted with the dissemination of false information and uncertainties of the western neighbouring states. For the Dutch SS, he was responsible for the recording of »intra-Germanic« migrations and of clan books in the Netherlands, the aim of which was to locate undocumented Jewish Dutchmen. Wolfgang Ispert is thus a good example of a personal career in the wake of German borderland activism.

Résumé. La »Abteilung G« ou »Abteilung Grenzland« (département de la région frontière) était un organe politique opérant dans le Troisième Reich, vaguement lié à l'administration provinciale rhénane. Depuis 1932, le médecin Wolfgang Ispert, en sa qualité de directeur, fut responsable de la politique étrangère secrète que la »Abteilung G« pratiquait dans les territoires occupés de l'Ouest. Ce département accomplissait des tâches non officielles de politique étrangère qui ne relevaient pas de la compétence de la province. En outre, il était pratiquement inconnu pour pouvoir agir librement dans les territoires occupés. Sur la base de son expérience, Ispert fut nommé à la SS en 1939, étant chargé de la diffusion de fausses informations et d'incertitudes sur les pays voisins occidentaux; pour la SS néerlandaise, il était responsable de l'enregistrement des migrations »intergermaniques« et des livrets de famille aux Pays-Bas, dont l'objectif était de localiser les Juifs sans papiers néerlandais. Wolfgang Ispert est donc un bon exemple de carrière personnelle dans le sillage de l'activisme frontalier allemand.

Resümee. Die »Abteilung G« oder »Abteilung Grenzland« war ein im Dritten Reich agierendes politisches Organ, das lose mit der rheinischen Provinzialverwaltung zusammenhing. Der Mediziner Wolfgang Ispert war als ihr Leiter seit 1932 für die verdeckte Außenpolitik zuständig, welche die Abteilung G in den westlichen besetzten Gebieten betrieb. Sie erfüllte verdeckt inoffizielle außenpolitische Aufgaben, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Provinz lagen, und war nahezu unbekannt, um frei in den besetzten Gebieten agieren zu können. Aufgrund seiner Erfahrungen wurde Ispert 1939 zur SS berufen und mit der Verbreitung falscher Informationen und Verunsicherungen der westlichen Nachbarstaaten betraut, für die niederländische SS war er für die Erfassung »innergermanischer« Migrationen und Sippenbüchern in den Niederlanden zuständig, die zum Ziel hatte, nicht dokumentierte jüdische Niederländer ausfindig zu machen. Wolfgang Ispert ist damit ein gutes Beispiel für eine persönliche Karriere im Gefolge des deutschen Grenzlandaktivismus.

Wolfgang Schaffer

Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz 1929 bis 1945

Das Thema »Archive im Nationalsozialismus« hat in den vergangenen Jahren in der wissenschaftlichen Forschung zunehmend an Resonanz gewonnen, und einige Studien haben hier zu durchaus neuen und relativierenden Erkenntnissen geführt. Ein Schwerpunkt auf der Geschichte des staatlichen Archivwesens ist unverkennbar.[1] Der Blick auf die Gründung und die Anfangsjahre einer im Vergleich dazu winzigen neuen archivischen Fachdienststelle hat gleichwohl ihre Berechtigung, gehört sie doch in ein kulturpolitisches Umfeld, welches die damalige rheinische Provinzialverwaltung prägte, und vor allem begründete sie, was damals natürlich noch nicht absehbar war, eine bald neunzigjährige Tradition ununterbrochenen fachlichen Wirkens. Es gilt aber auch für diesen Beitrag, was Sven Kriese in seinem »Arbeits- und Forschungsaufruf« zuletzt im Jahre 2017 deutlich machte, dass »in der Regel die zeitlichen Ressourcen für eine innerarchivische Beschäftigung mit der Archivgeschichte« knapp seien und zudem kaum ein Weg daran vorbeiführen könne, für eine erschöpfende Archivgeschichtsschreibung die Bestände und Sammlungen mehrerer Archivstandorte auszuwerten.[2] Immerhin konnte für die folgende Übersicht insbesondere auf die fundierten und breiter angelegten Beiträge von Wolfgang Franz Werner[3] und Klaus Wisotzky[4] zurückgegriffen werden; darüber hinaus wurde ein Teil der zeitgenössischen Überlieferung in der Altregistratur der Archivberatungsstelle im heutigen LVR - Archivberatungs- und Fortbildungszentrum in Pulheim-Brauweiler für die folgenden Ausführungen berücksichtigt.

Die Anfänge der Archivberatungsstelle 1929 bis 1933

Wolfgang Franz Werner hat 2003 darauf hingewiesen, dass von der Niederlage im Ersten Weltkrieg eine starke Verunsicherung ausgegangen sei und dass in der öffentlichen deutschen Wahrnehmung nationale Werte, regionale Identität und territoriale Integrität auf das Allerhöchste bedroht zu sein schienen. Besonders in den Grenzgebieten, wie in der preußischen Rheinprovinz, sei von unterschiedlichen Institutionen versucht worden, ideologische »Auffangstellungen« zu errichten und das bröckelnde nationale Selbstverständnis sowie die angeschlagene regionale Identität zu stabilisieren und zu verhindern, dass beide gegeneinander ausgespielt würden.[5] Ergänzend betont Mathis Leibetseder, dass nicht nur das kommunale Archivwesen im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts einen Institutionalisierungs- und Professionalisierungsschub erlebt habe, sondern dass gerade nach dem Ersten Weltkrieg ein Trend zur spartenweise voranschreitenden Bildung von Archivverbänden zu beobachten sei. So gehörten etwa die Vereinigten Westfälischen Adelsarchive 1923, die Vereinigung der deutschen nichtstaatlichen Archivare 1925 und der Verein adliger Archivbesitzer für das Rheinland in diesen Kontext.[6]

Auch die Gründung der Archivberatungsstelle in der Rheinprovinz ist prinzipiell vor dem Hintergrund derartiger Befindlichkeiten zu sehen, und, wie man freimütig zugeben muss, dürfte die Konkurrenzfähigkeit der

[1] Vgl. zuletzt z. B. Sven Kriese, Konsistenz und Wandel der preußischen »Archivarbeit« im Nationalsozialismus. Ein Arbeits- und Forschungsaufruf, in: Der Archivar 70 (2017), S. 370–375.

[2] Vgl. ebenda S. 372.

[3] Vgl. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die »Westforschung«, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Teil II, Münster 2003, S. 741–761.

[4] Vgl. Klaus Wisotzky, Der Vollmer-Kisky-Streit. Nicht nur ein Kapitel rheinischer Archivgeschichte, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das Alte Erzbistum Köln 210 (2007), S. 181–222.

[5] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 742.

[6] Vgl. Mathis Leibetseder, Konkurrenz als handlungsleitendes Moment. Zur Politik der Preußischen Archivverwaltung auf dem Gebiet der Archivpflege, in: Sven Kriese (Hrsg.), Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933, Berlin 2015, S. 371–405, hier S. 375.

mit gerade einmal zwei Personen ausgestatteten Dienststelle gegenüber anderen Kulturdienststellen zunächst als eher schwach einzuschätzen sein. Aber auch die Sicherung schriftlicher Kulturgüter musste sich ihren Platz in der Gemengelage der kulturellen Institutionen der rheinischen Provinzialverwaltung erarbeiten, und dies sollte, wie noch zu zeigen sein wird, ein durchaus mühseliger Weg werden. Nun wird niemand die ideologische Durchschlagskraft einer neuen Einrichtung überschätzen, für die ein bis zwei Arbeitskräfte als Personal vorgesehen waren. Der intendierte Effekt ist indes im Zusammenwirken mit den übrigen Kultureinrichtungen und -aktivitäten zu sehen, die der Provinzialverband betrieb.[7]

Am 17. November 1928 fand in Düsseldorf eine Besprechung interessierter Fachleute unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Johannes Horion (1876–1933) statt, um die Einrichtung einer neuen Fachstelle zu beraten. Landesverwaltungsrat Dr. Josef Busley (1888–1969), der Leiter der Kultur- und Denkmalpflegeabteilung, begründete die Notwendigkeit der Einrichtung einer speziellen Archivberatungsstelle und verwies auf das Beispiel der bereits umgesetzten Einrichtung einer entsprechenden Stelle in Westfalen. Die Runde war der einhelligen Auffassung, dass die angeregte Einrichtung zur Beratung der kleineren Archive ein dringendes Bedürfnis sei. Als besonders wichtig wurde hervorgehoben, dass ihre Organisation in engste Verbindung mit der provinziellen Denkmälerinventarisation zu bringen sei.[8] Der Leiter des Düsseldorfer Staatsarchivs, Dr. Bernhard Vollmer (1886–1958), sprach wenige Jahre später sogar von einer »Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit [der Kommunal- und Kirchenverwaltungen sowie der Besitzer der Privatarchive] diesen ideellen und realen Werten der Vergangenheit gegenüber« als »Wurzel des Übels«.[9]

Der fünfundsiebzigste Rheinische Provinziallandtag beschloss jedenfalls Anfang März 1929 die Gründung der Archivberatungsstelle bei der Provinzialverwaltung und bewilligte gleichzeitig für 1929 aus dem Haushaltsplan unter dem Titel »Verschiedenes« den Betrag von fünfundzwanzigtausend Reichsmark.[10] Die neue Einrichtung sollte nicht nur rein wissenschaftliche Aufgaben übernehmen. So verwies der den Beschluss des Landtages vorbereitende Provinzialausschuss auf den besonderen Wert der Archive für die Lokal- und Verwaltungsgeschichte und auf ihre Bedeutung als integrierender Bestandteil der rheinischen Landes- und Heimatkunde. Der ausdrückliche Verweis auf die Wichtigkeit aller Akten aus der Zeit des Ruhrkampfes belegt zudem den Wert, den der Ausschuss gerade den zeitgenössischen Quellen und der Auswertung solcher Materialien über die rein wissenschaftliche Nutzung hinaus zumaß. Besonders hervorgehoben wurde auch die Tatsache, dass die eigentliche Anregung zur Errichtung der Archivberatungsstelle vom Vorsitzenden des Rheinischen Städtetages, dem Duisburger Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres (1874–1951), ausgegangen sei. Als Vorsitzender des Rheinischen Provinziallandtages war Jarres neben dem Kölner Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Provinzialausschusses Konrad Adenauer (1876–1967) der einflussreichste Politiker im Provinzialverband.[11]

Die Gründung der Archivberatungsstelle ist zudem, wie oben bereits angedeutet, auch in einem Zusammenhang mit der starken Welle der Heimatbewegung zu sehen, die unter anderem zur Schaffung des Verbandes rheinischer Heimatmuseen führte. Dies weckte das Bewusstsein dafür, wie eng sich die Aufgaben des Verbandes mit der Sicherung der durch die Kriegs- und Nachkriegszeit besonders gefährdeten Schriftdenkmäler berührten.[12] Bis zur Gründung der Archivberatungsstelle 1929 lag die Betreuung des nichtstaatlichen Archivgutes im Rheinland beim Provinzialarchiv und späteren Staatsarchiv in Düsseldorf.[13]

Auch der Verband der Rheinischen Heimatmuseen hatte auf Anregung führender rheinischer Archivvertreter, namentlich von Geheimrat Dr. Otto Reinhard Redlich (1864–1939), dem Düsseldorfer Stadtarchivar und Museumsdirektor Dr. Paul Wentzcke (1879–1960) und Archivrat Dr. Bernhard Vollmer, vom Beginn seiner Arbeit an die Pflege der kleineren Archive in seinen Aufgabenbereich einbeziehen wollen. Die Durchführung dieses Planes scheiterte indes daran, dass die Bestrebungen des Verbandes völlig durch die Pflege der Heimatmuseen beherrscht wurden. So setzte sich auch dort sehr bald die

[7] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 748.

[8] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland, Zwischenarchiv, Bestand ABSt, Altregistratur Schicht 1 Nr. 2 (im Folgenden: ABSt, Altreg. Sch. 1); vgl. Kurt Schmitz, 50 Jahre Archivberatungsstelle Rheinland, in: 50 Jahre Archivberatungsstelle Rheinland 1929–1979, Archivhefte 13, Köln 1979, S. 9–28, hier S. 17; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 186; Hans Budde / Peter K. Weber, 80 Jahre Archivberatung im Rheinland. Alte Aufgaben – Neue Herausforderungen, in: 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Archivhefte 38, Bonn 2009, S. 11–47, hier S. 12 f.

[9] Vgl. Bernd Vollmer, Die Fürsorge für die nichtstaatlichen Archive durch das Staatsarchiv Düsseldorf, in: Archivalische Zeitschrift 42/43 (1934), S. 183–211, hier S. 183. Zur Person Vollmers vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 182–184.

[10] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 1; vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 9; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 189; Budde/Weber, 80 Jahre (Anm. 8) S. 13 f.

[11] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 1; vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 9; Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 747 f.; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 186 und S. 188; Leibetseder, Konkurrenz (Anm. 6) S. 378 f.

[12] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 16.

[13] Vgl. Vollmer, Fürsorge (Anm. 9); Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 10.

Überzeugung durch, dass für das Arbeitsgebiet ein besonderes Programm mit einer entsprechenden Fachkraft aufgestellt werden müsste.[14]

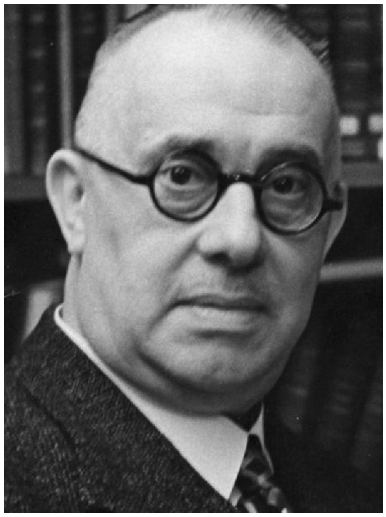

Abb . 1 Wilhelm Kisky (1881–1953).

Die 1929 einsetzende finanzielle Unterstützung von vierundvierzig Heimatmuseen zeigt, dass der Provinzialverband sich mit der Museumsbetreuung ein weiteres Feld geschaffen hatte, Kulturpolitik ›rheinisch und deutsch‹ zu betreiben. Von derartigen Ausrichtungen konnte auch die Archivberatungsstelle Rheinland profitieren. Die Einrichtung der Archivberatungsstelle in Westfalen 1927 lieferte dabei einen unverdächtigen Anlass, eine solche erwiesenermaßen sinnvolle Institution nun auch in der Rheinprovinz zu etablieren. Die Neugründung war sicher auch fachlich unabweislich, da die Staatsarchive selbst eingestandenermaßen nicht in der Lage waren, den kommunalen und sonstigen nichtstaatlichen Archivbereich mit abzudecken.[15] Gleichwohl sollte in den Anfangsjahren der neuen Dienststelle eine durchaus enge Beziehung zum Staatsarchiv bestehen.[16]

Am 1. April 1929 trat die neugegründete Archivberatungsstelle der Rheinprovinz ins Leben. Die Leitung übernahm der Reichsoberarchivrat Dr. Wilhelm Kisky (Abb. 1), dem Otto Reinhard Redlich, der am 1. April 1929 von seinem Posten als Direktor des Staatsarchivs in Düsseldorf zurücktrat, als Mitarbeiter und Berater zur Seite gestellt wurde.[17] Redlich brachte konkrete Erfahrungen in der Beaufsichtigung der Gemeindearchive im Regierungsbezirk Düsseldorf mit sich. Die Archivberatungsstelle entstand somit bewusst als eigenständige staatsferne Einrichtung der Provinzialverwaltung.[18] Als Gegenposition zu Vollmer erklärte Kisky, dass die Archivberatungsstelle ihren »obersten Zweck«, nämlich »die Erhaltung der Schriftdenkmäler«, nicht durch staatliche Machtmittel, sondern durch Beratung und Belehrung erreichen wolle.[19]

Kisky war 1924 aus seinem Dienst beim Reichsarchiv in Berlin ausgeschieden, um sich fortan Studien zur Politik und zur Geschichte besonders des katholischen Pressewesens zu widmen. Der einstweilige Ruhestand endete mit seiner Berufung zum Leiter der rheinischen Archivberatungsstelle.[20] Kisky war durch Busley darauf hingewiesen worden, dass die Stelle eines Archivpflegers für die Rheinprovinz zu besetzen sei, und hatte sich darauf beworben. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt war die rheinische Geschichte, und er befand sich damals »auf eigenen Antrag und aus familiären Gründen im einstweiligen Ruhestand«.[21]

Das Aufgabenfeld der Beratungsstelle ging über die bloße kommunale Urkundenpflege weit hinaus, bezog sich unter anderem auf die Sicherung und Betreuung von Archiven der mittleren und kleineren Städte und Gemeinden, der Kirchen-, Adels- und Privatarchive.[22] Grundvoraussetzung für die Arbeit war die Kontaktaufnahme zu den Archivbesitzern und die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses. Ohnehin musste die neue Dienststelle zusehen, dass sie sich schnellstens in der ›Szene‹ bemerkbar machte.

Aus diesem Grunde hielt Kisky in den Anfangsjahren auf den verschiedensten Foren Vorträge, bei denen er die Vorzüge der neuen Einrichtung anpries. Zudem wurde Werbung in Tageszeitungen, kommunalen Fachzeitschriften und in den Organen der Geschichts- und Heimatvereine betrieben.[23] So hielt Kisky unter anderem am 5. April 1929 auch im Vorstand des Verbandes Rheinischer Heimatmuseen einen Vortrag über die Archivberatung und stellte die gemeinsame Nähe heraus: Er betonte, die Organisation der neuen Stelle werde wie beim Vorstand des Verbandes der Heimatmuseen gestaltet werden. Als besonders wichtig sehe es die neue Stelle an, mit dem Verband der Heimatmuseen in engster Fühlung zu bleiben. Die Nachrichten der Archivberatungsstelle würden ebenfalls im Nachrichtenblatt veröffentlicht werden.[24] Dieser

[14] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 9; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 186.

[15] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 747. »Der Krieg und seine Folgen legten jedoch den Fürsorgemaßnahmen des Staatsarchivs lähmende Schranken auf« (Vollmer, Fürsorge [Anm. 9] S. 201).

[16] Vgl. Vollmer, Fürsorge (Anm. 9) S. 220.

[17] Vgl. Vollmer, Fürsorge (Anm. 9) S. 207; Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 18.

[18] Vgl. Vollmer, Fürsorge (Anm. 9) S. 201.

[19] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 189.

[20] Zu seiner Person vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 184 f. und S. 190 f.; ders., Wilhelm Kisky, Historiker (1881–1953), in: Portal Rheinische Geschichte https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/wilhelm-kisky-/DE-2086/lido/57c9353e1f5c04.58831674; ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr.374 (Nachruf).

[21] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 1.

[22] Vgl. Budde/Weber, 80 Jahre (Anm. 8) S. 15.

[23] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 192.

enge Konnex in der Anfangsphase wurde zum Beispiel auch deutlich durch einen 1930 im »Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege« veröffentlichten Aufsatz Vollmers über »Archiv und Heimatmuseen« sowie daraus, dass Hinweise auf die Gründung der Archivberatungsstelle zumindest in Einzelfällen in der Presse in der Rubrik »Ausbau der Heimatmuseen« veröffentlicht wurden.[25]

Die Krise der Archivberatungsstelle 1933

Mit der Finanzkrise der frühen dreißiger Jahre und dem Regimewechsel 1933 geriet die junge Archivberatungsstelle in eine existentielle Krise. Im Juli 1933 erhielten Kisky und Redlich völlig überraschend und ohne weitere Begründung ihre Kündigung zum 1. Oktober und wurden sogleich von den Amtsgeschäften entbunden. Das Vorgehen des neuen Landeshauptmanns Heinrich Haake (1892–1945) war weder mit dem zuständigen Kulturreferenten noch mit dem Ersten Landesrat und Kämmerer Dr. Wilhelm Kitz (1890–1956) abgestimmt. Kisky blickte daher am 19. Juli 1933 nicht optimistisch in die Zukunft: Die Archivberatung müsse auf Grund der finanziellen Lage der Provinz »für einige Zeit zurückgestellt« werden, »da wichtige Aufgaben, die unter dem System der Vergangenheit versäumt worden sind, nachgestellt werden müssen.«[26] Werner vermutet hinter dem Versuch, die Archivberatungsstelle aufzulösen, dass die neue Institution nicht so im »nationalpolitischen« Sinne hervorgetreten sei, wie ihre Gründungsväter es gewollt hätten.[27]

Haake wollte diese freiwillige Aufgabe der Provinzialverwaltung nicht mehr weiterführen. Dem persönlichen Einsatz der beiden Staatsarchivdirektoren in Koblenz und Düsseldorf und vor allem Bernhard Vollmers in Düsseldorf war es jedoch zu verdanken, dass es nicht zur endgültigen Durchführung dieses Beschlusses kam. Vollmer bat den Landeshauptmann umgehend um eine Unterredung und verwies dabei »auf die Bedeutung der Archivalien für den berufsständischen Aufbau, für die Stammesforschung und für das Rechts- und Wirtschaftsleben«. Gerade der nationalsozialistischen Bewegung obliege es, »diese bodenständigen Werte zu schützen«. Eine Eingabe der beiden Staatsarchive an den Oberpräsidenten charakterisierte zudem die Arbeit der Archivberatungsstelle als »fachlich und wissenschaftlich einwandfrei«.[28] Doch alle vorgebrachten Argumente und Eingaben vermochten den Landeshauptmann zumindest vorerst nicht zu überzeugen. Noch am 16. September 1933 erhielten die beiden Staatsarchivdirektoren die knappe Mitteilung, dass Haake sich nicht habe entschließen können, die Archivberatungsstelle bestehen zu lassen.

Trotz des ablehnenden Vorentscheids kam es am 20. September 1933 im Landeshaus in Düsseldorf zu der gewünschten Unterredung (Abb. 2). Haake ließ sich im Verlauf des Gesprächs von Vollmer umstimmen. Dieser berichtete hierüber in einem Schreiben an den Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Professor Albert Brackmann (1871–1952): »Der Landeshauptmann vertrat zunächst den Standpunkt, daß die Archivpflege nicht zu den Aufgaben der Provinzialverwaltung gehöre. Der Hinweis auf die von dieser jedoch übernommenen Pflege der Bau- und Kunstdenkmäler, ihre aus dem Reichtum der Rheinprovinz an nichtstaatlichen Schriftdenkmälern sich ergebende Verpflichtung als vornehmste Vertreterin der kulturellen Belange der Provinz und schließlich die heutige durch Rassenforschung und berufsständischen Aufbau bedingten erhöhten Interessen an der Erhaltung und Zugänglichmachung dieser Stellen, bestimmten den Herrn Landeshauptmann, sich zur Fortführung der Archivberatungsstelle bereitzuerklären.«[29]

Vollmer wollte allerdings in diesem Gespräch gleichzeitig erreichen, dass auch im Rheinland die in Westfalen geltende Regelung einer Personalunion zwischen dem Leiter des Staatsarchivs und dem Leiter der Archivberatungsstelle Eingang finden sollte. Hierzu konnte er jedoch Haake nicht bewegen, so dass es in der rheinischen Archivberatungsstelle bei der Leitung durch Kisky blieb, während Redlich nun endgültig in Pension ging. An seine Stelle trat am 4. April 1935 Dr. Carl Wilkes (1895–1954).[30]

Auch Kisky war in diesen Monaten der Unklarheit hinsichtlich der Zukunft der Archivberatungsstelle keineswegs untätig geblieben. In einem Schreiben vom 17. Juli 1933 an den Generalleutnant Dr. Ernst von Oidtman (1854–1937) in Wiesbaden, welcher zu den herausragenden Genealogen der Rheinprovinz gehörte, hatte Kisky noch mitteilen müssen, dass er und Redlich kurz zuvor vom Landeshauptmann benachrichtigt worden seien, dass beide ihre Tätigkeit am 1. Oktober einzustellen hätten. »Leider ist auf meine Freude an der Tätigkeit ein Wermutstropfen gefallen.« Eine Begründung habe es nicht gegeben, »wie wir überhaupt über die Veranlassung vollständig im Unklaren sind und nicht das Geringste darüber gehört haben«.[31] Am 29. Juli konnte Kisky dann bereits an Oidtman berichten, dass die Spannung sich insofern etwas gelöst habe, als seine sofortige Beurlaubung zurückgenommen

[24] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 2.
[25] Ebenda.
[26] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 195; nach Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 21 erhielten Kisky und Redlich die Kündigung am 25.07.1933.
[27] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 754.
[28] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 195.
[29] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 196; Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 21.
[30] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 196; Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 22.
[31] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 32.



Abb . 2 Das Landeshaus in Düsseldorf vor dem Krieg. Das wilhelminische Gebäude war 1911 für die Zentralverwaltung des Rheinischen Provinzialverbandes errichtet worden.

worden sei. So könne er wenigstens bis zum 1. Oktober weiterarbeiten. Geheimrat Redlich sei zu seinem Bedauern ausgeschieden. Dies sei nicht anders möglich gewesen, da die neuesten Bestimmungen über die Doppelverdiener sehr scharf seien. Redlich galt als Doppelverdiener, da er eine Pension als Staatsarchivar und darüber hinaus noch ein kleines Gehalt in Höhe von 174 Mark brutto bezog.[32]

Von den Absichten des Landeshauptmanns, die Archivberatungsstelle aufzulösen, von den Verhandlungen hinter den Kulissen drang nichts in die Öffentlichkeit. Kisky reagierte in seinen Publikationen nur indirekt und versteckt auf die Angriffe. In seinem Rechenschaftsbericht für die Jahre 1932 und 1933 wandte er sich gegen diejenigen, die angesichts der finanziellen Notlage der Kommunen und der Provinzialverwaltung behaupteten, es gäbe Wichtigeres und Dringenderes als gerade die Archivpflege. Für ihn war diese »in hohem Maße vaterländische Pflicht. Und zwar heute mehr als je; denn im nationalen Staat der Volksgemeinschaft gehört die Pflege der Tradition zu den wesentlichen Aufgaben und ist eines der Mittel, um die Verbundenheit der Volksgenossen untereinander und mit der Heimaterde zu festigen und zu stärken.«[33]

Im August und September 1933 suchte Kisky Fürsprecher, indem er Ministerien, den Regierungspräsidien der Rheinprovinz und den bischöflichen Generalvikariaten die gerade erschienene vierte ›Archivnummer‹ des Nachrichten-Blattes für rheinische Heimatpflege übersandte, mit dem werbenden Hinweis, dass die Archivberatungsstelle bereits seit langem die Ziele der neuen Regierung zum Schutze aller Schriftdenkmäler verfolge, die »Zeugnis vom Werden und Schicksal des deutschen Volkes« ablegten und die von besonderem »bevölkerungs- und rassenpolitischen Interesse« seien. Auch dem gerade ernannten Sachverständigen für Rasseforschung im Reichsministerium des Innern, Dr. Achim Gercke (1902–1997), versicherte Kisky, »dass wir hier in der Rheinprovinz die Sache nicht nur theoretisch geplant und besprochen haben, sondern bereits mit Eifer praktisch angefasst und schon beachtenswerte Erfolge erzielt haben.«[34]

Kisky suchte alle Möglichkeiten zu nutzen, über seine zahlreichen Kontakte auf die Bedeutung der Archivberatungsstelle hinzuweisen: So schrieb er zum Beispiel am 21. September 1933 an die Generalvikariate in Köln und Trier. Er verwies gegenüber Trierer auf den Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 1. August zum Schutz aller Schriftdenkmäler, die Zeugnis vom Werden und Schicksal des deutschen Volkes gäben und auf die verschiedenen Erlasse, die »in letzter Zeit« von anderen Zentralstellen in bevölkerungs- und rassenpolitischem Interesse herausgegeben worden seien. Zu den Aufgaben der Archivberatungsstelle zähle auch die Unterstützung beziehungsweise Beratung der Pfarrer bei der Unterbringung, Ordnung, Verzeichnung und Verwaltung ihrer Archive.[35] Die Bedeutung von Kirchenbüchern wiederum wurde auch in der zeitgenössischen Presse groß herausgestellt beziehungsweise vom preußischen Kultusministerium propagiert, insofern auch die »alten Kirchenbücher« eine der Grundlagen für eine reichsweite Sippenkartei darstellen könnten, mit ihrer Vermittlung der »Kenntnis über die Ahnen und rassische

[32] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 32. Nach Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 197 musste Redlich wegen seines scharfen Protestes gegen seine Entlassung gehen.

[33] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 199.

[34] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 3; vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 196. Zur Bedeutung des Sachverständigen für Rasseforschung vgl. Leibetseder, Konkurrenz (Anm. 6) S. 385.

[35] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 3.

Herkunft und damit die Vertiefung der Gewißheit, daß auch sie [= die Ärmsten der Armen] lebendiges Glied der großen Blutsgemeinschaft unsres Volkes sind«.[36]

Am 4. Oktober 1933 konnte Kisky schließlich an Oidtman seinen Dank für dessen Glückwünsche zum Weiterbestehen der Archivberatungsstelle mitteilen. »Ich habe von allen Seiten schon mündlich und schriftlich sehr viele und herzliche Glückwünsche erhalten und ersehe daraus zu meiner Freude, dass die Archivberatungsstelle, gerade so wie ich sie aufgezogen habe, bei allen Interessenten Anklang findet.«[37] Auf der Versammlung des Historischen Vereins für den Niederrhein am 3. Oktober 1933 in Emmerich sei sie geradezu der Mittelpunkt des Gesprächs gewesen.[38]

Die Etablierung der Archivberatungsstelle 1933 bis 1939

Klaus Wisotzky weist darauf hin, dass die Frage nach der Abstammung und den Familienzusammenhängen seit 1933 geradezu zu einer »Kernfrage des deutschen Volkes« hochstilisiert worden sei. Die Archivare hätten eine solche Entwicklung nicht ohne einen gewissen Stolz gesehen, hätten sie doch ebenso wie die ihnen anvertrauten Archive dadurch in den Augen der Öffentlichkeit an Gewicht gewonnen. In der Bevölkerung sei erstmals der Wert von Archiven erkannt worden, und es sei zu einem gewaltigen Anstieg der Nutzungen und der schriftlichen Anträge gekommen.[39] Die Stadtarchive hätten des Weiteren auf die Anforderungen der Sippenforschung reagiert, indem sie versuchten, ihre personenbezogenen Bestände zu vermehren und diese eingehender zu erschließen.[40]

Derartige Tendenzen bezogen naturgemäß auch die auf ihre feste Etablierung ausgerichtete Archivberatungsstelle mit ein. Die Öffnung der Archive für jedermann hatten sich die Archivare auf ihre Fahnen geschrieben. Kisky als Leiter der rheinischen Archivberatungsstelle verlangte von den Kommunalarchiven: »Sie sollen keine Mausoleen sein, in denen die Schriftdenkmäler beigesetzt werden, nein, sie sollen jedem Volksgenossen offenstehen.« Hierzu gehörte auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.[41]

Noch im Jahr 1933 war die Kulturpflege der Rheinprovinz in einem Zustand, dass die zur Verfügung stehenden Mittel kaum noch ausreichten, die notwendigen Personal-, Sach-, Bau- und Unterhaltskosten der provinziellen Kultureinrichtungen zu decken. Aus dem Willen zu schöpferischer Aufbauarbeit, so drückt es jedenfalls ein Bericht aus dem Jahr 1937 rückblickend aus, sei dann das Kulturprogramm von 1933/34 erwachsen, das eine Reihe von Maßnahmen vorsah, darunter die Errichtung eines selbständigen Kulturdezernats, die umfassende Sicherung des rheinischen Denkmälerbestandes, die Neuordnung der rheinischen Landesmuseen, die Neugestaltung des rheinischen Heimatmuseumswesens oder auch die einheitliche Zusammenfassung und Neuausrichtung im Sinne zeitnaher Aufgaben der gesamten wissenschaftlichen Landesforschung, um nur einige der aufgeführten Projekte zu nennen.[42] Zuerst in Angriff genommen und durchgeführt wurde die Errichtung des Kulturdezernats, welches alle Zweige landschaftlicher Kulturpflege umschloss. Der neue Abteilungsdirigent Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt (1902–1944) war auch für Dezernat IV Schriftdenkmalpflege (Archivberatungsstelle) zuständig.[43] Im Jahre 1934 waren diesem Dezernat IV die Archivberatung, Familienforschung, Genealogie und Heraldik zugeordnet.[44] Schließlich ressortierte die Archivberatung 1937 mit den Sachbearbeitern Oberarchivrat i. R. Dr. Kisky und Dr. Wilkes in der Abteilung VI.[45]

Kisky nutzte jede Gelegenheit, auch medial die Bedeutung der Archivpflege für die Sicherung, den Erhalt und die Erschließung schriftlichen Kulturgutes herauszustellen. Am 29. September 1933 wandte er sich anlässlich des bevorstehenden Tages für Denkmalpflege und Heimatschutz in Kassel direkt an Haake und wies auf die Notwendigkeit des Schriftdenkmalschutzes und der Schriftdenkmalpflege hin. Der Landeshauptmann sei dazu berufen, einen solchen Gedanken auszusprechen, zum einen als Vorsitzender des Bundes Heimatschutz, zum anderen als Chef einer Provinzialverwaltung, die durch die Einrichtung einer Archivberatungsstelle die meisten praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiet aufzuweisen habe und für die anderen Provinzen das Muster und Vorbild abgeben könne. Wünschenswert und notwendig sei es, wenn überall neben den Provinzialkonservatoren Archivberatungsstellen eingerichtet würden, also Konservatoren für die Schriftdenkmäler tätig würden. »Der Gedanke dürfte gerade jetzt, wo die verschiedensten Zentralstellen auf den Schutz der Schriftdenkmäler

[36] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 4.
[37] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) 1 Nr. 32.
[38] Ebenda.
[39] Vgl. Klaus Wisotzky, Die rheinischen und westfälischen Stadtarchive im Nationalsozialismus, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, Essen 2007, S. 354–371, hier S. 355.
[40] Vgl. Wisotzky, Stadtarchive (Anm. 37) S. 357.
[41] Vgl. Wisotzky, Stadtarchive (Anm. 37) S. 364 f.
[42] Vgl. Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit in den Jahren 1933–1936, Kulturabteilung, in: Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 426–452, hier S. 427.
[43] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 428.
[44] Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im ersten Jahre der Deutschen Revolution, Kulturabteilung, in: Die Rheinprovinz 10 Nr. 4 (1934), S. 34–38, hier S. 34.
[45] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 295.
[46] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 32.

drängen und wo sogar, und zwar mit Recht, angestrebt wird, jedem alten Bauernhof sein altes Schrifttum zu erhalten, auf fruchtbaren Boden fallen.«[46]

Um die weitere Etablierung der Archivberatungsstelle dauerhaft zu sichern, blieb Kisky keine Alternative, als deren Tätigkeit an zeitgenössische NS-typische Kategorien anzubinden. Fragen nach der Abstammung, nach den Familienzusammenhängen wurden allerorten zur »Kernfrage des deutschen Volkes« hochstilisiert. Die Zukunft könne nur »aus der Erkenntnis der rassischen Herkunft« gestaltet werden, verkündete der neue Sachverständige für Rasseforschung Achim Gehrke. Letztlich stimmte der Verweis auf einen gewichtigen Part der NS-Ideologie auch Haake um. Erleichtert wurde die Verteidigung der Archivberatungsstelle vielleicht auch dadurch, dass Haake gerade für denkmalpflegerische und heimatkundliche Fragen deutliches Interesse zeigte. Kisky verblieb jedenfalls an der Spitze der Archivberatungsstelle. Eine Personalverstärkung erfuhr die Stelle erst am 1. Juni 1935 mit der Einstellung von Dr. Carl Wilkes.[47] Am 19. Dezember 1934 hatte Kisky nach dem Ausscheiden Redlichs den Antrag auf Bewilligung einer wissenschaftlichen Hilfskraft gestellt; er bezeichnete sich selbst als »Einzelkämpfer«.[48]

Die Arbeiten der Archivberatungsstelle wurden 1933/34 planmäßig fortgeführt und in Verfolg dessen zahlreiche Pfarr- und Privatarchive mit wertvollen Urkunden nach neuzeitlich-wissenschaftlichen Grundsätzen geordnet und gegen Feuers- und Diebesgefahr gesichert. Durch Rundschreiben und Belehrung wurde immer wieder auf die Bedeutsamkeit der überkommenen Schriftdenkmäler, besonders für die Familienforschung und Familienkunde, aufmerksam gemacht.[49]

Nachdem die Krise überstanden war, erhielt die Tätigkeit der Archivberatung durchaus einige neue zeitbedingte Akzente. So befindet sich in deren Altregistratur unter anderem auch eine Sammlung von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, die den Wert von Familienkunde und Familien- beziehungsweise Sippenforschung zum Thema haben. Etliche Zeitungsartikel betonen die Bedeutung von Kommunalarchiven für die Ahnen- und Sippenforschung sowie für genealogische Anfragen hinsichtlich Rassenkunde. Auch Kisky führt in einem Schreiben an den Düsseldorfer Museumsleiter Horst Sieloff (Löbbecke-Museum) vom 15. November 1933 aus, die Archivberatungsstelle habe nun die »amtliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Quellen für die gesamte Personenforschung in der Rheinprovinz erhalten bleiben und sachgemäß verwahrt und verwaltet werden«.[50]

Auch 1934 betont Kisky, dass die Archivberatungsstelle die Aufgabe habe, für die Schriftdenkmäler in ähnlicher Weise zu sorgen wie der Provinzialkonservator für die Bau- und Kunstdenkmäler. Sie solle für Geschriebenes eine ähnliche systematische Pflege einrichten wie für die Bau- und Kunstdenkmäler, damit dem dauernd zu beobachtenden Verlust an Dokumenten nach Möglichkeit Einhalt geboten und der Bestand an Urkunden in der Rheinprovinz erhalten und unvermindert auf die Nachwelt überliefert werde. Dementsprechend solle die Archivberatungsstelle dafür sorgen, dass die ›Schriftdenkmäler‹, das heißt die alten, für den laufenden Geschäftsgang nicht mehr benötigten Urkunden und Akten, mit anderen Worten die »Archivalien, die durchweg ja alle nur einmal vorhanden und unersetzlich sind, möglichst erhalten bleiben und vor dem Verderben und der Verschleuderung bewahrt werden.«

Erforderlich sei dazu in erster Linie, dass die Schriftstücke sachgemäß aufbewahrt und verwaltet und vor unsachgemäßer Benutzung geschützt würden. Ihre Ordnung und Verzeichnung diene lediglich der Erreichung dieses Zwecks.[51] An die Stelle der staatlichen Machtmittel müsse die Beratung und Belehrung und vor allem die praktische Hilfe an Ort und Stelle treten. Die Archivberatungsstelle habe es daher unternommen, die Besitzer von Archivalien über den Wert und die Bedeutung der alten Schriftstücke, ihre sachgemäße Aufbewahrung und die vorzunehmenden Ordnungsarbeiten zu belehren und aufzuklären und vor allem, ihnen mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. Sie beschränke sich also nicht auf theoretische Belehrung durch Vorträge und Kurse, deren praktischer Wert erfahrungsgemäß gering sei und höchstens in der Weckung und Belebung des Interesses bestehe, oder auf die Heranziehung von örtlichen Helfern, denen zwar einige notwendige technische Handgriffe beigebracht werden könnten, die aber niemals der dauernden Hilfe des Fachmanns entraten könnten und denen vor allem auch nicht überall der Zugang zu den Privatarchiven eröffnet werden könne, sondern sie verbinde beides mit eigener praktischer Mitarbeit.[52] Die Erhaltung, Ordnung und Erschließung der »kleineren Archive« komme in hohem Maße der Allgemeinheit zugute.[53]

In weit verbreiteten Jahresberichten informierte Kisky die Öffentlichkeit über die vielfältigen Aktivitäten der Archivberatungsstelle. So betonte er für das Rechnungsjahr 1934, diese habe ihre Tätigkeit in verstärkter Weise fortgeführt und sehe nach wie vor ihre Hauptaufgabe

[47] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 197.
[48] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 4.
[49] Vgl. Bericht 1934 (Anm. 42) S. 38; Wilhelm Kisky, Die Archivberatungsstelle und ihre Tätigkeit, in: Rheinische Heimatpflege 6 (1934), S. 236–253, hier S. 236.
[50] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 4.
[51] Vgl. Wilhelm Kisky, Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz, in: Die Rheinprovinz 10 Nr. 10 (1934), S. 29 f., hier S. 29.
[52] Vgl. Kisky, Rheinprovinz (Anm. 49) S. 29.
[53] Vgl. Kisky, Rheinprovinz (Anm. 49) S. 30.

darin, dafür zu sorgen, dass die nichtstaatlichen Archivalien sachgemäß aufbewahrt und verwaltet und so möglichst unvermindert der Nachwelt überliefert würden. Die bereits für das Vorjahr festzustellende außerordentliche Zunahme der Anfragen und Gesuche habe angehalten und »womöglich« noch eine Steigerung erfahren. Sie sei zum Teil eine Folge des stark angestiegenen Interesses an den alten Tauf-, Trau- und Sterberegistern und den übrigen Quellen zur Geschichte der Personenstandsforschung, zum Teil auch eine Folge der fortgesetzten intensiven Aufklärungsarbeit. So sei neben die eigentliche Aufgabe der Archivberatungsstelle, die Konservierung von Archivalien, als neue Zielsetzung die Auskunftserteilung über Kirchenbücher und Angelegenheiten der Familienforschung hinzugekommen.[54]

Im Jahre 1936 hatte sich die Tätigkeit der Archivberatungsstelle weitgehend stabilisiert. Fast scheint es selbstverständlich gewesen zu sein, dass sich auch der Leiter der Kulturabteilung der Provinzialverwaltung unterstützend einschaltete: Kisky schrieb jedenfalls am 30. April und 12. Mai 1936 an den Staatsarchivrat Dr. Wilhelm Engel (1905–1964), den Vorsitzenden der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae Historica in Berlin, und verwies auf den Wunsch des Landesrates Standartenführer Dr. Apffelstaedt, Kisky solle anlässlich eines Besuchs in Berlin Engel über die Arbeit der Archivberatungsstelle berichten. Nach Auskunft von Sachverständigen habe sich deren Einsatz »ausgezeichnet bewährt«.[55] Mit Genugtuung, so Kisky, könne festgestellt werden, dass überall das Interesse an den Schriftdenkmälern gewachsen sei und dass Städte, Pfarrer und Privatarchivbesitzer in zunehmendem Maße einsähen, dass ihr Archiv zu ihrem wertvollsten Besitz gehörte und ihnen die Pflicht auferlege, für seine ungeschmälerte Erhaltung für alle Zukunft zu sorgen. Sei so die Konservierung der alten Schriftdenkmäler die nächste und wichtigste Aufgabe der Archivberatungsstelle, so komme die Aufgabe hinzu, die Schriftdenkmäler für die Sippen- und Ortsgeschichtsforschung zu erschließen und bereitzustellen.[56] In enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Rheinischen Heimatmuseen werde angestrebt, in den Heimatmuseen auch Schriftdenkmäler zu zeigen, Urkunden und Akten aus Pergament und Papier, Bruderschaftsbücher, Namenslisten, Briefe und Unterschriften von berühmten Persönlichkeiten, Ahnen- und Wappentafeln und dergleichen, wodurch das Interesse für die alten Schriftdenkmäler in weiteren Kreisen, namentlich auch in den Schulen, geweckt und belebt werden solle.[57]

Im Rückblick auf die Jahre 1933 bis 1936 betonte die Provinzialverwaltung, ebenso wie man für die Pflege und Erhaltung der alten Bau- und Kunstdenkmäler und der Naturdenkmäler sorge, dies auch für die Pflege und Erhaltung der alten Schriftdenkmäler geschehe. In der Archivberatungsstelle sei ein eigenes Organ dafür geschaffen worden. Sie solle die Fürsorge für die Archive der Städte und Landgemeinden sowie für die übrigen nichtstaatlichen Archive übernehmen, also vor allem für die in kirchlichem und privatem Besitz befindlichen Archive, und zwar durch Beratung und tatkräftige Hilfe, damit fortan jede Verminderung und Schädigung der alten Schriftdenkmäler verhütet und der Bestand an altem nationalen Schriftgut in der Rheinprovinz möglichst unvermindert und unversehrt der Nachwelt überliefert werde.[58]

Von vornherein habe Klarheit darüber geherrscht, dass die Archivberatungsstelle, wenn sie den beabsichtigten Zweck erreichen sollte, sich nicht auf theoretische Belehrung, Ausarbeitung von Anleitungen, Abhaltung von Vorträgen und Kursen, Ausbildung von örtlichen Helfern und dergleichen beschränken dürfte, sondern praktische Arbeit leisten müsse. Dazu sei es aber notwendig, die Besitzer und Verwalter von Archivalien an Hand ihrer eigenen Bestände über den Wert und die Bedeutung der alten Schriftstücke, ihre sachgemäße Aufbewahrung und die vorzunehmenden Ordnungsarbeiten zu belehren und aufzuklären und vor allem ihnen mit Rat und Tat zur Hand zu gehen.[59] Je mehr die Archivberatungsstelle und ihre Tätigkeit bekannt geworden sei, desto mehr sei ihre Hilfe begehrt worden. Alljährlich werde in einer besonderen ›Archivnummer‹ der Zeitschrift ›Rheinische Heimatpflege‹ vor aller Öffentlichkeit der Geschäftsbericht erstattet, der über die fortlaufenden Arbeiten im Einzelnen Auskunft gebe. In mehreren Städten mit wertvollen und umfangreichen Archiven seien diese durch Mitwirkung der Archivberatungsstelle nicht nur neu geordnet und bequem benutzbar gemacht, sondern auch in geeignete neue Räume gebracht worden, die sowohl die sachgemäße Bewahrung und Verwaltung als auch die bequeme Benutzung gewährleisteten.[60]

Seit dem Sieg der »nationalsozialistischen Revolution« habe die Archivberatungsstelle den ihr zukommenden Platz im Kulturprogramm der Rheinprovinz erhalten, sie sei zum »eisernen Bestand des Arbeitsplanes der Provinzi-

[54] Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im Rechnungsjahr 1934, Kultur- und Denkmalpflege, in: Die Rheinprovinz 11 Nr. 5 (1935), S. 352–357, hier S. 356.
[55] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 1; vgl. ebenda Nr. 5.
[56] Vgl. Wilhelm Kisky, Von der Archivberatungsstelle, in: Die Rheinprovinz 12 Nr. 3 (1936), S. 163–166, hier S. 164.
[57] Kisky, Archivberatungsstelle (Anm. 54) S. 165.
[58] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 442 f.
[59] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 443.
[60] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 443.
[61] Vgl. Bericht 1937 (Anm. 40) S. 444.
[62] Vgl. Die Archivberatungsstelle, in: Die Rheinprovinz 14 Nr. 7 (1938), S. 534–536, hier S. 534.
[63] Vgl. Archivberatungsstelle 1938 (Anm. 60) S. 536.
[64] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 203.
[65] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 22.

alverwaltung« geworden. Die starke Betonung und Förderung des Nationalgefühls und des Heimatgedankens, der sorgfältige Schutz aller nationalen Denkmäler der Natur und Kunst, zu denen selbstverständlich auch die Schriftdenkmäler gehörten, alles das käme der Archivberatungsstelle zugute. Nunmehr fände sie Verständnis, wenn sie verlange, dass die Schriftdenkmäler ein nationales Gut seien, vor dem jeder Volksgenosse Ehrfurcht haben müsse, wie vor den großen Denkmälern der Kunst und der Geschichte überhaupt. Auch fände sie Zustimmung, dass die Archive lebendig, zu lebenspendenden Einrichtungen gemacht werden müssten und nicht nur für die Wissenschaft da seien, dass ihre Erhaltung nicht nur Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sei. Allgemein bejaht werde auch, dass sie dem Volke nahegebracht und dass alle ›Volksgenossen‹ zur Mitarbeit an dem hohen Ziel, die Schriftdenkmäler zu schützen und vor dem Verderben zu bewahren, erzogen und dafür begeistert werden müssten.[61]

Auch der »Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im Rechnungsjahr 1937« betont, dass die Archivberatungsstelle ihre »verdienstvolle Tätigkeit mit Nachdruck« fortgeführt und viele Archive neu in den Arbeitsplan aufgenommen habe, »nachdem sie aus Haufen von Altpapier mühsam erstellt worden« seien.[62] Die Archive sollten gleich den Kunstdenkmälern und Heimatmuseen zum Stolz der Städte gehören. Die Bedeutung eines gut geordneten und bequem benutzbaren Stadtarchivs »für viele, heute dringliche und bedeutsame Fragen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Sippenforschung«, liege auf der Hand.[63]

Wenngleich die Frage, wie die Archivpflege in den preußischen Provinzen zu organisieren sei, nur eine archivfachliche Angelegenheit war, so verstand es Kisky 1937, die Kontroverse auf eine höhere Ebene zu transportieren, sie zu einem Konflikt zwischen Staat und Selbstverwaltung hochzustilisieren und damit auch seine Vorgesetzten hinter sich zu bringen. Dies war keineswegs einfach, auch wenn in den Jahren zuvor ein grundlegender Wandel in der Einschätzung der Archivberatungsstelle bei der Verwaltungsspitze eingetreten war.[64]

Am 4. August 1937 erging ein Erlass des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, der anerkannte, dass grundsätzlich nicht der Staat, sondern die Selbstverwaltung, und zwar im Rahmen der landschaftlichen Kulturpflege der Länder und Provinzen Träger der Archivpflege sei. Staatliche Archivverwaltung und kommunale Archivpflege standen somit gleichberechtigt nebeneinander.[65] Die rheinische Provinzialverwaltung konnte sich allerdings nicht entschließen, die im Erlass gewünschte Beauftragung des Staatsarchivdirektors als Leiter der Archivberatungsstelle vorzunehmen. Da der Erlass als Richtlinie gedacht war, hatte sie hierin auch eine Möglichkeit gesehen, den Leiter in der Person von Kisky weiter als einen Beamten der Provinzialverwaltung zu führen.[66] Dies führte naturgemäß im Rheinland zu Auseinandersetzungen mit Vollmer als Leiter des Staatsarchivs Düsseldorf, welcher von Seiten Berlins als ehrenamtlicher Leiter der Archivberatungsstelle vorgesehen worden war, ja zu einem über Jahre hinweg zu beobachtenden erbitterten Streit zwischen Kisky und Vollmer.[67]

Kisky betont in einem weiteren Beitrag in der ›Rheinprovinz‹ für das Jahr 1937/38, dass die Neuordnung der Stadtarchive ein Gebot der Stunde sei. Es liege auf der Hand, welche Bedeutung einem gut geordneten und bequem benutzbaren Stadtarchiv für viele aktuell dringliche und bedeutsame Fragen zukomme, zum Beispiel auf dem Gebiet der Sippenforschung. In Ratsprotokollen und Stadtrechnungen komme fast jeder Bürger vor, was in vielen Fällen der Sippenforschung ermögliche, über die Tauf-, Trau- und Sterberegister hinauszukommen.[68] Ihre besondere Aufmerksamkeit wende die Archivberatungsstelle den kleineren Archiven und Archivsplittern zu, die sich in Privatbesitz »und auf Bauernhöfen« befänden. Jeder wisse, dass die Archivberatungsstelle als Organ der Provinzialverwaltung nur ein fachliches Interesse an der Erhaltung und Pflege der Archivalien habe und dass sie nur ein Glied sei in der Kette der Einrichtungen, die die Provinzialverwaltung zur Pflege und Erhaltung der alten Kulturdenkmäler geschaffen habe.[69]

Die Archivberatungsstelle, so auch der Bericht zum Jahr 1938, werde in ständig wachsender Weise um Erteilung von Auskünften in wissenschaftlichen, sippenkundlichen und anderen Fragen angegangen und auch von den Archivbesitzern, deren Archive geordnet worden seien, immer wieder für die Beantwortung von Anfragen und die Verwaltung der Archive in Anspruch genommen.[70] Bei den Archivbesitzern sei fast durchweg an die Stelle von Interesselosigkeit »freudige Mitarbeit, ja Begeisterung«, getreten, aber auch in den weitesten Kreisen sei das Verständnis für die Arbeit gewachsen, was aber nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken ist, dass seit der ›Machtergreifung‹ ein grundlegender Umschwung in der Bewertung der alten Schriftdenkmäler eingesetzt habe.[71]

[66] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 22; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 205.

[67] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 22; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 207.

[68] Vgl. Wilhelm Kisky, Neue Arbeiten der Archivberatungsstelle in den Jahren 1937/38, in: Die Rheinprovinz 14 Nr. 5 (1938), S. 302–305, hier S. 304.

[69] Vgl. Kisky, Arbeiten (Anm. 66) S. 305.

[70] Vgl. Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im Jahre 1938, Kulturpflege, in: Die Rheinprovinz 15 (1939) S. 522–540, hier S. 534.

[71] Vgl. Bericht 1939 (Anm. 68) S. 535.

In dem Jahresbericht der Provinzialverwaltung aus dem Jahr 1939 wurde zudem auf eine weitere Verbesserungsmaßnahme im eigenen Haus hingewiesen, nämlich die Unterbringung des eigenen Archivs der Provinzialverwaltung. Die konkrete Durchführung dieser Maßnahme wird auf eine Initiative von Landeshauptmann Haake selbst zurückgeführt.[72] Nicht nur die Unterbringung war aber offensichtlich betroffen, sondern auch der förmliche Aufbau eines wirklichen ›Archivs der Provinzialverwaltung‹ ging damit einher, das heißt einer fachmännischen Verwaltung der Akten. Alle Abteilungen der Zentralverwaltung hatten nunmehr ihre für die laufenden Geschäfte nicht mehr benötigten Akten an das Archiv abzugeben. Dagegen sollten die etwa vierzig Außendienststellen, Anstalten und Bauämter der Provinzialverwaltung ihre archivreifen Akten nicht an das Archiv abliefern, sondern unter der Leitung und Aufsicht des Zentralarchivs eigene Archive einrichten. Die Zusammenlegung aller Akten der Außenstellen im Archiv der Zentralverwaltung war aus Raumgründen nicht möglich, sie galt aber nicht einmal als erwünscht, weil auch die älteren Akten an manchen Stellen, zum Beispiel bei den Heil- und Pflegeanstalten, noch für wissenschaftliche Untersuchungen vor Ort bereitstehen sollten. Das neue Archiv der Rheinischen Provinzialverwaltung sollte neben seiner Aufgabe als Verwaltungsorgan »naturgemäß« auch wissenschaftliche Aufgaben erledigen und für sippenkundliche Fragen, Erbgesundheitsfragen und Ähnliches zu Rate gezogen werden.[73] Mit der Verwaltung des Archivs war Dr. Otto-Wilhelm Pansch, der zuvor bereits etwa ein Jahr mit der Ordnung und Verwaltung der Bestände beschäftigt gewesen war, vom Landeshauptmann betraut worden. Das Archiv unterstand organisatorisch der Abteilung I (Zentralverwaltung). Zuständig war Kisky.[74]

Die Archivberatungsstelle im Zweiten Weltkrieg

Bei Kriegsausbruch war die Archivberatung weiterhin mit den beiden Sachbearbeitern Oberarchivrat i. R. Dr. Kisky und Dr. Wilkes der Abteilung X (Kulturpflege) der Provinzialverwaltung unter dem Dezernenten Abteilungsdirigent Landesrat Dr. Apffelstaedt zugeordnet.[75]

Der Ausbruch des Krieges veränderte die Tätigkeit der Archivberatungsstelle grundlegend. Die Inventarisierungsarbeiten mussten zurückstehen, stattdessen galt es, die betreuten Archive in den Grenzgebieten zu evakuieren und sie in Orten fernab der Kampfzone unterzubringen. Am 19. September 1939 leitete Kisky ein als »geheim« klassifiziertes Rundschreiben an die kirchlichen und weltlichen Archivbesitzer in den »gefährdeten Gebieten« weiter: Der Oberpräsident habe den Provinzialkonservator mit der Sicherung der Kunstschätze in den gefährdeten Gebieten beauftragt. In Verbindung damit sollten auch die Archive »und alles alte Schriftgut, insbesondere die Kirchenbücher«, gesichert werden. Kisky bat die Adressaten, das jeweilige Archiv »oder wenigstens den wertvollsten Teil davon« zu verpacken und für einen Abtransport in das Innere Deutschlands vorzubereiten. Die unter Leitung des Provinzialkonservators stehende Aktion solle die Archivalien vor Schädigung oder Verlust bewahren; eine Rückführung sei nach überstandener Gefahr vorgesehen.[76]

Dank der guten Kontakte zu den adeligen Archivbesitzern konnten einige ihrer Schlösser als Archivdepots genutzt werden. Die ersten Transporte, bei denen wichtige Einzelstücke geborgen wurden, erfolgten unter der Leitung von Carl Wilkes bereits im September 1939. Konzentrierten sich die Verlagerungen in den ersten Kriegsjahren auf das linke Rheingebiet, so mussten sie mit der Ausweitung und Intensivierung der alliierten Luftangriffe auf das gesamte Rheinland ausgedehnt werden. In dieser Phase blieb den Mitarbeitern keine Zeit mehr für Erschließungsarbeiten in den rheinischen Archiven, zumal das Amt mit neuen Aufgaben betraut worden war.[77] Hunderte von Transporten in die Bergungsorte und von einem Bergungsort in den anderen wurden von der Archivberatungsstelle durchgeführt und von einem ihrer Archivare begleitet. Einige Adelsarchive aus der »roten Zone« des Niederrheins (Kranenburg, Straelen), die 1939 abtransportiert worden waren, wurden den Besitzern auf ihren Wunsch hin im Oktober und November 1940 wieder zugestellt und dort gesichert. Um diese Zeit war die Archivberatungsstelle auch bei der Wiedereinrichtung einiger Archive des Kreises Saarburg bei Trier tätig, nach-

[72] Vgl. Bericht 1939 (Anm. 68) S. 208.

[73] Vgl. Wilhelm Kisky, Das Archiv der Rheinischen Provinzialverwaltung im Landeshaus in Düsseldorf, in: Die Rheinprovinz 15 (1939), S. 208–210, hier S. 209.

[74] Vgl. Wolfgang Schaffer, Vom Archiv der Provinzialstände der Rheinprovinz zum Archiv des LVR, in: 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Archivhefte 38, Bonn 2009, S. 49–61, hier S. 55; Kisky, Archiv (Anm. 71) S. 210.

[75] Geschäftsverteilungsplan der Rheinischen Provinzialverwaltung (Kriegsplan), in: Die Rheinprovinz 16 Nr. 1 (1940), S. 30–35, hier S. 35.

[76] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 66 und Nr. 373.

[77] Vgl. Wilhelm Kisky, Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz und ihre Tätigkeit für die Sicherung von Archivalien und anderen Kulturgütern während des Krieges, Düsseldorf 1949, S. 1; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 216.

dem die Bevölkerung die Genehmigung zur Rückkehr erhalten hatte.[78]

Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz stellte sich bei dieser Aktion dem Provinzialkonservator der Rheinprovinz Prof. Dr. Franz Graf Wolff Metternich zur Gracht (1893–1978) in Bonn zur Verfügung und bot ihr Personal an. Hierzu gehörten »insbesondere« Archivar Dr. Wilkes und seit 1. April 1942 auch Archivar Dr. Rudolf Brandts (1913–2004). Viele Bergungen von Kunstgut wurden seitdem gemeinsam mit Schriftgut getätigt, wie auch Bergungen von Bibliotheken durch die Archivberatungsstelle durchgeführt wurden. Dieses Zusammenarbeiten für die Sicherung des alten Kulturgutes erwies sich als sehr vorteilhaft und führte nirgendwo zu Schwierigkeiten und Störungen. Bei den regelmäßig stattfindenden Besprechungen aller am Kunstschutz beteiligten Stellen unter dem Vorsitz des Provinzialkonservators, an denen die Archivberatungsstelle stets teilnahm, wurden alle Fragen der Klassifizierung der Kulturgüter, ihrer örtlichen Sicherung, der auswärtigen Bergung, der sachgemäßen Verpackung, der Beschaffung des Packmaterials und der Transportmittel sowie der Auswahl der Bergungsorte und deren sachgemäße Einrichtung und Überwachung besprochen und bereits gemachte Erfahrungen ausgetauscht.[79]

Das Rückfordern von Kunstgegenständen, die der Kriegsgegner vermeintlich oder tatsächlich geraubt hat, gehörte schon lange zum Repertoire von Friedensverträgen. Relativ früh hatte der Kulturdezernent Apffelstaedt darüber nachgedacht, wie hier aus der Sicht der Rheinprovinz zu verfahren sei. Im Oktober 1939 beauftragte er den Bonner Kunsthistoriker Professor Dr. Alfred Stange (1894–1968) und den Leiter der Archivberatungsstelle, Dr. Kisky, ein Gutachten über den Kunstraub im Rheinland durch Frankreich seit 1794 zu erstellen. Beide delegierten diese Arbeit an Mitarbeiter. Aktenmäßig genauer greifbar werden diese Aktivitäten, als Apffelstaedt im April 1940 Professor Stange veranlasste, für den Mitarbeiter der Archivberatungsstelle, Dr. Wilkes, ein Empfehlungsschreiben an den Generaldirektor der Staatsarchive auszustellen. Stange sollte unter dem Vorwand, er führe im laufenden Trimester mit seinen Studenten eine Übung zum Thema französischer Kunstraub am Rhein durch, die einschlägigen Bestände durch einen Archivar sichten lassen.[80]

Konnte sich die Archivberatungsstelle bis 1942 neben dieser Sicherungsaktion auch noch ihrer eigentlichen Zweckbestimmung widmen − 1941 erschien der von Carl Wilkes zusammen mit Walter Schmidt bearbeitete erste Band der Inventare nichtstaatlicher Archive der Rheinprovinz über das Archiv der evangelischen Gemeinde in Duisburg –, so musste diese Tätigkeit seit der Zunahme und der Intensivierung der Luftangriffe auf die rheinischen Städte seit 1943 vollkommen eingestellt werden.[81] Haakes Vorwort feiert im Jargon der NS-Kriegspropaganda das Inventarwerk als große kulturelle Leistung.[82]

Von Anfang an wurde auch anderes Kulturgut, insbesondere Bibliotheken, in die Schutzmaßnahmen einbezogen, kleinere wurden selbst geborgen und größere mit Packmaterial versehen, besonders mit Kisten, Bergungsräume nachgewiesen und Erfahrungen mitgeteilt. Als durch Erlasse des Reichsministers des Innern vom 17. Dezember 1942 und 25. Januar 1943 der Direktor des Staatsarchivs Koblenz, Dr. Bruno Hirschfeld, zum Luftschutzbeauftragten für die Archive und Bibliotheken der Rheinprovinz ernannt worden war, wurde auch Kisky in den entsprechenden Beirat berufen. In dem Merkblatt, das ausgearbeitet und an alle in Frage kommenden Stellen, insbesondere auch an die zahlreichen freiwilligen Mitarbeiter der Archivberatungsstelle versandt wurde, wurde neben den Bibliotheken auch der Archive gedacht und zu ihrer sorgfältigen örtlichen Sicherung oder zur Bereitstellung der Bestände für den Abtransport aufgefordert. In noch höherem Maße als bisher nahm die Archivberatungsstelle sich der Bibliotheken an.[83]

Eine neue Aufgabe wurde der Archivberatungsstelle im Herbst 1942 übertragen. Die Bibliotheken aufgehobener Klöster, kirchlicher Stiftungen und Organisationen in der Rheinprovinz waren vor allem auch als Folge des sogenannten Klostersturms von den Organen der Partei beraubt, verschleudert und verschleppt und ohne Kontrolle der Willkür der Parteidienststellen überlassen worden, die die Beschlagnahmung ausführten. Ein großer Teil der beschlagnahmten Bücher wurde nach Berlin zum ›Reichssicherheitshauptamt‹ und zum ›Stab Rosenberg‹ geschafft, von wo sie zum Teil auf dunklen Wegen in den Handel kamen.[84] Die Verhältnisse waren schließlich so skandalös, dass sie den davon in Kenntnis gesetzten Oberregierungsrat Dr. Alois Eugen Becker im Oberpräsidium der Rheinprovinz veranlassten, unmittelbar an den Reichsminister des Innern zu berichten und ihm vorzuschlagen, den Landeshauptmann der Rheinprovinz beziehungsweise die Archivberatungsstelle mit der treuhänderischen Verwaltung der beschlagnahmten Bibliotheken zu beauftragen.[85]

[78] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 3 f., S. 5 und S. 7; ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 69. Vgl. zum Thema Kunstschutz auch ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 66–68.

[79] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 1; Budde/Weber, 80 Jahre (Anm. 8) S. 16.

[80] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 3) S. 758.

[81] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 5.

[82] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 213.

[83] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 9.

[84] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 11.

[85] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 12; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 217.

Bereits im Herbst 1940 war die Archivberatungsstelle mit derselben Arbeit wie für die Rheinprovinz auch für Luxemburg beauftragt worden. Hier bedurfte vor allem die umfangreiche Sammlung von Archivalien der ›Historischen Sektion des Großherzoglichen Instituts‹ in der Stadt Luxemburg der Fürsorge.[86] Kisky war mit der Ordnung der Archivalien von 1940 bis 1944 beschäftigt und verbrachte für diesen Zweck drei bis vier Tage im Monat in Luxemburg.[87]

Laut Bericht über die Tätigkeit der Archivberatungsstelle in den Monaten April bis Juni 1941 wurde diese ununterbrochen fortgesetzt. Neben die Ordnungsarbeiten traten aber erneut in erhöhtem Maße, hervorgerufen durch die steigende Zahl der Luftangriffe, die Arbeiten zur Sicherung der Archivalien. Die Auskunftserteilung und die Korrespondenz bewegten sich in dem üblichen Rahmen.[88]

Wenngleich die Spannungen und Animosität zwischen Kisky und Vollmer weiterhin bestehen blieben, so führte die Verlagerung der Arbeit, weg von der Archivpflege und hin zur Sicherung der Bestände, möglicherweise zum Überdenken und zur Revision der eigenen Position, denn für die preußische Archivverwaltung völlig überraschend signalisierte Landeshauptmann Haake im November 1941, er sei nun bereit, den Erlass vom August 1937 in der Rheinprovinz durchzuführen, unter der Bedingung, dass nicht Vollmer zum Leiter der Archivberatungsstelle berufen würde, dass Kisky weiterhin maßgebend an den Arbeiten zu beteiligen sei und dass eine Dienstanweisung vereinbart werden müsse, in der die Kompetenzen genau festgelegt werden müssten. Vielleicht trug zum Einlenken Haakes die Einsicht bei, bei der Sicherung und Verlagerung der gefährdeten Archive, der Haupttätigkeit der Archivberatungsstelle in der zweiten Kriegshälfte, auf die staatliche Hilfe angewiesen zu sein, vielleicht zeigten auch die Interventionen Görings Wirkung.[89]

Die Generaldirektion der Archive ergriff die Gelegenheit beim Schopf und legte umgehend einen Entwurf für die gewünschte Dienstanweisung vor. Im beiderseitigen Einvernehmen wurde eine Dienstanweisung erarbeitet, und zum 1. August 1942 übernahm der Koblenzer Staatsarchivdirektor, Dr. Bruno Hirschfeld (1897–1964), die Leitung der Archivberatungsstelle. Die Dienstanweisung kam allerdings den Wünschen Kiskys sehr entgegen. Punkt 1 hielt fest, dass die Archivberatungsstelle eine Einrichtung der provinziellen Selbstverwaltung sei und zum Arbeitsbereich der Kulturabteilung gehöre. Ihr Leiter habe dem Dirigenten der Kulturabteilung gegenüber die gleiche Stellung wie der Provinzialkonservator.[90] Nach Punkt 2 der Dienstanweisung war Leiter der Archivberatungsstelle »bis auf weiteres« der Direktor des Staatsarchivs Koblenz, der dieses Amt ehrenamtlich ausübte. Seine Aufgabe bestand darin, »eine zweckmässige Zusammenarbeit des staatlichen Archivwesens und der Einrichtungen der Selbstverwaltung in der Pflege für das Archivgut sicherzustellen. Im übrigen ist sein Stellvertreter in der Leitung der Archivberatungsstelle der Rheinprovinz, der im Dienst der Provinzialverwaltung steht, in seiner Arbeit selbständig.«[91]

Bereits am 27. Juli 1942 hatte im Düsseldorfer Landeshaus eine Besprechung über die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz stattgefunden, an der neben dem Generaldirektor der Staatsarchive Dr. Ernst Zipfel (1891–1966), Staatsarchivdirektor Dr. Hirschfeld (Koblenz), Dr. Kisky, Staatsarchivrat Dr. Schmidt (Luxemburg), Staatsarchivrat Dr. Frederichs (Berlin) und Staatsarchivrat Dr. Claessen (Düsseldorf) teilnahmen. Über die zukünftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nichtstaatlichen Archivpflege wurde unter anderem vereinbart, dass alle Beteiligten in Zukunft, »um eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten«, von jeder gegenseitigen Polemik absahen. Zipfel betont noch einmal, dass es nicht Zweck und Absicht der Staatsarchive sei, nichtstaatliches Archivgut an sich zu ziehen. Das von den Staatsarchiven Koblenz und Düsseldorf eingerichtete Archivpflegesystem sollte auf die Archivberatungsstelle übergehen. Die Staatsarchive nahmen nach wie vor an der Betreuung des nichtstaatlichen Archivgutes teil, insbesondere blieb ihnen die Betreuung des Archivgutes der Wirtschaft vorbehalten, wobei oft die Mitwirkung der Archivberatungsstelle erwünscht sein werde. Auch zur Verzeichnung kirchlicher Archive sollte die Archivberatungsstelle nach wie vor beitragen. Deren Tätigkeit sollte sich auch auf Luxemburg erstrecken.[92]

Der Bericht über die Tätigkeit der Archivberatungsstelle vom 1. April bis 30. September 1942 verwies darauf, dass am 1. April 1942 Dr. Rudolf Brandts, bisher Mitarbeiter bei der Denkmäleraufnahme der Rheinprovinz in Trier, als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter eingetreten sei. Erheblichen Aufwand an Zeit und Arbeit würden nach wie vor der Kunst- und Schriftgüterschutz erfordern, mit dem in der Hauptsache Dr. Wilkes beauftragt war.[93] Am 1. Juli 1943 trat Dr. Emil Lefort aus Luxemburg als

[86] Vgl. Kisky, Sicherung (Anm. 75) S. 13; vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 216; Budde/Weber, 80 Jahre (Anm. 8) S. 16; ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 69.

[87] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 216.

[88] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 69.

[89] Vgl. Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 217.

[90] Vgl. Schmitz, 50 Jahre (Anm. 8) S. 22 f.; Wisotzky, Vollmer-Kisky-Streit (Anm. 4) S. 212 und S. 218, vgl. ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 73.

[91] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 73.

[92] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 73.

[93] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 69, Nr. 73.

Volontär ein. Am 1. April 1943 übernahm Dr. Wilkes die Vertretung von Dr. Apffelstaedt und Dr. Kornfeld, die beide zur Wehrmacht einberufen worden waren.[94] Auch der Mitarbeiter Dr. Pansch war bereits im Frühjahr 1942 einberufen worden und fungierte als »Sonderführer G«, eine Funktion, in der er sich offensichtlich weiterhin auch fachlichen Dingen widmen konnte. So teilte Kisky ihm am 17. März 1942 mit, dass Panschs Aufsatz über das Archiv der Rheinischen Provinzialverwaltung für das nächste Archivheft »selbstverständlich sehr willkommen« sei. Es sei aber sehr fraglich, ob überhaupt noch ein Archivheft herausgebracht werden könne. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir, dass damals auch Fräulein Dr. Wilke und Fräulein Laudert zur Archivberatungsstelle gehörten.[95]

Bis Kriegsende kam es zu keinen größeren Veränderungen mehr. Die Auflösung der Provinzialverbände führte aber zu einer neuen Anbindung der Archivberatungsstelle: Zunächst wurde sie als Archivverwaltung der Nordrheinprovinz beim Oberpräsidium weitergeführt und nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen als Landesarchivverwaltung eingebunden. Dies ermöglichte zumindest die Fortführung der Aufgaben, die sich nunmehr aber wieder an den ›klassischen‹ Vorgaben orientierten. Nach Gründung des Landschaftsverbandes Rheinland 1953 wurde die Archivberatungsstelle, deren Leitung weiterhin Kisky innehatte, dem neuen Kommunalverband eingegliedert.[96]

Dr. Wolfgang Schaffer, Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland, Ehrenfriedstraße 19, 50259 Pulheim, wolfgang.schaffer@lvr.de

[94] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 69.
[95] ABSt, Altreg. Sch. 1 (Anm. 8) Nr. 59.
[96] Vgl. Budde/Weber, 80 Jahre (Anm. 8) S. 18.

Bildrechte. Abb. 1 LVR-Zentrum für Medien und Bildung. – Abb. 2 Archiv des LVR, Pulheim-Brauweiler 24826 Foto 49.

Summary. The archive advisory office of the Rhine Province was founded in 1929 to support smaller archives in the Rhineland as part of regional and local history. The office took care of the preservation of the written monuments as well as the protection and care of medium-sized and small archives, the information about the value and storage of the documents as well as the practical cooperation. The first director, Dr. Wilhelm Kisky, was particularly involved in public relations and presented the tasks of his institution to a wide audience through lectures and newspaper articles. During the National Socialist era, his work was marked above all by a growing interest in genealogical research, and the status of his archival work increased. During the Second World War, the Archive Advisory Office was primarily entrusted with the protection and evacuation of archives and libraries endangered in the Rhineland.

Résumé. En 1929, le Bureau consultatif des archives de la Province rhénane fut fondé pour soutenir les petites archives de Rhénanie sur le plan de l'histoire régionale et locale. Le bureau se chargea de la conservation du patrimoine écrit ainsi que de la protection et de l'entretien de petites et moyennes archives, de l'information sur la valeur et le stockage des documents ainsi que de la coopération pratique. Le premier directeur, le Dr Wilhelm Kisky, se consacra particulièrement aux relations publiques et présenta les tâches de son institution à un large public en faisant des conférences et des articles de journaux. A l'époque nazie, son travail fut surtout marqué par un intérêt croissant pour la recherche généalogique, et le statut du travail d'archives augmenta. Pendant la Seconde Guerre mondiale, le Bureau consultatif des archives fut chargé, en priorité, de la protection et de l'évacuation des archives et des bibliothèques menacées en Rhénanie.

Resümee. Die Archivberatungsstelle der Rheinprovinz wurde 1929 gegründet, um kleinere Archive im Rheinland als Bestandteil der Landes- und Heimatkunde zu unterstützen. Die Stelle kümmerte sich um die Erhaltung der Schriftdenkmäler sowie die Sicherung und Betreuung mittelgroßer und kleiner Archive, die Aufklärung über Wert und Aufbewahrung der Schriftstücke sowie die praktische Mitarbeit. Der erste Leiter, Dr. Wilhelm Kisky, engagierte sich besonders in der Öffentlichkeitsarbeit und stellte die Aufgaben seiner Institution einem breiten Publikum durch Vorträge und Zeitungsartikel vor. In der NS-Zeit war die Arbeit vor allem durch das ansteigende Interesse an der Sippenforschung gezeichnet, und der Status der Archivarbeit stieg an. Während des Zweiten Weltkriegs war die Archivberatungsstelle vor allem mit dem Schutz und der Evakuierung der im Rheinland gefährdeten Archive und Bibliotheken betraut.

Helmut Rönz

Zwischen Kooperation und Expansion

Die Provinzialverwaltung und die Universität Bonn 1920 bis 1945

»Wie keine andere Wissenschaft erscheint die früher oft genug belächelte Volkskunde berufen, am Aufbau und Ausbau des neuen deutschen Wesens mitzuarbeiten. Sie ist im wahrsten Sinne die nationalsozialistische Wissenschaft. Der Nationalsozialismus wird die Volkskunde nunmehr als Wissenschaft seines eigenen Ichs auf den ihr gebührenden Sitz im Kreise der übrigen Wissenschaften heben.«[1] Das schrieb der Kölner Volkskundler Adam Wrede am 19. Oktober 1933 in einem Artikel im Westdeutschen Beobachter und verlieh damit seinem Wunsch Ausdruck, nunmehr mit seinen Forschungen und seinen in der Weimarer Republik entwickelten innovativen Ansätzen – sie widmeten sich vor allem dem Landleben, den Bauernfamilien am Rhein und ihren Häusern – im neuen Staat reüssieren zu können.[2]

Wie im Forschungsprojekt des Landschaftsverbandes Rheinland »Widerstand im Rheinland 1933–1945« nachgewiesen wurde, waren die Eliten nach 1933 nur unterdurchschnittlich oppositionell aktiv, anders als etwa Arbeiter und Handwerker.[3] Dies galt nicht nur für Juristen wie den Bonner Absolventen Hans Globke.[4] Das galt auch für jene, die in der Wissenschaft vorankommen wollten. Wredes Ausführungen im Westdeutschen Beobachter sind ein beredtes Zeugnis für die opportunistischen Hoffnungen der Akademikergeneration, die in der Weimarer Zeit an den deutschen Universitäten sozialisiert wurde und schließlich in der NS-Zeit ihren Platz im Kulturbetrieb suchte.[5] Es verwundert wohl nicht, dass man solchen Opportunismus häufiger in den Kulturwissenschaften fand. Wenn wir uns also der Frage nähern, wie die Universität Bonn, der Staat und der Provinzialverband interagierten, so muss schon zu Beginn konstatiert werden, dass es hierbei keine Einbahnstraßen gab. Zwischen Kooperation und Expansion – der Titel des Beitrages legt bereits jene Ambivalenz zugrunde, die in Wredes Ausspruch deutlich wird. Es wäre sicherlich zu einfach zu konstatieren, dass die Universität und einzelne Fächer einfach nur geschaffen, verändert, marginalisiert wurden oder expandierten.

Für einen allgemeinen Überblick vgl. Georg Mölich, Rahmenbedingungen und Strukturen der Kulturpolitik des Rheinischen Provinzialverbandes nach dem Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 43–47; eine wissenschaftliche Gesamtstudie steht noch aus, wie Karl Ditt sie für Westfalen vorgelegt hat, vgl. Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

1 Zit. nach Michael Löffelsender, Möglichkeiten und Grenzen eines nationalsozialistischen Modefachs. Deutsche Volkskunde an der Universität Köln 1919–1945, in: Geschichte im Westen (2008), S. 89–117, hier S. 89.

2 Zur Genese dieses Ausgangspunktes vgl. Wolfgang Jacobeit / Hannjost Lixfeld / Olaf Bockhorn (Hrsg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, oder auch die Sammlung von Frank Schirrmacher, »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuauflage, Bonn 2000.

3 Die Ergebnisse des Sonderprojektes »Widerstand im Rheinland 1933–1945« sind einsehbar im LVR-Internetportal Rheinische Geschichte unter www.rheinische-geschichte.lvr.de (Zugriff am: 20.09.2018). Die Erkenntnis lässt sich mit dem bereits abgeschlossenen Teilprojekt »Widerstand an der Saar 1935–1945« verdichten. Vgl. Markus Gestier / Helmut Rönz (Hrsg.), »Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!«. Widerstand an der Saar 1935–1945, St. Ingbert 2016; hier vor allem S. 31 f.

4 Vgl. Erik Lommatzsch, Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main und New York 2009.

5 Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002; Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder die »unhörbare Stimme des Blutes«, in: Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, S. 89–113.

Der Provinzialverband war vor und nach 1933 nur einer der Protagonisten.[6] Die Hauptinteraktion von universitären Institutionen und Forschern erfolgte mit staatlichen Stellen und nicht mit dem höheren Kommunalverband. Hier ist vor allem die Beteiligung der medizinischen Fakultät an den NS-Medizinverbrechen zu nennen.[7] Zentral wurden ab 1934 fast alle Zwangssterilisationen des Erbgesundheitsgerichtes Bonn an der Bonner Universitätsklinik beziehungsweise der Chirurgischen Klinik vorgenommen. Frauen wurden speziell in der Frauenklinik der Bonner Universität zwangssterilisiert.[8] Hier kam wiederum auch der Provinzialverband zum Einsatz, denn zum einen waren die Gesundheitsämter und die beteiligten Ärzte alle kommunal bestallt, Fürsorgeeinrichtungen waren in der Obhut des Provinzialverbandes, zum anderen erfolgte die Durchführung der NS-Medizinpolitik in enger Abstimmung mit den kommunalen Behörden. Zudem kamen eigene Hinweise und Anzeigen aus den Provinzialpflegeanstalten, auch Anträge auf Sterilisation. Anträge durften nur Amtsärzte, Gefängnisdirektoren und die Leiter der Provinzialpflegeanstalten stellen.[9] In fast keinem Bereich ist die Zusammenarbeit von Staat und Universität so umfang- und folgenreich wie in der Medizin und in der Folge auch in den Naturwissenschaften, etwa in der Biologie.

Das ideologische Begleitprogramm wurde in der Kultur geschaffen; zumindest war ihr diese Aufgabe zugedacht. Hier sind wir wieder bei Adam Wrede, aber auch bei Namen wie Franz Petri[10] und anderen. Gerade in diesem Bereich war der Provinzialverband aktiv tätig, denn hier erfolgte eine Symbiose von nationalen Ambitionen und traditionellen Partikularinteressen der regionalen Kultureliten, die ihren Anfang bereits in der Weimarer Zeit genommen hatte. Im Folgenden sollen beispielhaft drei Institutionen vorgestellt werden; herausgehoben werden vor allem Aktionen und Reaktionen von Wissenschaft und Kultur im Beziehungsdreieck von Staat und Ideologie, Provinz und Forschung.

Das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

Das wohl bekannteste Beispiel enger Zusammenarbeit zwischen der »Provinz«, wie es abgekürzt in den Chroniken der Universität heißt, und der Universität Bonn nahm seinen Anfang bereits 1920 mit Gründung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Der Gründung war die Initiative Hermann Aubins vorausgegangen, eines jungen Wissenschaftlers, der seit 1919 vornehmlich Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn lehrte.[11] Marlene Nikolay-Panter hat bereits einiges zu den ersten Jahren des Instituts veröffentlicht,[12] weshalb an dieser Stelle nur ausgewählte Aspekte beleuchtet werden. Die Förderung des Instituts durch die Provinz erfolgte auf zwei Arten. Zum einen bezuschusste man das Institut mit einer jährlichen Zahlung; zum anderen unterstützte der Provinzialverband einzelne Vorhaben mit Sonderförderung, auch Dauerprojekte wie das Rheinische Flurnamenarchiv. Im Jahr 1928 erhielt das Institut beispielsweise von der Provinz fünfhundert Reichsmark für allgemeine Kosten und darüber hinaus für Projekte weitere dreitausend Mark. Alles nicht viel, wenn man vergleicht, dass die Gesellschaft für Rheini-

6 Zu dessen Geschichte vgl. Helmut Rönz, Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband, in: Christoph Becker / Peter Fassl (Hrsg.), Die Höheren Kommunalverbände in Deutschland – Modell und Zukunft, Berlin 2017, S. 21–38; für die Bedeutung der Kulturpflege nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Mölich, Rahmenbedingungen (Fußnotenvorspann) oder für Westfalen neben Ditt, Raum (Fußnotenvorspann) auch Hans-Joachim Behr, Die preußischen Provinzialverbände. Verfassung, Aufgabe, Leistung, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 11–44, S. 38 f.

7 Vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006 sowie ders., »Euthanasie« und Zwangssterilisierungen im Rheinland (1933–1945), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/%E2%80%9Euthanasie%22-und-zwangssterilisierungen-im-rheinland-1933%E2%80%931945/DE-2086/lido/57d13517 05eaa2.40921674#toc-65 (Zugriff am: 20.09.2018). Seit 2017 erforscht das LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte im Verbund mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Universität Bonn die NS-Medizinverbrechen im heutigen Rhein-Sieg-Kreis. Dabei stehen die zwangsweise durchgeführten Sterilisationen von Kranken sowie die Ermordung von psychisch Kranken und geistig Behinderten unter anderem in der Tötungsanstalt Hadamar/Lahn im Vordergrund. Auch die Rolle der Universität und der Provinzialpflegeanstalten wird dabei untersucht.

8 Vgl. Forsbach, Fakultät (Anm. 8), S. 517.

9 Derzeit erarbeitet die Redaktion des LVR-Internetportals Rheinische Geschichte gemeinsam mit den Universitäten Bonn und Münster sowie dem Rhein-Sieg-Kreis eine Dokumentation zu den NS-Medizinverbrechen im Rhein-Sieg-Kreis, die sowohl in Buchform als auch im Netz erscheinen wird.

10 Vgl. Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73–176.

11 Vgl. Edith Ennen, Hermann Aubin und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34 (1970), S. 9–42; Eduard Mühle, Für Volk und Deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

12 Exemplarisch Marlene Nikolay-Panter, Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze, in: Manfred Groten / Andreas Rutz (Hrsg.), Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Göttingen 2007, S. 11–38, sowie Dies., Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Gründung und frühe Jahre, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 65 (2001), S. 374–399.

sche Geschichtskunde ebenso wie der Rheinische Verein je sechstausend Reichsmark erhalten hatten.[13]

Das Flurnamenarchiv ist übrigens ein besonderes Projekt für die Provinz. Es wurde mit Verve von dem Provinzialmitarbeiter und Bonner Kunsthistoriker Dr. Josef Busley vorgetragen.[14] Hier haben wir ein eindrückliches Beispiel dafür, dass die Provinz nicht nur finanzierte, sondern auch zur Forschung anregte.[15] Da das Institut der Provinz nahestand, sollte es das Flurnamenarchiv tragen.[16] Die Provinz zahlte 1930 dafür eintausend Reichsmark als Anschub, 1931 nochmals tausend, dann je fünfhundert beziehungsweise dreihundertfünfzig Mark.[17]

Busleys Nachfolger, der Münsteraner Kunsthistoriker und SA-Standartenführer Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt erhöhte die Unterstützung 1935 wieder auf fünfhundert Mark, wenngleich seine Affinität auch auf anderem Gebiet lag.[18] Der Anfang des Flurnamenarchivs befand sich in den Weimarer Jahren; auch die Methoden waren über das Jahr 1933 hinaus gleich geblieben. Dass für das Projekt nach 1933 aber anders geworben wurde, lässt sich besonders gut in einem Beitrag im Westdeutschen Beobachter vom 12. Oktober 1936 nachlesen, für den der Institutsmitarbeiter Anton Meyer verantwortlich zeichnete. Er beginnt folgendermaßen: »Mit Recht ist in den letzten Jahren die Flurnamenforschung immer mehr in den Brennpunkt des Interesses gerückt. Man hat erkannt, welche Werte in den an Grund und Boden haftenden Namen verborgen liegen.« Und er endet: »Denn hier kann er [der Lehrer] blut- und lebensvolle Verbindung schaffen zum Heimatboden. Und das ist schließlich für uns alle eines der schönsten Ziele der Flurnamenforschung: neue Bande zu knüpfen zwischen Mensch und Scholle, uns die Schönheit und den Sinngehalt unserer Heimat zu zeigen, damit wir diesen unseren Heimatboden immer glühender lieben, uns ihm immer enger verhaftet fühlen! Damit wir in der Heimat unser Vaterland lieben!«[19] Dazwischen ist es dann brave Wissenschaft. Das sollte dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande jedoch auf weite Sicht wenig nützen. Die Zuschüsse wuchsen, aber geringer als etwa für das neue Vor- und Frühgeschichtliche Institut oder etwa für die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. Auch die Forschungsstelle für Volkstum im Ruhrgebiet erhielt 1939 mehr als die zweitausendzweihundert des Instituts.[20]

Ein anderes Fach sollte der geschichtlichen Landeskunde den Rang ablaufen: die Volkskunde. In der Volkskunde als völkischer Kunde sah Apffelstaedt die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen. Als es schließlich auf Initiative des Landesrats zu einer Berufung kam, war diese mit zahlreichen Gesprächen vorbereitet. Apffelstaedt wusste genau, was und wen er wollte, und das waren nicht die zu sehr der katholischen Kirche verpflichteten Bonner Volkskundler. Von diesen riet ihm auch der Historiker und Leiter des Instituts für geschichtliche Landeskunde, Franz Steinbach,[21] sowie der Kunsthistoriker Alfred Stange ab,[22] ein Vertrauter Alfred Rosenbergs und enger Gesprächspartner des Landesrats.[23]

Steinbach hoffte derweil auf die Einbettung der Volkskunde in sein Institut. Nach der Emeritierung des katholischen Religionssoziologen Wilhelm Schwer im

[13] Für den Haushaltsplan 1928 vgl. Archiv des Landschaftsverbands Rheinland (im Folgenden: ALVR), Nr. 3670, S. 389, zit. n. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die Westforschung, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Bd. 2, Münster 2003, S. 741–762, hier S. 749.

[14] Entfällt.

[15] Vgl. ALVR, Nr. 11058, Schreiben von Bach an Busley, 24.07.1930 (stark beschädigt). Bach: »Ich erlaube mir, Sie darauf hinzuweisen, dass die rheinische Flurnamensforschung in der Tat im Institut einen Mittelpunkt gewinnen soll.« Er stehe gerade in entsprechenden fachlichen Verhandlungen. Der von Busley »gestreifte Aufgabenkreis liesse sich sehr wohl im Institut bewältigen«. Für ihn stelle sich nur die Frage nach der personellen Ausstattung.

[16] Die Diskussion darüber verlief alles andere als reibungslos. In der konstituierenden Sitzung am 23.11.1930 habe Josef Müller die Forderung gestellt, dass das Institut die Flurnamenforschung in seinen Aufgabenbereich übernehmen müsse und die Direktion die Beantragung von Mitteln bei »den hierfür verantwortlichen Stellen wie Staat und Provinz« übernehmen solle. Steinbach sei »dem mit aller Schärfe« entgegengetreten. Er glaube, »daß eine solch groß angelegte Arbeit alles andere als nur nicht behördlich aufgezogen werden kann und darf«.

[17] Vgl. Die Korrespondenz zwischen Bach und Busley sowie Bach und Horion in ALVR, Nr. 11058 für Anträge, Verwendungsnachweise und Kostenaufstellungen. Bereitgestellt wurden auch Sonderzuschüsse: Neben einer Hilfe von 500 RM wird dem Institut am 16.09.1931 beispielsweise ein weiterer Zuschuss in Höhe von 500 RM bereitgestellt, der für die Erforschung saarländischer Flurnamen zu verwenden war. In diesem Zusammenhang hatte sich bereits Hermann Aubin als Vorsitzender der Saarforschungsgemeinschaft am 10.09.1931 an Busley gewandt, um die beantragte Summe von 500 RM zu erbitten, um »die Verbindung zwischen den Sammlern der Flurnamen im Saarlande und dem neubegründeten Rheinischen Flurnamenarchiv in Bonn herzustellen«.

[18] Vgl. ebenda, Schreiben von Bach an Apffelstaedt, 02.04.1935. Dort auch handschriftliche Notizen Apffelstaedts über bisherige Zuschüsse und die Erhöhung 1935. Im Gegensatz zu Busley besuchte Apffelstaedt die in Bonn ausgerichteten Mitarbeiterkonferenzen des Flurnamenarchivs nur selten.

[19] Westdeutscher Beobachter, Abendausgabe, 12.10.1936.

[20] Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 14), S. 752 f.

[21] Dass Steinbach in Berlin nicht nur als Gesprächspartner Apffelstaedts, sondern auch als ein in weltanschaulicher Hinsicht zu fördernder Wissenschaftler galt, zeigt ein ideologisches Einschätzungsschreiben an den SS-Hauptsturmführer beim SD Karl Gegenbach. Vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R/9361/II Nr. 973739.

[22] Zu Stange vgl. Nikola Doll, Politisierung des Geistes. Der Kunsthistoriker Alfred Stange und die Bonner Kunstgeschichte im Kontext nationalsozialistischer Expansionspolitik, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 979–1016.

[23] Universitätsarchiv Bonn PF 138–84, Schreiben von Stange an Apffelstaedt, 10.07.1944.

Herbst 1941 bot sich dann die Gelegenheit zur Schaffung des Lehrstuhles. Unter Zuhilfenahme von Hans Barion,[24] Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät, schlug man die Professur kurzerhand der Philosophischen Fakultät zu.[25] Der zunächst als Ordinarius vorgesehene Erich Röhr fiel am 1. März 1943 einem Bombenangriff zum Opfer. Ihm folgte Josef Plassmann nach,[26] ebenfalls auf Wunsch Apffelstaedts, wie ein Brief des Dekans Alfred Stange an den Landesrat vom 10. Juli 1944 belegt. Hier geht Stange auf einen nicht überlieferten Brief des Landesrates ein, berichtet davon, dass die volkskundlichen Vorlesungen Plassmanns gut angenommen würden und dass er auch in den Fragen des Ausbaus der Volkskunde ganz auf Seiten der Überlegungen Apffelstaedts stünde. Diese seien jedoch erst nach dem Krieg umzusetzen. Apffelstaedt präferierte ein eigenes volkskundliches Institut mit Anbindung von Flurnamenarchiv und dem Rheinischen Wörterbuch. Das hätte zur nachhaltigen Schwächung oder gar zum Ende des Instituts für geschichtliche Landeskunde geführt und zeigte die Präferenzen der NS-Kulturpolitik. Sie lagen nicht in der Landesgeschichte nach den Vorstellungen Steinbachs. Freilich machte das Kriegsende diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung.[27]

Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

Die Verbindung von Institut und Provinzialverband war vor allem durch die Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande im Jahr 1924 vorangetrieben worden. Initiativ waren Hermann Aubin, der Leiter der Universitätsbibliothek Ernst von Rath, der Historiker Aloys Schulte sowie der Theologe Fritz Tillmann mit einem Brief an Landeshauptmann Johannes Horion herangetreten.[28] Dieser zweite Akt, die Verankerung der Forschung des Instituts in der Bevölkerung − hier vor allem bei den Entscheidern und Erziehungsmanagern an den Schulen –, wurde durchaus als ein politischer betrachtet. So schrieben Aubin und seine Mitstreiter am 20. November 1924 an Johannes Horion, es sei das Gebot der Stunde, das Rheinland aufgrund seiner aktuellen kulturpolitischen Bedeutung in seiner landeskundlichen Breite zu erforschen. Den Lehrern an den Schulen müsste entsprechendes Fachwissen vermittelt werden, damit diese es kompetent im Unterricht weitergeben könnten. Nicht genannt, aber mitgedacht waren die Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Rheinlandes; dies insbesondere angesichts der französischen Rheinlandbesetzung.[29] Schärfer wurde das Anliegen im Aufruf zur Gründung des Vereins aus dem gleichen Jahr formuliert: »Krieg und Zusammenbruch der äußeren Machtmittel des Staates haben in allen Kreisen der Bevölkerung eine stärkere Besinnung auf die Wurzeln unserer Volkskraft, auf die ideellen Werte des heimat- und volklichen Gemeinschaftsgefühls herbeigeführt. […] In dieser Betätigung sucht man Trost in den Nöten der Gegenwart und ein Gegengewicht wider die mechanisierende Wirkung modernen Wirtschafslebens.«[30] Zudem wird die Einbettung der Heimatgeschichte und -bewegung in einen überregionalen Kontext angemahnt, da »sie ohne Kraftzufuhr aus den Quellen des höheren geistigen Lebens der Nation unweigerlich versanden muss.«[31]

Hier stehen bereits alle Parameter bereit: Landesgeschichte als defensive Rückversicherung, Heimatgeschichte als Selbstvergewisserung, Einbettung in den Fluss wissenschaftlicher Forschung − und dies alles in einem Bezugssystem mit der allgemeinen Geschichte und der des Reiches. Konkrete Ziele waren die Vernetzung der heimatgeschichtlichen Tätigkeiten, die materielle Stärkung des Instituts sowie die Verstetigung der Aus- und Weiterbildung von Lehrern durch die Universität. Den Aufruf unterzeichneten neben Johannes Horion auch die Bischöfe der Rheinprovinz, zahlreiche Oberbürgermeister, auch Konrad Adenauer, der Oberpräsident der Rheinprovinz Johannes Fuchs, Reichsminister Karl

[24] Zu Barion vgl. Thomas Marschler, Kirchenrecht im Bannkreis Carl Schmitts. Hans Barion vor und nach 1945, Bonn 2004; Erwin Gatz, Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, in: Becker, Diktatur (Anm. 3), S. 59–78, und S. 68.

[25] Vgl. Hans-Paul Höpfner, Bonn als geistige Festung an der Westgrenze? Zur Rolle und Bedeutung der »Westforschung« an der Universität Bonn 1933–1945, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 673–689, hier S. 686; Gatz, Fakultät (Anm. 25), S. 71.

[26] Für die Vorgänge rund um die »Berufungsverhandlungen« vgl. Gisela Lixfeld, Das »Ahnenerbe« Heinrich Himmlers und die ideologisch-politische Funktion seiner Volkskunde, in: Jacobeit/Lixfeld/Bockhorn, Wissenschaft (Anm. 2), S. 217–254 (wo S. 236 Apffelstaedt irrtümlich als Oberpräsident der Rheinprovinz bezeichnet ist).

[27] Universitätsarchiv Bonn, PF 138–84, Schreiben von Stange an Apffelstaedt, 10.07.1944, dort: »Dieser [Steinbach] wird sich nicht sehr gerne vom Flurnamenarchiv und vom Rheinischen Wörterbuch trennen. Es wird darauf ankommen, einen geeigneten Modus zu finden.«

[28] Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 1 f.; Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 376.

[29] Vgl. Martin Schlemmer, Die Rheinlandbesetzung (1918–1930), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-rheinlandbesetzung-1918-1930/DE-2086/lido/57d133f17e43d1.98845861; zuletzt auch Hans-Ludwig Selbach, Katholische Kirche und französische Rheinpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Nationale, regionale und kirchliche Interessen zwischen Rhein, Saar und Ruhr 1918–1924, Köln 2013.

[30] ALVR, Nr. 11061, S. 3.

[31] ALVR, Nr. 11057, S. 20.

Jarres, Carl Duisberg, zahlreiche führende Unternehmer, Landräte und der Direktor des Bonner Museums Professor Hans Lehner.[32]

Der Verein wurde vollumfänglich und nachhaltig von Johannes Horion unterstützt.[33] Zunächst mit der Erlaubnis, seinen Namen unter den Aufruf zu setzen, später mit der Zusage finanzieller Unterstützung des Vereins. Im Dezember 1924 beantragte Horion beim Provinzialausschuss einen Zuschuss für den Verein über eine Mitgliedschaft der Provinz – dies tat er wortwörtlich mit genau jener Begründung, mit der Aubin und seine Mitstreiter zuvor bei ihm vorstellig geworden waren. Der Provinzialausschuss folgte Horion am 15. Dezember 1924 und stimmte einem Beitritt mit jährlich einhundert Reichsmark Mitgliedsbeitrag zu.[34] Im Januar 1925 erfolgte, mit wichtigen Institutionen und Personen im Rücken, die Werbekampagne für den Verein. Die Heimatprovinz und das rheinische Volk wurden hierbei in die Verantwortung genommen.[35] Bereits am 6. März des Jahres kam es schließlich zu jenem Zusammenschluss, der bis heute Bestand hat: Fritz Tillmann, der sich um die Gründung des Vereins besonders verdient gemacht hatte,[36] war bei Horion vorstellig geworden, um ihm den Vorsitz anzutragen. Dieser stimmte zu; sein Stellvertreter sollte Tillmann selbst werden. Karl Leopold Kaufmann, der dynamische Landrat von Euskirchen, sowie der Bonner Unternehmer Dr. Alfred Soennecken waren als Beisitzer vorgesehen.[37]

Auch über die Provinz hinaus wurde Horion aktiv. Er warb in den Kommunen und in Berlin. Schon am 14. März 1925 versicherte ihm Friedrich Trendelenburg, Ministerialdirektor aus dem Kultusministerium, seine Wertschätzung und sagte einen Zuschuss des »Westreferats« über eintausend Reichsmark zu.[38] Am 18. März 1925 kam es zur Gründung des Vereins. Am 3. Juli wurden erstmals fünfhundert Reichsmark der Provinz ausgezahlt. Dies sollte neben den einhundert Mark der stetige Zuschuss der Provinz für den Verein sein – abgesehen von den Zuschüssen, die bereits dem Institut zukamen.

Die erste Tagung des Vereins fand in Koblenz im Katholischen Leseverein, der Lese, statt, mit Vorträgen von Franz Steinbach und Günther Wohlers. Die Exkursion ging an den Mittelrhein nach Rhens und Provinzgrenzen sprengend nach Braubach sowie auf die Marksburg. Die Veranstaltung wurde mit einer Ausstellung historischer Wandkarten in der Lese abgerundet. Besonderen Wert legte man darauf, Horion die Leitung der Tagung anzutragen. Das Provinzialschulkollegium hatte derweil die Schulen angewiesen, ihrem Lehrpersonal Urlaub zu gewähren.[39]

Die Möglichkeiten für die Provinz waren nur begrenzt, Horion aber die treibende Kraft, wenn es um die Stützung des Instituts und des Vereins ging. Dies wird besonders deutlich, als die Universität versuchte, Hermann Aubin zu einer planmäßigen Professur zu verhelfen. Hier sperrte sich das Kultusministerium, und auch Horion waren angesichts der schlechten Finanzlage und des scharfen Spardrucks, den Provinzialausschuss und Landtag ausübten, die Hände gebunden. Es blieb bei den fünfhundert Mark. Stattdessen machte sich Horion daran, den Verein mit klassischer Netzwerkbildung zu stärken.[40] Im Jahr 1927 zählte der Verein 617 Mitglieder, darunter 217 körperschaftliche und 400 persönliche.[41]

Auf den Vorstandssitzungen wurden, das zeigt etwa das Protokoll der Sitzung vom 6. Juni 1928, inhaltliche Forschungsfragen diskutiert. So stieß Steinbach auf der Sitzung Forschungen zu Reformation und Gegenreformation, zum Postwesen und zum Straßenwesen an. Inwiefern dies von Horion getragen wurde, muss offenbleiben. Von Bedeutung war inzwischen auch Josef Busley, der im Dialog zwischen Verein beziehungsweise Institut und Provinz agierte und nunmehr Teil des Vereinsvorstands war.[42] Hauptarbeitsfeld blieb in der Weimarer Zeit jedoch das Institut. Der Verein war eine Ergänzung, wenn auch eine politisch nicht unbedeutende. Dies zeigt nicht zuletzt die Debatte um den Standort der Jahrestagung 1928. Hier schlug Steinbach Trier mit der Begründung vor, dass es den Bewohnern des Saargebiets so leichter falle, den Tagungsort zu erreichen. Dass neben der übergeordneten Politik vor allem aber persönliches Gewicht eine Rolle spielte, wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass nicht Trier, sondern der Kreis Euskirchen mit dem Landrat Kaufmann im Vorstand vorgezogen wurde.[43]

[32] Der Aufruf ist auch abgedruckt in Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 397–399.

[33] Zu Horion vgl. das Porträt von Wolfgang Schaffer, Johannes Horion (1876–1933), Landeshauptmann der Provinzialverwaltung, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: http://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/johannes-horion/DE-2086/lido/57c83407328a16.93157267 (Zugriff am: 25.09.2018). Eine wissenschaftliche Monographie über Johannes Horion steht nach wie vor aus.

[34] Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 16.

[35] Vgl. ebenda, S. 15.

[36] Vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 375. Hier wird zitiert aus dem Archiv des Instituts für geschichtliche Landeskunde, Nr. 79. Brief Aubin an Horion: Er, Aubin, sei sich »sehr wohl bewußt, daß der Gedanke unseres Vereins niemals befriedigend in die Wirklichkeit wäre umgesetzt worden, wenn nicht Prof. Tillmann der Vorbereitung das Gewicht seines Namens geliehen hätte.«

[37] Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 1–2; Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 376. Letztlich wurde Soennecken Schatzmeister, Tillmann und Kaufmann Beisitzer. Aubin wurde zum Schriftführer berufen, vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 378.

[38] ALVR, Nr. 11061, S. 22.

[39] Vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 383 f.

[40] Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 53.

[41] Vgl. ebenda, S. 48.

[42] Vgl. ebenda, S. 79

[43] Vgl. ebenda, S. 64 f.

Doch blieb die Saar stets im Blick von Verein und Provinz; Busley fungierte auch hier als Movens und wurde auch als solches von den Saarkommunen gesehen.[44]

Neben der landesgeschichtlichen Forschung waren volkskundliche und sprachgeschichtliche Themen zentrale Bestandteile der Korrespondenz. Zudem geriet die Grenzlanddebatte immer mehr in den Blickpunkt.[45] Meist gingen die Initiativen von den Wissenschaftlern aus. Dabei hatten sie einen sehr genauen Blick für die Fragen und »Anforderungen« der Zeit. So bot Steinbach 1932 anlässlich ihrer Eröffnung eine fertige Geschichte der »Köln-Bonner Autobahn«, gemeint war die Kölner-Bonner Chaussee, mit Widmung der Provinzialverwaltung an. Die Druckkosten betrugen sechshundert Reichsmark. Einzelprojekte kamen so zur Finanzierung. Die letzten Weimarer Jahre waren jedoch auch für die Provinz eine Zeit tiefgreifender ökonomischer und fiskalischer Krisen. Im Jahr 1930 wurden zwar noch die Rheinischen Vierteljahrsblätter mit Unterstützung der Provinz begründet. Die Tagungen wurden hingegen eingeschränkt; nicht zuletzt, weil auch die Finanzkrise voll auf den Verein durchschlug und von der Provinz nicht aufgefangen werden konnte.[46] Der jährliche Zuschuss schrumpfte 1932 auf dreihundert Reichsmark und musste schließlich noch in zwei Raten aufgeteilt werden.[47] Dafür war das Jahr 1932 aufgrund einer anderen Sache interessant: Mit einem Vortrag von Josef Scheben über die rheinische Amerikaauswanderung kamen Themen zum Tragen, die gleichermaßen innovativ und gewissermaßen zukunftsweisend waren.[48]

Mit dem Jahr 1933 war das Ende des alten Vereins eingeläutet: Horion verstarb am 19. Februar in Düsseldorf, Karl Leopold Kaufmann lud als sein Stellvertreter für den 30. Juli zur Tagung nach Traben-Trarbach mit Wahl des Vorsitzenden ein: Der NSDAP-Parteifunktionär Heinz Haake folgte auf Horion; Busley war noch im Amt, wenn auch nicht mehr lange. Er wurde von Hans-Joachim Apffelstaedt ersetzt.

Es blieb auch nach 1933 bei den dreihundert Mark in zwei Raten. Allerdings wurden die Themen zunehmend aggressiver vorgetragen, ebenso die Berichte an die Verwaltung. In seinem Anschreiben an den Landesrat Wilhelm Kitz vom 20. Juni 1933 legte Karl Leopold Kaufmann fest, wo die inhaltliche Anbindung nunmehr erfolgen sollte: in den klassischen Themen und in der Grenzlandforschung. So galt gleich die erste Tagung unter Haake am 6. April 1934 der unter dem Mandat des Völkerbundes stehenden Saar und wurde »Saarfragen« betitelt. Hier wurde das Saargebiet von allen Seiten beleuchtet, durchaus auch seriös.[49] Die Jahrestagung 1938 beschäftigte sich mit Lotharingien (Steinbach) und mit den Niederlanden, wobei Franz Petri mit seinem Vortrag über »Deutsche volksgeschichtliche Forschungsaufgaben in den Niederlanden« mehr den Vorstellungen des Regimes entsprach als Steinbach mit seinem braven politik- und territorialgeschichtlichen Vortrag.[50] Doch Haake war ebenso wie Apffelstaedt nur verhalten interessiert an der Arbeit des Vereins und leistete eher Dienst nach Vorschrift. Beide ließen sich überwiegend entschuldigen; nicht nur, wenn Hermann Göring vorstellig wurde, wie etwa am 14. Juni 1936. Da halfen auch Ansprachen Steinbachs nichts und auch nicht die Anrede »Führer des Vereins« an Haake. Allerdings waren die Kulturspitzen in ihrer Vereinsarbeit nicht mehr so frei wie zuvor Busley und Horion. Denn nunmehr mussten die Tagungsprogramme in Berlin abgesegnet werden.[51]

Die Vor- und Frühgeschichte

Das eigentliche Leib- und Magenthema für die Provinz und für Haake nach 1933 war die Vor- und Frühgeschichte. Insbesondere Jan Bemmann hat sich in den letzten Jahren um die Erforschung ihrer bislang nur stiefmütterlich aufgearbeiteten Geschichte an der Universität Bonn verdient gemacht.[52]

Die Vor- und Frühgeschichte erfuhr unter völkischem Vorzeichen eine rasante Aufwertung. Heute betrachten wir sie als eine der »Legitimationswissenschaften«, eignete sie sich doch bestens, um rassische und territoriale Ansprüche zu untermauern. Dem verlieh auch der Prähistoriker Kurt Tackenberg in einer von Wilhelm Pinder und Alfred Stange herausgegebenen Festschrift zum fünfzigsten Geburtstag Adolf Hitlers Ausdruck: »Bis dahin [1933] war das Fach einem kleinen Kreis von Wissenschaftlern und Freunden der Vorzeit lieb; jetzt ist es mit Rassenkunde, Volkskunde und Geschichte gleichberechtigt und herausgehoben, an der weltanschaulichen Ausrichtung der Nation mitzuarbeiten.«[53] Auch hier stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Kooperation zwischen Universität und Provinzialverband für die

[44] Vgl. ebenda, S. 122.
[45] Vgl. ebenda, S. 179.
[46] Vgl. ebenda, S. 186.
[47] Vgl. ebenda, S. 200.
[48] Vgl. ebenda, S. 213.
[49] Vgl. ebenda, S. 242.
[50] Vgl. ebenda, Vorläufiges Programm der 13. Jahrestagung von 1938.
[51] Vgl. ebenda, Mitteilung von Vogler an Apffelstaedt, 26.04.1939.
[52] Vgl. v. a. Kunow, Otten und Bemmann (Fußnotenvorspann) für den Kontext der »Westforschung«, aber auch Uta Halle, Archäologie und »Westforschung«, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 383–406.
[53] Zit. nach Jan Bemmann, Kurt Tackenberg und die Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie an der Universität Bonn. Die Jahre 1937–1945, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 353–387, hier S. 353.

Konjunktur der Vor- und Frühgeschichte hatte und ob damit Einfluss auf organisatorische oder gar inhaltliche Prozesse genommen wurde oder andere Gründe eine Rolle für die Provinz spielten.

Der genannte Tackenberg wurde 1937 auf Empfehlung Alexander Langsdorffs – Mitarbeiter im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie Mitglied des persönlichen Stabes von Heinrich Himmler – zunächst als außerordentlicher Professor des neugeschaffenen Lehrstuhls für Vor- und Frühgeschichte berufen. Nach vermehrten Anläufen war es der Fakultät verhältnismäßig spät – in Köln bestand seit 1925 bereits ein Institut für Ur- und Frühgeschichte[54] – gelungen, das Ordinariat einzurichten.[55]

Bei der Gründung des damit zusammenhängenden Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Bonn hatte die Provinz eine hervorgehobene Stellung eingenommen. Zwar hatte das Reichsministerium die Kosten in Höhe von achtzigtausend Reichsmark für den Ankauf der Räumlichkeiten von der Stadt Bonn übernommen, doch waren für die Aufnahme des Betriebes umfassende Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen vonnöten. Landeshauptmann Haake stellte der Universität sechzigtausend Reichsmark zur Verfügung. Auch den Jahresetat trug die Provinz zu mehr als Zwei Dritteln.[56] Überhaupt lässt sich im Falle der Vor- und Frühgeschichte ein überaus großes Interesse und Engagement von Seiten Haakes und Apffelstaedts feststellen. Die enge Verflechtung wurde nicht zuletzt bei den großen Eröffnungsfeierlichkeiten des Instituts deutlich, zu denen der Landeshauptmann nicht nur eingeladen war, sondern auch die Eröffnungsrede hielt. Dass dies ganz im Sinne Haakes lag, zeigt ein Schreiben an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, in dem er über das »von mir gemeinsam mit der Stadt Bonn vor einigen Jahren gegründete«[57] Institut sprach.

Apffelstaedt und Haake hatten sich in der Auseinandersetzung zwischen Alfred Rosenberg, der größeren Einfluss auf die Vor- und Frühgeschichte nehmen wollte, und einer breiten Front an Gegnern, darunter das Reichserziehungsministerium und Himmlers SS-Ahnenerbe, auf die Seite der Rosenberg-Gegner geschlagen.[58] Vor diesem Hintergrund hatten Haake und Apffelstaedt die Gründung des Instituts flankiert. Letzterer hatte 1936 im Verbund mit Oberpräsident Terboven einen Zusammenschluss des Norddeutschen mit dem Süd- und Westdeutschen Altertumsverband angeregt und die Beteiligten auf die Bedeutung der provinzialrömischen Forschung eingeschworen.[59] Das ist keineswegs als nonkonformes Aufbegehren regionaler Funktionsträger misszuverstehen. Vielmehr handelte es sich um einen auf der ausufernden Germanophilie vieler NS-Parteigenossen basierenden Richtungsstreit, in den sich die Provinz einschaltete – und zwar pro domo. Die provinzialrömische Forschung stärkte die Bedeutung des eigenen Hauses im Kampf mit den Gauen um eigene Machtpositionen. Zudem sah man sich durchaus auf der Seite Hitlers mit dieser Sicht auf die römische Vergangenheit.

Die Bedeutung des Landeshauptmanns Haake zeigte sich jedoch auch in praktischen Belangen: Während des Krieges, im Juli 1940, eröffnete Haake Tackenberg das Vorhaben, das Institut in Werner-Buttler-Haus umzubenennen. Der dreiunddreißigjährige Vorgeschichtlicher Buttler, seit 1930 NSDAP-, seit 1936 SS-Mitglied, war im Mai 1940 in Luxemburg gefallen. Zu Beginn des Weltkrieges hatte er sich freiwillig gemeldet. Gleichzeitig zählte er in den dreißiger Jahren zu den vehementesten Gegnern von Rosenbergs Expansionskurs.[60] Nun – so heißt es in einem Schreiben Tackenbergs an das Ministerium – solle an ihn erinnert werden, nachdem er »vor wenigen Wochen im Kampf gegen Frankreich den Heldentod gestorben« ist.[61] Haake, der sich bereits zuvor an das Reichsministerium gewandt hatte, wurde von Tackenberg unterstützt. Seine Bemühungen trugen Früchte: Von September 1940 an trug das Institut für Vor- und Frühgeschichte die Bezeichnung »Werner-Buttler-Institut für Deutsche Vor- und Frühgeschichte«.[62]

Die Vor- und Frühgeschichte erlebte in den Jahren des Dritten Reiches einen Boom. Alleine die Zahl der Lehrstühle in Deutschland stieg bis 1942 von sechs auf

[54] Vgl. Martina Schäfer, Die Geschichte des Instituts für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Köln 1925–1945, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 315–330.

[55] Vgl. Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 355.

[56] Vgl. Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 680.

[57] BA R 4901, Nr. 14308, S. 55, Schreiben von Haake an Rust, 22.07.1940, zitiert nach Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 356.

[58] Zu Apffelstaedt vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 49–65.

[59] Vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, 2. Aufl., München 2006, S. 190; Gunter Schöbel, Die Einflussnahme des »Amtes Rosenberg« auf die Rheinprovinz, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 77–96.

[60] Vgl. Bollmus, Amt (Anm. 60), S. 199; zu Buttler vgl. auch Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 681, oder Uta Halle, »Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!«. Prähistorische Archäologie im Dritten Reich, Bielefeld 2002, S. 391; verwiesen wird auch auf den biographischen Beitrag von Eberhard Buttler über den eigenen Vater: Eberhard Buttler, Werner Buttler – ein rheinischer Vorgeschichtler, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 215–226.

[61] Zitiert nach Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 360.

[62] Vgl. ebenda, S. 360 f.

fünfundzwanzig.[63] Der Provinzialverband zeichnete im Verbund mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für die Gründung des Instituts nicht nur materiell verantwortlich. Auch seine Protagonisten beteiligten sich an innerparteilichen Kämpfen um den Einfluss auf die Vor- und Frühgeschichte und letztlich den Einfluss der Provinz am Rhein.

Fazit und Ausblick

Die Installation der Landeskunde in Bonn wurde vom Provinzialverband nachhaltig unterstützt. Er war jedoch nicht der Hauptprotagonist und minderte angesichts der Wirtschaftskrise nach 1930 die Unterstützung sowohl für den Verein als auch für das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande nachhaltig. Einzelpersönlichkeiten wie Johannes Horion und Joseph Busley förderten oftmals mit eigenem akademischem Interesse die Arbeit der Wissenschaftler mit ihren vielfältigen politischen Anknüpfungspunkten. Man versprach sich Unterstützung in einer Phase der Unsicherheit im Innern; die Saararbeit Busleys und die Begründungen der Projekte sprechen dabei für sich. Der Charakter ihrer kulturpolitischen Handlungen war jedoch nicht aggressiv, sondern defensiv.

Heinrich Haake und Hans-Joachim Apffelstaedt waren an der Arbeit der klassischen Landeskunde hingegen wenig interessiert. Andere Fächer wie die Volkskunde oder die Vor- und Frühgeschichte liefen den altgedienten, häufig den »Gelehrtentyp alter Schule«[64] verkörpernden wissenschaftlichen Eliten den Rang ab. Die (kultur-)politischen Spitzen des Provinzialverbandes förderten diese weiter, nutzten aber nur dann das akademische »Equipment« vor Ort, wenn es für die eigenen Ziele von Vorteil war. So etwa in den Machtkämpfen mit den Gauen, als Steinbach für Haake ein Gutachten über den Sinn der Rheinprovinz verfassen musste,[65] genauso bei der Frage nach der Bestallung der Volkskunde, aber letztlich auch bei der Debatte um die Vor- und Frühgeschichte.

Hans-Joachim Apffelstaedt erlangte über sein Tun akademische Ehren. Er wurde am 30. Januar 1941 zum Ehrenbürger der Universität Bonn ernannt – die einzige bisher bekannte institutionelle Vernetzung zwischen 1920 und 1945 von Universität und Provinzialverband.[66] Den Festvortrag hielt Hans Herter mit dem Titel »Volk und Heimat als nordisches Erlebnis«. In der Landeskunde blieb man bei seinen Projekten. Sie verliefen jedoch unter einer anderen Kennzeichnung und mit aggressiverer Begründung. Nicht zuletzt Anton Meyers Artikel im Westdeutschen Beobachter verdeutlicht, wie die Vorgehensweise dabei war. Die fachlichen Methoden waren und blieben jene, die in den zwanziger Jahren entwickelt wurden, aber man wollte Leitdisziplin sein, also musste es eben völkisch klingen. Steinbach ging noch weit darüber hinaus: Er beriet nicht nur Apffelstaedt und Haake, sondern riet auch gemeinsam mit dem Karrieristen Alfred Stange von eigenen Kollegen ab, die ideologisch nicht sattelfest schienen.

Dr. Helmut Rönz, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte Bonn, Endenicher Straße 133, 53115 Bonn, helmut.roenz@lvr.de

[63] Vgl. Hans Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999, S. 440 f.

[64] So die Beurteilung des NS-Dozentenbundes im Falle Adolf Bachs. Vgl. Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 685.

[65] Vgl. ALVR, Nr. 14980, Gutachten Steinbach betr. Gliederung und Sinn der Rheinprovinz, 28.11.1933. Steinbach plädierte für die Beibehaltung der preußischen Struktur, »die mit Kraft und Zähigkeit zusammenfügte, was von Natur zu übermässiger Zersplitterung neigt«. Damit habe man erst erreicht, »dass die Kräfte eines grossen, geschlossen der Grenze vorgelegenen Raumes zur Abwehr und Gegenangriff gesammelt und die kulturellen Vorstösse des Westens endlich nach Jahrhunderten zum Stillstand, teilweise schon zum Weichen[,] gebracht werden konnten.«

[66] Vgl. Universitätsarchiv Bonn Sig. Bib. 2148. Die Ansprache hielt Rektor Karl F. Chudoba. Beispielhaft zitiert: »Als Kulturdezernent bei der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz ist er stets mit zielklarem Verständnis, jugendlichem Schwung und bewundernswerter Tatkraft im Rahmen der umfassenden Kulturbelange des westdeutschen Raumes für die Universität Bonn, ihre traditionsgebundene Geltung und ihr weitreichendes Ansehen eingetreten. Eine Reihe von Universitätsinstituten verdankt seiner nie ermüdenden Hilfe und vielseitigen Unterstützung willkommenen Aufschwung; einige unentbehrliche Forschungszweige haben erst durch ihn und seine verständnisvolle Förderung ihr Lebensrecht innerhalb der Universität erhalten. Viele Pläne, welche die unumgänglich notwendige Erweiterung und Umgestaltung unserer Hochschule betreffen, finden bei ihm, dem bewährten nationalsozialistischen Vorkämpfer, erfreulichen Widerhall, manche sind durch seine rastlose Mithilfe der Erfüllung nahe.« Eine Verbindung über die Gewährung von Lehraufträgen an der Universität hat mit Blick auf die im Universitätsarchiv Bonn liegenden Vorlesungsverzeichnisse nicht stattgefunden.

Summary. The University of Bonn and many of its faculties placed themselves at the service of National Socialist ideology during the Nazi era, mostly for opportunistic reasons rather than out of conviction. Cultural institutions in particular served as instruments for legitimizing and consolidating National Socialist interests. On the one hand, the Institute for Historical Regional Studies of the Rhineland, founded in the 1920s, had already been supported by the provincial administration at an early stage with projects such as plot name research gaining interest during the Nazi era. On the other hand, the Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (Association for Historical Regional Studies of the Rhineland), as a supplement to the Institute, aimed at strengthening the local history. In the nineteen-thirties, however, interest in the history of the region was increasingly replaced by that in prehistory and early history. This, like folklore, was intended to underpin racial and territorial claims without serving the scientific elite alone, but rather to appeal to the broad public of the people and thus substantiate the legitimacy of Nazi ideology.

Résumé. A l'époque nazie, l'Université de Bonn et un grand nombre de ses facultés se mirent au service de l'idéologie national-socialiste. C'était généralement moins une question de conviction que d'opportunisme. Les institutions culturelles, en particulier, servirent d'instruments pour légitimer et consolider les intérêts nationaux-socialistes. D'une part, l'Institut d'études historiques régionales de la Rhénanie, fondé dans les années 1920, avait bénéficié très tôt du soutien par l'administration provinciale, surtout en lançant des projets tels que la recherche de toponymes qui suscitèrent un intérêt croissant pendant la période nazie. D'autre part, le Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (association pour les études historiques régionales de la Rhénanie), en complément de l'Institut, visait à revaloriser l'histoire locale. Dans les années 1930, cependant, l'intérêt pour l'histoire de la région fut de plus en plus remplacé par celui de la préhistoire et la protohistoire. Comme les études de culture régionale, cela devait étayer les revendications raciales et territoriales sans servir uniquement l'élite scientifique, mais plutôt à plaire au grand public et à asseoir ainsi la légitimité de l'idéologie nazie.

Resümee. Die Universität Bonn und viele ihrer Fakultäten stellten sich in der NS-Zeit in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie. Dies geschah meist weniger aus Überzeugung, sondern aus opportunistischen Gründen. Gerade Kulturinstitutionen dienten als Instrument zur Legitimierung und Festigung der nationalsozialistischen Interessen. Zum einen war das bereits in den zwanziger Jahren gegründete Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande bereits früh von der Provinzialverwaltung gefördert worden, wobei vor allem Projekte wie die Flurnamenforschung in der NS-Zeit an Interesse gewannen. Zum anderen zielte der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande als Ergänzung des Institutes auf die Stärkung der Heimatgeschichte. Doch in den dreißiger Jahren wurde das Interesse an der Landesgeschichte immer mehr von der Vor- und Frühgeschichte abgelöst. Diese sollte, wie auch die Volkskunde, rassische und territoriale Ansprüche untermauern, ohne allein die wissenschaftliche Elite zu bedienen, sondern vielmehr um das breite Publikum des Volkes anzusprechen und damit die Legitimation der NS-Ideologie zu untermauern.

Hans-Werner Frohn

Von der ›rheinischen Lösung‹ zur Gleichschaltung

Natur- und Landschaftsschutz in den preußischen Rheinlanden 1909 bis 1949

Legt man ein enges Kulturverständnis zugrunde, dann irritiert zunächst einmal ein Aufsatz zum Naturschutz in einem Sammelband zur Kulturpolitik der rheinischen Provinzialverwaltung. Tatsächlich wird Naturschutz in aktuellen Debatten vornehmlich als angewandte Ökologie wahrgenommen. Dabei war und ist Naturschutz weder historisch noch aktuell eine reine Naturwissenschaft, vielmehr beruht er auf einer gesellschaftlichen Vereinbarung, die sich an einem äußerst heterogenen Ziel- und Aufgabenkatalog orientiert. Dieser reicht bezogen auf die Legitimationen des Naturschutzes von den Naturwissenschaften über die Planung und Sozialpolitik bis hin zur Ethik und Ästhetik.

Eine Einschränkung erlebt dieser heterogene Reigen, wenn man sich die jeweils geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen betrachtet. Für den hier im Mittelpunkt stehenden Naturschutz zur Zeit des Dritten Reiches machte das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 die Vorgaben. In den Gegenstandsbestimmungen des Paragraphen 1 benennt es den Schutz von »a) Pflanzen und nichtjagdbaren Tieren, b) Naturdenkmalen und ihrer Umgebung, c) Naturschutzgebiete[n], d) sonstige[n] Landschaftsbestandteile[n]«. Sie seien zu erhalten »wegen ihrer Seltenheit, Schönheit, Eigenart oder wegen ihrer wissenschaftlichen, heimatlichen, forst- oder jagdlichen Bedeutung im allgemeinen Interesse«.[1] Dass Naturschutz bei dieser Begründung lange Zeit in den Kultusministerien und den Kulturabteilungen der Behörden ressortierte, verwundert also nicht. Auch heute noch zählen »Seltenheit, Schönheit und Eigenart« zum festen Bestandteil der Zielbestimmung des Bundesnaturschutzgesetzes.[2] Der kulturelle Strang war und ist also im Naturschutz breit angelegt, und die gemeinsamen Wurzeln beispielsweise mit dem Denkmal- und Heimatschutz liegen im Bemühen um das Konservieren.[3]

Wenn man es mit Verwaltungen zu tun hat, stellt sich gleich zu Beginn die Frage nach der Zuständigkeit. Tatsächlich war der Provinzialverband formal für den amtlichen Naturschutz zuständig, doch dieser spielte – das sei hier schon vorweggenommen – im Gefüge der Provinzialverwaltung faktisch nur eine sehr untergeordnete Rolle. Folglich gäbe es nur wenig zu konstatieren. Nun war es ein entscheidendes Spezifikum des Naturschutzes, dass dieser bis in die Mitte der siebziger Jahre zum überwiegenden Teil ehrenamtlich arbeitete. Analysiert man aber das Zusammenspiel von amtlichem und ehrenamtlichem Naturschutz, dann zeigt sich dieses im Rheinland als für Deutschland atypisch. Während der amtliche Naturschutz auf Reichsebene den Vereinen und Verbänden nur die Rolle des Zuarbeiters und Unterstützers zugestand, beharrten diese im Rheinland darauf, selbst nach einem modifizierten Naturschutzkonzept gestaltend wirken zu wollen.

Naturschutz – eine kulturelle Reformbewegung

Die Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert war die Zeit der großen Reformbewegungen. Dort ist auch der Naturschutz zu verorten.[4] Als ideologischer Gründungsvater gilt vor allem der Musiker Ernst Rudorff (1840–1916), der 1880 in den Preußischen Jahrbüchern den Essay »Ueber das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur« veröffentlichte.[5] Den geplanten Bau einer Zahnradbahn auf den Drachenfels im Siebengebirge, die seiner Ansicht nach auf dem Berg »endlich

[1] Hans Klose / Adolf Vollbach, Das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935, Neudamm 1939, S. 16.

[2] § 1, Abs. 4 des Bundesnaturschutzgesetzes von 2017, in: https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2017/.

[3] Vgl. Andreas Knaut, Zurück zur Natur! Die Wurzeln der Ökologiebewegung. Bonn 1993. Vgl auch Friedemann Schmoll, Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2004.

[4] Vgl. Diethart Kerbs / Jürgen Reulecke (Hrsg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933, Wuppertal 1998.

[5] Vgl. Ernst Rudorff, Ueber das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur, in: Preussische Jahrbücher 45 (1880), S. 261–277.

auch de[n] letzte[n] Rest der Poesie, die Berg und Ruine ehedem umfloß«, ersticken werde,[6] nahm er zum Anlass für eine ästhetische, aber durchaus auch stark völkisch argumentierende Generalkritik an den Auswirkungen der Moderne auf Natur und Landschaft.[7] Rudorff war es auch, der 1904 die Gründung des Bundes Heimatschutz initiierte – Naturschutz war in der Zivilgesellschaft fortan integrierter Bestandteil des Heimatschutzes.[8]

Nachdem 1898 der linksliberale, ursprünglich aus Lippstadt stammende Wilhelm Wetekamp (1859–1945) im preußischen Abgeordnetenhaus die Forderung erhoben hatte, dass der Staat wie bei der Baudenkmalpflege auch den »Schutz der Denkmäler der Natur« in den Katalog der staatlichen Daseinsvorsorge aufnehmen möge,[9] betrat 1900 ein Naturwissenschaftler das Naturschutzparkett. Da Wetekamp seine Forderung im Rahmen der Etatberatungen zur Denkmalpflege erhoben hatte, erklärte sich fortan das Kultusministerium auch für den Naturschutz zuständig und beauftragte den Biologen Hugo Conwentz (1855–1922), damals Leiter des Westpreußischen Provinzialmuseums in Danzig mit einer Denkschrift, wie der Staat künftig Naturschutz organisieren könne, die dieser 1904 vorlegte.[10] Conwentz kreierte darin die staatliche »Naturdenkmalpflege«. Sie orientierte sich an den Strukturen der schon seit einigen Jahrzehnten tätigen Denkmalpflege. Damit duplizierte er auch deren Probleme: Beide verfügten kaum über hauptamtliches Personal, erhielten kaum staatliche Gelder und verfügten über keine einklagbaren gesetzlichen Grundlagen. Dennoch stellte die Errichtung der »Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen« im Jahre 1906 auf der Symbolebene einen extrem wichtigen und in breiten Teilen Deutschlands, ja Europas als vorbildhaft wahrgenommenen Schritt dar: Der Staat nahm den Naturschutz in den Katalog der staatlichen Daseinsvorsorge auf. Beim Symbol blieb es dann aber auch zunächst. Conwentz leitete die Stelle zunächst nur nebenamtlich von Danzig aus. Erst 1911 siedelte er mit dieser nach Berlin um und leitete sie hauptamtlich.[11]

Interministeriell hatte das Kultusministerium die Zustimmung zur Errichtung der Staatlichen Stelle beim Finanzministerium nur durch das Einvernehmen erreichen können, dass der Staat keine Personal- und Finanzressourcen zur Verfügung stellen werde. Auch gegen die Verabschiedung rechtlicher Grundlagen, aus denen die ständige Zurverfügungstellung solcher Ressourcen hätte abgeleitet werden können, hatte das Finanzministerium ein Veto eingelegt.[12] Folglich hieß es in den am 30. Mai 1907 erlassenen »Grundsätze[n] für die Förderung der Naturdenkmalpflege in Preußen«, dass die Naturdenkmalpflege ausschließlich ehrenamtlich zu erfolgen habe.[13] Je Provinz beziehungsweise Regierungsbezirk sollte sich jeweils unter der Leitung der Verwaltungsspitze ein Provinzial- beziehungsweise Bezirkskomitee bilden, in denen sich Vertreter anderer Landnutzungsorganisationen, von Lehrerverbänden, naturwissenschaftlichen Vereinen, Museen und andere versammelten, die wiederum einen ebenfalls ehrenamtlich wirkenden Geschäftsführer – »am besten ein[en] naturwissenschaftlich durchgebildete[n] Fachmann« – wählten.[14] In den bestehenden Behörden übernahm ein bereits vorhandener Beamter zusätzlich zu den bereits bestehenden Zuständigkeiten nun auch den Naturschutz als nachrangiges Aufgabenfeld mit. Die eigentliche Arbeit leisteten die rein ehrenamtlich tätigen Geschäftsführer, die später auch als Beauftragte firmierten.

Die erste ›rheinische Lösung‹ 1909

Die Grundsätze von 1907 hatten idealtypische Strukturen vorgegeben. Doch wie sah die Realität aus? Hugo Conwentz reiste durch die Provinzen und initiierte überall binnen kürzester Zeit Provinzialkommissionen. Auch die ersten Bezirkskommissionen entstanden. Nur im Rheinland blieb er erfolglos. Den Grundsätzen zufolge war es »erwünscht, daß außerdem von den bestehenden naturwissenschaftlichen und anderen Vereinen die Förderung der Naturdenkmalpflege übernommen wird, und daß sich in Einzelfällen besondere Vereinigungen zur Erhaltung hervorragender Naturdenkmäler bilden.«[15] Soweit die Conwentzsche Blaupause für Gesamtpreußen. Doch

[6] Ebenda, S. 264.
[7] Vgl. Schmoll, Erinnerung (Anm. 3), S. 391–397.
[8] Vgl. Knaut, Natur (Anm. 3), S. 27–39 und S. 349–393.
[9] Er begründete dies prominent auch mit sozialpolitischen Aufgaben, die Naturschutz erbringen könne; vgl. hierzu Hans-Werner Frohn, Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969, in: ders. / Jürgen Rosebrock / Friedemann Schmoll (Hrsg.), »Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?«. Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen, Bonn 2009, S. 39–124, hier S. 43 f.
[10] Vgl. Hugo Conwentz, Die Gefährdung der Naturdenkmäler und Vorschläge zu ihrer Erhaltung, Berlin 1904.
[11] Vgl. Hans-Werner Frohn, Naturschutz macht Staat – Staat macht Naturschutz. Von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen bis zum Bundesamt für Naturschutz – eine Institutionengeschichte, in: ders. / Friedemann Schmoll (Hrsg.), Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006, Bonn 2006, S. 85–313, hier S. 88–96.
[12] Vgl. Frohn, Naturschutz (Anm. 11), S. 95 f.
[13] Vgl. Grundsätze für die Förderung der Naturdenkmalpflege in den Provinzen (U.I.K Nr. 27 857), abgedruckt in: Beiträge zur Naturdenkmalpflege 1 (1910), S. 120 f.
[14] Ebenda, Absatz 1 und 2, S. 120 f., Zitat S. 121. Später fungierten diese Personen auch als Beauftragte für Naturdenkmalpflege bzw. Kommissare für Naturschutz.
[15] Ebenda, S. 120.

das naturschützerische Vereinswesen im Rheinland zeigte sich in großen Teilen sehr eigensinnig und resistent bis widerständig.

Dabei zeigte sich eine sehr heterogene Vereinslandschaft. Im Siebengebirge – gleichsam ob der Unterschutzstellung der Kuppe des Drachenfels 1836 die Wiege des deutschen Naturschutzes[16] – hatte sich der Verschönerungsverein für das Siebengebirge (VVS) bereits seit den achtziger Jahren vermehrt dem Naturschutz verschrieben[17]. Auch der Eifel- oder Westerwaldverein implementierten Naturschutzfragen.[18] Wesentlich wichtiger im Sinne der oben genannten Passage der Grundsätze von 1907 waren aber der 1843 gegründete Naturhistorische Verein der preussischen Rheinlande[19] oder der 1906 gegründete Rheinische Verein für Denkmalpflege[20]. Auch hatten im Rheinland einige neu gegründete Vereine die Grundsätze von 1907 wörtlich genommen, wonach sich »in Einzelfällen besondere Vereinigungen zur Erhaltung hervorragender Naturdenkmäler bilden« sollten.[21] Wie später noch zu zeigen sein wird, definierten sie allerdings die »hervorragenden Naturdenkmäler« sehr frei, vor allem flächengreifend.

Dem Ansatz Conwentz' wollten sich viele der rheinischen Vereine jedenfalls nicht unterwerfen. Er insistierte in seiner Eigenschaft als Direktor der Staatlichen Stelle immer wieder beim rheinischen Oberpräsidenten und mahnte mit Bezug auf die Richtlinien des Kultusministeriums an, auch hier endlich Ausschüsse einzurichten. Dem widersetzten sich die Vereine, die ihrerseits darauf bestanden, Naturschutz in Eigenregie, also zivilgesellschaftlich, betreiben zu wollen. Ganz vorne agierten hier die eigens gegründeten landschaftsbezogenen Naturschutzvereine.[22] Einem preußischen, einem Berliner Oktroi wollten sie sich einfach nicht unterwerfen. Doch nicht nur das. Sie verfolgten auch ein anderes Konzept. Sie wollten keine klein- oder kleinsträumigen »Memorialinseln«[23] á la Conwentz schützen, sondern verfolgten im Sinne des 1904 gegründeten Bundes Heimatschutz einen holistisch-ästhetischen Naturschutz. Aber Conwentz und das Berliner Kultusministerium ließen nicht locker und bestanden auf Einhaltung der Richtlinien von 1907.[24] Schließlich fand man eine ›rheinische Lösung‹: Am 8. März 1909 konstituierte sich endlich das Rheinische Provinzialkomitee für Naturdenkmalpflege.[25] Diesem gehörten, den Richtlinien folgend, unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Schorlemer-Lieser fünfundzwanzig Personen an. Man wählte auch einen Geschäftsführer, den Bonner Universitätsprofessor Walter Voigt (1856–1928).[26] Worin bestand nun aber die ›rheinische Lösung‹? Man hatte sich gegründet, damit war den Richtlinien Folge geleistet – und man trat einfach fortan – bis 1936 – als Komitee nicht mehr zusammen.

Damit wäre die Geschichte des amtlichen, vom Provinzialverband verantworteten Naturschutzes im Kern eigentlich schon bis 1936 referiert. Sie besteht aus einer weitestgehenden Fehlanzeige.[27] Ähnliches passierte auf der Ebene des Regierungsbezirks Köln. Hier konstituierte man sich im April 1909 – und weitere Aktivitäten lassen sich lange nicht feststellen. Im April 1909 gründete sich allerdings ein Bezirkskomitee in Aachen, und auch andere Regierungsbezirke richteten dann Komitees ein.[28]

Dennoch entwickelten sich neben dem faktisch nicht bestehenden amtlichen Naturschutz eine Vielzahl naturschützerischer Aktivitäten – allerdings getragen durch die Zivilgesellschaft. Die Vereine entwickelten ihrerseits Aktionen und etablierten eigene, neue Strukturen. Am 3. Februar 1910 gründet sich in Elberfeld der »Bund für Naturdenkmalpflege im Bergischen Land«, der sich 1911 in »Bergisches Komitee für Naturdenkmalpflege« umbenannte und der bald darauf ein erstes sogenanntes Landschaftskomitee einrichtete. Hier dachte man nicht daran, sich an Verwaltungsstrukturen zu orientieren. Aus naturwissenschaftlicher Perspektive waren Landschaftseinheiten maßgeblich. So wies man sich selbst die Zuständigkeiten für ein Gebiet zu, das sich nicht nur über zwei Provinzen – es erfasste einen Teil des südwestlichen Westfalen – sondern auch auf die vier Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, Koblenz und Arnsberg erstreckte.

[16] Die Kontroverse darüber, ob diese per Polizeiverordnung erfolgte Unterschutzstellung als eine primär denkmalpflegerische oder schon als eine naturschützerische Tat zu werten ist, (vgl. hierzu Hermann Josef Roth, Der Drachenfels. Von der Polizeiverordnung 1836 bis zum Naturpark Siebengbirge, in: Stiftung Naturschutzgeschichte [Hrsg.], Natur im Sinn. Essen 2001, S. 131–142), erscheint ein wenig artifiziell. Tatsache ist, dass erstmals ein Teil einer Landschaft um ihrer selbst willen unter Schutz gestellt wurde.

[17] Vgl. Frohn, Stiefkind (Anm. 9), S. 47.

[18] Vgl. Almut Leh / Hans-Joachim Dietz, Im Dienst der Natur. Biographisches Lese- und Handbuch zur Naturschutzgeschichte in Nordrhein-Westfalen, Essen 2009, S. 23.

[19] Er erweiterte sein Arbeitsgebiet 1849 und firmierte fortan als »Naturhistorischer Verein der preussischen Rheinlande und Westphalens«; vgl. Hans-Werner Frohn, Naturkundliche Vereinigungen und Naturschutz. Pionierleistungen für den Artenschutz (1743–1990), in: ders. / Jürgen Rosebrock (Hrsg.), Ehrenamtliche Kartierungen für den Naturschutz. Historische Analysen, aktuelle Situation und Zukunftspotenziale, Bonn 2012, S. 37–84.

[20] Vgl. Karl Peter Wiemer, Ein Verein im Wandel der Zeit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz von 1906 bis 1970. Köln 2000. Vgl. auch Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 23.

[21] Grundsätze (Anm. 13), S. 120.

[22] Vgl. Knaut, Natur (wie Anm. 3), S. 374; vgl. Frohn, Naturschutz (Anm. 11), S. 107 f.

[23] Schmoll, Erinnerung (Anm. 3), S. 96.

[24] Vgl. Knaut, Natur (Anm. 3), S. 374 f.

[25] Vgl. Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 22.

[26] Zu Voigt vgl. ebenda, S. 185.

[27] Conwentz ließ zwar zunächst nicht locker, und tatsächlich stellte der Provinzialausschuss 1912 und auch in späteren Jahren einmalige Zuwendungen zur Verfügung, an der Kernaussage ändert dies aber grundsätzlich nichts. Vgl. Knaut, Natur (vgl. Anm. 3), S. 374 f.

[28] Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 23–26.

Dass Conwentz nichts anderes übrig blieb, als sich mit den widerspenstigen Rheinländern zu arrangieren, verdeutlichte dann eine Aktion am Niederrhein. Am 17. Oktober 1911 beschloss die Mitgliederversammlung des bereits 1858 gegründeten »Naturwissenschaftlichen Vereins zu Krefeld« in Anwesenheit von Conwentz, die Satzung des Elberfelder Vereins im Wesentlichen zu übernehmen und etablierte wie dieser ein eigenes Landschaftskomitee, das sich für den linken Niederrhein zuständig erklärte und sich formal am 16. Januar 1912 gründete.[29] Im Jahr 1919 entstand in Düsseldorf ein weiteres Landschaftskomitee, dieses Mal für den rechten Niederrhein.[30] Weitere sollten vor allem im Regierungsbezirk Köln folgen.

Die Weimarer Republik. Fortbestand der partiellen Renitenz

Im Jahr 1919 gelang auf gesamtstaatlicher Ebene ein entscheidender Durchbruch. Mit Artikel 150 der Weimarer Verfassung gelangten sowohl die Denkmalpflege als auch der Naturschutz formal in den Katalog der staatlichen Daseinsfürsorge des Reiches. Die Weimarer Koalition verabschiedete 1920 im Preußischen Landtag auf Initiative der linksliberalen DDP eine Novelle des Preußischen Feld- und Forstpolizeigesetzes, das damit faktisch ein erstes kleines Naturschutzgesetz darstellte. Fortan konnten die Regierungspräsidenten rechtsförmlich Naturschutzgebiete ausweisen.[31] Nach der Lüneburger Heide entstanden erstmals nun auch im Rheinland Naturschutzgebiete mit größerer Fläche, nämlich im Neandertal (1921) und im Siebengebirge (1922).[32]

Versuche, wie in den anderen preußischen Provinzen einheitliche Naturschutzstrukturen im amtlichen Naturschutz zu etablieren, blieben auch in der Weimar Republik erfolglos; so vor allem 1922 das Unterfangen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, die Landschaftskomitees zu einer Bezirksstelle zusammenzufassen.[33] Einheitliche Strukturen konnten auch im Regierungsbezirk Köln nicht erreicht werden. Um die aus Naturschutzsicht herausragende Wahner Heide kümmerte sich das Bergische Komitee. Für den südlichen Teil gründete sich 1919 ein eigenes Landschaftskomitee. Nach einer Umstrukturierung des Bergischen Komitees entstand 1929 ein weiteres für den nördlichen Teil des Regierungsbezirks.[34]

Der zivilgesellschaftliche Naturschutz leistete erfolgreich Widerstand gegen die organisatorischen Vorgaben des staatlichen Naturschutzes. Von Berlin oder den staatlichen Regierungspräsidenten wollte man sich nichts vorschreiben lassen – und leistete ansonsten unter den obwaltenden Umständen – verglichen mit den anderen Provinzen Preußens – gute Naturschutzarbeit. Almut Leh und Hans-Joachim Dietz zeichnen diese Aktivitäten detailliert nach und machen auch regionale Führungspersönlichkeiten aus, die überregionale Bedeutung fanden, wie der Aachener Mathias Schwickerath, der sich intensiv für den Schutz der Eifellandschaft einsetzte und vor allem deren Botanik erforschte.[35]

Kurzum: Die Provinzialstelle spielte in dieser Gemengelage der Weimarer Republik faktisch keine Rolle. Die Musik spielte im zivilgesellschaftlichen Naturschutz, und wenn es um hoheitliche Aufgaben wie die rechtsförmliche Ausweisung von Naturschutzgebieten und anderes ging, dann lag die Zuständigkeit bei den Regierungspräsidenten.

Mit ihrem eher nüchternen wissenschaftlichen Ansatz unterschieden sich die Schutzbemühungen des zivilgesellschaftlichen Naturschutzes stark von denen der Staatlichen Stelle in Berlin. Hier hatte 1922 Walther Schoenichen (1876–1956) die Nachfolge von Conwentz angetreten. Er grundierte den amtlichen Naturschutz zusehends völkisch.[36] Im Rheinland hingegen zeigte man sich pluralistischer. Dies verdeutlicht insbesondere ein Symbolkampf, den eine ideologisch sehr breit aufgestellte Koalition um die Erhaltung des Laacher Sees führte. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke reichten 1925 den Plan für ein Pumpspeicherwerk am Laacher See ein. In Anlehnung an ein solches Vorbildwerk am Walchen- beziehungsweise Kochelsee in Oberbayern sollte diese Anlage bei Spitzenzeiten der Stromnachfrage zum Einsatz kommen, das heißt das Wasser des Maares sollte unter Ausnutzung des Höhenunterschiedes in den Rhein abgelassen werden und der See dann nachts wieder mit Rheinwasser aufgefüllt werden. Die katastrophalen Wirkungen auf das Ökosystem des Maares waren offensichtlich. Und so bildete sich eine Koalition, die von den damals deutschnationalen Benediktiner-Patres von Maria Laach über die bürgerlichen Naturschutz-, Naturkundliche- und Wandervereine bis zum Touristenverein »Die Naturfreunde« reichte, der zum sozialdemokratischen Milieu zählte und in dem sich im Rheinland nicht wenige Kommunisten organisierten. Sie erreichten zusammen mit der Intervention der regionalen SPD- und Zen-

[29] Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 24 f.
[30] Ebenda, S. 25.
[31] Frohn, Naturschutz (Anm. 11), S. 122–125.
[32] Roth, Drachenfels (Anm. 16), S. 141; Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 25.
[33] Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 25 f. Dies sollte erst 1936 gelingen.
[34] Ebenda, S. 26.
[35] Ebenda, S. 22–33 und S. 195–199.
[36] Vgl. Frohn, Natur (Anm. 11), S. 130–135.

trums-Landtagsabgeordneten, dass der Bau verhindert und stattdessen am 13. November 1926 dort ein Naturschutzgebiet ausgewiesen wurde (Abb. 1).[37]



Der Laacher See

Abb. 1 Stimmungsfotografie des Laacher Sees; Ausriss aus einer Erfolgsmeldung aus dem offiziösen Organ des amtlichen Naturschutzes: Hk., Neue preußische Naturschutzgebiete, in: Naturschutz 9 (1927), S. 24.

Das Dritte Reich. Gleichschaltung und partieller Fortbestand der ›rheinischen Lösung‹

Der Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Schoenichen, hatte den amtlichen Naturschutz in der Weimarer Republik bereits zusehends deutschvölkisch grundiert. Im Völkischen Beobachter erklärte er 1933, der Naturschutz sei »für die Gesunderhaltung der deutschen Seele« notwendig, denn die Landschaft stelle »das Keimbett unserer völkischen Eigenprägung« dar.[38] So wundert es nicht, dass sich der amtliche Naturschutz selbst gleichschaltete. Doch auch der zivilgesellschaftliche Naturschutz, der sich zumindest in Teilen im Rheinland noch stärker den Naturwissenschaften verpflichtet sah, durchlief, soweit bisher bekannt, ohne erkennbaren Widerstand die Gleichschaltung.

Auch wenn sich beispielsweise der Rheinische Verein zunächst noch eine gewisse Eigenständigkeit erhalten konnte, gliederte er sich doch noch im Laufe des Jahres 1933 formal in den »Reichsbund Volkstum und Heimat« ein.[39] Der neue starke Mann Heinz Haake (1892–1945) – seit 1922 NSDAP-Mitglied, seit 1925 Gauleiter, 1933 dann auch Landeshauptmann – amtierte seit 1934 als Vorsitzender des 1904 gegründeten Dachverbandes Deutscher Bund Heimatschutz. In dieser Funktion schloss er im Dezember 1934 mit dem Deutschen Gemeindetag ein Abkommen, wonach die Provinzialverbände die regionalen Heimatschutzorganisationen – und damit auch den Rheinischen Verein – betreuten und sich auch für die landschaftliche Kulturpflege einsetzten.[40] Mit restlichen kleinen Freiräumen war es damit vorbei, erhielt dieser Verein nun doch Haake zufolge »einen halbamtlichen Charakter und wurde zu einer Organisation der provinziellen Kulturpflege«.[41]

Nach dem damaligen Ressortverständnis umfasste die Kulturpflege weiterhin auch den amtlichen Naturschutz. Doch wie war es um die Rolle des amtlichen Naturschutzes im Bereich der Kulturabteilung des Provinzialverbandes bestellt? Ohne Finanzressourcen ließ sich, selbst unter Berücksichtigung der starken zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, im Naturschutz nichts Entscheidendes bewegen. Ein Blick in die Etatdaten des Verbandes ernüchtert extrem. Nahm die Kulturpflege im außerordentlichen Haushalt 1933 schon nur einen Anteil von etwa 1,7 Prozent ein, so lag der Anteil des Naturschutzes bei ebendiesen 1,7 Prozent wiederum nur bei 0,6 Prozent,[42] was wiederum einen Anteil von 0,01 Prozent des für die Förderung von Naturschutzanliegen potenziell wichtigen außerordentlichen Haushaltes entsprach. Grundlegendes sollte sich daran in den Folgejahren auch nicht ändern. Finanziell spielte Naturschutz also faktisch keine Rolle.

Die faktische Nichtrelevanz erstreckte sich aber auch auf die Zuständigkeit bzw. die personelle Ausstattung. Am 30. Juni 1934 erließ der Preußische Kultusminister neue Richtlinien zum Aufbau der Naturschutzorganisationen, die diejenigen des Jahres 1907 ablösten. Der NS-Staat implementierte damit auch im Naturschutz das Führerprinzip. Er passte damit die Naturschutzstrukturen nun definitiv den staatlichen Strukturen an. Bei den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten waren Stellen einzurichten, die sogenannte Kommissare beriefen.[43] Daraus ergab sich zunächst automatisch die Notwendigkeit, den bisher äußerst schwach entwickelten Naturschutz auf der Provinzialebene zu stärken. Tatsächlich reklamierte Haake formal die betreffende Zuständigkeit für sich. Er ernannte Verwaltungsrat Oskar Karpa

[37] Vgl Hans-Werner Frohn, Arbeiterbewegungskulturen in Köln 1890 bis 1933, Essen 1997, S. 165; Vgl. Dirk Lukaßen, Grüne Koalitionen. Naturkonzepte und Naturschutzpraxis in der Weimarer Republik, Siegburg 2010, S. 156–170.

[38] Walther Schoenichen, Naturschutz im nationalen Deutschland, in: Völkischer Beobachter 84, 25.03.1933.

[39] Vgl. Wiemer, Verein (Anm. 20), S. 110 f. u. ö.

[40] Vgl. ebenda, S. 112. Die Datierung Wiemers auf Dezember 1934 steht allerdings im Widerspruch zu dem Abdruck der Vereinbarung in der Zeitschrift Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 10. Dort ist das Abkommen auf den 10. bzw. 24. Dezember 1936 datiert.

[41] Ebenda, S. 112. Haake spricht 1938 sogar von einem »amtlichen Charakter«, zit. nach ebenda, S. 112, Anm. 68.

[42] Vgl. Die Rheinprovinz 10, April (1934), S. 6 f.

[43] Vgl. Frohn, Natur (Anm. 11), S. 164.

zum Provinzialkommissar, der 1935 kundtat, dass der Provinzialverband sich zwar »die Wahrnehmung der Naturschutzbelange angelegen sein lassen« werde, es sei aber »nicht nötig, einen neuen Apparat aufzubauen«, denn es genüge, ihn als neuen Begriff in den Organisationsplan aufzunehmen.[44] Dies stand aber letztlich wiederum in der Kontinuität der Regelungen, wie man sie seit 1907 betrieben hatte. Haake berief zum 4. April 1935 die Naturschutzkommissare der Rheinprovinz zu einer Sitzung nach Düsseldorf ein. Im Mittelpunkt standen nicht die klassischen Themen des Naturschutzes im engeren Sinne, also die des Arten- oder Landschaftsschutzes, sondern vielmehr gestalterische und planerische Fragen wie die landschaftsplanerische Begleitung des Autobahnbaus oder die Rheinufergestaltung.[45] Karpa selbst glänzte nach seiner Ernennung durch weitgehendes Nichtstun[46] und wechselte 1936 beruflich nach Berlin.

Zwischenzeitlich erließ das Reichskabinett am 26. Juni 1935 das Reichsnaturschutzgesetz. Die Naturschützer hatten es seit der Weimarer Republik vehement gefordert und rühmten es nun als großen Durchbruch. Provinzialbehörden sah der Gesetzestext im Paragraphen 7, der sich mit der hoheitlichen Organisation des amtlichen Naturschutzes befasste, allerdings nicht vor.[47] In den Erläuterungen zu Paragraph 8, der den beratenden Naturschutzstellen gewidmet war, tauchten die Provinzialverbände dann aber insofern auf, als die »bisherigen Stellen erhalten bleiben [sollten], deren Aufgaben im einzelnen noch festzulegen sind.«[48]

Die Tätigkeit der Naturschutzverwaltung des Provinzialverbandes hing also juristisch mehr oder minder in der Luft, so dass Wiemer zu dem Schluss kommt: »Die ehrenamtliche Arbeit erhielt somit trotz der erkennbaren Eliminierung von Selbstverwaltungselementen großes Gewicht, […] die Folge war, daß trotz des allgemeinen Jubels um das Reichsnaturschutzgesetz die Naturschutzarbeit zwar als gesellschaftliche und staatliche Aufgabe festgelegt, sie gleichzeitig aber zum ›Feierabend-Naturschutz‹ degradiert wurde.«[49] Dennoch gelang es, für die Provinzialverbände ein neues Naturschutzetikett zu etablieren, die nun als »besondere« Naturschutzstellen firmierten und deren Aufgabe eine »[e]inheitliche Lenkung der nachgeordneten Stellen« sein sollte.[50] Diese Aufgabe erwies sich aber bezogen auf die Verwaltungshierarchie des Naturschutzes schlichtweg als nicht durchführbar, da die Provinzialverbände als Selbstverwaltungsorgane gleichsam ›neben‹ der staatlichen Hierarchie agierten. Dennoch erwachte der provinzielle amtliche Naturschutz aus seiner Tiefschlafphase. Anderthalb Jahre nach der Verabschiedung des Reichsnaturschutzgesetzes und siebenundzwanzig Jahre nach der formalen Konstituierung 1909 tagte die Provinzialstelle erstmals wieder am 12. Dezember 1936.

Nach dem Weggang Karpas nach Berlin ernannte Haake den bisherigen Bezirkskommissar beim Regierungspräsidenten in Köln, Dr. Hubert Iven (1896–1945) zu dessen Nachfolger – und zwar in hauptamtlicher Funktion, was zunächst wie ein großer Durchbruch aussah.[51] Der gebürtige Kölner hatte nach einer Promotion an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn eine Assistentenstelle beim Bonner Botanischen Institut inne. Seit 1930 übte er ehrenamtlich das Amt des Naturschutzbeauftragten für den südlichen Teil des Regierungsbezirks Köln aus.[52]

Für Iven, der durch den Wandervogel in seiner eigenen Jugend geprägt war, ergaben sich im Dritten Reich nach 1933 Berührungspunkte zur Hitlerjugend. So erschien aus seiner Feder in der Zeitschrift »Naturschutz«, die gleichsam als Zentralorgan des amtlichen Naturschutzes fungierte, 1935 der Aufsatz »Jungvolk auf Entdeckungsfahrt«. Hier berichtet er über eine Reihe von Jugendlagern, die aus Anlass des Staatsjugendtages stattgefunden hatten. Zunächst bettet er die Naturschutzjugendarbeit in die NS-Ideologie ein: »Durch Sport, Ordnungsübung und Geländespiel sollen der Körper gestrafft und die Sinne geschärft werden. Die an diesem Tage unternommenen Fahrten aber sollen die Verbundenheit von Blut und Boden neu stärken durch Einführung in die Schönheit und Mannigfaltigkeit des Heimatlandes. Der nationalsozialistische Staat hat damit seiner Jugend zu einem ihr zukommenden natürlichen Recht verholfen, hat ihr die Wege geebnet, ohne Beschränkung des sonn- und festtäglichen Gemeinschaftserlebnisses in der Familie mit unseren völkischen und vaterländischen Idealwerten vertraut zu werden.«[53] Im weiteren Verlauf dieses Artikels zeigt sich bei Iven ein im Naturschutz im engeren Sinne weit verbreiteter Ansatz, der sich als bedingungsloser und grenzenloser Opportunismus charakterisieren lässt: Jede Möglichkeit, die die Organisationen des NS-Staates boten, Menschen in die Natur zu bringen, griffen sie äu-

[44] Oskar Karpa, Provinzielle Naturschutzförderung, in: Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 680 f.

[45] Vgl. Hans-Joachim Apffelstaedt, Aufgaben des Naturschutzes in der Rheinprovinz, in: Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 386–390.

[46] Aus seiner Feder stammt nur der wenig aussagekräftige Aufsatz: Oskar Karpa, Heimatschutz im neuen Staate, in: Die Rheinprovinz 11 November (1935), S. 15–17.

[47] Vgl. Klose/Vollbach, Reichsnaturschutzgesetz (Anm. 1), S. 30. Oberste Naturschutzbehörde war danach der Reichsforstmeister, höhere die Regierungspräsidenten und untere die »unteren Verwaltungsbehörden«.

[48] Klose/Vollbach, Reichsnaturschutzgesetz (Anm. 1), S. 35.

[49] Wiemer, Verein (Anm. 20), S. 124. Das Binnenzitat stammt von Wolfgang Erz.

[50] Walther Schoenichen, Natur als Volksgut. Eine Einführung in Wesen und Aufgaben des Naturschutzes, Stuttgart 1950, S. 36.

[51] Vgl. Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 201.

ßerst begierig auf, um ebendiese Menschen für die Natur zu begeistern oder ihnen doch zumindest Naturerlebnisse zu ermöglichen. Dabei war es höchst nachrangig, ob die Hitlerjugend, das Jungvolk, der Bund deutscher Mädel, die Kraft-durch-Freude-Organisation oder der Reichsarbeitsdienst diese Angebote unterbreiteten oder durchführten. Bereitwillig stellten sich Naturschützer in deren Dienst – in der nur durch Autosuggestion erklärlichen Annahme, dass sie damit den NS-Staat für ihre Zwecke instrumentalisieren könnten (Abb. 2).[54] Dass sie damit faktisch aber zur Stabilisierung des NS-Systems beitrugen, reflektierten sie weder zwischen 1933 und 1945 noch gar danach.

Anders als in Westfalen, wo die Provinzialstelle in Münster großen gestaltenden Einfluss nahm,[55] blieb die rheinische Stelle, obwohl sie hauptamtlich besetzt war, mehr oder weniger bedeutungslos. Neben den koordinierenden Aufgaben leistete Iven vor allem Öffentlichkeitsarbeit und lieferte den Kartografen Angaben für neu zu erstellende Kartenwerke.[56] Iven erwies sich von seinem Typ her für die mit viel Verwaltungsarbeit verbundene Tätigkeit offenbar als eher ungeeignet. Strukturell entscheidend war aber, dass er die Hauptaufgabe, nämlich als »beratende Stelle« im Sinne des Reichsnaturschutzgesetzes zu fungieren und damit eine »einheitliche Lenkung der nachgeordneten Stellen« herzustellen, aus den oben genannten Gründen gar nicht hätte ausfüllen können. Führerprinzip hin oder her – der Provinzialstelle fehlte gegenüber den Bezirks- und Kreiskommissaren schlichtweg die Weisungsbefugnis. Es hat Iven offenbar zudem an Durchsetzungskraft und natürlichem Charisma gefehlt, um sich gegenüber den eigenwilligen und auch eigensinnigen rheinischen Beauftragten ein eigenes Standing zu erarbeiten; übrigens auch gegenüber der Reichsstelle für Naturschutz.[57]

Auf der Symbolebene konnte der rheinische Naturschutz bezogen auf das Gesamtreich aber dennoch mit zwei Highlights aufwarten. Das erste lag im Bereich des ideologischen Naturschutzes. Der oberste Naturschützer des Reiches, Reichsforst- und -jägermeister Hermann Göring, war berühmt-berüchtigt für sein Faible für Megafauna und – inspiriert durch Lutz Heck – für die Rückzüchtung früherer »germanischer« Tierarten[58] – alles orientierte sich an Vorstellungen einer »Urnatur«, denen wiederum vor allem Walther Schoenichen fröhnte.[59] Mit finanzieller Unterstützung des Provinzialverbandes eröffnete im August 1935 ein »eiszeitliches Wildgehege im Naturschutzgebiet Neandertal«, dessen ›Schmuckstück‹ ein Wisent war, der dem Springer Gehege entstammte.[60]



Abb. 4. Pimpfe betrachten
ein Naturdenkmal aus der Baumwelt

Abb. 2 Naturschutz und Hitler-Jugend: Pimpfe betrachten ein Naturdenkmal aus der Baumwelt im Kontext des Staatsjugendtages; Ausriss aus H[ubert] Iven, Jungvolk auf Entdeckungsfahrt, in: Naturschutz 16 (1935), S. 220.

Im Oktober 1937 war der Provinzialverband Organisator einer Dampferbereisung, in der der Schutz des

[52] Überregional äußerte er sich beispielsweise zur Wahner Heide, vgl. Hubert Iven, Das Naturschutzgebiet Wahner Heide, in: Naturschutz 14 (1933), S. 128–131.

[53] H[ubert] Iven, Jungvolk auf Entdeckungsfahrt, in: Naturschutz 16 (1935), S. 217–221, hier S. 217.

[54] Vgl. Frohn, Stiefkind (Anm. 9), S. 89–92.

[55] Vgl. Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 14–22, und S. 33–37; vgl. Willi Oberkrome, »Deutsche Heimat«. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960), Paderborn 2004; vgl. außerdem Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1998, S. 134–144 und S. 338–346.

[56] Vgl. Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 37 f. und S. 202–204.

[57] Vgl. Ebenda, S. 202 f., demzufolge betrieb er u. a. Planungen für einen Nationalpark Siebengebirge, die aber bei der Reichsstelle für Naturschutz keine Reaktionen auslösten.

[58] Auf Hecks Initiative ging die Gründung eines Wisentgeheges in Springe 1927 zurück; Walther Schoenichen, Das Wisentgehege im Saupark bei Hannover, in: Naturschutz 9 (1928), S. 105–109.

[59] Bei Schoenichen bezog sich dies allerdings mehr auf die Flora denn die Fauna; vgl. u. a. Walther Schoenichen, Urwaldwildnis in deutschen Ländern, Neudamm 1934; vgl. außerdem ders., Urdeutschland, Bd. 1 und 2, Neudamm 1935 und 1937.

[60] Vgl. Hans-Joachim Apffelstaedt, Eröffnung des eiszeitlichen Wildgeheges im Naturschutzgebiet Neandertal, in: Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 612 f.

Mittelrhein-Rheintales im Mittelpunkt stand. Neben Naturschützern im engeren Sinne[61] nahmen daran Vertreter der Land- und Forstwirtschaftsbehörden, vor allem aber die Leiter der Planungsbehörden, der Straßenbau-, Eisenbahn- und Wasserbauverwaltungen, der Denkmalpflege und sogar der Wehrmacht teil. Analysiert man die Vorträge und Diskussionsbeiträge, dann zeigt sich ganz eindringlich ein »Feierabend-« (Wolfgang Erz) oder Liebhabernaturschutz. Die Naturschützer im engeren Sinne berichteten zwar voller Empathie über Arten und ästhetischen Landschaftsschutz, zeigten sich jedoch gegenüber den Ansprüchen konkurrierender Landnutzervertreter argumentativ überfordert beziehungsweise unfähig, vielleicht aber auch unwillig, diesen gegenüber eine konfrontativere Position einzunehmen.[62]

Worin liegen nun die Gründe für die konstatierte Erfolglosigkeit Ivens und damit letztlich auch der Kulturabteilung auf dem Gebiet des Naturschutzes? Die Renitenz, die den zivilgesellschaftlich dominierten Naturschutz vor 1933 auszeichnete und die zu seinem Erfolg mit beigetragen hatte, verlor er durch die Gleichschaltung und die Inkorporierung beispielsweise des Rheinischen Vereins in den Provinzialverband, womit er »zu einem straff organisierten und kontrollierten Instrument der provinziellen Kulturpflege« umgeformt worden war.[63] Die Erfolglosigkeit ergab sich aber vornehmlich aus der generellen Erfolglosigkeit des Naturschutzes auf Reichsebene: Naturschutz war nach der Verkündung des Vierjahresplanes 1936 zur faktischen Bedeutungslosigkeit verdammt. Das euphorisch bejubelte Reichsnaturschutzgesetz war sehr bald kaum das Papier wert, auf dem es geschrieben war.[64]

Die Erfolglosigkeit speiste sich aber auch aus regionalen Gründen. Der »alte Kämpfer« Heinz Haake hatte zwar die Zuständigkeit für den Naturschutz an sich gerissen, doch letztlich nicht mit dem Ziel, diesen zu stärken. Er legte 1936 organisatorische Grundzüge fest. In dem erstmals von ihm einberufenen Naturschutzgremium sollten Vertreter aller anderen um die Nutzung von Landschaften konkurrierenden Gruppierungen wirken: Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Meliorationsbehörden, Arbeitsdienst, Reichsbahn und andere. Eine Lobbystelle für Naturschutz kann so natürlich nicht funktionieren.[65] Wer Entscheidungswege in Verwaltungen kennt, weiß, dass damit geradezu zwangsläufig ein Herunterkoordinieren des Belanges Naturschutz vorprogrammiert war.

Iven starb am 30. Oktober 1944 bei einem Bombenangriff in Köln.[66] Ob er der NSDAP angehörte, ist zurzeit (2019) nicht bekannt.

Personelle und inhaltliche Kontinuitäten nach 1945?

Nach dem 8. Mai 1945 ging die Staatsgewalt im nördlichen Teil der früheren Rheinprovinz in die Hände der britischen Militärregierung über. Bis zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 1946 fungierten seit Juni 1945 die früheren Oberpräsidien, also die früheren preußischen Provinzialverwaltungen, als höchste deutsche Verwaltungsbehörden. Somit firmierten diese nun auch als Oberste Naturschutzbehörde.

Da Iven bereits 1944 starb, stellt sich die Frage nach der personellen Kontinuität für den Landschaftsverband formal zunächst einmal nicht. Der Oberpräsident holte den 1933 von den Nationalsozialisten aus politischen Gründen geschassten früheren Leiter der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten Joseph Busley wieder in diese Funktion zurück, der damit qua Amt als oberster Naturschützer im Rheinland amtierte.[67] Obwohl also ein Regimekritiker die neue Leitung übernahm, kam es nach dem bisherigen Erkenntnisstand nicht zu einer Aufarbeitung der NS-Verwicklungen im rheinischen Naturschutz.[68] Nachfolger Ivens wurde der bisherige Düsseldorfer Bezirksbeauftragte Erich Hackenberg.

Ein Vermerk über die erste Zusammenkunft der rheinischen Beauftragten bei Busley endet mit dem vielsagenden Satz »Somit war die Lage für die Bezirksbeauftragten fast die gleiche wie 1927.«[69] Die Zeit 1933 bis 1945 blendete man schlichtweg aus. Diese nahezu aktive Verdrängung begründeten die Akteure damit, dass sich Natur und Landschaft angesichts der Kriegsfolgen, der zu erbringenden auch naturalen Reparationsleistungen (Holzeinschläge) und des abzusehenden Landverbrauchs, der sich durch die notwendig gewordene Ansiedlung der Ostvertriebenen abzeichnete, in einem jämmerlichen

[61] Aus Berlin nahmen u. a. der Abteilungsleiter Naturschutz im Reichsforstamt, der Direktor der Reichsstelle für Naturschutz sowie die Bezirksbeauftragten aus den betroffenen Regierungsbezirken teil.

[62] Vgl. Anonym, Landschaftsschutz und Landschaftspflege am Mittelrhein. Bericht über eine vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz durchgeführte Bereisung, in: Naturschutz 18 (1937), S. 245–254, vgl. außerdem Anonym, Landschaftsschutz und Landschaftspflege am Mittelrhein. Bericht über eine vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz durchgeführte Bereisung, in: Naturschutz 19(1938), S. 4–14, S. 26–41, S. 50–63 und S. 76–80.

[63] Wiemer, Verein (Anm. 20), S. 116.

[64] Vgl. Frohn, Naturschutz (Anm. 11), S. 169–187.

[65] Vgl. Dr. K., Erste Sitzung der Rheinischen Provinzialstelle für Naturschutz, in: Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 11–17

[66] Vgl. Leh/Dietz, Dienst (Anm. 18), S. 204.

[67] Vgl. Almut Leh, Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1975, Frankfurt a. M. und New York, S. 51.

[68] Die Aktenbestände im Archiv des Landschaftsverbands Rheinland konnten für diesen Beitrag leider nicht ausgewertet werden.

[69] Zit. nach Leh, Heimatschutz (Anm. 67), S. 53.

Zustand befänden und die Beauftragten dringendst sofort wieder an die Schutzarbeit gehen müssten. Dem hätte aber die Entnazifizierung entgegengestanden – die in der britischen aber anders als in der US-amerikanischen Zone wesentlich weniger rigide, ja zum Teil nach Opportunitätsgründen erfolgte. Dennoch hatten sich die meisten Bezirks- und Kreisbeauftragten diesen Verfahren zu unterziehen.

Die durch Almut Leh vorgenommene Auswertung dieser Verfahren lässt einen Blick in die NS-Verwicklungen der damals ersten und zweiten Reihe des rheinischen Naturschutzes zu. Im Rheinland hatte nur einer der Bezirksbeauftragten, nämlich Wilhelm Bollweg, der für den nördlichen Regierungsbezirk Köln zuständig war, nicht der NSDAP angehört.[70] Allerdings verweist Leh auch darauf, dass nur wenige Naturschutzbeauftragte über die bloße Parteimitgliedschaft hinaus in Erscheinung getreten waren.[71] Da die meisten der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten Beamte waren, war der Druck zum Parteieintritt entsprechend groß – was aber eben nicht ausschloss, dass einzelne Beamte, wie Bollweg, diesen Schritt nicht gingen.

Generell lässt sich festhalten, dass die fortbestehende Reichsstelle für Naturschutz die Aufarbeitung der Verstrickungen des Naturschutzes in das NS-Regime systematisch hintertrieb. Der formal nicht belastete Direktor der Reichsstelle, Hans Klose, kann geradezu als eine Produktionsmaschine für ›Persilscheine‹, das heißt für Entlastungstestate gelten. Er konnte in diese Rolle schlüpfen, weil er selbst der NSDAP nicht beigetreten war. In einem Schreiben vom 2. September 1949 an Busley bezeichnet er die Entnazifizierungsverfahren als »seltsamen Teil unserer Rechtspflege. Außer einer nicht geringen Sorte von Zusammenbruchsgewinnlern und Rachebedürftigen ist doch der anständigere Teil der Menschheit in der Ablehnung dieser sich selbst überlebthabenden Verfahren einig.«[72] Wie in anderen Bereichen der Gesellschaft nach 1945 argumentierten Klose und andere, die Entnazifizierung verhindere, dass dringend gebrauchte Fachleute sich wieder ihrer ungeheuer wichtigen Arbeit widmen könnten. Naturschutz setzten Klose und seine Anhänger im Rheinland absolut, die verbrecherische Politik, in die sie insbesondere nach den Überfällen der Wehrmacht nach 1939 vor allem im Osten indirekt involviert waren, blendeten sie schlichtweg aus. Dabei hatte die von Klose so titulierte »politische Flurbereinigung«[73] nicht nur für den rheinischen Naturschutz kaum wirkliche Folgen. Die allermeisten Beauftragten konnten binnen kürzester Zeit ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Freilich gab es nicht nur denjenigen Teil des Naturschutzes, der in die Zuständigkeit der Kulturabteilung des Provinzialverbandes fiel. Während des Dritten Reiches entwickelten sich nämlich auch neue Stränge, wie die Landschaftsgestaltung und die Landschaftsplanung. Auf diesen Feldern, die unter anderem in die Zuständigkeit der Organisation Todt und die des vom Reichsführer-SS Heinrich Himmler geleiteten Reichskommissariats zur Festigung deutschen Volkstums fielen, agierten Personen, die sich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, die aber nach 1945, wie der Landschaftsplaner Heinrich Wiepking-(Jürgensmann), unangetastet Generationen von Landschaftsplanern ausbilden konnten.[74] Da der Landschaftsverband Rheinland im bundesweiten Vergleich in der Nachkriegszeit eine herausragende Rolle auf dem Feld der Landschaftspflege und -gestaltung einnahm, liegt hier gerade im Hinblick auf eine Involvierung beim Bau des Westwalls noch ein Desiderat der Forschung – trotz erster zaghafter Anfänge[75].

Erst in den achtziger Jahren setzte die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Naturschutzes ein.[76] Nach der Jahrtausendwende hat sich diese verstetigt.[77] Sie hat aber längst noch nicht alle Regionen Deutschlands erfasst und wird durchaus kontrovers diskutiert.

Dr. Hans-Werner Frohn, Stiftung Archiv, Forum und Museum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland, Drachenfelsstraße 118, 53639 Königswinter, frohn@naturschutzgeschichte.de

[70] Vgl. ebenda, S. 76.

[71] Vgl. ebenda, S. 77. Hackenberg, der dem Stahlhelm angehört hatte, wurde nach 1933 zwangsweise in die SA überführt, trat aber nach wenigen Monaten aus.

[72] Zit. nach ebenda, S. 74.

[73] Zit. nach ebenda, S. 75.

[74] Gert Gröning / Joachim Wolschke-Bulmahn, Die Liebe zur Landschaft. Teil III. Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den »eingegliederten Ostgebieten«, München 1987.

[75] Karola Fings / Frank Möller (Hrsg.), Zukunftsprojekt Westwall. Wege zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Überresten der NS-Anlage, Köln 2008.

[76] Gert Gröning / Joachim Wolschke-Bulmahn, Die Liebe zur Landschaft. Teil I. Natur in Bewegung, München 1986 und dies., Teil III (Anm. 74).

[77] Impulsgebend war hier der vom damaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin initiierte und von der Stiftung Naturschutzgeschichte ausgerichtete Kongress »Naturschutz und Nationalsozialismus«; vgl. Joachim Radkau / Frank Uekötter (Hrsg.), Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2003.

Summary. Nature conservation became of political interest for the first time in the course of the reform movements around 1900. In the Rhineland, honorary associations defined the efforts in this direction. Thus the responsibility lay as far as possible on the civil society, so that official authorities were of little influence. After the National Socialist assumption of power, nature conservation was placed in the context of blood and soil ideology, especially in youth work. But both sides were beneficiaries, and nature conservation profited greatly from the steady growth of projects. After the end of the Second World War, the processing of the NS period was therefore deliberately slowed down by the responsible authorities of official nature conservation; it was not until the nineteen-eighties that they began to face their own history.

Résumé. Avec les mouvements réformateurs vers 1900, la protection de la nature devint, pour la première fois, une priorité politique. En Rhénanie, ce sont les associations de bénévoles qui ont déterminé les efforts à cet égard. Ainsi, la responsabilité incombait largement à la société civile, de sorte que les autorités n'avaient guère d'influence. Après la prise de pouvoir national-socialiste, la protection de la nature fut placée dans le contexte de l'idéologie du sang et du sol, en particulier dans le domaine du travail avec des jeunes. Mais les deux parties en bénéficiaient, et la protection de la nature profitait considérablement de la croissance continuelle des projets. Après la fin de la Seconde Guerre mondiale, l'élucidation de la période nazie fut donc ralentie délibérément par les autorités responsables de la protection de la nature ; ce n'est que dans les années 1980 que les gens ont commencé à affronter leur propre histoire.

Resümee. Der Naturschutz rückte erstmals im Zuge der Reformbewegungen um 1900 in den Fokus der Politik. Im Rheinland bestimmten ehrenamtliche Vereine die Bemühungen darum. So lag die Verantwortung weitestgehend auf der Zivilgesellschaft, so dass amtliche Stellen kaum Bedeutung besaßen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde der Naturschutz vor allem bei der Jugendarbeit in den Zusammenhang der Blut-und-Boden-Ideologie gestellt. Doch beide Seiten waren Nutznießer, und der Naturschutz profitierte stark durch stetigen Projektzuwachs. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Aufarbeitung der NS-Zeit durch die zuständigen Stellen des amtlichen Naturschutzes daher willentlich gebremst, erst seit den achtziger Jahren stellt man sich der eigenen Geschichte.

Thomas Otten

Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz

Eine bürgerschaftliche Institution zwischen 1920 und 1945

Die vorliegende Darstellung über den Rheinischen Verein greift auf Erfahrungen als ehemaliger Geschäftsführer des Vereins von 2000–2006 und aus der fachlichen Sicht eines Archäologen zurück, nicht jedoch auf die Perspektive eines Historikers. Insofern wurde maßgeblich auf die Detailkenntnis der Quellen von Karl Peter Wiemer im Rahmen seiner Dissertation aus dem Jahre 2000 rekurriert, »Ein Verein im Wandel der Zeit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz von 1906 bis 1970«[1]. Eine weitere wichtige Quelle war die konzise, aussagekräftige Vereinsgeschichte zum fünfundsiebzigjährigen Vereinsjubiläum von Josef Ruland[2].

Die Quellenlage ist aufgrund der nahezu kontinuierlichen Herausgabe der vereinseigenen Organe ausgezeichnet. Dies waren zunächst die Mitteilungen und seit 1919 die Zeitschrift des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz sowie ihres Beiblattes, des Nachrichtenblattes der provinzialen Denkmalpflege in der Rheinprovinz. Von 1929 an folgte als Beiblatt der Zeitschrift das vom Landeshauptmann der Rheinprovinz herausgegebene Nachrichtenblatt des Verbandes der rheinischen Heimatmuseen für Museumswesen, Denkmalpflege, Heimatkunde, Ausgrabungen, Naturschutz und Archivberatung, das seit 1934 als ›Zeitschrift für Rheinische Heimatpflege‹ und 1935 bis 1940 als ›Rheinische Heimatpflege‹ fortgeführt wurde. Dass der Provinzialkonservator sein Jahrbuch der Rheinischen Denkmalpflege sowie der Landeshauptmann seine offiziellen Mitteilungen stets über das Hauptorgan des Rheinischen Vereins verbreitete, lässt zweierlei erkennen: Zum einen sahen sich Provinzialverwaltung, Provinzialkonservator und Vorstand des Rheinischen Vereins offensichtlich auf Augenhöhe und waren bestrebt, Synergien in der Verbreitung ihrer Schriften unter den Vereinsmitgliedern zu nutzen. Der Rheinische Verein wurde fachlich ganz offensichtlich als Kapazität geschätzt, und dies – der zweite Schluss – drückte sich in der auffälligen Nähe von amtlicher und ehrenamtlicher Denkmalpflege aus[3].

Der Bestand und die Arbeitsfähigkeit des Rheinischen Vereins waren stets – dies gilt auch heute noch – durch die finanzielle, personelle und institutionelle Unterstützung seitens des Provinzialverbandes und später durch dessen Rechtsnachfolger, des Landschaftsverbandes Rheinland bestimmt. Das war besonders in der durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten reichsweiten Krise von Bedeutung, denn diese brachte auch den Verein wirtschaftlich an den Rand der Existenz. So konnten 1922 und 1923 aufgrund der Inflation keine Publikationen erscheinen und keine Veranstaltungen durchgeführt werden. Erst 1924 wurde mit Unterstützung durch die Provinzialverwaltung die Zeitschrift wieder aufgelegt, zunächst in loser Folge und inhaltlich geprägt durch den Schriftführer Richard Klapheck, der eine systematische Vorstellung des rheinischen Kunst- und Denkmälerbestandes verfolgte[4]. Die Fortsetzung der Facharbeit des Vereins war unter den veränderten Bedingungen der schwierigen Finanzierung insofern keine einfache Angelegenheit.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war ein bedeutendes Arbeitsfeld des Rheinischen Vereins die Bauberatung, die gegenüber der rein konservatorischen Tä-

[1] Karl Peter Wiemer, Ein Verein im Wandel der Zeit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz von 1906 bis 1970, Köln 2000.

[2] Josef Ruland (Hrsg.), Erhalten und Gestalten. 75 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Neuss 1981.

[3] Wiemer, Verein (Anm. 1), S. 16 f.

[4] Dabei wurden durch Klapheck bevorzugt Denkmälerregionen mit einer Abhandlung des gesamten bekannten Denkmälerbestandes in den Blick gerückt anstelle von einzelnen Monumenten, etwa die Darstellung von Ernst Wackenroder zu den kirchlichen Bauten aus der Eifel, vgl. Zeitschrift des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz 17 (1924), S. 109–155, oder die gesamten Bau- und Bodendenkmäler der Stadt Essen einschließlich neuer Bau- und Siedlungsformen, vgl. ebenda 21 (1928).

tigkeit vereinsintern als wichtigeres Anliegen angesehen wurde[5]. Der Provinzialverband stellte zur Bauberatung Finanzmittel zur Verfügung, die bis 1930 kontinuierlich anwuchsen. Daneben versuchte der Verein, wirtschaftliche Einkünfte durch den Verkauf etwa von Heimatbildern und des Rheinischen Heimatkalenders zu erzielen. Spätestens seit 1926 nahm der Naturschutz eine tragende Rolle ein, was sich in der Gründung einer Abteilung Naturschutz im Rheinischen Verein mit reger Sitzungstätigkeit und entsprechender Themenvielfalt in den Vereinsorganen auswirkte.

Im Jahr 1929 gründete die Provinzialverwaltung eine Archivberatungsstelle für die Rheinprovinz, deren Hauptpublikation das »Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege. Organ für Heimatmuseen, Denkmalpflege, Archivberatung, Natur- und Landschaftsschutz« als Beiblatt der Zeitschrift des Vereins war.

Ab 1930 nahm man mit Unterstützung der Provinzialverwaltung auch die Vorkriegspraxis der Beihilfen für gefährdete Baudenkmäler wieder auf, wobei über die Verteilung der Mittel der Provinzialkonservator als amtliche Zuständigkeit sowie der Rheinische Verein als halbamtliche Stelle seitens der Provinzialverwaltung aktiv mitentschieden. Die nach wie vor bedeutende Rolle und Reputation Paul Clemens als ehemaligem Provinzialkonservator der Rheinprovinz mag zu dieser Sonderfunktion des Vereins beigetragen haben, die ihn gegenüber anderen Denkmalpflegeinstitutionen sowie Heimat- und Geschichtsvereinen geradezu nobilitierte[6].

Die politischen Veränderungen der Folgezeit waren noch 1931 für den Rheinischen Verein kaum zu erahnen, als die Sonderausgabe der Zeitschrift »Aus der Geschichte der Juden im Rheinland. Jüdische Kult- und Kunstdenkmäler« von Richard Klapheck und weiteren angesehenen Autoren publiziert wurde[7].

Im Jahr 1933 erfolgte die Gleichschaltung des Rheinischen Vereins, formal durch die Aufnahme in den Reichsbund Volkstum und Heimat unter Beibehaltung der Rechtsfähigkeit sowie inhaltlich durch die Übernahme der Leitung der Fachgruppe Denkmalpflege des Reichsbundes. Der Verwaltungsrat des Vereins, dem nun auch der Nationalsozialist und Landeshauptmann Heinz Haake angehörte, betonte unter dem Vorsitzenden Franz Schollen bereits im Mai 1933: »Es bedarf keines Wortes, dass der Verein aus seiner immer betonten nationalen Haltung gerade an der Westgrenze unseres Vaterlandes sich restlos in den Dienst des neuen Staatsgedankens und des großen nationalen Aufstiegs stellt«[8].

Die Jahrestagung des Vereins 1933 wurde auf Betreiben der bereits zuvor gleichgeschalteten Provinzialverwaltung von Bonn nach Monschau verlegt und mit einer Grenzlandkundgebung der NSDAP verbunden, auf der Gastredner aus Berlin und Freiburg den Zugriff auf die Westgebiete, konkret am Beispiel von Eupen und Malmedy durch eine konstruierte »kunsthistorische Argumentation« zu begründen versuchten[9]. Schließlich richtete der Vereinsvorsitzende in einem Huldigungstelegramm an den Führer ein klares Bekenntnis des Rheinischen Vereins zum neuen Staat und dem nationalen Gedanken, dem man sich aus einem nationalen Verständnis von Heimatschutz heraus verpflichtet fühle.

Äußerlich sichtbar wurde die Einflussnahme der Nationalsozialisten auf den Rheinischen Verein auch bei den Publikationen. Das Nachrichtenblatt als offizielles Vereinsorgan änderte seine Typografie von einer Antiquaschrift auf die Schwabacher, beseitigte vorübergehend das Wappen der Rheinprovinz und wies nun auch in der Auswahl der Beiträge deutliche Einflussnahme auf, mit Beiträgen etwa zur Saarfrage und der angestrebten Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland, zu den grenznahen Gebieten um Eupen-Malmedy und zu kulturpolitischen, lebensbezogenen Themen, etwa der Volks- und Brauchtumspflege.

Anders verhielt es sich bei den wissenschaftlichen Publikationen, die in der Zeitschrift als Sonderausgaben veröffentlicht wurden. Hier behielt der Verein bis 1936 seine thematische und inhaltliche Freiheit, was auch mit seiner langjährigen Expertise und unbestrittenen fachlichen Reputation in diesen Arbeitsfeldern zu tun haben dürfte. Dem vom Rheinischen Verein in den bis dato dreißig Jahren Vereinstätigkeit erworbenen Wissen um das Thema Heimat, das stets interdisziplinär angelegt war und von der Mitarbeit ausgewiesener Kapazitäten der Bau- und Bodendenkmalpflege, der Landesgeschichte, des Landschafts- und Naturschutzes, der Geologie und Geographie sowie der Ortsnamenskunde profitierte, hatten die Nationalsozialisten in der Neubesetzung des Heimatbegriffs wenig entgegenzusetzen, weswegen man dem Verein hier noch eine gewisse Autonomie zugestand. Erst mit dem letzten Jahrgang der Zeitschrift 1937 vollzog sich auch hier der Wandel: Die Autoren stammten samt und sonders aus partei- und regierungsamtlichen Stellen und berichteten zum Grundwesen des »völkischen Heimat-

[5] Josef Ruland, Kleine Chronik des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, in: Ruland, 75 Jahre (Anm. 2), S. 22 f.

[6] Udo Mainzer, Paul Clemen, der Begründer strategischer Partnerschaften für die Denkmalpflege. 100 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, in: Rheinische Heimatpflege 43, Nr. 4 (2006), S. 241–250.

[7] Adolf Kober / Elisabeth Moses, Aus der Geschichte der Juden im Rheinland. Jüdische Kult- und Kunstdenkmäler, in: Zeitschr. Rhein. Verein (Anm. 4) 24, Heft 1 (1931), S. 1–205.

[8] Wiemer, Verein (Anm. 1), S. 104.

[9] Wiemer, Verein (Anm. 1), S. 105.

[10] Theodor Wildemann, Technische Kulturdenkmäler in den Rheinlanden und ihre Erhaltung, in: Zeitschr. Rhein. Verein (Anm. 4)

schutzes«, mit einer Schlussdarstellung zum »Deutschen Lebensraum«, die den Heimatbegriff als Legitimation der Blut- und Boden-Ideologie umdeutete.

Die Burg Stahleck in Bacharach, vom Rheinischen Verein im Jahre 1912 übernommen, wurde 1925 dem Deutschen Jugendherbergswerk gegen eine symbolische Miete zur Verfügung gestellt. Bereits 1933 übernahm faktisch die Hitlerjugend das Ruder, da ihr das gesamte Jugendherbergswesen unterstellt wurde.

Der Vereinsvorsitzende, Oberlandesgerichtspräsident Franz Schollen dankte auf der Jahrestagung 1934 Landeshauptmann Heinz Haake noch ausdrücklich dafür, dass die Provinzialverwaltung offensichtlich eine bestimmte fachliche Eigenständigkeit und damit einen Weiterbestand der gewachsenen Vereinsstrukturen des Rheinischen Vereins bewahrt habe. In der Realität dürfte dies auch auf das Wirken von Hans-Joachim Apffelstaedt als Kulturdezernent zurückzuführen sein. Dies drückt sich etwa in der Herausgabe der bis heute bestehenden Reihe der »Rheinischen Kunststätten« aus. Diese Kunstführer beschäftigten sich mit Einzeldenkmälern, etwa der die Reihe begründende Band zum Aachener Münster, wie auch mit ganzen Ortsbildern und waren überaus erfolgreich bei den Mitgliedern wie auch im Verkauf. Der Verein war zunächst also noch in der Lage, bei aller politischen Anpassung sein eigenständiges fachliches und organisatorisches, in Ortsgruppen gegliedertes Profil zu bewahren, das ja im Grunde gegen das Führerprinzip und den angestrebten Zentralismus vergleichbarer Organisationen stand.

Ein weiteres Beispiel dafür war das fachliche Bekenntnis zu modernen Architekturströmungen und zur Industriekultur, Letzteres insbesondere durch die Forschungen und Publikationen von Theodor Wildemann und anderen Autoren[10].

Das Verhältnis des Rheinischen Vereins zu dem neuen Dachverband, dem Reichsbund Volkstum und Heimat ist komplex. Wenngleich keine offene Opposition betrieben wurde, zeigt sich, dass im Rheinland durch die geschickte Inszenierung des Landeshauptmanns Haake und des neuen Geschäftsführers Hans Kornfeld der Verein dem direkten Zugriff durch die NSDAP weitgehend entzogen wurde. Seit 1935 wurde der Verein gemeinsam mit dem selbständigen Deutschen Bund Heimatschutz, von 1937 an dann unter »Deutscher Heimatbund« firmierend[11], der Vorläuferorganisation des heutigen Bund Heimat und Umwelt, unter die Obhut des Provinzialverbandes gestellt, der für die Neuorganisation des Heimatschutzes in der Rheinprovinz zu sorgen hatte. Diese Charade dürfte ohne die Rückendeckung der Provinzialverwaltung undenkbar gewesen sein, die tragende Rolle Heinz Haakes jedenfalls ist klar belegt[12]. Die durch ihn forcierte Aufnahme des Rheinischen Vereins als quasi amtliche Stelle der rheinischen Kultur- und Heimatpflege in den Deutschen Heimatbund ermöglichte erst die Loslösung des Deutschen Bundes Heimatschutz und damit auch des Rheinischen Vereins als Landesverband aus dem Parteiengeflecht des Reichsbundes, natürlich aus der Perspektive Haakes verbunden mit der Absicht, sich den eigenen Zugriff auf den Verein zu bewahren.

Für das besondere Verhältnis zwischen Rheinischem Verein und Provinzialverwaltung ist der neunundzwanzigste Jahrgang der Zeitschrift des Rheinischen Vereins 1936 besonders aussagekräftig. Zum wiederholten Male nutzte Landesrat und Kulturdezernent Apffelstaedt die Zeitschrift des Vereins für eine grundlegende Darstellung zur Gesamtsituation der rheinischen Kultur- und Denkmalpflege, so etwa zum Ausgrabungsplan der Vor- und Frühgeschichte mit klar umrissener Zielsetzung, nämlich »die Lösung der großen völkischen Zentralprobleme rheinischer Vorzeit«, der vornehmlich die Untersuchungen von Ringwallanlagen, Grabhügelfeldern und Reihengräberfeldern der fränkischen Zeit sowie die Herausgabe des Frankenkatalogs zuarbeiten sollten[13]. Interessant ist in diesem Zusammenhang, vor allem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem Amt Rosenberg und dem Reichsbund für Vorgeschichte, das klare Bekenntnis Apffelstaedts zur Wissenschaft, das er auch fachlich detailliert begründet, insbesondere zur provinzialrömischen Forschung. Letzteres Forschungsinteresse wird kulturpolitisch geschickt hinterlegt mit den Fragestellungen um die »Hermannsschlacht« und die germanisch-römischen Relationen, also die Wechselwirkungen zwischen römischer Okkupation und Aufsiedelung und germanische Reaktionen[14]. Weitere Beiträge von Walter Kersten und Rafael von Uslar zum Stand der Germanenforschung wirken kulturpolitisch programmatisch. Auf ihre inhaltlich-methodische Ausrichtung und die notwendige linguistische Analyse einzugehen, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Dagegen ist der ebenfalls enthaltene umfangreiche Katalog der frühchristlichen Denkmäler aus Trier von Siegfried Loeschke das Ergebnis langjähriger Forschung am Trierer Denkmälerbestand, politisch unverdächtig und sachorientiert.

Die Gleichschaltung in den Jahren nach 1936 erfolgte nun indes durch die Provinzialverwaltung selbst, denn

24, Heft 2 (1931), S. 127–156; ders., Die Erhaltung der Wind- und Wassermühlen, in: Rheinische Heimatpflege 8 (1936), S. 362-370; vgl. auch Wilhelm Rees, Technische Kulturdenkmale im Bergischen Land, in: ebenda S. 376–380.

[11] Wiemer, Verein (Anm. 1), S. 136 f.

[12] Ebenda, S. 137, Anm. 350 mit entsprechenden Belegen.

[13] Zeitschr. Rhein. Verein (Anm. 4) 29 (1936), S. 7–40, besonders S. 25 ff.

[14] Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013.

Haake als 1937 neu gewählter Vorsitzender und der neue Stellvertreter und Landesverwaltungsrat Hans Kornfeld sorgten für die Änderung der Satzung, das Ausschalten der alten Vereinselite, die Einführung des Arierparagraphen und den Ausschluss jüdischer und halbjüdischer Mitglieder. In den Jahren 1937 und 1938 konnte der Rheinische Verein sein fachliches Profil bewahren, wobei den Rheinischen Kunststätten der »Rheinische Naturfreund« an die Seite gestellt wurde. Hinzu kam eine erweiterte Fachgruppentätigkeit zu Geschichte, Naturschutz, Handwerk, Baukultur und Schrifttum. Gleichzeitig wurde der Rheinische Verein Dachverband der rheinischen Geschichts- und Heimatvereine. Diese übergeordnete Funktion nutzte Haake für die Provinzialverwaltung, um den Verein auf dem Weg über die Wahrnehmung der Heimatpflege in der gesamten Rheinprovinz auf eine ganz neue Rolle vorzubereiten.

Mit der 1939 erfolgten Umbenennung des Vereins in den »Rheinischen Heimatbund« betrieben Kornfeld und Haake die systematische inhaltliche Umdeutung der Heimatpflege zur Blut-und-Boden-Ideologie, die fortan rein propagandistische Zwecke zu erfüllen hatte. Widerstände innerhalb des Vereins sind, auch wegen des systematischen und über Jahre andauernden Ausschlusses kritischer Vereinsmitglieder, nicht zu erkennen.

Auch wenn in dieser Darstellung die wesentlichen Dinge nur skizzenhaft und primär über die handelnden Personen angedeutet werden konnten, stellt sich doch die Frage der Bewertung des Rheinischen Vereins als Institution insgesamt. Es zeichnet sich ab, den Verein nicht nur als Mitläufer und Profiteur, sondern Karl Peter Wiemer folgend auch als Mittäter wahrzunehmen, dessen kulturpolitische Bedeutung und Wirkung allerdings ohne die enge Relation zur Provinzialverwaltung nicht erklärbar wäre[15].

Dr. Thomas Otten, Stabsstelle 90.70, MiQua.
LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier
Köln, Ottoplatz 2, 50679 Köln, thomas.otten@lvr.de

Summary. The Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz on the one hand and the Rheinische Provinzialverwaltung on the other had been operating at eye level since the nineteenth century, and the capacities of the association were highly valued and promoted. Since 1933 it was brought into line with its homeland in the course of its admission to the Reichsbund Volkstum und Heimat, but its ties to the Provinzialverband remained dominant. This was followed by a growing interest in so-called borderland issues and, later, in the blood and soil ideology. The radical change of the association system and in 1939 the renaming in »Rheinischer Heimatbund« followed. The association was not only a follower and profiteer of the Nazi regime, but also an accomplice in close cooperation with the Provinzialverband.

Résumé. Depuis le XIXe siècle, le Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz (association pour la conservation des monuments historiques et la protection du paysage en Rhénanie), d'une part, et le Rheinische Provinzialverwaltung (administration de la Province rhénane), d'autre part, fonctionnèrent au niveau des yeux, et les capacités de l'association furent hautement appréciées et promues. Depuis 1933, lors de son admission au Reichsbund Volkstum und Heimat, cette association fut alignée sur sa patrie, mais ses liens avec le Provinzialverband (association provinciale) restèrent dominants. Il en resulta une implication croissante dans les questions dites frontalières et, plus tard, dans l'idéologie du sang et du sol. Après, il y eut le changement radical du système associatif ainsi que le changement de nom en »Rheinischer Heimatbund« en 1939. L'association n'était pas seulement un suiveur et un profiteur du régime nazi, mais aussi un complice en étroite collaboration avec le Provinzialverband.

Resümee. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz einerseits und die Rheinische Provinzialverwaltung andererseits agierten seit dem neunzehnten Jahrhundert auf Augenhöhe, und die Kapazitäten des Vereins wurden hoch geschätzt und gefördert. Seit 1933 wurde er im Zuge der Aufnahme in den Reichsbund Volkstum und Heimat gleichgeschaltet, dominierend blieb aber die Bindung an den Provinzialverband. Es folgte zunehmende Beschäftigung mit sogenannten Grenzlandfragen und später mit der Blut-und-Boden-Ideologie. Die radikale Änderung des Vereinswesens sowie 1939 die Umbenennung in »Rheinischer Heimatbund« folgten. Der Verein war nicht nur Mitläufer und Profiteur des NS-Regimes, sondern auch Mittäter in enger Zusammenarbeit mit dem Provinzialverband.

[15] Vgl. Wiemer, Verein (Anm. 1), 139 f. Unter diese Mittäterschaft wären natürlich insbesondere der aktive Ausschluss von Vereinsmitgliedern sowie die argumentative Schützenhilfe der neuen Heimatbewegung zur Blut- und Boden-Ideologie und der Lebensraum-Theorie zu nennen.

Esther Heyer

Der Provinzialkonservator Franziskus Graf Wolff Metternich

Denkmalpflege und Kunstschutz im Rheinland und in Frankreich

Franziskus Graf Wolff Metternich (1893–1978) spielt bereits aufgrund seiner sehr langen Amtszeit als Provinzial- und später Landeskonservator von 1928 bis 1950 eine wichtige Rolle innerhalb der Analyse der Kulturpolitik der Rheinprovinz. Darüber hinaus sind hierfür seine persönlichen Netzwerke in der rheinischen Kulturszene bedeutend.

Während seines Studiums an der Universität Bonn entwickelte sich eine enge Bindung und ein lebenslanger Kontakt zum ersten Amtsinhaber der Stellung des Provinzialkonservators und Hochschullehrer Paul Clemen (1866–1947). Wolff Metternich wurde 1926 Assistent von dessen Amtsnachfolger Edmund Renard (1871–1932) und man berief ihn 1928 nach Renards Ausscheiden in das Amt des Provinzialkonservators, welches er durchgehend, auch während des NS-Regimes und über die Verwaltungsneuordnung in der Nachkriegszeit hinweg innehatte. Über mehr als zwei Jahrzehnte war Wolff Metternich somit aktiver Teil der rheinischen Denkmalpflege, eine Verbindung, die Zeit seines Lebens nie abriss, da er von Fachkollegen auch nach seiner beruflichen Neuorientierung zu Rate gezogen wurde und er sich in Vereinen engagierte. Insgesamt pflegte er sein Selbstverständnis als Kunsthistoriker und Denkmalpfleger in einem großen Personennetzwerk mit vielen Einflussmöglichkeiten. Besonders intensiv werden bei der Betrachtung seiner Biographie und Karriere stets seine Tätigkeit im besetzten Frankreich und sein Verdienst für die Sicherung der nationalen Kulturgüter hervorgehoben – genauer: seine Arbeit als Beauftragter für den Kunstschutz in den besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkrieges.

Er kann vor diesem Hintergrund sowohl als von eigenen Interessen getriebener Akteur wie auch als passive Spielfigur in kulturpolitischen Zusammenhängen gesehen werden. Exemplarisch kann die Biographie und Darstellung seiner beruflichen Tätigkeit als deutscher Denkmalpfleger und zugleich Militärverwaltungsbeamter im besetzten Frankreich als ein Bindeglied zwischen den im Rahmen der Veranstaltung zur Kulturpolitik der Rheinprovinz stattfindenden Tagungssektionen zu Verwaltungsstrukturen und Fallbeispielen von akteurspezifischen Ansätzen sowie Translokation von beweglichen Kulturgütern gesehen werden.

Quellen

Intensive Forschung zur Person Franziskus Graf Wolff Metternich ist überhaupt erst möglich, seit der private schriftliche Nachlass zugänglich ist. Die institutionelle Überlieferung des deutschen militärischen Kunstschutzes während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und anderen besetzten Gebieten liegt verstreut in deutschen und internationalen Archiven, und insgesamt sind nur wenige einschlägige Quellen überliefert.[1] Im schriftlichen Nachlass von Wolff Metternich hingegen befinden sich neben einer Vielzahl an privaten Dokumenten auch umfangreiche dienstliche Unterlagen, die einen Einblick in die Tätigkeiten des militärischen Kunstschutzes ermöglichen.

Seit Herbst 2013 ist dieser private und wissenschaftliche Nachlass von Wolff Metternich in das Familienarchiv der Grafen Wolff Metternich überführt und nach seiner archivischen Erschließung über das Archivberatungs- und Fortbildungszentrum des Landschaftsverbandes Rheinland für die Forschung zugänglich.[2] Die im Nachlass überlieferten

[1] In Deutschland befinden sich Akten betreffend den Kunstschutz unter anderem im Bundesarchiv Koblenz, Berlin-Lichterfelde und Freiburg (Abteilung Militärarchiv) sowie dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin und dem Archiv des LVR (im Folgenden: ALVR), darüber hinaus beispielsweise im französischen Nationalarchiv in Paris-Pierrefitte und den National Archives, Washington D.C., USA.

Archivalien der deutschen militärischen Kunstschutzorganisation umfassen sowohl dienstliche als auch persönliche Handakten der Mitarbeiter, private Korrespondenz und Bildmaterial sowie Teile der wissenschaftlichen Bibliothek Wolff Metternichs, insgesamt über fünfhundert Signaturen in etwa einhundertfünfzig Archivkartons (Abb. 1).

Diese zentrale und umfangreiche Überlieferung zum deutschen militärischen Kunstschutz mit Schwerpunkt Frankreich ist Hauptgegenstand eines aktuell laufenden Quellenforschungsprojekts der Vereinigten Adelsarchive im Rheinland e. V. als Projektträger in Verbindung mit der LVR-Archivberatung. Ziel ist die Erstellung eines archivischen Sachinventars in Form einer Datenbank mit Begleitpublikation. Dabei werden die Archivalien im Nachlass mit der Gegenüberlieferung in deutschen, französischen und englischsprachigen Archiven abgeglichen und in Form eines Findmittels zu einem virtuellen Gesamtbestand zusammengeführt, somit wird der Quellenzugang für die Forschung erleichtert.[3]

Mediale Inszenierung im Rückblick

Der NS-Kunstraub und die Provenienzforschung wurden in den letzten Jahren für die breite Gesellschaft medienwirksam diskutiert. Auch die Tätigkeit des »Kunstschutzes« bietet ein spannungsgeladenes Feld zwischen nationalen Interessen, Bewertung und Klassifikation von Kulturgut sowie Schwarzweißdenken hinsichtlich vermeintlicher Helden und Schurken bei Raub und Schutz von wertvollen Kunstwerken und Baudenkmälern, wobei bereits der Wortbestandteil »Schutz« mehr als kritisch gesehen werden muss.[4]

Gleichzeitig mit der Berichterstattung zum »Schwabinger Kunstfund« bei Cornelius Gurlitt in München war in der Presse Werbung für George Clooneys Kinofilm »Monuments Men« zu sehen.[5] Der auf dem gleichnamigen Buch Robert Edsels basierende Film erzählt mehr oder minder frei von historischen Tatsachen die Geschichte der tatsächlich vorhandenen Monuments Men – den alliierten Kunstschutzoffizieren der »Monuments Fine Arts and Archives Section (MFA&A)«, die in den letzten Phasen des Krieges und in der Nachkriegszeit für den Schutz der Kulturgüter im Kriegsgeschehen und die Rückführung der geraubten Kunstwerke an ihre Herkunftsorte zuständig waren.[6] Manchen dieser Monuments Men ist auch Wolff Metternich in der Nachkriegszeit selbst begegnet.

In dieser heroisierenden Inszenierung des amerikanischen alliierten Kunstschutzes erscheint auch die Kunsthistorikerin Rose Valland (1898–1980), die in den letzten Jahren mehr und mehr als französische Nationalheldin bekannt geworden ist. Valland war Konservatorin am Museum Jeu de Paume in Paris. Dort befand sich ein Umschlagspunkt für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), eine Rauborganisation unter dem Kommando des Parteiideologen und Reichsministers Osten Alfred Rosenberg. Geraubte Werke aus französischem jüdischen Privatbesitz wurden dort beispielsweise für Hermann

[2] Der Nachlass (im Folgenden: NL FGWM) befindet sich im Archivdepot der Vereinigten Adelsarchive im Rheinland e.V. auf Schloss Ehreshoven und ist über das LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum in der Abtei Brauweiler (Stadt Pulheim bei Köln) einsehbar: http://www.afz.lvr.de/de/archivberatung/adelsarchive_1/adelsarchive_1.html.

[3] Zum Projekt »Bereitstellung von archivischen Quellen aus deutschen, französischen und englischsprachigen Archiven für die deutsche und internationale Provenienzforschung zu Kunstschutz und Kunstraub im Zweiten Weltkrieg«: (Laufzeit 2016–2019), gefördert durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, vgl. https://www.kulturgutverluste.de/Content/03_Forschungsfoerderung/Projekt/Vereinigte-Adelsarchive-im-Rheinland-eV-Pulheim/Projekt1.html. – Die Verfasserin erarbeitet eine Dissertation zu Franziskus Graf Wolff Metternich an der LMU München, betreut von PD Dr. Christian Fuhrmeister, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München.

[4] Vgl. zur Forschung zum militärischen Kunstschutz unter anderem Christina Kott, »Den Schaden in Grenzen halten…«. Deutsche Kunsthistoriker und Denkmalpfleger als Kunstverwalter im besetzten Frankreich, 1940–1944, in: Ruth Heftrig / Olaf Petere / Barbara Schellewald (Hrsg.), Kunstgeschichte im »Dritten Reich«. Theorien, Methoden, Praktiken, Berlin 2008, S. 362–392; Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000; Nikola Doll, Politisierung des Geistes. Der Kunsthistoriker Alfred Stange und die Bonner Kunstgeschichte im Kontext nationalsozialistischer Expansionspolitik, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Bd. 1, Münster 2003, S. 979–1015 oder auch Christian Fuhrmeister, Verlagerungs- und Bergungsaktionen in Italien im Zweiten Weltkrieg im Überblick. Wissensstand und Problemfelder, in: Pia Schölnberger / Sabine Loitfellner (Hrsg.), Bergung von Kulturgut im Nationalsozialismus. Mythen – Hintergründe – Auswirkungen, Wien 2016, S. 85–101 und Christian Fuhrmeister / Stephan Klingen / Ralf Peters (Hrsg.), Kunsthistoriker im Krieg. Deutscher Militärischer Kunstschutz in Italien 1943–1945, Köln 2012.

[5] »Monuments Men« von George Clooney und Grant Heslov, USA und Deutschland 2014 / 118 Minuten. Bundesstart: 20.02.2014. Vgl. Spiegel Online »Goerge Clooney zeigt Krimi über Raubkunst« vom 08.11.2013: http://www.spiegel.de/kultur/kino/george-clooneys-monuments-men-im-programm-der-berlinale-a-932562.html: »Kurz nachdem bekannt wurde, dass in München 1400 Kunstwerke sichergestellt wurden, trumpft die Berlinale mit einer passenden Meldung auf: Auf dem Festival wird George Clooneys ›Monuments Men‹ gezeigt – ein Krimi über Kunstjäger, die Werke aus den Händen der Nazis befreien müssen«.

[6] Robert Edsel / Bret Witter, The Monuments Men. Allied Heroes, Nazi Thieves and the Greatest Treasure Hunt in History, London und New York 2009. Vgl. F.A.Z. Online, Rezension von Christian Fuhrmeister: »Clooneys ›Monuments Men‹: Hier menschelt es besonders wertvoll«, 14.02.2014: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/clooneys-monuments-men-hier-menschelt-es-besonders-wertvoll-12800717-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1.

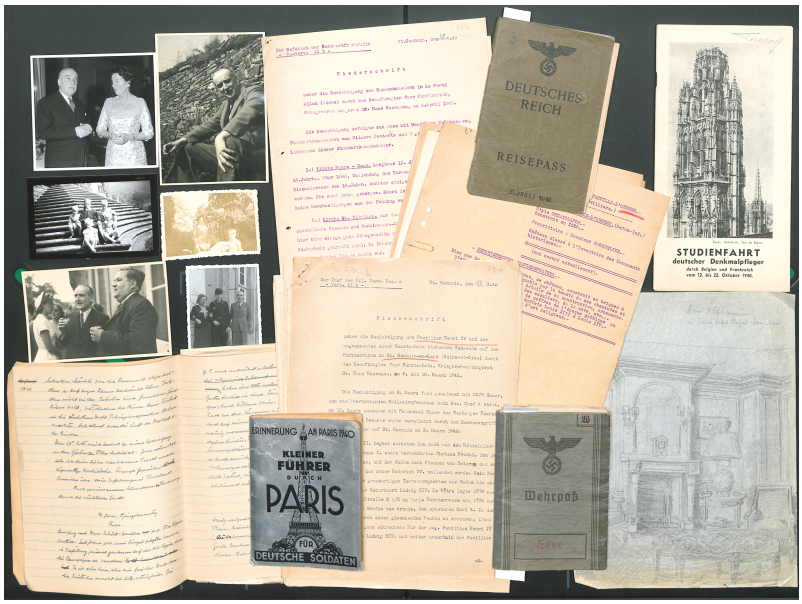

Abb. 1 Dokumente aus dem Nachlass Franziskus Graf Wolff Metternich.

Göring wie in einer privaten Einkaufshalle präsentiert, der bei mehreren Besuchen Werke für seine persönliche Sammlung auswählte.[7]

Rose Valland konnte als »Spionin« inmitten des Einsatzstabes Informationen zu geraubten jüdischen Privatsammlungen und deren Verbringungsorte im Deutschen Reich sammeln.[8] Dies war von großer Bedeutung und Hilfe für ihre spätere Arbeit im besetzten Deutschland und die Rückführung von Kunstwerken nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Inszenierung als französische »Spionin« und »Heldin«, wird sogar in Form von Kinderbuch und Comic aufgegriffen, wenngleich ihre Rolle lange Zeit unbeachtet blieb und erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten überhaupt bekannt geworden ist.[9]

Im Jahr 2015 erschien ein Film, in dessen Fokus der »Kunstschutz« in Frankreich steht und der im Louvre in Paris spielt: »Francofonia« vom russischen Regisseur Alexander Sokurov.[10] Das Doku-Drama betrachtet die Bezüge zwischen Kunst und Macht und wechselt dabei immer wieder zwischen Fiktion, Dokumentation, Erinnerung und einem Essay in verschiedenen Zeitebenen. Fragen nach Besitz und Eigentum im historisch und aktuell geteilten Europa voller Konflikte stehen im Fokus.[11]

Sokurov lässt dabei nicht nur die Marianne und Napoleon selbst durch die Gänge des Louvre spazieren, sondern er stellt die Personen Jacques Jaujard, den Leiter der französischen Nationalmuseen, und Franziskus Graf Wolff Metternich, den Leiter des Kunstschutzes und Militärverwaltungsbeamten, ins Zentrum des Geschehens. Stets zwischen Dokumentation und Kunstfilm changierend wird die schwierige Kooperation zwischen Besatzern und Besetzten für den Schutz der Kulturgüter inszeniert. Für diesen Film wurden sogar Dokumente aus dem Nachlassbestand Wolff Metternichs abgefilmt.[12]

Diese Beispiele zeigen deutlich, welches Interesse an Nationalhelden in Kriegszeiten und am selbstlosen Handeln für Kulturgüter nach wie vor existiert.

Biographisches

Franziskus Graf Wolff Metternich wurde 1893 als jüngster Sohn von Reichsgraf Ferdinand Wolff Metternich (1845–1938) und Flaminia Prinzessin zu Salm-Salm (1853–1913) im westfälischen Haus Beck (bei Bottrop) geboren und wuchs stark katholisch geprägt auf dem rheinischen Familienstammsitz Schloss Gracht bei Liblar (Erftstadt) sowie in der Universitätsstadt Bonn auf. Private Dokumente zeigen das frühe Interesse an der regionalen Kunst

7 Vgl. Ernst Piper, Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, in: Inka Bertz / Michael Dorrmann (Hrsg.), Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, Göttingen 2008, S. 113–119.

8 Emmanuelle Polack / Philippe Dagen, Les Carnets de Rose Valland. Le pillage des collections privées d'oeuvres d'art en France durant la Seconde Guerre mondiale, Lyon 2011.

9 Emmanuelle Polack / Claire Bouilhac / Catel, Rose Valland. Capitaine Beaux Arts, Paris 2009 und Emmanuelle Polack / Emmanuel Cerisier, Rose Valland, l'espionne du musée au Jeu de Paume, Saint-Herblain 2009.

10 Francofonia, von Alexander Sokurov. Frankreich/Deutschland/Niederlande 2015 / 87 min., Bundesstart: 25.02.2016.

11 Vgl. https://www.curzonartificialeye.com/francofonia/.

12 Vgl. Art in Berlin Online, Inge Pett, ›Francofonia‹ von Alexander Sokurov, Einspieldatum: 10.01.2016, http://www.art-in-berlin.de/incbmeld.php?id=3805.

und Architektur, und Briefe des Kindes an seine Mutter in französischer Sprache verdeutlichen die Förderung zur Frankophilie. Auch übte Wolff Metternich sich schon bald in der kunsthistorischen Inventarisierung, wie ein erstes Inventarbuch seines Besitzes von 1909 zeigt.[13] Nach dem Abitur am Brühler Gymnasium 1913 begann er in Bonn das Studium der Kunstgeschichte und Denkmalpflege bei Paul Clemen. Aus seiner 1925 mit Alix Freiin von Fürstenberg (1900–1991) geschlossenen Ehe gingen vier Kinder hervor.[14]

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Wolff Metternich zu den Kavallerie-Husaren eingezogen. Trotz



Abb. 2 Franz Graf von Wolff Metternich als Leiter des Militärischen Kunstschutzes beim Oberkommando des Heeres an seinem Schreibtisch im Hotel Majestic in Paris. Aufnahme im Rahmen der Fotokampagne im besetzten Frankreich von Hartwig Beseler, 1940/1941.

schwerer Verwundung durch einen Granatsplitter am Hals war sein Heeresdienst erst 1919 beendet, und er konnte an die Universität zurückkehren. Im weiteren Verlauf des Studiums bereiste er Europa, verbrachte einige Monate in Rom, recherchierte, fotografierte und skizzierte. Im Jahr 1923 erlangte er die Doktorwürde mit seiner Dissertation zur rheinischen Baukunst: Die spätgotische Loggia zu Binsfeld, eine stilkritische Studie zur niederrheinischen Profanarchitektur im letzten Viertel des 15. und im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts.

Die enge Verbindung zu seinem wissenschaftlichen und beruflichen Ziehvater Clemen, der während des ersten Weltkrieges für den militärischen Kunstschutz tätig gewesen war, blieb zeitlebens bestehen. Der rege Schriftverkehr im Nachlass bis zu Clemens Tod 1947 bezeugt einen intensiven Austausch bezüglich des Amtes sowie über den Kunstschutz und die Wissenschaft in den besetzten Gebieten.[15]

Der militärische Kunstschutz im Ersten Weltkrieg wurde zu großen Teilen als Reaktion auf die brutalen Zerstörungen an Baudenkmälern in Belgien durch das deutsche Heer eingerichtet. Die Beschädigungen hatten für einen internationalen Aufschrei und einen schweren Ansehensverlust des Kaiserreiches gesorgt. Die Kunsthistoriker Paul Clemen und Otto von Falke erhielten den Auftrag, die beweglichen Kunstgüter und immobilen Denkmäler der besetzten Länder zu erfassen und zu sichern.[16]

Für die Kunstschutzmaßnahmen im Ersten und Zweiten Weltkrieg orientierten sich Clemen und Wolff Metternich an den Grundsätzen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese formuliert ein Verbot der Zerstörung oder Wegnahme des feindlichen Eigentums und gebietet den Schutz von wichtigen kulturellen, wissenschaftlichen, medizinischen und sozialen Einrichtungen. Gleichermaßen verlangen Einschränkungen in Artikel 23 und 27, dass militärische Ziele dem gegenüber Vorrang haben und nicht zu stören sind. Folglich wurden denkmalpflegerische Interessen ganz selbstverständlich der Kriegsführung untergeordnet. Das gemeinsame Kulturwelt- beziehungsweise Menschheitserbe stand für Clemen im Ersten und Wolff Metternich im Zweiten Weltkrieg nach eigenen Aussagen als höhergeordnetes Ziel im Fokus der Tätigkeit,[17] wenn auch die sonstigen Umstände nur geringen Handlungsspielraum geboten haben dürfen (Abb. 2).

Im Jahr 1926 trat Wolff Metternich in den Dienst der Rheinischen Provinzialverwaltung, zunächst als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Provinzialkonservator Edmund Renard, den er zwei Jahre später in diesem Amt ablöste. An der Universität Bonn erhielt Wolff Metternich 1933 einen Lehrauftrag, seit 1940 besetzte er eine Honorarprofessur für Denkmalpflege und rheinische Kunst. Seine

[13] NL FGWM, Nr. 176: Oktavheft »Inventar meiner Sachen in Gracht 1909« von Wolff Metternich. 1909.

[14] Zur Biographie Wolff Metternichs vgl. auch Henrike Bolte, Der rheinische Provinzialkonservator Franziskus Graf Wolff Metternich und der deutsche Kunstschutz 1940–1943. Erste Ergebnisse aus der archivischen Erschließung des Nachlasses, in: Annalen des historischen Vereins des Niederrheins 221 (2018), S. 205–231.

[15] Vgl. NL FGWM Nr. 240, Nr. 37 und Nr. 52, Korrespondenz Wolff Metternich mit Clemen.

[16] Vgl. Christina Kott, Christina, Préserver l'art de l'ennemi? Le patrimoine artistique en Belgique et en France occupées, 1914–1918, Brüssel 2006 und Udo Mainzer, Paul Clemen zur 125. Wiederkehr seines Geburtstages, Köln 1991.

[17] Vgl. die Haager Landkriegsordnung, 1907. Vgl. u. a. Josef Ruland (Hg.), Festschrift für Franz Graf Wolff Metternich (zum 80. Geburtstag), Neuss 1973; sowie die Einleitung von Henrike Bolte zum Findbuch Nachlass Franziskus Graf Wolff Metternich, LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum (künftig: LVR-AFZ), Stand 2016.

Vorlesungen hatten in der Regel Bezug zur praktischen Denkmalpflege oder der rheinischen Baukunst.

Für Wolff Metternichs Biographie ist außerdem die Verbindung zur katholischen Kirche, insbesondere zur Genossenschaft der rheinisch-westfälischen Malteserritter wichtig. Sein Vater beantragte am 14. Juni 1914 die Aufnahme in den Orden, wie es für viele Söhne des katholischen rheinischen Adels Usus war. Nach dem notwendigen Nachweis der adeligen Herkunft seiner Vorfahren bis in die Generation der Ururgroßeltern wurde er mit Genehmigung des Großmeisters in Rom am 22. Dezember 1915 als Ehrenritter in den Malteserorden aufgenommen. Er wurde 1932 Mitglied des Vorstandes der rheinisch-westfälischen Genossenschaft und blieb es bis in die sechziger Jahre.[18] Die Jahre 1932 bis 1936 waren eine schwierige Zeit für den Orden, der sich im Spannungsfeld zwischen dem katholischen Ordensleben, seinen karitativen Aufgaben, dem Misstrauen des NS-Staates gegenüber einer kirchlichen Vereinigung, deren rechtliches Oberhaupt im Ausland in Rom saß, und den Einbindungsversuchen in NS-Strukturen befand. Unter anderem in diesem Zusammenhang ist die Entscheidung Wolff Metternichs für den Eintritt in die NSDAP zu sehen: Nach intensiver Beratung mit Vertrauten wurde er am 1. Mai 1933 Mitglied der Partei. Ausschlaggebend war dabei wohl auch die Sorge, seines Postens enthoben zu werden, wenn er nicht beigetreten wäre.[19]

Denkmalpflege im Rheinland

Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gab es einen »Konservator der Kunstdenkmäler« für das Land Preußen in Berlin; mit den wachsenden Aufgaben wurden durch die preußische Provinzialverwaltung einzelne Provinzialkonservatoren bestellt.[20] Im Jahr 1892 wurde die »Provinzialkommission für die Denkmalpflege in der Rheinprovinz« ins Leben gerufen und 1893 erstmals der Provinzialkonservator als Sachverständiger hinzugezogen. Der erste Amtsinhaber Paul Clemen bis 1911 und dessen Nachfolger Edmund Renard bis 1928 bauten das Amt weiter aus, und die Denkmalpflege wurde stetig weiterentwickelt.[21]

Die Reisetätigkeit wurde zu einem wichtigen Aspekt für die Erfassung der Denkmäler und das Gelingen der Denkmalpflege, da die genaue Kenntnis des Objektes grundlegend für die Entscheidung der Lösungsansätze ist. Dieser Aufgabenbereich wuchs mit den Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs. [22] Die NS-Zeit brachte Rand- und Sonderbereiche in der Denkmalpflege und Kulturverwaltung hervor, die teilweise aus dem Ersten Weltkrieg wieder aufgegriffen wurden, beispielsweise die »Rückführung von Kulturgut aus den westlichen Ländern« und »Kriegserwerbungen« beziehungsweise »Beutekunst«.[23] Die sogenannte »Glockenaktion«, die Sammlung und Metallverwertung von Kirchenglocken aus kriegswirtschaftlichen Gründen, stand den denkmalpflegerischen Aufgaben des Erhaltens eigentlich entgegen.[24]

Für das Gelingen der Auslagerungen, die Bewertung des zu schützenden Kulturgutes und die Sicherheit der Bergungsorte waren die zuständigen Mitarbeiter von großer Bedeutung. Denn auch wenn Wolff Metternich als Provinzialkonservator das Vorhaben leitete und koordinierte, so hing die Umsetzung doch von den Mitarbeitern und deren Engagement ab, wie akribisch erstellte Listen mit zuständigen Bezirkskonservatoren in den Handakten Wolff Metternichs bezeugen.[25]

Bis Ende 1950 übte Wolff Metternich dieses Amt an der Spitze der rheinischen Denkmalpflege aus, die für die Erfassung, Erhaltung und Instandsetzung von historisch,

[18] Engelskirchen, Schloss Ehreshoven, Archiv der deutschen Assoziation des Malteserordens, Bestand Rheinisch-Westfälische Genossenschaft der Malteserritter, Akte Nr. 1450 (Personalakte Franziskus Graf Wolff Metternich).

[19] Vgl. NL FGWM Nr. 38 und Nr. 9 zur Entnazifizierung Wolff Metternichs.

[20] Vgl. allg. zur Denkmalpflege und -inventarisation sowie dem Landeskonservator im Rheinland die Bestände im ALVR, vgl. insbesondere jene der Kulturabteilung der Provinzialverwaltung (1871–1949) und des Rheinischen Amts für Denkmalpflege, Generalakten (1887–2006).

[21] Vgl. zur Entstehung der (Boden-)Denkmalpflege u. a. Stefan Kraus, Die Entstehung und Entwicklung der staatlichen Bodendenkmalpflege in den preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen, Aichwald 2012; zu Paul Clemen vgl. Mainzer, Paul Clemen (Anm. 15) sowie zur Überlieferung Rudolf Kalfeld, Findbuch zum ALVR-Bestand Rheinisches Amt für Denkmalpflege (Landeskonservator Rheinland und Denkmälerinventarisation der Rheinlande) Generalakten 1887–2006, Pulheim 2009 http://www.afz.lvr.de/media/de/archive_im_rheinland/archiv_des_lvr/findbuch_rheinisches_amt_fuer_denkmalpflege_generalakten_1887_2006.pdf; vgl. auch zu den Tätigkeitsfeldern heute die Homepage des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland http://denkmalpflege.lvr.de/de/startseite.html.

[22] Vgl. NL FGWM, Nr. 79 – Aufstellung der »Richtlinien für den Schutz von Baudenkmälern und die Sicherung von Kunstwerken« vom September 1939. Besonders betont wurden dabei u. a. die Maßnahmen an »besonders wertvollen und besonders gefährdet erscheinenden Gegenstände[n]«. »[B]edeutende Einzelteile«, »Innere Ausstattung von Bauwerken«, »Gegenstände von mehr als örtlicher Bedeutung«, »wertvolle Einzelteile an Bauwerken«, und »leicht bewegliche Gegenstände« seien in »trockene Keller« zu verbringen.

[23] Akten zu diesen Kategorien im ALVR Bestand Rheinisches Landesmuseum Bonn, 1820 – ca. 1954. Vgl. zu Aufgaben der Denkmalpflege während der NS-Zeit auch Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013.

[24] Vgl. hierzu die Quellenüberlieferung im ALVR Bestand Rheinisches Amt für Denkmalpflege (Landeskonservator Rheinland und Denkmälerinventarisation der Rheinlande), Generalakten 1887–2006.

[25] NL FGWM, Nr. 79, Aufstellung der zuständigen Bezirkskonservatoren 1939.

künstlerisch und architektonisch bedeutenden Gebäuden und Denkmälern zuständig ist. Seit 1939 und mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Bergung von beweglichem Kulturgut sowie der Schutz der immobilen Baudenkmäler zu den wichtigsten und dringlichsten Aufgaben für Wolff Metternich: im Rheinland und darüber hinaus seit 1940 auch mit Zuständigkeit für die besetzten Gebiete Europas.

Der militärische Kunstschutz in Frankreich

Im Mai 1940 wurde Wolff Metternich durch das Reichserziehungsministerium und den preußischen Staatskonservator Robert Hiecke zum Beauftragten für Kunstschutz beim Oberkommando des Heeres (OKH) ernannt sowie mit Voranschreiten der Truppen über Belgien und Frankreich in das von Deutschland besetzte Brüssel und im Sommer 1940 nach Paris versetzt.[26]

Wolff Metternich als Beauftragter für den Kunstschutz und sein Stellvertreter Bernhard von Tieschowitz (1902–1968) waren beim OKH angesiedelt, die Mitarbeiter der Abteilung Kunstschutz bei der jeweiligen Militärverwaltung des besetzten Landes, in Frankreich mit Sitz im Hotel Majestic in der Avenue Kléber in Paris.[27]

In Frankreich waren große Teile der staatlichen Kunstsammlungen bereits vor dem Krieg ausgelagert worden. Die Fortführung der Auslagerungen und Sicherungsmaßnahmen galt es in Zusammenarbeit der deutschen und französischen Stellen fortzuführen. Neben dem Kunstschutz wurden auch die Abteilungen Bibliotheksschutz und Archivschutz geschaffen, die ähnlich organisiert und mit Fachleuten besetzt waren. Die Korrespondenz zeigt, dass Wolff Metternich seine Mitarbeiter von Anfang an wählen durfte.[28] Dafür griff er auf Bekannte aus seiner Bonner Studienzeit und seinem Berufsfeld im Rheinland zurück: Kunsthistoriker, Denkmalpfleger und Archäologen, darunter auch Kunstschützer aus Zeiten des Ersten Weltkriegs oder deren Schüler.

Die ersten Monate der Besatzung in Paris waren für den Kunstschutz geprägt durch Kontroversen um die Zuständigkeit für die »Sicherstellung« von privatem Kulturgut, insbesondere mit Otto Abetz bei der Botschaft in Paris und schließlich mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg.[29] Wolff Metternich verstand sich in der Nachfolge Clemens als reiner Sachverwalter der staatlichen Kunstsammlungen im Sinne des Kulturerbes der Menschheit. Diese Überzeugung stand im direkten Gegensatz zur Willkür der »Sicherstellungen« und Raub von privaten Kunstsammlungen und deren Verbringung ins Deutsche Reich. Der Kunstschutz hatte kaum Einflussmöglichkeiten auf den Umgang mit privaten Kunstsammlungen. Die Verteilung und der Abtransport durch den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg wurde im November 1940 von Hermann Göring persönlich nach einem Besuch im Museum Jeu de Paume in Paris festgeschrieben. So konnte der Kunstschutz auch den Zugriff auf ausgelagerte Privatsammlungen in staatlichen Auslagerungsdepots nicht verhindern.

Die Tätigkeiten des Kunstschutzes umfassten folglich im Wesentlichen die Bewahrung von historisch wertvollen Bauten und Denkmälern, die Sicherung der staatlichen Kunstsammlungen und deren Bergungsorte, Belegungsverbote für Schlösser und Burgen, Kontrolle und Überprüfung der Einreiseerlaubnisse deutscher Museumsdirektoren und Kunsthändler sowie die Kontrolle der Ausfuhr von angekauften Kunstwerken[30]. Letztere Tätigkeit ist jedoch in der Quellenlage seitens des Kunstschutzes spärlich dokumentiert und schwer rekonstruierbar (Abb. 3).

Eine der Haupttätigkeiten war somit die Besichtigung der Bergungsorte, Berichterstattung und Dokumentation von Zerstörung und Sicherungsmaßnahmen – in Absprache mit den französischen Stellen und auch der Kooperation mit französischem Fachpersonal wie Architekten und Denkmalpflegern.

Fotografien entstanden dabei nicht nur zur Dokumentation von Erhalt, Sicherungsarbeiten oder Zerstörung von Denkmälern und Städten. Die in Zusammenarbeit mit der Universität Marburg ausgeführten und mit der Universität Bonn, dem Kunstschutz sowie seit 1942 der kunsthistorischen Forschungsstätte in Paris verbundenen Fotokampagnen inventarisierten systematisch Kulturgut in den besetzten Gebieten.[31] Die Fotografien waren

[26] NL FGWM, Nr. 200, im Tagebuch ist hierzu vermerkt: »Morgens wird die Nachricht vom Einmarsch deutscher Truppen in Holland und Belgien bekannt […] Mittags erhalte ich die Einberufung zum OKH [Oberkommando des Heeres] auf Grund einer im März vorausgegangenen Besprechung. Ich soll den Kunstschutz im Operationsgebiet übernehmen. Nach Tisch eröffne ich Alix diese Neuigkeit.«

[27] Vgl. den Bericht eines Militärverwaltungsbeamten in Frankreich: Walter Bargatzky, Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg 1987 oder den veröffentlichten Bericht Bargatzkys: Wilhelm Treue, Zum nationalsozialistischen Kunstraub in Frankreich, der »Bargatzky-Bericht«, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 13. Jhrg., Heft 3 (1965), S. 285–337.

[28] NL FGWM, Nr. 240, Dokumente zur Einrichtung des Kunstschutzes, unter anderem Korrespondenz zwischen Hiecke und Wolff Metternich.

[29] Vgl. etwa Heuss, Kunst (Anm. 4), S. 102-118 zum ERR und S. 273-277 zum Kunstschutz.

[30] Landesarchiv NRW NW 179 Nr. 17464, Entnazifizierungsakte Felix Kuetgens, Bericht über den Kunstschutz in Frankreich, 05.08.1945.

[31] Vgl. bspw. Judith Tralles, Die Fotokampagnen des Preußischen Forschungsinstituts für Kunstgeschichte während des Zweiten Weltkrieges, in: Nikola Doll / Christian Fuhrmeister / Michael H. Sprenger (Hrsg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus, Weimar 2005, S. 263–282.

Grundlage für weiterführende kunsthistorische Forschung und museale Dokumentation. Viele wissenschaftliche Vorhaben – auch mit ideologisch-nationalistischen Zielen – wurden durch den Kunstschutz und die benachbarten Referate in den besetzten Gebieten unterstützt.[32]


VERFÜGUNG

Dieser Raum mit seiner gesamten Ausstattung steht als

künstlerisch wertvoll

unter

militärischem Schutz!

Eintritt und Belegung verboten!

Zuständige Feldkommandantur

Nr. _____

in _____

Der Militärbefehlshaber in Frankreich
gez. *von Stülpnagel*
General d. Inf.

Abb. 3 Warnschild Belegungsverbot für unter Kunstschutz stehende Bauten, Nachlass Franziskus Graf Wolff Metternich Nr. 74.

Die Organisation der zu treffenden Maßnahmen erfolgte in den einzelnen Militärverwaltungsbezirken, und es gab zuständige Kunstschutzmitarbeiter in den Bezirken A, B, C, Großparis sowie Bordeaux und Südfrankreich. Die jeweiligen Feld- und Kreiskommandanturen wurden von Fall zu Fall durch den Kunstschutz mit einzelnen Aufgaben betraut, wie beispielsweise dem Anbringen von Plakaten mit Verfügungen über historisch wertvolle Gebäude oder die Unterstützung bei Verlagerung von Kunstwerken. Überlieferte Karten verdeutlichen die Vielzahl der geschützten und mittels Beschilderung unter Belegungsverbot gestellten Bauten. Aus Berichten wird jedoch auch sehr deutlich, dass diese Verordnungen oft nicht eingehalten wurden.[33]

Auch das kulturelle Leben in Paris war Teil des Alltags der Kunstschutzbeamten. Zwar fanden die Deutschen im Sommer 1940 einen fast leeren Louvre vor, doch aus propagandistischen Gründen und als Zeichen wiederhergestellter Normalität sollten nach dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich wieder geregelte Abläufe etabliert werden, auch im Kulturbereich. So wurden am 29. September 1940 mit einer Führung Wolff Metternichs Teile des Museums wieder eröffnet; für deutsche Soldaten war der Eintritt kostenlos, für Franzosen nicht.[34]

Wenn auch viele der vom Kunstschutz in Frankreich geleisteten Arbeiten positive Aspekte aufweisen, müssen die Tätigkeiten als Ganzes kritisch analysiert werden. So kann die flächendeckende fotografische Erfassung von Kunstwerken der besetzten Länder als Schritt der Besitzergreifung gewertet werden, die ideologisch inspirierte Forschung von deutscher Seite über die Kultur des besetzten Landes kommt als Ausdruck eigener Überlegenheit daher, die gleiche Sprache spricht die Ausnutzung der Zwangslange der Besetzten wie auch die Erstellung von Listen für die Rückführung von historisch aus Deutschland verschlepptem Kulturgut. Und trotz der Verdienste um die praktischen und – abseits ideologischer Gründe – notwendigen Aufgaben der Sicherung stellt sich nach wie vor die Frage, wie der Kunstschutz in den Kunstraub involviert war.

Wolff Metternichs für die französische Kultur empfängliche Haltung und seine wissenschaftlichen und beruflichen Erfahrungen erleichterten ihm den fachlichen Kontakt zur französischen staatlichen Museumsverwaltung. Im Sommer 1942 wurde er jedoch beurlaubt und im Oktober 1943 aus dem Militärdienst entlassen. Berichte schildern ein Zusammentreffen zwischen Göring und Wolff Metternich in Paris, bei dem sich der Letztere gegen die Plünderungen privaten Kulturgutes aussprach.[35] Später betonte er, er sei auf Betreiben Görings mit einem direkten Befehl Hitlers entlassen worden.[36] Wolff Metternich sprach fließend Französisch, dies wurde unter anderem in einem belastenden Schreiben des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei von 1943 negativ gegen ihn verwendet, dass er Führungen in französischer Sprache hielt.[37]

Außerdem wurde seit 1942 wegen der Bedrohung durch den zunehmenden Luftkrieg und die Zerstörung

[32] In den Tätigkeitsberichten des Kunstschutzes sind auch unterstützte Forschungsvorhaben gelistet oder Aufstellungen von Forschungsthemen, NL FGWM, Nr. 51.

[33] NL FGWM, Nr. 125, Berichte und Korrespondenzen über Zustand, Inventar und Belegungsverbote schützenswerter Gebäude (Bezirk A), 1940–1944.

[34] Akten NL FGWM, Nr. 196 und Nr. 89 zur Teileröffnung des Louvre im September 1940.

[35] Archives Nationales AJ40/1673, darin z. B. Aktennotiz vom 06.02.1941 von Hermann Bunjes über Besuch Hermann Görings in Paris und ein Zusammentreffen mit Wolff Metternich.

[36] NL FGWM, Nr. 34, Korrespondenz zu seiner Entlassung aus dem Militärdienst.

[37] NL FGWM, Nr. 153, Bericht der Sicherheitspolizei und des SD über Wolff Metternich, 20.04.1943.



Abb. 4 Der Stab des Militärischen Kunstschutzes beim Oberkommando des Heeres während einer Besprechung im Hotel Majestic. Sitzend (von links nach rechts): Felix Kuetgens, Bernhard von Tieschowitz und Franz Graf von Wolff Metternich; stehend (von links nach rechts): Der Chauffeur Herr Bauch, die Sekretärin Frau Schmidt (genannt »Schmidtchen«), Wend Graf von Kalnein, die Sekretärin Gisela Günther (unscharf) (genannt »Gigü«) und Carl Heinz Pfitzner. Aufnahme im Rahmen der Fotokampagne im besetzten Frankreich von Hartwig Beseler, 1940/1941.

der historischen Innenstädte Wolff Metternichs Anwesenheit im Rheinland dringend erwünscht. Er sollte als Konservator der Rheinprovinz wieder zurückkehren, da die Probleme der Bombenschäden und Herausforderungen für Bergungs- und Luftschutzarbeiten seine leitende Fachkompetenz erforderten.[38] Für seinen Auftrag in Frankreich war er lediglich freigestellt und im Rheinland von Provinzialbaurat Theodor Wildemann vertreten worden.

In Bonn widmete er sich wieder der Denkmalpflege, dem Luftschutz und den Bergungsarbeiten. Die wichtigen Kunstsammlungen des Rheinlandes waren bereits seit 1939 in Bergungsorte verbracht worden. Mit den vermehrten Luftangriffen wurden weitere Objekte ausgelagert, und dies musste gut organisiert werden. Auch im Inland war der Kunstschutz größtenteils eine Verwaltungsaufgabe: von der Suche nach geeigneten Bergungsorten über die Auslagerungen bis hin zum weiterführenden Schutz der Depots.

Wolff Metternich wurde auch im Inland als Instanz für Bergungsarbeiten und Luftschutz – auch hier unter dem Überbegriff »Kunstschutz« – zu Rate gezogen, was beispielsweise sein Bericht zum »Luftschutz der Kunstwerke in den besetzten Gebieten, Beobachtungen und Erfahrungen« verdeutlicht, ein Vortrag, gehalten auf einer Tagung der Museumsleiter und Denkmalpfleger in der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz. Die Erfahrungen aus den besetzten Gebieten und den Bergungsarbeiten im Rheinland verbinden sich in vielen Dokumenten in seiner Arbeit, beispielsweise folgten viele Besprechungen einer strengen Tagesordnung zum Wohle und Schutz der Kunstdenkmäler.[39]

Abermals hervorzuheben ist das Inventarisieren und Aufstellen: Auch für das Rheinland wurden die Bergungsorte systematisch in Listen erfasst, weitere Verzeichnisse wiederum listeten die dort geborgenen Sammlungen auf und wieder andere schließlich das aus den Sammlungen in den dortigen Kisten gelagerte Inventar. Die logistische Herausforderung dieser Auslagerungen ist zu betonen und Sachmittel und Kapazitäten wurden voll ausgeschöpft, sodass die Transporte und Bergungsorte nicht nur Kunstwerke umfassten, sondern auch Archivgut und Bibliotheken.[40]

[38] ALVR 11013.

[39] NL FGWM, Nr. 79, Vortrag Wolff Metternichs zum Luftschutz der Kunstwerke in den besetzten Gebieten, Tagung der Museumsleiter und Denkmalpfleger in der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz in der Zeit vom 08.–10.06.1942. Ebd. Besprechungsbericht der Denkmalpfleger zu Fragen des Kunstschutzes aus dem Jahr 1942, mit der Tagesagenda der Denkmalpflege in den Kriegsjahren: Sicherung ortsfester Kunstdenkmale, Sicherung beweglicher Kunstdenkmale, Stand der Glockenaktion sowie Fragen und Abnahme von Kupferdächern und Gebäudeteilen aus Kupfer.

[40] Karten befinden sich unter anderem in der Dienstregistratur 1 (Archivberatung der Rheinprovinz) im LVR-AFZ, Nr. 366: Verzeichnis der Bergungsorte, 18.09.1944; Nr. 370: Karte der Bergungsorte, Herbst 1944.

Personennetzwerke

Die erwähnten Personennetzwerke um Wolff Metternich zeigen deutlich die rheinischen Bezüge. Wichtige Figuren waren beispielsweise Bernhard von Tieschowitz, ausgebildet an der Universität Marburg und vor und nach dem Kriege Mitarbeiter in der Denkmalpflege, oder auch Carl-Heinz Pfitzner, Wolff Metternichs Direktorialassistent. Selbst der Buchbinder und Fahrer Josef Bauch wurde aus dem Rheinland ins besetzte Frankreich mitgenommen. Josef Busley war zwischenzeitlich bei der Denkmälerinventarisation, Hermann Bunjes ebenfalls bei der Inventarisation sowie an der Universität Bonn, Felix Kuetgens war vor und nach dem Krieg Museumsdirektor in Aachen. Die Liste ist weiter fortzusetzen – auch beim Kunstschutz in anderen besetzten Ländern. Die fachliche Kompetenz und die persönlichen Verbindungen qualifizierten für eine Tätigkeit beim Kunstschutz, und Wolff Metternich hatte entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten (Abb. 4).

Die privaten Dokumente dieser Kunstschutzoffiziere sind besonders aufschlussreiche Quellen, so beispielsweise die Taschenkalender und Tagebücher von Wolff Metternich und Bernhard von Tieschowitz.[41] Diese bezeugen durch das Vermerken von Orten und Personen die engen Verknüpfungen zwischen der Militärverwaltung, der französischen Kulturszene und der rheinischen Denkmalpflege, aber auch Treffen zu Organisation und Vorgehensweise mit der Partei nahestehenden Personen. Auch die Aufenthalte von Kollegen wie Alfred Stange von der Universität Bonn in Paris oder Hans-Joachim Apffelstaedt, Leiter der Kulturabteilung bei der Provinzialverwaltung, sowie Treffen mit dem preußischen Staatskonservator Robert Hiecke in Berlin vermerken interessante Ansatzpunkte für die weitere Forschung nach Personennetzwerken.

Die Nachkriegszeit

Ende 1944 verließ Wolff Metternich Bonn, im März 1945 war er mit seiner Familie bei Verwandten, der Familie Grafen von Westfalen auf Schloss Fürstenberg im Kreis Paderborn. Am 4. April 1945 wurde er hier von amerikanischen alliierten Offizieren verhaftet und im Gefängnis in Rheinbach interniert, am 12. April 1945 aber bereits wieder entlassen.[42]

Sofort stellte sich der Kontakt zu den amerikanischen Kunstschutzoffizieren ein, den sogenannten Monuments Men, insbesondere Everett Parker Lesley, sehr bald auch zu deren britischen Kollegen, insbesondere Michael Ross, Hugh Murray-Baillie und Lionel Perry. Es entwickelte sich sogleich eine Zusammenarbeit für den Schutz der Kulturgüter im Rheinland, wie beispielsweise die gemeinsame Besichtigung von Bergungsorten und Rückführungen von Kunstwerken. Wolff Metternichs Fachwissen der vorhergegangenen Jahre war hierfür von großer Bedeutung und einige Kontakte mündeten sogar in langjährige freundschaftliche Beziehungen.

Um seine Tätigkeit als Provinzialkonservator und die Wiederaufbaumaßnahmen wieder aufnehmen zu können, musste Wolff Metternich von der britischen Militärverwaltung in seinem Amt bestätigt werden. Bereits am 2. August 1945 wurde die Genehmigung zu seiner vorläufigen Anstellung ausgestellt. Im Winter 1945/1946 erreichten ihn auch einige französische Entlastungsschreiben, beispielsweise das oft im Rechtfertigungsprozess verwendete Schreiben von Jacques Jaujard an Général Raymond Schmittlein vom 10. Dezember 1945 über den Einsatz Wolff Metternichs und Kollegen für das französische Kulturerbe und mit besonderer Fürsprache für dessen Bestätigung im Amt. Der Provinzialkonservator wurde am 14. Februar 1946 schließlich durch die britische Kontrollkommission bestätigt.[43]

Nach durchlaufenem Entnazifizierungs- und Berufungsverfahren und endgültiger Einstufung als unbelastet wurde Wolff Metternich im Februar 1948 auch wieder für seine Lehrtätigkeit an der Universität Bonn zugelassen und im Zuge dessen wurden durch den Entnazifizierungsausschuss auch keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung als – nach der Auflösung der preußischen Provinzen und Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen – nunmehr Landeskonservator des Gebietes Nordrhein eingewandt. Tatsächlich ausgestellt wurde das Entlastungs-Zeugnis letztendlich erst am 21. April 1948.[44]

Seit Juli 1945 führte er auch Gespräche über die Neuordnung der Denkmalpflege in der Rheinprovinz, die Vereinheitlichung der Denkmalpflege in der britischen Zone, und seine Position als Staatskonservator und Provinzialkonservator in Personalunion wurde diskutiert.[45]

[41] Taschenkalender Wolff Metternich und Tieschowitz im NL FGWM u. a. Nr. 437, Nr. 438, Nr. 251.

[42] NL FGWM, Nr. 438 (36), Taschenkalender FGWM 1945.

[43] Dokumente zur Entnazifizierung u. a. in ALVR 35142 Personalakte Wolff Metternich, NL FGWM, Nr. 9, 10, 11, 38 und Nr. 220 sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin (künftig: PA AA) P 14/59907, Personalakte Wolff Metternich.

[44] NL FGWM, Nr. 9, Entlastungszeugnis für Franziskus Graf Wolff Metternich vom 21.04.1948.

[45] PA AA P 14/59907 und NL FGWM, Nr. 38, Schreiben Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz Klt/II an FGWM, 29.09.1945 und Übersendung einer Niederschrift vom 29.09.1945.

Dies führte zu Spannungen mit Joseph Busley beim Kultusministerium, der in diesem Prozess übergangen wurde. Busley war bis zu seiner Versetzung 1933 Kulturamtsleiter der Provinzialverwaltung, dann bei der Denkmälerinventarisation beschäftigt und war im Kunstschutz in Frankreich für den Bezirk B (Angers) sowie später auch für Bordeaux zuständig gewesen. Da Busley nicht Mitglied der NSDAP war, wurde er nach Kriegsende zügig entlastet und wieder beim Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz und im Kultusministerium beschäftigt.

Die Nachkriegszeit führte, wie dieses Beispiel andeutet, durchaus auch zu neuen Kontroversen um Hierarchien und Karrieresprünge bei ehemaligen Kunstschutzkollegen. Im Allgemeinen sind die personellen Kontinuitäten im Kulturbetrieb nicht zu unterschätzen. Wolff Metternich nutzte viele Möglichkeiten, um über den »Wiederaufbau der Denkmalpflege« zu referieren und suchte den Fachaustausch mit Kollegen in ganz Deutschland.[46] Denn der Wiederaufbau zerstörter Städte und Denkmäler sowie die Rückführung von ausgelagertem Kulturgut gehörten zu den großen Aufgaben der Denkmalpfleger in der Nachkriegszeit. Verbunden mit Restitutionsaufgaben bot dies auch ein interalliiertes politisches Spannungsfeld.

Für das freizügige Ausstellen von Entlastungsschreiben aufgrund der gegenseitigen lokalen und kollegialen Verbindungen und undurchdringlichen Netzwerke waren oft vielmehr die Macht und Beziehungen der Personen ausschlaggebend als die eigentliche Unschuld oder Schuld.[47] Auch Wolff Metternich stellte zwischen 1946 und 1949 eine Vielzahl an Entlastungszeugnissen, Gutachten und Eidesstattlichen Erklärungen aus, meist mit der Begründung hinsichtlich katholischer, ausschließlich wissenschaftlicher oder antinationalsozialistischer Haltung und bezogen auf die Arbeit für den Erhalt des Kulturerbes der Menschheit.[48]

Sein internationales Ansehen sowie seine wissenschaftlichen und beruflichen Verbindungen verhalfen ihm im Nachkriegsdeutschland zu weiterem Aufstieg. Durch seine vielseitigen internationalen Beziehungen qualifizierte er sich für den diplomatischen Dienst.

So war er 1951 und 1952 im Auswärtigen Amt als Leiter des Referates Wissenschaft der Kulturabteilung tätig. Sein Einsatz für die Wiedereröffnung deutscher Auslandsinstitute war für seine 1953 erfolgte Berufung zum Direktor der Bibliotheca Hertziana in Rom durch die Max-Planck-Gesellschaft von Vorteil.[49] Dort lebte und arbeitete er im Palazzo Zuccari, forschte zur Baugeschichte des Petersdoms und machte Exkursionen mit Studierenden zu den Baudenkmälern Italiens. Unter seiner Leitung wurde das traditionsreiche Institut wieder als kulturwissenschaftliches Zentrum für deutsche Forschung in Italien etabliert. Wolff Metternich führte zudem internationale Korrespondenz zur Denkmalpflege, zur Aufarbeitung der Kunstschutztätigkeiten während des Krieges und auch zu kulturpolitischen Fragen wie beispielsweise zum Thema der Restitution. Im Jahr 1962 wurde er emeritiert. Im Alter von siebzig Jahren wurde er mit dem Orden der französischen Ehrenlegion als Anerkennung für seine Verdienste beim militärischen Kunstschutz ausgezeichnet. Gemeinsam mit seiner Frau kehrte Wolff Metternich 1968 zurück nach Deutschland, auf den renovierten nunmehrigen Familiensitz Frohnhof in Junkersdorf bei Köln. Im Alter von fünfundachtzig Jahren starb Wolff Metternich im Mai 1978.

Fazit

Wolff Metternich stellt ein interessantes Beispiel einer genuin deutsch-französischen Kunsthistorikerkarriere mit Kontinuität von der Kaiserzeit über die Naziherrschaft bis in die junge Bundesrepublik dar.

Als überzeugter Katholik und Denkmalpfleger, der engagiert hinter den Bedürfnissen sakraler Bauten stand, kam Wolff Metternich immer mehr in Bedrängnis mit dem erstarkenden Nationalsozialismus. Sein Parteieintritt scheint unter anderem aus der Motivation, seine berufliche Stellung halten zu können und im besten Falle mit christlichen Werten gegensteuern zu können, erfolgt zu sein. Durch den Rückhalt in Fach- und Kollegenkreisen konnte Wolff Metternich sich in seiner Position halten und durch die Arbeit als Beauftragter für Kunstschutz in den besetzten Gebieten Erfahrungen aus dem Ausland auch in den rheinischen Kunstschutz übertragen.

Wolff Metternich arbeitete nach gut zehn Jahren als Provinzialkonservator quasi über weitere zehn Jahre hauptberuflich für den Schutz von Kulturgütern in Kriegszeiten und den anschließenden Aufräumarbeiten in der Nachkriegszeit. Darüber hinaus gehörten in seiner Zeit beim Auswärtigen Amt ebenfalls die Verhandlungen um Restitutionen zu seinem Aufgabenbereich, und

[46] Gesammelte Unterlagen, Korrespondenz und Veröffentlichungen bspw. in NL FGWM Nr. 64.

[47] Vgl. Bert Rösch, Die Entnazifizierung in der britischen Besatzungszone von 1945 bis 1949, Hausarbeit Uni Hamburg WS 97/98, S. 15.

[48] NL FGWM, Nr. 237 sowie ALVR 35410 und ALVR 35411.

[49] Vgl. Christof Thoenes, Kontinuität. Die Bibliotheca Hertziana unter Franz Graf Wolff Metternich (1953–1963), in: Sibylle Ebert-Schifferer unter Mitarbeit von Marieke von Bernstorff (Hrsg.), 100 Jahre Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte. Die Geschichte des Instituts 1913–2013, München 2013, S. 144–153.

er war in beratender Funktion an Gesprächen zu den UNESCO-Richtlinien zum Umgang mit Kulturgut beteiligt. Somit beschäftigte sich Wolff Metternich von etwa 1939 bis 1952, also über gut dreizehn Jahre mit Fragen des Kulturgutschutzes und Bergungsmaßnahmen. Dieses große Kapitel seiner Biographie war in Verbindung mit dem gleichzeitigen und darüber hinausreichenden Einsatz in der Denkmalpflege eine prägende Ära für Wolff Metternich persönlich. In dieser Zeit übte er großen Einfluss aus, knüpfte fleißig Kontakte und stilisierte sich so zu einer starken Figur.

Esther Heyer M. A., Wotanstraße 54, 80639 München,
esther.r.heyer@googlemail.com

Bildrechte. Abb. 1 und 3 LVR-AFZ. – Abb. 2 und 4 Bildarchiv Foto Marburg, Ausführung Hartwig Beseler.

Summary. From 1928 to 1950 Franziskus Graf Wolff Metternich held the office of Provincial Conservator, later of Federal State Conservator. He was a strict Catholic. In 1933 he joined the NSDAP. With the outbreak of war, the recovery of movable cultural property and the protection of immobile architectural monuments was his main task, before in the summer of 1940 he became the Commissioner for Art Protection at the High Command of the Army and was transferred to occupied France. There he set up a department of carefully selected experts whose main task was to safeguard the state art collections and to control the export of works of art. In 1942, Metternich was suspended from this task and released from military service a year later. From 1942 onwards, as Provincial Conservator in the Rhineland, he devoted himself above all to air-raid protection and, after the end of the war and denazification, worked with the Allies on the repatriation of art and the preservation of historical monuments.

Résumé. De 1928 à 1950, Franziskus Graf Wolff Metternich occupa le poste de Conservateur provincial, ensuite de Conservateur fédéral. Il était un catholique strict. En 1933, il rejoignit le NSDAP. Avec le déclenchement de la guerre, la récupération des biens culturels mobiliers et la protection des monuments historiques devinrent sa tâche principale. En été 1940, il fut nommé Commissaire à la protection du patrimoine artistique au Haut Commandement de l'armée, et il fut transféré en France occupée. Il y créa un département d'experts soigneusement sélectionnés dont la tâche principale était de sauvegarder les collections d'art de l'État et de contrôler les exports les œuvres d'art. En 1942, Metternich fut suspendu de cette tâche et, un an plus tard, il fut libéré du service militaire. A partir de 1942, en tant que Conservateur provincial en Rhénanie, il se consacra avant tout à la protection contre les raids aériens et, après la fin de la guerre et la dénazification, il travailla avec les Alliés au rapatriement de l'art et à la préservation des monuments historiques.

Resümee. Von 1928 bis 1950 bekleidete Franziskus Graf Wolff Metternich das Amt des Provinzialkonservators, später Landeskonservator. Er war ein strenger Katholik. Im Jahr 1933 trat er in die NSDAP ein. Mit Kriegsausbruch wurde die Bergung von beweglichem Kulturgut und der Schutz immobiler Baudenkmäler seine Hauptaufgabe, bevor er im Sommer 1940 Beauftragter für Kunstschutz beim Oberkommando des Heeres wurde und man ihn in das besetzte Frankreich versetzte. Dort baute er eine Abteilung aus sorgfältig ausgewählten Fachleuten auf, deren Aufgabe vor allem in der Sicherung der staatlichen Kunstsammlungen sowie der Kontrolle der Ausfuhr von Kunstwerken bestand. Im Jahr 1942 wurde Wolff Metternich von dieser Aufgabe beurlaubt und ein Jahr später aus dem Militärdienst entlassen. Seit 1942 widmete er sich im Rheinland als Provinzialkonservator vor allem dem Luftschutz und arbeitete nach Kriegsende und erfolgter Entnazifizierung mit den Alliierten an der Kunstrückführung und in der Denkmalpflege.

Jürgen Merten

Der Große Trier-Plan der rheinischen Kulturverwaltung

Die Via Triumphalis Archaeologica und das Großmuseum im Kurfürstlichen Palast

Inhalt dieser Studie ist ein kulturelles Projekt von einzigartiger Dimension für eine Provinzstadt wie Trier, ganz im Westen Deutschlands und bis 1945 am äußeren Rand der preußischen Rheinprovinz gelegen. Ihr Alleinstellungsmerkmal war und ist ihr kulturelles Erbe: nicht nur Schätze aus dem Mittelalter, wie in manchen anderen Städten des Landes, sondern vor allem die in Mitteleuropa singulären Bauwerke der spätantiken Kaiserresidenz und die herausragenden römischen Funde in den hiesigen Sammlungen. Mit dem Großen Trier-Plan der dreißiger Jahre ging es um ein Projekt, das manchen Zeitgenossen mit den Museumskomplexen in Dresden, München und Berlin vergleichbar erschien. Mit enormem organisatorischen, finanziellen und nicht zuletzt propagandistischen Aufwand wurde schon bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein Werk in Szene gesetzt, das seinesgleichen suchte.[1]

Der faktische Ausgangspunkt des Großen Trier-Plans ist das kurfürstliche Schloss in Trier, der Stadtpalast der Erzbischöfe und Kurfürsten bis zum Ausgang des Alten Reiches – das größte und bedeutendste profane Baudenkmal der nachantiken Zeit in der Moselstadt. Der gewaltige Gebäudekomplex besteht aus zwei Vierflügelanlagen mit dem nördlichen Nieder- und dem südlichen Hauptschloss, dessen Westflügel noch von der spätantiken Basilika stammt. Der Rokokoflügel von Johannes Seiz grenzt im Süden an den großen Schlossgarten. Die Kenntnis der Geschichte des Palastes und seiner Nutzung ist wesentlich für das Verständnis der Entwicklungen in den dreißiger Jahren.[2]

Nach der Besetzung durch die französische Revolutionsarmee 1794 und dem Ende des Kurstaates wurde der Palast in eine Kaserne umgewandelt, die 1814 der preußische Militärfiskus übernahm, der nach weiteren Umbauten im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts bis eintausend Mann Infanterie sowie Kavallerie hier unterbrachte. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Kaserne 1919 zunächst wieder von der französischen Armee bezogen. Im Juni 1930 endete – nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages – die Besetzung des Rheinlandes, und die Franzosen zogen auch aus Trier ab. Nun waren bisher militärisch genutzte Gebäude bis Mitte 1933 zivilen Zwecken zuzuführen, ansonsten drohte ihnen der Abbruch.[3] Diese Verhältnisse verkomplizierten sich noch, als 1928 vor der Zweiten Zivilkammer in Trier ein Prozess begann, in dem es letztlich um die Frage ging, ob das Eigentumsrecht an Palast und Palastplatz der Stadt Trier oder aber dem Deutschen Reich zustünde. Dieser Prozess zog sich jahrelang hin und endete schließlich 1934 in einem außergerichtlichen Vergleich zugunsten der Stadt.[4] In Anbetracht dieser Sachlage gab es in Trier schon Ende der zwanziger Jahre intensive Diskussionen über die

Für Hilfe vielfältiger Art bei der Erschließung der Archivalien danke ich Karl-Günther Burg (Mertesdorf), Peter Luy (Wadern) und Franziska Schmitz (Kordel), ferner Monica Sinderhauf (Bistumsarchiv Trier), Bernhard Simon und Tobias Teyke (Stadtarchiv Trier) sowie Rudolf Kahlfeld und Wolfgang Schaffer (Archiv des Landschaftsverbands Rheinland). – Ergänzend zur Archivüberlieferung wurden einschlägige Artikel der Lokalpresse ausgewertet: Trierische Landeszeitung (im Folgenden: Tr. Landesz.), Trierischer Volksfreund (im Folgenden: Tr. Volksfr.) und Trierer Nationalblatt (im Folgenden: Tr. Nationalbl.), archiviert in Stadtarchiv Trier (im Folgenden: StAT), NL Laven, 664, 853, 3781, 4394; Rheinisches Landesmuseum Trier, Museumsarchiv (im Folgenden: RLMT), Bibliothek, Ztg.

[1] Vgl. Jürgen Merten, Das Rheinische Landesmuseum Trier 1920–1945 – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 183–201; hier S. 195 f. – Zum historischen Hintergrund vgl. allg. Emil Zenz, Geschichte der Stadt Trier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3, 1928–1945, Trier 1973, S. 240–249; gekürzt: ders., Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert, 1. Hälfte 1900–1950, Trier 1981, S. 365–369.

[2] Eberhard Zahn, Die Geschichte des Kurfürstlichen Palastes in Trier, in: Das Kurfürstliche Palais in Trier. Festgabe zur Wiederherstellung durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Trier 1956, S. 5–40; Reinhold Wacker, Das Kurfürstliche Palais in Trier und seine Vorgängerbauten, Trier 2007, S. 64–72, bes. S. 53–72.

[3] RLMT B 123b (Palastmuseum, Konzepte), 1b.

[4] Tr. Landesz. 16. und 17.04.1934; Tr. Nationalbl. 17.04.1934; Tr. Volksfr. 17.04.1934; Wacker, Kurfürstliches Palais (Anm. 2), S. 64–67.

künftige Nutzung des ehemaligen kurfürstlichen Schlosses, das nur noch als »Palastkaserne« bezeichnet wurde und sich baulich in einem desolaten Zustand befand.

Stadtplanung und Museumsviertel 1928–1930

Der städtische Generalbauplan und die Museumssammlungen. Für die Stadt Trier war im Hinblick auf die Stadtentwicklung die künftige Verwendung der Palastkaserne, aber auch anderer militärischer Bauten von großer Bedeutung. Für diese Konversionsaufgaben war im Leitungsgremium der Stadtverwaltung der seit 1927 amtierende technische Beigeordnete und vormalige Regierungsbaurat Otto Schmidt[5] zuständig. Bereits im Juni 1929 legte Schmidt den »Vorentwurf zu einem Generalbauplan für den Raum Trier« vor. Im Zusammenhang mit einer neuen Mittelachse plante er 1930 die Wiederherstellung des Palastgartens, der zusammen mit den Trierer Kunstsammlungen im Palast und dem Neubau der Stadtbibliothek zu einem Kulturforum entwickelt werden sollte. Bei der Publikation seiner Vorschläge für den Generalbauplan schrieb er 1932, dass die »Generalidee für die Umgestaltung des Palast- und Museumsviertels« nun »sogar in Kürze wahrscheinlich« sei (Abb. 1).[6]

Sicherlich in Kenntnis der aktuellen amtlichen Überlegungen für die Stadtentwicklung machte sich ebenfalls 1930 der städtische Baurat Friedrich Kutzbach[7] eigene konzeptionelle Gedanken zur Zusammenfassung schon vorhandener oder noch aufzubauender Museumssammlungen in Trier. Dabei knüpfte er an eigene Überlegungen für ein neues Heimatmuseum des Trierer Raumes aus dem Vorjahr an, zu dem das seiner Leitung unterstehende, überwiegend volkskundlich ausgerichtete Moselmuseum der Stadt fortentwickelt werden sollte.[8] Er schlug zwar vor, man solle »die ganze Trierer Museumsfrage aufrollen«, plädierte aber insbesondere für ein »Deutsches Heimatmuseum für Trier« und wollte – sichtlich angeregt von der »Rheinischen Jahrtausendfeier« des Jahres 1925 – alle Sammlungen der letzten tausend Jahre »in einem großen Museum zusammengefaßt« sehen. Dazu zählte er neben dem eigenen Moselmuseum auch das »Deutsche Weinmuseum« sowie die Kunsthandschriften der Stadtbibliothek und die Urkunden des Stadtarchivs. In Bezug auf die wünschenswerte Beteiligung der »kirchliche[n] Kunst und Kultur« klingt etwas Skepsis an, schließlich »müßte die kirchliche Verwaltung allerdings in geeigneter Form mitarbeiten«. Völlig ausgeschlossen blieben bei seinem Plan aber die von ihm als »ältere Boden- und Baufunde« charakterisierten vor- und frühgeschichtlichen sowie römischen Sammlungen des Provinzialmuseums. Schließlich führt er aus, dass für die Realisierung seiner Ideen allerdings ein geeignetes »weitläufiges historisches Gebäude […] unter dieselbe Hand« vonnöten wäre. Offensichtlich spielte auch er dabei auf die ungeklärte Zukunft der Palastkaserne an und hielt gleichermaßen eine dirigierende Gesamtleitung des Projekts für erforderlich. Erst drei Jahre später, 1933, sah sich Kutzbach unter konkreter gewordenen Umständen veranlasst, diese zunächst unveröffentlichten Überlegungen publik zu machen.[9]

Die Rheinische Museumskommission. Auch in der Kommission für die Rheinischen Provinzialmuseen wurden die Trierer Museumssammlungen insgesamt thematisiert, laut Protokoll zuerst in der Sitzung am 21. Juli 1928. Daran nahmen wie üblich auch der Direktor des Provinzialmuseums Trier, Emil Krüger[10], sowie als Kommissionsmitglied der Trierer geistliche Studienrat Nikolaus Irsch[11] teil, zu dessen Aufgaben die Leitung des Trierer Diözesanmuseums gehörte. Von der im gleichen Jahr neu konzipierten Förderung von Heimatmuseen wollte sowohl das städtische Moselmuseum profitieren als auch – auf eigenen Wunsch – das Diözesanmuseum einbezogen werden. In dieser Sitzung machte die einflussreiche Museumskommission den prinzipiellen Standpunkt der Provinzialverwaltung klar: »eine Zusammenfassung aller Museen Triers unter einheitlicher Leitung würde grundsätzlich zu begrüßen und anzustreben sein. Wesentliche Bewilligungen seitens der Provinzialverwaltung würden nur bei Berücksichtigung dieses Grundsatzes zu befürworten sein«.[12] Damit sollten konkurrierende Positionen ausgeschlossen und der Primat des Provinzialmuseums als der mit Abstand größten Einrichtung gewahrt bleiben.

Im Zusammenhang mit fehlenden Magazinflächen und der dringlich gewordenen Neuaufstellung der Schausammlung im Trierer Provinzialmuseum wurde nach einer Ortsbesichtigung im Protokoll der Sitzung

[5] Heinz Monz (Hrsg.), Trierer biographisches Lexikon, Trier 2000 (im Folgenden: Tr. Biogr. Lex.), S. 407 f. s. v. Schmidt, Otto (Karl-August Heise).

[6] Otto Schmidt, Städtebauliche Arbeit in Trier, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 52 (1932), S. 73–87, Abb. 41; Karl-August Heise, Die alte Stadt und die neue Zeit. Stadtplanung und Denkmalpflege Triers im 19. und 20. Jahrhundert, Trier 1999, S. 100–104.

[7] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 242 f. s. v. Kutzbach, Friedrich (Helmut Lutz).

[8] Friedrich Kutzbach, Das Trierer Heimatmuseum als Aufgabe, in: Tr. Landesz. 10.10.1929.

[9] Archiv des Landschaftsverbands Rheinland, Brauweiler (im Folgenden: ALVR) 11400 (Palastkaserne u. lothring. Grenzmuseum), 23–28 (Beilage zu einem Schreiben von Kutzbach an Busley vom 03.08.1933), danach gedruckt: Friedrich Kutzbach, Das (deutsche) Heimatmuseum für den Grenzbezirk Trier, in: Tr. Volksfr. 22.09.1933; Tr. Landesz. 26.09.1933.

[10] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 239 f. s. v. Krüger, Emil (Jürgen Merten).

[11] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 197 f. s. v. Irsch, Nikolaus (Franz Ronig).

[12] RLMT B 102 (Museumskommission), 10 (21.07.1928); ALVR 11259 (Kommission für die Rheinischen Provinzialmuseen), 130–137.

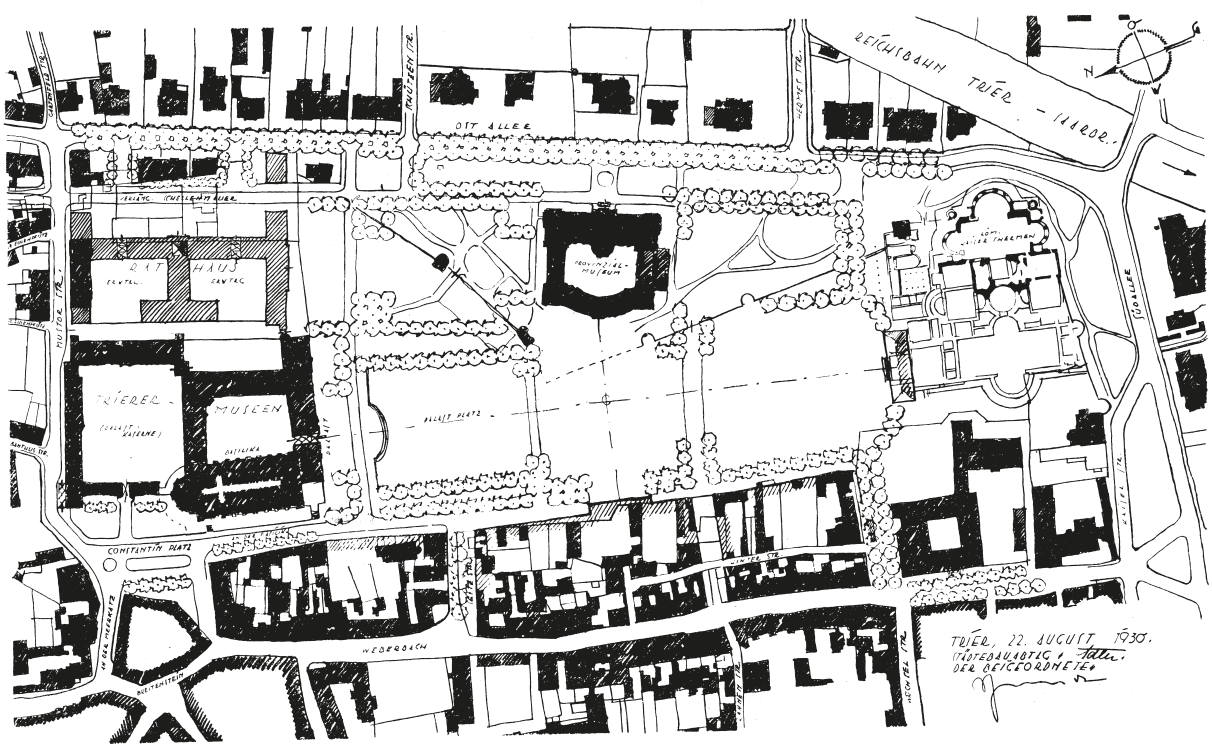

Abb. 1 Trier. Das Palast- und Museumsviertel im Generalplan der Stadt, 1930

vom 16. Juli 1930 der Kurfürstliche Palast zumindest als eine Option zur Lösung der Raumfragen angedeutet: »Die in der zurückliegenden Besatzungszeit geübte Zurückhaltung ist jetzt nicht mehr berechtigt […]. Ob in der Palastkaserne oder einer anderen Kaserne Magazinräume zur Verfügung gestellt werden können, darüber sei jetzt keine Entscheidung zu erreichen«.[13]

Ein Zentralmuseum im Fokus von Diskussionen und Denkschriften 1931–1933

Parallel zu den stadtplanerischen Vorlagen des Beigeordneten Schmidt und den vorsichtigen Erwägungen der Museumskommission gab es nach den Überlegungen von Kutzbach weitere Diskussionen, Denkschriften und Vorträge aus der Reihe der mit Kunst und Kultur befassten Fachleute. Sie liefen auf das Projekt eines wie auch immer zu konzipierenden Zentralmuseums in Trier hinaus.

Das Gutachten der Museumskommission und das Raumprogramm Emil Krügers. In einem von der Museumskommission beauftragten Gutachten des Düsseldorfer Museumsdirektors Karl Koetschau an den Landeshauptmann der Rheinprovinz vom 3. Februar 1931 findet sich ein konkreter Vorschlag mit einer interessanten Perspektive: Da alle Trierer Museen unter einer »drangvoll fürchterlichen Enge« litten, sollten sich unter der Oberleitung der Provinz das Provinzialmuseum, das städtische Museum »und nicht zuletzt […] das Diözesan-Museum, in dem der Besitz jetzt gerade zu gefährdet ist, zu einer Arbeitsgemeinschaft […] vereinigen«, indem sie ihr Sammlungseigentum als Leihgabe zur Verfügung stellten. Ähnlich wie die Anregung von Kutzbach zur zeitlichen Abgrenzung aus dem Vorjahr schlug er vor: »Alle nachantike Kunst könnte in der Palastkaserne vortrefflich aufgestellt werden […]«; dieser Komplex könne »sofort in die erste Linie der rheinischen Heimatmuseen rücken«. Die archäologischen Sammlungen des Provinzialmuseums sollten also weiterhin im bisherigen Museumsgebäude in der Ostallee verbleiben, dieses aber durch die Verlagerung der mittelalterlich-neuzeitlichen Stücke entlastet werden.[14] Diesen Vorschlag machten sich der Landeshauptmann Johannes Horion sowie die Museumskommission zu eigen. Der Vorsitzende der Kommission, Geheimrat Paul Clemen, teilte öffentlich mit, dass das Einverständnis der drei Museen vorliege, und forderte, dass die notwendigen Pläne fertig sein müssten, wenn der Prozess über die Eigentumsfrage am Palast entschieden sei. Persönlich wollte er sich dafür einsetzen, dass Reich und Staat das Projekt finanziell unterstützen.[15]

[13] RLMT B 102, 13 (16.07.1930); ALVR 11259, 330.
[14] RLMT B 123b, 2.
[15] RLMT B 102, 14; StAT 4394, anonyme Zeitungsnachricht, 13.05.1931.

Erst im Sommer 1933 war es soweit, dass Krüger als Direktor des Provinzialmuseums dem seit April amtierenden neuen Landeshauptmann Heinz Haake ein Raumprogramm mit einer Übersicht der Raumberechnungen für »Das zukünftige Museum deutscher Kunst und Kultur im kurfürstlichen Palast zu Trier« einreichte.[16] Dabei blieb er auf der von Koetschau formulierten Linie der Museumskommission, nur die mittelalterlichen und neuzeitlichen Sammlungsteile des Provinzialmuseums für die Aufstellung vorzusehen, nicht aber die eigentliche Museumssammlung mit den archäologischen Funden der Vorgeschichte, vor allem der römischen Epoche sowie der Frankenzeit. Er listete Flächen und Objektgruppen für ausgewählte Sammlungsstücke des Provinzialmuseums, des Diözesanmuseums und des städtischen Moselmuseums auf und wies sie vorhandenen Räumen in den drei Flügeln des Hauptschlosses zu. Allerdings zeigte er auch detailliert Räumlichkeiten für Direktion, Verwaltung, Zeichner, Werkstätten, Hausmeister »seines« Provinzialmuseums auf; die eigene Verwaltung sollte also ebenfalls in den Palast umziehen.

War im Gutachten von Koetschau 1931 noch zurückhaltend von einer »Arbeitsgemeinschaft« der Trierer Museen die Rede, so gab es inzwischen schon eine – von Krüger überlieferte – Absprache zwischen dem Oberbürgermeister von Trier und Landesrat Wilhelm Kitz von der Provinzialverwaltung, »daß nämlich das neue Museum dem Direktor des Provinzialmuseums unterstellt werden soll und der Leiter des städtischen Museums dann mit unseren Abteilungsdirektoren gleich rangiert. Der nächste wichtigste Punkt dürfte nunmehr wohl der sein, von der bischöflichen Behörde eine schriftliche Zusage der leihweisen Überweisung der Sammlungen des Diözesanmuseums in das neue Museum zu erhalten«.[17]

Die Trierer Museumsplanungen und Josef Busley. Der für die Kulturförderung in der Rheinprovinz seit 1928 zuständige Dezernent, Landesverwaltungsrat Josef Busley, nahm in dieser Eigenschaft auch alle das Museumswesen betreffenden Angelegenheiten der Provinzialverwaltung wahr. Dazu gehörten die Sitzungen der Museumskommission, die zweimal jährlich alle grundlegenden, insbesondere die ausgabenrelevanten Beschlüsse für die Provinzialmuseen traf. Neuerdings kamen auch Fragen der Heimatmuseen hinzu. Auch wenn die letzten Entscheidungen im Allgemeinen Landeshauptmann Horion oblagen und dem Vorsitzenden der Museumskommission Clemen eine wesentliche koordinierende Funktion zukam, so war Busley doch die graue Eminenz im Hintergrund, bei der die Fäden der rheinischen Museumspolitik zusammenliefen. Das betraf auch die Museumsverhältnisse in Trier, die sich 1933 soweit entwickelt hatten, dass sie seiner besonderen Aufmerksamkeit bedurften.[18]

Mit dem Trierer Museumsdirektor Krüger pflegte Busley nach Ausweis der überlieferten Korrespondenz eine ebenso vertrauensvolle wie fachlich fundierte Zusammenarbeit. Mit dem Trierer Oberbürgermeister Heinrich Weitz[19] war er sich spätestens im Juli 1933 einig, dass die Provinz in Verbindung mit Stadt und Bistum in der Palastkaserne ein »Zentralmuseum« einrichten solle. Busley unterstützte auch die Verhandlungen von Weitz mit der Reichsvermögensverwaltung, um den Prozess der Stadt Trier gegen das Deutsche Reich im Zusammenhang mit der Frage des Eigentums am Palast durch einen Vergleich beenden zu können. Ferner bemühte er sich um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, damit endlich dringende Instandsetzungsarbeiten an der Palastkaserne eingeleitet werden konnten. Von Krüger, Kutzbach und Irsch erbat er sich Unterlagen und Informationen, um mit einem Lichtbildervortrag vor dem Provinzialausschuss für das Museumsprojekt eintreten zu können. In einem ausführlichen Bericht über eine Dienstreise mit Landesrat Kitz und Oberbaurat Konrad Rühl nach Trier am 14. Juli 1933 referierte er über die Besichtigung aller Museen und ihre Unterbringung sowie die Palastkaserne als mögliches neues Gebäude für alle Sammlungen. Oberbürgermeister Weitz sei einverstanden mit der Übernahme der Palastkaserne durch die Provinz, wenn diese den Palast für den »Generalplan eines großen Trierer Museums« beansprucht. »[…] die Stadt Trier will alles tun, damit dieser von mir seit nunmehr 5 Jahren vertretene Plan zustande kommt. Ebenso wird die Stadt Trier selbstverständlich ihr ganzes Museumsgut für dieses neue Museum zur Verfügung stellen«. Nach dieser Notiz hat die Provinzialverwaltung in der Person von Busley – wohl schon seit 1928/29 – in vorausschauender Weise die Zusammenfassung der Trierer Museumssammlungen betrieben und dabei zunehmend die Palastkaserne in den Blick genommen.[20]

Umso überraschender erschien dann eine Änderung in der bisherigen Haltung der Stadt zur Museumsfrage, die nach der Zwangspensionierung des bisherigen Oberbürgermeisters Weitz im Herbst 1933 eintrat. Der neue Oberbürgermeister Ludwig Christ[21] erklärte Mitte November gegenüber Busley, die Übernahme der Palastkaserne vom

[16] RLMT B 123b, 4a-b; ALVR 11400, 87–99; RLMT, Planarchiv, H 57–66 (Lichtpausen, M. 1:200, Grundrisse und Querschnitte aller Geschosse, 1933–1934).
[17] RLMT B 123b, 4c, 3 (29.11.1933).
[18] ALVR 11400, 3–118.
[19] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 498 f. s. v. Weitz, Heinrich (Horst Romeyk).
[20] ALVR 11400, 16–18.
[21] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 64 s. v. Christ, Ludwig (Reinhard Bollmus).
[22] RLMT B, 123b, 4c, 1–3 (23.–29.11.1933); ALVR 11400, 117–124.

Reich in das Eigentum der Stadt stünde bevor. Die Stadt würde nun selbst den Bau in ein großes Museum umgestalten, so dass mit den umliegenden Flächen »eine eindrucksvolle Museumsinsel im Rahmen des Stadtbildes geschaffen würde«. Bereits diese Wortwahl lässt erkennen, dass die Neuausrichtung der städtischen Pläne unter dem Einfluss des Beigeordneten Schmidt stand. Auch dieser legte Busley dar, »daß die Stadt Trier tatsächlich den ganzen Museumsplan, wie wir ihn seitens der Provinz seit Jahren verfolgen und im Auge haben, übernehmen will. In der Erwartung, dass wir und die bischöfliche Behörde die entsprechenden Museumsbestände hergeben und so mit zum Aufbau helfen«. Christ und Schmidt gingen nach dem Bericht Busleys weiter davon aus, dass die Finanzierung sowohl des Umbaus als auch der künftigen Unterhaltung unmöglich von der Stadt getragen werden könne und man »selbstverständlich« von Staat und Provinz die Übernahme der Kosten erwarte. Über diese Situation und die umlaufenden Gerüchte tauschten sich auch Busley und Krüger aus. Krüger führte dabei Klage über die auch hier wieder erkennbare fehlende Zusammenarbeit zwischen Provinz und Stadt für die Museumsneugestaltung, bei der aus seiner Sicht zudem eine klare Arbeits- und Kostenteilung unerlässlich sei.[22]

Der »Aufbauplan« von Hanns Lückger. Die in Trier und Düsseldorf kursierenden Planungen der zuständigen Fachleute erfuhren noch 1933 eine massive Störung durch einen Vorschlag des Kölner Kunsthistorikers Hanns Lückger, der einen »Aufbauplan für ein lothringisches Grenzland-Museum in Trier« präsentierte.[23] Dazu reichte er am 26. Juli 1933 eine Vorlage an den Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung in Berlin ein: »Das lothringische Grenzland-Museum für deutsche Kulturpropaganda ist die museale Neuschöpfung, die das nationalsozialistische Deutschland in Trier hinzustellen hat. Ich wäre glücklich, wenn ich mit Ihrer machtvollen Hilfe in meinem Kampfe um das trierische Museum rechnen und Ihnen eingehendere Vorschläge für den Ausbau des gedachten Museums unterbreiten dürfte«.

Der Vorgang kam über den preußischen Kultusminister an den Trierer Regierungspräsidenten Konrad Saaßen[24], der den Direktor des Provinzialmuseums um Stellungnahme bat, die dieser in Absprache mit den Fachleuten vor Ort vorlegte. Die Trierer Experten, insbesondere die Museumsdirektoren Krüger, Kutzbach und Irsch trafen sich am 18. September 1933 im Provinzialmuseum. Sie waren empört über die heftigen Attacken gegen die archäologischen, insbesondere römischen Sammlungen, man kritisierte die Unkenntnis musealer Zusammenhänge und die schlichte Präsentation von handbuchartigem Geschichtswissen und betonte schließlich, ein thematischer Ausstellungsplan sei kein sammlungsbezogenes Museumskonzept. Darüber hinaus war man irritiert von dem starken antifranzösischen und völkischen Einschlag der Vorlage von Lückger. Man sah in dieser eine Gefahr für die eigene Museumsarbeit und wollte sich die Möglichkeiten, die ein Gebäude in der Palastkaserne bieten würde, nicht von außen aus der Hand nehmen lassen. Auf Vorschlag von Irsch sollte daher ein öffentlicher Vortrag zur Information der »Mitbürger« angeboten werden, zu dem – aus welchen Gründen auch immer – »aber besonders die NSDAP geladen werden« sollte. Auf Anregung Krügers wurde Irsch zum Sprecher bestimmt, das Thema sollte »Deutsche Kunst im Trierer Großmuseum« lauten. Damit war – offenbar in der Formulierung von Krüger – im Kreis der Trierer Fachleute ein Name für das neue Haus gefunden, der bei aller Vorläufigkeit in der Folgezeit am häufigsten verwendet werden sollte. Im Nachgang dazu wurde der Plan von Lückger vonseiten des Ministeriums mit dem lakonischen Hinweis »schon im Hinblick auf die Höhe der hierfür veranschlagten Kosten« abgelehnt.

Der Vortrag von Nikolaus Irsch. Es kam zum Höhepunkt der verschiedenen Aktivitäten des Jahres 1933 mit ihren zum Teil gegenläufigen Tendenzen. Am 21. Dezember 1933 fand im Provinzialmuseum in der Vortragsreihe der Gesellschaft für Nützliche Forschungen der von den Museumsleitern in der Auseinandersetzung mit den Vorschlägen von Lückger konzipierte Vortrag zur Unterrichtung der Öffentlichkeit statt. Der Titel lautete nun: »Die Aufgaben der Trierer Museen und das Trierer Großmuseum«. Referent war wie vorgesehen der Leiter des Diözesanmuseums, Nikolaus Irsch.

Es war kein Zufall, dass der Vortrag vor vollem Haus in Anwesenheit des Bischofs Franz Rudolf Bornewasser[25], des kommissarischen Oberbürgermeisters Christ sowie des Regierungspräsidenten Saaßen stattfand, der als Vorsitzender der Gesellschaft in die Veranstaltung einführte: Er sprach von einem Plan für ein »neues Deutsches Museum des Westens«, der bereits über die notwendige politische Unterstützung verfüge, und zwar seitens der Stadt Trier, der rheinischen Provinzialverwaltung und der »Berliner amtlichen Stellen«. In ähnlicher Weise hatte er sich bereits kurz zuvor bei der feierlichen Einführung des neuen Oberbürgermeisters öffentlich geäußert.[26]

Der Vortragende Irsch erläuterte zunächst die Baugeschichte des Kurfürstlichen Palasts, in dem künftig die Trierer kunst- und kulturgeschichtlichen Schätze öffentlich zugänglich gemacht werden sollten. Ausführlich

[23] RLMT B 123b, 3; ALVR 11400, 33–117.

[24] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 386 s. v. Saaßen, Konrad (Heinrich Studentkowski).

[25] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 43 f. s. v. Bornewasser, Rudolf (Franz-Josef Heyen).

[26] Tr. Volksfr. 18.11.1933.

sprach er über das städtische Moselmuseum und das Diözesanmuseum mit seinen christlich-kirchlichen Sammlungen, die bislang »völlig unzureichend« untergebracht seien. »Neben dem Provinzialmuseum [in der benachbarten Ostallee] muß im Kurfürstlichen Palais ein deutsches, ein christliches, ein kirchliches, mit einem Worte, das große historische Museum Triers und des deutschen Westens erstehen«. Hier sei nun eine einmalige Gelegenheit zur Lösung der Trierer Museumsaufgaben gegeben, die keinesfalls versäumt werden dürfe. Mit einem »Deutschen Museum« könne Trier – so der Pressebericht – »neben München, Berlin und Dresden […] die größte deutsche Museumsstadt« werden.

Im Rahmen des Vortrags von Irsch wurde erstmals die Bezeichnung »Großmuseum« auch öffentlich für das in der Palastkaserne vorgesehene große museale Projekt verwendet. Zwar gab es in der Tagespresse Zusammenfassungen des Vortrags, doch waren diese nicht von Irsch autorisiert; merkwürdigerweise auch nicht der übliche Vortragseigenbericht, der den Presseartikeln im nächsten Vierteljahresheft der Trierer Zeitschrift folgte.[27]

Im Anschluss an den Vortrag von Irsch meldete sich Kutzbach nochmals in einem Zeitungsbeitrag zu Wort, nun ebenfalls die Bezeichnung »Großmuseum« verwendend. Er betrachtete aber die ganze Trierer Museumsfrage weiterhin nur unter dem Gesichtspunkt der städtischen Sammlungen: seines heimatkundlichen Moselmuseums, dazu passender Bestände aus Stadtbibliothek und Stadtarchiv sowie des Weinmuseums. Für die nachgelassenen Kunstwerke aus den bürgerlichen Sammlungen Hermes, Kraus und Bock schlug er gar eine eigene »Städtische Kunsthalle« vor. Eindeutig erscheint allerdings sein Vorschlag für die »Unterbringung des Heimatmuseums – natürlich zunächst im Herrenhof des Palastes«.[28]

Die neue Kulturpolitik der Rheinprovinz und der Große Trier-Plan 1934–1935

Der ›neue Mann‹ Hans-Joachim Apffelstaedt. Die nationalsozialistische Machtergreifung Anfang 1933 führte auch in der preußischen Rheinprovinz und ihrer Kulturverwaltung überraschend schnell zu tiefgreifenden Änderungen. Nach dem unerwarteten Tod von Landeshauptmann Horion wurde mit Heinz Haake ein in der NSDAP bewährter ›alter Kämpfer‹ im April 1933 sein Nachfolger.

Die entscheidende Person für alle Fragen der künftigen Kulturpolitik der Rheinprovinz im Allgemeinen und in Bezug auf den »Großen Trier-Plan« im Besonderen wurde der neue Kulturdezernent, Landesrat Hans-Joachim Apffelstaedt, der zugleich als SA-Standartenführer ein wichtiges Parteiamt ausübte, das in seinen Einflussmöglichkeiten kaum überschätzt werden kann.[29]

Apffelstaedt, der stets in SA-Uniform auftrat, begann im September 1933 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Kulturdezernat und hatte – nur drei Monate später – von Dezember 1933 an als Abteilungsdirigent die verantwortliche Gesamtleitung der Abteilung Kulturpflege inne. Sein Vorgänger und bisheriger Vorgesetzter, Josef Busley, wurde in die Denkmalinventarisation beim Provinzialkonservator abgeschoben.

Apffelstaedt behielt sich außerdem persönlich die Leitung des Referats »Provinzialmuseen« vor. Von den am 11. Mai 1934 in »Rheinisches Landesmuseum«[30] umbenannten Instituten in Bonn und Trier mit ihren großen archäologischen Sammlungen sowie dem mit ihnen verbundenen Ausgrabungswesen erwartete er offensichtlich spektakuläre Erfolge für seine neue Kulturpolitik. Entsprechend wurden nun die Geldmittel ausgebaut und gezielt eingesetzt. Die Umbenennung von »Provinzialmuseum« in »Landesmuseum« in der Rheinprovinz war kein Einzelfall, sondern folgte einem in den preußischen Provinzialverwaltungen üblich gewordenen Trend.

Schon im April 1934 teilte Apffelstaedt in seinem ersten Rechenschaftsbericht mit, dass fast vierzig Prozent der Gesamtausgaben der Kulturpflege auf die beiden Provinzialmuseen entfalle. Die »völlige Neuordnung des Provinzialmuseums in Bonn« stehe für ihn an erster Stelle. Nach Hinweisen auf die massive Förderung der Vorgeschichtsforschung folgte eine Vorneverteidigung der provinzialrömischen Archäologie im Rheinland. Schließlich erklärte er die »Schaffung eines Großmuseums in Trier« als Zusammenfassung der erstklassigen Bestände des Provinzialmuseums, der hervorragenden Sammlung mittelalterlicher Kunst des bischöflichen Diözesanmuseums, der reichen Schätze der Stadtbibliothek sowie der volkskundlichen Sammlungen des städtischen Moselmuseums »zu einer einzigartigen Gesamtschau von der

[27] Nikolaus Irsch, Die Aufgaben der Trierer Museen und das Trierer Großmuseum [nicht autorisierter Vortragsbericht], in: Trierer Zeitschrift 9 (1934), S. 184 f., nachgedruckt aus: Tr. Landesz. 22.12.1933. – Weitere Zeitungsberichte über den Vortrag: Tr. Volksfr. 22.12.1933; Tr. Nationalbl. 22.12.1933.

[28] Friedrich Kutzbach, Zum Trierer Großmuseum. Innere Gliederung und Aufbau, in: Tr. Landesz. 10.01.1934.

[29] Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz, Köln 1996, S. 133–137, S. 191; passim; Klaus Pabst, Die »Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Geschichtsvereine« im Dritten Reich, in: Stephan Lennartz (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Bergisch-Gladbach 1997, S. 109–133; hier S. 117–119; Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie und Bodendenkmalpflege (Anm. 1), S. 49–65.

[30] Tr. Nationalbl. 17.05.1934; Jahresbericht des Rheinischen Landesmuseums Trier 1934/35, in: Trierer Zeitschrift 10 (1935), S. 131.

Vorgeschichte bis in die Neuzeit« zu einer wesentlichen Aufgabe.[31]

Die »Via archaeologica« oder »Denkmälerschau«. In Trier gab es im Laufe des Jahres 1934 noch weitere Überlegungen zur Inwertsetzung des Kulturerbes. Es ging um die Idee eines touristischen Weges, der quer durch die Altstadt alle sehenswürdigen Baudenkmäler und die Kunstsammlungen miteinander verbinden sollte. In seinen Grundzügen taucht der Gedanke bereits in dem vom Düsseldorfer Museumsdirektor Koetschau 1931 für die Museumskommission formulierten Gutachten zur Lage der Trierer Museen auf, in dem ein künftiges Museum in der Palastkaserne im Zusammenhang der Trierer Sehenswürdigkeiten gesehen wird. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass die Anregung dazu vom Trierer Museumsdirektor Krüger stammt, der 1934 auch als Urheber des Namens »Via archaeologica«[32] genannt wird.

Parallel dazu äußerte sich im Oktober 1934 der städtische Beigeordnete Schmidt in einem Fachaufsatz zu seinen städtebaulichen Vorstellungen, die er anknüpfend an den seit 1929 von ihm entwickelten Generalplan[33] unter den Ansprüchen der ›neuen‹ Zeit mit weiteren großen, teils monumentalen Bauplänen aktualisiert hatte; hier bestätigt er auch Krüger als Spiritus rector der Trierer »Via archaeologica«.[34] In einem illustrierten Zeitungsbeitrag konkretisierte er kurz darauf diese Vorstellungen für die Öffentlichkeit.[35] Unter dem Namen »Denkmälerschau« solle ein Besichtigungsweg eingerichtet werden: von der Porta Nigra mit dem zu erneuernden Simeonstift »als feierlichem Eingang« oder als »monumentales Entrée und Vorschau der Trierer Bau- und Kunstdenkäler« (2), über den Hauptmarkt (3) zu Dom und Liebfrauen (4), weiter über die Basilika und den Palast mit dem Großmuseum (5), die noch zu errichtende Stadtbibliothek sowie Palastplatz (6) mit den Kaiserthermen (7) und weiter zum Tempelbezirk am Altbachtal (8) und dem Amphitheater (9).

Von der »Via archaeologica« im Sinne Krügers unterscheidet sich dieser Plan eigentlich nur durch pragmatische touristische Akzente, indem er seinen Ausgangspunkt am Hauptbahnhof (1) nimmt und das Amphitheater nicht die letzte Station ist. Vielmehr geht es noch den Petrisberg hinauf, um über der Stadt zu enden, dort wo Schmidt mit neuen Bauwerken dem ganzen Ensemble seine »Stadtkrone« aufsetzen und einen »Thingplatz« einrichten wollte (10). Von hier geht der Weg wieder zum Hauptbahnhof zurück. Dieses Projekt der »Denkmälerschau« wollte Schmidt nun mit einem »weiteren großen Plan« ergänzen, bei dem eine bauliche Neuausrichtung des gesamten Moselufers in Angriff genommen werden sollte, wozu auch die »Ausgestaltung des Ehrenhofes als Aufmarschplatz nationaler Feiern am Fuße des Ehrenmals« im Bereich von St. Irminen geplant war.

Ebenfalls im Spätjahr 1934 entstand in der Palastkaserne ein »Riesenmodell« der »Via archaeologica«, mit dessen Anfertigung Apffelstaedt den »Kunstbildhauer« Sylvester Scholz[36] aus Düsseldorf beauftragt hatte. In nur fünf Monaten schuf dieser ein hölzernes Modell mit allen römischen und mittelalterlichen Baudenkmälern der Innenstadt im Maßstab 1:200, einen »Schauzug der Trierer Altertümer«. Der monumentale Eindruck des Modells war gewünscht, die Dimensionen waren entsprechend: bei achteinhalb Metern Länge und bis zweieinhalb Metern Breite umfasste es eine Fläche von sechzehn Quadratmetern (Abb. 2). Wie von Apffelstaedt nachdrücklich gefordert, gelang Scholz die Fertigstellung bis zur Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, die am 24. März 1935 stattfand. Hier wurde das Modell zum ersten Mal der Öffentlichkeit gezeigt. Es war vorgesehen, später eine farbige Fassung zu ergänzen. Zunächst aber sollte es vor allem die hochrangigen und einflussreichen Ehrengäste beeindrucken und für die großen Pläne der rheinischen Provinzialverwaltung und ihres Kulturdezernates in Trier werben.[37]

Auch in der Reichshauptstadt wollte Apffelstaedt Aufmerksamkeit für die Trier-Pläne erregen. Zunächst erhoffte er sich die Teilnahme des Reichskultusministers und des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an der Bonner Veranstaltung, aber vergeblich. Dann plante er, den hölzernen Aufbau für eine Sitzung im Kultusministerium im Juli 1935 nach Berlin schaffen zu lassen, doch war »nach einer Mitteilung des zuständigen Ministeriums der Transport des Modells nicht er-

[31] Hans-Joachim Apffelstaedt, Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im ersten Jahre der Deutschen Revolution, April 1933/34. Kulturabteilung, in: Die Rheinprovinz 10 (1934), H. 4, S. 34–38.

[32] Hinweis auf Krüger nach einer aus der Rheinisch-Westfälischen Zeitung übernommenen Notiz in: Baugilde 16 (1934), H. 20 (25. Oktober); danach in: Tr. Landesz. 30.10.1934.

[33] Schmidt, Städtebauliche Arbeit (Anm. 6).

[34] Otto Schmidt, »Sanierung«. Städtebau im Sinne neuer Zielsetzung, in: Städtebau 29 (1934), S. 497–501.

[35] Otto Schmidt, Gestaltung des Trierer Raumes in Vergangenheit und Zukunft, in: Tr. Volksfr. 13.04.1935; nachgedruckt bei Christina Hebben, Ein Museum unter dem Hakenkreuz. Das Rheinische Landesmuseum Trier im Spannungsfeld von Ideologie und Wissenschaft, in: Hans-Peter Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus, Trier 2002, S. 93–138, hier S. 110 f.

[36] Zu Sylvester (auch Silvester) Scholz waren keine weiteren Angaben zu ermitteln. Der Bibliothek der Kunstakademie Düsseldorf danke ich für freundliche Auskünfte. Scholz ist auch nicht erwähnt im derzeit umfassendsten biographischen Fachnachschlagewerk: Allgemeines Künstlerlexikon, Bd. 102, Schleime–Seitter, Berlin 2019.

[37] ALVR 11280 (Provinzialmuseum Trier), 10.10.1934–29.06.1935; Tr. Nationalbl. ca. 10.–13.02.1935; 20.03.1935.

wünscht«.[38] Der weitere Verbleib des Stücks ist unklar. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass es nach Trier zurückkam, da es im geplanten Vorschaumuseum im Simeonstift, als Eingang zur »Via archaeologica«, präsentiert werden sollte.[39]

Der »Große Trier-Plan«. Seine seit der Übernahme des Kulturdezernates verfolgten Pläne für die Umgestaltung der rheinischen Kulturpolitik hat Apffelstaedt vor allem in zwei ausführlichen Ansprachen anlässlich der beiden Einweihungsfeiern des Bonner Landesmuseums öffentlich gemacht: am 24. März 1935 (mit der ersten Präsentation des Modells der Trierer Via archaeologica) und nochmals am 26. April 1936.

Im Rahmen seines Generalplans sah Apffelstaedt – nach der Reorganisation des Kulturdezernats (1933/34), der Neugestaltung des Bonner Landesmuseums (1935/36) und dem Beginn des Ausgrabungsprogramms der Vorgeschichte (1935/36) – als »vierte große Aufgabe den Plan betreffend die Stadt Trier«. Das große Potenzial der von Schmidt skizzierten Denkmälerstraße übernahm er 1935 unter ausdrücklicher Einbeziehung des Großmuseums im Palast. Zur Namensprägung der »Via archaeologica« von Krüger ergänzte er »triumphalis« und beschrieb damit das »Gesamtbild […] einer Via triumphalis archaeologica, wie sie in dieser Geschlossenheit und Größe und in dem Zusammentreffen von ragenden Bauten und museal angesammeltem Kunstgut einer Landschaft nördlich der Alpen ihresgleichen nicht finden wird«. Da man beim Großmuseum bislang kaum über Ansätze hinausgekommen sei, wolle er keine Teillösung, sondern »das Problem Trier in seiner Totalität« erfassen und mit ehrgeiziger Zielsetzung in einer auf »acht Jahre laufenden Gesamtplanung« abgeschlossen haben.[40] In der Presse versuchte man eine Übersetzung des wohl zu sperrig und unverständlich wirkenden Ausdrucks mit »Trierer Prachtstraße des Altertums«[41]; ein Fachgelehrter benutzte die präzisere Übertragung »Archäologische Triumphstraße«[42].

Das monumentale »Riesenmodell« von Scholz stellte das Abbild von Apffelstaedts »Großem Trier-Plan« dar. In der Publikation der Ansprache ist das Modell selbst als »Via triumphalis archaeologica« bezeichnet; irreführend ist die in der Bildunterschrift angegebene Länge von »159 m«.[43] Merkwürdig erscheint auch, dass diese Bezeichnung nicht über 1936 hinaus verwendet wurde.

Nach der ersten Ankündigung 1935 konnte Apffelstaedt schon im Jahr darauf berichten, dass gemäß den von ihm erreichten Zusagen zur Finanzierung durch Reich, Staat und Provinz der erste Abschnitt der Arbeiten als »Sofortprogramm« beginnen würde. Selbstbewusst sprach er von »meinem umfassenden Plan zur Ausgestaltung des einzigartigen Kulturbesitzes der Stadt Trier […], dem ich in bewußter Einschätzung des Interesses der angelsächsischen Welt den Namen ›Via triumphalis archaeologica‹ gegeben habe«[44].

Für das nach eigener Aussage inzwischen durch Zusagen von Reich, Staat und Provinz finanziell gesicherte »Sofortprogramm« sollten verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen (und von den jeweils zuständigen Seiten unterstützt) werden: 1. die Umgestaltung der Umgebung der Porta Nigra (Stadt und Staat), 2. die Restaurierung des Simeonstifts (Stadt und Provinz), 3. die Wiederherstellung des »alten deutschen Stadtbildes« in Simeonstraße und Hauptmarkt (Stadt und Provinz), 4. schließlich die Ausgestaltung des Palastplatzes von einem Exerzier- und Sportplatz zu einer Gartenanlage mit einem Aufmarschplatz, allerdings verbunden mit dem ebenso lakonischen wie deutlichen Hinweis: »archäologische Untersuchungen sind nicht vorgesehen« (Stadt und Provinz).

Diese überschaubaren Maßnahmen wurden bis 1939 im Wesentlichen umgesetzt. Die darüber hinausgehenden großen Planungen verblieben aber im Entwurfssta-

[38] ALVR 11280, 21.08.1935.

[39] Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz 29 (1936), S. 36, Abb.: Die Bildunterschrift, das »Modell der Umgestaltung [!] des Trierer Stadtkerns im Rhein. Land.-Mus., Trier«, ist hier wohl nicht nur in inhaltlicher Hinsicht (dargestellt war der Bestand an Baudenkmälern), sondern auch in Bezug auf den Aufbewahrungsort unzutreffend.

[40] Hans-Joachim Apffelstaedt, Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, in: Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 233–244, hier S. 240–244. – Leicht verändert nachgedruckt: ders., Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 24. März 1935, in: Museumskunde 7 (1935), S. 84–94. – Auszüge mit entsprechenden Schlagzeilen als Aufmacher in den Trierer Zeitungen des folgenden Tages: Tr. Landesz. 25.03.1935 (Beilage: Achtjahresplan für die Stadt Trier); Tr. Volksfr. 25.03.1935 (Beilage: Die Trierer via triumphalis archaeologica).

[41] Tr. Landesz. 27.04.1936.

[42] Johann Baptist Keune, Eine »Via archaeologica« zu Trier, in: Trierische Heimat 11 (1934/35), S. 98–101.

[43] Apffelstaedt, Wiedereröffnung des Landesmuseums (Anm. 40), S. 240 f. mit Abb. – Tatsächlich maß das aufgestellte Modell nur etwa ein Zwanzigstel der angegebenen Länge von »159 m«, andererseits beträgt die Luftlinie der größten Erstreckung von der Porta Nigra bis zum Altbachtal mit ca. 1.600 m ziemlich genau das Zehnfache davon. – Es erscheint aber auch erstaunlich, dass ein sonst kundiger Zeitgenosse die behauptete Größe des »Riesenmodells« kommentarlos referiert (Keune, Via archaeologica [Anm. 42], S. 98); auch in einer neueren Darstellung beeindrucken die »monumentalen Ausmaße«, falls »die Angabe kein Tippfehler war« (Hebben, Museum unter dem Hakenkreuz [Anm. 35], S. 109).

[44] Hans Joachim Apffelstaedt, Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936 [Separatdruck der Provinzialverwaltung, o. O., o. J., Düsseldorf 1936], 20 S.; lag offenbar schon als Gelegenheitsdruck zur Veranstaltung vor.

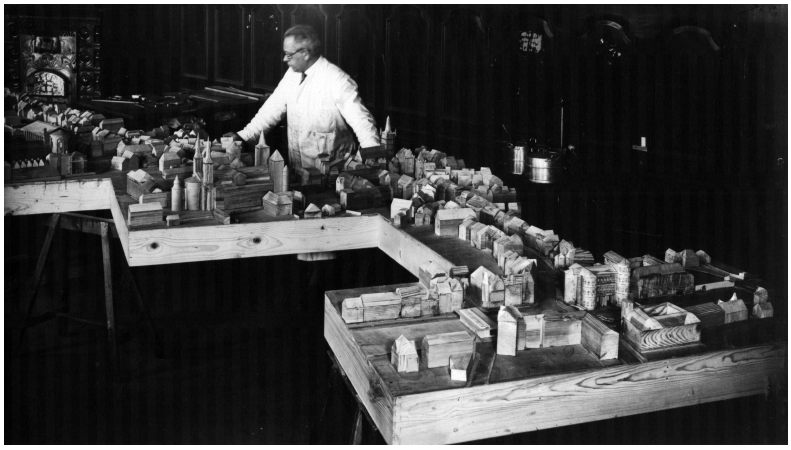

Abb. 2 Trier. »Via triumphalis archaeologica«. Modell von Sylvester Scholz, im Hintergrund der Künstler, 1935.

dium und wurden nicht realisiert. Dazu gehörten vor allem einerseits die Umgestaltungen an Kaiserthermen und Amphitheater (Staat und Stadt) sowie andererseits ein Neubau der Stadtbibliothek neben dem Palast (ausschließlich in städtischer Regie).

Den größten Komplex des Trier-Planes stellte aber der vorgesehene Umbau der Palastkaserne zu einem Großmuseum dar. Hier sollte nach den markig klingenden, propagandistisch aufgeladenen Worten Apffelstaedts »von der Vorgeschichte bis in die Neuzeit, den Kampf der Bewegung hinein, in museal vorbildlicher Schau die kulturelle und künstlerische Leistung des Moselraumes nach großen kulturpolitischen Gesichtspunkten zu geschlossener Gesamtschau vereinigt« werden.[45]

In Anbetracht der schwierigen Planungssituation zu Anfang der dreißiger Jahre erscheint es von besonderem Interesse, wie Apffelstaedt versuchte, die Finanzierung zu sichern: Von der veranschlagten einen Million Reichsmark hatte die Provinz bereits die Hälfte zur Verfügung gestellt, die fehlenden fünfhunderttausend Mark wurden »dank der persönlichen Anteilnahme des Herrn Reichsministers des Inneren Pg. Dr. Frick vom Reich übernommen, und die erste Rate von 100.000 RM für 1936 bereits fest zugesagt«.[46]

Von ähnlich großem Geschick zeugt Apffelstaedts Umgang mit der Öffentlichkeit. Die beiden Bonner Reden wirken durchkomponiert und auf das gezielt eingeladene einflussreiche Publikum aus Partei, Verwaltung und Kultur ausgerichtet. Die Ansprachen (zumindest die von 1936) lagen offensichtlich schon zur Veranstaltung selbst als Vorabdruck vor (rasch gesetzt, mit manchen Druckfehlern).[47] Sie erschienen bereits am nächsten Tag mit gezielten Aufmachern und gut illustriert in der Trierer Tagespresse[48] und im nächsten Heft der eigenen Hauszeitschrift »Die Rheinprovinz«[49]. Die kulturell interessierten Bürger im Rheinland wurden mit weiteren Abdrucken in der Zeitschrift des »Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz«[50] unterrichtet, die Museumswelt in ihrem Zentralblatt »Museumskunde«[51].

Der »Große Trier-Plan« war sowohl in der Absicht der Stadt Trier als auch in der Zielsetzung der rheinischen Kulturverwaltung ein ambivalentes Projekt. Dabei ging es beiden Seiten zwar auch um Kulturgüter, Baudenkmäler und Museumsschätze, aber den politischen Entscheidern ging es eigentlich um anderes. Der planmäßige Ausbau der Denkmäler und Sammlungen sollte unter den Vorzeichen nationalsozialistischer Kulturpolitik der intensiven Förderung des Fremdenverkehrs dienen und damit der erhofften neuen großen Einnahmequelle der Stadt, nachdem das Militär als bis dahin wichtigster Wirtschaftsfaktor seit 1930 völlig ausgefallen war. Dazu wurde nicht zuletzt auch von Stadtverwaltung und Provinz die Zusammenarbeit mit der Organisation »Kraft durch Freude« gesucht. An dieser Stelle berührten sich die städtebaulichen Ambitionen von Schmidt mit den kulturpolitischen Intentionen Apffelstaedts.[52]

45 Ebenda, S. 18.
46 Ebenda, S. 18.
47 Ebenda.
48 Tr. Landesz. 27.04.1936 (Der Bau des Trierer Großmuseums wird verwirklicht); Tr. Volksfr. 27.04.1936 (Trier in der rheinischen Landes- und Volksforschung).
49 Hans Joachim Apffelstaedt, Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn, in: Die Rheinprovinz 12 (1936), S. 303–314 (Nachdruck in Auszügen).
50 Hans Joachim Apffelstaedt, Grundsätzliches zur Kultur- und Denkmalpflege. Aus seiner Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936, in: Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz 29 (1936), S. 7–40.
51 Hans Joachim Apffelstaedt, Arbeiten und Aufgaben der rheinischen Provinzialverwaltung. Auszug aus einer Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936, in: Museumskunde 8 (1936), S. 97–108 (Nachdruck in Auszügen).
52 Schmidt, Gestaltung des Trierer Raumes (Anm. 35); Apffelstaedt, Wiedereröffnung des Landesmuseums (Anm. 40), S. 242 f.

Das Großmuseum im Kurfürstlichen Palast. Noch Ende Dezember 1933 ließ Apffelstaedt die von seinem Vorgänger Busley initiierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in der Palastkaserne stoppen: Eine bloße Zusammenführung der verschiedenen Trierer Museumssammlungen in einem Gebäude war in seinen Augen keine tragfähige Konzeption.[53] Zur Entwicklung neuer Planungen für das Museumsprojekt benötigte er umgehend personelle Unterstützung. Im April 1934 wurde der Düsseldorfer Kunsthistoriker Hans Eichler als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter vom Kulturdezernat am Provinzialmuseum angestellt.[54] Damit füllte er einerseits eine fachliche Lücke in Bezug auf die nachantiken Sammlungen, denn die Wissenschaftler am Trierer Museum waren allesamt Archäologen. Andererseits war Eichler von Anfang an Apffelstaedts Mann in Trier, insbesondere für das geplante Großmuseum. Über ihn liefen viele Anfragen, er verfasste Denkschriften und andere Papiere, und er – nicht der vor der Pensionierung stehende Museumsdirektor Krüger (!) – war mehrfach bei den Verhandlungen von Apffelstaedt mit Vertretern der Stadt oder der Kirche dabei. Offenbar erhoffte sich Apffelstaedt von der bischöflichen Seite, dass man den jungen Wissenschaftler aufgrund seiner Fachkunde künftig bei Sammlungsfragen einbeziehen würde.

Am 24. April 1934 verfasste Eichler eine »Denkschrift über den Plan eines Großmuseums in Trier« und beschrieb den aktuellen Stand der mündlichen Vorverhandlungen[55]: Nach wie vor war das Ziel die Zusammenfassung des nachantiken (also nicht-archäologischen) Museumsgutes von Stadt, Provinz, Staat und Kirche, wobei auch Stadtbibliothek und Weinmuseum ausdrücklich erwähnt wurden. Die Präsentation sollte nach inhaltlichen Gesichtspunkten unter Wahrung der jeweiligen Eigentumsrechte erfolgen, eine geschlossene Aufstellung der jeweils eigenen Bestände käme nicht in Frage. Da der Oberbürgermeister damit einverstanden sei, dass »die Provinzialverwaltung die Führung beim Aufbau des Museums« übernimmt, sei dies die Aufgabe des Provinzialmuseums.

Die aktuellen politischen Entwicklungen spielten mit ihren ideologisch verbrämten Vorstellungen nun aber auch in die Museumskonzeption hinein. Bei der grundlegenden Neueinrichtung des Museums »ergeben sich aus dem Geist der Gegenwart besondere Verpflichtungen: Es ist hier Gelegenheit, von vorneherein das nationalsozialistische Gedankengut mit in den Aufstellungsplan einzubauen«. Als »Leitgedanke« wird die Frage gestellt: »wie kann auf anschauliche Weise von der Gegenwart und den in ihr wirkenden Ideen und Kräften für die Öffentlichkeit die Brücke zu der kulturellen Substanz der Vergangenheit geschlagen werden?«. Dazu sollten epochenübergreifend die Exponate nach folgenden Themen aufgestellt werden: Politik – Kunst und Volk – Feierkultur – Alltag und Arbeit – Gemeinschaftsleben. Der »Planungsvorschlag« zeichnet sich laut Autor durch besondere Flexibilität und geringe Kosten aus.

Abschließend wird scheinbar lapidar mitgeteilt, dass zur Zeit zwar keine Absicht bestünde, die Sammlungen des Provinzialmuseums aus Vorgeschichte, Römerzeit und Frühmittelalter in das Großmuseum einzubeziehen, doch sollte »eine grundsätzlich neue Museumspolitik in Trier« diese Frage dennoch stellen. Würde sie bejaht, dann könnte es nur eine Auswahl sein, aber dann »unter großen Leitgedanken ähnlich denen der neueren Abteilungen«. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese Lösung auch räumlich möglich wäre, wenn die Gebäude des Niederschlosses einbezogen würden. Das Provinzialmuseum in der Ostallee bliebe »Forschungs- und Studieninstitut«.

Die von Eichler erarbeitete Denkschrift wurde von Museumsdirektor Krüger am 2. Mai 1934 dem Landeshauptmann »zustimmend vorgelegt«. In seinem Nachsatz bekräftigt Krüger aber nochmals die bisherige Linie, das ganze Altertum bis zur fränkischen Periode im Gebäude des Provinzialmuseums zu belassen und »die Ausstellung in der Palastkaserne dagegen mit der eigentlichen deutschen Zeit, d. h. mit den nachfränkischen, mittelalterlichen Stücken zu beginnen«.

Verhandlungen mit der Stadt Trier. Gegenüber der Stadt Trier erläuterte Apffelstaedt in einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister Christ und dem Beigeordneten Schmidt am 30. Mai 1934 seine neuen Vorstellungen.[56] Das Palastmuseum solle nun als Schausammlung aller Epochen eingerichtet werden; damit änderte er in einer zentralen Frage den bisherigen Standpunkt der Provinz, nur Mittelalter und Neuzeit zeigen zu wollen. Zugleich betonte er, dass der Provinzverwaltung als dem stärksten Partner das entscheidende Gewicht zukommen müsse: Das neue Palastmuseum solle mit dem bisherigen Provinzialmuseum von der Provinz betrieben werden, und der künftige Generaldirektor müsse der Leiter aller Museen sein. Um diesen Anspruch durchsetzen zu können, kam er den Trägern der anderen Museen mit dem Vorschlag entgegen, »Spezialsachverständige« sollten für jeweilige Themengebiete zuständig sein (und zwar unabhängig vom Eigentümer), wobei Stadt und bischöfliche Behörde Einfluss auf die Be-

[53] RLMT B 123b, 4c, 4 (Apffelstaedt an Krüger, 23.12.1933); Apffelstaedt, Rede zur feierlichen Wiedereröffnung, in: Museumskunde (Anm. 40), S. 89.

[54] Jürgen Merten, Hans Eichler (1906–1982) und die Trierer Kunst des Mittelalters. Mit Nachlassverzeichnis und Bibliografie, in: Funde und Ausgrabungen im Bezirk Trier 39 (2007), S. 118–127; Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 96 s. v. Eichler, Hans (Jürgen Merten).

[55] RLMT B 123b, 4e.

[56] RLMT B 123b, 4f.

stellung der Experten für Stadtbildpflege und kirchliche Kunst nehmen könnten. Schließlich sei das Gebäude von der Stadt in das Eigentum der Provinz zu übertragen.

Oberbürgermeister Christ stimmte der anvisierten Grundstücksübertragung zu, lehnte aber eine weitergehende finanzielle Beteiligung der Stadt ab. Der Beigeordnete Schmidt wiederholte seine schon im Vorjahr geäußerten Forderungen und bestand insbesondere auf einer musealen Vorschau im Bereich des Simeonstifts, der Einbeziehung der Stadtbibliothek in den künftigen Museumskomplex und die Berücksichtigung der stadteigenen Bereiche Simeonstift und Palastplatz sowie des Tempelbezirks im Altbachtal.

Im Anschluss an die Unterredung Apffelstaedts mit den Vertretern der Stadt Trier aktualisierte Eichler die Denkschrift vom 24. April mit einem »Plan für den Aufbau einer Schausammlung der vorgeschichtlichen, römischen und fränkischen Altertümer in einem Trierer Großmuseum«, da nun – und zwar von Apffelstaedt – eine Schausammlung aller Epochen gewünscht sei.[57] Nach diesem Konzept sollten ausgewählte archäologische Funde nach sechs übergeordneten Themen – Stadtentwicklung, Siedlungswesen, Handel und Handwerk, Kunstgewerbe, Kult, Kunstwerke – gruppiert und erst dann chronologisch geordnet werden. Hier nicht einzufügende prähistorische und frühmittelalterliche Denkmäler sollten sich noch anschließen.

Verhandlungen mit dem Bistum Trier. Seitens der bischöflichen Behörde bestand nach dem erkennbar zögerlichen Abwarten zu Anfang der dreißiger Jahre inzwischen eine ausgesprochene Bereitschaft, sich am Großmuseum zu beteiligen.

Die Ambitionen des bischöflichen Museumsleiters Irsch, der für die im Kreuzgang des Trierer Domes nur unzulänglich untergebrachten Kunstsammlungen von Dom und Bistum verantwortlich war, spiegeln sich insbesondere in seinen Äußerungen in der Museumskommission, der Beteiligung an der Abwehr des erwähnten Museumsplanes von Lückger sowie in einem von ihm auf Wunsch Krügers in diesem Zusammenhang angefertigten Bericht über seine bisherigen »Arbeiten auf dem Gebiete der mittelalterlichen und neueren Kunst im Trierischen Gebiet«. Dabei spielen in seine Überlegungen zur kunstgeographischen Situation des Trierer Raumes zwischen Deutschland und Frankreich in erkennbarem Maße nationale Elemente eine Rolle: »Als Gesamtergebnis der wissenschaftlichen Tätigkeit des Diözesanmuseums darf ich also feststellen, dass das Trierische Gebiet die westlichen Einflüsse energisch abgelehnt hat und dass es oft fremde Elemente mit deutschem Geist erfüllt und so weitergegeben hat«.[58]

In dem von ihm in engagiertester Weise in Anwesenheit des Bischofs gehaltenen Vortrag über das geplante Großmuseum im Dezember 1933 wurde dieses Interesse auch öffentlich. Irsch, seit 1934 auch Domkapitular, hoffte sichtlich darauf, mit einer Neuaufstellung im Palast endlich eine zeitgemäße Unterbringung und eine ansprechende Präsentation der von ihm betreuten Kirchenkunst erreichen zu können.

Vor den Verhandlungen zwischen Apffelstaedt und den Vertretern von Dom und Bistum im Herbst 1934 hatte Irsch seine Vorstellungen von der Position der kirchlichen Seite in einer internen Notiz formuliert, die bereits die zweigeteilte Struktur der grundlegenden Vorstellungen Apffelstaedts aufnahm: »Das Dom- und Diözesanmuseum wird in das künftige Trierer Großmuseum in folgender Weise eingegliedert. Die besseren Stücke bilden eine Abteilung der im Südflügel auszustellenden großen Schausammlung der Kunst von der Vorzeit bis in die Gegenwart. Die übrigen Stücke bilden eine Abteilung der im Nordflügel aufgestellten kulturgeschichtlichen Schau über das trierische Gebiet«. Kirchliche Sammlungsstücke aus dem Provinzialmuseum sollten als zu kennzeichnende Leihgaben die Präsentation der kirchlichen Sammlungen abrunden, umgekehrt profane Stücke aus Kirchenbesitz für Ausstellungsbereiche der anderen Seite zur Verfügung stehen. Beide Abteilungen mit religiöser Kunst sollten als »Diöcesanmuseum« bezeichnet werden (womöglich ohne Nennung des Domes!), »im Rahmen der Gesamtverwaltung geleitet durch den vom Bischof zu ernennenden und zu besoldenden Leiter des Diöcesanmuseums«. Irsch setzte also darauf, in den großzügigen Räumlichkeiten der Palastkaserne die Sammlungen von Dom und Bistum unter seiner Leitung als Ganzes präsentieren zu können, und teilte Apffelstaedt mit, in diesem Rahmen »die Zustimmung des H. H. Bischofs und des Domkapitels zur Mitwirkung beim Großmuseum erlangt« zu haben.

Apffelstaedt hatte aber andere konzeptionelle Vorstellungen und hielt es für erforderlich, eine Auswahl aus den kirchlichen Sammlungen zu treffen, dabei aber drei Viertel der Bestände als Studiensammlung in den bisherigen Räumlichkeiten am Domkreuzgang zu belassen. Darüber wollte er direkt mit dem Bischof selbst verhandeln. Andererseits waren aus der Sicht der Provinz für eine angemessene Darstellung der mittelalterlichen Architektur und Plastik die kirchlichen Sammlungen unverzichtbar, da das Provinzialmuseum über keinen annähernd repräsentativen Bestand verfügte und beispielsweise kaum die gotische Epoche darstellen konnte. Insofern war Apffelstaedt außerordentlich darum bemüht, über die fachliche Schiene zu Irsch eine Entscheidung zugunsten des Anliegens der Provinz herbeizuführen.

[57] RLMT B 123b, 4 g, 1–2 (14. Juni 1934).

[58] RLMT B 123b, 3, XXIV–XXXI; ALVR 11400, 101–108.

Für die bischöfliche Seite war aber die eigenständige Präsentation ihrer vollständigen Sammlung, und zwar unter eigener verantwortlicher Leitung, nicht verhandelbar, so dass Bischof und Domkapitel ablehnten, sich an einer »auswählenden kunst- und kulturpolitischen Schau« zu beteiligen, was Irsch am 11. Oktober 1934 Apffelstaedt mitzuteilen hatte.[59]

Wilhelm v. Massow, der neue Direktor des Landesmuseums. Am 1. Oktober 1935 wurde der Klassische Archäologe Wilhelm v. Massow zum neuen Direktor des Rheinischen Landesmuseums Trier berufen.[60] Er war seit 1926 in Berlin als Kustos an der Antikensammlung der Staatlichen Museen tätig, wo ihm Theodor Wiegand insbesondere die Neueinrichtung des Pergamonmuseums mit der Aufstellung des großen Altars und des Markttores von Milet übertragen hatte. Mit den Trierer Verhältnissen war er als wissenschaftlicher Bearbeiter der berühmten Neumagener Denkmäler seit 1922 vertraut; die maßgebliche Publikation aus seiner Feder war erst kurz zuvor, 1932, erschienen. Er war der Wunschkandidat Apffelstaedts für die Leitung des Trierer Landesmuseums und damit zugleich für die Gründung des geplanten großen Museums in der Palastkaserne. Noch vor Ende 1934 war Apffelstaedt mehrfach in Berlin, um Massow für Trier zu gewinnen. Dass ihm dies schließlich gelang, hängt unmittelbar damit zusammen, dass der Kandidat für die von ihm selbst eigentlich favorisierte Leitung der Berliner Antikensammlung seitens des Kultusministeriums nicht berücksichtigt worden war (wobei sich die Frage stellt, ob und gegebenenfalls wieviel Einfluss Apffelstaedt auf diese Entscheidung genommen haben wird). Jedenfalls konnte und musste Massow bei den Verhandlungen mit Apffelstaedt über seine neue Position in Trier davon ausgehen, dass er der künftige Generaldirektor aller Trierer Kunstsammlungen im neuen Großmuseum würde.[61]

Die Realisierung des Großmuseums im Kurfürstlichen Palast 1936–1943

Der Vertrag mit der Stadt Trier. Am 7. April 1936 kam es nach längeren Verhandlungen schließlich zum Abschluss des Vertrages zwischen Stadt und Provinz.[62] Die Interessen der Stadt wurden insbesondere vom Beigeordneten Schmidt und seinen neuen Mitarbeitern, Museumsdirektor Walter Dieck[63] und Stadtbibliotheksdirektor Alexander Röder[64], formuliert und über Oberbürgermeister Christ oder Bürgermeister Rademacher vertreten. Nun zeigte sich, dass Apffelstaedt keineswegs alle 1934 gegenüber der Stadt erhobenen Forderungen durchsetzen konnte. Geregelt wurde nun eine »Zusammenfassung« (nicht mehr die Vereinigung) der Sammlungen beider Seiten im Bereich des Palastes. Die Räumlichkeiten wurden so aufgeteilt, dass die drei an die spätantike Basilika anstoßenden Flügel um den Herrenhof des Hauptschlosses an die Provinz kamen und die drei Flügel des benachbarten Niederschlosses um den Petrushof der Stadt zufielen.

Damit blieb die Selbstständigkeit beider Museen (in Bezug auf Eigentumsrecht und verantwortliche Leitung) erhalten. Infolge der fehlenden organisatorischen Einheit wurde die eigentlich notwendige fachliche Zusammenarbeit faktisch ersetzt durch eine schlichte Abgrenzung der zeitlichen Zuständigkeiten: die Zeit bis 1500 (also von der Vorgeschichte über die Römerzeit bis zum Ausgang des Mittelalters) oblag dem Landesmuseum, ab 1500 (damit nur noch die Neuzeit) dem Städtischen Museum. Ankäufe sollten unter Beachtung dieser Zeitlinie erfolgen, auf Wunsch wollte man sich gegenseitig mit Leihgaben unterstützen. Schließlich ging das Eigentumsrecht am Palast von der Stadt an die Provinz über, die damit auch die Baulasten übernahm.

Die Schwierigkeiten der politisch gewollten Zusammenarbeit zeigten sich bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses darin, dass man sich noch nicht auf eine endgültige Bezeichnung für das angestrebte Schauprojekt hatte einigen können. Das Großmuseum in der Palastkaserne sollte künftig »unter einem zwischen den Vertragspartnern noch zu bestimmenden einheitlichen Namen« firmieren. Nicht zustande kam offenbar auch ein vorgesehener »Ständiger Ausschuss zur Gewährleistung eines einheitlichen Gesamtplans«. Die bestehenden Dissonanzen lassen sich auch daran erkennen, dass schon Anfang 1935 (während der Vertragsverhandlungen und noch vor dem Dienstantritt des designierten neuen Direktors des Landesmuseums) mit dem Kunsthistoriker Dieck ein städtischer Museumsdirektor eingestellt wurde. Damit behauptete die Stadt die insbesondere vom Beigeordne-

[59] Bistumsarchiv Trier (im Folgenden: BAT) III 19, 1 Bd. 2 (Diözesanmuseum-Großmuseum), 1–10.

[60] Jürgen Merten, Wilhelm von Massow (1891–1949), in: Trierer Zeitschrift 54 (1991), S. 9–42, hier S. 18–27; ders., Wilhelm von Massow (1891–1949). Ein Altertumsforscher im Spiegel seines Nachlasses, in: Neues Trierisches Jahrbuch 43 (2003), S. 169–178; Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 236 s. v. von Massow, Wilhelm (Jürgen Merten).

[61] ALVR 11280, passim (Dezember 1934 – Juli 1935).

[62] RLMT B 123b, B 5; StAT Tb 60/4; Tb 60/6-7 (Umbau des Kurfürstlichen Palais zu einem Großmuseum: Verhandlungen mit der Provinz); StAT Tb 60/4–5; Tb 60/8–9 (Umbau des Kurfürstlichen Palais zu einem Großmuseum: Bauakten des städtischen Teils).

[63] Bettina Leuchtenberg, Das Städtische Museum Trier in der NS-Zeit 1933–1945, in: Kurtrierisches Jahrbuch 52, 2012, S. 303–351, hier S. 310–319; passim; Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 81 s. v. Dieck, Walter (Bärbel Schulte).

[64] Tr. Biogr. Lex. (Anm. 5), S. 375 f. s. v. Röder, Alexander (Günther Franz).

ten Schmidt verfolgte eigenständige Linie, der sich letztlich auch der von Apffelstaedt bislang durchaus zu beeinflussende Oberbürgermeister Christ anschloss.

Es wird zunehmend erkennbar, dass Provinz und Stadt auf Dauer unterschiedliche Auffassungen bei der Umsetzung ihrer (erklärtermaßen) eigentlich abzustimmenden Ziele im Rahmen des »Großen Trier-Plans« hatten – nicht zuletzt beim größten Projekt, dem Museum im Palast. Unmittelbar nach der vertraglichen Vereinbarung zwischen beiden Partnern begann Ende April 1936 in stadteigener Regie der Umbau des städtischen Teils des Großmuseums im Artillerieflügel der Palastkaserne, dem vormaligen Marstall des Palastes und Ostflügel des Niederschlosses. In diesem ersten Bauabschnitt sollten ein Wechselausstellungs- und ein Vortragssaal entstehen sowie die Hauptschau der eigenen Kunstsammlung – im chronologischen Anschluss an die Präsentationen des Landesmuseums – von 1500 bis zur Gegenwart. Für das Weinmuseum und das volkskundliche Moselmuseum waren die anderen Flügel des Niederschlosses vorgesehen.[65]

Weitere Verhandlungen mit dem Bistum Trier. Im Anschluss an den Vertrag zwischen Provinz und Stadt wandte sich Massow am 8. Mai 1936 direkt an den Bischof. Da sich die beiden verbliebenen Vertragspartner auf eigenständige Museumsbereiche innerhalb des Palastgebäudes verständigt hatten, versuchte er, doch noch eine Einbeziehung der kirchlichen Sammlungen in das künftige Großmuseum zu erreichen. An der nachfolgenden Besprechung nur wenige Wochen später nahmen Apffelstaedt, Massow und Eichler sowie Weihbischof Fuchs und Generalvikar Meurers teil, nicht aber der fachlich zuständige Sammlungsleiter Irsch. Die provinziale Seite betonte, dass eine partielle oder vollständige Eingliederung sehr wünschenswert sei; es sei die einzige Lösung, die dem Sinn des Großmuseums entspreche. Nun bot man der bischöflichen Seite an, was zwei Jahre zuvor noch nicht möglich schien: das Diözesanmuseum könne als Ganzes, in eigenen Räumen und mit eigener Verwaltung unter Leitung des Bischofs am Großmuseum teilnehmen. Seitens der Provinz seien zudem weitere Erwerbungen für den Bereich der mittelalterlichen Kunst geplant.

Die Kirchenvertreter blieben zurückhaltend, betonten den religiösen Aspekt ihrer Kunstwerke, die vielfach im Zusammenhang mit dem Dom stünden und verwiesen auf das häufige Eigentumsrecht von Pfarreien an Stücken des Diözesanmuseums. Außerdem sei in Bezug auf eine angemessene Unterbringung und Präsentation eine »Raumerweiterung in nächster Zeit in sicherer Aussicht«.[66]

Am 1. Juli 1936 folgte die offizielle Antwort des Generalvikars an Massow. Er teilt den gemeinsamen Beschluss der bischöflichen Verwaltung und des Domkapitels mit, dass kirchliche Kunst- und Kulturschätze in religiöser Umgebung verbleiben sollten. Nun sei sogar beabsichtigt, »die Räume des kirchlichen Museums bedeutend zu erweitern und zu verbessern«, dies solle »nach modernen Grundsätzen« erfolgen und eine Neuaufstellung einschließen. Daher sei »von einer Eingliederung ins Großmuseum abzusehen«, auch eine leihweise erfolgende Überlassung einzelner besonders wertvoller Stücke schloss man aus, verwies aber »grundsätzlich« auf Zustimmung, soweit es einen gegenseitigen Austausch von Kunstwerken betreffen würde.[67]

Trotz einer ganzen Reihe von Erwerbungen mittelalterlicher Kunstwerke des trierisch-lothringischen Raumes, insbesondere von Skulpturen und anderen ausstellungsgeeigneten Objekten, die mit Mitteln der Provinzialverwaltung von Eichler getätigt wurden[68], blieb das Problem der nicht ausreichend großen Sammlung zur Präsentation der Kunst des Mittelalters im geplanten Großmuseum bestehen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Massow weiterhin versuchte, über die persönliche Unterstützung von Bischof Bornewasser auch das Domkapitel zur Mitarbeit zu bewegen.

Bei einer Besprechung am 15. Januar 1941 mit den Domkapitularen Fuchs, Irsch und Kranz bat Massow eindringlich um Leihgaben aus dem Diözesanmuseum, verzichtete aber ausdrücklich auf Objekte aus dem Dom. Als Gegengabe des Landesmuseums bot er den monumentalen Grabaltar des Christoph v. Rheineck an, der wieder in der Liebfrauenkirche aufgestellt werden könne. Doch das Domkapitel blieb wie 1936 bei seiner ablehnenden Haltung.

An Karfreitag 1941 teilte Bischof Bornewasser in einer Unterredung mit dem Museumsleiter Irsch einen von ihm gefassten Beschluss mit, für den er allein die Verantwortung trage: Wegen der kulturellen Bedeutung solle die Kirche sich nun doch am Großmuseum beteiligen, damit zumindest die wichtige Epoche der Gotik vertreten sei. Dieser Beschluss beträfe aber nur das Diözesanmuseum, nicht die dem Dom gehörigen Stücke, für die das Domkapitel zuständig sei. Irsch konnte den Bischof nicht umstimmen, doch war dieser einverstanden mit einer Negativliste der nicht verleihbaren Stücke.[69]

[65] Tr. Landesz. 30.04.1936 (Die Gestaltung des Trierer Großmuseums); Tr. Nationalbl. 06.05.1936 (Auf dem Wege zum Deutschen Museum der Westmark).

[66] BAT B III 16, 8 Bd. 4 (Kunst im Allgemeinen), 148–153.

[67] RLMT B 123b, 8d (Originalschreiben); BATr, Abt. 105 Nr. 2652 (Bistums-Museum), 21–22.

[68] RLMT B 3 (Ankäufe); Peter Seewaldt, Bildwerke des späten Mittelalters im Rheinischen Landesmuseum Trier, in: Trierer Zeitschrift 77/78 (2014/2015), S. 265–306; ders., Die kunsthistorische Sammlung im Rheinischen Landesmuseum Trier, in: ebenda, S. 361–375, hier S. 366 f.

[69] BAT III 19,1 Bd. 2, 19; 26–28; 36.

Doch bevor dieser Beschluss des Bischofs umgesetzt werden konnte, kam es im August zu einer Rücknahme der mündlich erteilten Zusage aufgrund zwischenzeitlich eingetretener antikirchlicher Aktionen des Staates, die Bornewasser gegenüber seinen Gläubigen nicht hinzunehmen bereit war. Noch immer hielt Massow an seiner Absprache mit dem Bischof fest. Zu seinem großen Bedauern über diese Entscheidung gesellte sich die Hoffnung auf später, »wenn erst einmal eine gewisse Klärung der Verhältnisse eingetreten ist«.[70]

Baubeginn am Großmuseum. Ein halbes Jahr später erfolgte am 10. November 1936 mit dem »ersten Hammerschlag« der offizielle Baubeginn am »Großmuseum der Westmark«, zweifellos dem zentralen Element des »Großen Trier-Plans«. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil, darunter Landeshauptmann Haake, Oberbürgermeister Christ, Kulturdezernent Apffelstaedt und offenbar auch viele Parteifunktionäre, aber nicht der Bischof von Trier (Abb. 3). Ausführlich berichteten die Lokalzeitungen in ganzseitiger Aufmachung über das Ereignis und druckten weite Teile der offiziellen Reden.[71] Zuerst kam der Oberbürgermeister zu Wort, dessen Ansprache offensichtlich mit der des nach ihm auftretenden rheinischen Kulturdezernenten abgestimmt war. Zunächst ging Christ auf den »Großen Trier-Plan« in der Apffelstaedt'schen Konzeption ein:

»Mit dem Baubeginn des neuen Trierer Museums im Palast wird ein bedeutsamer Abschnitt des sogenannten großen Trierer Planes in Angriff genommen, der das geschichtliche Erbe Triers als deutscher Stadt an der Westgrenze des Reiches wie nie zuvor verdeutlichen und sichtbar machen soll. Reich, Rheinprovinz und Stadt Trier haben sich zu vorerst achtjähriger gemeinsamer Arbeit vereinigt, um in einzelnen Abschnitten der Verwirklichung dieses Zieles näherzukommen. So konnte mit der Wiederherstellung des Simeonstiftes, des einzigartigen Denkmals deutscher Baukunst des 11. Jahrhunderts, für zeitgemäße Verwendungszwecke begonnen werden, ebenso mit der Reinigung der malerischen alten Straßenbilder von modernen Verschandelungen«.

Die unterschiedlichen Auffassungen von Stadt und Provinz, insbesondere in Bezug auf das in der Palastkaserne vorgesehene Museumsprojekt, wurden nicht weiter thematisiert, ebenso wenig die Nichtbeteiligung der Kirche. Die inhaltlichen und organisatorischen Differenzen wurden vielmehr mit allgemein gehaltenen Aussagen zur Zentralisierung der Kunstwerke überdeckt, wobei ausdrücklich betont wurde, dass die Realisierung erst unter den Bedingungen des Nationalsozialismus möglich geworden sei: »Der Baubeginn des Großmuseums bedeutet jedoch die Inangriffnahme des Kernstückes des Gesamtplanes. In ihm sollen die unerhört reichen kunst- und kulturgeschichtlichen Schätze, die zerstreut in den Trierer Museen zur Schau gestellt sind und verwahrt werden, zu einer einheitlichen auf die Geschichte des Trierer Raumes und der Stadt Trier selbst bezogenen Sammlung vereinigt werden. Schon in der Systemzeit war der Gedanke eines Trierer Zentralmuseums, jedoch ohne Aussicht auf Verwirklichung, erörtert worden. Seine Inangriffnahme ist allein dem entschlossenen Willen des Dritten Reiches zu verdanken, die kulturellen Erfordernisse weitestgehend zu fördern«.

Von überaus großem Interesse erscheint der Aufwand, den die Stadt für das Großmuseum geleistet hatte: »Um das Museumsprojekt zu verwirklichen, hat die Stadt Trier Grund und Boden, sowie die Gebäulichkeiten in Gestalt des ehemaligen kurfürstlichen Palais im Werte von stark 700.000 RM zur Verfügung gestellt; die Rheinprovinz bewilligte dazu einen Betrag von 500.000 RM«. Während Apffelstaedt sich in seiner Bonner Rede vom 26. April 1936 bereits bei Reichsminister Frick für die Unterstützung des Deutschen Reiches in Höhe von einer halben Million Reichsmark zugunsten des Trier-Plans bedankt hatte, deren erste Rate von einhunderttausend Mark bereits für 1936 fest zugesagt sei, ergibt sich aus den Ausführungen von Christ, dass dafür keineswegs Zusatzmittel vorgesehen waren, sondern es sich um »500.000 RM aus Mitteln der Westhilfe« handelte, »die der Stadt Trier für andere Zwecke zugeflossen wären, auf die aber die Stadt Trier zugunsten des Museumsplanes verzichtete.«

Im Weiteren bedankte sich der Oberbürgermeister ausdrücklich beim Reichsinnenminister, beim Landeshauptmann und dem Kulturdezernenten der Rheinprovinz, »die sich um das Zustandekommen nicht nur des Museumsprojektes, sondern auch durch verständnisvolle Unterstützung anderer Teilabschnitte des Trierer Planes in besonderem Maße verdient gemacht haben. In diesem Zusammenhang fühle ich mich veranlaßt, auch meinem Mitarbeiter, Stadtbaurat Schmidt, für die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles städtischerseits für erforderlich gehaltenen Vorbereitungen des Gesamtplanes und seiner Durchführung im Einzelnen besonders zu danken«. Auch hier werden die Divergenzen zwischen den von Schmidt entwickelten Bebauungsplänen der Stadt und dem Trier-Plan der Rheinprovinz schlicht überspielt. Unter dem Bild des Führers und unter Bezugnahme auf dessen »erhabene Leistung« rief der Oberbürgermeister abschließend aus: »Möge in sei-

[70] BAT Abt. 105, Nr. 2652, 48–51.

[71] Tr. Landesz. 11.11.1936 (Baubeginn des Großmuseums der Westmark). – Außerdem in Auszügen in: Tr. Volksfr. 11.11.1936 (Großmuseum der Westmark in Trier!); Tr. Nationalbl. 11.11.1936 (Baubeginn für das Großmuseum der Westmark in Trier).



Abb. 3 Der Landeshauptmann Heinz Haake begrüßt unter den Ehrengästen zum »ersten Hammerschlag« für die Errichtung des »Großmuseums der Westmark« den Gauleiter-Stellvertreter Fritz Reckmann; Mitte rechts in heller SA-Uniform der Kulturdezernent Apffelstaedt, 10. November 1936.

nem Geist dieses Großmuseum der Westmark errichtet werden und es sich entfalten zur einzigartigen Schatzkammer unserer Stadt«.

Diese Rede von Christ ergänzte Apffelstaedt durch weitere, nicht minder ideologisch aufgeladene Ausführungen. Dabei nutze er die Gelegenheit, auf die bisherigen Fortschritte hinzuweisen. Nach der ersten öffentlichen Vorstellung des »Großen Trier-Plans« bei der Eröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn im März 1935 habe er schon im April 1936 an gleicher Stelle mitteilen können, dass die Finanzierung des Unternehmens gesichert sei. Für die Umsetzung seiner Planungen erschien es nun als großer Erfolg, dass schon ein halbes Jahr später die Umbaumaßnahmen mit einem offiziellen Festakt eingeleitet wurden, die er selbstbewusst als »die größte museale Planung seit der Machtübernahme in Deutschland« bewertete. Geschickt zog er weiter alle Register nationalsozialistischer Propagandarhetorik. Das Großmuseum werde einen »Überblick von der Vorzeit an bis in die Tage der Bewegung hinein« bieten und eine »Schau der durch Jahrtausende sich hinziehenden siegreichen Abwehr des Deutschtums gegen den Westen« sein. Auf geplante Details der Ausgestaltung des Museums eingehend versprach er gar, »daß es auch einen Saal des verbrecherischen Separatismus erhalten werde und als Abschluß einen Saal der ewigen deutschen Treue«. Schließlich kam er nochmals auf die besondere kulturpolitische Bedeutung des Großmuseums zu sprechen, das ein »Bollwerk deutscher Kultur gegen den Westen« würde und stellte die zügige Fertigstellung bis 1939 in Aussicht.

Seit den ersten öffentlichen Äußerungen zu den diversen Planungen für Trier – sei es dem »Generalbauplan« der Stadt, sei es dem »Großen Trier-Plan« der Provinz – waren schon etliche Jahre vergangen, als an Fastnacht 1937 eine Zeichnung kursierte, in der die personifizierte Stadtgöttin Treveris eine Schar von Bauarbeitern ermahnt, doch endlich anzufangen mit den vielen geplanten Projekten, darunter links oben das »Großmuseum«, die »Hochschule für Lehrerbildung« als Stadtkrone oder die neue »Stadtbibliothek«.[72] Man fühlt sich erinnert an den vorsichtig-skeptischen Einleitungssatz von Johann Baptist Keune in seiner durchaus wohlwollenden Besprechung der geplanten »Via archaeologica«, in der es, einen Ausspruch des römischen Historikers Sallust passend zitierend, hieß, »daß bei einem Wagnis Tat und nicht Beschluß vonnöten sei«. Im Übrigen erinnert der Autor auch an die Denkmäler wie Barbarathermen oder Römerbrücke, St. Matthias oder St. Paulin, die nicht auf dem Rundgang der »Via archaeologica« liegen.[73]

Die Pläne des Baudezernenten Otto Schmidt. Der Beigeordnete Schmidt war in den dreißiger Jahren für die Stadtverwaltung in der Museums- und Denkmalpolitik zweifellos die wichtigste Persönlichkeit, auch wenn er auf die Meinung des jeweiligen Oberbürgermeisters Rücksicht nehmen musste. Jedenfalls scheint es so, dass der 1934 eingesetzte OB Christ zunehmend auf Schmidts Position eingeschwenkt ist und die Linie der Stadt gegenüber der Provinz energischer vertrat. Seine städtebaulichen Zielsetzungen hat Schmidt in mehreren Aufsätzen in Fachzeitschriften publiziert.[74]

[72] Jutta Albrecht / Thomas Albrecht, Phänomen »Heuschreck«. 150 Jahre trierisch, närrisch, kritisch, Trier 1998, S. 77 f.

[73] Keune, Via archaeologica (Anm. 42), S. 98.

[74] Schmidt, Städtebauliche Arbeit (Anm. 6); Schmidt, Sanierung (Anm. 34); Otto Schmidt, Die bauliche Durchführung des sogenannten »großen Trierer Planes«, in: Städtebau 31 (1936), S. 85–91.

Im Jahr 1936 versuchte er sich an einem Stadtführer, dessen mit zahlreichen eingeklebten Fotos illustrierter maschinenschriftlicher Entwurf wohl als historischer Unterbau seiner stadtplanerischen Überlegungen dienen sollte.[75] Trotz sehr detaillierter Gliederung des projektierten Inhalts wurden viele Kapitel, vor allem zum Mittelalter und der Neuzeit, nicht fertiggestellt. Die erhaltenen Texte sind ohne tiefe Sachkenntnis verfasst und von völkischer Diktion geprägt (»das Bollwerk deutschen Geistes an der Südwestecke des Reiches«). Der befähigte Stadtplaner Schmidt scheiterte bei diesem Werk an den historisch-altertumswissenschaftlichen Herausforderungen. Der um eine Begutachtung des geplanten Stadtführers gebetene Landesmuseumsdirektor Massow war offenkundig entsetzt und verwies auf eine ganze Serie von Fehlern, Irrtümern und Missverständnissen, wie zum Beispiel die ›Germanenfrage‹: »Daß hier um 500 vor Christus Germanen gesessen hätten, ist barer Unsinn! Der Verfasser folgt hierin den Leuten, die geflissentlich nordisch und germanisch verwechseln und im übrigen je nach Bedürfnis mit dieser Methode in den Römern allen rassischen Unrat sehen oder sie als arische ›Vettern‹ ans Herz drücken. Das ist weder Wissenschaft noch Weltanschauung, sondern grober Unfug«.[76]

Vor Ablauf seiner zwölfjährigen Amtszeit Ende April 1939 wandte sich Schmidt mit weiteren Beiträgen in kulturpolitischen Zeitschriften an die Öffentlichkeit, nicht zuletzt wohl, um seine Ausgangslage für eine zweite Wahlperiode zu verbessern.[77] Hier wurde »Der große Trierer Plan« – in Anlehnung an die Formulierung Apffelstaedts – aus der Sicht der Stadtverwaltung präsentiert, das Großmuseum als »Museum der Westmark« bezeichnet, in dessen Zusammenhang nicht nur das Städtische Museum, sondern auch die Stadtbibliothek mit ihrem für 1939 geplanten Neubau einzubeziehen sei. Aktuelle Bezüge zur herrschenden Parteidoktrin ergaben sich da, wo Schmidt aus einer von ihm und seinen Mitarbeitern Dieck und Röder verfassten Denkschrift von 1935 die wesentlichen Leitsätze der Vermittlung zitiert: »Für alle erzieherischen Ueberlegungen beim Aufbau gilt die nationalsozialistische Weltanschauung als Richtschnur […]. Ziel der gesamten Museumsarbeit muß sein, […] Anteilnahme an den lebendigen Werten der Vergangenheit Triers und seiner deutschen Mission zu wecken, den Nationalstolz zu stärken und das Gefühl der Bodengebundenheit unserer Kultur zu vertiefen«.

Weiterhin verwirrend und wohl zur Absetzung von den von Apffelstaedt vertretenen Plänen der Provinz erscheint die Schmidt'sche Fachterminologie. So benutzt er das Wort »Denkmälerschau« als Oberbegriff für das Großmuseum und die Abfolge der Trierer Baudenkmäler, ferner »Denkmälerstraße« für die »Via archaeologica«, »Volksmuseum« für die »Hauptschau« mit »Sonderabteilungen« im Palast, die neben den wissenschaftlichen »Studiensammlungen« im Altbau des Landesmuseums an der Ostallee stehen.

Nach Schmidts Vorstellungen sollten innerhalb des »Großen Trier-Plans« als Teile der »Denkmälerstraße« mehrere »Vorschaumuseen« an vielen Baudenkmälern entstehen, mit Präsentation von Modellen und Plänen sowie gegebenenfalls Fundstücken, zunächst bei den Kaiserthermen, dann auch im Simeonstift als Vorschau auf die gesamte Stadt.[78] Diese Vorschaumuseen wurden ebenso wenig verwirklicht, wie es in offiziellen Stadtplänen von Trier oder in touristischen Broschüren des Verkehrsamtes eine Wegeführung der Via archaeologica gegeben hat. Allerdings gelang bis Mitte 1939 als erster und einziger Abschnitt der geplanten »Trierer Denkmälerschau aus zwei Jahrtausenden deutschen Lebens« im Rahmen des »Großen Trier-Plans« die bauliche Wiederherstellung des romanischen Simeonstifts.[79]

Dass Schmidt und seine Mitstreiter allerdings mehr Ideen und teilweise auch variierende Vorstellungen entwickelten, als dass ihnen eine nachhaltige Umsetzung gelang, lässt sich am Beispiel eines ansprechend aufgemachten, quasi-offiziellen Präsentbandes über Trier erkennen. Obwohl erst 1938 erschienen und von einem leitenden Mitarbeiter im Dezernat von Schmidt verfasst, dem Direktor der Stadtbibliothek Alexander Röder, ist auf dem beigegebenen Stadtplan genauso wenig eine Eintragung des Denkmälerweges enthalten wie in den Broschüren des Verkehrsamtes. Gleichwohl gibt es einen darauf bezogenen vielversprechenden Text: »Die ›Straße der deutschen Geschichte‹, die an den Denkmalen der Jahrtausende vorbeiführt, wird diese den Beschauern zu lebendigem Erlebnis werden lassen, und eine sorgsame Baupflege wird zur Folge haben, daß man künftig

[75] StAT, Bildsammlung 1, 32 (Otto Schmidt, Trier gestern, heute, morgen. Ein Entwurf für einen weltanschaulichen Führer der Stadt Trier, 1936).

[76] RLMT, B 163a (Gutachten Massows für den Oberbürgermeister, 30.01.1937); Hebben, Museum unter dem Hakenkreuz (Anm. 35), S. 117–119.

[77] Otto Schmidt, Das »Museum der Westmark« und der »Große Trierer Plan«, in: Rheinische Blätter 15 (1938), S. 410–414; auch als Sonderdruck mit weiteren Beiträgen unter dem Titel: Der große Trierer Plan. 4 Abhandlungen zur kulturpolitischen Aufgabe der Stadt Trier; Otto Schmidt, Der zweite Abschnitt des sog. »Großen Trierer Planes«, in: Städtebau 34 (1939), S. 8–10; auch in Tr. Landesz. 02.01.1939.

[78] Tr. Landesz. 05.07.1938 (Die kleinen Trierer »Vorschaumuseen«); Tr. Nationalbl. 19./20.11.1938 (Rohbau des ersten »Vorschaumuseums« vor der Vollendung); Schmidt, Museum der Westmark (Anm. 77).

[79] Otto Vogel, Der Umbau des Simeonstiftes in Trier, in: Der Grenzgau Koblenz-Trier 3 (1938), S. 63–67; Tr. Nationalbl. 08./09.07.1939.

nicht allein von einer Straße, sondern von einer Stadt der deutschen Geschichte wird sprechen können. Dieses großartige Freilichtmuseum wird ergänzt durch das Museum der deutschen Westmark, das demnächst die noch getrennten Trierer Museen im einstigen Kurfürstlichen Palast vereinigen wird. Den einzigartigen Schätzen, die hier gezeigt werden können, treten die erlesenen Kostbarkeiten der Stadtbibliothek würdig zur Seite«.[80]

Dieser »Große Trierer Plan«, den Schmidt im Namen der Stadt vertrat, hatte einerseits Gemeinsamkeiten mit dem Konzept der Rheinischen Kulturverwaltung, setzte aber andererseits erkennbar andere Schwerpunkte. Insbesondere die städtebaulichen Ambitionen Schmidts waren nicht Teil der Pläne von Apffelstaedt. Zugleich ist es ein Lehrbeispiel dafür, dass beide Seiten das Heft des Handelns in der Hand behalten wollten. Ein durchaus verwirrendes Nebeneinander von teils identischen Zielen, übernommenen Ideen und abweichenden Vorstellungen ist erkennbar, das auch für die auswärtige Presse nicht durchschaubar war.[81]

Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass die Benutzung von NS-Terminologie durch Schmidt auch dem Zweck einer opportunistischen Anbiederung an die Machthaber gedient haben dürfte, doch hat das Schmidt insofern nicht genützt, als seine Amtszeit als Beigeordneter der Stadt Trier nicht verlängert wurde.[82]

Die erste Sonderausstellung. Im Frühjahr 1938 wurde der erste Abschnitt des neuen Städtischen Museums im Erdgeschoss des Marstalls mit einer Ausstellungshalle für Wechselausstellungen und dem Vortragssaal fertiggestellt. Aus Anlass des Besuches der »Alten Garde des Führers« bei einer Fahrt durch den Westmarkgau wurde von Juni bis August 1938 eine Sonderausstellung zum Thema »Trier – Landschaft und Geschichte« gezeigt. Im Foyer präsentierte man eine neue Adlerskulptur des Bildhauers Paul Siegert in dem bei den NS-Größen beliebten martialischen Stil. Daneben hingen kartographische Darstellungen, die die Grenzlage Triers in völkischer Weise darstellten, was auch die dem Anlass gewidmeten Presseberichte widerspiegeln. Außer dem Städtischen Museum und der Stadtbibliothek war auch das Landesmuseum beteiligt, dessen Ausstellungssäle seit 1937 zur Vorbereitung der künftigen Neuaufstellung im Palast geschlossen waren. Im Vorgriff auf das Großmuseum konnte eine Auswahl an Schätzen aus allen Sammlungen gezeigt werden.[83]



Abb. 4 Trier, Umbau der Palastkaserne zum Großmuseum, Innenansicht des Südostpavillons, 1938.

Ansonsten wurden die städtischen Sammlungen in einer als provisorisch gedachten Neuaufstellung in den bisherigen Räumen des Moselmuseums im Roten Haus und der Steipe am Hauptmarkt präsentiert. Der Umbau der weiteren Flügel um den Petershof des Niederschlosses in einem zweiten Bauabschnitt verblieb im Planungsstand. Es wurde trotz geeigneter Bestände auch keine »Kunstsammlung« mit Gemälden und anderen Werken vorgesehen, wie sie noch 1934 von Kutzbach vorgeschlagen worden war. Im Gegenteil: man hatte seitens der Stadt »nicht passende« Stücke der Sammlungen Hermes und Kraus verkauft, um aus dem Erlös Neuerwerbungen zu tätigen, die besser zum aktuellen Konzept lokaler und regionaler Schwerpunkte passten.[84] Auch die für das Weinmuseum angedachten Räume im Schlosskomplex wurden nie zu Ende geplant oder gar bezogen.

[80] Alexander Röder, Trier – des Reiches älteste Stadt, Trier 1938, S. 48.

[81] Kölnische Zeitung 01.11.1936 (Triers neue Stadtfassade); Frankfurter Zeitung 21.02.1937 (Via Archäologica. Lebendige Vergangenheit in Trier).

[82] Reinhard Bollmus, Trier und der Nationalsozialismus (1925–1945), in: Trier in der Neuzeit, Bd. 3, Trier 1988, S. 517–589; hier S. 543 und S. 583.

[83] Tr. Landesz. 21.06.1938 (Trier – Landschaft und Geschichte. Ein Prolog zum kommenden Großmuseum); Tr. Nationalbl. 21.06.1938 (»Trier – Landschaft und Geschichte«. Ausstellung im Kurfürstlichen Palast); Tr. Nationalbl. 22.06.1938; RLMT B 123b, 6 (Inventarliste der vorgeschichtlichen Abteilung).

[84] Walter Dieck, 2 Jahre städtischer Museumsarbeit, in: Trier und das Reich. Trierer Jahrbuch 1 (1939), S. 74–89; Leuchtenberg, Städtisches Museum (Anm. 63), S. 321.

Baufortschritt und Aufstellungsplanung im Großmuseum. Die Palastkaserne erwies sich als eine durchaus komplizierte Baustelle.[85] Einerseits war sie als barockes Stadtschloss der Trierer Kurfürsten ein bedeutendes Zeugnis der Architekturgeschichte, dessen Denkmalwert aber fast nur noch in den Außenfassaden und dem noch erhaltenen Prunktreppenhaus zu bestehen schien. Zudem war das Innere durch die Kasernennutzung so beschädigt, dass nur durch die 1937/38 erfolgte großangelegte Auskernung und die Einbringung von bis fünfzehn Meter hohen Stahlgerüsten die für den Museumszweck erforderliche Deckenstabilität in drei Stockwerken gewährleistet werden konnte (Abb. 4). Andererseits führten die Abriss- und Umbauarbeiten auch zu unerwarteten Entdeckungen, wie dem Deckengemälde der Rokokozeit im kurfürstlichen Schlafzimmer oder originalem römischen Verputz im Bereich der Basilika-Apsis.

Eine kleine Gruppe von Fachleuten befasste sich in den folgenden fünf Jahren regelmäßig mit den Bauarbeiten und traf die für den Baufortgang erforderlichen Entscheidungen. Für das Landesmuseum waren das der neue Direktor Massow und der Assistent Eichler, für die Bauabteilung der Provinz der Landesbaurat Leonard Penners und vor Ort der Bauassessor Friedrich Sengler. In fast allen denkmalpflegerischen Belangen war das Amt des Provinzialkonservators beteiligt, meist der Amtsleiter Franziskus Graf Wolff Metternich selbst.

Trotz einer Fülle von Aufgaben und zahlreichen Dienstreisen verfolgte Apffelstaedt sehr aufmerksam den Baufortschritt. Bei Aufenthalten in Trier suchte er regelmäßig die Baustelle des werdenden Großmuseums auf und nahm entsprechende Termine wahr. Er griff auch in Fragen der Denkmalpflege und der Bauleitung ein, wenn er befürchtete, dass die Zeitpläne gefährdet sein könnten: »Ich halte es nicht für angängig, daß sachlich so bedeutungslose Funde wie die Deckenmalereien oder das römische Mauerwerk an der Basilika Anlass geben, Raumplanungen und statische Berechnungen in weitestem Maße über den Haufen zu werfen, ja, sogar notwendig machen, einen Teil der vernieteten Stützkonstruktionen wieder umzuarbeiten«.[86]

Im Jahr 1938 forderte er die Aufstellung einer »eingehenden Museumsplanung« ein und machte klare Vorgaben für die Erledigung. Mit den Aufstellungsarbeiten solle 1940 begonnen werden, der Sommer 1942 wurde vorläufig als Einweihungszeitpunkt festgelegt, um nicht in den Windschatten des zu erwartenden zehnjährigen Jubiläums der Machtergreifung zu geraten: »Ich lege größten Wert darauf, diesen Termin als einen unbedingt notwendigen festzulegen, da mir untunlich erscheint, die Einweihungsfeierlichkeiten in das Jahr 1943 zu verlegen, wo allenthalben eine große Zahl ungleich bedeutsamerer Einweihungen stattfinden werden und die in Trier geleistete Arbeit damit ganz zwangsläufig nicht die Würdigung erfahren wird, die sie bei der hingebenden Gemeinschaftsarbeit Aller notwendig beanspruchen kann«.[87]

Als Sachwalter der Pläne der rheinischen Kulturverwaltung vor Ort wurde der Trierer Museumsdirektor zunehmend die wichtigste Person für die Realisierung des Großmuseums. Die sich in Trier bietende Chance, ein zweites Mal ein großes Museum aufzubauen und – anders als in Berlin – jetzt in der maßgeblichen Funktion des leitenden Direktors, stellte für Massow eine seiner Persönlichkeit und Eignung angemessene fachliche Herausforderung dar, der er sich mit großem Elan und anhaltender Begeisterung zuwandte: »Die vornehmste Aufgabe, die dem Landesmuseum Trier für die nächste Zeit gestellt ist, besteht aber in der völligen Neuaufstellung der Sammlung in einem eigenen Bau […] dessen größere Hälfte von der Provinz betreut wird und die Schätze von der Vorzeit bis rund um 1500 nach Chr. in einer Schau zeigen soll, die es jedem Besucher ermöglicht, ein deutliches eindrucksvolles Bild von dem Ablauf der Kultur dieses an Schicksalen so reichen Trierer Raumes zu gewinnen. Eine sehr überlegte klare Auswahl aus den Riesenbeständen ist notwendig, um dieser dankbaren und großen erzieherischen Aufgabe gerecht zu werden, sorgfältigstes Studium, bis ins kleinste gehende Vorbereitungen, erlesener Geschmack in der Wahl der Ausstellungsmethoden, ein Übermaß von Arbeit. Ihr werden die nächsten Jahre voll gewidmet sein.«[88]

Die programmatischen Äußerungen Apffelstaedts in der Phase der Durchsetzung seiner Pläne bis zum Baubeginn 1936 waren von kulturpolitischen Zielsetzungen im Sinne der NS-Ideologie geprägt. Demgegenüber orientierten sich die konzeptionellen Überlegungen Massows an wissenschaftlichen und museumspraktischen Gesichtspunkten. Vor allem sollte die Unterscheidung zwischen einer systematisch geordneten Studiensammlung im alten Haus an der Ostallee und einer »auf streng wis-

[85] RLMT, Planarchiv, KP 1–99 (Bauaufnahmen, statische Berechnungen sowie Skizzen und Planungen des Provinzial-Neubaubüros für den Kurfürstlichen Palast und den Umbau zum Landesmuseum; darunter auch Entwürfe für die Ausstellungsgliederung; 1930–1942); Tr. Nationalbl. 06.07.1938 (Erster Bauabschnitt des Großmuseums vollendet); Wilhelm Massow, Das neue Landesmuseum des Westmarkgaues, in: Der Grenzgau Koblenz-Trier 3 (1938), S. 55–61.

[86] RLMT B 123a, 28 (14.10.1937); ALVR 11400, 356–357.

[87] RLMT B 123a, 39 (19.01.1938).

[88] RLMT B 12b (Wilhelm Massow, Bericht über die Tätigkeit im Bereich des Rhein. Landesmuseums Trier für die Zeit vom 1. April 1933 bis 31. März 1937).

[89] Wilhelm Massow, Das Rheinische Landesmuseum zu Trier, in: Rheinische Vorzeit in Wort und Bild 1 (1938), S. 11–14; hier S. 14; Teilnachdruck: Tr. Volksfr. 04.03.1938 (Trierer Schau aus drei Jahrtausenden. Über die Aufgaben des neuen Großmuseums).

senschaftlicher Grundlage beruhenden Auswahl« in der Schausammlung im neuen Palastmuseum als Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen gelten. Moderne museumsdidaktische Hilfsmittel wie Modelle, Pläne und eine geeignete Beschriftung sollten dazu beitragen, »durch die Schönheit der Aufstellung Lust und Liebe zur Beschäftigung mit den Denkmälern einer mehrtausendjährigen Geschichte zu wecken«.[89]

Von vorstrukturierten Leitthemen und kulturpolitischen Vorgaben ist nur mehr am Rande und im allgemeinen Sinne die Rede, wenn es beispielsweise heißt: »wir werden uns nicht auf die rein zeitliche Abfolge innerhalb der Aufstellung beschränken, sondern uns bemühen, durch die Art der Aufstellung das Museum zu einem unentbehrlichen Erziehungsfaktor im Sinne nationalsozialistischer Geschichtsauffassung zu machen«. Was diese eigentlich nur als Phrase auffassbare Aussage eigentlich bedeuten sollte, wird durch die folgende Passage kaum konkreter: »also kulturpolitisch wichtige Gedanken herauszuarbeiten, den Wert der Persönlichkeit in der Geschichte aufzuzeigen, bodenständige und artfremde Einflüsse in ihrem Widerspiel aufzudecken«.[90] Man kann in diesem in einer kulturpolitischen Zeitschrift der Gauverwaltung publizierten Beitrag durchaus eine Gratwanderung zwischen fachlich fundierten Äußerungen und sprachlicher Anpassung an den Zeitgeist erkennen. Kein Zweifel besteht jedoch daran, dass Massow und seine Mitarbeiter stolz darauf waren, das künftige Trierer Landesmuseum »als die größte und zeitnaheste museale Neuschöpfung des Reiches« unter ihrer Mitwirkung entstehen zu sehen.[91]

Kriegsausbruch, Brandschutz und Evakuierungsmaßnahmen. Mit dem Kriegsausbruch 1939 kamen auf das Landesmuseum mit Sicherungs- und Bergungsarbeiten weitere Aufgaben zu. Diese wurden wiederum durch die wachsende Zahl von Einberufungen der Mitarbeiter erschwert. Stetig zunehmender Mangel an Arbeitskräften und Baumaterial war schon zuvor infolge der Errichtung des Westwalls spürbar. Dennoch wurden die Arbeiten nicht ganz unterbrochen, und es waren immer noch Fortschritte beim Einbau der Betondecken und Zwischenwände bis hin zur Installation einer Deckenheizungsanlage zu vermerken. Im Rahmen von Luftschutzsicherungen der Trierer Kunstschätze wurden Arbeiter und Baumaterial aber zunehmend auch für Evakuierungen und Sicherungsmaßnahmen eingesetzt. In den geräumigen Kellern des Palastes wurden vor allem die Fundmassen aus den Großgrabungen auf hohen Regalen untergebracht, die hier bis in die sechziger Jahre verblieben.[92] Zudem wurde 1939 ein Bunker für besonders wertvolle bewegliche Stücke eingerichtet[93] und 1943 ein Luftschutzkeller im Nordflügel.[94] Vorübergehend wurde die ehemalige Palastkaserne 1940 sogar von der Wehrmacht beschlagnahmt und von einer Flakeinheit für Werkstatt- und Lagerzwecke genutzt.[95]

Bis zum Sommer 1942 war die Raumaufteilung im Südflügel fertiggestellt. Im Vorjahr entdeckte barocke Wandmalereien und Stuckaturen, aber auch die Deckenmalerei im ehemaligen kurfürstlichen Schlafzimmer, wurden mit aufwendigen Restaurierungen bis hin zu Vergoldungen wiederhergestellt.[96] Dieser Raum sollte das Direktorzimmer des Palastmuseums werden. Das Obergeschoss des Städtischen Museums im Marstall war inzwischen sogar bezugsbereit,[97] zur Einrichtung der geplanten Dauerausstellung kam es aber nicht mehr.

Insgesamt war der Rohbau des geplanten Großmuseums bis Ende 1942 im Wesentlichen abgeschlossen. Über diesen Stand der Bauarbeiten am »Landesmuseum Moselfranken« liegt ein ausführlicher Bericht des Bauleiters, Bauassessor Sengler, vor.[98] Anschaulich schildert er die Probleme des großen Baudenkmals, das durch eine einhundertzwanzigjährige Nutzung als Kaserne insbesondere im Innern sehr gelitten hatte, wobei im Laufe der Baumaßnahmen aber erheblich mehr an qualitätvoller Bausubstanz zutage kam, als man hatte erwarten können. Andererseits sollte das Schloss unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Belange nur für einen modernen Verwendungszweck umgebaut werden.

Die fertiggestellten, aber wegen der Kriegsumstände mit Evakuierungs- und Sicherungsmaßnahmen nicht beziehbaren großzügigen Räumlichkeiten des künftigen Museums erlaubten Massow aber eine weitere, gar nicht vorgesehene Art der Nutzung. Die leeren Ausstellungssäle waren hervorragend geeignet zur großflächigen Auslage von römischer Wandmalerei. Zunächst ließ er Anfang 1943 die seit Jahren unter seiner Ägide restauratorisch vorbereiteten über achtzigtausend Bruchstücke römischer Wandmalerei, die 1920 in der Gilbertstraße geborgen worden waren, im zweiten Stockwerk auf großen Tischen auslegen. Doch bevor die weitere wissenschaftliche Bearbeitung beginnen konnte, kamen unmittelbar vor dem Palast bei der Anlage eines Löschwasserbeckens erneut Reste römischer

[90] Massow, Landesmuseum des Westmarkgaus (Anm. 85).
[91] Massow, Rhein. Landesmus. (Anm. 89), S. 14.
[92] Reinhard Schindler, Museumsbericht 1965 bis 1976. in: Trierer Zeitschrift 39 (1976), S. 119–146; hier S. 123–124 und S. 131.
[93] Tr. Nationalbl. 12.09.1939 (Luftschutzsicherung der Trierer Kunstschätze).
[94] RLMT B 123a, 85 (09.06.1943).
[95] RLMT B 123a, 63.
[96] RLMT B 123a, 58–72.
[97] Tr. Landesz. 01.06.1942 (Das künftige »Moselfränkische Landesmuseum«).
[98] ALVR 11400, 733–758; Abschrift: RLMT B 123a, 82 (Der Umbau des kurfürstlichen Palastes in Trier zu einem Museum und seine geplante äußere Wiederherstellung. Ein Arbeitsbericht des Provinzial-Neubaubüros, abgegeben durch Prov. Bauassessor Sengler, 08.01.1943).

Wandmalerei zutage, denen nun die vorrangige Bearbeitung eingeräumt wurde. Die schönsten Partien sollten nach ihrer Restaurierung im Palastmuseum Aufstellung finden. Doch konnten infolge der Kriegsumstände beide Projekte nicht zu Ende gebracht werden.[99]

Im Übrigen konnte in der Stadt infolge von Luftschutzarbeiten wie der Anlage von Wasserlöschbecken eine Reihe von Aufschlüssen archäologisch untersucht werden. Diese Maßnahmen führten zu ungewöhnlich zahlreichen Funden, wie beispielhaft 1942 zur Entdeckung und Bergung eines Musenmosaiks in der Neustraße.[100] Auch im Bereich des künftigen Palastmuseums waren weitere Maßnahmen zum Schutz vor Fliegerangriffen zu treffen. So wurde seit 1942 vom Stellvertreter des Museumsdirektors, Erich Gose, wiederholt vorgeschlagen, »den bisher zur Kartoffelaufbewahrung benutzten Kellerraum im Nordflügel des Palastmuseums zu einem Schutzkeller für Kunstgut herzurichten«. An der bürokratischen Klärung dieses Vorgangs war eine Reihe von Beamten der rheinischen Kulturverwaltung beteiligt, bis endlich Apffelstaedt am 18. Mai 1943 lapidar entschied, dass »die Kosten aus dem Kunstschutzfonds gedeckt werden«. Danach erscheint Apffelstaedt ein letztes Mal in den Akten des Trierer Großmuseums, als Gose am 10. Juli 1943 auf Nachfrage der Provinzialverwaltung mitteilt: »Ueber den Stand der Arbeiten wurde Herrn Landesrat Dr. Apffelstaedt am 26.6.43 mündlich in Aachen berichtet«.[101]

Der Aufstellungsplan Massows. Der durch die Kriegsumstände verlangsamte Fortgang der Bauarbeiten führte auch dazu, dass konkrete Planungen für die Aufstellung der Schausammlung des Landesmuseums im Palastmuseum nicht mehr so vordringlich waren und zugunsten von Sicherungsmaßnahmen – nicht zuletzt für die großen römischen Steindenkmäler – zurückgestellt wurden. Im Mai 1942 legte Massow einen Aufstellungsplan für die drei Stockwerke im Hauptschloss vor, der einerseits das vorhandene Schwergewicht der römischen Sammlung gegenüber Vorgeschichte und Mittelalter widerspiegelt, andererseits aber keine kulturpolitische Ausrichtung im Sinne des Nationalsozialismus erkennen lässt.[102] Die Bearbeitung sowohl der vorrömischen als auch der nachantiken Zeit kann nur als summarisch bezeichnet werden. Es fehlte die Zuarbeit der zum Kriegsdienst eingezogenen Fachkollegen aus Prähistorie und Kunstgeschichte. Für die Römerzeit aber hatte er selbst die Konzeption entwickelt. Der Rundgang war – entgegen früheren Überlegungen zur Unterscheidung von kunst- und kulturgeschichtlichen Abteilungen – in sich geschlossen und, wie in archäologischen Epochen bewährt, nach der Chronologie der Kulturstufen geplant. Die Vorgeschichte konnte dabei das Erdgeschoss gar nicht ausfüllen; hier widmeten sich die drei letzten Säle bereits der Romanisierung der Treverer. Im ersten Obergeschoss folgte die Fülle der Denkmäler aus der Römerzeit (Abb. 5). Das zweite Stockwerk begann mit dem eigentlich noch der Antike zuzurechnenden frühen Christentum und ging weiter mit Frankenzeit und Mittelalter. Der noch magere Museumsbesitz dieser Epoche sollte durch Kodizes der Stadtbibliothek ergänzt werden. Die Hoffnung auf eine spätere Vereinbarung mit dem Bischof zur Einbeziehung auch der kirchlichen Sammlungen hatte Massow noch immer nicht aufgegeben. In dieser Raumverteilung und den vorgesehenen Denkmälern sind – anders als in den Planungen der dreißiger Jahre stets gefordert – keine NS-Phraseologie und nur wenige dem Zeitgeist angepasste Formulierungen wie »eindringende Römer« oder »Eindringen des neuen landfremden Elements« zu finden. Die umfassende Präsentation der Römerzeit wird dieser Epoche mit ihrem in Qualität und Quantität der Sammlungen herausragenden Stellenwert in jedem Fall gerecht.

Für die Vorgeschichte liegt ein kurzes Konzept des zuständigen Prähistorikers Wolfgang Dehn[103] von 1937 vor, in dem er einleitend feststellt, dass für diese Abteilung »nur die chronologische Abfolge in Frage kommt«. Unmittelbar vor seiner Einberufung zum Militär fertigte er im Oktober 1941 eine Liste der vorgesehenen Modelle, Originalbefunde und der vom Kunstmaler August Bechter in Bad Kreuznach zu erstellenden Landschafts-, Rekonstruktions- und Lebensbilder. Das geplante »große Modell des Trierer Raumes« war zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen. Die von Dehn entwickelten Vorstellungen zur Präsentation der Vorgeschichte und insbesondere der Eisenzeit zeichnen sich durch fachwissenschaftliche Nüchternheit und herausragende Kenntnis des archäologischen Materials aus. Er sah das Gebiet der Treverer als Teil des Keltenraums; mögliche »germanische Einflüsse« versah er mit einem Fragezeichen. Die von ihm

[99] Wilhelm Massow, Neue Wandmalereien der Römerzeit in Trier [Palastplatz], in: Forschungen und Fortschritte 20 (1944), S. 145–147; Wilhelm Massow, Die römischen Wandmalereien aus der Gilbertstraße in Trier. Das »Kandelaber-Zimmer«, hrsg. u. komm. von Karin Goethert[-Polaschek], in: Trierer Zeitschrift 63 (2000), S. 155–201; Klaus Parlasca, Die römischen Wandmalereien aus der Gilbertstraße in Trier. Das »Apollo-Zimmer«, in: Trierer Zeitschrift 64 (2001), S. 111–126.

[100] Wilhelm Massow, Jahresbericht des Rheinischen Landesmuseums Trier für 1941 bis 1944, in: Trierer Zeitschrift 18 (1949), S. 289–321.

[101] ALVR 11400, 785; Durchschlag: RLMT B 123a, 87.

[102] ALVR 11400, 686–703 (Wilhelm Massow, Aufstellungsplan für die Schausammlung des Rhein. Landesmuseums Trier im ehemaligen kurfürstlichen Palast, 1942); Durchschlag: RLMT B 123c, 5; Weiteres Exemplar: RLMT N 18 (Nachlass Massow), B 37; RLMT, Planarchiv, KP 18 (fertiger Plan der Römischen Abteilung, 1942); z. T. ältere Entwürfe zu allen Abteilungen ab 1934: KP 24; 29; 31; 43; 71; 72; 72a; 73; 73a; 99.

[103] Merten, Rheinisches Landesmuseum (Anm. 1), S. 189 f.

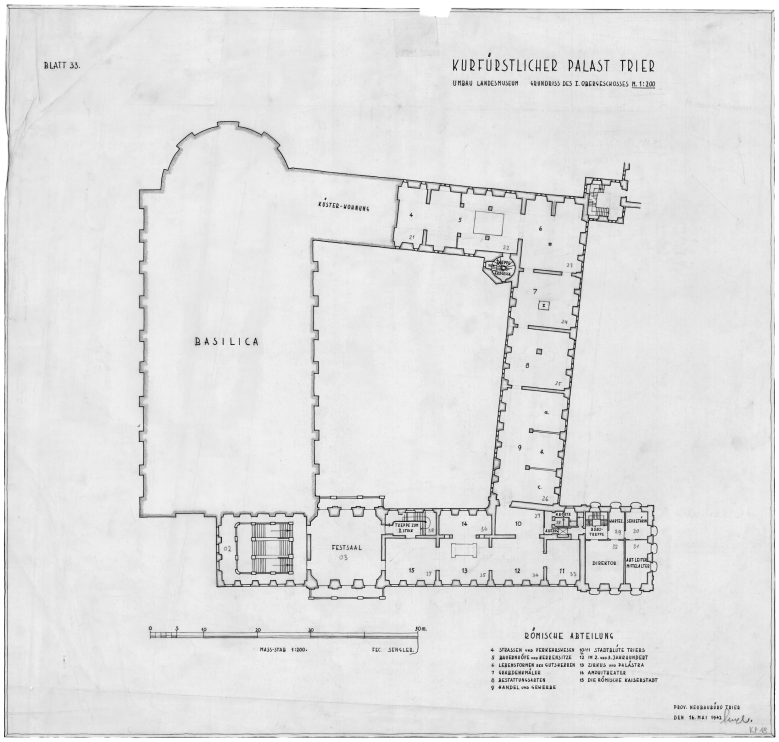

Abb. 5 Trier, Palastmuseum, Planaufnahme des ersten Obergeschosses mit der römischen Abteilung, Mai 1942.

selbst erforschte Befestigung von Otzenhausen deutete er als »Abwehrfestung gegen den römischen Eroberer«.[104]

Für die mittelalterliche Kunstgeschichte, für deren Konzept der Kunsthistoriker Eichler zuständig war, sind offenbar keine Entwürfe erhalten.

Das unfertige Großmuseum und seine vielen Namen. Ebenso wie das Großmuseum im Kurfürstlichen Palast nie seiner Bestimmung übergeben werden konnte, so gab es auch nie einen offiziellen Namen – darauf sollten sich laut Vertrag von 1936 die Rheinprovinz und die Stadt Trier erst noch verständigen. Für das geplante Haus wurden in den dreißiger und vierziger Jahren über zwanzig (!) verschiedene Namen benutzt oder zumindest als Umschreibung verwendet.

Nach Kutzbachs Vorschlag von 1930/33 für ein »Deutsches Heimatmuseum für (den Grenzbezirk) Trier«[105] verständigte sich im Zuge einer Annäherung von Provinz und Stadt der Kultursachbearbeiter Busley mit Oberbürgermeister Weitz 1933 auf das Projekt eines »Zentralmuseums«[106]. Diese Pläne wurden noch im gleichen Jahr gestört durch die Auseinandersetzungen um den Vorschlag Lückgers für ein »Lothringisches Grenzland-Museum in Trier«[107].

Die sicherlich von Busley initiierte Anlage eines entsprechenden Aktenstückes der Provinzialverwaltung trägt die bürokratische Bezeichnung »Palastkaserne u. lothring. Grenzmuseum«[108]. Im Verlauf der Lückger-Affäre sprach auch Krüger zunächst vom »Grenzlandmuseum«[109], verwendete dann aber »Palastmuseum deutscher Kunst und Kultur«[110], beziehungsweise in verkürzter Form »Palastmuseum«[111], was wohl wegen seiner Neutralität auch von anderen noch häufiger benutzt wurde. Das von ihm entworfene Raumprogramm subsumierte er schließlich unter »Museum deutscher Kunst und Kultur im Kurfürstlichen Palast zu Trier«[112].

Auf Krüger und seine Unterredung mit Irsch und Kutzbach im Zusammenhang mit der Zurückweisung der Vorschläge von Lückger am 18. September 1933 geht der Ausdruck »Großmuseum«[113] zurück. Tatsächlich ist »Großmuseum« seit dem anschließenden öffentlichen Vortrag von Irsch am 21. Dezember 1933 die am häufigsten und von fast allen Protagonisten benutzte Bezeichnung – vielleicht weil sie bei aller Vorläufigkeit die angestrebte Konzentration der Sammlungen ausdrückte, durch inhaltliche Neutralität Spielräume für die Ausgestaltung beließ und gleichermaßen dem zum Monumentalen neigenden Anspruch des Zeitgeistes entsprach.

[104] RLMT B 123c.
[105] Kutzbach, Heimatmuseum für den Grenzbezirk (Anm. 8).
[106] ALVR 11400, 9 (OB Weitz an Kitz, 15.07.1933); Via archaeologica in Trier, in: Baugilde 16 (1934) H. 20 (25. Oktober) 743 f.; danach in: Tr. Landesz. 30.10.1934.
[107] RLMT B 123b, 3; ALVR 11400, 33–117.
[108] ALVR 11400, 1–2.
[109] RLMT B 123b, 3e (20.09.1933).
[110] ALVR 11400, 2 (02.06.1933).
[111] RLMT B 123b, 2c2 (24.11.1933).
[112] RLMT 123b, 2 (03.08.1933).
[113] RLMT B 123b, Nr. 3 (18.09.1933).

Unbeschadet dessen wurden Ende 1933 weitere Namen für das im Entstehen begriffene Museumsprojekt verwendet, aus denen sich auch die kulturpolitischen Ambitionen der verschiedenen Akteure erkennen lassen. So sprach Regierungspräsident Saaßen vom »Deutschen Museum«[114], Irsch in seinem Vortrag vom »Deutschen Museum des Westens«[115], die diesbezüglichen Zeitungsberichte auch vom »Deutschen Museum der Südwestmark«[116] beziehungsweise vom »Museum der Westmark«[117].

Der Beigeordnete Schmidt zeichnete 1935 das Bild einer »kunstgeschichtlichen Schau über die Jahrtausende«, an die sich eine »kulturgeschichtliche Schau des nachrömischen deutschen Trier« anschließen werde.[118] Seine Mitarbeiter Dieck und Röder skizzierten ein »Deutsches Grenzlandmuseum Trier«.[119]

Auch 1936 erscheint das geplante Museum in offensichtlich politisch gewollter Verbindung mit dem Begriff »Westmark«, womit aber keine Verwaltungsgliederung, sondern eher etwas diffus der Westen des Reiches gemeint war: »Deutsches Museum der Westmark«[120] oder »Museum der deutschen Westmark«[121] wurden ergänzt um »Großmuseum der Westmark«, ein Name, den sowohl Apffelstaedt als auch Oberbürgermeister Christ beim »ersten Hammerschlag« benutzten[122]. In verkürzter Form ist dann auch vom »Museum der Westmark«[123] oder vom »Westmarkmuseum«[124] die Rede.

Einen auf das eigene Haus bezogenen Akzent setzte Massow 1938 mit einem ausführlichen Aufsatz über »Das neue Landesmuseum des Westmarkgaus« als wesentlichem Teil der »in einem Gebäudekomplex« als »Trierer Großmuseum« vereinigten Sammlungen.[125] Das zugehörige, etwas retuschierte Titelbild der Schauseite des Palastes beruht auf einer aktuellen Fotoaufnahme von 1938, auf dem ein Baustellenschild mit dem Text »Umbau Landesmuseum« zu erkennen ist.[126] Das neue Städtische Museum im Palastareal ordnete dessen Direktor Dieck 1939 in das »Großmuseum der Deutschen Westmark« ein[127].

In der Presse findet sich 1941 mit »Landesmuseum des Gaues Koblenz-Trier«[128] eine nun zwar verwaltungsmäßig zutreffende Gau-Bezeichnung, die sich aber nicht mit dem regionalen Arbeitsbereich des Landesmuseums für den Regierungsbezirk Trier und (seit 1937) für den Landkreis Birkenfeld deckt. Diese anspruchsmäßige territoriale Erweiterung findet sich 1942 in ähnlicher Weise in Presseberichten, die den amtierenden Oberbürgermeister Konrad Gorges referieren, nach der die Kunstschätze der Stadt »zukünftig räumlich Bestandteil des Moselfränkischen Landesmuseums«[129] sein würden. Diese Bezeichnung erscheint nur wenig verändert 1943 im abschließenden Arbeitsbericht des für den Umbau des provinzialen Teils des Palastes vor Ort verantwortlichen Architekten Sengler als »Landesmuseum Moselfranken«[130].

Das Großmuseum in Trümmern 1944–1945

Bombentreffer auf das Palastareal. Seit Sommer 1944 wurde die Stadt Trier zunehmend von den Auswirkungen des Krieges bedroht. Vorbeugenden Evakuierungen und anderen Sicherungsmaßnahmen zum Trotz gerieten auch die Museumssammlungen, denen im Kurfürstlichen Palast dauerhaft eine adäquate Unterbringung zugedacht war, in die Gefahr der Zerstörung. Sie bedurften daher besonderer Pflege und besseren Schutzes.[131]

Am 14. August 1944 wurde bei einem Luftangriff mit Brand- und Sprengbomben auf Trier neben der Basilika auch der Palast schwer getroffen. Die Dachstühle verbrannten, aber die neuen Decken mit den Stahlkonstruktionen hielten stand. Die Schäden hat Massow in einem Bericht an den Gauleiter in Koblenz festgehalten: »Die Prachttreppe und das einzige Rokokodeckengemälde sind intakt. Vor allem die im Kellerbunker gelagerten bedeutenden Kunstwerke und Denkmäler einer 2000-jährigen Geschichte sind wohlgehütet geblieben, obwohl allein im Hof schätzungsweise an 500 Brandbomben herabgefallen sind. […]. Der städtische Teil des Palastberings ist schwer betroffen. Im ehemaligen Marstall ist das städtische Museum mit Ausstellungs- und Vortragssaal völlig

[114] Tr. Volksfr. 18.11.1933; Tr. Nationalbl. 22.12.1933; Tr. Landesz. 22.12.1933.
[115] Irsch, Aufgaben der Trierer Museen (Anm. 27).
[116] Tr. Nationalbl. 22.12.1933.
[117] Tr. Nationalbl. 22.12.1933.
[118] Schmidt, Gestaltung des Trierer Raumes (Anm. 35).
[119] RLMT B 123b, 2 (Vertragsentwurf der Stadt Trier, Juli 1935); StAT 60/6.
[120] Tr. Nationalbl. 06.05.1936.
[121] Röder, des Reiches älteste Stadt (Anm. 80), S. 48.
[122] Tr. Landesz. 11.11.1936 (Baubeginn des Großmuseums der Westmark); Tr. Nationalbl. 21.06.1938. - Tr. Landesz. 21.06.1938; Hans-Joachim Apffelstaedt, [Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit im Rechnungsjahr 1937]. Kulturpflege, in: Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 525–538; hier S. 537.
[123] Tr. Nationalbl. 11.11.1936; Schmidt, Museum der Westmark (Anm. 77).
[124] RLMT B 123a, 47 (31.12.1938).
[125] Massow, Landesmuseum des Westmarkgaus (Anm. 85), S. 55.
[126] Rheinisches Landesmuseum Trier, Foto B 1867.
[127] Dieck, städtische Museumsarbeit (Anm. 84), S. 89.
[128] Tr. Nationalbl. 25./26.01.1941.
[129] Tr. Landesz. 01.06.1942 (Das künftige »Moselfränkische Landesmuseum«); Tr. Landesz. 10.07.1942 (Kunstschätze der Stadt Trier. Der städtische Anteil am zukünftigen Moselfränkischen Landesmuseum).
[130] Akten Sengler (Anm. 98).
[131] Johanna Leistenschneider, Das Rheinische Landesmuseum Trier 1944–1946. Kriegsende und Neuanfang, in: Neues Trierisches Jahrbuch 1985, S. 77–87.



Abb. 6 Trier, der Kurfürstliche Palast mit der Basilika, Zustand 1948.

ausgebrannt, desgleichen der rote Turm von 1649 und der sogenannte Petrusflügel am Konstantinplatz. Die Giebel des Marstalles sind am Einstürzen und kaum zu retten«.[132]

Am 19. und vor allem am 21. Dezember 1944 wurde der Palast bei weiteren Bombenangriffen erneut getroffen und insbesondere der Südflügel teilweise erheblich beschädigt.[133] Doch hielten die neuen Betondecken im Wesentlichen stand und schützten die im Erdgeschoss bereits untergebrachte und gesicherte Auswahl von Steindenkmälern sowie die im Keller geborgenen Kunstwerke samt der Bibliothek. Eine Ironie des Schicksals war es, dass der grundlegende Umbau des Palastes zu einem Museum die dort evakuierten Sammlungsteile vor ihrer Vernichtung bewahrt hat, das Gebäude selbst aber im Bombenhagel schwer beschädigt wurde (Abb. 6).

Apffelstaedt und Trier – ein Fazit. Zweifellos war der rheinische Kulturdezernent Apffelstaedt die maßgebliche Person für die Umsetzung des »Großen Trier-Plans« mit dem Großmuseum als seinem zentralen Element. Dabei handelte es sich um ein Leuchtturmprojekt der nationalsozialistischen Profilierung der rheinischen Kulturpolitik. Dennoch bleibt festzuhalten, dass alle vorgestellten Ideen – der Trier-Plan, die »Via archaeologica« und das Palastmuseum – nicht von Apffelstaedt selbst stammten. Aber er erkannte ihr kulturpolitisches Potential und wollte dieses zu quasi monumentaler Größe erheben.

Der »Große Trier-Plan« war als »Generalbauplan« zunächst eine Idee des städtischen Beigeordneten Otto Schmidt, die dieser seit 1928 entwickelt hatte, von der aber bis 1935 nichts umgesetzt war. Ein »Großmuseum« zur Konzentration der musealen Sammlungen im Palast klang bereits bei Schmidt an. Dabei lag der Gedanke eigentlich ›in der Luft‹: In seinen fachlichen Aspekten ist er auf die Trierer Museumsleiter – Kutzbach, Krüger und Irsch – zurückzuführen, wobei diese Anregung in der zuständigen rheinischen Museumskommission mindestens seit 1930 ein positives Echo fand. Aber auch von dieser Idee war bis Ende 1933 noch nichts verwirklicht. Nichts anderes ist bei der Betrachtung des touristischen Rundwegs festzustellen: Die »Via archaeologica« manifestierte sich bereits 1934 in der begrifflichen Prägung durch Krüger; zur gleichen Zeit wurde sie von städtischer Seite durch Schmidt als »Denkmälerschau« propagiert.

Gegenüber den Vertretern dieser inspirierten Ideen und vorläufigen Pläne trat Apffelstaedt als erfahrener Macher auf, der seine kulturpolitischen Ziele im Stil eines ›Marsches durch die Institutionen‹ mit anschließendem autoritären Durchregieren verfolgte. Zweifellos besaß er einen klaren Blick für die Qualität von Kulturprojekten und wusste als promovierter Kunsthistoriker mit bester akademischer Ausbildung um wissenschaftliche Kompetenz als Grundlage jeder Kulturarbeit. Dazu verfügte er über politische Durchsetzungsfähigkeit und war als langjähriger hochrangiger Parteifunktionär aufgrund seiner Verbindungen in die Spitzen von Partei und Verwaltung in der Lage, die erforderlichen Finanzmittel zu beschaffen und sich auch gegenüber den Vorstellungen der Stadt Trier und ihres Beigeordneten Schmidt zu behaupten. Von wesentlicher Bedeutung erscheint seine Fähigkeit zur qualifizierten Personalakquise. Für die Realisierung der ambitionierten Konzepte der rheinischen Kulturverwaltung bedurfte es unabdingbar der tatkräftigen Grundlagen- und Aufbauarbeit fähiger, allesamt

[132] RLMT B 12c (Wilhelm Massow, Bericht über die Schäden öffentlicher und privater Bauten von künstlerischem und historischem Wert durch den Angriff auf Trier am 14. Aug. 1944, 17.08.1944).

[133] Massow, Wandmalereien aus der Gilbertstraße (Anm. 99), S. 200; E. Zahn, Der Rokokoflügel des Kurfürstlichen Palastes in Trier, in: Trierer Zeitschrift 32 (1969), S. 341–382, hier S. 381.

von ihm selbst eingestellter Experten wie des Museumsdirektors Massow und seiner Mitarbeiter, von denen im Zusammenhang mit dem Großmuseum beispielhaft der Kunsthistoriker Eichler zu nennen ist.

Die Zusammenführung der touristischen Denkmälerstraße und die Konzentration der musealen Sammlungen im Konzept des Großen Trier-Plans mit einer politisch flankierten und administrativ zunächst erfolgreichen Umsetzung – das war das Werk von Apffelstaedt. Dafür adaptierte er den gefälligen Fachausdruck der »Via archaeologica« und erweiterte ihn um »triumphalis« zum plakativen Gesamtbegriff der »Via triumphalis archaeologica«. Doch der Erfolg blieb aus: Denn der Nationalsozialismus und das Dritte Reich, die in den dreißiger Jahren ein Projekt von den Dimensionen des »Großen Trier-Plans« bei den meist gegenläufigen Interessen der Beteiligten und unter den obwaltenden Sachzwängen überhaupt erst ermöglichten, schufen zugleich den Abgrund, in dem das ganze Werk untergegangen ist.

Was Apffelstaedt betrifft, so kann man sich bei der Betrachtung seiner Person nicht des Eindrucks erwehren, dass hier ein hochintelligenter und hochgebildeter Mann schon sehr früh mit Erfolg die Möglichkeiten nutzte, die das neue Regime seinen Getreuen bot. Womöglich war er gar nicht der ideologisch überzeugte Nazi, wie es den Anschein hatte. Vielleicht verstand er es nur, die nationalsozialistische Ideologie mit ihrer martialischen Phraseologie geschickt für seine eigenen Ziele einzusetzen. Nach der Umgestaltung des Bonner Landesmuseums – und vielleicht mehr noch als dort – erkannte er die Chancen, die das einzigartige Trierer Kulturerbe bot, mit einer durchsetzungsstarken Kulturpolitik dauerhafte Strukturen zu schaffen und sich letztlich damit selbst ein Denkmal zu setzen.

Denkschrift und Wiederaufbau 1946–1949

Die Denkschrift Massows. Im September 1945, mitten im zerstörten Trier, richtete Massow eine »Denkschrift über die Trierer Museen« an den Regierungspräsidenten.[134] Er hielt die ursprünglichen Pläne der räumlichen und organisatorischen Zusammenfassung aller fünf Kunstsammlungen in der Stadt nach wie vor für eine museologisch überzeugende Idee, auch wenn es mit dem Vertrag von 1936 faktisch nur zu einem Nebeneinander von Landesmuseum und Städtischem Museum gekommen war. Diese Denkschrift war der letzte, man ist geneigt zu sagen, verzweifelte Versuch, die Idee des Großmuseums als zentrales Haus der sehenswürdigen Trierer Kunstschätze noch zu retten. Doch fand dieser Vorschlag trotz des energischen Einsatzes Massows bei den Verantwortlichen in Stadt und Land, aber auch der Trierer Kirche[135], keine Unterstützung.

Nachkriegszeit und Wiederaufbau. Die Stadt hatte in der frühen Nachkriegszeit mit dem Wiederaufbau lebensnotwendiger Infrastruktur ganz andere Probleme, als sich um die Vollendung eines im verlorenen Krieg gescheiterten Kulturprojekts zu kümmern, dessen Kernidee einer Integration aller Sammlungsteile spätestens Mitte der dreißiger Jahre von der Stadt nicht mehr akzeptiert worden war. Das Städtische Museum erhielt schließlich zunächst provisorisch, dann dauerhaft ab 1958 im wiederhergestellten Simeonstift ein neues Domizil.[136]

Auch die Vertreter der Trierer Kirche waren längst anders orientiert. Bischof und Domkapitel hatten sich darauf verständigt, ihr neues Museum zügig und in eigener Verantwortung zu errichten. Es sollte 1952 in einem eigenen Haus im ehemaligen Banthus-Seminar am Rande des Domviertels für die kommenden fast vier Jahrzehnte seinen Platz finden – gegenüber dem alten Palast auf der anderen Seite der Mustorstraße.[137]

Nur die Leitung des Trierer Landesmuseums – bis September 1947 Massow, danach der zunächst kommissarische Direktor Hans Eiden – versuchte bis Anfang der fünfziger Jahre, als man mit den Wiederherstellungsarbeiten am Altbau in der Ostallee längst begonnen hatte, am zerstörten Palast als Gebäude für die Schausammlung des Landesmuseums festzuhalten.[138] Doch schließlich erfolgte der Wiederaufbau des ehemaligen kurfürstlichen Schlosses durch das neue Bundesland Rheinland-Pfalz 1956 nicht mehr als Museum, sondern für einen »nützlicheren Zweck« – als Verwaltungssitz der staatlichen Bezirksregierung.[139] Damit war die an sich großartige Idee eines modernen Trierer Zentralmuseums endgültig nur noch Geschichte.

Jürgen Merten, Dipl.-Bibliothekar, Rheinisches Landesmuseum Trier, Bibliothek, Weimarer Allee 1, 54290 Trier, juergen.merten@gdke.rlp.de

[134] RLMT, N 18 (Nachlass Massow), B 44; BAT III 19,1 Bd. 2, 45–56; Abschrift: BAT Abt. 105 Nr. 2652, 53–62 sowie 63–72 (Bemerkungen von Irsch, 22.12.1945).

[135] BAT III 19,1 Bd. 2, 45–110; BAT Abt. 105 Nr. 2652, 53–73.

[136] Eberhard Zahn, Walter Dieck und das Städtische Museum, in: Neues Trierisches Jahrbuch 1981, S. 88–92.

[137] Winfried Weber, 100 Jahre Bischöfliches Dom- und Diözesanmuseum Trier, in: Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 2004, S. 123–127.

[138] Jürgen Merten, Ein Leben für die Archäologie der Treverer. Zur Erinnerung an Dr. Hans Eiden (1912–2003), in: Funde und Ausgrabungen im Bezirk Trier 35 (2003), S. 94–102.

[139] Egbert Straube, Der Wiederaufbau des Kurfürstlichen Palais in Trier, in: Das Kurfürstliche Palais in Trier. Festgabe zur Wiederherstellung durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Trier 1956, S. 58–60.

Bildrechte. Abb. 1 nach Schmidt, Städtebauliche Arbeit in Trier (Anm. 6) Abb. 41. – Abb. 2 ALVR 11280. – Abb. 3 StAT, Bildsammlung 1,10,21. – Abb. 4 und 6 RLMT, Fotos MC 1938,68 (4); MC 1948,15 (6). – Abb. 5 RLMT, Planarchiv KP 18.

Summary. The »Great Trier Plan« originated from the idea to transform the former Electoral Palace, which was then used as barracks, into a »Grand Museum«. After the seizure of power by the NSDAP, when the Rhenish provincial administration, too, assimilated itself to the new political structures, the plan was implemented as a major project of National Socialist propaganda under the supervision of the head of the department of cultural affairs, Apffelstaedt. The intention was to connect the archaeological and architectural monuments and the museums' collections to form a circular tourist route, the »Via triumphalis archaeologica«. Its centrepiece was the Grand Museum, the construction of which began in 1936. The Grand Museum, whose construction was completed in 1942 but had not yet been used for a public exhibition, was used as an evacuation shelter for the most valuable works of art until its destruction by bombing in 1944.

Résumé. Le »Grand Plan de Trèves« a été initié à partir de l'idée de transformer l'ancien Palais Électoral servant de caserne en »Grand Musée«. La réalisation du plan commença en 1934 comme un grand projet de propaganda national-socialiste sous la direction d'Apffelstaedt, chef du Département de la Culture, après que l'administration provinciale se fût adaptée aux nouvelles structures politiques imposées par le NSDAP. On voulait relier tous les monuments archéologiques et architecturaux de la ville avec les collections des musées sur un circuit touristique, la »Via triumphalis archaeologica«. La construction du »Grand Musée«, le coeur du projet, commença en 1936. Le »Grand Musée«, dont la construction fût accomplie en 1942 mais dans lequel on n'a jamais installé d'expositions, servit de lieu d'évacuation pour les objets les plus précieux avant d'être détruit par des bombes en 1944.

Resümee. Der »Große Trier-Plan« hatte seinen Ausgangspunkt in der Idee, den bislang als Kaserne genutzten ehemaligen Kurfürstlichen Palast in ein »Großmuseum« umzuwandeln. Als sich nach der Machtergreifung der NSDAP auch die Verwaltung der Rheinprovinz den neuen politischen Strukturen anpasste, begann 1934 die Umsetzung des Plans zu einem Großprojekt nationalsozialistischer Propaganda unter Leitung des Kulturdezernenten Apffelstaedt. In einer »Via triumphalis archaeologica« sollten alle archäologischen Monumente und Baudenkmäler mit den Museumssammlungen zu einem touristischen Rundweg verbunden werden. Kernstück war das 1936 begonnene Bauprojekt des Großmuseums. Das bis 1942 im Bau fertiggestellte, aber nicht mehr als Schausammlung eingerichtete Großmuseum diente noch als Evakuierungsort für die wertvollsten Kunstwerke, bis es 1944 durch Bomben zerstört wurde.

Bettina Bouresh

Das Rheinische Landesmuseum Bonn bis 1945

Vereinnahmung? Widerstand?

Am 4. Januar 1820 erließ der Preußische Staatskanzler Fürst Karl-August von Hardenberg den Gründungsauftrag für ein »Antiquitäten-Cabinet für die Rheinisch-Westfälischen Provinzen in Bonn […] um die interessanten Fragmente aus der römischen Zeit vor Zerstörung und Zerstümmelung sicherzustellen und für die künftige Erhaltung zu sorgen, um durch eine genauere Bekanntschaft mit der Vergangenheit die Liebe zum vaterländischen Boden noch zu vermehren«.[1] Es ist damit eines der ersten kulturhistorischen Museen Deutschlands in staatlichem Auftrag.

Die Ära Lehner

Nach langen Jahren des Auf und Ab wurden 1874 die beiden rheinischen Provinzialmuseen Bonn und Trier gegründet. Das Bonner Haus wurde 1893 eröffnet.

Der Name des dritten Direktors, Hans Lehner (Direktor 1899–1930), ist verbunden mit bedeutenden Grabungen aus der römischen Zeit (Vetera Castra bei Xanten, seinerzeit das größte Grabungsprojekt Deutschlands), aus der Vor- und Frühgeschichte (Mayen und Urmitz) und auch der frühchristlichen Archäologie (zum Beispiel Bonner Münster). Er war ein in der Fachwelt hoch geschätzter Archäologe, der die Aufgabe des Museums darin sah, systematisch die archäologische Forschung im Rheinland voranzutreiben – und den dabei zutage kommenden Funden ein Haus zu bieten. Die Grabungen wurden zügig publiziert, Bodendenkmalpflege und Museum waren eng miteinander verbunden. Wichtig war Lehner der Grundsatz, »das Museum [habe] strenge wissenschaftliche Arbeit zu leisten und deren Ergebnisse allen denen zu vermitteln, die lernen wollen«.[2]

Der durch Funde anwachsenden Studiensammlung stand eine Schausammlung gegenüber. Dem interessierten Besucher sollte der systematische Vergleich und so die Aneignung von Kulturgeschichte im Kontext angeboten werden. Im Vordergrund einer kulturgeschichtlichen Sammlung stand demnach nicht der einzelne Museumsgegenstand in seiner Eigenwirkung, sondern die Verdeutlichung historischer Zusammenhänge.

Die erfolgreiche archäologische Erforschung der Rheinlande füllte das Museum in kurzer Zeit mit einem nicht abreißenden Strom von Funden. Rückblickend beschreibt Lehner die Situation 1909 so: »Das stetige Anwachsen der Museumssammlungen hatte das Bedürfnis nach erweiterten Aufstellungsräumen schon längst immer dringender fühlbar gemacht. Manche Abteilungen des Museums hatten schon so dicht zusammengerückt werden müssen, dass ihre Benutzbarkeit und noch mehr ihre ästhetische Wirkung aufs äußerste beeinträchtigt war, bedeutende neue Erwerbungen mussten überhaupt vorläufig magaziniert werden.«[3]

In die Amtszeit Lehners fiel die Erweiterung der kleinen Gemäldesammlung des Museums um 226 Bilder aus der Sammlung Otto und Mathilde Wesendonck und einen kleinen Bestand an Bildern aus Berliner Museen. Um die der Stadt Bonn auf neunundneunzig Jahre als Dauerleihgabe angebotenen Gemälde aufnehmen und präsentieren zu können, erhielt das Bonner Museum einen Erweiterungsbau, der 1909 eröffnet wurde. Zentral blieb für den Direktor jedoch die »kulturgeschichtliche Sammlung«, die die »mehrtausendjährige Kulturgeschichte der Rheinlande in ihren beweglichen Monumenten« darstellen und dem ernsten und eindringlichen Studium vor allem des wissenschaftlichen Nachwuchses das Material bereitstellen sollte.[4]

[1] Zitiert nach Rheinhard Fuchs, Rheinisches Landesmuseum Bonn. 150 Jahre Sammlung 1820–1970, Köln 1970, S. 30.

[2] Hans Lehner, Das Bonner Provinzialmuseum als heimatkundliche Forschungsanstalt, in: Bonner Jahrbücher 132 (1927), S. 229–247; vgl. Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939, Köln 1996, S. 29.

[3] Hans Lehner, Das Bonner Provinzialmuseum nach der Erweiterung, in: Bonner Jahrbücher 119 (1910), S. 94–105; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 22.

[4] Vgl. Lehner, Erweiterung (Anm. 3) S. 94–105; Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 20.

In seiner Ära kam der Aufbau des Museums zu einem gewissen Abschluss, begleitet von Katalogen und Führern durch das Museum und einem Katalog der Steindenkmäler. Im Neubau von 1909 war die große zweigeschossige Oberlichthalle mit einer Reihe von Sammlungsräumen im Erd- und Obergeschoss sowie Magazinräumen im Dachgeschoss das zentrale Element.

Mit der Pensionierung des Direktors im Jahr 1930 endete die »Ära Lehner«. Er hinterließ ein Museum von großer regionaler und internationaler Ausstrahlungskraft. Bevor Lehner ging, holte er junge Nachwuchswissenschaftler in das Bonner Museum, die bald darauf drängten, das Haus zu modernisieren. Reformdiskussionen fanden seit Mitte der zwanziger Jahre auch in zahlreichen anderen Museen der Weimarer Republik statt.

Die Amtsübernahme des Nachfolgers Franz Oelmann wurde seitens der Provinzialverwaltung, besonders des damaligen Leiters der Kulturabteilung Joseph Busley[5], von der Erwartung begleitet, nun das Museum in »die neue Zeit« zu überführen. Als wichtiger Kritikpunkt wurde die zu geringe Besucheranzahl ins Feld geführt. Daraus folgten »vor allem […] gewisse Forderungen, die an das Museum, seine wissenschaftlichen Untersuchungen, aber auch an die Popularisierung der ganzen Anstalt zu stellen sind.«[6]

Einige Mitarbeiter, besonders Walter Bader und Eduard Neuffer, waren Feuer und Flamme, aber die Zeiten schienen nicht günstig für Veränderungen, die Geld kosteten. Die Bedingungen für Reformen erwiesen sich als eng begrenzt. Die Weltwirtschaftskrise zog auch im Museum dramatische Folgen nach sich: Im Winter 1931/32 gab es nicht einmal genug Geld für die Heizung. Das führte zu reduzierten Öffnungszeiten, das Museum stand kurz vor der Schließung. Alle Wünsche, sich neu aufzustellen, blieben im Ansatz stecken. Vor allem zwischen dem jungen Walter Bader und dem neuen Direktor kam es zu offen ausgetragenen Gegensätzen über den einzuschlagenden Kurs. Oelmann blieb vorsichtig. Er begann mit dem »Umbau der Bibliothek« und erhielt dafür eintausendfünfhundert Reichsmark.

1933 bis 1935

Im April 1933, bei den Beratungen zum Haushaltsplan 1933/34, hatte Busley feststellen müssen, dass zunächst nur ein vorläufiger Plan vorgelegt werden könne. Die Sachausgaben waren 1931 um ein Viertel und im Jahr darauf um die Hälfte gekürzt worden – einzelne Positionen seien unter dem Stand von 1913 und hätten damit die Grenze des überhaupt Möglichen erreicht.



Richtfest im Bonner Landesmuseum

Der Um- und Erweiterungsbau – Ein Fest nach altem Brauch

Bonn, 3. Juli

Der Um- und Erweiterungsbau des Rheinischen Landesmuseums in Bonn ist soweit gediehen, daß am Samstag das Richtfest gefeiert werden konnte. Es nahm unter Anwesenheit des Standartenführers Dr. Apfelstädt, dem Vertreter und Kunstdezernenten des Landeshauptmanns, einen überaus schönen Verlauf.

Nach einer Begrüßung durch den Oberpolier Heuser gab der Direktor des Museums, Prof. Oelmann, einen kurzen Ueberblick über das nun schon halbvollendete Bauprogramm. Der hölzerne Dachstuhl des Museums, der völlig unbenutzbar war, ist durch ein Geschoß aus Eisenbeton ersetzt worden, in dem insbesondere die Studiensammlung untergebracht werden soll.

Prof. Oelmann dankte allen Beteiligten, dem Provinzialbaubüro, der ausführenden Firma, insbesondere der Arbeiterschaft, dem Polier für seine geschickte Leitung und schließlich dem Landeshauptmann, der so tatkräftig die Pflege der Kulturgüter im Rheinland in die Hand genommen hat.

Darauf sprach Dr. Apfelstädt. Meine lieben Arbeiterkameraden! Nach altem Brauch hat der Landeshauptmann angeordnet, daß das Richtfest, das erste an einem Bau der Provinz im nationalsozialistischen Deutschland, gefeiert werde. Mit Stolz blicken wir auf diese alte Sitte zurück.

Bisher war für den deutschen Arbeitsmann ein Museum zumeist nur ein Kasten mit alten Brocken. Aber gerade der deutsche Arbeitsmann mit seinem aller Welt überlegenen technischen Können hat Verständnis für die Kunst unserer Vorfahren.

Es ist die Aufgabe unserer Museen, alles so darzubieten, daß es jedem zu Herzen geht. So ist dieser Bau vor allem deshalb unternommen worden, damit breite Massen ein persönliches Verhältnis zu den zur Schau gestellten Dingen gewinnen können.

Denn gerade dieser Bau zeigt, wie untrennbar der Arbeiter der Stirn und der Arbeiter der Faust zusammengehören. Er zeigt aber weiter, daß es mit der Arbeit in Deutschland vorwärtsgeht.

Der Lieblingstraum unsers Führers war, Baumeister zu werden. Er ist Baumeister des Deutschen Reiches geworden. Wir säßen heute nicht hier, wenn ihm sein Werk nicht gelungen wäre. Wenn es heute immer noch Nörgler gibt, so sind es diejenigen, die nicht vergessen können, daß es in Deutschland einen Ausgang „Nur für Herrschaften" nicht mehr gibt.

Wir wollen dem Führer nichts andres sein als getreue Werkleute, und jeder soll an seinem Platz mithelfen, den Bau des herrlichen Deutschen Reiches zu vollenden.

Nachdem ein Vertreter der Gefolgschaft für die mit großem Beifall aufgenommenen Worte gedankt hatte, nahm die Feier, verschönt durch Musik und Zimmermannstanz, einen heiteren Verlauf und wird allen Teilnehmern als Beweis echter deutscher Volksgemeinschaft unvergeßlich bleiben.

Abb. 1 Zeitungsartikel vom 03. Juli 1934 zum Richtfest des Rheinischen Landesmuseums Bonn.

Das änderte sich im Herbst 1933. Seit April leitete der Nationalsozialist Heinrich Haake als Landeshauptmann die Rheinische Provinzialverwaltung. Er holte im September 1933 Hans-Joachim Apffelstaedt ins Kulturdezernat, einen frisch promovierten Kunsthistoriker aus der angesehenen Marburger Schule und seit 1927 Mitglied der SA und der NSDAP. Dieser entwickelte im Auftrag Haakes ein Zukunftsprogramm für die Arbeit der Rheinischen Kulturabteilung und wurde im Dezember zum neuen Kulturdezernenten ernannt.

[5] Entfällt.

[6] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (künftig ALVR) 11266, Bl. 189: Bericht Busley, Bonn, 09.10.1930; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 41.

[7] ALVR 20736, Bl. 1: Übersicht über die Haushaltseinnahmen und Ausgaben vom 01.04. bis 30.09.1933, verfasst von Franz Oelmann, Bonn, 23.10.1933; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 84.

Bereits am 25. September 1933 fand im Bonner Provinzialmuseum eine wichtige Besprechung statt. Anwesend waren Baurat Leonard Penners aus der Hochbauabteilung, Landesverwaltungsrat Busley und der bis dahin unbekannte Dr. Apffelstaedt. Oelmann schreibt dazu in der Übersicht über den Haushalt im Oktober 1933: »entsprechend dem Wunsche des Herrn Landeshauptmannes [wurden] die Richtlinien für eine beschleunigte Neuordnung der prähistorischen und merowingischen Abteilung des Museums festgelegt«.[7]

Am 4. Dezember 1933 legte das Museum die ersten Anträge für Umbaumaßnahmen bei der Hochbauabteilung vor. Die Provinzialmuseen erhielten 1933 zusammen einhundertfünfzigtausend Reichsmark als Sonderaufwendungen, davon gingen allein einhundertvierzigtausend für die Neuordnung an das Bonner Museum. Die Neuaufstellung der vorgeschichtlichen Sammlung wurde mit siebentausend Mark unterstützt, mit viertausendfünfhundert die vorgeschichtliche Fundüberwachung. Zwei Prähistoriker sollten zusätzlich eingestellt werden. In diesem Tempo ging es weiter.

Der Umbau begann 1933/34 mit der Schaffung der baulichen Voraussetzungen (Abb. 1). Bis zum Abschluss der ersten Etappe im Frühjahr 1935 wurde das Museum im Wesentlichen in seiner alten Struktur belassen. Erst die zweite Etappe, die die eigentliche Neuordnung beinhaltete, war mit gravierenden Eingriffen in die Inhalte des Museums verbunden. Der programmatische Zug der Neuordnung wurde erst in der zweiten Etappe unverkennbar.

Das Umbauvorhaben entwickelte sich vergleichsweise planlos, spontan und stückweise. Oft bestand zu Anfang eines Haushaltsjahres noch gar kein Überblick, was sich im Laufe der voranschreitenden Arbeiten als notwendig erweisen würde. Unvorhersehbare Verzögerungen blockierten den Ablauf, die Finanzierung hing wesentlich von zahlreichen Nachtragsforderungen und der Eintreibung von Sondermitteln ab. Das Vorhaben entwickelte sich für die Beteiligten zu einer schwer zu überschauenden Aufgabe und absorbierte über Jahre Arbeitskraft und Zeit der Museumsleute. Für die wissenschaftliche Arbeit blieb kaum noch Raum. Oelmanns dringende Forderungen nach Modernisierung der technischen Anlagen des Museums und der Einrichtung zeitgemäßer Werkstätten wurden immer wieder zurückgestellt. Im Vordergrund der Veränderungen stand die Schausammlung.

Die Eröffnung des ersten Abschnittes am 24. März 1935 wurde von der Provinzialverwaltung als »Großereignis« gefeiert, mit einer Festschrift geehrt[8] und als erstes Teilstück »der umfassenden Gesamtplanung kultureller Aufbauarbeit«[9] inszeniert. Museumsfachleute und Wissenschaftler aus dem ganzen Reich wurden geladen. Präsentiert wurden zwei Säle fränkische und fünf Säle prähistorische Abteilung und Mittelalter (Kunsthandwerk und Gemälde); im umgestalteten Lichthof waren einige ausgewählte römische Steindenkmäler sowie eine Auswahl an Pretiosen zu sehen, Objekte in Gold, Silber, Glas, Bronze und Ton. Noch vor Jahresende wünschte Apffelstaedt den endgültigen Abschluss der Arbeiten im Landesmuseum; der Umbau wurde am Tag nach dem Festakt fortgesetzt.

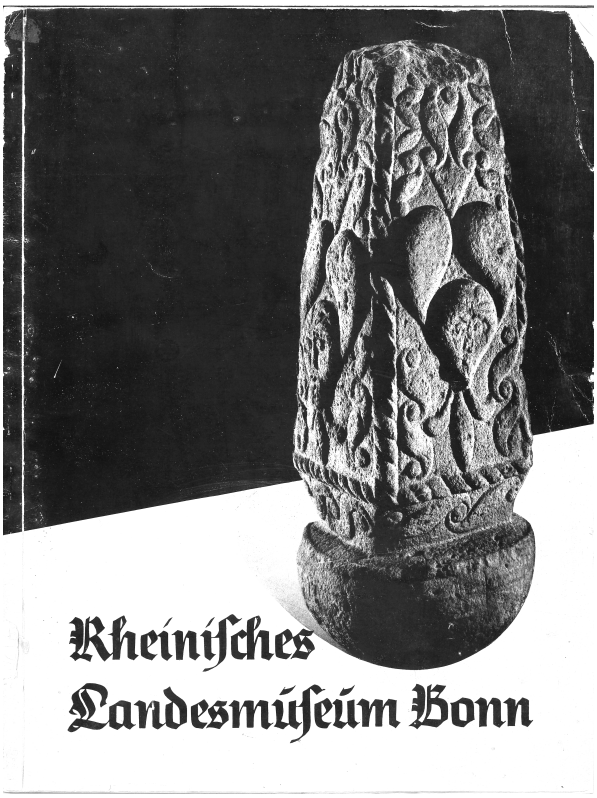

Abb. 2 Titelblatt der Festschrift zur feierlichen Eröffnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1936.

1936

Die nächste Eröffnung fand 1936 statt und wurde unter enormem Zeit- und Arbeitsdruck durchgepeitscht. Die pünktlich zur Eröffnung erschienene überarbeitete Festschrift wurde europaweit verschickt und erntete begeisterte Zustimmung in Fachkreisen (Abb. 2).[10] Neu eingerichtet wurde der Ausstellungsbereich »Der Kampf um den Rhein«, der die Besucher einführen sollte »in das historisch

[8] Hans-Joachim Apffelstaedt, Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn. In: Die Rheinprovinz 4/1935.

[9] Die Rheinprovinz 11 Nr. 5 (1935), S. 352 f.; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 93.

[10] Franz Oelmann, Das Rheinische Landesmuseum in Bonn, seine Entwicklung und seine Aufgaben, in: Rheinisches Landesmuseum Bonn (o. J.).



Abb. 3 Luftschutzmaßnahmen im Sockelgeschoss des Landesmuseums 1943.

bedeutendste Problem, das die vor- und frühgeschichtliche Forschung im Arbeitsgebiet des Museums« böte[11].

Prominente Besucher kamen in das neue Museum, darunter Reichspropagandaminister Goebbels (Mai 1936). Der polnische Botschafter Józef Lipski versäumte es nicht, auf einer Rheinreise dem neugestalteten Museum seinen Besuch abzustatten, und der damals berühmte Forscher und Reisende Sven Hedin ließ sich ebenfalls blicken. Als Höhepunkt der Anerkennung galt der Auftritt des Bonner Museums auf der Pariser Weltausstellung 1936, wo mehrere deutsche Museen ihre Neuordnung präsentierten. Während die Deutschen Heimatmuseen, zu denen das Rheinische Landesmuseum in Bonn gezählt wurde, in ihrer Gesamtheit eine Goldmedaille erhielten, ging der »Grand-Prix« an das Pergamonmuseum in Berlin.

Apffelstaedt sah nun sein Ziel eines »Volksmuseums« in Bonn verwirklicht, nämlich »das Erlebnis der großen künstlerischen Leistung unseres Volkes nicht als Privileg einer kleinen Schicht zu belassen, sondern zum Gemeingut des ganzen Volkes zu machen«.[12]

Im Rausch der Anerkennung war nur die Stimme eines einzigen Skeptikers deutlich zu vernehmen, die des ehemaligen Museumsdirektors. Unter dem Titel »Gelehrten- und Volksmuseum« erschien in der Kölnischen Zeitung am 9. Juli 1936 ein Artikel, unterzeichnet von Hans Lehner, in dem er daran erinnerte, dass das Provinzialmuseum schon mit dem Gründungsauftrag von Hardenberg immer beides gewesen sei – wissenschaftliches Institut und »Schausammlung« – und dass mit der Erweiterung und Neuaufstellung des Museums 1909 eine Studiensammlung hinzugekommen sei, die allerdings aus Platzgründen eher den Charakter eines Magazins hätte annehmen müssen. Er legte seine Auffassung von Öffentlichkeitsarbeit dahingehend dar, dass er interessierte Zuhörer habe ansprechen wollen, die wiederkamen und selbst in der Fülle des Ausgestellten die Dinge »herausfanden, die ihnen als besonders beachtenswert bezeichnet waren«.[13] Die Aufgabe des Museums sah er darin, »Anregungen« zu geben, und er betonte die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung als Voraussetzung für jegliche Museumsarbeit.

Und es ist genau diese Arbeit, die in der folgenden Zeit vernachlässigt wurde. Die Studiensammlung wurde in den kommenden Jahren nicht fertig, und am 27. August 1939, drei Jahre nach der Wiedereröffnung der neugeordneten Schausammlung und drei Tage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, schloss man das Museum für Besucher (Abb. 3).

1939 bis 1945

Fortan waren die Museumsmitarbeiter mit »Innenarbeiten« beschäftigt, mit der Anlage einer Fotoplattensammlung, Katalogarbeiten und der Sicherung der Sammlungsgegenstände.

Die Gemäldegalerie, so war es zeitweise der Plan von Apffelstaedt in der Zeit der »Konsolidierung« nach der Neueröffnung gewesen, sollte ganz aus dem Landesmuseum gelöst und in einem Neubau gezeigt werden. Der wegen zahlreicher Kunstankäufe[14] seit 1934 enorm anwachsende Bestand an Gemälden – umgekehrt reziprok zu den Möglichkeiten, sie in dem »kriegsbedingt geschlossenen« Landesmuseum unterzubringen – führte zu Überlegungen bei Apffelstaedt, am Landesmuseum das Archäologische zugunsten der Gemäldeabteilung einzuschränken. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Im Dezember 1940 beklagte sich Direktor Oelmann zum ersten Mal offen in einem sehr ungewöhnlichen Schreiben an seinen Vorgesetzten Apffelstaedt über Entwicklungen, die ihn offenbar seit langem in Sorge versetzten:[15]

»S. g. H. Landesrat, durch Herrn Rademacher hörte ich […], dass Sie auf die schon vor zwei Jahren stark umkämpfte Idee zurückgekommen sind, die Arbeitsräume […] sowie den Hörsaal nebst Vorraum für Ausstellungszwecke freizumachen. […] Ich habe schon vor zwei Jahren meine Bedenken gegen diesen Plan geltend gemacht und möchte sie jetzt aufs Entschiedenste wiederholen. Denn die Ausführung dieses Planes würde nicht nur eine schwere Beeinträchtigung unserer täglichen Arbeit, sondern

[11] Ebenda, S. 18, vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2), S. 112.

[12] Hans-Joachim Apffelstaedt in: Festschrift zur Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, in: Die Rheinprovinz 11 Nr. 4 (1935), S. 236; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 93.

[13] Hans Lehner, Gelehrtenmuseum und Volksmuseum, in: Kölnische Zeitung, 09.07.1936; vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 2) S. 127.

[14] Vgl. hierzu die Ausführungen von Kim Bures-Kremser.

[15] ALVR 20729, Schreiben von Oelmann an Apffelstaedt, 02.12.1940.



Abb. 4 (rechts) Der vom Krieg stark zerstörte Museumsaltbau an der Colmantstraße 1946.

Abb. 5 (unten) Kriegszerstörungen im Ausstellungsbereich des Landesmuseums 1944.

auch eine Verschiebung des Schwergewichtes des Museums überhaupt zufolge haben. […] Wenn jetzt weiterer Raum im Museum lediglich für Zwecke der Galerie in Anspruch genommen werden soll, so wird damit auf absehbare Zeit der Charakter des Museums in seinem Kern verändert und zwar in einer Weise, die m. E. nicht mehr mit den traditionellen Aufgaben der rheinischen Landesmuseen […] in Einklang zu bringen ist. Gegründet ist das Museum seinerzeit zum Zwecke der Pflege der geschichtlichen Landeskunde, besonders in ihren älteren, mehr oder weniger schriftlosen, nur durch Denkmäler vertretenen Perioden. Das ist auch seither die Hauptaufgabe des Museums geblieben, denn sie kann ja nur von einer Landes- oder Provinzialverwaltung getragen werden. […] Die Pflege der Landeskunde bleibt in jedem Falle auf den Landesverwaltungen hängen, ist also ihre ureigenste, dazu schönste und wichtigste Aufgabe. […] Natürlich muss man sich darüber klar sein, dass mit solchen Museen nicht so schnelle und offensichtliche Erfolge zu erzielen sind, wie mit einer Kunstsammlung, wenn man es versteht, sich das nötige Geld zu beschaffen und wenn man hinter den Dingen her ist. […] In einem Kunstmuseum dreht sich alles um die Erwerbung und Darbietung wirkungsvoller Ausstellungobjekte. […] Dagegen muss ein landeskundliches Museum wie ein Archiv die Gegenstände in Massen sammeln, es muss die Bodenurkunden bewahren, soviel es irgend gibt und deshalb beanspruchen einerseits die Arbeitsräume […] andererseits die Magazine verhältnismäßig viel Raum. Aber auch die Schausammlung, obwohl sie nur einen kleinen Bruchteil der Sammlungsbestände zeigen kann, braucht größere Räumlichkeiten, weil sie ohne Zuhilfenahme von Modellen, Karten und sonstigen grafischen Darstellungen, Tageslichtkino usw. ihre Aufgabe der Belehrung unmöglich erfüllen kann. […] Wenn ich mich gegen eine weitere räumliche Ausdehnung der Galerie in dem jetzigen Museumsgebäude wende, so nur deshalb, weil das nur möglich wäre auf Kosten der landeskundlichen Abteilung […]. Eine solche bewusste Beeinträchtigung dieser Arbeiten scheint mir […] gar nicht in der Linie zu liegen, die Sie selber in den ersten Jahren ihrer Amtsführung eingeschlagen haben, indem Sie durch entsprechende Vermehrung des Personals überhaupt erst eine einigermaßen erschöpfende Bodendenkmalpflege



nach ostdeutschem Muster im Rheinland ermöglicht haben. Diese Entwicklung würde […] zwangsläufig wieder rückwärts gewendet werden und unsere ganze Kulturpolitik womöglich in den Ruf des Zickzackkurses bringen, umso mehr als doch zunächst mit Trommelbegleitung nicht gespart worden ist […].

Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich als – nomineller – Direktor dieses Museums mich berufen fühle, mich um einen billigen Ausgleich der einander widerstrebenden Belange der Kunstabteilung einerseits und der Landeskundlichen Abteilung anderseits zu bemühen, und wenn ich mich nicht später dem Vorwurf aussetzen möchte, dass ich mich gegen eine Zurücksetzung und Verkümmerung der traditionellen Hauptaufgabe des Landesmuseums, nämlich der Pflege der vor- und frühgeschichtlichen Landeskunde, gar nicht gewehrt hätte. Ich möchte Sie deshalb bitten, falls Sie diese langatmige Epistel überhaupt bis zum Ende durchgelesen haben […] sich die Sache noch einmal reiflich zu überlegen und mit mir […] eingehend zu besprechen, bevor Sie Endgültiges entscheiden«.

Dieses Schreiben bedeutete – nicht nur 1940 – einen scharfen Affront gegenüber dem Vorgesetzten. Dies wirft zahlreiche Fragen auf: Ist Oelmann mit diesem deutlichen Protest – dem einzigen überlieferten Zeugnis seiner Kritik – in den offenen Widerstand gewechselt? Hat er jahrelang um der Sache willen stillgehalten, insgeheim aber die Entwicklung des Landesmuseums unter dem neuen Kulturdezernenten mit Skepsis verfolgt? Hat das Museum in anfänglicher Euphorie gegenüber den unverhofften Gönnern in der Provinzialverwaltung hingenommen, dass es Stück für Stück eine veränderte inhaltliche Ausrichtung und eine gravierende Schwerpunktverschiebung oktroyiert bekam, originäre Aufgaben verlor und in die Mängelverwaltung mit wachsendem Arbeitsdruck rutschte?

Hatte man die Vereinnahmung des Museums als Instrument zur Darstellung der provinzialen Kulturpolitik aus Anpassung oder Berechnung hingenommen – in der Hoffnung auf bessere Gestaltungs- und Arbeitsmöglichkeiten? Welche Möglichkeiten zu anderem Handeln hätte es gegeben?

Eine Reaktion auf Oelmanns Schreiben ist nicht erhalten, fraglich ist, ob es sie je gab. Oelmann blieb im Amt und leitete das Haus bis 1949, Apffelstaedt kam aus dem Krieg nicht zurück.

Das Landesmuseum wurde am 18. Oktober 1944 erstmals bei einem Luftminenangriff auf die Universität stark in Mitleidenschaft gezogen. Am 28. Dezember wurde das Haus von drei Bombeneinschlägen getroffen. Die Verluste an Sammlungsbeständen hielten sich aufgrund der gründlichen Vorsorge in Grenzen, der Altbau jedoch wurde 1953 abgerissen (Abb. 4 und 5).

Dr. Bettina Bouresh, Ilmenauer Straße 6 a, 14193 Berlin,
bettina.bouresh@yahoo.de

Bildrechte. Abb. 1 Zeitungsausschnitt ohne Quellenangabe im ALVR 53281. – Abb. 2 s. Anm. 10. – Abb. 3–5 LMB.

Summary. After the founding of the Provinzialmuseum in Bonn in 1874 (opened in 1893), a primarily scientific study collection was initially created under director Hans Lehner, which was juxtaposed with a display collection. In 1909 it was enriched by the Wesendonck collection of paintings in the new building. The modernisation of the museum came into view in 1930 under Franz Oelmann, Lehner's successor. Since 1933, under Governor Heinrich Haake and Head of the Department of Culture Hans Joachim Apffelstaedt, the museum gained considerable momentum in the spirit of National Socialism and was generously financed. The first spectacular opening in 1935 was followed by a second, the final one in the following year. However, the ideology that had made the building so successful soon tore it into the abyss itself: It was closed at the outbreak of war, then severely damaged by air raids, and the older building was finally demolished in 1953.

Résumé. Après la fondation du Provinzialmuseum (musée provincial) à Bonn en 1874 (ouverture en 1893), une collection d'études essentiellement scientifique fut d'abord créée sous la direction de Hans Lehner, qui fut juxtaposée à une collection d'exposition, enrichie dès 1909 par la collection de peintures de Wesendonck dans le nouveau bâtiment. En 1930, la modernisation du musée fut envisagée sous la houlette de Franz Oelmann, le successeur de Lehner. Depuis 1933, sous la direction du gouverneur Heinrich Haake et du chef du Département de la culture Hans-Joachim Apffelstaedt, le musée prit un essor considérable dans l'esprit du national-socialisme et fut généreusement financé. La première ouverture spectaculaire en 1935 fut suivie d'une deuxième et dernière l'année suivante. Cependant, l'idéologie qui avait contribué au succès du musée ne tarda pas à le faire tomber dans l'abîmé: il fut fermé au début de la guerre, puis gravement endommagé par des raids aériens, et l'ancien bâtiment fut finalement démoli en 1953.

Resümee. Nach der Gründung des Provinzialmuseums in Bonn 1874 (Eröffnung 1893) entstand unter Direktor Hans Lehner zunächst eine primär wissenschaftliche Studiensammlung, der eine Schausammlung gegenüberstand, seit 1909 durch die Gemäldesammlung Wesendonck im Neubau bereichert. Die Modernisierung des Museums kam 1930 unter dem Nachfolger Franz Oelmann in den Blick. Sie nahm seit 1933 unter Landeshauptmann Heinrich Haake und Kulturdezernent Hans-Joachim Apffelstaedt im nationalsozialistischen Geist erheblich Fahrt auf und wurde großzügig finanziert. Nach einer ersten spektakulären Eröffnung 1935 kam eine zweite, endgültige im Jahr darauf. Die Ideologie, der das Haus seinen Erfolg verdankte, riss es aber bald selbst in den Abgrund: Bei Kriegsausbruch wurde es geschlossen, dann durch Luftangriffe schwer beschädigt und der Altbau schließlich 1953 abgerissen.

Kim Bureš-Kremser

Gemäldeerwerbungen des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1933 bis 1945

Zur Finanzierung

Im Jahre 1934 führte der gesamte rheinische Provinzialverband insgesamt 59 517 790 Reichsmark im ordentlichen Haushalt.[1] Die Kulturabteilung wurde dabei lediglich mit 1,079 Prozent bedacht[2]. Dies entspricht einer Summe von 642 196,95 Mark. Hinzu kamen aus dem außerordentlichen Haushalt insgesamt 177 975,28 Mark.[3] Auf den ersten Blick erscheint dies nicht besonders viel für die zu diesem Zeitpunkt bestehenden fünf Dezernate der Kulturabteilung (Abb. 1).

Mit Hans-Joachim Apffelstaedt (1902–1944)[4] war seit dem 1. Dezember 1933 ein – wie es im Bericht zur Kulturabteilung 1934 heißt – »bewährter nationalsozialistischer Vorkämpfer kultureller Belange«[5] als Kulturdezernent ins Amt getreten. Diesem blieb die Gesamtleitung des Referats Provinzialmuseen alleinig vorbehalten. Die Provinzialmuseen Bonn und Trier standen in der Haushaltsplanung für 1934 mit 39,557 Prozent nach der Denkmalpflege deutlich an zweiter Stelle der Begünstigten (Abb. 2).[6] Der Gesamtetat der beiden Museen war im Vergleich zum Vorjahr aufgestockt worden und betrug nun 254 000 Reichsmark.[7] Die Neugestaltung des Bonner Museumsbereichs 1935/36 erforderte darüber hinaus ein hohes Maß an außerordentlichen Mitteln. Für 1934 wurde eine Finanzierung durch die ÖFFA angestrebt, die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG, die mit nicht weniger als 147 000 Reichsmark den Umbau des Museums sowie den von Apffelstaedt geplanten Ausbau der Studiensammlung unterstützte.[8] Weiterhin wurden für die Errichtung der Studiensammlung 14 500 Mark und für die Neuaufstellung der Schausammlung 22 000 Mark in die Hand genommen.[9] Als Rechtfertigung für diese enormen außerordentlichen Ausgaben diente Apffelstaedt die Umkehrung des Museumskonzepts in dasjenige einer sogenannten »volksnahen Bildungsstätte«. Diese Umgestaltung hänge – so der damalige Museumsleiter Franz Oelmann (1883–1963)[10] in der ›Rheinprovinz‹ im Jahre 1935 – ursächlich »mit der allgemeinen Neugestaltung [des] Staatswesens durch die nationalsozialistische Bewegung«[11] zusammen und sei in diesem Sinne »ein Ausdruck derselben auf kulturpolitischem Gebiet«.[12] Der erste nennenswerte kunsthistorische Bestand war erst 1909 durch die als Dauerleihgabe an die Stadt Bonn übergebene Sammlung Otto und Mathilde Wesendoncks in das Museum gekommen. Die Stadt zahlte dem Landesmuseum eine monatliche Miete für die Präsentation der Kollektion in einem eigens angebauten Neubau. Wie Oelmann selbst sagte, war durch die Inflation in den Kriegsjahren und darüber hinaus bis 1924 nicht an Ankäufe von Seiten des Museums zu denken. Das größte Gemälde-Konvolut kam dann 1925 dank der gemeinsamen Übernahme der genannten Sammlung Wesendonck durch Stadt und Museum ins Haus. Das Landesmuseum war nun also tatsächlich im Besitz der bereits seit über einem Jahrzehnt im Hause ausgestellten Werke. Laut Oelmann war es vor allem der »persönlichen Fürsorge des neuen Landeshauptmanns Haake und sei-

1 Vgl. Die Rheinprovinz, 10, April 1934, S. 6.
2 Vgl. ebenda, Schaubild 1.
3 Vgl. ebenda, errechnet aus Schaubild 2.
4 Zur Person vgl. Heidi Gansohr, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Kreis-Tarden 2012, S. 49–65.
5 Bericht der Kulturabteilung, in: Die Rheinprovinz, 10, April 1934, S. 34.
6 Vgl. ebenda, Schaubild 6, S. 8.
7 Vgl. ebenda, S. 35; für die Finanzaufstellungen des Trierer Museums sowie die ausführlichen Neu- und Umgestaltungsplanungen desselben siehe den Beitrag von Jürgen Merten in diesem Band.
8 Vgl. ebenda.
9 Vgl. ebenda.
10 Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Museumsleiter Franz Oelmann. Ein Direktor in schwierigen Zeiten, in: Bonner Jahrbücher 216 (2016), S. 3–12.
11 Franz Oelmann, Das Rheinische Landesmuseum in Bonn, seine Entwicklung und seine Aufgaben, in: Die Rheinprovinz, 11, März 1935, S. 165.
12 Ebenda.

nes Abteilungsdirigenten Landesverwaltungsrat Dr. Apffelstaedt« zu verdanken, dass die Sammlungserweiterung und Präsentation seit 1933 vorangetrieben wurde, »und zwar in unerwartet großzügiger Weise«,[13] wie er selbst betont.

Die Gemäldesammlung im Überblick

Zum jetzigen Zeitpunkt befinden sich 1086 Gemälde in den Ausstellungsräumen und Depots des Bonner Hauses, heute LVR - Landesmuseum Bonn, wovon neunundachtzig Stück Fremdeigentum beziehungsweise Dauerleihgaben darstellen.

Etwa 570 Gemälde, die sich im Eigentum des Landesmuseums befinden, sind Werke, deren Entstehungszeitraum vor 1945 anzusetzen ist und die daher in der Aufdeckung einer NS-Vergangenheit für die Provenienzforschung potentiell von Belang sind.

Lediglich zweiundneunzig dieser Gemälde waren schon vor 1933 im Besitz des Landesmuseums (Abb. 3), wohingegen der mit Abstand größte Teil – 478 Bilder – von 1933 bis zum heutigen Tag angekauft wurde.

Von den Werken der Malerei, die zwischen 1933 und 1945 und damit unter direktem Einfluss der Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung, vornehmlich des Kulturdezernenten Hans-Joachim Apffelstaedt und des damaligen Leiters der Gemäldeabteilung des Rheinischen Landesmuseums, Franz Rademacher (1899–1987),[14] angekauft wurden, besitzt das Museum heute noch fünfundachtzig Stücke.

Zu den Erwerbungen dieses Zeitraums hinzuzurechnen sind siebenundvierzig weitere Gemälde, die während der Besatzungszeit im westlich angrenzenden Ausland angekauft wurden.[15] Diese wurden zusammen mit dreiunddreißig weiteren Objekten im Zuge der sogenannten äußeren Restitution[16] bereits in den Jahren 1947 und 1948 an ihre Ursprungsländer zurückgegeben.

Die Erwerbungen 1933 bis 1945

Die oftmals von Haake und Apffelstaedt betonte schlechte wirtschaftliche Lage des Rheinischen Landesmuseums

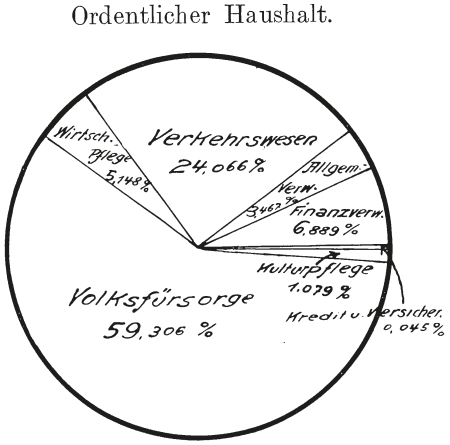

Schaubild 1

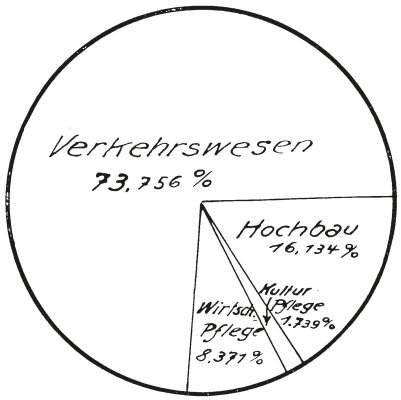

Schaubild 2

lässt sich am Ankaufsverhalten vor 1933 erkennen. Laut Inventarbüchern wurde das letzte Gemälde vor dem Ausbau der Sammlung im Jahre 1930 angekauft.

[13] Oelmann, Landesmuseum (Anm. 11), S. 172.

[14] Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Kunsthistoriker Franz Rademacher am Rheinischen Landesmuseum Bonn 1935–1959, in: Bonner Jahrbücher 214 (2014), S. 3–10.

[15] Die genaue Anzahl erhalten wir aus der Analyse der Inventarbücher und der für die Betrachtung dieser Zeit sehr wichtigen Liste, die sämtliche nach Ausbruch des Krieges getätigten Erwerbungen im Ausland aufführt (Archiv des Landschaftsverbands Rheinland [im Folgenden: ALVR] 11414, »Verzeichnis der vom Rheinischen Landesmuseum Bonn seit Ausbruch des Krieges gemachten Erwerbungen«). Es wurden 132 Gemälde zwischen 1933 und 1945 im In- und Ausland gekauft.

[16] »Gemäß § 1 des Anhangs zum Fünften Teil des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen […] in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Fünften Teils des Vertrags ist als Bundesoberbehörde das Bundesamt für äußere Restitutionen errichtet worden. Es hat […] die Aufgabe, a) nach Schmucksachen, Silberwaren und antiken Möbeln sowie nach Kulturgütern zu forschen, sie zu erfassen und zu restituieren, sofern diese Wertgegenstände während der Besetzung eines Gebiets von den Truppen oder Behörden Deutschlands oder seiner Verbündeten oder von deren einzelnen Mitgliedern zwangsweise entfernt worden waren und die weiteren in Artikel 1 des Fünften Teils des Überleitungsvertrags näher umschriebenen Voraussetzungen vorliegen […]«, Bekanntmachung zum fünften Teil des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 8. Juni 1955, in: Bundesgesetzblatt I., S. 271.

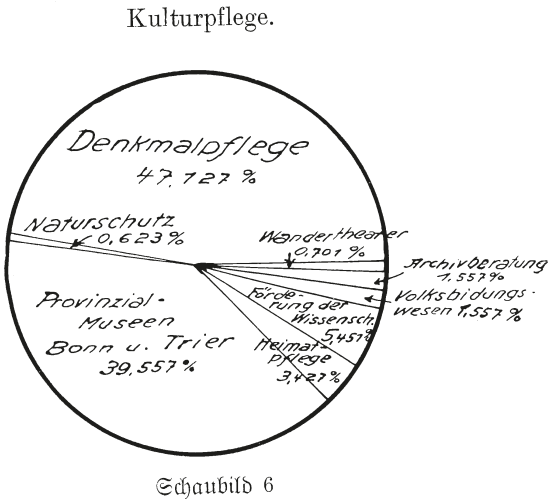

Abb. 1 (gegenüber) Ordentlicher und außerordentlicher Provinzialhaushaltsplan für das Jahr 1934. – Abb. 2 (oben) Verteilung der Ausgaben der Abteilung Kulturpflege für das Jahr 1934.

Eine erste Veränderung wird 1934 spürbar, zu einem Zeitpunkt also, als Apffelstaedt bereits die Neueinrichtung des Museums plante und am Konzept der Ausrichtung mitwirkte. Diese Neukonzeption der Gemäldesammlung, die zu diesem Zeitpunkt bekanntermaßen hauptsächlich aus dem Wesendonck'schen Bestand kam, sah eine Umstrukturierung vor, die lediglich Bilder der rheinischen oder der angeblich ›artverwandten‹ niederländischen Kunst zuließ.[17]

Im Jahr 1934 wurde erstmals nach diesen Vorgaben gekauft, damals noch unter Aufsicht Walter Baders (1901–1986)[18]. Lediglich zwei Werke wurden für insgesamt 26 960 Reichsmark erworben.[19] Der Etat von 22 000 Mark, den Apffelstaedt im April 1934 als Sondermittel für die Neuaufstellung der Sammlung[20] angekündigt hatte, war damit bereits überschritten. Diese beiden Stücke befinden sich heute nicht mehr im Museum.[21]

Ein signifikanter Kurswechsel hinsichtlich der Erwerbungen ist für 1935 zu verzeichnen. Dieser kann für die kommenden Jahre als musterhaft gelten.

In diesem Jahr wurden insgesamt dreizehn Gemälde inventarisiert, deren Kaufabwicklung ebenfalls 1935 stattfand.[22] Der Gesamtwert dieser Ankäufe belief sich auf 95 364 Reichsmark.[23] Eine so hohe Summe wurde in der Geschichte des Museums niemals zuvor für Bilderankäufe aufgebracht, so dass die berechtigte Frage im Raum steht, wie dies bewerkstelligt wurde.

Eines der Stücke kam durch einen bargeldlosen Tauschhandel mit dem Landesmuseum Darmstadt in den Besitz des Landesmuseums.[24] Außerdem schreckte man nicht davor zurück, Einkünfte aus dem Verkauf eigener Objekte – oftmals aus der Sammlung Wesendonck – zu erwirtschaften, die dann für den Erwerb neuer Gemälde aufgebracht wurden. In einer Rede am 25. März 1935 erläuterte Apffelstaedt dieses Vorgehen: »Den Abschluß wird sodann die Ausscheidung der italienischen Bilder aus der Galerie bilden, die […] zum Austausch an andere Museen oder in den Handel gegen Bilder der rheinischen bezw. holländisch-flämischen Schule gegeben werden sollen und damit der Charakter des Landesmuseums auch in der Galerie endgültig verwirklicht wird.«[25]

Diese Ankaufstechnik beziehungsweise die Generierung von Geldmitteln durch die Veräußerung von eigenen Objekten wurde bei der Erwerbung des Gemäldes »Der Geiz« von David Teniers[26] im September 1935 auf die Spitze getrieben. Die Verhandlungen für das fast 11 000 Mark teure Objekt liefen bereits seit April desselben Jahres. Ein namhaftes Bild aus der Sammlung Wesendonck[27] wurde als Inzahlungnahme an den Kunsthändler Max Hackenbroch aus Frankfurt am Main geschickt sowie zwei gotische Apostelfiguren zur Geldgewinnung an die Stadt Düsseldorf abgegeben; darüber hinaus wurde eine ganze Reihe weiterer Objekte im Wert von insgesamt 5 800 Reichsmark an Dr. Carl Haerle von

[17] Vgl. z. B. Rede Apffelstaedts am 24.03.1935, Sonderdruck, S. 7 (ALVR), zitiert in: Heidi Gansohr-Meinel, Die Wiedereröffnung am 24. März 1935. Vom »Gelehrten-Museum« zum »Volksmuseum« – Zum Wandel der Vermittlung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (Teil 2), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn (2002) H. 2, S. 4 f.

[18] Zur Person vgl. Stefan Kraus, Walter Bader. Denkmalpflege in schwerer Zeit, in: Xantener Domblätter 9 (2001), passim, vor allem S. 14–77.

[19] Vgl. Inventarbuch 1935; Inv. Nr. 35.3 und Inv. Nr. 35.4. Obwohl beide Gemälde im November 1934 angekauft worden waren, erhielten sie erst im Jahr 1935 eine eigene Inventarnummer und sind deshalb nicht zu den Gesamterwerbungen des Jahres 1935 zu rechnen.

[20] Vgl. Bericht Rheinprovinz (Anm. 5) S. 35.

[21] Beide Gemälde stammten aus der Sammlung eines jüdischen Industriellen und wurden 1962 restituiert.

[22] Wie Anm. 19 zeigt, ist es bei der Erfassung der Erwerbungen in den einzelnen Jahren und insgesamt wichtig, zwischen der Inventarisierung und dem tatsächlichem Ankauf zu unterscheiden, was häufig nicht im gleichen Jahr geschah. Gründe dafür konnten Ankäufe am Jahresende oder die Nutzung des Haushaltsetats des Folgejahres sein. Bei Inventarisierungen, die Jahre nach dem Ankauf stattfanden, waren häufig komplizierte Tauschgeschäfte ursächlich, deren Abwicklung sich über lange Zeiträume zog.

[23] Ermittelter Wert errechnet aus den Angaben im Inventarbuch des Jahres 1935.

[24] Tauschbuch Nr. 6, S. 7: »Barthel Bruyn d. Ä., Verkündigung, Inv. Nr. 35,543 / Erworben im August 1935 vom Hessischen Landesmuseum in Darmstadt im Tausch gegen zwei spätromanische Fenster«; vgl. außerdem Abgabebuch Nr. 13, S. 12.

[25] Wie Anm. 20.

[26] Inv. 35.422.

[27] Es handelte sich um ein Werk von Jakob Seisenegger, ›Bildnis zweier Kinder‹ (Gemäldekatalog von 1927, Nr. 258). Die Abgabe des Gemäldes wurde vom Wesendonck-Beirat am 26.05.1935 beschlossen.



Abb. 3 Blick in die Gemäldesammlung 1933.

der Firma Thyssen veräußert.[28] Allein 1935 wurde so eine Summe von 17 650 Mark durch Inzahlungnahme erwirtschaftet, womit die Provinzialverwaltung aber noch immer 77 714 Mark für den Erwerb von Werken der Malerei für das Bonner Landesmuseum aufbrachte.

Nachdem bereits über das Jahr verteilt immer wieder einzelne Werke aus der Sammlung Wesendonck verkauft worden waren, kam es am 27. und 28. November 1935 beim Kunsthaus Lempertz in Köln zur großen Versteigerung derjenigen Objekte dieser Sammlung, die nach Apffelstaedts Empfinden nicht mehr in das Konzept des Museums passten.[29] War durch die 1909 ans Haus gekommene und 1925 durch Stadt und Museum übernommene Kollektion doch erst die Errichtung eines Neubaus, der die Ausstellungsfläche des vorherigen Museums um das Doppelte vergrößerte, nötig geworden, so fiel die Bewertung derselben zu späterer Zeit doch sehr bescheiden aus. So sagt Walter Bader, dass sich »die durchschnittliche Qualität der ausgestellten Bilder als ganzer Bestand keineswegs für eine Schausammlung«[30] eigne und Oelmann kommentiert im Sommer 1935, dass der »völlig internationale[n] Charakter […] dem Sinne des Museums für rheinische Kulturgeschichte längst nicht mehr entsprach und sie zu einem Fremdkörper darin machte […] Da zudem das künstlerische Niveau dieser reinen Kunstsammlung vielfach unterdurchschnittlich war und so auch das Ziel rein geschmacklicher Erziehung gar nicht erreicht war, wurde jetzt eine Beschränkung auf den niederrheinischen Kulturkreis im weiteren Sinne, d. h. mit Einfluß der Niederlande, durchgeführt. Alle italienischen, spanischen, französischen, englischen, dazu auch oberdeutschen Bilder wurden abgestoßen«.[31] Nicht nur das Landesmuseum versteigerte seine Gemälde auf der Auktion im November, sondern auch der Enkel und Erbe Wesendoncks Friedrich von Bissing, der zuvor in Absprache mit Haake und der Stadt Bonn einen Teil der Objekte aus dem Besitz seines Großvaters zurückerworben hatte.[32] Insgesamt wurden 47 525 Reichsmark für die neunundfünfzig versteigerten Stücke und 15 102 Mark für andere Objekte erwirtschaftet, die im Verhältnis fünfzig zu fünfzig an die Stadt Bonn und das Landesmuseum gingen. Der Erlös wurde für den Erwerb weiterer Kunstwerke eingesetzt.[33]

Im Jahr 1936 kam es zur zweiten Wiedereröffnung des Landesmuseums (Abb. 4). Wie zu erwarten, spiegelt sich nun ein ähnliches Bild wider wie für 1935. Es wurden insgesamt sechzehn Gemälde angekauft; vierzehn davon befinden sich auch heute noch in der Sammlung des Landesmuseums, während die übrigen beiden als Tauschobjekte verwendet wurden.

Die Objekte kamen durch unterschiedliche Erwerbungsarten in den Besitz des Museums: Es wurde gekauft, getauscht, geschenkt und oftmals sogar gespon-

[28] Dieser Kaufvorgang kann sowohl im Abgabebuch unter Nr. 7 als auch im Tauschbuch unter Nr. 7, S. 8 nachvollzogen werden.

[29] Auktionskatalog Math. Lempertz'sche Kunstversteigerung 376, Westdeutscher Museumsbesitz, Sammlung Wesendonck – von Bissing, Werke alter Malerei, Versteigerung 27. November 1935, Köln 1935. Siehe auch eine im Museum erhaltene originale Mappe mit Unterlagen zur Sammlung Wesendonck.

[30] ALVR 11266, zitiert in: Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums 1930–1939, Bonn 1996, S. 49.

[31] Franz Oelmann, Das Rheinische Landesmuseum nach seiner Neuordnung, in: Bonner Mitteilungen 16 (1937), S. 24.

[32] Der Vertrag wurde am 05.11.1935 von von Bissing und am 26.11.1935 von Provinzialverwaltung und Stadt Bonn unterschrieben. Von Bissing übernahm insgesamt fünfundachtzig Gemälde im Gesamtwert von 201 850 RM.

[33] Das Abgabebuch des Landesmuseums listet auf den Seiten 14–43 unter den Nummern 15–204 die versteigerten Werke mit erzielten Preisen.

sert. Der Wertzuwachs für die Sammlung betrug dabei mindestens 138100 Reichsmark.[34] Bemerkenswert ist, dass nicht weniger als die Hälfte der Gemäldeankäufe des Jahres 1936 – also acht Käufe – mit Hilfe von Geldmitteln von einer »Stiftung Thyssen Stahlwerksverband« finanziert wurde.[35] Von dieser wurde das Landesmuseum Bonn beim Bilderankauf mit insgesamt 33800 Mark unterstützt. Des Weiteren kamen in diesem Jahr zwei Stücke ins Haus, die aus den Einnahmen der Wesendonck-Versteigerung vom November des Vorjahres finanziert wurden.[36] Es handelt sich dabei um die Werke »Lockere Gesellschaft« von Jakob van Loo[37] für 18500 Mark von dem schon damals für Adolf Hitler tätigen Kunsthändler Karl Haberstock (Berlin) sowie »Maria mit Kind und der Hl. Agnes und Katharina« von einem nordniederländischen Meister[38] für den stolzen Preis von 35000 Mark bei der Berliner Kunsthandlung Johannes Hinrichsen, die später auch für Hermann Göring tätig war. Das Geld aus der Versteigerung von Dutzenden Objekten der Sammlung Wesendonck war damit bereits fast aufgebraucht.

Im Jahr nach der Wiedereröffnung des Museums ging es deutlich ruhiger zu. Das Museum erwarb 1937 für insgesamt 68.500 Reichsmark[39] neun Gemälde, sechs davon sind heute noch in der Sammlung. Zwei der Stücke wurden restituiert, eines davon bereits 1950, das andere in jüngerer Vergangenheit.

Eine womöglich abnehmende Tendenz nach den Einkäufen im Zuge der Wiedereröffnung 1936 und 1937 ist mit Blick auf das Jahr 1938 jedoch deutlich zu verneinen.

Das Rheinische Landesmuseum Bonn inventarisierte 1938 eine Vielzahl von Gemälden, von denen heute noch siebzehn im Besitz der Sammlung sind. Teilweise wurden die Erwerbungen schon 1936 oder 1937 in die Wege geleitet oder sogar getätigt, aber erst 1938 im Inventarbuch eingetragen. Die Kaufsumme belief sich in diesem Jahr auf insgesamt 100202,40 Mark.[40] Erstaunlicherweise wurde jedoch bei lediglich zwei Erwerbungen auf Drittmittel zurückgegriffen:[41] Für den Preis von 12000 Mark hat diese beiden Bilder der Altertumsverein bezahlt.

Die möglichen Ursachen dafür, dass Gemälde, die bereits 1936 im Museum waren, erst zwei Jahre später in den Inventarbüchern gelistet wurden, seien im Folgenden kurz ausgeführt. Eine entscheidende Rolle spielte dabei sowohl der ausländische Kunstmarkt als auch die genaue Erwerbungsart. Devisenbestimmungen unterbanden zu dieser Zeit den direkten Handel zwischen Deutschland und dem Ausland. So konnte auch das Landesmuseum Kunstgegenstände auf dem ausländischen Kunstmarkt ausschließlich über Tauschgeschäfte kaufen, da kein direkter Geldtransfer möglich war; umgekehrt galt dies ebenso. Teilweise kam es daher zu komplizierten Ringtauschgeschäften mit diversen Akteuren, deren Abwicklung mehrere Jahre dauern konnte.

Das erste Ringtauschgeschäft dieser komplexen Art ging im Jahr 1938 zu Ende.[42] Die Werke von Joos de Momper, »Landschaft mit Grotte«,[43] und Pieter von Anraadt, »Damenbildnis«,[44] wurden schon 1936 von der niederländischen Kunsthandlung D. A. Hoogendijk, Amsterdam, an das Museum gesandt. Allein durch die Hilfe dreier weiterer Kunsthändler sowie der städtischen Kunstsammlungen Düsseldorf und eines nicht inventarisierten Tauschgemäldes gelang allerdings erst eine »rechtmäßige« Erwerbung.[45] Eine entscheidende Frage bleibt seit der Aufdeckung des Ringtauschs offen: Warum wurde dieser Ringtausch anders als die späteren Tauschgeschäfte in den Unterlagen des Museums verschleiert? Inventarisiert wurden die Bilder als Kauf der beteiligten Kunsthändler. Ein Stück wurde sogar angekauft – zwar als reines Tauschobjekt –, ohne aber jemals inventarisiert zu werden, und hinterließ somit keine Spur in den Büchern des Museums. Es bleibt unklar, welche Motivation hinter einer solchen möglichen ›Vertuschung‹ stehen könnte beziehungsweise warum in diesem Falle so verfahren wurde, gibt es im Museum doch durchaus Beispiele für Ringtauschgeschäfte, die vollkommen offengelegt aus den Dokumenten hervorgehen.

Der ›Bildertausch‹ war jedenfalls von da an für das Rheinische Landesmuseum Bonn zu einer gewöhnlichen Methode geworden, Gemälde aus dem Ausland zu erwerben. Die ausländischen Händler boten dem Museum Werke an und suchten auf dem deutschen Markt oder bei deutschen Sammlern geeignete Tauschobjekte; diese meldeten sie an das Museum, das diese dann kaufte und im Tausch ins Ausland schickte.

Im Jahr 1939 wurden insgesamt zwölf Gemälde erworben. Neun davon befinden sich heute noch in der Sammlung des Landesmuseums. Zwei Stücke wurden lediglich als Tauschobjekte erworben und waren nie für die Ausstellung im Hause gedacht. Ein Bild wurde bereits 1950 restituiert.

[34] Vgl. Inventarbuch von 1936.
[35] Diese Ankäufe weisen im Inventarbuch bzw. der Originalrechnung den Vermerk »Gekauft […] aus Mitteln der Stiftung Thyssen Stahlwerkverband« (z. B. Inventarbucheintrag zu Inv. 36.530, Jan van Kessel, Insekten und Reptilien) auf.
[36] Vgl. Anm. 33.
[37] Inv. 36.186.
[38] Inv. 36.365.
[39] Vgl. Inventarbuch von 1937.
[40] Vgl. Inventarbuch von 1938.
[41] »Der Geiz« von Hendrik Gerritsz. Pot, Inv. 38.515, und »Landschaft mit Mühle« von Philip Koninck, Inv. 38.117.
[42] Das Tauschgeschäft kann aus den Aktenkonvoluten ALVR 11408 und ALVR 22787 erschlossen werden.
[43] Inv. 38.20.
[44] Inv. 38.6.
[45] Für eine genaue Darstellung des Ringtauschs siehe Kim Bures-Kremser / Stephanie Schoger / Viola Boden, Ein-Blick in die Provenienzforschung. Wegweiser zu den Objekten, Bonn 2018, 28–31.

Das den beiden als Tauschobjekte erhaltenen Gemälden zugrundeliegende Ringtauschgeschäft liegt – im Gegensatz zu demjenigen des Vorjahres – unverschleiert offen. Die Stücke wurden zunächst im Landesmuseum inventarisiert, bevor sie dieses wieder verließen. Angekauft werden sollte das Werk »Dienstmagd beim Gemüseeinkauf« aus dem Kreis des Gabriel Metsu[46] bei der Amsterdamer Kunsthandlung Pieter de Boer.[47] Direkt hinter den beiden ersten Inventarnummern des Jahres 1939 verstecken sich die lediglich als Tauschobjekte erworbenen Bilder von Spinello Aretino, »Johannes der Täufer und Antonius« sowie Dirk Hals, »Mann und Frau, stehend in Landschaft«, die nach erfolgter Devisengenehmigung vom 20. Februar 1939 zum Tausch nach Amsterdam geschickt wurden.[48]

Eine Gesamtsumme für die Erwerbungen von 1939 kann leider nicht genau errechnet werden, da einige Gemälde als Geschenk oder durch einen Bildertausch ohne Preisangaben ins Museum kamen. Das Rheinische Landesmuseum muss für die Ankäufe 1939 jedoch mindestens 68 800 Reichsmark bezahlt haben.[49]

Der Ankauf eines Gemäldes in diesem Jahr lässt exemplarisch nachvollziehen, wie Apffelstaedt für seine Erwerbung die unterschiedlichen Haushaltstöpfe des Landesmuseums und der Kulturabteilung nutzte. Beim Düsseldorfer Händler Hans Bammann wurde das Bild von Johannes Baers, »Römerglas mit Blumen und Insekten«,[50] für 6 500 Reichsmark erworben. Die Rechnungsabwicklung erfolgte in mehreren Etappen. Auf Wunsch Bammanns leitete Apffelstaedt an, dass 3 900 Mark an das Bankhaus Simons gezahlt wurden und weitere 2 600 Mark in Steuergutscheine im Wert von je 1 300 Mark aufgeteilt wurden.[51] Aus den Unterlagen Apffelstaedts geht hervor, dass lediglich die erste Summe aus dem Ankaufsetat des Landesmuseums kam. Um nun über das Asservaten-Konto bei der Hauptverwaltung eine Abrechnung von Steuergutscheinen vornehmen zu können, bediente sich Apffelstaedt des Rücklagenkontos »Erlöse aus dem Verkauf von Kunstgegenständen« und wies den entnommenen Betrag beim außerordentlichen Haushalt für 1939 unter dem Titel »Entnahme aus der Rücklage ›Erlöse aus dem Verkauf von Kunstgegenständen‹« nach.[52]

Mit Kriegsbeginn im September 1939 wurde das Museum geschlossen. Alle beweglichen Sammlungsobjekte wurden gesichert und in Bunker und in andere Bergungsorte gebracht, lediglich die großen Steindenkmäler verblieben im Museum, das weitestgehend luftschutzsicher gemacht wurde. Am 10. Mai 1940 marschierten die deutschen Truppen über die Grenzen Nordfrankreichs, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande. Mit der Besetzung der Nachbarländer konnte von nun an der ausländische Kunstmarkt ohne Einschränkungen erschlossen werden.

Für die Kriegsjahre 1940–1945 wäre eigentlich mit einer deutlichen Zäsur in den Gemäldeerwerbungen zu rechnen; mit Blick in die Inventar- und Korrespondenzbücher des Museums ist jedoch eine solche nicht zu verzeichnen. Die Beschaffung von Werken der Malerei und die geschäftlichen Verhandlungen mit den Händlern setzen sich anscheinend ungestört fort. Der bereits existierende Kontakt in die Niederlande wurde weiterhin aufrechterhalten und verstärkt, seit Ende 1940 kam es zusätzlich zu den ersten Handelsbeziehungen nach Frankreich. Bilder wurden weiterhin gekauft, getauscht und in Zahlung gegeben. Zu beachten ist, dass sowohl Apffelstaedt als auch Rademacher zunächst vom Kriegsdienst freigestellt waren und somit weiterhin an der Sammlungserweiterung des Rheinischen Landesmuseums Bonn arbeiten konnten. Zudem waren beide maßgeblich beteiligt am sogenannten Kümmel-Bericht, einem Verzeichnis der angeblich aus dem Deutschen Reich nach Frankreich entführten und zurückzubringenden Kulturgüter, das in Kooperation mit Prof. Alfred Stange vom Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn und im Auftrag des Reichserziehungsministeriums in Berlin erstellt wurde.[53] Eines dieser hochgeheimen und nur in limitierter Auflage erschienenen Exemplare befindet sich in der Bibliothek des Landesmuseums.

Im Jahr 1940 wurden dreizehn Gemälde für eine Gesamtsumme von 123 900 Reichsmark erworben.[54] Von diesem Betrag wurde eine Summe von 45 150 Mark vom Altertumsverein aufgebracht.[55] Drei der Stücke wurden nach dem Krieg wieder restituiert.

Als besonderes Beispiel dieses Jahres kann die Erwerbung des Gemäldes »Westfälische Landschaft mit Hünengrab« von Jacob van Ruisdael[56] beim Berliner Kunst-

[46] Inv. 39.3.
[47] Vgl. Tauschbuch Nr. 26, S. 36 sowie Abgabebuch Nr. 258, S. 80.
[48] Inv. Nr. 39.1, gekauft bei der Galerie für Alte Kunst in München und 39.2, gekauft bei Julius Böhler in München; »Die Zahlung von 7 500.– RM anteilig an die Galerien wurde mit 6 700.– RM durch den Landeshauptmann in Düsseldorf vorgenommen. Die restlichen 800.– RM [...] Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums« (Abgabebuch Nr. 258, S. 80).
[49] Vgl. Inventarbuch von 1939.
[50] Inv. 39.1061.
[51] Die Belege finden sich in ALVR 11409; datiert wurde der Erwerb auf den 23.09.1939.
[52] Vgl. ebenda.
[53] Vom Ministerium in Berlin wurde Ende Juli 1940 der Generaldirektor der staatlichen Museen, Otto Kümmel, zum obersten Koordinator eingesetzt. Er ist namensgebend für den entstandenen Bericht, vgl. Heidi Gansohr-Meinel, »…eine ungewöhnliche Fülle von Zugängen…«. Das Rheinische Landesmuseum von 1936 bis 1945 (Teil 1), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums (2002), H. 3, S. 53 f.
[54] Vgl. Inventarbuch von 1940.
[55] Vgl. ebenda.
[56] Inv. 40.1.
[57] Rechnung vom 12.01.1940 (ALVR 11414).

Abb. 4 Blick in die Gemäldesammlung 1936.



händler Eduard Plietzsch gelten, der ab 1940 maßgeblich für die Nazis in den besetzten Niederlanden nach Kunstobjekten suchte. Mit einem Wert von 45 000 Reichsmark[57] war es der teuerste Ankauf des Jahres. Apffelstaedt wollte dieses Bild, das ihm bereits 1939 von Plietzsch angeboten worden war, unbedingt für das Landesmuseum bekommen, denn es war auf der damaligen Liste der national wertvollen Kunstwerke verzeichnet und durfte damit nicht ans Ausland abgegeben werden.[58] Erworben wurde es Anfang 1940, indem das Museum aus dem Restbestand der Sammlung Wesendonck zwei Stücke für insgesamt 42 500 Reichsmark abgab.[59] Den Restbetrag von 2 500 Mark spendierte der Altertumsverein. Im normalen Etat war das Geld also eigentlich gar nicht vorhanden. Apffelstaedt setzte sich in diesem Fall über sämtliche aktengerechte Formalitäten hinweg, die im Umgang mit der Sammlung Wesendonck erforderlich gewesen wären, die ja nach wie vor Gemeinschaftseigentum des Rheinischen Landesmuseums und der Stadt Bonn war. Die beiden Wesendonck'schen Gemälde veräußerte er, ohne den Beschluss der zuständigen Kommission beantragt zu haben. Dies rechtfertigt er in einem Schreiben an den Bonner Bürgermeister Rickert: »Bei der außerordentlichen Seltenheit solcher Werke musste ich sofort zugreifen und die seltene Gelegenheit benutzen, sodass es mir nicht mehr möglich war, Ihre sichere Zustimmung noch vorher einzuholen«.[60] Noch am selben Tag stellte Rademacher formal beim Oberpräsidenten Haake den Antrag zur Abgabe der beiden Objekte,[61] den Apffelstaedt in seiner Funktion als Kulturdezernent der Provinzialverwaltung einen Tag später selbst genehmigte – eine formal korrekte Aktenlage wurde dadurch geschaffen, freilich erst nachträglich.[62]

Nur zwei Gemälde, die im Jahr 1941 inventarisiert wurden, befinden sich noch im Landesmuseum. Ein Blick in die Restitutionsliste zeigt, dass die erworbenen Objekte wohl zahlreicher als jemals zuvor waren. Fünfzehn weitere Bilder wurden von Apffelstaedt und Rademacher in diesem Jahr angekauft, doch sie befinden sich heute nicht mehr im Hause. Vierzehn von ihnen wurden schon kurz nach dem Krieg in der äußeren Restitution an ihre Herkunftsländer Frankreich und die Niederlande zurückgegeben,[63] eines ging im Kloster Marienstatt verloren und fand nach der Auslagerung nicht wieder seinen Weg ins Museum zurück.

Es handelt sich um ein Gemälde von Godfried Schalcken, »Musizierendes Paar«, das im Jahr 1942 vom Kunsthändler Johannes Hinrichsen angekauft worden war. Bis heute findet sich kein Nachweis über den Verbleib des Stückes. Ob es gestohlen wurde, kann nur spekuliert werden, jedoch verzeichneten zahlreiche deutsche Museen nach dem Krieg solche Verluste. Unter anderem sei hier kurz ein Werk von Adolph Schroedter, »Rheinisches Wirtshausleben«, zu nennen, das vom Landesmuseum 1967 beim Düsseldorfer Kunsthändler Paffrath gekauft wurde. Bis 1941 befand es sich in der Nationalgalerie

[58] Verzeichnis der national wertvollen Kunstwerke 1927, Nr. 165.

[59] Es handelte sich um eine Landschaft von Jan Wynants, G. K. 331 und um das Gemälde »Bauernhütten am Bergabhang« von Jacob Ruisdael, G. K. 241; belegt wird die Abgabe im Abgabebuch Nr. 269, S. 91 und Tauschbuch Nr. 33, S. 43.

[60] ALVR 20930, Apffelstaedt an Oberbürgermeister Rickert in Bonn, 26.02.1940.

[61] Das Abgabebuch datiert auf den 27.02.1940.

[62] Vgl. ALVR 22872.

[63] Die »Liste der während des Krieges im Ausland erworbenen und restituierten Werke«, die sich im Landesmuseum erhalten hat, zählt insgesamt 80 Kunstwerke auf; der Anteil der Gemälde stellt dabei mit 45 Stück den größten Posten dar. Wie die sog. Restitutionsliste auch festhält, sind sämtliche restituierten Werke noch aus den jeweiligen Luftschutzdepots ohne Umweg über das Landesmuseum direkt an die jeweiligen Herkunftsländer zurückgegangen.

Berlin, dann wurde es bei Luftschutzmaßnahmen in den Flakturm Zoo ausgelagert, von wo es verschwand und erst bei Paffrath wieder auftauchte. Recherchen in einem Seminar an der Universität Bonn vom Wintersemester 2018/2019 ergaben, dass es wahrscheinlich über einen Herrn Dinkele in die Düsseldorfer Kunsthandlung gelangte. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat im Jahr 1964 einen Versuch gestartet, das Bild von Paffrath zurückzuerhalten, ein Vergleich der beiden Parteien schützte jedoch Paffrath, der angab, das Gemälde von gutgläubigen Eigenbesitzern erworben zu haben.[64]

Die Gesamtsumme der Erwerbungen 1941 beträgt 306 510 Reichsmark, wovon der Altertumsverein insgesamt 49 560 Mark trug, weitere 30 000 Mark die Galerie für Alte Kunst GmbH, München.[65]

Mit siebzehn Bilderwerbungen im Jahre 1941 – die meisten davon aus dem Ausland – ist kaum davon zu sprechen, dass es durch den Krieg irgendwelche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Apffelstaedt und Rademacher gegeben hätte. Ein erhaltenes Dokument, das über die öffentliche Datenbank ›fold3‹ einsehbar ist, liefert eine Erklärung: Im März bittet der Oberpräsident Haake den Chef des Militärverwaltungsbezirks Paris um die »Befürwortung einer wiederholten Einreiseerlaubnis nach Frankreich«[66] für Apffelstaedt, Rademacher und den Düsseldorfer Kunsthändler Hans Bammann bis vorläufig Ende Mai 1941. Als Begründung nennt Haake die von höchster und strengvertraulicher Stelle beauftragten »Nachforschungen nach verschlepptem deutschem Kulturgut«, eine Aufgabe, die den Herren vom Propagandaministerium aufgetragen worden sei – gemeint ist besagter Kümmel-Bericht. Haake betonte darüber hinaus, dass es »im Laufe ihres wiederholten Aufenthaltes in Paris bereits gelungen sei, bedeutsamste rheinische Kunstschätze zu übrigens recht mäßigen Preisen zurückzukaufen«.[67] Auch für den hohen Etat in diesem Jahr liefert er eine Begründung: »Das Reichswirtschaftsministerium habe in Anerkennung der kulturpolitischen Bedeutsamkeit dieser Maßnahme einen großen Betrag auf dem Wege des Transfers für die rheinischen Museen freigegeben«.[68] Anscheinend wurde diesem Antrag stattgegeben, auch über Mai 1941 hinaus.

Mit zweiundzwanzig inventarisierten Gemälden erwarb das Rheinische Landesmuseum Bonn im Kriegsjahr 1942 so viele Bilder wie nie zuvor. Allein für die Werke der Malerei gab es aus dem Etat der Provinzialverwaltung oder aus demjenigen des Altertumsvereins über 550 000 Reichsmark aus; der Anteil des Altertumsvereins betrug dabei 61 090 Mark.[69] Die meisten Bilder wurden nach dem Krieg direkt von der französischen Militärregierung als Auslandserwerbungen aus dem Kloster Marienstatt konfisziert. Nur zwei Objekte befinden sich heute noch in der Sammlung.

Deutlich weniger Gemälde als in den Vorjahren kaufte das Landesmuseum im Jahr 1943, obwohl sich Franz Rademacher regelmäßig und oft in Frankreich aufhielt, mitunter auch mit Apffelstaedt zusammen. Rademacher ließ sich vom Altertumsverein elfmal Reisekostenzuschüsse für Parisreisen auszahlen.[70] Er kehrte jedoch meist ohne neue Kunstwerke zurück. Offiziell wurden 1943 laut Kriegserwerbungsliste nur sieben Bilder erworben, eines davon in den Niederlanden, die übrigen in Paris. Das Museum brachte dabei eine Gesamtsumme von 131 925 Reichsmark auf.[71] Heute befinden sich nur noch zwei dieser Stücke im Museum. Ein Überbleibsel von 1942 wurde darüber hinaus erst 1943 inventarisiert und muss daher als achtes Werk der Malerei für dieses Jahr hinzugezählt werden.

Im Jahr 1944 hingegen gingen die Erwerbungen des Rheinischen Landesmuseums anscheinend kaum gebremst durch den Weltkrieg mit zwölf Käufen weiter. Sechs Gemälde aus diesem Jahr wurden ab 1947 restituiert, die übrigen sechs sind heute noch in der Sammlung. Es wurden vom Museum insgesamt 354 443 Reichsmark ausgegeben.[72] Allerdings befanden sich unter den Neuzugängen zwei außerordentlich kostspielige Altarflügel, die allein schon 200 000 Mark kosteten und die bei Walter Bornheim in München erworben wurden.

Paris wurde am 25. August 1944 von den alliierten Truppen befreit. Mitte Juni wurden hier die letzten Gemälde durch das Bonner Haus gekauft. Die Besatzung in den Niederlanden hingegen dauert bis April 1945 an. Im August 1944 besorgte sich das Landesmuseum zum letzten Mal in Amsterdam ein Werk der Malerei[73]. Es ist da-

[64] Gemäldeakte im Landesmuseum Bonn, ALVR 53383 sowie Unterlagen der SPK, für die Bereitstellung der Unterlagen danke ich Sophia Bremerich.

[65] Ermittelte Werte aus dem Inventarbuch von 1941. Die Stiftung der 30.000 RM galt dem Ankauf eines Gemäldes von Gerrit Berckheyde, »Rathaus von Amsterdam«, das vom holländischen Kunsthändler Hoogendijk (restituiert 1947) angekauft wurde. Warum es zu der Stiftung durch die Münchner Kunsthandlung und seinen Inhaber Walter Bornheim kam, konnte nicht aufgedeckt werden. Sicher ist jedoch, dass das Gemälde Berckheydes in Höhe von insgesamt 31.000 RM ohne die Stiftung Bornheims nicht hätte angekauft werden können (der genaue Kaufablauf lässt sich durch die erhaltene Korrespondenz ALVR 11418 rekonstruieren).

[66] National Archives and records administration Maryland M1944, Records of the American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historic Monuments in War Areas, 1943–1946, Roll 0009, S. 7: Haake an den Chef des Militärverwaltungsbezirks, 03.03.1941.

[67] Ebenda, S. 7 f.

[68] Ebenda, S. 8.

[69] Vgl. Inventarbuch von 1942.

[70] Vgl. Gansohr-Meinel, Fülle (Anm. 53), S. 53.

[71] Vgl. Inventarbuch von 1943.

[72] Vgl. Inventarbuch von 1944.

[73] Bei der 1940 durch Alois Miedl ›arisierten‹ Kunsthandlung Goudstikker-Miedl wurde das Gemälde »Blumen und Insekten« von Marseus van Schrieck angekauft.

von auszugehen, dass Apffelstaedt nur noch an den ersten Erwerbungen – wenn überhaupt – im Jahr 1944 beteiligt war. Er wurde zum 1. April 1944 als Soldat eingezogen und war an der Front in Litauen stationiert. Seit dem 28. Juli 1944 gilt er als vermisst und kam sehr wahrscheinlich ums Leben.[74] Auch ohne Apffelstaedt führte Rademacher die Geschäfte fort und tätigte am 27. November 1944 seinen letzten Bildankauf während der Zeit des Nationalsozialismus für das Bonner Museum.

In den Jahren 1934 bis 1944 pflegte das Rheinische Landesmuseum nach Einsicht der Korrespondenzbücher zu über neunzig Kunsthändlern stetigen Kontakt.[75] Dabei lag die Angebotszahl weit über derjenigen der Erwerbungen. Als Beispiel ist die Galerie Hermann und Günther Abels in Köln zu nennen, die über die Jahre hinweg über zwanzig Angebote machte, während das Museum nur vier Käufe tätigte.

Ein deutlicher Einschnitt im Ankaufsverhalten des Museums nach Kriegsende ist für die Jahre 1945 bis 1947 zu verzeichnen. Bereits 1948/49 nahm das Museum seine Erwerbstätigkeiten für Gemälde wieder auf, zunächst noch im kleinen Stil. Drei Bilder aus dieser Zeit sind heute im Museum. Seit 1950/51 steigerten sich die Kaufzahlen. Im direkten Vergleich der Jahre 1950 bis 1960 gegenüber den Jahren 1934 bis 1944 wird jedoch ersichtlich, dass es nicht noch einmal zu einem solch regen Zuwachs kam. Aus dem Zeitraum 1950 bis 1960 befinden sich heute noch sechsunddreißig Werke in der Sammlung, aus dem Zeitraum 1934 bis 1944 sind heute noch fünfundachtzig Stücke im Museum, nachdem bereits siebenundvierzig nach Kriegsende restituiert wurden.

Nach Apffelstaedts Tod an der Front führte Franz Rademacher die Bilderankäufe des Museums weiter fort. Er blieb bis 1959 im Amt und verfasste in diesem Jahr noch einen Gemäldekatalog.[76]

Kim Bureš-Kremser, Ellerstraße 26, 53119 Bonn,
k.bures92@gmail.com

[74] Vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Museumsarbeit bis zum Ende des Krieges. Das Rheinische Landesmuseum von 1936 bis 1945 (Teil 2), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums (2002), H. 4, S. 83.

[75] Korrespondenzbücher des Landesmuseum Bonn.

[76] Franz Rademacher, Verzeichnis der Gemälde, Bonn 1959.

Bildrechte. Abb. 1 und 2 nach Die Rheinprovinz, 10. Jahrgang, April 1934, Nr. 4, S. 6 (1) und S. 8 (2). – Abb. 3 und 4 LMB.

Summary. Starting in December 1933, the new Head of Cultural Affairs, Hans-Joachim Apffelstaedt, planned to restructure the museum system of the Rhine Province and the collection concept of the Rheinisches Landesmuseum Bonn. Since 1934, he acquired Rhenish and Dutch paintings on a large scale. Many of the old works were auctioned off in Cologne in 1935 to strengthen the purchasing budget. All strategies of the pre-war art market for purchase, exchange and foundations, especially on the part of the Altertumsverein, were used. Soon the market of the occupied neighbouring countries was added; all war purchases were restituted after 1945. New purchases began again in 1949, but they were never again as intensive as during the Third Reich.

Résumé. Depuis décembre 1933, le nouveau chef du Département de la culture, Hans-Joachim Apffelstaedt, envisagea de restructurer le système muséal de la Province rhénane ainsi que le concept de collection du Rheinisches Landesmuseum Bonn (musée régional de Rhénanie à Bonn). Depuis 1934, il acquit des peintures rhénanes et hollandaises à grande échelle. En 1935, une grande partie de l'ancien stock fut vendue aux enchères à Cologne pour renforcer le budget des achats. Toutes les stratégies du marché de l'art d'avant-guerre pour l'achat, l'échange et les fondations, en particulier de la part du »Altertumsverein« (association pour les études historiques), y furent utilisées. Bientôt le marché des pays voisins occupés se développa, et après 1945 tous les achats de guerre furent restitués. Les nouveaux achats recommencèrent en 1949, mais ils n'ont jamais été aussi intensifs que sous le Troisième Reich.

Resümee. Seit Dezember 1933 plante der neue Kulturdezernent Hans-Joachim Apffelstaedt, das Museumswesen der Rheinprovinz und das Sammlungskonzept des Rheinischen Landesmuseums Bonn umzustrukturieren. Er erwarb seit 1934 rheinische und niederländische Gemälde im großen Stil, vieles an Altbestand wurde 1935 in Köln zur Auktion gegeben, um den Ankaufsetat zu stärken. Alle Strategien des Vorkriegskunstmarktes für Kauf, Tausch und Stiftungen, vor allem von Seiten des Altertumsvereins, wurden eingesetzt. Bald kam der Markt der besetzten Nachbarländer hinzu; sämtliche Kriegsankäufe wurden nach 1945 restituiert. Neuankäufe begannen wieder 1949, aber sie wurden nie wieder so intensiv betrieben wie in der Zeit des Dritten Reiches.

Winfried Schmitz

Vom Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande zur Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums in Bonn

In die zwanziger und frühen dreißiger Jahre gehören einige wichtige Weichenstellungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Jahre nach der sogenannten Machtergreifung hatten. Dies gilt auch für die Geschichte des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande.

Der Altertumsverein in schwierigen Zeiten (1920 bis 1933)

Bedingt durch den Ersten Weltkrieg und die folgende Besatzungszeit mit der bereits in den frühen zwanziger Jahren ansteigenden Inflation hatte der Verein große Probleme, die Bonner Jahrbücher drucken zu lassen. In den Jahren 1918 und 1920 erschienen sie nicht, 1921 nur mit großen Schwierigkeiten und einer düsteren Erwartung für die folgenden Jahre. Der Mitgliedsbeitrag konnte nicht so schnell an die Inflation angepasst werden, wie die Kosten stiegen. Der Altertumsverein blieb aber dank des weiterhin erteilten Druckkostenzuschusses bis 1931 unabhängiger Herausgeber der Zeitschrift. Im August 1931 beantragten Prof. Richard Delbrueck, Direktor des Akademischen Kunstmuseums und Vorsitzender des Vereins, sowie Prof. Franz Oelmann, der neue Direktor des Provinzialmuseums und Erste Sekretär (Schriftführer) des Vereins, wegen der schwierigen finanziellen Absicherung der Drucklegung, dass die Bonner Jahrbücher von der Provinzialverwaltung übernommen werden sollten.[1] Angesichts der drastisch gesunkenen Zahl von Mitgliedern, die ihren Austritt vielfach mit finanziellen Schwierigkeiten begründeten – von etwa sechshundert Mitgliedern 1914 war die Zahl auf 470 im Jahr 1931 (und 340 im Jahr 1932) gesunken –, sah sich der Vereinsvorstand zu diesem Schritt gezwungen.[2] Der Antrag wurde zunächst noch kategorisch abgelehnt, aber beträchtliche Hilfen wurden geleistet, so dass seit Band 136/137 (1932) das Provinzialmuseum als zweiter Herausgeber hinter dem Altertumsverein erscheint. Durch die Mitherausgeberschaft und die erheblichen Druckkostenzuschüsse verfügte die nun durch Nationalsozialisten besetzte Provinzialverwaltung allerdings auch über ein geeignetes Druckmittel für die spätere Gleichschaltung.

Ähnliche Konsequenzen zeichneten sich bei der Bibliothek ab. Bis 1931 hatte der Verein von Altertumsfreunden eine separate Bibliothek, die von dem ›Bibliothekar‹ im Vorstand (bis 1931 Hans Herter, seit 1931 Eduard

[1] Richard Delbrueck leitete von 1909 an das Deutsche Archäologische Institut in Rom, wechselte 1919 vom Kriegsministerium ins Auswärtige Amt und wurde 1928 nach einer Professur in Gießen an die Universität Bonn berufen. 1937 wurde er mit einem Reiseverbot ins Ausland belegt, da er der NS-Bewegung ablehnend gegenüberstand; 1940 wurde er emeritiert, vgl. Stefan Samerski, Richard Delbrueck (1875–1957). Ein Archäologe als Außenpolitiker, in: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts, Römische Abteilung 101 (1994), S. 19–31; Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999, S. 429 f.; Marianne Bergmann, Art. Delbrueck, Richard, in: Der Neue Pauly Suppl. 6 (2012), Sp. 290–292. – Zu Franz Oelmann als Museumsdirektor vom 1.10.1930 bis 30.6.1949 vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Museumsleiter Franz Oelmann. Ein Direktor in schwierigen Zeiten, in: Bonner Jahrbücher 216 (2016), S. 3–12. Auch andere Vereine litten unter den finanziellen Schwierigkeiten, vgl. Klaus Pabst, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Der Historische Verein für den Niederrhein in der Zeit der beiden Weltkriege, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus (1914–1945), in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 207 (2004), S. 125–184, hier S. 127.

[2] Der vorliegende Beitrag orientiert sich stark an der von Gabriele John aus den Archivmaterialien erarbeiteten Publikation: 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande, Köln/Bonn 1991. Zur finanziellen Situation und dem Rückgang der Mitgliederzahlen ebenda S. 88–90.

Neuffer) betreut wurde.[3] Im Laufe des Jahres 1931 wurde die Vereinsbibliothek neu geordnet und mit derjenigen des Provinzialmuseums verwaltungstechnisch und räumlich vereinigt. Dem wissenschaftlichen Arbeiten kam dies entgegen, und die Mitglieder des Vereins konnten nun auch die Bibliothek des Museums frei nutzen,[4] doch unter den Mitgliedern fand dieser Verlust an Eigenständigkeit nicht nur Zustimmung, zumal Delbrueck und Oelmann in der Generalversammlung die Absicht kundtaten, »eine Anzahl Zeitschriftenserien u. sonstige entbehrliche Bücher« aus der Bibliothek zu verkaufen und mit dem Erlös Lücken zu füllen. Ziel war die Schaffung einer »Fachbibliothek für vor- und frühgeschichtliche Archäologie Nord-, Mittel- und Westeuropas als Ergänzung zur Bibliothek des Akademischen Kunstmuseums«.[5] Eine Affinität zu NS-Gedankengut wird man darin – so urteilt Gabriele John in ihrer Festschrift zum einhundertfünfzigjährigen Bestehen des Vereins – nicht sehen können, da man sich vor Augen halten müsse, dass das Institut für Vor- und Frühgeschichte der Universität Bonn mit einer entsprechenden Fachbibliothek erst 1938 gegründet werden sollte. Trotzdem wurde der Verkauf von Beständen der Bibliothek von Protesten der Mitglieder begleitet, so insbesondere seitens Wilhelm Levison.

Der Unmut über die Zusammensetzung des Vorstands, in dem das Provinzialmuseum überrepräsentiert sei, führte schließlich zum Rücktritt von Delbrueck als Vorsitzendem, woraufhin die Mitglieder in der Generalversammlung am 27. Juli 1932 Max Siebourg, bis 1929 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums und seit fast vierzig Jahren Mitglied des Vereins, zum neuen Vorsitzenden wählten.[6]

Diese Ereignisse bereiteten den Boden für die im Rahmen der Gleichschaltung der historischen Vereine[7] erfolgende Umorientierung des Vereins von Altertumsfreunden von einem die Wissenschaft unterstützenden und die Brücke zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit schlagenden Verein zu einer politisch lenkbaren und gelenkten Gesellschaft, die mehr der Finanzierung von Ankäufen und der NS-Kulturpolitik dienen sollte. Der Übergang verlief weitgehend reibungslos, was angesichts der personellen Veränderungen in der Vereinsführung nicht verwundert. Im Juli 1933 kooptierte der Vorstand für den aus Altersgründen zurückgetretenen Rudolf Schultze als Vizepräsidenten den germanistischen Mediävisten und überzeugten Nationalsozialisten Hans Naumann, der am 10. Mai 1933 als Hauptredner bei der Bücherverbrennung auf dem Bonner Marktplatz aufgetreten war.[8] Als im November

[3] Hans Herter (1899-1984) war nach Studium, Promotion und Habilitation in Bonn von 1932 bis 1938 an der Universität Tübingen tätig (seit 1933 als ordentlicher Professor). Zum Windersemester 1938/39 wurde er als Professor für Klassische Philologie an die Universität Bonn berufen. Herter war seit 1934 Mitglied der SA und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), seit 1937 Mitglied der NSDAP und des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes (NSDB). Als Leiter des Amts für Wissenschaft organisierte er u. a. während des Kriegs die Bonner Kriegsvorträge. Vom Wintersemester 1941/42 bis zum Wintersemester 1942/43 war Herter Dekan der Philosophischen Fakultät, vom Sommersemester 1942 bis Wintersemester 1944/45 auch Prorektor der Universität und Vertrauter des Rektors Karl F. Chuboda, dessen Hochschulpolitik er unterstützte. Seine Mitgliedschaft in den NS-Organisationen wurde von ihm und von Kollegen nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Sorge um sein berufliches Fortkommen begründet. Die Professoren Ernst Bickel (Klassische Philologie) und Friedrich Oertel (Alte Geschichte) sagten im Herbst 1945 zu seinen Gunsten aus. Hans Herter wurde in seinem Amt bestätigt und lehrte bis zur Emeritierung 1967 an der Universität Bonn, vgl. Heinz Gerd Ingenkamp / Rainer Lengeler / Ernst Vogt (Hrsg.), In memoriam Hans Herter. Reden gehalten am 3. Mai 1985 bei der Gedenkfeier der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1986; Höpfner, Universität (Anm. 1), S. 426-428. – Zu Eduard Neuffer vgl. Hans-Eckart Joachim, Eduard Neuffer. Archäologe und Museumsmann im Zwielicht, in: Bonner Jahrbücher 217 (2017) 3–14.

[4] Die Museumsbibliothek diente vorher fast ausschließlich dem Personal, vgl. Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz, Köln und Bonn 1996, S. 51.

[5] John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 92 f. Zur Aufwertung der prähistorischen Archäologie in diesen Jahren siehe Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 55–68. Archiv des AV 046, Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Juli 1931. Die Liste der verkauften und im Tausch abgegebenen Bücher und Zeitschriften in Archiv des AV 160; vgl. 159 und 161.

[6] Max Siebourg (1863–1936) studierte an der Universität Bonn Klassische Philologie und Archäologie und war nach Promotion und Staatsexamen von 1887 an am Städtischen Gymnasium Krefeld tätig; 1898 wurde er an das Königliche Gymnasium zu Bonn versetzt. Bis 1916 war er als Direktor eines Gymnasiums in Mönchengladbach und am Königlichen Gymnasium Essen tätig und wechselte anschließend als Provinzial-Schulrat nach Berlin, 1919 als Vizepräsident an das rheinische Provinzial-Schulkollegium in Koblenz (bis zur Pensionierung 1929). Gleichzeitig war er seit 1927 Honorarprofessor für Didaktik der Alten Sprachen an der Universität Bonn und publizierte zahlreiche Fundstücke und antike Inschriften, besonders solche aus dem Rheinland, vgl. August Oxé, Zur Erinnerung an Max Siebourg, in: Bonner Jahrbücher 140/141 (1936), S. 505-507 (zu den Publikationen ebenda S. 506 f.); Hans Herter, Die Klassische Philologie seit Usener und Bücheler, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Philosophie und Altertumswissenschaften, Bonn 1968, S. 165-211 (zu Siebourg besonders S. 206).

[7] Klaus Pabst, Thesen zur Entwicklung der Historischen Vereine in Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches, in: Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bensberger Protokolle 62, Bergisch Gladbach 1990, S. 34–39; ders., Weltkrieg (Anm. 1), S. 135. Siehe zum Vergleich auch die Gleichschaltung beim Bergischen Geschichtsverein, vgl. Horst Sassin, Der bergische Geschichtsverein 1933–1945, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 100 (2002–2004), S. 161–252, hier 171–181; ders., »... so kommen wir in das richtige Fahrwasser«: Der Bergische Geschichtsverein 1933–1945; Ergänzungen, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 101 (2005–2007), S. 171–201. Zum insgesamt schlechten Forschungsstand und den lückenhaft erschlossenen bzw. erhaltenen Archi-

1935 auch Max Siebourg aus gesundheitlichen Gründen als Präsident ausschied, rückten Naumann als Präsident und Matthias Bös, der Direktor des Bonner Beethoven-Gymnasiums und ebenfalls Mitglied der NSDAP, als Vizepräsident nach.[9] Der Vorstand setzte sich nun weitgehend aus Mitgliedern der NSDAP zusammen.[10] Hans Naumann war von September 1934 an Rektor der Bonner Universität, war aber ein halbes Jahr später aus dem Amt gedrängt worden, da er der Eidesverweigerung des Theologen Karl Barth nicht energisch genug entgegengetreten war. Anschließend geriet er in Konflikt mit dem NS-Regime, da er die Aberkennung der Ehrendoktorwürde des von ihm verehrten Thomas Mann missbilligte; 1936 wurde sein Buch »Deutsche Volkskunde in Grundzügen« verboten und von der Gestapo beschlagnahmt.[11]

Die Machtergreifung und die Gleichschaltung des Vereins

Das Verhalten des Vereins von Altertumsfreunden nach der ›Machtergreifung‹ bewertet Gabriele John als eher abwartend.[12] In einer Presseerklärung zu einem am 23. Juli 1933 gehaltenen Vortrag formulierte der Vorsitzende Max Siebourg freilich Folgendes:

»Seit unserer letzten Vortragszusammenkunft im Februar ds. J. ist Grosses, Gewaltiges geschehen in Deutschland: unter der Führung Adolf Hitlers ist eine Bewegung zum Durchbruch und zur Herrschaft gekommen, die sich nicht auf das Politische beschränkt, sondern auf alle Gebiete unseres Daseins übergreift. Daran kann auch unser Verein nicht vorbeigehen. Zwar – es würde mir fast kleinlich erscheinen, wenn ich hier eine Loyalitätserklärung namens des Altertums-Vereins abgeben wollte: Über Selbstverständliches braucht man nicht viele Worte zu machen. Aber zweierlei darf ich und muss ich sagen: Ein Gefühl stolzer Freude beherrscht auch uns darüber, dass wir wieder den Mut zum Selbstbewusstsein gefunden haben, dass wieder Ehre und Freiheit Richtpunkte deutschen Handelns in der Welt sind. Wer möchte zweifeln, dass dieser Aufschwung auch unsere Arbeit beleben wird? Aber das verpflichtet auch: Wir müssen uns fragen, was wir getan haben zur Förderung unseres nationalen Lebens und was wir tun werden als Mithelfer an der Verwirklichung der Ziele, die sich die grosse deutsche Bewegung gestellt hat. Und da knüpfe ich an ein Wort des Reichskanzlers an: ›wir wollen – so sagte er – die grossen

valien vgl. Stephan Laux, Zwischen Traditionalismus und ›Konjunkturwissenschaft‹: Der Düsseldorfer Geschichtsverein und die rheinischen Geschichtsvereine im Nationalsozialismus, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142, 1 (2005/2006), S. 107–157, hier S. 108–115 und S. 146-154.

8 »Wir rufen nach dem neuen künstlerischen Geist der völkischen Aktivität. Heil denn also dem neuen deutschen Schrifttum! Heil dem obersten Führer! Heil Deutschland!« (Höpfner, Universität [Anm. 1], S. 126); vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a. M., 2. Aufl. 2005, S. 429. – Hans Naumann (1886–1951) war seit 1919 außerordentlicher Professor für Volkskunde an der Universität Jena, 1921-1931 Professor für Ältere Germanistik und Volkskunde an der Universität Frankfurt, 1932–1945 an der Universität Bonn. Im Jahr 1933 trat er in die NSDAP ein und publizierte u. a. die Bücher »Germanischer Schicksalsglaube« sowie »Kampf wider den undeutschen Geist«. Er gehörte 1934 zu den Gründern des Ausschusses für Rechtsphilosophie an der von Hans Frank initiierten NS-Akademie für Deutsches Recht. Während des Zweiten Weltkriegs beteiligte sich Naumann am NS-Projekt ›Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften‹. Er gehörte zu den führenden Literaturwissenschaftlern des Dritten Reichs, die zu einer »neuen ›nationalsozialistischen Dichtung‹« aufriefen. Im Jahr 1946 wurde Naumann entlassen, vgl. Friedrich Nemec, Art. Naumann, Hans, in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 769 f.; Thomas Schirrmacher, »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist unter dem Nationalsozialismus, Bonn 1992; ders., Art. Hans Naumann (Mediävist), in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 18 (2001), Sp. 1011–1050; Höpfner, Universität (Anm. 19), S. 70 f. u. S. 358–360; Klee, Personenlexikon [Anm. 8], S. 429).

9 Vgl. dazu Helmut Kötting, Die Chronik des Beethoven-Gymnasiums Bonn (http://koetting-bg.de/8-das-beethoven-gymnasium-in-der-ns-zeit/). – Zu Matthias Bös als Direktor des Beethoven-Gymnasiums (Mai 1935–1945) ebenda 8.2, »Ideologische Ausrichtung von Unterricht und Schulleben«: »Bös, Kriegsversehrter des Ersten Weltkrieges, galt als ›alter Kämpfer‹, der einige Zeit vor der ›Machtergreifung‹ in die NSDAP eingetreten war. Nach übereinstimmenden Berichten aller Ehemaligen profilierte er sich im Innenleben der Schule nicht als äußerst konsequenter Anhänger der NS-Ideologie. Auch ehemalige Kollegen bescheinigten ihm nach 1945, Gymnasium und Lehrerschaft ›ohne Kompromisse gegenüber den Nationalsozialisten klug und aufrichtig‹ geführt zu haben. Die Berichte, die ein Spitzel im Kollegium der Kreisleitung der Partei lieferte, sollen dies bestätigt haben. Eine Namensänderung der Schule jedenfalls, in dieser Zeit ein häufiges Anliegen der überzeugten Parteimitglieder, hat Bös, der auf Bewahrung der Tradition und des Niveaus bedacht war, stets abgelehnt und dies auch durchgesetzt.« Vgl. auch ebenda 8.6, »Der ›deutsche Mensch‹ im Geist des ›neuen Deutschlands‹ als Ziel des Unterrichts«.

10 Neben Hans Naumann als Präsident und Matthias Bös als Vizepräsidenten gehörten dem Vorstand Franz Oelmann als Erster Sekretär (Schriftführer), Josef Hagen (Zweiter Sekretär) und Eduard Neuffer (Bibliothekar) an. Nachhaltiger noch als im Altertumsverein war die Hinwendung zum Nationalsozialismus beim Bergischen Geschichtsverein. Sassin urteilt zusammenfassend: »Die gezogenen Vergleiche verdeutlichen schlaglichtartig das Dilemma, in das der Verein sich hineinmanövriert hatte. Zum einen zeigt das der Vergleich mit dem Schicksal des katholisch geprägten Historischen Vereins für den Niederrhein, der sich, mitbedingt durch seine mittelalterliche und frühneuzeitliche Themenzentrierung, als weniger anfällig für nationalsozialistische Beeinflussung erwies und möglicherweise Versuche direkter Einflussnahme seitens der Partei und des NS-Staates erfolgreich verhinderte, während die Diplomatie der BGV-Führung die schrittweise [erfolgte] Auslieferung von Schlüsselpositionen an ›Alte Kämpfer‹ der NSDAP ermöglichte«, vgl. Sassin, Fahrwasser (Anm. 7), S. 195.

11 Höpfner, Universität (Anm. 1), S. 359.

12 John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 95.

Traditionen unseres Volkes, seiner Geschichte und seiner Kultur in demütiger Ehrfurcht pflegen als unversiegbare Quellen einer wirklich inneren Stärke und einer möglichen Erneuerung in trüben Zeiten‹«.[13]

Doch eines Ausblicks auf die zukünftige Entwicklung enthielt sich Siebourg in seiner kurzen Ansprache, so dass Gabriele John sie »eher als Rede eines abwartenden bürgerlichen Deutschnationalen als eines überzeugten Nationalsozialisten« wertet.[14] Dass man aber nicht beabsichtigte, sich der NS-Ideologie zu entziehen, zeigt die frühe Ernennung von Hermann von Lüninck, des neuen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, als Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei 1933 der NSDAP beigetreten,[15] und von Heinrich Haake, des neuen Landeshauptmanns und eines »der ersten Nationalsozialisten im Rheinland«, zu Ehrenmitgliedern des Vereins.[16]

In den Sog der NS-Kulturpolitik geriet der Verein von Altertumsfreunden zunehmend im Jahr 1934. Seit 1933 beabsichtigte der Landeshauptmann Heinz Haake, »zur Erreichung der großen kunst- und kulturpolitischen Ziele, in Verbindung mit den führenden und leitenden Männern in Partei, Staat, Wirtschaft und Industrie den Versuch zu machen«, die anwesenden Großindustriellen für die Kulturpolitik im ganzen Rheinland zu interessieren.[17] Mit der Initiative, den Verein in eine Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums umzuwandeln, wollten Landeshauptmann Haake und der Leiter der Kulturabteilung, der Kunsthistoriker Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt, den Altertumsverein in das NS-System einbinden, ihn gleichzeitig aber auch den Begehrlichkeiten Hans Reinerths entziehen, der wissenschaftliche Institutionen und Vereine in den »Reichsbund für deutsche Vorgeschichte« und in das Amt Rosenberg einbeziehen wollte.[18] In der Sitzung am 20. April 1934 lehnte der Vorstand die Aufforderung Reinerths, dem Reichsbund beizutreten, mit Hinweis auf die bevorstehende Umwandlung des Vereins in eine Gesellschaft der Freunde und Förderer ab. Damit trat man dessen Versuchen entgegen, den Geschichtsvereinen die Vorgeschichtsforschung zu entziehen.[19]

Durch die Gründung der »Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums in Bonn« sollte ein finanzstarker Förderkreis für das modernisierte und umstrukturierte Museum geschaffen werden.[20] Dies stieß beim Altertumsverein auf großen Anklang,[21] da man an die Traditionen des Vereins und das Winckelmannfest anknüpfen wollte.[22] Weitere Schritte erfolgten aber erst ein Jahr später auf einer Sitzung des Vorstands, an der der Leiter der Kulturabteilung, Apffelstaedt, teilnahm und seinen Plan vorstellte, eine Gesellschaft von

[13] Archiv des AV 165, mit leichten Abweichungen auch in: Bonner Jahrbücher 138 (1933), S. 203 f. Archiv des AV 165: »Die Kundgebung wurde mit grösstem Beifall aufgenommen, worauf Professor Dr. E. Bickel den angekündigten Vortrag über ›Die Glaubwürdigkeit des Tacitus und seine Nachricht über den Germanennamen‹ hielt«, publiziert in Bonner Jahrbücher 139 (1934), S. 1–20; vgl. ebenda 139 (1934), S. 21–33. – Ganz ähnlich und durchaus positiv äußerte sich der Museumsleiter Oelmann über die Machtergreifung, vgl. Joachim, Museumsleiter (Anm. 1), S. 6. – Noch andienender war das Bekenntnis des Vorsitzenden des Bergischen Geschichtsvereins, Dr. Wilhelm de Weerth, zum Nationalsozialismus, vgl. Sassin, Geschichtsverein (Anm. 7), S. 163, vgl. S. 171–174.

[14] John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 95.

[15] Die Ernennungen erfolgten am 06.06.1933. Hermann Freiherr von Lüninck trat am 08.07.1937 aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer aus.

[16] Archiv des AV, Schreiben vom November 1933. Horst Matzerath, Heinrich Haake, in: Internetportal Rheinische Geschichte (abgerufen unter: http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/heinrich-haake-/DE-2086/lido/57c8187cd0ed38.69450587); Horst Romeyk, Heinrich Haake (1892–1945), in: Rheinische Lebensbilder 17 (1997), S. 187–222. Der Historische Verein für den Niederrhein hatte demgegenüber nach 1931 keine weiteren Ehrenmitglieder gewählt, vgl. Pabst, Weltkrieg (Anm. 1), S. 149.

[17] Archiv des AV 175 vom 09.03.1938. Zum Einfluss der bereits gleichgeschalteten Kommunalverwaltungen vgl. Pabst, Thesen (Anm. 7), S. 36. Vgl. aber auch ebenda: »Diese betont nationale Haltung und ihre vorwiegend bürgerlich-konservative Mitgliederstruktur bewahrte die meisten Vereine nach der ›Machtergreifung‹ noch eine Zeit lang vor direkten Eingriffen des NS-Staates oder der NSDAP«.

[18] Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, bes. S. 189–199; ders., Amt Rosenberg, in: Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 5. Aufl. 2007, S. 400–402. – Zu Hans- (oder Hanns-) Joachim Apffelstaedt siehe Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 134 f.; Romeyk, Haake (Anm. 16), 194 f.; Laux, Traditionalismus (Anm. 7), S. 134 mit Anm. 112; Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 49–65.

[19] John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 106 Anm. 10; Bollmus, Gegner (Anm. 18), S. 192 f.; Archiv des Landschaftsverbands Rheinland (im Folgenden: ALVR) 11018. Mit Schreiben vom 04.10.1935 erklärte der Verein seinen Austritt aus dem nordwestdeutschen Verbande für Altertumsforschung, da er sich vor Ablauf des Monats in eine Gesellschaft der Freunde und Förderer umwandeln werde. Pabst, Thesen (Anm. 7), S. 38 f. urteilt über Apffelstaedt: »…, der bei aller nationalsozialistischen Überzeugung doch auf Wissenschaftlichkeit achtet und z. B. dilettantische Einmischungsversuche von Himmlers ›Ahnenerbe‹ in die rheinische Bodendenkmalpflege zu verhindern weiß« (S. 39).

[20] Zur Umstrukturierung des Museums vgl. Bouresh, Neuordnung (Anm. 4); dies., Das modernste Museum seiner Zeit. Die Neuordnung des Provinzialmuseums in Bonn von 1930 bis 1939, in: Dieter Breuer / Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland, Paderborn 1997, S. 449–465; vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Die Wiedereröffnung am 26. April 1936, in: Das Rheinische Landesmuseum 2 (2002), S. 25–32.

[21] Archiv des AV 175.

[22] ALVR 11018 vom 02.07.1936.

Förderern zu errichten, die mit erheblich größeren Mitteln die Aufgaben des Vereins in erweiterter Form übernehmen sollte.[23] Bei einer Besprechung des AV-Vorstands mit Apffelstaedt trat Max Siebourg dafür ein, den Verein von Altertumsfreunden nicht aufzulösen, sondern in der neuen Gesellschaft aufgehen zu lassen. Im Mai 1935 sollte die Gesellschaft konstituiert und aufgrund entsprechender Einladungen sollten Mittel eingeworben werden, so dass in der darauffolgenden Generalversammlung des Altertumsvereins die Mitglieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden konnten.[24] Den Mitgliedern blieb kaum eine Wahl, denn Apffelstaedt wies darauf hin, »daß eine der bisherigen Hauptaufgaben des Bonner Altertumsvereins, die Herausgabe der Bonner Jahrbücher, bereits durch den Provinzialetat 1935 vollständig sichergestellt ist und damit eine der bisherigen Hauptaufgaben des Vereins praktisch bereits von der Provinz übernommen ist«.

Im November 1935 legte Max Siebourg den Vorsitz im Altertumsverein nieder und Hans Naumann rückte in diese Stellung auf. Die Neugründung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums zog sich indessen noch längere Zeit hin. Erst im September 1936 bat Apffelstaedt den in den Ruhestand gedrängten Präsidenten des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Dr. Franz Schollen, darum, nach den Vorlagen der Satzungen des Altertumsvereins und der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Bonn eine neue Satzung der Gesellschaft zu entwerfen.[25] In der Generalversammlung des Altertumsvereins am 18. November 1936 wurde dann das faktische Ende des Vereins und der Anschluss an die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums Bonn beschlossen, die am 3. Dezember 1936 unter dem Protektorat des Landeshauptmanns eingerichtet werden sollte.[26] Da zwei Versuche, den Vorsitz der neuen Gesellschaft zu besetzen, scheiterten, übernahm schließlich Landeshauptmann Haake im Dezember 1936 selbst den Vorsitz. Landesrat Apffelstaedt wurde sein »ständiger Stellvertreter«, und er war es, der in den nächsten Jahren die Geschäfte der Gesellschaft maßgeblich bestimmte.[27] Zweiter Vorsitzender wurde der Bonner Oberbürgermeister Ludwig Rickert. Zu den Bonner Jahrbüchern wurde ausdrücklich bestimmt, dass sie »ihren wissenschaftlichen Charakter behalten und von dem Rheinischen Landesmuseum in Bonn in Verbindung mit der Gesellschaft in der bisherigen Form fortgeführt werden«.[28] Die erste Jahreshauptversammlung der neuen Gesellschaft unter Landeshauptmann Haake sollte am 11. und 12. Dezember 1937 in Bonn stattfinden, »zu der wir, wenn irgend möglich, auch die Minister Goebbels und Popitz gewinnen wollen«.[29] Am 22. Dezember 1937 übergab schließlich der Vorstand des Vereins von Altertumsfreunden die Geschäfte an die Vertreter der neuen Gesellschaft.[30]

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums Bonn

Nachdem durch die neue Satzung das Führerprinzip in den Statuten der Gesellschaft festgeschrieben war – der Vorsitzende Haake berief die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat –, erfolgte ein halbes Jahr später, im Juli 1938, der Ausschluss der letzten nach nationalsozialistischer Rassenlehre jüdischen und halbjüdischen Mitglieder aus der Gesellschaft. Nach Vergewisserung beim Rektor der Bonner Universität sandte Apffelstaedt am

[23] Archiv des AV 046, Sitzung vom 05.04.1935.

[24] ALVR 11018, Notiz Apffelstaedts vom 12.04.1935.

[25] Dr. Franz Schollen war als Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorf 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt worden (http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/gebaeude/Historie-Gericht/Chronik.pdf, S. 4,). Karl-Heinz Keldungs, Das Oberlandesgericht in der Zeit des Dritten Reiches, in: Anne-José Paulsen (Hrsg.), 100 Jahre Oberlandesgericht Düsseldorf. Festschrift, Berlin 2006, S. 3–25, hier S. 5 f.

[26] Mitteilungen über den neuen Namen der Gesellschaft wurden am 01.07.1936 an das Postscheckamt geschickt. Archiv des AV 170, Schreiben vom »Leiter der Abteilung VI des Rhein. Provinzialverbandes, SA-Standartenführer Landesrat Dr. Apffelstaedt« an den Oberlandesgerichtspräsidenten i. R. Schollen vom 01.09.1936: »Die Sachlage ist so, daß der Bonner Altertumsverein in seiner Generalmitgliederversammlung sich grundsätzlich bereiterklärt hat, in der neuen Vereinigung aufzugehen«. Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 123 urteilt darüber: »Mit Geschick und wohldosiertem Druck verstand er [Apffelstaedt] es, in den jahrelangen Verhandlungen bis zur Gründung 1938 den alten Verein unter Ausnutzung seiner finanziellen Schwäche in die neue ›Gesellschaft‹ zu überführen« (vgl. S. 135).

[27] In der Hauptversammlung am 29.05.1940 wurde Landeshauptmann Haake (nach vermutlich dreijähriger Amtszeit, also von Juli 1937 an) als Vorsitzender »einstimmig« wiedergewählt und berief gemäß Führerprinzip die anderen Mitglieder des Vorstands (Archiv des AV 174). Zur Berufung statt Wahl vgl. Pabst, Thesen (Anm. 7), 37: »Die Gleichzeitigkeit dieser Maßnahmen in allen Vereinen läßt auf eine entsprechende Anweisung ›von oben‹ schließen, die bisher trotz aller Bemühungen aber noch nicht gefunden werden konnte«; vgl. Laux, Traditionalismus (Anm. 7), S. 121–124.

[28] Archiv des AV 043, Satzungen der Gesellschaft § 6. Bd. 142–147 hrsg. von der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums in Bonn und dem Rheinischen Landesmuseum.

[29] Archiv des AV 170, Schreiben von Apffelstaedt an Oberbürgermeister Rickert vom 30.09.1937. Die Begrüßungsansprache von Landeshauptmann Haake (ALVR, Nachlass Haake, Nr. 60) ist abgedruckt in Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 261–263.

[30] Archiv des AV 046; Sitzung des Vorstands am 22.12.1937. Die erste Verwaltungsratssitzung der Gesellschaft fand am 09.03.1938 im Landesmuseum statt (dazu der Bericht in Archiv des AV 175). Die Mitgliederzahl war in den Jahren 1936 (267) bis 1938 (326) um knapp 60 gestiegen (1939: 317); die Zahl der darin enthaltenen neu hingekommenen Förderer und Stifter war mit ca. 30 allerdings recht gering. ALVR 11018, 10.09.1938.

23. Juli 1938 Briefe an die Mitglieder Wilhelm Levison und Rudolf Hertz. Ohne Anrede wurde ihnen mitgeteilt: »Im Zuge der Neugestaltung des ehemaligen Bonner Altertumsvereins erachte ich mit dem heutigen Tage Ihre Mitgliedschaft als erloschen«.[31] In einem Schreiben vom 14. März 1938 hatte Apffelstaedt den Schriftführer der Gesellschaft, Stadtrat Dr. Hirtz, bereits angewiesen, das Protokoll über die Verwaltungsratssitzung in der vorangegangenen Woche zu ändern und »dabei auch in einem klaren Satz die Tatsache [mitzuteilen], dass der Vorstand sich die Überprüfung der Mitgliederliste des Altertumsvereins unter besonderer Berücksichtigung politisch-weltanschaulicher Gründe selbstverständlich vorbehalten und bereits in die Wege geleitet hat«.[32] Ausgeschlossen wurde auch der politisch missliebige Kirchenhistoriker Wilhelm Neuß, seit 1927 Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit sowie für die Geschichte der christlichen Kunst, der sich im Oktober 1934 als einer der Herausgeber der »Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts« kritisch mit der Rassenideologie Alfred Rosenbergs auseinandergesetzt hatte.[33]

Mit Aufgehen des Altertumsvereins in die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums Bonn änderte sich die Zielsetzung deutlich. Statt wissenschaftlicher Vorträge und der Herausgabe der Bonner Jahrbücher ging es nun in erster Linie um die Werbung finanzkräftiger Förderer, die in den Verwaltungsrat der Gesellschaft eingebunden werden sollten, der am 9. März 1938 zum ersten Mal zusammentrat.[34] Ab April 1938 wurden regelmäßig Briefe an die Förderer versandt, in denen um finanzielle Unterstützung für Ankäufe gebeten wurde.[35] Mit der Zeit setzte aber bei den Förderern eine zunehmende Zurückhaltung ein, so dass von den von Apffelstaedt anvisierten einhunderttausend Reichsmark in den Jahren 1938 bis 1942/43 pro Jahr nur zwischen vierundzwanzigtausend und knapp siebenunddreißigtausend Mark zusammenkamen.[36] Trotzdem überstiegen diese Summen auf dem Stiftungskonto der Gesellschaft den üblichen Haushalt des früheren Vereins um ein Vielfaches. In der Zeit ihres Bestehens hat die Gesellschaft der Freunde und Förderer etwa dreihunderttausend Reichsmark für Erwerbungen des Landesmuseums aufgewendet.[37] Insofern stellt Bettina Bouresh zu Recht fest: »Apffelstaedts Bestreben zielte offenbar dahin, dem Landesmuseum Bonn eine Kunstgalerie zu verschaffen, die mit der Aufgabe eines Landesmuseums – der Erforschung und Darstellung regionaler Kulturgeschichte – nur wenig, dafür mit ›Kunstzeugnissen erstklassiger Qualität‹ um so mehr zu tun hatte«.[38] Auch die Herausgabe von Publikationen, so der besonders umfangreiche Band der Bonner Jahrbücher 142, 1942 zum Jubiläum des Vereins, die »Fränkischen Goldscheibenfibeln« (1940) und die »Neuerwerbungen Niederländischer Gemälde seit dem 17. Jahrhundert« (1941), waren

[31] ALVR 11018; Schreiben Apffelstaedts vom 05.04.1938 und Antwort des Rektors vom 11.04.1938. Dies gemäß Beschluss des Vorstands der Gesellschaft vom 09.03.1938 (Archiv des AV 175: »… und er [der Altertumsverein] hat sich bereit erklärt, in dieser Neugründung aufzugehen, unter Überlassung der Überprüfung seines Mitgliederbestandes durch den Herrn Landeshauptmann«). – Zu Wilhelm Levison vgl. Matthias Becher / Yitzhak Hen (Hrsg.), Wilhelm Levison (1876–1947). Ein jüdisches Forscherleben zwischen wissenschaftlicher Anerkennung und politischem Exil, Siegburg 2010, und Matthias Becher, Wilhelm Levison (1876–1947). Als Gelehrter geschätzt, als Jude vertrieben, in: 150 Jahre Historisches Seminar. Profile der Bonner Geschichtswissenschaft, Siegburg 2013, S. 161–176. – Zu Rudolf Hertz vgl. https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/rudolf-hertz/DE-2086/lido/57c 82e55977a12.60152440. – Zum Ausschluss von Juden aus dem Düsseldorfer Geschichtsverein Laux, Traditionalismus (Anm. 7), S. 126.

[32] Archiv des AV 175. Vgl. auch das an die Gesellschaft der Freunde und Förderer gerichtete Schreiben vom 14.04.1942 (Archiv des AV 181,1) an die »Herren Schriftwalter der Zeitschriften im Gau Köln – Aachen« mit dem Vermerk »G E H E I M !«: »Aus gegebenem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß Arbeiten deutscher Wissenschaftler, die emigriert und jüdisch versippt sind, grundsätzlich auch nicht in deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht werden dürfen«.

[33] John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 107 Anm. 36. In der Bonner Ausgabe der Zentrumszeitung schrieb Neuß aus Anlass des Judenboykotts vom 01.04.1933 den Artikel »Gedanken eines katholischen Theologen zur Judenfrage«, vgl. Gabriel Adriányi, Art. Neuß, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie 19 (1999), S. 185 f.; Walter Troxler, Art. Neuß, Wilhelm, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 16 (1999), Sp. 1128-1130; Pabst, Weltkrieg (Anm. 1), S. 137 und 141 f.

[34] Archiv des AV 175 (dort auch eine Liste der Förderer). § 2 der Satzung bestimmte: »Die Gesellschaft bezweckt, die Aufgaben des Landesmuseums durch Mithilfe bei Ankäufen, bei Grabungen und bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu fördern«. – Eine ähnliche Entwicklung ist für das Landesmuseum zu konstatieren, so Joachim, Museumsleiter (Anm. 1), S. 7: »Anstelle eines bürgerlichen Gelehrten- und Bildungsmuseums wurde ein Volks- und Erziehungsmuseum als neues kulturpolitisches Ziel angestrebt« und »Spätestens seit 1936 ging es am Rheinischen Landesmuseum Bonn ›nicht mehr um die Erforschung und Darstellung der Provinzialgeschichte anhand der in ihr vorgefundenen Bodenurkunden, sondern um eine passgerechte Darstellung ›rheinischer‹ Geschichte im Sinne der führenden Nationalsozialisten an der Spitze der Provinzialverwaltung‹« (S. 7 f. mit Zitat aus Bouresh, Neuordnung [Anm. 4], S. 135–151, hier S. 148).

[35] ALVR 11018, Schreiben vom 20.04.1938 (Erwerb vorgeschichtlicher Funde, wahrscheinlich aus dem Landesmuseum Wiesbaden und dem Altertumsmuseum in Mainz); Schreiben vom 16.05.1938 (zu benötigten 85 000 RM für den Ankauf eines Van Dyk in Berlin); weitere Schreiben in ALVR 11019.

[36] ALVR 11019; allein im einhundertsten Jahr der Gründung des Altertumsvereins sind 73.000 RM verzeichnet, wovon allerdings 30.000 RM von Landeshauptmann Haake beigesteuert wurden.

[37] ALVR 11019 und Archiv des AV 172 mit den Belegen über die Erwerbungen.

[38] Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 110.

auf die Förderer ausgerichtet und sollten zur Beteiligung an einer ›Jubiläumsstiftung‹ ermuntern; in dieser Form schmückte sich die Gesellschaft mit den Traditionen des Altertumsvereins. Wegen der Kriegsverhältnisse konnte das Jubiläum im vorgesehenen Rahmen allerdings nicht mehr gefeiert werden.[39] Dass es Apffelstaedt kaum um die Belange des Vereins von Altertumsfreunden ging, zeigt seine Frage an den Düsseldorfer Oberlandespräsidenten i. R., Dr. Franz Schollen, mit der Bitte um juristischen Beistand bei der Gründung der Gesellschaft der Freunde und Förderer: »2. Welche Beschlüsse sind notwendig, um bei dem Übergang in die neue Vereinigung den Besitz des Altertumsvereins an Museumsstücken und der Bibliothek endgültig in den der Provinz übergehen zu lassen und somit die auf beiden Gebieten doppelte und vielerlei Arbeit erheischende Inventarisierung und Verzeichnung zu beenden«.[40]

Der Ankauf von Kunstobjekten für das Landesmuseum 1940 bis 1944

Durch die Beiträge und Stiftungen verfügte die Gesellschaft der Freunde und Förderer über erhebliche Mittel, »mit deren Hilfe eine große Anzahl bedeutender Erwerbungen für das Museum durchgeführt werden konnte. In erster Linie kamen diese der Gemäldegalerie zugute, wobei besonders die sich bietenden Gelegenheiten zu Erwerbungen im Ausland benutzt wurden«. – So fasst es ein Bericht an die Mitglieder zusammen.[41] In Briefen forderte der Landeshauptmann Haake die Stifter und Förderer auf, für die sich bietenden Ankäufe Geld bereitzustellen. In einer der Sendungen schrieb Haake:

»Nachdem sich die Kriegslage so überaus günstig entwickelt hat und die Aufgaben der Gesellschaft durch den vielfachen Besitzwechsel von rheinischem Kunstgut durch den Krieg sogar in erhöhtem Maße gegeben sind, wäre ich dankbar, wenn Sie auch für 1940 wiederum den Betrag in Höhe von 5 000,- RM zur Verfügung stellen würden. Infolge der Kriegsmaßnahmen und der daraus resultierenden Schäden macht sich im Zuge der in Gang befindlichen Wiederherstellungsarbeiten ein stetig steigendes Angebot wertvollen rheinischen Kunstgutes, vornehmlich aus Adelsbesitz, bemerkbar, und ich erachte es als meine Pflicht, wenigstens die bedeutsamsten Gegenstände auf dem Wege des Erwerbs durch die Gesellschaft für die Rheinprovinz zu erhalten, was bei der gesteigerten Nachfrage an hochwertigem Kunstgut jeweils nur mit großen Aufwendungen möglich sein wird«.[42]

Diese sehr neutral gehaltene Äußerung zeigt, dass die Gesellschaft auch in die sehr problematischen Ankäufe involviert war, die in Galerien in Paris, Brüssel und Amsterdam zwischen 1940 und 1944 erworben wurden. Im September 1940 hatte der Leiter der Kulturabteilung der Deutschen Militärverwaltung in Paris, Dr. Hermann Bunjes, Apffelstaedt angeboten, er könne ihn von bevorstehenden Kunstverkäufen unterrichten, noch bevor eine Zustimmung zu anderweitigem Verkauf erteilt würde.[43] Apffelstaedt solle sich darum kümmern, dass deutsche Museen solche Käufe tätigen könnten. Es sei zu erwarten, dass in den nächsten Monaten »eine Anzahl wertvollster Kunstgegenstände aus Privatbesitz in den hiesigen Kunsthandel gebracht werden«.

Apffelstaedt handelte rasch. Noch im Herbst 1940 legte er dem Propagandaministerium eine Denkschrift vor, die auf Grundlage von Recherchen des Kunsthistorischen Instituts der Universität Bonn und der rheinischen Archivberatungsstelle Ansprüche auf »geraubte Kunstschätze« geltend machte und solche auflistete. Für Apffelstaedt verband sich der Auftrag Adolf Hitlers von August 1940 zur »Erfassung geraubten Kunstgutes«, womit die ›Rückführung‹ von Kunstgegenständen gemeint war, die während der französischen Revolutionskriege von Deutschland nach Frankreich gebracht worden waren, mit der günstigen Gelegenheit, die großen Verluste an Kunstgut durch die Nachkriegs- und Inflationszeit nach 1918 durch Ankäufe im besetzten Frankreich, Belgien und den Niederlanden auszugleichen. Die Reisen von Landesrat Apffelstaedt als Leiter der Kulturabteilung und seines fachlichen Begleiters Franz Rademacher, des Abteilungsleiters der Gemäldegalerie am Landesmuseum, wurden mit der Rückführung von »verschlepptem deutschem Kulturgut, vornehmlich der napoleonischen Zeit«, aber auch mit dem Rückerwerb der im Zuge der Inflation ins Ausland gelangten Kunstobjekte begründet:

[39] ALVR 11019, Rundschreiben an die Mitglieder, Oktober 1941.

[40] Archiv des AV 170. In einem Schreiben an Apffelstaedt vom 20.08.1936 bittet Oelmann »recht bald den Wortlaut der Satzungen, die die neue Gesellschaft erhalten soll«, zu überlegen. Dies zeigt, dass die Konzeption der Satzung ganz in die Hände von Apffelstaedt gelegt wurde; dann erfolgten nach einem Satzungsentwurf allerdings Ergänzungen von Oelmann, so u. a., den alten Namen des Vereins anzuhängen (Archiv des AV 170).

[41] Bericht an die Mitglieder, wonach auch die Bonner Jahrbücher 1942 mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Reichserziehungsministeriums erscheinen konnten. Die Bonner Jahrbücher zeigen – wie dies auch für andere Geschichtsvereine gilt – in ihren Publikationen indes keine Ausrichtung auf die Volks- und Volkstumsgeschichte; so gilt auch für den Altertumsverein, was Stephan Laux für die Geschichtsvereine insgesamt konstatiert hat, vgl. Laux, Traditionalismus (Anm. 7), S. 155: »Nach Lage der zur Verfügung stehenden Quellen leisteten die rheinischen Geschichtsvereine weder einen ideologisch substanziellen noch in der nationalsozialistischen Logik wirkungsvollen Beitrag zur Geschichtspropaganda«.

[42] Archiv des AV 179,2, Schreiben von Haake an Direktor Butschkau, Rheinische Girozentrale und Provinzialbank vom 13.09.1940.

[43] Zu Hermann Bunjes vgl. http://www.lostart.de/Content/051_ProvenienzRaubkunst/DE/Beteiligte/B/Bunjes,%20 Dr.%20Hermann.html.

»Landesrat Dr. Apffelstaedt und Abteilungsdirektor Dr. Rademacher sind damit beauftragt, den vom Fuhrer dem Reichsminister fur Volksaufklarung und Propaganda erteilten Auftrag auf Nachforschung nach verschlepptem deutschem Kulturgut, vornehmlich der napoleonischen Zeit, zu vollziehen (streng vertraulich!), eine Aufgabe von uberragender Bedeutung fur die Rheinprovinz, die von allen deutschen Landschaften in jener Zeit die schwerste Einbusse an Kulturgut erlitten hat. Dr. Apffelstaedt hat als Leiter des ›Rheinland-Ausschusses fur die Feststellung und Auffindung verschleppter rheinischer Kulturguter‹ fur die Ministerien in nahezu eineinhalbjahriger Arbeit das gesamte Material in einer vorbildlichen, auf Benutzung aller Quellen aufbauenden Denkschrift zusammengetragen. […] In engstem Zusammenhang mit der vorgenannten Aufgabe steht die weitere, aus dem Pariser Kunsthandel und Privatbesitz wertvollstes rheinisches Kunstgut, das seit 1918 im Zuge der Inflation und des allgemeinen Ausverkaufs der deutschen Privatsammlungen auf dem Wege des ordnungsgemassen Kaufs nach Frankreich gewandert ist, wiederaufzusuchen und fur das Rheinland zuruckzuerwerben«.[44]

Apffelstaedt und Rademacher erhielten Anfang November 1940 dann einen »Marschbefehl des Militärbefehlshabers Frankreich, Abteilung Kunstschutz« in das von deutschen Truppen besetzte Paris, wobei ihnen mitgeteilt wurde, dass ein Teil der »sichergestellten jüdischen Kunstsammlungen« bereits zur Ansicht aufgestellt sei.[45] Daraufhin erfolgte am 15. November 1940 die erste Reise nach Paris, bei der zwei Ölgemälde niederländischer Maler des siebzehnten Jahrhunderts gekauft wurden. Nach der Rückkehr bedankte sich der Leiter der rheinischen Provinzialverwaltung, der Landeshauptmann Heinz Haake, beim »PG Sturmbannführer Kuhn« in Paris, dass er seinem Kulturdezernenten Apffelstaedt ermöglicht habe, »zu einem lächerlich geringen Preis zwei wertvollste Kunstwerke für das Rheinland« zurückzugewinnen. Fast selbstverständlich wird die niederländische Malerei entgegen jeder üblichen kunsthistorischen Klassifizierung ohne Federlesen dem rheinischen Kulturgut zugeschlagen.

Von Januar 1941 an folgten weitere Reisen in etwa monatlichen Abständen, 1941 achtmal nach Paris – mit zum Teil längeren Aufenthalten – und dreimal nach Amsterdam, 1942 weitere acht Reisen nach Paris, drei nach Amsterdam und drei nach Brüssel, 1943 vier Reisen nach Paris und eine nach Amsterdam, 1944 drei Reisen nach Paris, die letzte noch am 11. August 1944 nach Brüssel. Die Gesellschaft der Freunde und Förderer leistete aus dem Stiftungskonto entsprechende »Beihilfen« zu den Ankäufen. Außerdem wurden von den Geldmitteln auf dem Stiftungskonto die Kosten für die Auslandsreisen bestritten.[46] In einem Bericht vom 9. Juli 1941 über die zweiwöchige Reise nach Paris schreibt Apffelstaedt:

»In der Zeit vom 20. 6. – 3. 7. 1941 verweilte ich wiederum mit Dr. Rademacher in Paris zum Zwecke des Erwerbs weiterer für die Bonner Sammlung wichtiger Kunstwerke. Ganz allgemein war festzustellen, daß das Angebot außerordentlich nachgelassen hatte, was im Verlauf des Juli in Paris immer mehr oder weniger der Fall zu sein pflegt. Bei der Versteigerung im Hotel Drouot war nichts, was uns interessieren konnte, wenngleich für andere Museen hervorragende Porzellane, Möbel und Kunstgewerbe zu finden waren. […] In zahlreichen täglichen Besuchen bei den Kunsthandlungen und Privaten ergab sich lediglich eine uns zusagende Einkaufsmöglichkeit, nämlich ein schönes Papier auf Holz gemaltes Bild des Gerbrand van E[..]out;[47] das ausgezeichnet gemalte Bild war uns schon bei unserm letzten Besuch aufgefallen; es wurde jedoch damals ein Preis von 100 000 Franken = 5 000,– RM genannt, der an sich durchaus tragbar, uns aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, die Preise immer zu drücken, zu hoch erschien und entsprechend der Ankauf damals vorsätzlich unterlassen wurde«.

Der »Ankauf« des Bildes wurde nun für dreitausend Reichsmark »getätigt und das Bild sofort mitgenommen. Es befindet sich jetzt im Depot des Ständehauses«. Bei all diesen Käufen ging es vorrangig darum, hervorragende

[44] Records of the American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historical Monuments in War Areas; https://www.fold3.com/image/270022973. Vgl. auch das Schreiben von Apffelstaedt an den Bonner Oberbürgermeister mit Abschrift an Dr. Rademacher bereits vom 27. Januar 193[8]: »[…] folgt abschließend, wie schon gesagt, im März die Konstituierung des Verwaltungsrates, die dringend notwendig ist zum Erwerb einer Fülle bedeutsamer fränkischer Funde, die aus dem Rheinland entführt worden sind« (Archiv des AV 175). Ähnlich Archiv des AV 175, Bericht über die [erste] Sitzung des Verwaltungsrates der Gesellschaft am 09.03.1938 mit der Ansprache Apffelstaedts: »[…] nach den geradezu entsetzlichen Verlusten, die das Rheinland in der Nachkriegs- und Inflationszeit an seinem Kunstbesitz erlitten hat, jede nur irgendwie mögliche Chance zu nutzen, um wenigstens Trümmer zu sammeln«. Vgl. dazu Bouresh, Neuordnung (Anm. 4), S. 122.

[45] Der Marschbefehl war ausgestellt für Apffelstaedt, Rademacher und den Düsseldorfer Kunsthändler Hans Bammann (Records of the American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historical Monuments in War Areas; https://www.fold3.com/image/270022967, 973 und 980). Unterlagen zu diesen Ankäufen ALVR 11412; 11413. Zu den Hintergründen Bettina Bouresh, »Sammeln Sie also kräftig!«. »Kunstrückführung« ins Reich – Im Auftrag der rheinischen Provinzialverwaltung 1940–1945, in: Bazon Brock / Achim Preiß (Hrsg.), Kunst auf Befehl? Dreiunddreißig bis Fünfundvierzig, München 1990, S. 59–75. Die Zitate sind dieser Publikation entnommen. Vgl. auch dies., Neuordnung (Anm. 4), S. 120–124, 134 f.

[46] Abrechnungen der Reisen von Apffelstaedt und Rademacher in Archiv des AV 172 und 182. Ein Bild Rademachers in http://www.digiporta.net/pdf/GNM/Rademacher_309930341.pdf.

[47] Bericht Apffelstaedts vom 09.07.1941. Name ist handschriftlich korrigiert. Gemeint war Gerbrand van den Eeckhout (1621–1674).

Kunstwerke für das Rheinische Landesmuseum zu erwerben; das Ziel der Rückführung der im Zuge der napoleonischen Kriege aus Deutschland verbrachten Kunstobjekte spielte nun offenbar keine Rolle mehr.

In einigen Fällen ist nachweisbar, dass die Kunstgegenstände, die von solchen sogenannten ›Sonderbeauftragten‹ auf den Kunstmärkten in Paris, Brüssel und Amsterdam gekauft wurden, aus dem Besitz geflohener Juden stammten, wobei der Verkaufspreis den ehemaligen Eignern vorenthalten wurde.[48] Insgesamt ›erwarb‹ das Bonner Landesmuseum in fünf Jahren 133 Kunstwerke im Wert von 1,64 Millionen Reichsmark, von denen – wie oben bereits genannt – etwa dreihunderttausend Mark aus den Geldern der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinischen Landesmuseums stammten. Einige der Ankäufe waren vollständig von der Gesellschaft finanziert, andere durch Beihilfen; in all diesen Fällen gingen die Gemälde und anderen Kunstwerke in den Bestand des Landesmuseums.[49]

Franz Rademacher bilanziert seine Bemühungen in einem Antrag auf Zuerkennung des »Direktorentitels mit entsprechender Einstufung« vom 25. November 1941: »Die Gemäldegalerie aber wurde unter Ausrichtung auf die Aufgaben einer Landessammlung – mit Einschluß der Niederlande – vollkommen neu aufgebaut. Infolge ständiger Neuerwerbungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit wurde sie zu einem der lebendigsten Teile des Museums. Durch diese Entwicklungen sind die Kunstabteilungen des Bonner Landesmuseums in ihrer musealen Bedeutung gleichwertig neben die vor- und frühgeschichtlichen Sammlungen getreten«.[50]

Viele der in den Kriegsjahren ›erworbenen‹ Kunstwerke wurden zum Schutz vor Kriegseinwirkungen in das Kunstschutzdepot in das Kloster Marienstatt in den Westerwald gebracht. Nach dem in Brauweiler befindlichen Archivmaterial wurden die etwa 130 Objekte in den Tagen vom 16. bis 18. Mai 1947 von Beauftragten der französischen Militärregierung sichergestellt. Als während des Krieges getätigte Auslandserwerbung wurden die Kunstwerke beschlagnahmt. Protokolle und dem Abt des Klosters ausgehändigte Quittungen befinden sich im Brauweiler Archiv. Von Kloster Marienstatt gelangten die Stücke in das Kunstdepot nach Baden-Baden, um von dort nach Frankreich zurückgeführt zu werden.[51]

Die Neukonstituierung des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande

Nachdem die im Juli 1945 verfügte Sperrung des Vermögens der Gesellschaft von Freunden und Förderern des Landesmuseums Bonn mit Schreiben vom 12. November 1945 aufgehoben war[52] und das Amtsgericht Bonn am 3. März 1947 Ernst Langlotz, seit 1941 Ordinarius am Archäologischen Institut und Direktor des Akademischen Kunstmuseums, zum kommissarischen Vorsitzenden der Gesellschaft bestellt[53] und eine erste Generalversammlung am 28. Juni 1947 stattgefunden hatte, wurde in der darauffolgenden Hauptversammlung am 9. Dezember 1947 eine Satzungsänderung beantragt und angenommen: »Einer Anregung aus Mitgliederkreisen folgend schlägt der Vorsitzende vor, zu dem alten Namen ›Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande‹ zurückzukehren, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß der Verein seine Hauptaufgabe in der wissenschaftlichen Pflege der Altertumskunde der Rheinlande und in der finanziellen Unterstützung dieses Forschungsgebietes sieht. Der Vor-

[48] Apffelstaedt hatte sich dafür eingesetzt, dass die erlegte Kaufsumme verwundeten und kranken SS-Kameraden etwa in Paris zugutekam (Bouresh, Neuordnung [Anm. 4]). John, 150 Jahre (Anm. 2), S. 104: »Bei den Ankäufen profitierte man von der Auflösung jüdischer Privatsammlungen und der Verschleppung von Kunstwerken aus besetzten Ländern. Die Herkunft des ›Frauenbildnis‹ von Cornelis de Vos (Abb. 30) aus der Sammlung Loeb in Caldenhof (erworben 1940), die Überweisung von 30 000,– RM an das Ministerbüro Seyss-Inquart zur Weiterleitung an den Amsterdamer Kunsthändler De Boer oder die Einladung Apffelstaedts an den Vorstand [der Gesellschaft der Freunde und Förderer], ›im Keller des Landesmuseums erstmalig eine Reihe einzigartiger Neuerwerbungen [zu] besichtigen, die Ihnen einen kleinen Abriß unserer so großen Ankaufserfolge gerade während des Krieges zeigen können‹, sprechen eine eindeutige Sprache« (Archiv des AV 172; Archiv des AV 184, Durchschlag eines Schreibens an Oberbürgermeister Rickert vom 16.02.1943).

[49] Die Gesellschaft zahlte z. B. 1940 eine Beihilfe von 30 000 RM von insges. 45 000 RM für ein Gemälde von Ruisdael an den Kunsthändler Dr. Eduard Plietzsch in Berlin und die gesamte Ankaufssumme von 12 000 RM an Julius Böhler für eine Winterlandschaft von Joos de Momper (Archiv des AV 172).

[50] ALVR PA Rademacher 41/1797.

[51] Von vielen Kunstwerken fehlt seitdem jede Spur, so u. a. von einem Deutzer Codex des Custos Thiodericus aus dem 12. Jh. Eine Abschrift war im 19. Jh. im Archiv Düsseldorf angefertigt worden, die später an das Kölner Stadtarchiv abgegeben wurde. Zur Geschichte der Handschrift vom 12. Jh. bis 1804 und von 1804 bis 1941 vgl. Monica Sinderhauf, Die Abtei Deutz und ihre innere Erneuerung. Klostergeschichte im Spiegel des verlorenen Codex Thioderici, Vierow bei Greifswald 1996, bes. S. 262–275. Vgl. Winfried Schmitz / Eckhard Wirbelauer, Auf antiken Spuren? Theoderich, das Benediktinerkloster in Köln-Deutz und die Legende der heiligen Ursula, in: Colonia Romanica 14 (1999), S. 67–76, hier S. 72–74.

[52] Archiv des AV 186.

[53] Zunächst war geplant, den in die Gesellschaft wiederaufgenommenen Prof. Wilhelm Neuß zum Vorsitzenden zu wählen, der aber aus gesundheitlichen Gründen ablehnte. Zu Ernst Langlotz (1895–1978) vgl. Nikolaus Himmelmann / Adolf H. Borbein, In memoriam Ernst Langlotz, Bonn 1980; Höpfner, Universität (Anm. 1), S. 430 f.; Helga Dittmers-Herdejürgen, Art. Langlotz, Ernst, in: Neue Deutsche Biographie 13 (1982), S. 607 f.; Detlev Kreikenbom, Art. Langlotz, Ernst, in: Der Neue Pauly Suppl. 6 (2012), S. 696–698.

schlag wird von der Hauptversammlung einstimmig angenommen«.[54]

In dieser programmatischen Neuausrichtung beziehungsweise Rückwendung wird deutlich, dass die veränderte Zielsetzung der Gesellschaft der Freunde und Förderer, das Landesmuseum vor allem bei Neuerwerbungen der Gemäldesammlung finanziell zu unterstützen, bei den Mitgliedern auf Kritik gestoßen war und dem Verein seine vorrangig wissenschaftliche und vermittelnde Zielsetzung wiedergegeben werden sollte. Dies bestätigt ein Schreiben des (zweiten) Schriftführers Eduard Neuffer an den Landesverwaltungs-Oberrat vom 8. Januar 1946 über das Aufgehen des Vereins von Altertumsfreunden in die Gesellschaft im Jahr 1936: »Besonders von den älteren Mitgliedern des Vereins, die dessen Tätigkeit und Äußerungen noch als wirklichen Ausfluß wissenschaftlicher Bestrebungen und Interessen erlebten, wurde die neue Gesellschaft als bloße Geldgeberin für das Museum und als rein repräsentative Institution empfunden«.[55] »Ich würde es daher für richtig halten den früheren Charakter des Altertumsvereins als Bildungsinstitution wiederherzustellen und die dazu erforderlichen Vorarbeiten in Zusammenarbeit mit einem Rechtsberater einzuleiten«. Dabei sollte es unter anderem auch »um Wiederaufnahme der im Verlauf der damaligen Umbildung ausgeschlossenen Mitglieder« gehen.

Am 17. Dezember 1947 bat Museumsdirektor Oelmann den Ministerialrat Dr. Josef Busley, in den Vorstand des zum alten Namen zurückgekehrten Vereins einzutreten. Am Ende dieses Schreibens heißt es über die gerade eine Woche zurückliegende Winckelmannfeier am 9. Dezember 1947: »Es war wieder ganz in der guten alten Art wie früher und hätte nicht besser sein können«. Nach einer fünfjährigen Unterbrechung konnten auch die Bonner Jahrbücher von 1948 an wieder erscheinen.[56]

Prof. Dr. Winfried Schmitz, Institut für Geschichtswissenschaft, Abteilung Alte Geschichte, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Am Hof 1e, 53113 Bonn, winfried.schmitz@uni-bonn.de

Summary. Only thanks to the financial support of the Provincial Administration the Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande was able to survive between 1920 and 1933. After the unification in 1933, the association's board of directors consisted largely of NSDAP members since 1935. Its main task under the new name ›Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums Bonn‹ was the financing of the museum with regard to new acquisitions and trips abroad to open up the art market in the occupied neighbouring countries. Since December 1936, Governor Heinz Haake was Chairman, and Head of the Department of Culture Hans-Joachim Apffelstaedt his permanent representative. In July 1945, a petition was filed to freeze the company's assets, and a return to the old thematic focus was demanded. The old name was reintroduced in December 1947.

Résumé. Ce n'est que grâce au soutien financier de l'administration provinciale que le »Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande« (association des amis de l'antiquité de Rhénanie) put survivre entre 1920 et 1933. Après l'unification en 1933, le comité directeur de l'association fut composé en grande partie de membres du NSDAP depuis 1935. Sous le nouveau nom de »Gesellschaft der Freunde und Fördererer des Landesmuseum Bonn« (association des amis et des promoteurs du musée régional de Bonn), sa tâche principale était le financement du musée en vue de nouvelles acquisitions et de voyages à l'étranger pour ouvrir le marché de l'art dans les pays voisins occupés. Depuis décembre 1936, le gouverneur Heinz Haake en fut le président, et le chef du Département de la culture, Hans-Joachim Apffelstaedt, fut son représentant permanent. En juillet 1945, une pétition fut déposée pour geler les actifs de l'association, et un retour à l'ancien thème prioritaire fut exigé. En décembre 1947, l'ancien nom a été réintroduit.

Resümee. Nur dank finanzieller Unterstützung der Provinzialverwaltung konnte der Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande zwischen 1920 und 1933 überleben. Nach der Gleichschaltung 1933 bestand der Vereinsvorstand seit 1935 weitgehend aus NSDAP-Mitgliedern. Die Hauptaufgabe unter dem neuen Namen ›Gesellschaft der Freunde und Förderer des Landesmuseums Bonn‹ war die Finanzierung des Museums hinsichtlich Neuankäufen und Auslandsreisen zur Erschließung des Kunstmarktes in den besetzten Nachbarländern. Seit Dezember 1936 war Landeshauptmann Heinz Haake Vorsitzender, Kulturdezernent Hans-Joachim Apffelstaedt sein ständiger Vertreter. Im Juli 1945 wurde die Sperrung des Vermögens der Gesellschaft beantragt und die Rückwendung zum alten Themenschwerpunkt gefordert sowie seit Dezember 1947 der alte Name wiedereingeführt.

[54] Archiv des AV 050, Protokoll der Generalversammlung am 09.12.1947. John, Altertumsfreunde (Anm. 2), S. 108 f.

[55] Archiv des AV 188 mit der Fortführung: »Die Zusammensetzung des Vorstandes wie des Verwaltungsrates der Gesellschaft (s. S. 14 des Berichtes vom 3. Dez. 1938) in der die Männer der Wissenschaft gegenüber denen der Partei und der Wirtschaft vollkommen zurücktraten, mußten diesen Eindruck mindestens äußerlich bestätigen«.

[56] Archiv des AV 188, Schreiben vom 17.12.1947 von Oelmann an Ministerialrat Dr. Busley. Der letzte Band der Bonner Jahrbücher vor dem Zusammenbruch war Bd. 147 (1943), der folgende Bd. 148 (1948).

Susanne Haendschke

»Herkunft: Dr. Neuffer, Paris«

Anmerkungen zu ausgewählten Erwerbungen der Bibliothek des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1940 bis 1944

Als Eduard Neuffer am 15. Mai 1931 seine Stelle als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Provinzialmuseum Bonn antrat, gehörte auch die fachliche Betreuung der Museumsbibliothek zu seinen Aufgaben. Er führte, wie es im Jahresbericht in den Bonner Jahrbüchern heißt, »die Neuordnung der Museumsbibliothek zu Ende, die mit der gleichfalls im Museum untergebrachten Bibliothek des Vereins von Altertumsfreunden räumlich vereinigt wurde, und übernahm deren Verwaltung.«[1]

Der Versammlungsbericht des Vereins von Altertumsfreunden vermerkt dazu: »Der Vorsitzende machte Mitteilung von der inzwischen vollzogenen Vereinigung der Vereinsbibliothek mit der des Provinzialmuseums und von dem Plane, sie zu einer Fachbibliothek für vor- und frühgeschichtliche Archäologie auszubauen, wie sie bisher in Bonn nicht bestand und als Ergänzung zur Bibliothek des Akademischen Kunstmuseums dringend notwendig ist. Zur Beschaffung der nötigen Mittel wurde der Vorschlag, die in diesem Rahmen entbehrlichen Bestände der Bibliothek zu veräußern, genehmigt.«[2]

In einem ersten Schritt führte Neuffer bis zum Dezember 1931 eine Inventur der Museumsbibliothek durch und vermerkte dazu im Inventarbuch: »Die blau angestrichenen Nummern waren bei einer Revision im Dezember 1931 vorhanden. N.« Der Museumsbestand umfasste zu diesem Zeitpunkt 1742 Bände.

Die Neuordnung und die Zusammenlegung der Buchbestände von Museum und Altertumsverein sollten zu einer inhaltlichen Profilierung der Bibliothek führen, die inhaltliche Ausrichtung auf die Vor- und Frühgeschichte stärken und durch das Aussondern der »Randgebiete« Platz für Neuerwerbungen aus dem neuen Sammlungsschwerpunkt schaffen. Neuffer sortierte aus (Inventarvermerk »abgegeben 1931«), er gab diese Bestände an andere, verwandte Institutionen ab, oder er verkaufte ausgesonderte Titel an Antiquare.

Eine erste Durchsicht dieser Titel irritiert allerdings: Ausgesondert wird neben möglicherweise verzichtbaren Titeln wie »Vergleiche des deutschen Turnens mit der griechischen Gymnastik«[3] von 1863 oder »Das Schwein in der Kulturgeschichte«[4] auch archäologische deutsche und französische Fachliteratur des neunzehnten Jahrhunderts, die eigentlich für die wissenschaftliche Bearbeitung der Museumssammlung essentiell gewesen wären. Ein Beispiel dafür ist die dreibändige Publikation »Centralmuseum rheinländischer Inschriften« von Laurenz Lersch, publiziert in Bonn zwischen 1839 und 1842. Bei der Aussonderungsaktion wurde sie für 0,50 Reichsmark an einen nicht näher genannten Antiquar verkauft. Glücklicherweise konnten diese Bände 1986 für 260 D-Mark zurückgekauft werden.[5]

Festzustellen bleibt, dass Neuffer innerhalb kurzer Zeit einen sehr guten Überblick über den Bibliotheksbestand des Museums und des Altertumsvereins gewann. Die Zusammenlegung der beiden Arbeitsbibliotheken nutzte er zur Profilierung eines Sammelschwerpunktes der Bibliothek: Gestärkt wurden die Vor- und Frühgeschichte sowie die provinzialrömische Archäologie; Titel zur griechischen Antike und eher volkskundliche Literatur wurden ausgesondert. Neuffers Entscheidungsfreude fielen dabei durchaus einzelne Titel zum Opfer, die wir heute gerne noch im Bestand hätten. Er entschied nicht

[1] Franz Oelmann, Bericht über die Tätigkeit des Provinzialmuseums in Bonn in der Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932, In: Bonner Jahrbücher 136/137 (1932) S. 350.

[2] Ebenda, S. 352. Als Mitglied des Vereinsvorstandes war Neuffer für die Vereinsbibliothek zuständig.

[3] Heinrich Wilhelm Sausse, Vergleichung des deutschen Turnens mit der griechischen Gymnastik. Festrede zum Geburtstag seiner Majestät des Königs Wilhelm I., den 22. März 1862 im Gubener Gymnasium. Bericht über das Gymnasium zu Guben, Guben 1862/63.

[4] Adolph Schlieben, Das Schwein in der Kulturgeschichte, Wiesbaden 1890.

[5] Die ausgesonderten Bestände sollen in einem eigenen Projekt erfasst und separat untersucht werden.

nur, welche Bücher überflüssig und entbehrlich waren, sondern stellte gleichzeitig fest, welche Titel im Bestand noch fehlten. Die genaue Kenntnis der Lücken sollte ihm wenige Jahre später sehr nützlich sein.

Die Vita

Eduard Neuffer wurde am 17. September 1900 in Besigheim geboren, er trug, so Walter Bader in seinem Nachruf, »seine schwäbische Herkunft wie eine Aura auch im Rheinland mit sich«.[6] Neuffer studierte nach kurzem Kriegsdienst 1918–1919 an den Universitäten Heidelberg und Tübingen zunächst Philosophie und Naturwissenschaften (Botanik), ab 1923 klassische Altertumswissenschaften, insbesondere Archäologie. Im Jahr 1928 promovierte er in Gießen, anschließend arbeitete er als Assistent am Archäologischen Seminar in Marburg bei Paul Jacobsthal.[7] Im November 1930 erhielt er im zweiten Anlauf ein Reisestipendium des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) für Ägypten. Den Aufenthalt dort brach er vorzeitig ab, um seine Stelle im Provinzialmuseum Bonn anzutreten. Er wurde 1935 Direktorialassistent, 1938 Abteilungsleiter, 1949 schließlich Direktor des Rheinischen Landesmuseums Bonn.

Über Neuffer als Privatperson ist wenig bekannt. Im März 1924 – also noch während des Studiums – heiratete er Karoline (oder Lili) Bourges in Heidelberg. Dort war sie als Studentin eingeschrieben, hat aber ihr Studium nicht abgeschlossen. Knapp drei Monate später wurde der erste Sohn geboren; es folgten bis 1940 fünf weitere Kinder[8].

Die Charakterisierung der Persönlichkeit Eduard Neuffers ist schwierig zu leisten. Von 1928 bis 1930 arbeitete er am Archäologischen Institut der Universität Marburg als Assistent von Paul Jacobsthal, zusammen unternahmen sie zahlreiche Forschungsreisen nach Spanien und Frankreich. Jacobsthal beschreibt Neuffer sehr positiv als »das Ideal eines Assistenten«[9], nicht nur in fachlicher, sondern auch in persönlicher Hinsicht.

Walter Bader, der mit Neuffer Anfang der dreißiger Jahre am Landesmuseum zusammenarbeitete, nennt ihn in seinem Nachruf eine »unberührbare Person«: ein hervorragender Wissenschaftler mit großem didaktischen Geschick, pflichtbewusst und fleißig – aber auf Distanz bedacht[10]. Franz Oelmann bezeichnet ihn als »eine nicht alltägliche Persönlichkeit, die unbedingte Achtung einflößte«. Betont wird sein Geschick, »weitere Kreise des Volkes für die vor- und frühgeschichtliche Vergangenheit des Rheinlandes zu interessieren«[11]. Dabei wagte Neuffer ganz neue Wege: Er stellte einen Zeichentrickfilm »Der Kampf um den Rhein« her und plante weitere, er ließ Dioramen bauen und versuchte, auch Laien die »archäologische Arbeitsweise« nahezubringen. Bei den Mitarbeitern und Fachkollegen genoss er »unbedingten Respekt, so daß wohl niemand wagte, ihm zu nahe zu treten«.[12]

Am 22. August 1939 wurde Neuffer zum Kriegsdienst eingezogen. Vom 13. September 1939 bis zum 10. Mai 1940 gehörte er dem 10. Grenzwachtregiment 76 Schleiden-Süd an, seit dem 27. November 1940 gehörte er zum Verwaltungsstab der Militärverwaltung in Frankreich. Er übernahm als Kriegsverwaltungsrat die Leitung des Referats Vorgeschichte und Archäologie beim Kunstschutz Paris. Dort blieb er bis zum 17. Juli 1942 im Dienst. Am 20. Juli 1942 wurde er aus der Wehrmacht entlassen und unabkömmlich gestellt. Er blieb bis 1943 in Paris, um weiter an einem Atlas der vorgeschichtlichen Befestigungsanlagen zu arbeiten. Neuffer erhielt in dieser Zeit weiterhin ein Gehalt der Provinzialverwaltung, das Archäologische Institut des Deutschen Reiches finanzierte den Mehraufwand.

Am 25. März 1944 wurde Neuffer wieder einberufen und der Stammkompanie[13] in Osnabrück zugeteilt, kurze Zeit später besuchte er ein Seminar zur Wehrkunde an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Seit September 1944 war Neuffer als SS-Unterscharführer im Wachbataillon des Konzentrationslagers Auschwitz im

[6] Franz Oelmann, Zum Gedächtnis Eduard Neuffers, Bonner Jahrbücher 155/156, 1955/1956, S. 6; Hans-Eckart Joachim, Eduard Neuffer. Archäologe und Museumsmann, in: Bonner Jahrbücher 217 (2017), S. 3–14. Hans-Eckart Joachim danke ich für die Möglichkeit, noch vor der Veröffentlichung Einblick in sein Manuskript nehmen zu dürfen.

[7] Zur Zusammenarbeit von Jacobsthal und Neuffer vgl. Sally Crawford / Katharina Ulmschneider, Paul Jacobsthal's Early Celtic Art, his anonymous co-author, and National Socialism: new evidences of the archives, in: Antiquity. A Review of world archaeology 85 (2011), S. 129–141.

[8] Martin (*18.06.1924), Gabriele (*03.04.1929), Eduard Martin (*12.02.1931), Elisabeth (*15.06.1934), Johanna (*07.12.1937), Thomas (*21.10.1940).

[9] Brief Paul Jacobsthal, Marburg, an Gerhart Rodenwaldt, Berlin, vom 17.06.1929, Archiv des Deutschen Archäologischen Instituts Berlin, Tgb. No. 1222/29.

[10] Walter Bader, Nachruf auf Eduard Neuffer. Nekrolog, gesprochen auf der Jahreshauptversammlung des Vereins zur Erhaltung des Xantener Doms […] am 9. Juni 1955, in: Bonner Jahrbücher 155/156 (1955–1956), S. 6 f., hier S. 6.

[11] Franz Oelmann, Zum Gedächtnis Eduard Neuffers, in: ebenda S. 1–5, hier S. 3.

[12] Ebenda, S. 5.

[13] Landesschützen-Ersatz- und Ausbildungsbataillon I/6 (Osnabrück), vgl. dazu auch Marion Widmann, Das Museum des Rheinischen Provinzialverbandes in Bonn. Vom Rheinischen Provinzialmuseum zum Rheinischen Landesmuseum, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 151–167.

[14] Für Auskünfte danke ich Wojciech Plosa, Archiv des KZ Auschwitz (Mail vom 24.03.2011 an Verf.) und Dr. Uta Dirschedl, Archiv des DAI (Schreiben vom 18.03.2011), vgl. auch Widmann,

Außenlager Jawischowitz eingesetzt. Am 19. Januar 1945 begleitete er als Wachmann einen Häftlingstransport, und noch am 16. Februar 1945 ist er auf einer Liste der Wachmänner verzeichnet. Von da an verliert sich seine Spur[14]. Seit dem 13. Juni 1945 ist er laut Einwohnermeldeamt der Stadt Bonn wieder in der Quantiusstraße 13 gemeldet.

Es ist schwierig, Neuffers Einstellung zum Nationalsozialismus und seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS zu deuten, von der vermutlich wenige in seinem Umfeld wussten und die erst seit einem Jahrzehnt bekannt ist. Möglicherweise muss all dies neu bewertet werden, nachdem neue Hinweise gefunden wurden,[15] die seine schon aus den bekannten Quellen gut bezeugte »eisige, absolut nicht passive Ablehnung des Nationalsozialismus« bestätigen.[16]

Archäologischer Kunstschutz, Luftbildfotografie und preiswerte Erwerbungen in Paris

Am 27. November 1940 übernahm Eduard Neuffer die Leitung des Referats »Vor- und Frühgeschichte und Archäologie« beim Kunstschutz[17].

Gegründet auf Anregung des Deutschen Archäologischen Instituts[18], war die inhaltliche Ausrichtung nicht dezidiert festgelegt[19]. Neuffer definiert die Aufgaben am 15. Januar 1941 in einer Denkschrift[20]. Zu den Aufgaben des Referates gehörten demnach Schutzmaßnahmen für öffentliche und private Sammlungen, die Erhaltung ortsfester Denkmäler und Bodenfunde sowie die Förderung und Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit deutscher Vor- und Frühgeschichtsforscher. Denn die vorgeschichtlichen, römischen und germanischen Altertümer in Frankreich, so Hans Möbius im Schlussbericht des Referats 1944, »sind ja für Deutschland nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch in weltanschaulicher Hinsicht von größter Bedeutung, denn die heutigen Landesgrenzen gelten natürlich nicht für die alten Kulturen.«[21]

Neuffer verfügte seit Januar 1941 über einen kleinen Stab an Mitarbeitern, die – bis auf Schoenebeck – zuvor bereits als Stipendiaten des Deutschen Archäologischen Instituts geforscht hatten oder diesem Institut in anderer Weise verbunden waren. Diese Mitarbeiter waren Joachim Werner[22], Wolfgang Kimmig[23], Dr. Hans-Ulrich von Schoenebeck[24] und Wilhelm Schleiermacher[25]. Man kann wohl davon ausgehen, dass sich alle fünf schon vor ihrer Zusammenarbeit beim Kunstschutz kannten, sei es über Kontakte zum Deutschen Archäologischen Institut in Berlin oder zur Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt am Main, sei es über Verbindungen aus der Studienzeit in Marburg.

Das Referat Vorgeschichte und Archäologie war als Unterabteilung des militärischen Kunstschutzes unter Franz Graf Wolff Metternich zur Gracht[26] wie dieser dem Oberkommando des Heeres zugeteilt. Das Referat residierte im besetzten Paris beim Generalquartiermeister in der Zentrale der deutschen Besatzung, dem Hotel Majestic. Die Atmosphäre im Hotel Majestic beschreibt Walter Bargatzky, der als Jurist der Gruppe Justiz unter Rudolf Bälz zugeordnet war, wie folgt: »Angehörige der Stäbe sind alte Freunde […], Regimentskameraden, Studiengenossen, Korpsbrüder, […] Ministerialkollegen, ja Verwandte, deren einer den anderen nachgezogen hat.«[27] Der Vorteil einer derartigen Praxis sei »der wirksame Schutz vor Untreue und Verrat. Protektion und Konne-

Museum (Anm. 13) S. 157–158 und 162 f. Gemeinsam mit Marion Widmann begonnene Untersuchungen zu Eduard Neuffer konnten nicht gemeinsam abgeschlossen werden, sollen in Kürze aber von Verf. vorgelegt werden.

15 Vgl. Bader, Nachruf (Anm. 10) S. 6; zur Bewertung Neuffers vgl. auch Joachim, Neuffer (Anm. 6) und Widmann, Museum (Anm. 13).

16 Für Hinweise auf eine SPD-Mitgliedschaft Neuffers danke ich Stefan Kraus (Oberhausen). Anfragen in verschiedenen Parteiarchiven der SPD brachten bisher noch keine Ergebnisse.

17 Vorgesehen für die Leitung des Referats war ursprünglich Ernst Sprockhoff, der aber von der Wehrmacht nicht freigestellt wurde, vgl. Hubert Fehr, Germanen und Romanen im Merowingerreich. Frühgeschichtliche Archäologie zwischen Wissenschaft und Zeitgeschehen, Berlin 2010, S. 428.

18 Zu den Umständen der Einrichtung des Referates vgl. ebenda, bes. S. 421–429 und Hubert Fehr, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« des Militärischen Kunstschutzes in Belgien und Frankreich, in: Kunow/Otten/Bemmann, Rheinprovinz (Anm. 13) S. 401–410, hier S. 402 f.

19 »Über die Aufgaben des Referats bestanden anfangs keine klaren Vorstellungen. Die Personen, die an den Planungen beteiligt waren, formulierten zum Teil sehr unterschiedliche Ansichten, welche Ziele das Referat mit seiner Arbeit verfolgen sollte.« Fehr, Referat (Anm. 18) S. 403.

20 Vgl. Hans Möbius, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« in der Militärverwaltung Frankreich. Schlussbericht über die Tätigkeit 1940–1944, in: Bericht der Römisch-Germanischen Kommission 82 (2001), S. 474–483, hier S. 475.

21 Ebenda.

22 Kriegsverwaltungsrat (im Folgenden KVR) Dr. Joachim Werner, Mitarbeiter vom 11.01.–15.04.1941, im Anschluss beim Kunstschutz in Brüssel bis zum 30.12.1941.

23 KVR Dr. Wolfgang Kimmig, Mitarbeiter vom 15.01.1941–16.02.1942.

24 KVR Dr. Hans-Ulrich von Schoenebeck, Mitarbeiter vom 03.02.–09.04.1941, im Anschluss beim Kunstschutz in Griechenland.

25 OKVR Dr. Wilhelm Schleiermacher, Mitarbeiter vom 08.02.–30.12.1941.

26 Zur Person Wolff Metternichs siehe Beitrag von Esther Heyer in diesem Band.

27 Walter Bargatzky, Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg i. Br. 1987, S. 45 f.

xion, niemand hört das gern. Aber in Feindesland (wir haben auch Feinde in deutscher Uniform) sind sie unerläßlich.«[28] Schließlich aber ist neben der gewünschten »inneren Homogenität« auch ein weiteres Motiv vorhanden: »Man will auch dem Freund die Chance geben, Paris zu genießen, denn daß es ein Privileg ist, hier zu sein, kann keiner leugnen.«[29]

»Schutzmaßnahmen«

Sowohl die französische Bodendenkmalpflege als auch die Organisation der archäologischen Museen und Sammlungen waren im Frankreich der dreißiger und vierziger Jahre völlig anders aufgebaut als die Institutionen im damaligen deutschen Reich. Möbius versteht das so: »In Frankreich fehlte […] fast jede zentrale Steuerung.«[30]

Anders als heute, wo die föderalen Strukturen im Bereich von Kultur und Wissenschaft in Deutschland eine zentrale Steuerung verhindern, war die archäologische Forschung im Deutschen Reich um 1940 von zwei Institutionen dominiert, dem Archäologischen Institut des Deutschen Reiches (heute DAI) und den »Reichsbund für Vorgeschichte«. Dass es ständig zu Kompetenzgerangel und scharf geführten politischen Auseinandersetzungen mit dem »Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg« und dem »Ahnenerbe der SS« kam, sei hier nur am Rande erwähnt[31]. Dazu gab es »an jeder deutschen Universität einen Lehrstuhl für Archäologie oder Vorgeschichte«[32], wie Möbius betont, archäologische Sammlungen in Museen wurden von Wissenschaftlern betreut, und ein Ausgrabungsgesetz von 1914 regelte die Bearbeitung und den Verbleib von archäologischen Funden.

In Frankreich dagegen habe es zur gleichen Zeit keine ähnlich strukturierte archäologische Wissenschaft und Forschung an Universitäten und Museen gegeben. Ein Lehrstuhl für Vorgeschichte habe nur an der Universität von Straßburg existiert, die Bodenforschung sei von Laien betrieben worden, ebenso habe auch die Betreuung von Sammlungen und Museen vorwiegend in privater (Laien-)Hand gelegen[33]. Da es sich bei diesen Einschätzungen um die Bewertung durch Mitarbeiter des deutschen Kunstschutzes handelt, sind sie mit Vorsicht zu betrachten. Die kritische Bewertung der französischen Bodendenkmalpflege kann auch als Rechtfertigung für Ein- und Übergriffe in die französische Bodendenkmalpflege und Archäologie und auf französische Sammlungen gewertet werden, sie verleiht dem archäologischen Kunstschutz auch in der nachträglichen Betrachtung eine Art Scheinlegalität. Das Referat Archäologischer Kunstschutz machte es sich in den folgenden eineinhalb Jahren gleichwohl zur Aufgabe, archäologische Forschung und Sammlungsbewahrung zu strukturieren und zu professionalisieren.

Als erste Maßnahme zum »Schutz« der Objekte und Sammlungen sollte damit begonnen werden, eine Kartei sämtlicher Museen und Privatsammlungen anzulegen, ihre Bestände zu ordnen und zu verzeichnen. Diese Museumskartei, die »durch gründliche und umfassende Reisen« aller Referatsmitarbeiter erstellt wurde, verzeichnete Ende Mai 1941 etwa 450 Museen und Privatsammlungen der nord- und ostfranzösischen Gebiete. Aufgeführt wurden neben »praktische[n] Angaben« (Adresse, Direktor beziehungsweise Sammlungsleiter, Öffnungszeiten) die wesentlichen Bestände in einer zeitlich geordneten Übersicht. Bei der Erfassung der Daten griffen die Mitarbeiter des Referats auch auf Rundfragen der Feldkommandanturen und auf Angaben des »Volksdeutschen Dr. [Jean] Fromols«[34] zurück.

Die Museumsreisen dienten zwei Mitarbeitern auch zugleich zur Materialerfassung für ihre eigenen archäologischen Forschungen: Kimmig zu Funden der Urnenfelderkultur, Schleiermacher zur Besiedlungsgeschichte Nordostfrankreichs. Die Okkupation Frankreichs und der ungehinderte Zugriff auf private und öffentliche Sammlungen erwies sich so als wissenschaftlich ertragreich auch für die persönlichen wissenschaftlichen Karrieren.

Für Eduard Neuffer kann diese Bestandsaufnahme fast als »Fortsetzung« einer Bestandsaufnahme französischer Sammlungen und Funde angesehen werden, die er 1927/28 als Assistent von Paul Jacobsthal am Archäologischen Institut der Universität Marburg begonnen hatte. Gemeinsam mit Jacobsthal und Alexander von Langsdorff hatte Neuffer über Monate hinweg an einer systematischen Erfassung von keltischen Metallobjekten

[28] Ebenda.
[29] Ebenda, S. 46.
[30] Möbius, Referat (Anm. 20) S. 476.
[31] Vgl. dazu Fehr, Germanen (Anm. 17) S. 404–447.
[32] Ebenda.
[33] Vgl. Frank Unruh, »Einsatzbereit und opferwillig«. Drei Wissenschaftler des Rheinischen Landesmuseums Trier im Dienst in den besetzten Westgebieten (Wolfgang Dehn, Wolfgang Kimmig, Harald Koethe), in: Hans-Peter Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus, Trier 2002, S. 151–188, hier S. 173: »Dabei legt Kimmig den Finger auf die wohl tatsächlich in Frankreich vorhandene Wunde einer völlig un- bzw. unterentwickelten staatlichen Bodendenkmalpflege.«
[34] Ebenda, Jean Fromols (1891–1966) war eine schillernde Figur; er kollaborierte als französischer Archäologe eng mit den deutschen Besatzern, vgl. ausführlich Jan Vanmoerkerke, Jean Fromols et l'histoire de l'archéologie champenoise pendant la Seconde Guerre Mondiale, in: Jean-Pierre Legendre (Hrsg.), L'archéologie national-socialiste dans les pays occupés à l'ouest du Reich, Gollion 2007, S. 163–176. Briefe belegen seinen Kontakt mit Oelmann, Neuffer, Kimmig, Werner und Schleiermacher, vgl. ebenda S. 174.

in Frankreich, Spanien und zahlreichen weiteren europäischen Ländern gearbeitet. Diese war die Forschungsgrundlage für die gemeinsame Publikation »Gallia Graeca« von Jacobsthal und Neuffer, die 1933 erschien[35]. Das grundlegende Werk »Early Celtic Art«, welches ebenfalls auf diesen Forschungsreisen und Materialsammlungen basierte, publizierte Jacobsthal erst 1944 in seinem Exil in Oxford. Anhand seines Nachlasses und anhand von Unterlagen aus dem Institutsarchiv in Oxford weisen Crawford und Ulmschneider nach, dass Neuffer auch bei dieser Publikation als Co-Autor gelten kann[36].

Für seine Arbeit im Referat Archäologie konnte er auf bereits vorhandene Kenntnisse von Sammlungen und Museen zurückgreifen, er war mit den vorhandenen Zuständigkeiten bestens vertraut. Auch für seine eigenen Untersuchungen zu vorgeschichtlichen Wallanlagen nutzte Neuffer die Infrastruktur des Referats, dazu später mehr.

Das Anlegen eines Museums- und Objektverzeichnisses im besetzten Frankreich hatte vordergründig den Zweck, eine systematische Grundlage für weitere (deutsche) Forschungen zu bieten. Allerdings verfolgte die Museumskartei 1941 auch ein ganz klar politisches Ziel: Sie sollte dazu dienen, die Objekte der sogenannten »Kümmel-Liste« – Kunstwerke, die als napoleonische Kriegsbeute aus Deutschland nach Frankreich »verschleppt« worden waren – zu identifizieren und eine spätere Rückführung zu ermöglichen. Angestrebt war auch, dass Bodenfunde im nächstgelegenen Museum verwahrt wurden, daher sollten auch Funde aus dem Elsaß und aus Lothringen aus französischen Sammlungen dorthin zurückgebracht werden, unabhängig davon, auf welchem Weg sie in französische Sammlungen gelangt waren. Auch diese Bestrebungen sind im Zusammenhang zu sehen mit der »Rückführung« oder Einverleibung von Elsaß-Lothringen ins Deutsche Reich – spätestens nach Beendigung des Krieges.

Zum Schutz der Bodenfunde wurde im September 1941 von der französischen (Petain-)Regierung ein neues Ausgrabungsgesetz vorgelegt, welches von Neuffer beurteilt wurde. Ziel des Gesetzes war die staatliche Steuerung von Ausgrabungen, die Verhinderung von Raubgrabungen und die Vermeidung von sogenannten Laien-Grabungen. Inwieweit Neuffer den Gesetzesentwurf verändert oder korrigiert hat, ist zwar nicht mehr festzustellen, man kann aber wohl davon ausgehen, dass der Entwurf seinen Vorstellungen und Vorgaben entsprach.

»Erhaltung«

Am 6. März 1941 erließ der deutsche Militärbefehlshaber in Frankreich den Befehl, sämtliche vor- und frühgeschichtlichen Bodenfunde, die bei Erdbewegungen gefunden wurden, zu melden. Selbst Möbius gesteht 1944 ein, »dass der Erfolg gering war«[37]. Die Besatzungstruppen hatten anderes zu tun, als beim Anlegen von Bunker- oder Befestigungsanlagen auf Spuren vorgeschichtlicher Siedlungen zu achten. Beim Ausbau des Atlantikwalls ging man nicht gerade zimperlich vor, so wurden Menhire gesprengt, Megalithbauten »abgebaut«, und »Römerbauten gerieten in Mitleidenschaft«[38]. Immerhin konnte ein Tumulus bei Carnac vor Beschädigungen durch den Einbau eines Bunkers bewahrt werden.

Während also Maßnahmen zum Erhalt französischer (Boden-)Denkmale nicht immer von Erfolg gekrönt waren, konnten die Schritte zur Förderung von wissenschaftlichen Unternehmungen durchaus Erfolge erzielen. Diese Förderung umfasste die Betreuung von deutschen Gelehrten und die umfassende Unterstützung ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf französischem Gebiet; Möbius bezeichnet das Referat gar als »Konsulat der deutschen Archäologie in Frankreich«[39]. Die Unterstützung umfasste neben Reisevorbereitungen, Ausweisbeschaffung und »Beschaffung von Arbeitsmaterial« auch die Verhandlung mit französischen Dienststellen. »Grössere Studienfahrten […], deren mühevolle Vorbereitungen schon weit gediehen waren, mussten infolge der veränderten Lage im Jahre 42 unterbleiben.«[40]

Die Fördermöglichkeiten wurden auch intensiv von Mitarbeitern des Referats selbst genutzt. Neuffer arbeitete an seinem »Atlas der vorgeschichtlichen Befestigungsanlagen« und konnte dabei auf die Unterstützung des Luftflottenkommandos 3 der deutschen Luftwaffe zählen[41]. Nach Vorarbeiten in der Pariser Nationalbibliothek erstellte er eine Liste der »wirklich wichtigen Befestigungsanlagen«, die anschließend besichtigt und auf ihre Eignung für Luftbildaufnahmen geprüft wurden. Dann erfolgte der Auftrag an die Luftwaffe, die Senkrecht- und Schrägaufnahmen anfertigte. Von den etwa dreihundert in Nord- und Ostfrankreich festgestellten wichtigen Anlagen sind etwa fünfundsiebzig fotografiert worden. West- und Mittelfrankreich wurden vorerst nicht erfasst. Die ganze Zeit über nutzte Neuffer seine Position als Mitglied der Militärverwaltung, um zum Beispiel Zugriff auf französische Katasterkarten zu erhalten.

[35] Paul Jacobsthal / Eduard Neuffer, Gallia Graeca. Recherches sur l'hellénisation de la Provence, Paris 1933.
[36] Crawford/ Ulmschneider, Paul Jacobsthal (Anm. 7).
[37] Möbius, Referat (Anm. 20) S. 480.
[38] Ebenda, S. 479.
[39] Ebenda.
[40] Ebenda, S. 480.
[41] »Görings Flieger wurden für die zukunftsweisende fotografische Erkundung von Bodendenkmälern, in diesem Fall vorgeschichtlicher Wallanlagen, aus der Luft eingesetzt.« Vgl. Unruh, Wissenschaftler (Anm. 33) S. 174.

Diese Arbeiten führte Neuffer nach seiner Entlassung aus dem Kunstschutz noch bis zum Oktober 1943 fort. Seine monatlichen oder zweimonatlichen Berichte über diese Tätigkeit sind aufschlussreich, weil er sich in Nebenbemerkungen immer wieder zur Zusammenarbeit mit den Militärdienststellen äußert. Darauf näher einzugehen, ist hier leider nicht der Ort.

Gefördert wurde ebenso die Bearbeitung von fränkischen Grabfunden. Die Zeugnisse für die »Ausbreitung der Germanen des frühen Mittelalters« sind im Zusammenhang mit dem Katalog der Frankenfunde im Rheinland[42] zu sehen. Im Sommer 1942 bereiste Hans Zeiss, ehemaliger Assistent und schließlich Zweiter Direktor der Römisch-Germanischen Kommission, seit 1935 Professor in München, das Gebiet zwischen Seine und Loire und nahm 245 Fundorte auf. Zeiss wurde 1942 eingezogen und fiel 1944 in Rumänien, die Arbeit wurde nicht abgeschlossen[43].

Ein umfangreiches und arbeitsintensives Projekt wurde für das Archäologische Institut des Deutschen Reiches und die Römisch-Germanische Kommission durchgeführt: das Erstellen von Fotokopien der wichtigsten Aufsätze zur Vor- und Frühgeschichte aus den archäologischen Zeitschriften der französischen archäologischen Fachgesellschaften. Denn, so Möbius, »Obwohl dieser Literatur ein stark laienhaftes Element anhaftet, ist sie als Material für die wissenschaftliche Forschung unentbehrlich.«[44]. Diese Kopieraktion wurde mit dreitausend Reichsmark gefördert. Die Bedeutung dieses Projektes war immerhin so groß, dass es auch nach der Auflösung des Kunstschutzes vom 1. Mai 1942 bis 15. März 1943 weitergeführt wurde und vom Deutschen Archäologischen Institut eine Anschlussfinanzierung erreicht wurde. Sechstausend Jahrgänge wurden untersucht, fünfzigtausend Kopien hergestellt. Diese Aufsätze sind heute in der Bibliothek der Römisch-Germanischen Kommission zu finden.

Das Referat unterstützte ferner die Marburger Fotokampagne Richard Hamanns und half bei der Erfassung der römischen Sarkophage und der römischen Mosaiken im Louvre und weiterer Objekte der Antike. Des Weiteren wurden Einzelprojekte gefördert.

Besonders brisant aber ist sicher die Unterstützung, die das Referat für »deutsche Museen und andere Dienststellen«[45] leistete: Da sich »seit der Besetzung auch für Deutschland die Gelegenheit [ergab], den Kunstbesitz des Reiches zu mehren«, half das Referat Archäologie des Kunstschutzes bei allen Ankäufen von Werken des Altertums. Museen wurden »beraten und die Ausfuhr, zugleich unter korrekter Wahrung der deutsch-französischen Vereinbarungen, erleichtert. […] Von dieser Möglichkeit haben besonders die Museen von Berlin, Köln, Bonn, Hamburg, Kassel, Würzburg, München Gebrauch gemacht.«[46]

Diese Art der »Unterstützung« lässt auch die Auskünfte über vorgeschichtliche und archäologische Objekte in Museen und Sammlungen in etwas anderem Licht erscheinen. Das Referat besorgte außerdem für die »deutsche Wissenschaft« Fotografien und fachwissenschaftliche Bücher – auch für die Bibliothek im Rheinischen Landesmuseum.

»Nicht ängstlich sein, sondern immer zugreifen!«

Diese Ermunterung seines Chefs[47] beherzigte Neuffer während seiner Dienstzeit in Paris zweifellos. Am 5. März 1941 wurden in der Bibliothek des Rheinischen Landesmuseums die ersten Bücher mit der Herkunftsbezeichnung »Dr. Neuffer, Paris« inventarisiert. Zwischen 1941 und 1945 finden sich 241 Inventareinträge; 560 Monographien, Bestandskataloge und Zeitschriftenbände verbergen sich dahinter (Abb. 1).

Alle Bände, die zum sogenannten Neuffer-Bestand gezählt werden können, sind inzwischen für die Bearbeitung separat aufgestellt worden, sie wurden retrokatalogisiert, die Titel- und Erwerbungsdaten erfasst und die ersten Exlibris und Provenienzmerkmale fotografiert. Seit kurzem ist der Bibliotheksbestand im GBV nachgewiesen[48], und der Verbund ermöglicht nun auch eine normgerechte und thesaurusgestützte Erfassung der Provenienzen.

Neuffer griff also immer zu! Hilfreich war für ihn sicherlich, dass er aus der erwähnten Bestandsrevision und der Fusion der Bibliotheken des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande und des Museums mit den Beständen der Bibliothek, vor allem auch mit ihren Lücken, bestens vertraut war. So kaufte er zahlreiche Titel zu Archäologie und Numismatik, Bestandskataloge französischer archäologischer Sammlungen, Literatur zu französischer Kunst und Architektur (auch zu antiker Ar-

[42] Vgl. Elke Nieveler, Der sog. Frankenkatalog des Dr. Hermann Stoll im LVR-Landesmuseum Bonn, in: Kunow/Otten/Bemmann, Rheinprovinz (Anm. 13) S. 169–182.

[43] Nach verschiedenen Quellen wurde Zeiss bereits im Mai 1942 eingezogen, die Forschungsreise fand aber erst im »Sommer 1942« statt. Ob sich Neuffer in seinem Monatsbericht geirrt hat oder ob Zeiss doch erst später eingezogen wurde, ist unklar.

[44] Möbius, Referat (Anm. 20) S. 481.

[45] Ebenda, S. 483.

[46] Ebenda.

[47] Zu diesem Schreiben vgl. Anm. 51.

[48] https://vzlbs3.gbv.de/DB=15/.

[49] Helene Weidler betreute seit 1937 die Bibliothek.

[50] Zu Apffelstaedt siehe Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Kunow/Otten/Bemmann, Rheinprovinz (Anm. 13) S. 49–65.

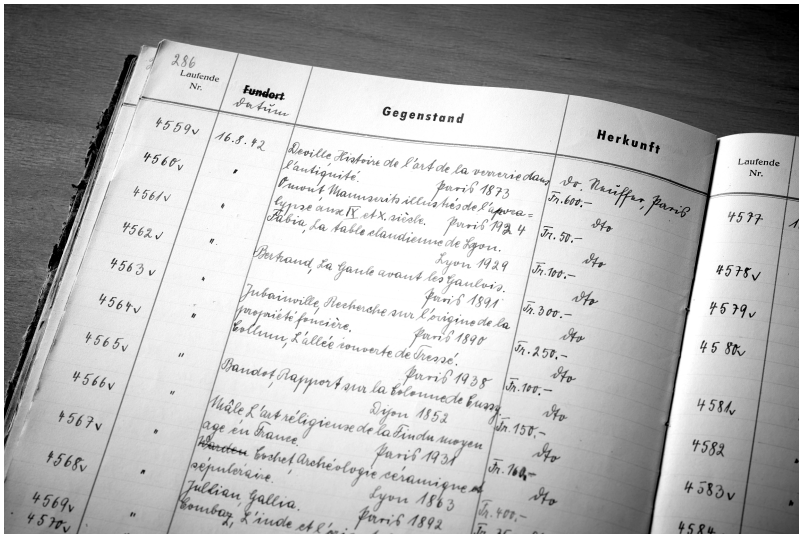

Abb . 1 Inventarbuch der Bibliothek des Provinzialmuseums Bonn 1878–1944, S. 286. Ankauf von achtundzwanzig Büchern durch Eduard Neuffer, eingetragen am 16. August 1942.

chitektur), aber auch achtzig Jahrgänge archäologischer Zeitschriften, viele aus dem neunzehnten Jahrhundert.

Wenn er nicht sicher war, ob ein Titel nicht doch schon vorhanden war, fragte er bei Oelmann oder bei der Bibliothekarin Helene Weidler[49] nach. Er erhielt auch »Wunschlisten« von beiden.

Neuffer wurde regelmäßig mit Devisen ausgestattet. Überbringer des Geldes war neben anderen auch Hans-Joachim Apffelstaedt[50]: »Im übrigen sehen Sie ihn ja Anfang nächster Woche persönlich«, schreibt Oelmann am 13. Februar 1941, »er will Ihnen dann 1500,-- M bezw. den entsprechenden Frankenbetrag in bar aushändigen, damit Sie ohne Umstände kaufen können.«[51], und weiter: »Bei kleineren Objekten soll man natürlich nicht ängstlich sein, sondern immer zugreifen. Ich bin froh, dass Sie die Bücher von Baudot[52] usw. überhaupt bekommen haben, und lege Ihnen eine weitere Wunschliste bei. Es folgt noch eine Liste neuerer Literatur, die voraussichtlich noch im Neubuchhandel zu haben ist (für den Fall, dass der Betrag für Antiquaria nicht verbraucht wird, doch müßten letztere natürlich vorgehen). […] Mit den besten Grüßen und Heil Hitler! Ihr Oelmann«

Neuffer kaufte und rechnete regelmäßig die Beträge mit dem Museum beziehungsweise mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz ab, der die Devisenauszahlung in Berlin genehmigen lassen musste. Nach den bisher ausgewerteten Unterlagen kaufte Neuffer für etwa 5.223 Reichsmark wissenschaftliche Literatur. Verglichen mit den Beträgen, die zur gleichen Zeit für Kunstwerke ausgegeben werden, ist dies eine eher bescheidene Summe. Verglichen aber mit dem Etat, der normalerweise für Bücherankäufe zur Verfügung stand, sind die über fünftausend Reichsmark ein Vermögen.

Im Folgenden sollen fünf ausgewählte Titel aus dem Bestand der Bibliothek vorgestellt werden, die exemplarisch für die verschiedenen Probleme stehen, die bei der Klärung der Provenienzen auftreten.

Die »Monnaies féodales de France« von Faustin Poey d'Avant, erschienen zwischen 1858 und 1862. Dieses dreibändige Werk kaufte Neuffer im April 1941 bei der Librairie Droz[53]. Es scheint eine »Bestellung« beziehungsweise ein Buchwunsch Wilhelmine Hagens gewesen zu sein. Neuffer schreibt in einem Brief an Oelmann am 9. April 1941: »Lieber Herr Ölmann! Heute habe ich folgende zwei Werke gekauft: A. Engel – E. Lehr: Numismatique d'Alsace, 46 Taf., Paris 1887 für RM 24,– Poey d'Avant, Monnaies feodales de France, Bd. 1–4, 164 Taf. 1858–62 für 55,– Mark. Hiersemann verlangte für diese Werke, wie mir Frl. Hagen am 20. März schrieb, 90,– bzw. 240,– Mark.«[54]

Dieses Zitat ist in zweierlei Hinsicht interessant: Zum einen zeigt es, dass Neuffer gezielt kauft und Buchwün-

[51] Archiv des Landschaftsverbands Rheinland (im Folgenden: ALVR) Akte 53796, Brief vom 13.02.1941 Oelmann an Kriegsverwaltungsrat Dr. Neuffer, Feldpost-Nr. 06661.

[52] (1) Henri Baudot, Rapport sur les découvertes archéologiques faites aux sources de la Seine, Dijon 1845, erworben am 22.04.1941 für 35 Francs bei Alphonse Margraff, Paris, Inv. 3881. – (2) Ders., Mémoire sur les sépultures des barbares de l'époque Mérovingienne, découvertes en Bourgogne, et particulièrement à Charnay: illustré de gravures en bois et d'un grand nombre de planches exécutées en cromolithographie d'après les dessins de l'auteur, Dijon 1860, erworben am 26.02.1941 für 460 Francs bei Droz, Paris, Inv. 3807.

[53] Faustin Poey d'Avant, Monnaies féodales de France, Paris 1858–1862, erworben am 09.04.1941 für 1100 Francs, Inv. 3879. Neuffer schreibt in seinem Brief von »Bd. 1–4«, die Liste, die für die Abrechnung erstellt wurde, verzeichnet allerdings nur Bände 1–3, ALVR, Akte 22790.

[54] Wie Anm. 51.

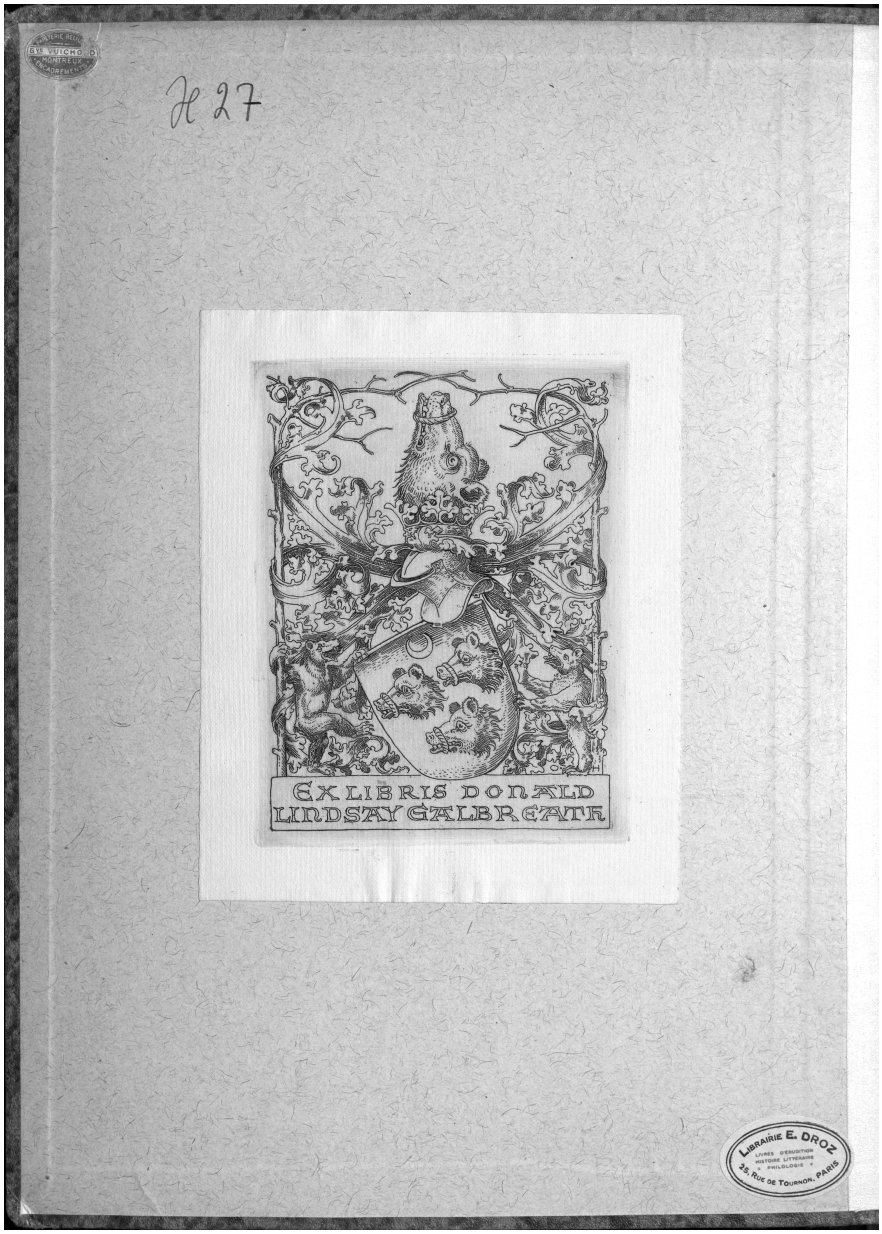

Abb. 2 Marius Besson, L'Eglise de la bible von 1927, Exemplar der Bibliothek des Bonner Landesmuseums, erworben von Eduard Neuffer in Paris; mit Exlibris der Vorbesitzer.

sche von Kollegen erfüllt – in diesem Fall einen von Wilhelmine Hagen[55]. Zum zweiten stellt Neuffer einen konkreten Preisvergleich an: Die Buchhandlung Clément Platt in Paris ist preiswerter als die Buchhandlung Hiersemann in Leipzig. Mit umgerechnet vierundzwanzig statt neunzig Reichsmark für die »Numismatique d'Alsace« und fünfundfünfzig statt zweihundertvierzig Reichsmark für die »Monnaies feodales« zahlte Neuffer in Paris nur etwa ein Viertel des in Deutschland geforderten Preises.

Der Verdacht, dass sich im besetzten Paris »günstige Gelegenheiten« boten, die tatkräftig genutzt wurden, ist also nicht ganz unbegründet. Inwieweit diese »günstigen Gelegenheiten« forciert wurden, Zwangslagen geschaffen wurden, Druck ausgeübt wurde, ist schwer festzustellen. Erworben hat Neuffer die Bücher bei Clément Platt in der Rue des Petits-Champs, wie die Abrechnungsliste vermerkt. In den Bänden der »Monnaies féodales« finden sich keine Händleretiketten oder -stempel des verkaufenden Antiquariats. Doch gibt es im Innendeckel ein Etikett von »J. Pitois, 7 Rue St. Nicholas, Chatillon s/ Seine, Cote d'Or: Reliure Dorure et encadrements«. Auf welche Weise die Bücher von Chatillon nach Paris gelangten, bleibt unklar. Sicher ist aber, dass Neuffer sie zu einem sehr vorteilhaften Preis erwerben konnte.

Der zweite Titel »Recherche des Antiquités et curiosités de la Ville de Lyon« von Jacob Spon wurde in der Librairie Droz, 25 Rue de Tournon in Paris erworben[56]. Es handelt sich um einen 1857 erschienenen Reprint des 1673 erschienenen Werkes. Die Librairie Droz war Neuffers bevorzugte Buchhandlung, sowohl für aktuelle Fachliteratur als auch für antiquarische Erwerbungen. Sie wurde 1924 von Eugenie Droz, einer Schweizer Literaturwissenschaftlerin, in

Paris gegründet, 1947 verlegte sie ihre Buchhandlung nach Genf[57]. Woher die Buchhandlung ihre antiquarischen Bücher bezog, kann nicht mehr geklärt werden. Alle von ihr verkauften Bände wurden üblicherweise mit einem Etikett »Librairie E. Droz Paris« ausgestattet.

Der Arzt und Archäologe Spon (1647–1685) beschäftigte sich vorrangig mit der griechischen Antike und bereiste 1675/76 das von den Osmanen besetzte Griechenland. Vorher hatte er diese vorliegende Untersuchung zu archäologischen Funden und Befunden in seiner Heimatstadt verfasst.

Unsere Ausgabe ist deshalb so interessant, weil in ihr zwei faksimilierte Briefe mit eingebunden wurden. Der erste gibt ein Schreiben von Spon wieder, welches sich im Original ebenfalls in einem Exemplar der »Recherches« in der Staatsbibliothek Berlin befindet. Darin schreibt Spon »A Monfreur [sic] L'Abbé Nicaise à Dijon«.

Bei dem zweiten Faksimile handelt es sich um einen Brief vom 31. August 1858, der an einen »Cher Monsieur Yessenir« gerichtet ist. Der Adressat des Briefes ist zugleich auch der Vorbesitzer, dessen Exlibris beziehungsweise Etikett auf dem Vorblatt zu finden ist. Dieser Vorbesitzer konnte bisher nicht eindeutig identifiziert werden. »LUG DUN« verweist auf Lugdunum, die lateinische Bezeichnung für Lyon. Ob die Zählung »3315« den Band 3315 aus einer Sammlung von Büchern zur Stadtgeschichte bezeichnet oder eine Inventarnummer ist, ist noch ungeklärt. Auch die Deutung des zweiten Etiketts ist offen. Beide konnten bislang nicht in den Exlibris-Sammlungen der entsprechenden Datenbanken nachgewiesen werden[58].

Beim nächsten Buch kann das Exlibris einem Vorbesitzer eindeutig zugeordnet werden: »L'Eglise et la bible« von Marius Besson, erschienen 1927, wurde am 14. April 1942 bei Droz gekauft. Der Preis betrug vierhundert Franc, umgerechnet also etwa zwanzig Reichsmark[59]. Im Buch finden sich zwei Provenienzmerkmale: eines zu »Gustave Vuichoud, Montreux« und ein Exlibris von Donald Lindsay Galbreath (Abb. 2). Während Gustave Vuichoud lediglich als Vorbesitzer festgestellt werden kann, ist Donald Lindsay Galbreath leicht zu identifizieren: ein US-Amerikaner, der als Zahnarzt seit 1910 eine Praxis in Montreux betrieb und sich als Heraldiker einen Namen machte[60]. Leider ist nicht zu ermitteln, wer von beiden das Buch zuerst besaß und wer es an die Librairie Droz veräußerte.

Das »Inventaire Archéologique« von Fortuné Parenteau von 1878 übernahm Neuffer am 11. Juni 1941 von Wolfgang Kimmig[61]. Er habe es, so schreibt er, zu einem »Spottpreis« von fünfunddreißig Franc erworben, umgerechnet also etwa 1,75 Reichsmark. Das Buch weist keinerlei Provenienzmerkmale auf: kein Etikett, kein Namenszug, kein Exlibris. Zu fragen ist, wie Kimmig an diesen Titel gelangt ist. Hat er es bei einer seiner Dienstreisen »mitgebracht« beziehungsweise erworben? Es gibt dazu keine weiteren Informationen; die Herkunft dieses Bandes ist damit weitgehend ungeklärt. Von Kimmig erwarb Neuffer fünf weitere Werke, und auch von Werner, Schleiermacher, von Schönebeck und Muthmann erhielt Neuffer je einen Titel für die Bibliothek des Landesmuseums. Während er von Kimmig vor allem Bestandskataloge französischer Sammlungen erhielt, kaufte er von Schleiermacher[62] und Werner[63] zahlreiche Zeitschriftenbände. Die Preise sind sehr moderat, da jedoch die ursprüngliche Quelle dieser Ankäufe nicht bekannt ist, bleiben alle Überlegungen dazu spekulativ.

Den Band »Rapport sur les Découvertes archéologiques faites aux sources de la Seine« von Henri Baudot von 1845 kaufte Neuffer am 22. April 1941 bei Alphonse Margraff in Paris für fünfunddreißig Francs.[64] Ein erstes Exlibris verweist auf den Vorbesitzer »E. Mareuse«. Es ist so individuell gestaltet, dass es leicht zuzuordnen ist: Edgar Mareuse (1848–1926) war Historiker und Archäologe, das Exlibris wurde von Adolphe Lalauze gestaltet. Die Bibliothek von Mareuse wurde 1928 verkauft, die Titel in zwei umfangreichen Katalogen vom Antiquariat Gougy in Paris angeboten[65].

Ein zweites Exlibris in diesem Buch wirft weitere Fragen auf: »Ex libris Germain«. Es zeigt eine französische Lilie und die Buchstaben B A P S T in einem C (oder G?)[66]. War ein gewisser Germain der erste Besitzer des Buches? Oder kaufte er es bei der Versteigerung 1928? Wie gelangte es dann zu Margraff? Denkbar wäre auch, dass erst »Germain«, dann Mareuse das Buch besaß und es bei

[55] Wilhelmine Hagen (1910–1996), seit 1935 Numismatikerin und Kustodin am Rheinischen Landesmuseum; vgl. Widmann, Museum (Anm. 13), S. 160 f.

[56] Erworben am 17.02.1942 für 180 Francs, Inv. 4552.

[57] Die Buchhandlung existiert heute noch, alle Unterlagen aus der Pariser Zeit sind verlorengegangen (Auskunft des Inhabers).

[58] Vgl. dazu z. B. das Verzeichnis der Exlibris im Provenienz-Wiki der GBV-Bibliotheken https://provenienz.gbv.de/Kategorie:Exlibris.

[59] Inv. 4537.

[60] Donald Lindsay Galbreath (1884–1949), vgl. Historisches Lexikon der Schweiz, darin: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D31596.php.

[61] Inv. 4107.

[62] Bulletin de la Société des Sciences historiques et naturelles de Semur. Band 13 (1876); 15 (1878); 2. Ser. Band 1 (1884); 2 (1885); 35 (1906/1907); 36 (1908/1909); 37/38 (1910–1922), erworben am 15.03.1941 bei Wilhelm Schleiermacher für 95 Francs, Inv. 4095.

[63] Bulletin de la Société d'études diverses de l'arrondissement de Louviers. Band 2 (1894); 3 (1895); 4 (1897); 8 (1904); 12 (1909/1910); 13 (1911); 14 (1912); 15 (1914–1919); 18 (1925), erworben am 03.04.1941 bei Joachim Werner, für 40 Francs, Inv. 4093.

[64] Inv. 3881.

[65] Catalogue de la bibliothèque de M. Edgar Mareuse. Paris, Gougy. Band 1 Histoire de Paris et de ses environs, 10.–28.12.1928; Band 2 Histoire de la France et de ses provinces, 29.5.–12.6.1926.

der Verkaufsaktion 1928/29 nicht verkauft wurde. Gougy, der den Nachlass von Edgar Mareuse veräußert hatte, starb 1931, doch die Bestände seines Antiquariats könnten von weiteren Antiquaren übernommen worden sein.

Offene Fragen statt eines Fazits

Diese Fragen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten der Provenienzforschung in Bibliotheken. Untersucht werden hier nicht unikale Kunstwerke, die in der Regel eindeutig identifiziert werden können, sondern Bücher, die nur in seltenen Fällen Einzelstücke, sondern in der Regel in einer Auflage von zumindest einigen Hundert Exemplaren erschienen sind. Eine eindeutige Zuordnung zu einem Vorbesitzer ist nur möglich, wenn dieser Besitzkennzeichen wie Exlibris, Autographen, Stempel oder Ähnliches hinterlassen hat. Und auch dann ist der Weg des Buches oft nicht lückenlos rekonstruierbar, was die Bewertung, ob es sich nun um Raubgut handelt oder nicht, schwierig macht.

Eduard Neuffer kaufte also für die Bibliothek des Provinzialmuseums Bonn in seiner Zeit beim Archäologischen Kunstschutz vom 27. November 1940 bis zum 17. Juli 1942 und auch im folgenden Jahr, während er weiter an seinem Luftbildatlas arbeitete, mindestens 560 Bücher und Zeitschriftenbände.

Eine bibliotheksinterne Liste, die für den Abgleich der Bücherlieferungen und der Abrechnungen erstellt wurde, gibt zwar neunzehn verschiedene Adressen von Buchhändlern und Antiquaren in Paris, dazu je eine in Reims, Dijon, Marseille und Brüssel an. Doch mit Abstand die meisten Titel erwarb Neuffer bei Droz in Paris. Hauptsächlich kaufte er französische Fachliteratur des neunzehnten Jahrhunderts, zu fast gleichen Teilen archäologische und kunsthistorische Titel. Kaufdaten und -preise sind bekannt, in einigen Büchern finden sich Exlibris oder Etiketten von Vorbesitzern, die sich, wie oben gezeigt wurde, nicht alle eindeutig identifizieren lassen. Doch während der Weg der Bücher vom Händler zur Bibliothek eindeutig geklärt ist und Kaufdaten und Preise feststehen, so liegt der Weg von den jeweiligen Vorbesitzern in die Antiquariate noch weitgehend im Dunklen. Es bleibt zu hoffen, dass weitere Nachforschungen in französischen Archiven den ein oder anderen Aspekt beleuchten werden.

Ist es möglich, diese Erwerbungen moralisch zu bewerten? Und ist es nötig? Neuffer hat für die Bibliothek des Landesmuseums Bonn bei Händlern zu äußerst günstigen Preisen gekauft und auch bei Kollegen aus dem Kunstschutz antiquarische, seltene Titel zu Preisen gekauft, die man vorsichtig als symbolische Preise bezeichnen könnte.

Woher diese Bücher stammen, ob aus Beschlagnahmungen, erzwungenen Abgaben oder »ganz normalen« Antiquariatskäufen der Kollegen, ist zurzeit ungeklärt. Der Verdacht liegt nahe, dass für Neuffer die Kaufumstände unerheblich waren: Er war vor allem als Wissenschaftler daran interessiert, die viel zitierten »günstigen Gelegenheiten« im eigenen Forschungsinteresse und im Interesse »seiner« Bibliothek zu nutzen und zielgerichtet Fachliteratur zu erwerben, die im Bestand noch fehlte.

Die deutsche Besatzung bot diese »günstigen Gelegenheiten«: ein für die Besatzer vorteilhafter Devisenkurs, dazu die Möglichkeit, Strukturen nach eigenem Gutdünken zu schaffen, sogar in die Gesetzgebung eingreifen zu können, schließlich auch Zugriff auf französische Archive und verwaltungsinterne Dokumente wie zum Beispiel Katasterkarten zu haben. Als Mitglied der deutschen Militärverwaltung traten die Mitarbeiter zudem meist in Uniform auf. Damit – ob gewollt oder ungewollt – spielten sie die Machtposition als Angehörige der Besatzungsarmee aus.

Zugutehalten könnte man Neuffer, dass er nicht beliebige Massen archäologischer oder kunsthistorischer Werke erwarb, sondern gezielt auswählte. Wie oben gezeigt, erwarb er neben antiquarischen Titeln des neunzehnten Jahrhunderts, die auch 1942 schon rar und wertvoll waren, auch zahlreiche Bände archäologischer Fachzeitschriften verschiedener französischer archäologischer Gesellschaften, die in Deutschland nur schwer erhältlich gewesen sein dürften. Dennoch dürfen Neuffers möglicherweise fachwissenschaftliche Motive nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Bestand aus heutiger Sicht auf fragwürdige Weise in unsere Bibliothek gelangt ist.

Wir haben damit einen Bestand an Literatur in unserer Bibliothek, der zurzeit noch mehr Fragen aufwirft, als er beantwortet. Wenn wir die Verpflichtungen ernst nehmen, zu denen Deutschland sich mit der Washingtoner Erklärung von 1998 bekannt hat, müssen wir uns bemühen, diese als fragwürdig empfundenen Erwerbungsumstände so weit wie möglich zu klären und die Ergebnisse zu dokumentieren[67]. Die bisher vorgelegten Resultate sind nur ein Schritt in diese Richtung, weitere werden folgen.

Susanne Haendschke M. A., Bibliothek des
LVR-Landesmuseums Bonn, Bachstraße 9, 53115 Bonn,
susanne.haendschke@lvr.de

[66] Nicht in https://provenienz.gbv.de.

[67] Es gibt weitere Bestände in der Bibliothek, die näher betrachtet werden müssen, etwa solche mit der Herkunft »Geschenk Dr. Rademacher«, »Geschenke«, die erst nach 1945 inventarisiert wurden, Bände, die Frau Neuffer 1955 der Bibliothek verkauft hat (private Bestände französischer Literatur) sowie die Bestände des Altertumsvereins.

Bildrechte. LMB, Ausführung Jürgen Vogel.

Summary. Archaeologist Eduard Neuffer first worked as a scientific assistant at the Rheinisches Landesmuseum from 1931 and then headed it as its director from 1949. During the Nazi era he was initially entrusted with the restructuring of the museum library, which was expanded into a specialist library for pre- and early-historic archaeology. When in 1940 he accepted the position of head of the department »Pre- and Early History and Archaeology« at the Kunstschutz in Paris, he used the opportunity to buy older books for the Bonn Museum cheaply from antiquarians or private individuals in the occupied country. The designation of origin »Dr. Neuffer, Paris« is given to those volumes he had acquired for thematic reasons or at the request of his Bonn colleagues. With most books, it is no longer possible to determine to whom they belonged and whether they come from forced sales below value. Neuffer took advantage of the »favourable opportunities« regardless of such questions.

Résumé. L'archéologue Eduard Neuffer d'abord travailla comme assistant scientifique au Rheinisches Landesmuseum (musée régional de Rhenanie) à partir de 1931, puis le dirigea à partir de 1949 comme son directeur. A l'époque nazie, on lui confia d'abord la restructuration de la bibliothèque du musée, qui se développa en une bibliothèque spécialisée en archéologie préhistorique et protohistorique. En acceptant le poste de chef du département »Vor- und Frühgeschichte und Archäologie« (préhistoire et protohistoire et archéologie) au Kunstschutz à Paris en 1940, il sauta sur l'occasion d'acheter des livres anciens et bon marché pour le musée de Bonn chez des bouquinistes ou des personnes privées dans le pays occupé. L'indication de provenance »Dr. Neuffer, Paris« désigne les volumes qu'il acquit pour des raisons thématiques ou à la demande de ses collègues de Bonn. Avec la plupart des livres, il n'est plus possible de déterminer à qui ils appartenaient et s'ils proviennent de ventes forcées en dessous de leur valeur. Neuffer profita des »occasions favorables« sans tenir compte de telles questions.

Resümee. Der Archäologe Eduard Neuffer arbeitete seit 1931 zunächst als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Rheinischen Landesmuseum und leitete es schließlich von 1949 an als Direktor. In der NS-Zeit war er zunächst mit der Umstrukturierung der Museumsbibliothek betraut, die zu einer Fachbibliothek für vor- und frühgeschichtliche Archäologie ausgebaut wurde. Als er 1940 die Leitung des Referats »Vor- und Frühgeschichte und Archäologie« beim Kunstschutz in Paris annahm, nutzte er die Gelegenheit, im besetzten Land bei Antiquariaten oder Privatpersonen billig ältere Bücher fürs Bonner Museum zu kaufen. Mit der Herkunftsbezeichnung »Dr. Neuffer, Paris« sind diejenigen Bände versehen, die er aus thematischen Gründen oder auf Wunsch seiner Bonner Kollegen erwarb. Bei den meisten Büchern kann nicht mehr festgestellt werden, wem sie zuvor gehörten und ob sie aus erzwungenen Verkäufen unter Wert stammen. Neuffer nutzte die »günstigen Gelegenheiten« ohne Rücksicht auf solche Fragen.

Johannes Gramlich

»Die Aufteilung der Beute«

Die Sammlung Fritz Thyssen und die Museen der Rhein-Ruhr-Region im Nationalsozialismus

Verschiedene Mitglieder der Industriellenfamilie Thyssen haben im Laufe des 20. Jahrhunderts bedeutende, teils international ausstrahlende Kunstsammlungen aufgebaut. Die bekannteste davon geht auf Heinrich Thyssen-Bornemisza (1875–1947) zurück, einen Sohn des Firmengründers August Thyssen (1842–1926). Seit den zwanziger Jahren trug er eine umfassende Kollektion alter Meister zusammen, die sein Sohn Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza (1921–2002) seit den fünfziger Jahren aus- und umbaute und um Werke der Moderne ergänzte. Heute sind die betreffenden Werke im ›Museo Thyssen-Bornemisza‹ in Madrid zu sehen. Doch auch der ältere Bruder von Heinrich Thyssen-Bornemisza, Fritz Thyssen (1873–1951), befasste sich intensiv mit Werken der bildenden Kunst und ihrem Markt, ging mit seiner Sammlung aber zeitlebens nicht an die Öffentlichkeit. Als politisch ambitionierter Großunternehmer erlangte Fritz Thyssen dennoch erheblich größere Bekanntheit als sein Bruder, eine Bekanntheit, die er schon vor 1933 dazu nutzte, den Nationalsozialismus öffentlich zu propagieren. Sein Verhältnis zu den Nationalsozialisten kühlte im Lauf der dreißiger Jahre allerdings sukzessive ab, ehe es 1939 zum endgültigen Bruch kam, in dessen Folge Thyssens gesamtes Vermögen konfisziert wurde. Die Kunstwerke wurden im Anschluss an die Beschlagnahme auf verschiedene Museen der Rhein-Ruhr-Region verteilt, darunter das Rheinische Landesmuseum in Bonn. Die Museen waren in diesem Zusammenhang nicht nur passive Nutznießer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Enteignungspolitik, sondern neben politischen Organen und Funktionsträgern aktiv an der Übernahme von Thyssens Vermögen beteiligt. Der Vorgang illustriert folglich, dass auch die Museen, deren Vertreter sich nach Kriegsende gerne als unpolitische Verehrer des Wahren und Schönen inszenierten, in die ökonomische Existenzvernichtung unliebsamer Personen involviert waren und diesen Prozess eigeninteressiert vorantrieben.[1]

Fritz Thyssen als Kunstsammler

Fritz Thyssen wurde als ältester Sohn des industriellen Firmengründers August Thyssen und dessen Frau Hedwig (1878–1960) im November 1873 in Styrum geboren, das seit 1910 zu Mülheim an der Ruhr gehört. Nach den Konventionen der Zeit war er als erstgeborener Sohn mehr als seine beiden jüngeren Brüder August jr. (1874–1943) und Heinrich dafür prädestiniert, in die Fußstapfen des Vaters zu treten. Folglich wurde Fritz Thyssen schon früh auf eine unternehmerische Karriere vorbereitet und aktiv in die Firmen des Vaters eingebunden. Im Gegensatz zu seinem Bruder Heinrich Thyssen-Bornemisza, der in Ungarn, den Niederlanden und der Schweiz lebte, blieb Fritz Thyssen auch räumlich dem Ruhrgebiet und damit dem Umfeld seines Vaters verbunden. Im beruflichen Alltag blieb ihm allerdings genug Zeit, um sich, anders als August Thyssen, durchaus ambitioniert auch mit der Kunstwelt und den schönen Künsten zu beschäftigen. Die geschichtswissenschaftliche Forschung er-

Das Zitat in der Überschrift nach: Brief Hans Joachim Apffelstaedt an Karl Eugen Dellenbusch, 12.01.1940, Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (künftig: ALVR) 11429.

[1] Mit Blick auf die »Arisierung« von Vermögenswerten in jüdischem Eigentum betont die Forschung in diesem Sinne, dass die ökonomische Existenzvernichtung jüdischen Lebens in Deutschland nicht nur ein politischer, sondern auch ein gesellschaftlicher Prozess war, an dem große Teile der deutschen Bevölkerung partizipierten; vgl. Frank Bajohr, »Arisierung« als gesellschaftlicher Prozess. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und »arischer« Erwerber, in: Peter Hayes / Irmtrud Wojak (Hrsg.), »Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt am Main und New York 2000, S. 15–30.

kennt hier ein verbreitetes Handlungsmuster, nach dem die Nachfahren der zu Reichtum gekommenen Unternehmer oftmals darum bemüht gewesen sind, das erwirtschaftete ökonomische Kapital zunehmend in kulturelles Kapital umzuwandeln.[2] Fritz Thyssens kulturelles Engagement und seine Aktivitäten auf dem Kunstmarkt lassen sich allerdings nur fragmentarisch rekonstruieren, da ein persönlicher Nachlass nicht überliefert ist.

Erkennbar ist, dass der Aufbau seiner Kunstsammlung eng mit der häuslichen Sphäre verbunden war; die Kunstwerke dienten der Ausstattung des standesgemäßen Wohnsitzes in Mülheim an der Ruhr, den Fritz und seine Ehefrau Amélie Thyssen (1877–1965) um das Jahr 1910 herum bezogen. Da großbürgerliche Villen immer auch Orte der Geselligkeit und gesellschaftlichen Zusammenkünfte des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeldes waren, fungierte das kunstvolle Interieur hier vor allem als ein Mittel zur sozialen Repräsentation, das in wirtschaftsbürgerlichen Haushalten zunehmend zum unverzichtbaren Standard gehörte. Fritz Thyssen selbst äußerte, dass »ich gar keinen Wert darauf lege, dass über m[eine] Bilder gesprochen wird, da sie lediglich zum Schmuck einer Wohnung dienen und nicht zur Besichtigung von Fremden«.[3] Hier zeigt sich ein zentraler Unterschied zu seinem jüngeren Bruder Heinrich Thyssen-Bornemisza, der in den zwanziger Jahren gezielt damit begann, eine museale Sammlung aufzubauen, die er in der Neuen Pinakothek in München 1930 erstmals öffentlich präsentierte.[4]

Obwohl die Präsentation nur in privatem Rahmen stattfand, waren Fritz Thyssens Aktivitäten auf dem Kunstmarkt äußerst anspruchsvoll; er begnügte sich zu keiner Zeit mit dem Status quo, sondern war bis zur Beschlagnahme seines Vermögens 1939 stetig darum bemüht, seine Sammlung auszubauen und zu verbessern. Dabei agierte er eigenständig, ohne einen festen Berater; das notwendige Know-how eignete er sich im Selbststudium an, indem er kunsthistorische Literatur und Kunstzeitschriften studierte. Sein wichtigster kultureller Bezugspunkt war um die Jahrhundertwende Düsseldorf. In der Folgezeit kaufte er vermehrt auch auf den großen Kunsthandelsplätzen in Berlin und vor allem in München ein. Bis 1939 hatte Fritz Thyssen über siebzig Gemälde alter Meister zusammengetragen – darunter Werke von Frans Hals, Rembrandt, Peter Paul Rubens und Carl Spitzweg; außerdem sammelte er Porzellan, Tapisserien und Skulpturen. Die Kollektion – und folglich die Ausstattung seines Landhauses – war insgesamt sehr christlich-konservativ geprägt. Für die Kunst der Moderne konnte er sich wie sein Bruder Heinrich Thyssen-Bornemisza nicht begeistern.[5]

Fritz Thyssen im nationalsozialistischen Machtgefüge

In diesem Setting empfing Fritz Thyssen Gäste aus Wirtschaft, Industrie und Politik, darunter führende Nationalsozialisten wie Adolf Hitler und Hermann Göring, mit denen er vertrauten Umgang pflegte.[6] Seine Ablehnung der Reparationspläne und der Weimarer Demokratie hatten ihn in den zwanziger Jahren weit nach rechts rücken lassen. Engagierte er sich zunächst für die ›Deutschnationale Volkspartei‹, trat er zunehmend offen und wirkmächtig für die NSDAP ein. Im Jahr 1930 förderte er die Errichtung der NSDAP-Parteizentrale in München finanziell. Auch Hermann Göring ließ er finanzielle Zuwendungen zukommen, unter anderem, um ihm einen repräsentativen Lebensstil zu ermöglichen. Öffentliche Breitenwirkung erzielte eine Tischrede, die Thyssen im Januar 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club hielt; darin unterstützte er die vorangegangen Ausführungen Hitlers, ehe er mit den Worten »Heil, Herr Hitler!« endete. In der Folge war Thyssens Nähe zum Nationalsozialismus ein gängiges Thema in der Presse, das regelmäßige Treffen des Industriellen mit Vertretern der NS-Elite, aber auch weitere Reden und eigene Zeitungsartikel befeuerten. Am 7. Juli 1933 trat Fritz Thyssen der NSDAP bei, seine Frau Amélie war diesen Schritt bereits am 1. März 1931 gegangen.[7] Dass Thyssen im Juli 1933 von Göring zum Preußischen Staatsrat auf Lebenszeit berufen wurde und im November 1933 ein Mandat als Reichstagsabgeordneter erhielt, unterstreicht seine Bedeutung für die sich konsolidierende nationalsozialistische Herrschaft, wenngleich diesen Ämtern kaum praktische Relevanz zukam.[8]

[2] Sven Kuhrau, Der Kunstsammler im Kaiserreich. Kunst und Repräsentation in der Berliner Privatsammlerkultur, Kiel 2005, S. 65.

[3] Brief von Fritz Thyssen an Julius Böhler, 21.08.1938 (hervorgehoben die Worte »gar keinen«), Bayerisches Wirtschaftsarchiv, Julius Böhler Kunsthandlung, F 43/22.

[4] Johannes Gramlich, »Jedem der Experten einen Judenhut aufstülpen«. Der ›Expertisenkrieg‹ und die ›Sammlung Schloss Rohoncz‹ in der Neuen Pinakothek 1930, in: Jahresbericht der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen 2017 (hrsg. von Bernhard Maaz), München 2018, S. 182–192 (online unter https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/artdok/6067/).

[5] Zu Fritz Thyssens Aktivitäten auf dem Kunstmarkt vgl. Johannes Gramlich, Die Thyssens als Kunstsammler. Investition und symbolisches Kapital (1900–1970), Paderborn 2015.

[6] Simone Derix, Die Thyssens. Familie und Vermögen, Paderborn 2016, S. 170 f.; Gramlich, Die Thyssens (Anm. 5) S. 169–174.

[7] Felix de Taillez, Zwei Bürgerleben in der Öffentlichkeit. Die Brüder Fritz Thyssen und Heinrich Thyssen-Bornemisza, Paderborn 2017, S. 327.

[8] Zu Fritz Thyssen und seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus vgl. Günter Brakelmann, Zwischen Mitschuld und Widerstand. Fritz Thyssen und der Nationalsozialismus, Essen 2010; de Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 299–376.

Thyssens politische Ambitionen zielten vor allem auf einen Umbau des deutschen Wirtschaftssystems im Sinne der katholischen Ständelehre. Für die Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Absichten setzte er auf regionaler Ebene an und nutzte seine gute Bekanntschaft zum Essener Gauleiter und Oberpräsidenten der Rheinprovinz Josef Terboven, der seinerseits ein Vertrauensmann Hermann Görings war. Terboven hielt Thyssen für kompetent in wirtschaftspolitischen Fragen und protegierte den Industriellen auf höchster politischer Ebene.[9] Dass Thyssen der Hochzeit des Gauleiters im Sommer 1934 neben Hitler, Göring und anderen NS-Größen beiwohnte, war Ausdruck der besonderen »Dreierverbindung Göring – Terboven – Thyssen« und dokumentiert seine Nähe zum Regime insgesamt.[10]

Über die politischen und wirtschaftlichen Kreise hinaus suchte Thyssen Anschluss an die Kunst- und Kulturwelt seines nationalen und regionalen Umfelds. Seit 1927 war er im Ausschuss des ›Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik‹ in München tätig. Dem ›Deutschen Archäologischen Institut‹ in Rom ließ er seit 1928 jährliche Zahlungen zukommen. Im Mai 1933 wurde er zum Senator der ›Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften‹ in Berlin ernannt. Dem Vorstandsrat des ›Hauses der Deutschen Kunst‹ in München, dem bedeutenden Prestigeprojekt der Nationalsozialisten auf kulturpolitischem Gebiet, gehörte er seit 1934 an. Umfassende ideelle oder finanzielle Aktivitäten entfaltete Thyssen in diesen Gremien allerdings nicht. Dies stellte sich auf regionaler Ebene anders dar. So förderte Thyssen das Düsseldorfer Schauspielhaus, ausgewählte Kunstausstellungen und das städtische Kunstmuseum in Düsseldorf finanziell. Das Rheinische Landesmuseum in Bonn unterstützte er bei Ankäufen. Außerdem organisierte er 1936 eine Spende aus der Stahlindustrie in Höhe von fünfzigtausend Reichsmark für das Bonner Museum. In jener Zeit war er auch aktiv im Förderverein des Landesmuseums,[11] das 1936 wiedereröffnet wurde und sich dabei als eine vorbildliche nationalsozialistische Museumseinrichtung profilieren konnte. Im Zusammenhang mit seinem Engagement für das Landesmuseum verkehrte Thyssen mit einflussreichen kulturpolitischen Protagonisten der Region – darunter Heinrich Haake, Landeshauptmann der Rheinprovinz, Hans-Joachim Apffelstaedt, SA-Oberführer und Leiter der Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung, Alfred Stange, Professor für Kunstgeschichte an der Universität Bonn, und Lars Rickert, Oberbürgermeister von Bonn.[12]

Zunehmende Distanz zum Nationalsozialismus

Im Laufe der dreißiger Jahre distanzierte sich Fritz Thyssen aus unterschiedlichen Gründen allerdings sukzessive vom Nationalsozialismus.[13] Schon früh war Thyssen ernüchtert, weil er seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die auf der katholischen Ständeordnung basierten, nicht wie erwartet einbringen und umsetzen konnte. Im Juni 1934 sandte er in dieser Sache einen Protestbrief an Hitler. Gauleiter Terboven soll daraufhin den Auftrag erhalten habe, Thyssen diskret zur Ordnung zu rufen.[14] Darüber hinaus musste Thyssen feststellen, dass der für ihn wichtige Katholizismus insgesamt nicht mit dem Nationalsozialismus vereinbar war. Auch dass er an Bekannten und Freunden festhielt, die beim Regime in Ungnade gefallen waren, entfremdete ihn vom NS-Staat. Zudem missbilligte Thyssen die zunehmend radikale Judenverfolgung, insbesondere die Pogromnacht im November 1938 entfernte ihn weiter vom Nationalsozialismus. Seine Ablehnung des sich abzeichnenden Krieges führte schließlich im Sommer 1939 zum endgültigen Bruch mit dem NS-Regime. Am 31. August erreichte ihn im österreichischen Bad Gastein, wo Thyssen mit seiner Familie Urlaub machte, ein Telegramm von Gauleiter Terboven mit der Aufforderung, unverzüglich zu einer Reichstagssitzung nach Berlin aufzubrechen. Thyssen erwartete, dass das Pseudoparlament Rückhalt für Hitlers Kriegspläne demonstrieren sollte. Aus gesundheitlichen Gründen sagte er daraufhin seine Teilnahme gegenüber Reichstagspräsident Hermann Göring ab und brachte dabei auch zum Ausdruck, dass er einen Krieg ablehne. Da Thyssen davon ausging, dass diese Haltung Probleme bereiten würde – nach einer Radioansprache Hitlers fühlte er sich persönlich bedroht –, kehrte er mit seiner Familie nicht mehr nach Mülheim an der Ruhr zurück, sondern setzte sich über die Schweiz und Belgien nach Südfrankreich ab. Auf der Flucht sandte er noch 1939 zwei Memoranden an Göring und einen ausführlichen

[9] De Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 339–341.

[10] De Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 339.

[11] Im Mai 1935 begann Apffelstaedt mit den Vorbereitungen zur Gründung einer »Gesellschaft der Freunde und Förderer des rheinischen Landesmuseums«, die Anfang 1938 förmlich vollzogen wurde. Bei einem Besuch des Museums im Sommer 1936 sollen führende Industrielle des Rheinlands zugesagt haben, den Förderverein zu unterstützen; Fritz Thyssen soll dabei gar den Vorsitz der vorläufigen Vereinigung übernommen haben, vgl.: Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz, Köln, Bonn 1996, S. 123; »Die rheinische Industrie besucht das Landesmuseum Bonn«, in: Deutsche Bergwerkszeitung, 25.07.1936.

[12] De Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 353–355; Gramlich, Die Thyssens (Anm. 5) S. 166–169.

[13] Für das Folgende vgl. Brakelmann, Mitschuld (Anm. 8); Derix, Die Thyssens (Anm. 6) S. 387–403; de Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 368–376.

[14] De Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 368.

Brief an Hitler; in seinen Schreiben bekräftigte er seine Gegnerschaft zu einem Krieg und kritisierte darüber hinaus das Regime und die Missstände des Nationalsozialismus insgesamt. Im April 1940 entschloss er sich schließlich, seine scharfen Protestbriefe an das Regime in führenden amerikanischen, britischen und französischen Zeitungen abdrucken zu lassen und seine ablehnende Haltung damit öffentlichkeitswirksam zu offenbaren. Am 21. Dezember 1940 wurden Fritz und Amélie Thyssen von der französischen Polizei in Cannes verhaftet und der Gestapo übergeben; bis Kriegsende verblieben sie in deutscher Gefangenschaft.

Die Beschlagnahme von Fritz Thyssens Vermögen und die Verteilung der Kunstsammlung

Die repressiven Maßnahmen gegen Thyssen waren zum Zeitpunkt seiner Verhaftung längst eingeleitet. Gauleiter Terboven schloss ihn am 24. November 1939 per einstweiliger Verfügung aus der NSDAP aus. Am 1. Dezember folgte der Rauswurf aus der Reichstagsfraktion, eine Woche später wurde er aus dem Preußischen Staatsrat entlassen. Am 4. Februar 1940 entzog der Reichsinnenminister Fritz und Amélie Thyssen schließlich die deutsche Staatsbürgerschaft.[15] Schon im September 1939 hatte Hermann Göring noch ohne formalen Beschluss, also ohne rechtliche Grundlage, seinen Vertrauensmann Terboven damit beauftragt, Thyssens Vermögen ›sicherzustellen und treuhänderisch zu verwalten‹.[16]

Die ehemaligen Weggefährten richteten sich nun also gegen Fritz Thyssen. Gauleiter Terboven schien prädestiniert für diesen Auftrag, da Thyssens Heimat Mühlheim an der Ruhr zum Gau Essen gehörte. Terboven delegierte diese Aufgabe wiederum an den überzeugten Nationalsozialisten Kurt von Schröder, Gauwirtschaftsberater und Leiter der Wirtschaftskammer Rheinland.[17] Am 11. Dezember 1939 folgte die formale Verfügung durch den Düsseldorfer Regierungspräsidenten, mit der die Einziehung von Thyssens gesamten mobilen und immobilen Vermögenswerten offiziell gemacht wurde. Als rechtliche Grundlage fungierte das »Gesetz zur Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens« vom 14. Juli 1933, das ursprünglich vor allem auf sozialdemokratische Vermögenswerte zielte.[18] Es war charakteristisch für die nationalsozialistische Herrschaftspraxis, dass geschaffene Fakten erst im Nachhinein juristisch legitimiert wurden – vergleichbar war das Vorgehen etwa bei der Einziehung »Entarteter Kunst« 1937/38 oder bei den frühen Vermögensbeschlagnahmen in Österreich nach dem sogenannten ›Anschluss‹ im März 1938.

Dass in der Folge verschiedene Funktionäre und Behörden um die Zuständigkeit für Thyssens Vermögen rangen, ist für den »organisatorischen Dschungel« der NS-Bürokratie ebenfalls typisch.[19] Nach dem Einziehungsgesetz von 1933 waren die obersten Landesbehörden verantwortlich – damit konnte Hermann Göring als Ministerpräsident Preußens den Fall an sich ziehen. Allerdings hatte er schon 1934 verfügt, dass das Preußische Finanzministerium aufgrund der »überwiegend finanzwirtschaftliche[n] Bedeutung« mit Vermögenseinziehungen nach diesem Gesetz betraut war.[20] Im Januar 1940 konnte der preußische Finanzminister Johannes Popitz diesen Anspruch gegenüber Göring erfolgreich durchsetzen, erklärte aber gleichzeitig, dass die Vollmachten für Terboven und von Schröder »auch im Rahmen meiner Zuständigkeit Geltung haben«.[21] Schließlich interessierte sich 1940 auch das Reichsfinanzministerium für den Vorgang, da Thyssens Vermögen außerordentlich umfangreich und weit über die Kunstsammlung hinaus attraktiv war. Nach einer Besprechung mit dem preußischen Ministerium gab es sich aber damit zufrieden, dass Thyssens Vermögen »unter gleichzeitiger Wahrung

[15] De Taillez, Bürgerleben (Anm. 7) S. 377–444.

[16] Vollmacht für Josef Terboven ausgestellt von Hermann Göring, 27.09.1939, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GStA PK), I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082. Zur Vermögenseinziehung insgesamt vgl. Jan Schleusener, Die Enteignung Fritz Thyssens. Vermögensentzug und Rückerstattung, Paderborn 2018.

[17] Vollmacht für Kurt von Schröder ausgestellt von Josef Terboven, 28.09.1939, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082.

[18] RGBl. I 1933, S. 479. Das Gesetz zielte auf »Sachen und Rechte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«, aber auch auf »Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer, nach Feststellung des Reichsministers des Inneren volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind«. Dementsprechend wurde das Gesetz vor allem in den ersten Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme für politische Gegner, allerdings auch schon für jüdische Organisationen genutzt. Einziehungen nach diesem Gesetz machten insgesamt aber einen verhältnismäßig geringen Posten aus, vgl. Christiane Kuller, Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013, S. 325–329.

[19] Die nationalsozialistische Herrschaft wurde in der Geschichtswissenschaft schon früh als »totalitäre Polykratie« (Gerhard Schulz, 1961), »organisatorischer Dschungel« (Martin Broszat, 1969), »institutionelle Anarchie« (Hans Mommsen, 1971) und »organisiertes Chaos« (Dieter Rebentisch, 1989) beschrieben.

[20] Bestimmung von Hermann Göring an den Preußischen Finanzminister, 29.01.1934, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082.

[21] Erlass von Johannes Popitz an Kurt von Schröder, 07.02.1940, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082.

der Reichsinteressen von dem Lande Preußen allein verwaltet« werde.[22]

Während Kurt von Schröder in der Folge als Treuhänder von Thyssens Vermögen fungierte, behielt es sich Gauleiter Terboven vor, über die Kunstsammlung zu verfügen. Noch 1939 entschied er, die Kollektion als Leihgabe des Landes Preußen auf verschiedene Ausstellungsorte der Rhein-Ruhr-Region zu verteilen. Das Museum Folkwang in Essen und das Landesmuseum in Bonn sollten dabei in besonderem Maße bedacht werden, was darauf zurückzuführen ist, dass Terboven als Gauleiter von Essen und Oberpräsident der Rheinprovinz an diesen Häusern ein besonderes Interesse haben musste.

Mit der Umsetzung beauftragte er den Leiter der Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung, Hans-Joachim Apffelstaedt, und den Professor für Kunstgeschichte an der Universität Bonn, Alfred Stange – beide waren ebenfalls persönlich mit Thyssen bekannt. Daneben waren vor allem Karl Eugen Dellenbusch als Vertreter Terbovens, Heinz Köhn als Direktor des Essener Museum Folkwang und Franz Rademacher als Leiter der Gemäldegalerie im Bonner Museum aktiv in die Planungen zur Aufteilung der Sammlung eingebunden. Der Vorgang wurde damit von Personen vorangetrieben, die als erweiterter Kreis der sogenannten »Rhineland-Gang« bezeichnet werden können. So hatten die Alliierten nach Kriegsende Apffelstaedt, Rademacher und den Düsseldorfer Kunsthändler Hans Bammann bezeichnet, die im Sinne des Nationalsozialismus auf kulturpolitischem Gebiet und insbesondere im Zuge des NS-Kunstraubes in Westeuropa sehr umtriebig und einflussreich gewesen waren. Die Forschung hat unter anderem Alfred Stange als weiteren Teil dieses Kollektivs erkannt.[23]

Entsprechend agierten die zuständigen Protagonisten bei der Aufteilung der Sammlung sehr geschlossen und beständig zur Eile mahnend. Es sollten zügig Fakten geschaffen werden, um Ansprüche von anderer Seite und Nebenbuhler abwehren zu können. Apffelstaedt charakterisierte die Operation treffend, als er im Januar 1940 an Dellenbusch meldete, dass es »außerordentlich begrüßenswert [wäre], wenn die Aufteilung der Beute baldigst in aller Form erfolgte«.[24] Auch das städtische Kunstmuseum in Düsseldorf, dem einige Kunstwerke zugeteilt wurden, bezeichnete die Sammlung explizit als »Beute«.[25] Als gefährlich galten andere Museen; insbesondere in Berlin, aber auch in Darmstadt und Krefeld war man auf die beschlagnahmte Sammlung aufmerksam geworden.

Daneben fürchteten die rheinischen Protagonisten vor allem die Parteielite als mächtige Konkurrenz, deren kompetitive Gier nach Werken der bildenden Kunst den nationalsozialistischen Kunstraub insgesamt radikalisierte. Terboven wollte potentielle Ansprüche Hermann Görings mit einem Gemälde von Rembrandt befriedigen, mit einem »dicken Brocken« also, »um das andere möglichst geschlossen zu retten«.[26] Auch Hans Posse, Hitlers Sonderbeauftragter für das geplante »Führermuseum« in Linz in Österreich, bekam Wind von der Thyssen-Sammlung. Verärgert stellte er fest, dass »man in einzelnen Reichsgauen dabei« sei, »selbständig über vom Reich beschlagnahmten Kunstbesitz zu verfügen«.[27] Posse bemühte sich nachdrücklich darum, den sogenannten »Führervorbehalt« durchzusetzen, mit dem sich Hitler ein Verfügungs- und Erstzugriffsrecht auf beschlagnahmte Kunstwerke gesichert hatte.[28] Von den Verantwortlichen in Preußen war er allerdings nicht verständigt worden. Diese hatten die Kunstwerke nicht an die verschiedenen Museen verkauft, sondern als Dauerleihgaben des Landes Preußen behandelt – »bei dieser Sachlage ist eine Benachrichtigung des Direktors der Staatlichen Gemäldegalerie Dresden, Dr. Posse, nicht erforderlich«.[29] Terboven hatte schon früh entschieden, die Werke »mit Beschleunigung […] vorläufig als Leihgabe in Besitz der Museen« zu geben, »damit hinterher der Besitz in jedem Fall als gegeben zu bezeichnen ist« – zuvor hatten Johannes Popitz

[22] Preußisches Finanzministerium, interner Bericht, 20.08.1940, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082. Grundsätzlich ging der NS-Staat ab 1938 verstärkt dazu über, Enteignungen von Vermögenswerten vor allem aus jüdischem Eigentum zentral an sich zu ziehen und zu systematisieren. Insbesondere das eigenmächtige Agieren von Funktionären und Organisationen der Partei sollte zurückgedrängt werden; vgl.: Susanne Heim / Götz Aly, Staatliche Ordnung und »organische Lösung«. Die Rede Hermann Görings »über die Judenfrage« vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 378–404.

[23] Nikola Doll, Die »Rhineland-Gang«. Ein Netzwerk kunsthistorischer Forschung im Kontext des Kunst- und Kulturgutraubes in Westeuropa, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hg.), Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933–1945 / Die eigene Geschichte. Provenienzforschung an deutschen Kunstmuseen im internationalen Vergleich, Magdeburg 2006, S. 53–80.

[24] Brief von Hans-Joachim Apffelstaedt an Karl Eugen Dellenbusch, 12.01.1940, ALVR 11429.

[25] So schreiben die Kunstsammlungen der Stadt Düsseldorf am 20.01.1940 an ihren Oberbürgermeister Carl Haidn, dass »[wir] auf die Verteilung der ›Beute‹ […] von Düsseldorf aus wohl kaum Einfluss« haben. Diese Einschätzung war korrekt, erst im Nachgang konnte Düsseldorf noch leichte Modifikationen des Verteilungsplans erreichen; Stadtarchiv Düsseldorf (im Folgenden: StAD), IV 3753.

[26] Brief von Karl Eugen Dellenbusch an Heinz Köhn, 16.10.1939, ALVR 11429.

[27] Brief von Hans Posse an Martin Bormann, 17.5.1940 (hervorgehoben das Wort »selbständig«), Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden: BArch Koblenz) B 323/163.

[28] Ausführlich zu Hitlers »Sonderauftrag Linz« und seinen »Führervorbehalten« vgl. Birgit Schwarz, Auf Befehl des Führers. Hitler und der NS-Kunstraub, Darmstadt 2014.

[29] Brief vom Preußischen Finanzminister an Josef Terboven, 10.04.1941, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082.

und Kurt von Schröder darauf gedrängt, dass die Museen ihren Anteil an der Sammlung bezahlen sollten, was die Angelegenheit deutlich verzögert hätte.[30] Posse beschäftigte Thyssens Sammlung trotzdem noch bis in das Jahr 1942, als Hitler sein nachträgliches Einverständnis zum preußischen Vorgehen gab und dabei betonte, dass es »richtig gewesen [sei], diese Kunstschätze den Museen des Rheinlandes zu überlassen«.[31]

Schließlich musste Göring nicht einmal der Rembrandt überlassen werden, auch weil die erweiterte »Rhineland-Gang« sehr umsichtig, fast konspirativ vorging, wie die Gedankenspiele Dellenbuschs zeigen: »Wesentlich ist vor allem, auch dies habe ich dem Gauleiter gesagt, dass niemand außer Prof. Stange nach Fertigstellung der Luftschutzarbeiten einen Schlüssel bekommen soll […], damit niemand sonst an die Sachen herankommt. Ich habe in dieser Hinsicht an die Herren Haberstock und seinen Freund Dr. Binder gedacht. […] Ich hoffe aber noch […] auf unser Glück.«[32] Karl Haberstock und Moritz Julius Binder waren als Kunsthändler und Berater in besonderem Maße für Hitler und Göring tätig, wurden der Thyssen-Sammlung aber ebenfalls nicht gefährlich.

Wie geplant konnte die Sammlung somit im Februar 1940 formal auf die Museen verteilt werden. Göring und Terboven hatten zuvor ihre Zustimmung zum Teilungsplan signalisiert.[33] Essen und Bonn erhielten wertmäßig den Löwenanteil. Auch die städtischen Museen in Köln und Düsseldorf wurden in beachtlichem Maße berücksichtigt, wobei sich Düsseldorf wiederholt unzufrieden mit dem Verteilungsplan zeigte. Es sah sich gegenüber den Kollegen deutlich benachteiligt. Selbstbewusst hielt es der Düsseldorfer Oberbürgermeister gar für den richtigen Weg, Thyssens Sammlung »ungeteilt oder in weiten Teilen den Kunstsammlungen der Stadt Düsseldorf« einzuverleiben.[34] Terboven reagierte auf diese Forderungen gereizt; er habe nie kleinlich und »gau-egoistisch« gedacht, deshalb neben Essen und Bonn auch andere Museen berücksichtigt, und nun sei die Stadt Düsseldorf nicht einmal dankbar, sondern verlange im Gegenteil noch mehr.[35] Tatsächlich aber wurde der Düsseldorfer Anteil in der Folge noch leicht nachgebessert.[36] In geringem Umfang wurden zudem die städtischen Museen in Wuppertal-Elberfeld und Aachen bedacht.

Die inhaltliche Ausrichtung der Aufteilung folgte den Sammlungsschwerpunkten der verschiedenen Museen; Thyssens Sammlung bot sich dafür an, weil sie nicht geschlossen und homogen war, sondern Kunstwerke unterschiedlicher Gattungen, Zeiten und Regionen zusammenbrachte. Die Auswahl für Bonn begründete Alfred Stange wie folgt: »Das Rheinische Landesmuseum Bonn sammelt auf dem Gebiet mittelalterlicher und neuerer Kunst rheinische, und in Erweiterung dieses Begriffs, niederländische Werke. Demzufolge soll Bonn die rheinischen und die wenigen frühen niederländischen Werke erhalten. […] Sodann soll Bonn eine Anzahl holländischer Gemälde und für den Böselager-Hof einige Möbel, zwei dekorative Gobelins und einige Porzellangruppen erhalten. Die für das Landesmuseum bestimmten Werke fügen sich völlig in dessen Programm […].«[37]

Das Museum Folkwang erhielt hingegen Werke des neunzehnten und die bürgerliche Malerei des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Auch die mittelalterliche, kunstgewerbliche und außereuropäische Abteilung des Museums sollte gestärkt werden. Köln bekam vor allem die italienischen Objekte, Düsseldorf Porzellan, Kunstgewerbe und Gemälde aus der Barockzeit. An das Suermondt-Museum Aachen wurden eine frühromanische Madonna, an die städtischen Sammlungen Wuppertal einige Porzellanfiguren gegeben.

Tatsächlich aber sind diese Kunstwerke nie in den betreffenden Museen zu sehen gewesen, da sie nach der Aufteilung kriegsbedingt direkt an sichere Bergungsorte verbracht werden mussten. Nach dem Krieg konnte Fritz Thyssen, der im Spruchkammerverfahren 1948 als »minderbelastet« eingestuft worden war, auf Basis des britischen Rückerstattungsgesetzes vom 12. Mai 1949 dann erfolgreich die Restitution seiner Sammlung beantragen.[38]

Bezeichnend dabei war, dass zumindest die Museumsverantwortlichen Köhn und Rademacher unbeschadet durch die NS-Zeit gekommen waren und nach 1945 weiterhin in leitender Position für ihre Museen agierten – die Kollegen Hans Wilhelm Hupp und Adolf Feulner aus Düsseldorf und Köln waren 1943 beziehungsweise 1945 verstorben. Köhn und Rademacher konnten sich nun im Zuge der Rückerstattung als Interessenvertreter Thyssens und Sachwalter der Kunstwerke gerieren, die dank ihrer Mühen sicher durch den Krieg gekommen seien. Dabei war es für ihr Narrativ hilfreich, dass sie die Werke nicht angekauft, sondern lediglich leihweise übernommen hatten.

[30] Notiz von Hans-Joachim Apffelstaedt, 29.01.1940, ALVR 11429.
[31] Brief von Martin Bormann an Hans Posse, 03.01.1942, BArch Koblenz B 323/102.
[32] Brief von Karl Eugen Dellenbusch an Heinz Köhn, 16.10.1939, ALVR 11429.
[33] Brief von Alfred Stange an Hans-Joachim Apffelstaedt, 09.01.1940, ALVR 11429.
[34] Brief von Carl Haidn an Josef Terboven, 27.01.1940, StAD, IV 806.
[35] Brief von Josef Terboven an Carl Haidn, 08.02.1940, StAD, IV 806.
[36] Brief von Hans-Joachim Apffelstaedt an Josef Terboven, 20.02.1940, ALVR 11429.
[37] Alfred Stange, Plan für die Aufteilung der Kunstwerke, 14.11.1939, GStA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC Nr. 10082.
[38] Unterschiedliche Wiedergutmachungsämter in der britischen Besatzungszone waren mit Blick auf Thyssens Kunstsammlung zuständig, je nachdem, in welcher Stadt sich die Objekte bei Kriegsende befanden. Die entsprechenden Rückerstattungsakten finden sich im Landesarchiv NRW.

Auch Fritz Thyssen folgte dieser Sichtweise, die eine grundlegende Haltung der Nachkriegszeit offenbart: Das Verantwortungs- und Schuldmonopol für die NS-Verfolgungspolitik wurde hochrangigen Funktionären von Partei und Staat zugeschoben, eine Beteiligung von weiten Teilen der Zivilbevölkerung nicht anerkannt.[39] Als Dank für die sichere Verwahrung schenkte Fritz Thyssen dem Landesmuseum Bonn gar sechs Objekte aus seiner Sammlung unter der Bedingung, den Rest seiner Kunstwerke zurückzuerhalten und ins Ausland verbringen zu dürfen.[40] Seinen Lebensmittelpunkt hatte Thyssen zwischenzeitlich zu seiner Tochter Anita Zichy-Thyssen (1909–1990) nach Argentinien verlegt. Rademacher erkannte in dieser Schenkung vor allem ein Zeichen der »unveränderten Verbundenheit des Herrn Thyssen mit den Bestrebungen des Landesmuseums, zu dessen interessiertesten Förderern Fritz Thyssen vor dem Kriege zählte. Zugleich darf ich hierin wohl auch eine Anerkennung sehen für die treuhänderische Pflege des dem Museum anvertrauten Thyssen'schen Kunstbesitzes«.[41] Dieses bemerkenswerte Selbstverständnis bestätigte Thyssen via Rechtsanwalt 1950: »Er [Fritz Thyssen] hat mir geschrieben, dass es für ihn eine ausserordentliche Freude gewesen ist, dass seine wertvollen Kunstgegenstände vom Bonner Landesmuseum, d. h. also offensichtlich von Ihnen persönlich, so erfolgreich geschützt worden sind. Er weiss dem Bonner Landesmuseum, insbesondere Ihnen persönlich, herzlichen Dank. Und es ist ihm ein ganz besonderes Bedürfnis Ihnen auszudrücken, wie sehr die noble Handhabung dieser Angelegenheit durch Sie ihn gefreut hat. […] Ihr Verhalten war ihm ein Lichtblick in dem Lande, das er trotz allem noch immer als seine Heimat betrachtet.«[42]

Nach Fritz Thyssens Tod am 8. Februar 1951 zog die Witwe Amélie Thyssen die restituierten Kunstwerke auf ihrem Schloss Puchhof bei Straubing zusammen. Ein wichtiger Teil der Kollektion wurde in Erinnerung an Fritz Thyssen 1986 im Bayerischen Nationalmuseum präsentiert.[43] Die einzige Tochter Anita Zichy-Thyssen verkaufte diesen Teil der Sammlung 1987 an den Freistaat Bayern, dessen staatliche Sammlungen bis heute über die Werke verfügen.

Dr. Johannes Gramlich, Bayerische Staatsgemäldesammlungen, Barer Straße 29, 80799 München, johannes.gramlich@pinakothek.de

[39] Jürgen Lillteicher, Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Studie über Verfolgungserfahrung, Rechtsstaatlichkeit und Vergangenheitspolitik (1945–1971), Freiburg 2002, S. 43.

[40] Bei den Objekten handelte es sich um Gemälde von Barthel Bruyn (Dame mit Nelke), Derick Baegert (Maria auf dem Thron) und dem Meister des Heisterbacher Altars (Anbetung) sowie um drei mittelalterliche Skulpturen; zur Schenkung an das Landesmuseum Bonn, vgl. Stiftung zur Industriegeschichte Thyssen (im Folgenden: SIT), NEll/41.

[41] Brief von Franz Rademacher an Rechtsanwalt Comes, 15.05.1940, ALVR 20930.

[42] Brief von Rechtsanwalt Comes an Franz Rademacher, 14.06.1950, SIT, NEll/41.

[43] Ausstellungskatalog Sammlung Fritz Thyssen. Ausgewählte Meisterwerke. 18. Juli – 2. November 1986. Bayerisches Nationalmuseum München, München 1986.

Summary. Fritz Thyssen, the first-born son of the steel company founder August Thyssen, was to follow in his father's footsteps. In the early twentieth century he built up an art collection with an international reputation in Mülheim an der Ruhr. At first he sympathized with the burgeoning National Socialism and maintained close contact with party leaders. He hoped to influence the economic policy intentions of the regime by assuming political posts and making financial contributions. His euphoria vanished early on, the oppression of the Jews and the outbreak of war led to Thyssen's final break with the National Socialists in 1939. Now persecuted by the Nazis as an enemy, Thyssen failed to escape via France and was captured by the Germans. His property, including his art collection, was legally confiscated by the state, which distributed the works on permanent loan to museums in the Rhine and Ruhr regions with the help of the Cultural Department of the Rhine Province. After the end of the war, works from the collection were restituted, attributing the responsibility for the expropriation to a few party superiors.

Résumé. Fritz Thyssen, fils aîné du fondateur de l'entreprise sidérurgique August Thyssen, devait suivre les traces de son père. Au début du XXe siècle, il constitua une collection d'art de renommée internationale à Mülheim sur la Ruhr. Tout d'abord, il sympathisa avec le national-socialisme naissant et maintint un contact étroit avec les dirigeants des partis. Il espérait influencer les intentions économiques du régime en assumant des fonctions politiques et en faisant des contributions financières. Son euphorie se dissipa très tôt, et l'oppression des Juifs et l'éclatement de la guerre conduisirent Thyssen à rompre définitivement avec les nazis en 1939. Maintenant persécuté par les nazis comme ennemi, Thyssen ne réussit pas à s'échapper par la France et fut capturé par les Allemands. Ses biens, y compris sa collection d'art, furent légalement confisqués par l'Etat qui, avec l'aide du chef du Département de la culture de la Province rhénane, distribua les œuvres en prêt permanent aux musées des régions du Rhin et de la Ruhr. Après la fin de la guerre, les œuvres de la collection furent restituées, et la responsabilité de l'expropriation fut attribuée à quelques supérieurs du parti.

Resümee. Fritz Thyssen, der als erstgeborener Sohn des Stahlfirmengründers August Thyssen in die Fußstapfen seines Vaters treten sollte, baute im frühen zwanzigsten Jahrhunderts eine Kunstsammlung mit internationalem Ruf in Mülheim an der Ruhr auf. Zunächst sympathisierte er mit dem aufkeimenden Nationalsozialismus und pflegte engen Kontakt zu Parteispitzen. Er hoffte, durch die Übernahme politischer Posten und Zuwendungen finanzieller Art Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Absichten des Regimes zu nehmen. Schon früh schwand seine Euphorie, die Judenverfolgung sowie der Kriegsausbruch sorgten 1939 für den endgültigen Bruch Thyssens mit den Nationalsozialisten. Von den Nazis nun als Feind verfolgt, missglückte Thyssen die Flucht über Frankreich und gelangte in deutsche Gefangenschaft. Sein Eigentum, darunter seine Kunstsammlung, wurde auf gesetzmäßigem Wege durch den Staat entzogen, der die Werke unter anderem mit Hilfe des Kulturdezernenten der Rheinprovinz als Dauerleihgaben auf die Museen an Rhein und Ruhr verteilte. Nach Kriegsende wurden Werke der Sammlung restituiert, wobei die Verantwortung für die Enteignung einigen wenigen Parteioberen zugeschrieben wurde.

Stefan Kraus

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!«

Konkurrierende Konzepte der Museumspolitik in der Rheinprovinz im Spannungsfeld von Zentralisierungs- und Dezentralisierungsbestrebungen

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – Dieser Satz stammt aus dem Jahr 1907 von Hans Lehner, dem damaligen Direktor des Bonner Provinzialmuseums,[1] und zwar aus einem Vortrag am Winckelmannsfest, in dem er das Verhältnis der unterschiedlichen Museen der Rheinprovinz zueinander programmatisch beschreibt und sein Idealbild einer provinzialen Museumsstruktur vorstellt – zumindest im Blick auf kulturgeschichtliche Museen.[2] An diesem Konzept hielt er Zeit seines Arbeitslebens fest. Zwanzig Jahre später hat er es weitgehend unverändert erneut in Vorträgen und Aufsätzen vorgelegt und in seiner Eigenschaft als Museumsdirektor unentwegt umzusetzen versucht – oft gegen große Widerstände.[3]

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – Mit diesem Satz drückt Lehner die Sorge und Ablehnung der örtlichen Heimat- und Museumsfreunde gegenüber den beiden rheinischen Provinzialmuseen aus. Die Zusammenarbeit hatte sich in der Vergangenheit als schwierig erwiesen, die Konkurrenzsituation zwischen Museen mit unterschiedlichen Ansprüchen war gewachsen.

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – diesen Satz hat der Verfasser sinngemäß selbst noch von kulturgeschichtlich interessierten Bürgern gehört, als er 1989 im damaligen Regionalmuseum Xanten als Wissenschaftlicher Volontär zu arbeiten begonnen hatte. Die Spannungen und Sorgen zwischen der lokalen und der übergeordneten Ebene existierten immer noch – und das, obwohl das Xantener Beispiel geradezu eine idealtypische Umsetzung von Lehners Plänen und Vorstellungen darstellte.

Dieses Spannungsfeld ist Thema dieses Beitrags.

Um die angesprochene Problematik richtig einordnen zu können, soll zunächst ein Blick auf die Ausgangssituation geworfen werden, das heißt auf die Museumslandschaft in der Rheinprovinz am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Aufgrund der Entwicklungen nach der Jahrhundertwende sah sich vor allem Lehner als Direktor des Bonner Provinzialmuseums vor die Aufgabe gestellt, der wachsenden Zahl unterschiedlicher kulturgeschichtlicher und heimatgeschichtlicher Museen in seinem Zuständigkeitsbereich Rechnung zu tragen und deren Zusammenarbeit und Zuordnung zu klären. Hierzu legte er jenes Konzept vor, das er in der gesamten weiteren Zeit seines Wirkens verfolgte.

Wie so oft im Leben unterscheiden sich Theorie und Praxis nicht unerheblich, was an einer ganzen Reihe an Beispielen dargestellt werden könnte. Dieser Beitrag beschränkt sich im Wesentlichen auf Essen (mit einem kurzen Blick auf Köln und Duisburg) und die vielen kleinen Heimatmuseen in der Rheinprovinz. Einschnitte bildeten dann der Wechsel in der Leitung des Bonner Museums von Hans Lehner zu Franz Oelmann im Jahr 1930 und – natürlich – das Jahr 1933.

[1] Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Bonner Archäologe und Museumsleiter Hans Lehner, in: Bonner Jahrbücher 210/211 (2010/2011), S. 3–22.

[2] Hans Lehner, Das Bonner Provinzialmuseum und die städtischen und Vereinssammlungen rheinischer Altertümer, in: Bonner Jahrbücher 116 (1907), S. 381–391, Zitat S. 383.

[3] Hans Lehner, Vortrag: Das Bonner Provinzialmuseum als heimatkundliche Forschungsanstalt, in: Bonner Jahrbücher 132 (1927), S. 229–247; und ders., Das Heimatmuseum, seine Aufgaben und Ziele, Formen und Organisation, in: Walther Schoenichen (Hrsg.), Heimatmuseen. Wesen und Gestaltung. Berlin 1928, S. 1–24 und S. 277–285.

Museale Strukturen der Rheinprovinz im neunzehnten Jahrhundert

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und Heimatkunde allgemein war im neunzehnten Jahrhundert im Wesentlichen Privatinitiativen überlassen. Geschichts- und Altertumsvereine entstanden, oder private Sammler und Forscher leisteten die Arbeit der Geschichts- und Heimatkunde oder Bodendenkmalpflege.[4]

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts steigerten sich die Anforderungen an fachlich zuverlässige Arbeit in der Archäologie. Die Herstellung wissenschaftlicher Publikationen überforderte viele Vereine. Die akademische Spezialisierung der Fachrichtungen erlaubte es engagierten Laien immer weniger, den Ansprüchen gerecht zu werden. Engagierte Grabungstätigkeit führte zu immer größer werdenden Sammlungen, die sachgerecht bearbeitet, publiziert und aufbewahrt werden mussten. Didaktische Konzepte für die Präsentation solcher Vereinssammlungen fehlten völlig. Daher waren es die Vereine und Privatinitiativen selbst, die den preußischen Staat aufforderten, zur Wahrung des kulturellen Erbes aktiv zu werden.

So war es beispielsweise der Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande, der auf die Schaffung einer staatlichen Einrichtung für die Denkmalpflege und die Bodendenkmalpflege drängte, als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die Vereinsbibliothek und die archäologische Vereinssammlung immer größer wurden. In der Vereinszeitschrift »Bonner Jahrbücher« lässt sich dies nachvollziehen: »Nachdem wiederholt die Absicht geltend gemacht worden war, die Vereinssammlungen zum Provinzialmuseum zu erklären, erschien es für die Verwirklichung dieses Planes von entscheidender Wichtigkeit, die k. Staatsregierung zu einem jährlichen Zuschuß und die Bonner Stadtverwaltung zur Erweiterung der Räume im Arndt-Hause zu bewegen.«[5]

In der Folge beschloss der zweiundzwanzigste Rheinische Provinziallandtag am 8. Juni 1874 die Gründung zweier Provinzialmuseen in Bonn und Trier, zugleich aber auch ihre Übernahme in die Verwaltung der Provinz.

Im Jahr 1886 wurde im Rheinland zur »Unterstützung der Verwaltung der Museen« eine Museumskommission eingerichtet, die aber nicht nur administrative, sondern nicht zuletzt auch fachliche Hilfe leisten sollte.[6]

Des Weiteren ist das sogenannte Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 zu erwähnen.[7] Die Zuweisung der denkmalpflegerischen Aufgaben erfolgte in § 4 Abs. 6: »Leistung von Zuschüssen für Vereine, welche der Kunst und Wissenschaft dienen, desgleichen für öffentliche Sammlungen, welche diese Zwecke verfolgen, Erhaltung und Ergänzung von Landesbibliotheken, Unterhaltung von Denkmälern«. Damit waren Denkmalpflege, Bodendenkmalpflege und Kulturgeschichte im weitesten Sinn Aufgabe des Provinzialverbandes.

Somit waren die Grundlagen für die Museumskonzeption der Rheinprovinz geschaffen. Der Staat regelte für ganz Preußen das Museumswesen in Gesetzen und Verordnungen und war Träger der Staatlichen Museen in Berlin, die Rheinprovinz finanzierte die beiden Provinzialmuseen in Bonn und Trier und beaufsichtigte sie durch ihre Museumskommission, die Lokalmuseen wurden von Städten und Gemeinden oder von Privatpersonen und Vereinen getragen, zwischen den Staatlichen, den provinzialen und den lokalen Häusern existierte ein nicht näher formalisiertes Unterordnungsverhältnis.

Der Staat Preußen sorgte mittels Gesetzen und Verordnungen dafür, dass alle archäologischen Funde auf Staats- oder Kirchengebiet oder beim Eisenbahnbau an die Königlichen, nach 1918 Staatlichen Museen in Berlin gehen sollten. Und wo man es für nötig hielt, bediente man sich in Berlin auch zwielichtiger Methoden, um in der Rheinprovinz unter Übergehung der Provinzialmuseen an archäologische Funde zu gelangen.

In der Rheinprovinz wie überall im Deutschen Reich entstand eine Vielzahl weiterer lokaler Museen, die in der Praxis manchmal ein überraschendes Eigenleben an den Tag legten. Bis zur Jahrhundertwende sah die Grundstruktur noch ganz praktikabel aus, denn die Zahl der

[4] Zu diesem Thema gibt es inzwischen reichhaltige Literatur, z. B. Klaus Pabst, Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815, in: Kurt Düwell / Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1. Von der Entstehung der Provinz bis zur Reichsgründung. Wuppertal 1983, S. 317–336.; ders., Landesgeschichte und Geschichtsvereine im Rheinland, in: Geschichte im Westen 7 (1992), S. 28–39; Manfred Rasch, Zur Entstehung von Geschichts- und Heimatvereinen am »preußischen« Niederrhein, in: Wolfgang Cilleßen (Hrsg.), »Heimatliebe & Vaterlandstreue«. Niederrheinische Museen vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus. Eine Ausstellung des Städtischen Museums Wesel in der Galerie im Centrum 26. November 2000 – 4. Februar 2001, Wesel 2000, S. 27–45.

[5] Bonner Jahrbücher 52 (1872), S. 186. Zitiert nach Reinhard Fuchs, Zur Geschichte der Sammlungen des Rheinischen Landesmuseums Bonn. Zur Frühgeschichte der Bodendenkmalpflege am Rhein und zu den Anfängen der archäologischen Ausgrabungen im Rheinland, in: Rheinisches Landesmuseum Bonn. 150 Jahre Sammlungen 1820–1970, Düsseldorf 1971, S. 1–158, hier S. 98. Vgl. auch Gabriele John, 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande, Köln 1991, sowie dies., Initiative von Privatleuten. 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinland, in: Rheinisches Landesmuseum Bonn 5 (1991), S. 65–74.

[6] »Reglement über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier«, publiziert in: Zusammenstellung der für die Rheinische Provinzialverwaltung geltenden Gesetze, Verordnungen, Reglements, Instruktionen und Geschäftsanweisungen. Düsseldorf 5. Aufl. 1892, S. 203–207. Zur Museumskommission besonders die §§ 7–9 und »Geschäftsordnung der Kommission für die Rheinischen Provinzialmuseen zu Bonn und Trier«, ebenda S. 207 f.

[7] Publiziert in: Zusammenstellung (Anm. 6), S. 31–42.

Museumsneugründungen in der Rheinprovinz in dieser Zeit ist relativ überschaubar. Gleichwohl begannen sich allerorten immer mehr Bürger für die eigene Heimat zu interessieren, und es entwickelte sich die von romantischem Gedankengut getragene Heimatbewegung.[8] So entstanden zwischen 1870 und 1918 vierzig neue Museen in der Rheinprovinz, in den ersten drei Jahrzehnten nur jeweils vier, fünf und vier, in den folgenden zehn Jahren stieg diese Zahl auf zwölf und in der Zeit danach wurden trotz des Krieges sogar fünfzehn neue Häuser gegründet.[9]

Hatte die Denkmalpflege ganz die wissenschaftlich-historische Richtung eingeschlagen, so nahm die Heimatschutzbewegung jetzt stark gefühlsmäßige und ethische Werte für sich in Anspruch. Das sicherte ihr sofort eine sehr viel stärkere Anteilnahme in der Bevölkerung, während die Denkmalpflege mit ihren Idealen vornehmlich auf die Gebildeten beschränkt blieb.[10]

Aus diesem Antrieb heraus entstanden zunehmend Heimatmuseen, getragen von Museumsvereinen oder von den Kommunen. Selbst die entstehenden Volkshochschulen nahmen die Vorgeschichte in ihre Lehrpläne auf.[11] Das Bürgertum wollte in den Städten und Gemeinden eigene Orte der kulturellen Erinnerung und der Selbstvergewisserung schaffen. Vor allem nach der Jahrhundertwende stieg die Zahl dieser Museumsgründungen – nicht nur in der Rheinprovinz – deutlich an. Diese neuen Museen waren aber in der Konzeption des Provinzialverbandes überhaupt nicht bedacht und bereiteten den Kultur- und Museumsverantwortlichen der Rheinprovinz durchaus Sorgen. Die zentrale Bedeutung der beiden Museen in Bonn und Trier wurde durch die lokalen Museen beeinträchtigt: Diese erhoben die Forderung, archäologische Funde, die in ihrer Stadt, in ihrer Gemeinde geborgen wurden, auch selbst auszustellen.

Hans Lehners Museumskonzept für die Rheinprovinz

Hans Lehner trug 1907 im eingangs genannten Winckelmannsvortrag programmatisch sein Museumskonzept für die Rheinprovinz vor, das das Verhältnis der Provinzial- und der Heimatmuseen zueinander austarieren sollte.[12]

Er weiß die vielen lokalen Aktivitäten im archäologischen und musealen Bereich durchaus zu würdigen und sieht seine Aufgabe gerade darin, »all die bewährten älteren und frischen jüngeren Kräfte, die sich überall in der Rheinprovinz auf dem Gebiete der heimischen Altertumsforschung und Sammlung regen, zu vereinigen.«[13] Zugleich verleiht er aber seinen Ängsten Ausdruck: »Wie ein wirkliches Gebäude nie entstehen könnte, wenn seine Bausteine zerstreut an vielen Plätzen liegen blieben, so liegt auch für den Bau der rheinischen Kulturgeschichte eine ernste Gefahr in der allzu großen Zersplitterung und Zerstreuung seiner Bausteine.«[14]

Ganz knapp formuliert, sollte Lehners Konzept darauf hinauslaufen, dass alle »wichtigen«, wissenschaftlich und kulturell bedeutenden Funde und Objekte an die Provinzialmuseen abgeliefert und gegebenenfalls die örtlichen Museen mit Kopien oder guten Fotografien versehen werden sollten. Kleinere, unbedeutendere Funde könnten dagegen vor Ort verbleiben.

Für die Ablehnung, die dieser Auffassung entgegenschlug, zeigte er in seinem Vortrag kein Verständnis. »Somit ist es nicht etwa nur das Recht, sondern die von Staat und Provinz formulierte Pflicht des Bonner Provinzialmuseums aus allen Teilen des ihm zugewiesenen Rayons […] Altertümer auszugraben, zu erwerben und in Bonn zu vereinigen. Wenn daher neuerdings gelegentlich in einzelnen lokalen Altertumsvereinen der Rheinprovinz in einem verzeihlichen Übereifer die Parole ausgegeben worden ist: ›Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden‹, so müssen wir eine solche Auffassung ganz entschieden als irrtümlich ablehnen. Wer solches ausspricht, der verstösst ganz einfach gegen eine von Staat und Provinzialverband gegründete Institution, gegen eine von Staat und Provinz angeordnete Tätigkeit.«[15]

Hier machte sich das Fehlen einer gesetzlichen Regelung in Preußen für Denkmalschutz im Allgemeinen und Ausgrabungen (also Bodendenkmalpflege) im Besonderen negativ bemerkbar, denn die Rechtsposition des Museumsdirektors Lehner war bei Weitem nicht so stark, wie er es in solch markanten Sätzen glauben machen wollte. Nicht umsonst klagte er in seiner Grundsatzrede: »Der

[8] Zur Heimatbewegung vgl. z. B. Karl Ditt, Die deutsche Heimatbewegung 1871–1945, in: Will Cremer / Ansgar Klein (Hrsg.), Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bd. 1, Bonn 1990, S. 135–154.

[9] Zu den Zahlen siehe Stefan Kraus, Die Entstehung und Entwicklung der staatlichen Bodendenkmalpflege in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Aichwald 2012, S. 184. Die Zahlen stammen aus Hugo Mötefindt, Verzeichnis der Sammlungen vor- und frühgeschichtlicher Altertümer Deutschlands, in: Korrespondenzblatt der deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte 48 (1917), S. 27–50.

[10] Friedrich Wilhelm Jerrentrup, Das Recht der Kulturdenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung des Landeskonservators, Diss. Münster 1956, S. 58.

[11] Zu dem Einfluss der Heimat- und Volksbildungsbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Museen vgl. Andreas Kuntz, Das Museum als Volksbildungsstätte. Museumskonzeptionen in der deutschen Volksbildungsbewegung zwischen 1871 und 1918, Marburg 1976.

[12] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2).

[13] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 381.

[14] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2)., S. 382.

[15] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 383.

Zustand muss aufhören, […] dass ein reichshauptstädtisches Museum heimlich prähistorische Altertümer in der Rheinprovinz ausgraben und zusammenkaufen lässt.«[16]

Erst 1914 wurde ein »Ausgrabungsgesetz« verabschiedet, das de facto den Provinzialmuseen ein Zugriffsrecht auf alle Funde der Provinz verschaffen sollte und das Recht auf freie Ausgrabungen abschaffte, zumindest solange die Vereine und Lokalmuseen keine fachlich adäquate Arbeit garantieren konnten.[17]

Zu bemerken ist, dass sich mit den Provinzialmuseen und den Heimatmuseen auch zwei grundsätzlich andere Denkweisen gegenüberstanden, die freilich beide bürgerlich-konservativen Ursprungs waren: die eher akademische Museumsidee auf der einen, eine romantisch inspirierte »Bewegung« auf der anderen Seite.

Theorie und Praxis. Köln, Essen, Duisburg

Der museumsstrukturelle Ansatz, den Lehner in seiner Rede 1907 dargelegt hat und in seiner Museumsarbeit stetig verfolgte, traf allerdings auf eine Wirklichkeit, die keineswegs seine Ansichten teilte. Lehners Anspruch, die Provinzialmuseen sollten die gesamte Geschichte und Kultur der Rheinprovinz museal repräsentieren und darin unbedingten Vorrang vor allen anderen Einrichtungen haben, wurde von den anderen Vereinen und Museen der Provinz nicht unkritisch akzeptiert.

Lehner musste von Anfang an zur Kenntnis nehmen, dass sein Konzept nicht das Stadtgebiet Köln umfassen konnte. So schränkte er bereits in seiner programmatischen Rede in Bezug auf Köln ein: »Etwas anderes ist es natürlich, wo die Vorbedingungen gegeben sind. So wird es mir nie in den Sinn kommen, dem Wallraf-Richartz-Museum in Cöln das Recht und die Pflicht, die stadtcölnischen römischen Inschriften und Skulpturen selbst zu sammeln, bestreiten zu wollen.«[18]

Lehner hatte um die Jahrhundertwende ein Abkommen zwischen der Provinz und der Stadt Köln erwirkt, das die archäologische und museale Zuständigkeit für Funde auf Kölner Stadtgebiet dem Wallraf-Richartz-Museum zusprach. Die Arbeit des Prähistorischen Museums in Köln war dagegen ein ständiger Streitherd. So schreibt Lehner 1912 an die Museumskommission:

»Es ist bei den Verhandlungen offenbar seitens der Stadt Cöln viel zu wenig berücksichtigt worden, dass schon seit zwölf Jahren ein auf meine Anregung entstandenes Privatabkommen zwischen dem Wallraf-Richartzmuseum in Cöln und dem Bonner Provinzialmuseum über die Abgrenzung der Erwerbungsbezirke besteht, dergestalt, dass Bonn völlig auf Ankäufe stadtkölnischer Funde verzichtet, wogegen das Cölner Museum keine ausserhalb Cöln's gemachten Funde erwirbt. Der Stadt Cöln war also durch dieses Abkommen die Möglichkeit gegeben, die stadtkölnischen Funde samt und sonders zu erwerben, so dass sie daraus seit 12 Jahren einen ganz erheblichen Nutzen gezogen hat. Denn es wäre mir bei meinen zahlreichen Verbindungen ein Leichtes gewesen, die schönsten Funde aus Cöln, die mir auch tatsächlich in grosser Menge angeboten worden sind, anzukaufen, während andererseits das Cölner Wallraf-Richartzmuseum solche Verbindungen in der Provinz nicht besass und besitzt, durch die es in der Lage wäre, uns da nennenswerte Konkurrenz zu machen. Wenn die Stadt Cöln also einerseits diesen vor allem für sie nützlichen Vertrag ruhig hinnimmt, andererseits aber den Provinzialmuseen auf prähistorischem Gebiete überall in der Provinz Abbruch tut, so ist sehr zu überlegen, ob jener Vertrag mit dem Wallraf-Richartzmuseum aufrecht erhalten werden soll.«[19]

Das Verhältnis der Stadtkölner zur Bodendenkmalpflege der Provinz und der einschlägigen Museen waren und blieben auch nach 1900 immer sehr kompliziert und Grund langer Auseinandersetzungen auf Verwaltungsebene.[20] Während nämlich in Köln für die provinzialrömische Archäologie das Wallraf-Richartz-Museum zuständig war, dessen fachliche Kompetenz von Lehner akzeptiert wurde, beanspruchte das Prähistorische Museum (später Kölner Museum für Vor- und Frühgeschichte) unter der Leitung seines Gründers Carl Rademacher, sein Tätigkeitsfeld auf die gesamte Rheinprovinz auszudehnen.

Einen anderen Fall stellt das Städtische Museum Essen dar, später Ruhrlandmuseum, heute Ruhr Museum.[21] Der erste Leiter dieses Hauses, der Chemiker Dr. Ernst Kahrs, entwickelte für sein Museum ein umfassendes Konzept mit dem Ziel, die gesamte Entwicklungsgeschichte des Ruhrgebiets – geologisch, paläontologisch, archäologisch und historisch – in seinem Haus zu präsentieren.

[16] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 390. So hat zum Beispiel der Altenrather Lehrer Carl Rademacher Ende des 19. Jahrhunderts im Auftrag der Vorgeschichtlichen Abteilung des Berliner Völkerkundemuseums den Niederrhein bereist und ohne behördliche Erlaubnis Grabhügel ausgegraben. Ähnlich ging er auch im Siegburger Raum vor (Kraus, Entstehung [Anm. 9], S. 104 f. und S. 134 f.).

[17] Vgl. Stefan Kraus, Die Entstehung des Preußischen Ausgrabungsgesetzes und seine Regelungen, in: Blickpunkt Archäologie 3 (2014), S. 59–64.

[18] Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 388.

[19] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR) 22889, Anträge des Provinzialmuseums Bonn an die Museumskommission vom 03.01.1912.

[20] Eine eigenständige Untersuchung des Verhältnisses der Kölner Museen und Bodendenkmalpflege zu den provinzialen Einrichtungen ist ein Desiderat.

[21] Zur Museumsgeschichte vgl. Patrick Jung, Ausgegraben. Archäologie im Ruhr Museum. Essen 2016.

Kahrs war seit 1899 Hauslehrer der Familie Krupp und seit 1910 erst ehrenamtlicher Leiter, dann von 1914 an hauptamtlicher Direktor des Städtischen Museums.[22] Vor seiner Zeit – das Haus war 1904 gegründet worden – waren die unterschiedlichen Interessen der Träger der Einrichtung der Grund, dass sich die Sammlung nicht recht entwickeln konnte. Während die Kunstabteilung, die sich später als Folkwang-Museum separierte, einen geradlinigen Kurs verfolgte, war unklar, ob die restlichen Abteilungen einen eher technisch-geschichtlichen, geologischen oder archäologischen Schwerpunkt herausstellen sollten. Die Stadtverwaltung übertrug Kahrs schließlich die Leitung des Museums, da er ein überzeugendes Programm entwickelt hatte. Dies »sah die Darstellung von Vorkommen, Gewinnung und Verwertung der heimischen Bodenschätze ›Kohle und Eisen‹ vor und die Sichtbarmachung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges im Revier anhand der Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse sowie der Wasserwirtschaft.«[23] Kahrs Hauslehrertätigkeit hatte ihm zudem die Türen potenter Geldgeber geöffnet, so dass er auch für die Finanzbeschaffung seines Museums der richtige Mann war.

Vielleicht war Essen für den Bonner Blick zu weit an der Peripherie der Rheinprovinz gelegen und mangels bedeutender römerzeitlicher Fundplätze auch fachlich uninteressant. Das änderte sich, als Kahrs mit seinen guten finanziellen Möglichkeiten plötzlich zu einem offenen Konkurrenten für Lehners Sammlungstätigkeit wurde.

In Niederbreisig, Kreis Ahrweiler, hatte sich die Familie Queckenberg schon seit Jahren in der Ausgrabungs- und Sammlungstätigkeit geübt.[24] Immer wieder war dies ein Thema in den Sitzungen der Museumskommission. In einem der Protokolle heißt es: »Direktor Lehner berichtet über die erneuten Ausgrabungen des Rentmeisters Queckenberg im Reg. Bez. Coblenz, bei denen er zum Teil in illoyaler auf Täuschung berechnender Weise dem Provinzialmuseum entgegenarbeitet. Direktor Krüger bestätigt den Bericht aus dem Reg. Bez. Trier. Das Vorgehen des genannten Schatzgräbers und seiner Hintermänner bringt angesichts der großen Geldmittel, über die er verfügt, eine große und bedenkliche Gefahr mit sich, abgesehen von der verhängnisvollen Preistreiberei.«[25] Das Wirken Queckenbergs und der Verkauf von Teilen seiner Sammlung ins Ausland waren Auslöser, die letztlich mit anderen Anstößen zusammen zum preußischen Ausgrabungsgesetz führen sollten. Im Jahr 1917 befand sich die zuvor durch Teilverkäufe geschrumpfte Sammlung des Postverwalters Friedrich Queckenberg, die zunächst in Niederbreisig aufbewahrt worden war, im Museum Essen.[26]

Kahrs hatte nie vor, die Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit seines Museums auf das Stadtgebiet Essen zu beschränken. Er wollte vielmehr »im gesamten Industrieraum an Ruhr und Emscher sowie den umliegenden Gebieten tätig sein. Er sah das von ihm konzeptionierte Haus von Anfang an als Regional- oder Landschaftsmuseum«.[27]

Da das Essener Museum mit diesem inhaltlichen Anspruch und seinen materiellen Möglichkeiten im Ruhrgebiet keine Konkurrenz zu befürchten hatte, erweiterte Kahrs bald das Tätigkeitsfeld zu einem »Sammlungspunkt musealer und wissenschaftlicher Bestrebungen im Industriegebiet«.[28] Kahrs grub in der Eifel, in Moers und Xanten, in Krefeld-Gellep, in Duisburg-Wedau und in Westfalen. Damit geriet das Essener Museum auch im Bereich der Ausgrabungstätigkeit in Konflikt mit den Bonner Ansprüchen.

Das Museum bündelte damit mehrere Aspekte des neu entstehenden politischen, geografischen und gesellschaftlichen Raumes, den wir heute Ruhrgebiet nennen. Es war damit selbst Teil einer Entwicklung, die im ursprünglichen provinzialen Museumskonzept nicht bedacht oder berücksichtigt worden war.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die neue Struktur der Bodendenkmalpflege gemäß dem Ausgrabungsgesetz und seinen Ausführungsbestimmungen zum Tragen kam, erhielt Kahrs von Hans Lehner als Staatlichem Vertrauensmann offizielle Grabungsgenehmigungen. Versuche, die Tätigkeit des Ruhrlandmuseums auf das Essener Gebiet zu beschränken, scheiterten. Aufgrund seiner nachgewiesenen Kompetenz (beziehungsweise der Kompetenz seines Teams, Kahrs selbst war kein Archäologe) konnten solche Genehmigungen kaum verweigert werden.[29]

Auch übernahm Kahrs sehr viele Grabungen in der Provinz Westfalen und überbrückte die vorindustriellen Provinzgrenzen. »Das Museum geriet so nahezu zwangsläufig in eine zentrale Funktion.«[30]

Dies geschah von Kahrs Seite sehr systematisch. Eine Basis für die weit über Essen ausgreifende Sammlungs-

[22] Zur Person Ernst Kahrs vgl. Erich Schumacher, Ernst Kahrs, der erste Direktor des Ruhrlandmuseums, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 94 (1979), S. 130–151.

[23] Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 135.

[24] Vgl. Siegfried Loeschcke, Versteigerung »Fränkischer Ausgrabungen« der »Sammlung Freiherr Geyr von Schweppenburg-Hönningen«, in: Germania 4, 1/2 (1920), S. 40–43.

[25] ALVR 22889, Sitzungsprotokoll rheinische Museumskommission vom 23.01.1912.

[26] Mötefindt, Verzeichnis (Anm. 9), S. 27–50., S. 36 f., Nr. 520 und 593. Laut Auskunft von Dr. Patrick Jung, Ruhr Museum Essen, dem ich für seine freundliche Unterstützung danke, liegen für die Zeit vor 1922 nur ausschnitthafte Erwerbungsunterlagen vor, so dass Mötefindts Angaben sich nicht bestätigen lassen.

[27] Jung, Archäologie (Anm. 21), S. 12.

[28] Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 136.

[29] Für seine Verdienste um die archäologische Forschung und bodendenkmalpflegerische Leistung wurde Ernst Kahrs 1935 zum korrespondierenden Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts ernannt (Jung, Archäologie [Anm. 21], S. 15).

[30] Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 143.

und Grabungstätigkeit bildete beispielsweise ein Vertrag, den die Stadt Essen mit der Emschergenossenschaft geschlossen hatte. Demnach gelangten alle paläologischen und archäologischen Funde, die auf den Baustellen der Emschergenossenschaft nicht nur in Essen zu Tage kommen sollten, automatisch in die Essener Sammlungsbestände.[31]

Dies widersprach zwar den Bonner Ambitionen voll und ganz, konnte aber nicht verhindert werden, da es den gesetzlichen Bestimmungen gemäß war. In einem Fragebogen, mit dem um 1929 die bestehende Museumslandschaft der Rheinprovinz erfasst werden sollte, wird das spannungsreiche Verhältnis des Essener Museums zu dem Bonner Provinzialmuseum deutlich, wenn unter dem Punkt »Anregungen und Wünsche« festgestellt wurde:

»Es wäre zu wünschen, daß dem Museum im Reg.-Bez. Düsseldorf seine Tätigkeit auf vor- und frühgeschichtlichen [sic] Gebiet in jeder Beziehung erleichtert würde, damit es ungehindert wie vor dem Kriege arbeiten kann und nicht tatenlos zusehen muß, wie für es wichtiges Material ungewertet zu Grunde geht. Der Museumsleiter würde evtl. als Vertrauensmann für den Reg.-Bez. Düsseldorf im Sinne des Ausgrabungsgesetzes zu wirken bereit sein.«[32] Offenbar wollte Kahrs sich von der Bonner Aufsicht durch den Staatlichen Vertrauensmann (Lehner) lösen.

Darüber hinaus führte die raumgreifende Tätigkeit des Essener Museums auch zu Konflikten mit anderen Museen und Archäologen. Vor allem Rudolf Stampfuß,[33] der Leiter des Hamborner Heimatmuseums – später nach dem kommunalen Zusammenschluss von Duisburg und Hamborn »Städtisches Heimatmuseum«, seit 1935 »Niederrheinisches Heimatmuseum« Duisburg genannt –, kritisierte immer wieder, dass Kahrs über die Essener Stadtgrenzen hinaus Ausgrabungen durchführen ließ, so auch in Oberhausen und Duisburg. So beschwerte sich Stampfuß 1932 beim Bonner Museumsdirektor Oelmann, dem Nachfolger von Hans Lehner, dass das Oberhausener Heimatmuseum bewusst versuche, »vorgeschichtliche Funde nicht zur Kenntnis der Behörden zu bringen« und vielmehr mit dem Essener Museum zusammenarbeite.[34] Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Stampfuß gegen den Vertrag des Essener Museums mit der Emschergenossenschaft gewandt, weil dadurch Funde aus Duisburg nach Essen gelangt und der Zuständigkeit Stampfuß' entzogen worden waren.[35] Stampfuß selbst versuchte 1931 ebenfalls, die Stellung eines Staatlichen Vertrauensmannes zu erreichen und das bisherige System damit zu sprengen.[36] Das Ausscheiden Lehners schien dafür ein günstiger Zeitpunkt zu sein.

Theorie und Praxis. Heimatmuseen

Gab es mit diesen relativ großen und fachlich kompetenten Museen in Köln, Essen und Duisburg-Hamborn schon ständige Reibungen, so bildeten die vielen kleinen, fachlich weniger qualifiziert betreuten Heimatmuseen ein weiteres Problem für die provinziale Museumsstruktur.

Nicht zuletzt in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wuchsen derartige Einrichtungen wie Pilze aus dem Boden[37] (Abb. 1). Dies geschah vor allem, nachdem die erste Depression nach dem Krieg überwunden und ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung eingetreten war.

Die vielen kleinen Heimatmuseen verhielten sich sehr unterschiedlich zu den Ansprüchen aus Bonn, manche kooperierten, andere zeigten sich durchaus widerspenstig. Die Häuser waren auch untereinander oft nicht einig und stritten um Befugnisse und Funde. So musste Lehner 1925 in einem Streit zwischen dem Aachener Suermondt-Museum, der Gemeinde Alsdorf und der Aachener Bergmannssiedlungsgesellschaft Stellung nehmen. Auf dem Gelände dieser Gesellschaft waren römische Funde aufgetaucht, die an das Aachener Suermondt-Museum abgeliefert wurden. Der Alsdorfer Bürgermeister verfügte allerdings aufgrund des Ausgrabungsgesetzes eine Beschlagnahmung der Funde, die Aachener Bergmannssiedlungsgesellschaft legte Widerspruch ein. Lehner gab ein Gutachten ab und sprach sich für den Verbleib der Funde in Aachen aus: »Ich bin grundsätzlich dafür, dass, wenn es sich nicht um Funde besonderer Art handelt, die für das Provinzialmuseum unentbehrlich sind, die Funde in ihrer Gesamtheit in Aachen verbleiben. Dagegen habe ich Bedenken, etwa in Alsdorf ein neues Heimatmuseum entstehen zu lassen, da durch die fortgesetzte Gründung neuer kleiner und kleinster Museen in kleinen Städten und Dörfern eine

[31] Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 109–111.

[32] ALVR 12582.

[33] Zur Person vgl. Christoph Reichmann, Rudolf Stampfuß (1904–1978). Seine Bedeutung für die Rheinische Heimatpflege vor 1945, in: Cilleßen (Hrsg.), Heimatliebe (Anm. 4) S. 93–117.

[34] ALVR 22939, Schreiben Stampfuß an Oelmann vom 21.11.1932.

[35] »Das Essener Museum hat einen alten Vertrag mit der Emscher-Genossenschaft, nachdem jeder von Arbeitern der Emschergenossenschaft im ganzen Bezirk gehobene Fund dem Essener Museum überwiesen wird. Dieser Vertrag ist vor dem Bestehen des Ausgrabungsgesetzes abgeschlossen worden und deshalb eigentlich nichtig. Da ich jetzt schon zum zweiten Mal auf Grund dieses Vertrages Reibereien mit dem Essener Museum hatte, weil Fundstücke, die auf Duisburg-Hamborner Boden von der Emscher-Genossenschaft gehoben wurden, dem Essener Museum überwiesen worden sind, habe ich von unserem Rechtsamt die rechtliche Stellung prüfen lassen und die geeigneten Schritte unternehmen, damit dieser unsinnige Vertrag aufgehoben wird.« (ALVR 11367, Schreiben Stampfuß an Busley vom 05.02.1931).

[36] ALVR 22939, Schreiben Stampfuß an Oelmann vom 28.05.1931.

[37] Grafik nach Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 260. Stand 1931. Die Zahlen stammen aus einem Memorandum »Planwirtschaft der Heimatmuseen im Regierungsbezirk Düsseldorf« 1931 (ALVR 11367).

Zersplitterung des Materials entsteht, welche jede wissenschaftliche Uebersicht ausschliesst, ganz abgesehen davon, dass in den kleinen Orten keine genügende Gewähr für eine dauernd gute Aufbewahrung und Behandlung solcher kleinen Fundgruppen gegeben ist.«[38]

Im Jahr 1928 beschreibt Lehner seine Bedenken gegen die Arbeit der kleinen Heimatmuseen: »Wir haben in der Rheinprovinz eine ganze Anzahl von Vereinsmuseen, die lediglich von den Beiträgen ihrer Vereinsmitglieder oder auch von Zuwendungen einzelner wohlhabender Gönner leben und an öffentliche Unterstützung gar nicht denken. Ihre Sammeltätigkeit ist meist mühe- und ziemlich kostenlos, denn es wird kräftig an den Lokalpatriotismus appelliert, die Eitelkeit der Ortseingesessenen ist eine vortreffliche Bundesgenossin, und wenn es dann, was meist sehr leicht ist, gelingt, den Bürgermeister des Ortes oder gar den Landrat des Kreises, in dessen Kreisstadt der Verein und sein Museum seinen Sitz hat, zu gewinnen, so ist ein neues Orts- und Kreismuseum fertig, welches nunmehr sogar auf Grund des § 8 des Ausgrabungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch auf Ablieferung der in dem betreffenden Orts- und Kreisgebiet gemachten Funde erhebt. Die Eigentümer, welche ›in der Verfügung über ihre Funde nicht beschränkt sind‹, solange gewisse im Gesetz vorgesehene Voraussetzungen nicht eintreten, werden von ihren Ortseingesessenen dahin bearbeitet, den Fund nur abzuliefern, wenn er am Ort selbst in dem Ortsmuseum verbleibt. Die Provinzialmuseen und Landesmuseen haben dann das Nachsehen. […] Die Sache wird von den Behörden wohlwollend oder zum mindesten lax und dilatorisch behandelt, da sie auf diesem Gebiet keine Konflikte mit ihren Orts- und Kreiseingesessenen wünschen oder mit einem solchen Entgegenkommen der Heimatliebe zu dienen glauben.«[39]

Das Bonner Museum versuchte, die Zusammenarbeit mit einigen Museen in seinem Sinn mittels Verträgen zu regeln, beispielsweise 1924/25 mit dem Altertumsverein Mayen, 1925 mit der Stadt Remagen und 1927 mit dem Kreis Neuwied. Gegenseitige Rechte und Pflichten wurden darin klar geordnet und gewisse Lücken des Ausgrabungsgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen ausgebessert.[40]

Diese blieben aber Einzelfälle. Die Spannungen in der Rheinprovinz gingen so weit, dass sogar der Provinziallandtag in einem Beschluss auf einen Ausgleich drängen musste: »Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die beiden Museen in Bonn und Trier sich in besserer, ständiger Verbindung mit den örtlichen Heimatmuseen halten und die örtlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Volksbildung durch die Veranstaltung von Wanderausstellungen, Hergabe von Dubletten und Abdrücken unterstützen«.[41]

Aufgrund des Beschlusses vom April 1927 nahm die Provinzialverwaltung die Betreuung der Heimatmuseen in die Hand. Auf ihre Initiative erfolgte am 23. November 1927 die Gründung des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen. Hierbei konnte man auf das Beispiel der Nachbarprovinz Westfalen zurückgreifen, wo bereits im Mai 1926 eine »Vereinigung Westfälischer Museen« ins Leben gerufen worden war.[42]

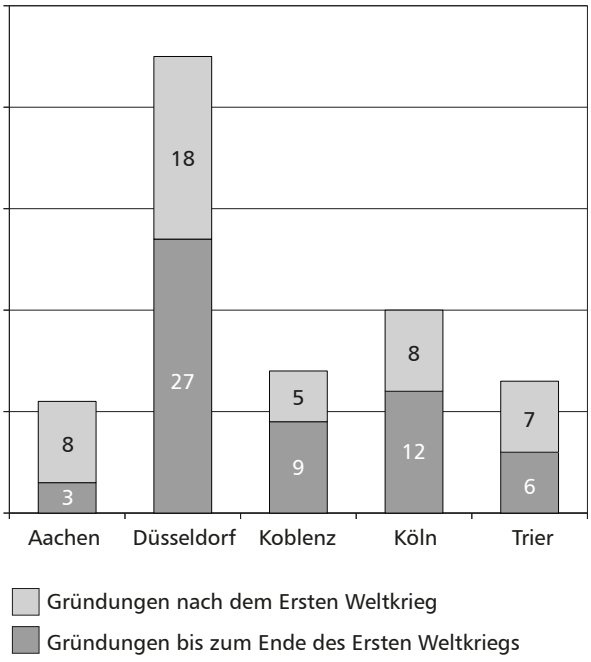

Abb. 1 Heimatmuseen im Rheinland, aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Stand 1931.

Nach wie vor litt die Museumslandschaft unter dem Gegensatz von Gelehrten- und Volksmuseum. Während Lehner weiter auf seinem Museumskonzept beharrte, entwickelten die Heimatmuseen Vorstellungen, die mit der bestehenden gesetzlichen Struktur nicht einhergingen. So wurde die von Lehner immer wieder betonte Regelung, dass die Heimatmuseen sich streng an ihre amtlichen Gebietsgrenzen zu halten hätten, von den Museen in Frage gestellt. Auf einer Arbeitssitzung des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen 1931 wurde die Forderung diskutiert: »Die Gebietsgrenzen sollten nicht nach

[38] ALVR 11307.
[39] Lehner, Heimatmuseum (Anm. 3), S. 22 f.
[40] Vgl. Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 256–259.
[41] Zitiert nach Reichmann, Stampfuß (Anm. 33), S. 59; vgl. auch Rudolf Stampfuß, Der Verband der Rheinischen Heimatmuseen in der Vergangenheit und Gegenwart. Das Ziel des Verbandes in der heutigen Zeit, in: Rheinische Heimatpflege, Neue Folge 1 (1964), S. 1–12 und S. 3 f.
[42] Vgl. Martin Griepentrog, Kulturhistorische Museen in Westfalen (1900–1950). Geschichtsbilder, Kulturströmungen, Bildungskonzepte. Paderborn 1998, S. 124–140.

den Amtsgrenzen […], sondern nach der kulturellen Einheit eines bestimmten Gebietes festgelegt werden.«[43]

Die Tatsache, dass der Kölner Archäologe Fritz Fremersdorf,[44] der Leiter der Römischen Abteilung des Wallraf-Richartz-Museums, vom Verband zum »Sachverständigen für Ausgrabungswesen« gewählt wurde, verstärkte Lehners Skepsis. Fremersdorf war bereits Staatlicher Vertrauensmann für Bodenaltertümer für das Stadtgebiet Köln. Lehner befürchtete, dass er nun im Rahmen seiner Verbandstätigkeit auch sein Arbeitsgebiet über die Kölner Stadtgrenzen hinaus ausdehnen würde.[45]

Geschichtsvereine, Heimatbewegung und auch die völkische Bewegung drängten auf Änderungen musealer Konzepte zur Stärkung von Heimat- und Nationalbewusstsein und bedrohten somit nicht nur die territoriale Seite der Museumsstruktur der Rheinprovinz, sondern auch die inhaltliche. Jedenfalls wurde die Forderung nach Volksbelehrung als genuinem Auftrag der Heimatmuseen immer lauter, die so ihre eigene Daseinsberechtigung in der öffentlichen Meinung festigten.

Neue Impulse zu Beginn der dreißiger Jahre

Wie konnte man aus diesem Dilemma herauskommen? Ein wesentlicher Faktor war die Pensionierung Hans Lehners. Als 1930 sein bisheriger Stellvertreter Franz Oelmann die Leitung des Bonner Museums übernahm, boten sich neue Wege der Verständigung.[46] Der Kölner Prähistoriker Herbert Kühn[47] bereiste 1932 die verschiedensten rheinischen Heimatmuseen und war vom Engagement der Museumsleiter ebenso begeistert wie enttäuscht von der mangelnden Hilfe durch die Provinzialmuseen. Offenbar hatte er sich die Sicht des Verbandes der Heimatmuseen zu eigen gemacht.[48] Am 7. Januar 1933 verfassten Gerhard Bersu (Direktor der Römisch-Germanischen Kommission)[49] und Herbert Kühn (Universität Köln) gemeinsam mit Franz Oelmann eine »Denkschrift betr. die Vorgeschichtsforschung in der Rheinprovinz«. Sie war an den Landeshauptmann gerichtet und sprach die Mängel der bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsregelungen offen an. Des Weiteren zielte sie auf die Kontrolle der Aktivitäten von Heimatmuseen und von lokalen Laien-Geschichts- und Vorgeschichtsforschern ab. Die Sprache ist durchaus undiplomatisch: »Die so schwierige Umbildung des dilettantischen Besserwissens in produktive Arbeit wird erreicht durch Kurse für die Pfleger, Leiter der Heimatmuseen und anderen Interessenten der Vorgeschichtsforschung«.[50] Als dann die Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung im nationalsozialistischen Sinn gleichgeschaltet wurde, konnte man relativ nahtlos an die Reformpläne der vergangenen Monate anknüpfen.

Die Neugestaltung des Provinzialmuseums Bonn, das bei dieser Gelegenheit auf den Namen »Rheinisches Landesmuseum Bonn« umgetauft wurde, war ein wesentlicher Teil der Erneuerungspläne, der nicht zuletzt mit der personellen Aufstockung des Mitarbeiterstabs des Museums verbunden war. Damit wurde es möglich, die örtlichen Museen intensiver von Bonn aus zu betreuen, ihnen Hilfe zukommen zu lassen und somit das Verhältnis teilweise zu entspannen. So hat Walter Kersten[51] zusammen mit Oskar Karpa[52] vom Verband der rheinischen Heimatmuseen im Herbst 1934 ein Fortbildungskonzept für Museumsleiter, Pfleger und alle an Heimatgeschichte Interessierten erarbeitet, das an verschiedenen Orten angeboten werden sollte.

Der nun weit besser gewährleisteten örtlichen Präsenz des Bonner Museums war es auch zu verdanken, dass manchmal Neugründungen von kleinen Heimatmuseen verhindert werden konnten, beispielsweise in Rhens,

[43] Zitiert nach Reichmann, Stampfuß (Anm. 33), S. 59f. Dagegen Lehner: »Ortsmuseen und Ortsvereine würden sich aber auch nicht nur an der Wissenschaft vergreifen, sondern zum eigenen Schaden das geschlossene Bild der örtlichen Kulturentwicklung oder Naturentwicklung zerstören und entstellen, wenn sie planlos weit über ihre Bannmeilen hinausgriffen und Gegenstände in ihre Sammlung hineinschleppten, welche in einem entlegenen Teil des Landes gefunden, unter anderen örtlichen Kultur- und Natureinflüssen entstanden, sozusagen einen anderen Dialekt reden als den einheimischen«. (Lehner, Heimatmuseum [Anm. 3], S. 9, dazu auch S. 11 f.).

[44] Zur Person vgl. Andrea Rottloff, Die berühmten Archäologen. Mainz 2009, S. 189–191.

[45] ALVR 11367, Aktennotiz Lehner über Besprechung Heimatmuseen Reg. Bez. Köln vom 19.03.1928.

[46] Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Museumsleiter Franz Oelmann. Ein Direktor in schwierigen Zeiten, in: Bonner Jahrbücher 216 (2016), S. 3–12.

[47] Zur Person vgl. Martina Schäfer, Herbert Kühn und die Gründerjahre des Kölner UFG-Instituts 1920–1935, In: Johann Callmer u. a. (Hrsg.), Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie als akademisches Fach (1890–1930) im europäischen Vergleich. Internationale Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 13.–16. März 2003, Rahden 2006, S. 117–126.

[48] ALVR 11399, Schreiben Herbert Kühn an Josef Busley vom 13.05.1932.

[49] Zur Person vgl. Werner Krämer, Gerhard Bersu – ein deutscher Prähistoriker, 1889-1964, in: Bericht der Römisch Germanischen Kommission 82 (2001), S. 5–104.

[50] ALVR 11399, Denkschrift betr. die Vorgeschichtsforschung in der Rheinprovinz vom 07.01.1933.

[51] Zur Person vgl. die Kurzbiographie in Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz. Kunst und Altertum am Rhein, Köln 1996, S. 195.

[52] Zur Person Karpas und seinem beruflichen Werdegang vgl. Martin Roth, Heimatmuseum und nationalpolitische Erziehung, in: Helge Gerndt (Hrsg.), Volkskunde und Nationalsozialismus. Referate und Diskussionen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde München, 23. bis 25. Oktober 1986, München 1987, S. 185–199, hier S. 190.

[53] ALVR 11399, Schreiben Walter Kersten vom 08.02.1935.

Kreis Koblenz, wo es Museumspläne aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gab, die in den dreißiger Jahren konkret werden sollten. In Gesprächen mit den Beteiligten und dem Ortsbürgermeister gelang es Kersten, einen anderen – altbekannten – Weg zu gehen: »Der Amtsbürgermeister ging auf meinen Vorschlag ein, sämtliche Bodenfunde dem Landesmuseum zur Verfügung zu stellen, wenn sich dieses verpflichtet, Ersatz in Photos und Nachbildungen zu stellen.«[53]

Das bedeutete allerdings nicht, dass die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit Lokalmuseen aus Sicht des Bonner Museums beendet gewesen wären. Es gab weiterhin Streitigkeiten über den Verbleib von Fundstücken, die Kooperation war fallweise sehr schwierig. Aber die neue konzeptionelle Stärke des Bonner Museums, die personelle Ausstattung, die es erlaubte, den Ansprüchen auch Taten folgen zu lassen, und die Rückendeckung des »starken Mannes« der rheinischen Kulturpflege, Landesrat Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt,[54] ließen jetzt keinen Zweifel mehr an der hierarchischen Museumskonzeption der Rheinprovinz aufkommen.

Ergebnis

Die museale Konzeption der Rheinprovinz war im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert ganz auf die beiden Provinzialmuseen fixiert, zum einen, weil sie die Prestigeobjekte der Provinz waren und von ihr und dem Staat Preußen finanziert wurden, zum anderen weil private Einrichtungen diese geradezu gefordert hatten und es keine nennenswerte »Museumsszene« darüber hinaus gab, die man hätte berücksichtigen müssen.

Dies änderte sich, als eine wachsende Zahl von kulturgeschichtlichen Museen in der Rheinprovinz entstand und diese eigene Konzepte, Grabungs- und Sammlungstätigkeiten entwickelten. Sie wurden so zu Konkurrenten der großen Provinzialmuseen.

Diese beanspruchten weiterhin die Vorrangstellung. Während das Ausgrabungsgesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen zunächst eine Regelung darstellte, die die Stellung der Provinzialmuseen zu stärken schien, erwiesen sie sich in der Praxis aber als ungenügend, denn sie ließen Freiräume für andere Museen neben und durchaus in Konkurrenz zu ihnen. Unabhängig von dieser formalen Ebene verpassten die Provinzialmuseen gesellschaftliche Entwicklungen, die sich auch im Museumswesen widerspiegelten. Erst der Modernisierungsschub der dreißiger Jahre – verstärkt durch die nun herrschende nationalsozialistische Ideologie – regelte das Verhältnis, ohne es abschließend zu lösen.

Dr. Stefan Kraus, Daniel-Luft-Weg 35, 46147 Oberhausen, stefan.kraus@historikerkraus.de

[54] Zur Person vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920 – 1945. Tagung im Forum Vogelsang, Schleiden, 14.–16. Mai 2012, Köln 2013, S. 49–65.

Bildrechte. Abb. 1 LMB, Ausführung Martin Pütz. Die Daten nach Kraus, Entstehung (Anm. 8), S. 260.

Summary. Shortly before and until 1900 the provincial museums in Bonn and Trier, supported by the Prussian state, dominated over the then flourishing private historical associations in the Rhine province. The increase in the number of cultural-historical museums led to competition, especially in collecting and excavation activities. Legal regulations often tried in vain to secure the priority of provincial museums. It was not until the 1930s that the increase in the number of staff at the Bonn Museum to look after the smaller museums of local history eased the situation somewhat, without, however, leading to a general solution.

Résumé. Peu avant et jusqu'en 1900, les musées provinciaux de Bonn et de Trèves, soutenus par l'Etat prussien, dominaient les associations historiques privées qui prirent un essor dans la Province rhénane à cette époque. L'augmentation du nombre de musées d'histoire culturelle créa une concurrence, en particulier dans les domaines de la collection et des fouilles. Les règlements juridiques tentaient souvent en vain d'accorder la priorité aux musées provinciaux. Ce n'est qu'à partir des années 1930 que l'augmentation du personnel au Musée de Bonn chargé de s'occuper de petits musées d'histoire locale détendit un peu la situation, sans toutefois aboutir à une solution générale.

Resümee. Kurz vor und bis 1900 dominierten die vom preußischen Staat getragenen Provinzialmuseen in Bonn und Trier gegenüber den seinerzeit blühenden privaten historischen Vereinen und Verbänden in der Rheinprovinz. Durch den Zuwachs an kulturhistorischen Museen entstand Konkurrenz, vor allem in der Sammlungs- und Grabungstätigkeit. Gesetzliche Regelungen versuchten oft vergeblich, den Vorrang der Provinzialmuseen zu sichern. Erst in den dreißiger Jahren lockerte die personelle Aufstockung im Bonner Museum zur Betreuung der kleineren Heimatmuseen die Situation etwas, ohne jedoch zu einer allgemeinen Lösung zu führen.

Britta Olényi von Husen und Marcus Leifeld

Das Wallraf-Richartz-Museum

Ein rheinisches Kunstmuseum in der Zeit des Nationalsozialismus

Ohne Zweifel gehörte das Wallraf-Richartz-Museum zu den bedeutenden Kultureinrichtungen in der Rheinprovinz (Abb. 1).[1] Hier begegneten einander Kuratoren, Kunsthändler und Kunstsammler, interessierte Bürger, lokale NS-Amtsträger und Parteifunktionäre, Vertreter von Reichsministerien und überregionalen Kulturverbänden – allesamt mit ganz unterschiedlichen Erwartungen an das Museum und ganz unterschiedlichen Strategien, um ihre Interessen zu verwirklichen. Erst aus dieser Gemengelage kristallisierte sich die Personal-, Ankaufs- und Ausstellungspolitik heraus, die im Folgenden dargelegt wird.[2]

Erste zentrale und bestimmende Person für das Wallraf-Richartz-Museum im Nationalsozialismus war Wilhelm Ebel (1891–1942), der nach den Kommunalwahlen in Köln am 12. März 1933 als Beigeordneter mit der Leitung des Amtes für Kunst und Kultur betraut wurde. Ebel, lange Zeit einziges NSDAP-Mitglied im Rat der Stadt Köln, hatte schon in der Weimarer Republik immer wieder gegen die vermeintliche »Verjudung der Kultur« gehetzt.[3]

Mit der ihm eigenen Vehemenz und Unerbittlichkeit ging Ebel nach seiner Berufung die »Säuberung« des Kulturbereiches im nationalsozialistischen Sinne an. Bereits Ende März beurlaubte er prominente jüdische Kunsthistoriker wie Alfred Salmony (1890–1958) aus dem Museum für asiatische Kunst, Elisabeth Moses (1894–1957) sowie Karl With (1891–1980) aus dem Kunstgewerbemuseum.[4] Weitere jüdische Mitarbeiter wurden mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 entlassen[5], zudem die Zusammenarbeit mit jü-

[1] Siehe zum Folgenden den Aufsatz von Marcus Leifeld, der die Grundlage für den Vortragstext bildete: Das Wallraf-Richartz-Museum in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Thomas Ketelsen / Jasmin Hartmann (Hrsg.), Provenienz Macht Geschichte. Ankäufe deutscher Zeichnungen des 19. Jahrhunderts im Nationalsozialismus, Köln 2015, S. 11–22. Zum Wallraf-Richartz-Museum in der Zeit des Nationalsozialismus vgl. auch: Ute Haug, Köln und die zeitgenössische bildende Kunst im »Dritten Reich«, in: Geschichte in Köln, Nr. 47 (2000), S. 71–106; Rainer Budde, Das Wallraf-Richartz-Museum und seine Sammlungen, in: Wallraf-Richartz-Museum Köln. Von Stefan Lochner bis Paul Cézanne. 120 Meisterwerke der Gemäldesammlung, Köln und Mailand 1986, S. 9–30; Britta Scherer, Ein Kunstmuseum in der NS-Zeit. Das Wallraf-Richartz-Museum in Köln, Köln, unveröffentl. Magisterarbeit an der Universität zu Köln, 2005; Katja Terlau, Das Wallraf-Richartz-Museum und seine Ankaufpolitik 1933–1945. Vorläufiger Forschungsbericht, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 62 (2001), S. 277–292; dies., Das Wallraf-Richartz-Museum in der Zeit zwischen 1933–1945, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933–1945. Kolloquium vom 11. und 12. Dezember 2001 in Köln. Die eigene Geschichte. Provenienzforschung an deutschen Kunstmuseen im internationalen Vergleich. Tagung vom 20. bis 22. Februar 2002 in Hamburg, Bd. 2, Magdeburg 2002, S. 21–29.

[2] Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Galerie der Gemälde und Skulpturen sowie auf das Kupferstichkabinett des Wallraf-Richartz-Museums, nicht aber auf die römische Abteilung.

[3] Nicola Wenge, Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Köln 1918–1933, Mainz 2005, S. 168, 225, 368, 399, und S.135-206. Vgl. zu Ebel auch: Marcus Leifeld, Der Kölner Karneval in der Zeit des Nationalsozialismus. Vom regionalen Volksfest zum Propagandainstrument der NS-Volksgemeinschaft, Köln 2015, S. 71–76.

[4] Westdeutscher Beobachter vom 25. März 1933; Bettina Mosler, Elisabeth Moser. Kunsthistorikerin der Adenauerzeit in Köln. Auf der Suche nach einer verlorenen Biographie, in: Kölner Museums-Bulletin, 4 (1999) S. 33–37; Hartmut Walravens, Salmony, Alfred, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 22, Berlin 2005, S. 386 f.; Ulrike Wendland, Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler, München 1999, Teil 2, S. 768–790; Ute Haug, Der Kölnische Kunstverein im Nationalsozialismus. Struktur und Entwicklung einer Kunstinstitution in der kulturpolitischen Landschaft des »Dritten Reichs«, Diss. Aachen 1998, S. 32.

[5] Die städtischen Museen hatten in diesem Zusammenhang Mitteilungen über die »Beschäftigung von Juden oder von mit jüdischen Personen verheirateten Mitarbeiter[n]« zu machen. Die Unterlagen im Historischen Archiv der Stadt Köln (im Folgenden: HA StK) liegen nach dem Einsturz nicht vor. Everhard Kleinertz (Bearb.), Akten der Kulturverwaltung der Stadt Köln 1880–1930, Bd. 1, Köln 2005, S. 63.

[6] Britta Bopf, »Arisierung« in Köln. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden 1933–1945, Köln 2004, S. 64.

dischen Geschäftspartnern mit Verfügung vom 22. März 1933 untersagt.[6]

Aktiver Teil der »Säuberung« war Otto H. Förster (Abb. 2). Nach dem lange geplanten Abschied von Ernst Buchner aus dem Wallraf[7] am 1. März 1933 war Förster durch Intervention von Ebel am 1. April zunächst kommissarisch, dann Ende August offiziell mit der Leitung des Museums betraut worden.[8] Beide hatten sich zwar persönlich zuvor nicht kennengelernt[9], doch erschien Förster für einen Neubeginn im Sinne der Nationalsozialisten prädestiniert, da er nicht nur als Mitarbeiter seit 1921 die Bestände sehr gut kennengelernt hatte, sondern in der »Systemzeit« immer wieder mit Vertretern der Kulturinstitutionen und mit Konrad Adenauer aneinandergeraten war.[10] Nur einen Monat nach seiner Berufung trat Förster in die NSDAP ein,[11] schmiedete dann vor allem Koalitionen gegen Konkurrenten im Kulturbereich, um seine Position in einer Phase zu sichern, als die Situation einem »Hexenkessel« glich, wie der Kunsthistoriker Hans Wilhelm Hupp (1896–1943) im Mai formulierte[12]. Im Wallraf-Richartz-Museum selbst war die Stimmung vergiftet, Förster entließ das von seinem Vorgänger Buchner geförderte Personal[13] und stellte seinen fortan wichtigsten Mitarbeiter und späteren Leiter des Kupferstichkabinetts Helmut May (1906–1993) ein.[14] Von großem Nutzen war für Förster in dieser Situation und auch später seine weitverzweigte Vernetzung in die einflussreichen Kreise der städtischen Gesellschaft. Über seine Frau Antonie Johanna war er mit den Kölner Familien Camphausen, Deichmann, Herstatt, von Mallinckrodt, vom Rath, von Schnitzler und von Stein verbunden.[15] Auch stand er in Kontakt mit Freiherr Kurt von Schröder, der in wichtigen Fragen der Kulturpolitik Einfluss nahm.[16]

In diese frühe Zeit der Umbrüche fiel die Ausgrenzung von rund zwanzig jüdischen Kollegen, die Förster in seine Wohnung einlud und dabei eine weitere Zusammenarbeit mit ihnen als nicht möglich bezeichnete.[17] Dieses Vorgehen bedauerte er wohl selbst, sah es als ein notwendiges Übel des nationalen Aufbruchs an. Gleichzeitig machte er einen Teil der Juden, also jüdische Unternehmer, die er als »Schacherer und Wucherer galizischer Herkunft« diffamierte, für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen der zwanziger Jahre verantwortlich.[18] Stadt und städtisches Museum auf der einen und Parteikreise auf der anderen Seite hatten hier in der Personalpolitik allerdings in der Folgezeit unterschiedliche Auffassungen. 1938 stellte Förster mit Lotte Brand Philipp (1910–1986) eine Volontärin jüdischer Herkunft ein, die 1941 emigrieren musste. Nach dem Tod seiner ersten Frau Tony heiratete Förster am 9. Juni 1970 die in Amerika tätige Brand Philipp.[19] Zentraler Berater für Förster war zudem Josef Haubrich, der wegen seiner jüdischen Ehefrau unter beruflichen und sonstigen Repressalien litt.[20] Andere Kulturschaffende, darunter die Kunsthistoriker Andreas Becker

[7] Kölnische Zeitung, 30.07.1932; Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 69.

[8] Otto H. Förster ist am 13.11.1894 in Nürnberg geboren. In erster Ehe war er verheiratet mit Antonie (gen. Tony), geb. Schnitzler (seit dem 14.02.1925), in zweiter Ehe mit Lotte Johanna, geb. Brand (seit dem 09.06.1970). Zu Förster vgl. Horst-Johannes Tümmers / Horst Vey, Otto H. Förster, 1894–1975, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 38 (1976) S. 7–16; Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 20–29; Heinz Ladendorf / Horst Vey, Mouseion. Studien aus Kunst und Geschichte für Otto H. Förster, Köln 1960; HA StK 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Carl Schulz, Köln, den 30.08.1933; HA StK 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Karl Koetschau, Köln, den 01.09.1933; Gerhard Dietrich, Museum für Angewandte Kunst, Köln, Chronik 1888–1988, Köln 1988, o. S. [1933].

[9] Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 26.

[10] HA StK 1232, Nr. 401, S. 11 und S. 27; HA StK 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Otto Föster an Peter Winkelnkemper, Köln, den 26.11.1933; HA StK 1232, Nr. 401, S. 27 f.

[11] Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 23: HA StK Acc 1745, Nr. 2, ungez. Bll., NSDAP-Gaukartei, Otto H. Förster. Vgl. dazu auch die Entnazifizierungsakte mit falschen Angaben Försters zu seinem Eintritt in die NSDAP. Landesarchiv Duisburg, NW 1049–16936. Vgl. dazu auch den Zeitzeugenbericht von Victor Odenthal, Mitarbeiter im Amt für Kunst und Volksbildung, in: Horst Matzerath (Bearb.), Vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich. Kölner erinnern sich an die Jahre 1929–1945, Köln 3. Aufl. 1987, S. 73–75.

[12] HA StK 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Hans Hupp an Otto Förster, Düsseldorf, den 19.5.1933.

[13] HA StK, 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Briefentwurf Otto Förster an Bürgermeister (?), Köln, den 29.06.1933; Esther Tisa Francini, Im Spannungsfeld zwischen privater und öffentlicher Institution. Das Städelsche Kunstinstitut und seine Direktoren 1933–1945, in: Uwe Fleckner und Max Hollein (Hrsg.), Museum im Widerspruch. Das Städel und der Nationalsozialismus, Berlin 2011, S. 93–145, hier S. 105 f.

[14] Landesarchiv Duisburg NW, 1048, Nr. 32/164.

[15] Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 27; Kölnische Zeitung, 14.06.1937, Morgenblatt, Nr. 240, S. 4.

[16] HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Kurt von Schröder, o. O., 04.03.1942 [Entwurfskopie].

[17] Jimmy Ernst, Nicht gerade ein Stilleben. Erinnerungen an meinen Vater Max Ernst, Köln 1985, S. 110 f.; Eva Weissweiler, Notre Dame de Dada. Luise Straus-Ernst. Das dramatische Leben der ersten Frau von Max Ernst, Köln 2016, S. 231 f.

[18] HA StK 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Charles Du Bos, Köln, den 25.05.1933.

[19] Ulrike Wendland, Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler, München 1999, Teil 1, S. 64–66; Festschrift zum 75. Geburtstag: William W. Clark u. a. (Hrsg.), Tribute to Lotte Brand Philip. Art Historian and Detective, New York 1985.

[20] Birgit Kilp, Josef Haubrich. Ein Anwalt der Kunst. Der Kölner Rechtsanwalt, Politiker und Sammler (1889–1961) im Spiegel von Dokumenten, Zeitzeugenberichten und Selbstzeugnissen, Köln 2016, bes. S. 38–49; HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Josef Haubrich, o. O., 06.01.1942; Haug, Kunstverein (Anm. 4), S. 68.

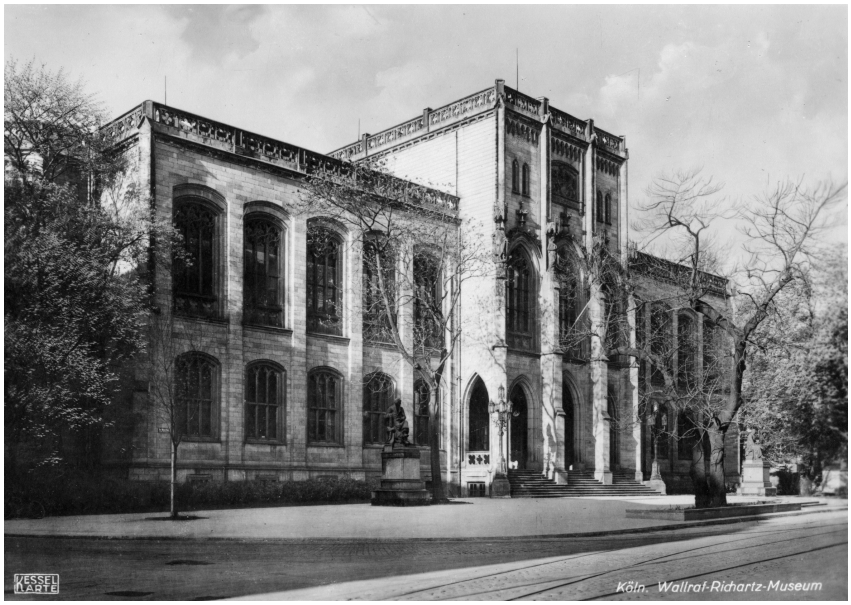

Abb . 1 Das Wallraf-Richartz-Museum in Köln, 1935.

(1894–1972)[21] und Hans Peters (1906–1962)[22], fanden während des Krieges trotz ihres nicht regimekonformen Verhaltens im städtischen Kriegsschädenamt eine Existenzsicherung.

Frühestens im Sommer 1933 konnte sich Förster konzeptionell mit der inhaltlichen Ausrichtung des Wallraf-Richartz-Museum beschäftigen. Starke Impulse kamen dabei sicherlich nicht aus dem Kulturdezernat. Der Kunsthistoriker Walter Karl Zülch (1883–1966), der Nachfolger Ebels, konnte sich als Nichtkölner lediglich bis in den Januar 1934 im Amt behaupten[23], alle folgenden Dezernenten waren fachfremd.[24]

Die kulturpolitischen Ziele waren im städtischen Verwaltungsbericht deutlich formuliert. Das Museum sollte einen aktiven Part an der Schaffung der NS-Volksgemeinschaft übernehmen, »möglichst allen Schichten des Volkes Anteil an den geistigen Gütern vermitteln, die in den Kunstwerken verkörpert sind.«[25] Förster intensivierte dazu die Ausstellungstätigkeit, angereichert durch musikalische und literarische Beiträge[26] und durch (ehrenamtliche) Führungen.[27]

Vor allem aber strebte Köln als Kultur- und Wirtschaftsmetropole am Rhein mit dem Ausbau der Gemäldesammlung eine kulturelle Vormachtstellung im Westen des Deutschen Reiches an.[28] Dabei stand Köln in Rivalität zu verschiedenen rheinischen Großstädten. Dieser Konkurrenzsituation suchte man im Sommer 1934 zu begegnen. Auf Einladung des Düsseldorfer Kulturdezernenten Horst Ebel fanden sich die Museumsdirektoren und Kulturdezernenten der Städte Köln, Aachen, Wuppertal und Duisburg-Hamborn zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch sowie zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft rheinischer Kunstmuseen zusammen, an der auch Krefeld seine Mitarbeit zugesagt hatte. Gemeinsam sollte die Kultur im deutschen Westen gefördert werden. Dabei wurden Möglichkeiten der Propaganda erörtert, der Austausch von Einzelsammlungen sowie der Aufbau des Bildarchivs der Stadt Köln zur Zentralbildstelle für die rheinischen Museen als konkrete Ziele formuliert. Bereits im Vorfeld des Treffens hatten Verhandlungen zur Zusammenarbeit mit Vertretern der Provinzialverwaltung stattgefunden.[29]

[21] Landesarchiv Duisburg, Bestand NW 1048, Nr. 40/168 (Entnazifizierungsakte Andreas Becker).
[22] Haug, Kunstverein (Anm. 4), S. 37.
[23] Verwaltungsbericht der Stadt Köln, 1933/34, bearb. u. hrsg. vom Statistischen und Einwohneramt, Köln 1935, S. 14.
[24] Wilhelm Niemeyer, Beigeordneter für Schule und Kultur von Anfang 1934 bis 1937, war Lehrer. Julius Ludwig, von 1937 bis 1945 Beigeordneter für Kunst und Kultur, Volkswirt. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Nachlass Julius Ludwig; Kilp, Haubrich (Anm. 20), S. 37.
[25] Verwaltungsbericht der Stadt Köln, 1933/1934 (Anm. 23), S. 84. Siehe zu den hier formulierten Zielen auch die Aussagen Otto Försters im Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 01.04.1933 bis zum 30.11.1935: Otto H. Förster, Wallraf-Richartz-Museum, Köln. Die Tätigkeit des Wallraf-Richartz-Museums (Gemäldegalerie und Kupferstichkabinett) vom 1. April 1933 bis 30. November 1935, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 9 (1936) S. 265–279, hier S. 268.
[26] Verwaltungsbericht der Stadt Köln, 1933/1934 (Anm. 23), S. 84 f.; Förster, Wallraf-Richartz-Museum (Anm. 25), S. 270.
[27] Verwaltungsbericht der Stadt Köln, 1933/1934 (Anm. 23), S. 85; Förster, Wallraf-Richartz-Museum (Anm. 25), S. 269 f.
[28] Verwaltungsbericht der Hansestadt Köln, 1934/35, bearb. u. hrsg. vom Statistischen und Einwohneramt, Köln 1935, Geleitwort.
[29] Westdeutscher Beobachter, 26.06.1934.
[30] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR), Kulturabteilung der Rheinischen Provinzialverwaltung, Akte 12760.

Mit diesen scheint Förster sich in diesen Jahren sonst nur wenig ausgetauscht zu haben. Die Einflussnahme Heinz Haakes (1892–1945), Landeshauptmann der Rheinprovinz, und Hans-Joachim Apffelstaedts als Kulturreferent der Provinzialverwaltung auf das Wallraf-Richartz-Museum erfolgte eher indirekt. So hatte die Provinzialverwaltung als Mitglied des Vereins der Freunde des Wallraf-Richartz-Museums Gelegenheit, auf das Kölner Museum einzuwirken.[30] Die »Provinz« war regelmäßig bei Ausstellungseröffnungen zugegen.

Präsent war sie auch durch kulturpolitische Vorträge in Köln. So hielt Apffelstaedt beispielsweise am 13. Februar 1939 im Kölnischen Kunstverein zur Kulturpolitik der Rheinprovinz eine Rede, die ohne Zweifel auch von Förster wahrgenommen wurde.[31] In diesem Vortrag und auch bei anderen Gelegenheiten ging es aber wohl vor allem um das Haus der Rheinischen Heimat, um rheinische Heimatmuseen, um den sogenannten Trierplan und um die römisch-germanische Vergangenheit in der Provinz. Entsprechend beschwerte sich Otto Förster bei seinem Stiefsohn Karl vom Rath (1915–1986) darüber, dass Apffelstaedt bei seinen Besuchen im Wallraf-Richartz-Museum stets Fritz Fremersdorf als Leiter der römischen Abteilung besuchte und sich mit ihm abstimmte, mit Förster aber nicht.[32] Lediglich bei der Beschlagnahmung und Verteilung der Kunstwerke aus der Sammlung der Familie Thyssen 1939/40 wurde das Wallraf-Richartz-Museum von Apffelstaedt in die Planungen mit einbezogen. Das Wallraf mit seiner italienischen Sammlung und das Kunstgewerbemuseum sollten alle italienischen Gemälde, eine Büste von Desiderio da Settignano sowie weitere italienische Figuren aus der Sammlung überwiesen bekommen. Allerdings sahen sich die Kölner Museen auch dabei übervorteilt, wurden sie doch im Gegensatz zu den Museen in Essen und Bonn vor vollendete Tatsachen gestellt.[33]

Der Anspruch auf Vormachtstellung des Wallrafs im Westen machte sich jedenfalls weniger in den jährlichen Ankaufsetats bemerkbar als vielmehr in spektakulären Erwerbungen, wie etwa im Februar 1936 die Übernahme der Sammlung Adolf von Carstanjen mit bedeutenden Werken von Rembrandt, Franz Hals und anderen niederländischen Meistern des siebzehnten Jahrhunderts.[34] Die gesamte Sammlung wurde nach einer umfassenden Renovierung des Museumsgebäudes 1936 in neuen, modern gestalteten Räumen präsentiert.[35]

Zu den Erwerbungen bis 1936 gehörten ebenso Kunstwerke des Expressionismus beziehungsweise der gemäßigten Moderne.[36] In den Jahren von 1933 bis 1937 kamen unter Förster bei einer Gesamtzahl von 127 Erwerbungen einunddreißig Gemälde und Skulpturen damals lebender Künstler hinzu.[37] Wie im gesamten Reich stand in Köln die Frage nach der Bewertung des Expressionismus entweder als Verfallserscheinung oder als zeitgemäße Kunstform im germanisch-völkischen Sinne im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Insbesondere Helmut May setzte sich vehement für den Expressionismus ein.[38] Er schlug Förster brieflich vor, »die Sparte: Moderne Kunst« zu übernehmen.[39] Zu diesem Zeitpunkt hielt May sich in Berlin auf, wo er die Sammlung zeitgenössischer Kunst im Kronprinzenpalais kennenlernte und sich intensiv mit dem kommissarischen Museumsleiter Alois Schardt austauschte, einem der wichtigsten Verfechter des nordischen Expressionismus.[40] Entsprechend wird May die treibende Kraft im Museum gewesen sein, beispielsweise im November 1934 »Selbstbildnisse deutscher Künstler der Gegenwart« mit Arbeiten der Expressionisten Emil Nolde, Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner auszustellen.[41] Auch wird May den Erwerb grafischer Arbeiten dieser Künstler bis 1936 initiiert haben.

[31] Westdeutscher Beobachter, 13.02.1939; Haug, Kunstverein (Anm. 4), S. 555.

[32] HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Karl vom Rath, [Köln], [29.10.1942] [Entwurfskopie].

[33] Letztlich erhielten die Museen Kölns 1940 insgesamt achtzehn Kunstobjekte aus der Sammlung Thyssen als Leihgaben vom Land Preußen überwiesen. Übergabebestätigung, Mülheim-Speldorf, den 24.02.1940. Siehe hierzu den Aufsatz von Johannes Gramlich im vorliegenden Band sowie ders., Die Thyssens als Kunstsammler. Investition und symbolisches Kapital (1900–1970), Paderborn 2015, S. 191 f.

[34] Die Sammlung befand sich bereits seit 1928 als Leihgabe im Museum. Verwaltungsbericht der Hansestadt Köln, 1935/36, bearb. vom Statistischen und Einwohneramt, Köln 1936, S. 64.

[35] Wallraf-Richartz-Museum der Hansestadt Köln. Gemälde Galerie [sic!]. Wegweiser und Verzeichnis, Köln 1936, S. 13. Die zur Eröffnung des Museums im Juni 1936 eingerichtete Sonderausstellung zum Werk des Kölner Malers Stefan Lochner wurde von 70.000 Besuchern begeistert aufgenommen. Terlau, Wallraf-Richartz-Museum (Anm. 1), S. 35.

[36] Einzelne Nationalsozialisten hatten bereits in der Weimarer Republik gefordert, sich vor allem Dürer, Grünwald und die Romantiker zum Vorbild zu nehmen. Westdeutscher Beobachter, 12./13.11.1932.

[37] HAStK 1433, Nr. 56, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Klaus Graf Baudissin, Köln, den 12.08.1937, Blatt II.

[38] Markus Lörz, Neuere deutsche Kunst. Oslo, Kopenhagen, Köln 1932. Rekonstruktion und Dokumentation, Stuttgart 2008, S. 385–401.

[39] HA StK Best. 1232, Nr. A46, ungez. Bll., Brief Helmut May an Otto Förster, Berlin, den 06.09.1933.

[40] Timo Saalmann, Kunstpolitik der Berliner Museen 1919–1959, Berlin 2014, S. 170–172; Jörg Grabowski, Alois Schardt und die Nationalgalerie. Eine Episode der Akten des Zentralarchivs der Staatlichen Museen zu Berlin, in: Ders., Leitbilder einer Nation. Zur Geschichte der Berliner Nationalgalerie. Für das Zentralarchiv – Staatliche Museen in Berlin hrsg. von Petra Winter, Köln 2015, S. 185–192.

[41] Dietrich, Museum (Anm. 8), o. S. [1934].

[42] Westdeutscher Beobachter, 14.03.1935, Abend-Ausg.

[43] Westdeutscher Beobachter, 08.03.1935, Abend-Ausg.

Der Kampf gegen die Moderne erfolgte zunächst vor allem seitens der NSDAP und durch das NS-Organ »Westdeutscher Beobachter«. Der Gauabteilungsleiter Peter Schmidt übte heftige Kritik an Ausstellungen der Moderne im Kölnischen Kunstverein.[42] Der Kulturredakteur Otto Klein berichtete gleichzeitig intensiv über Beschlagnahmungen von Werken des »Kulturbolschewismus« in Berlin im März und April 1935 und verlangte auch in Köln ein vehementes Vorgehen gegen Vertreter der Moderne.[43]



Abb. 2 Otto H. Förster, Direktor des Wallraf-Richartz-Museums in der Zeit des Nationalsozialismus.

Die mit solchen Artikeln verbundenen Drohungen und die allgemein festzustellende Radikalisierung der Kunstpolitik[44] führten dazu, dass das Wallraf-Richartz-Museum keine weiteren öffentlichkeitswirksamen Ausstellungen zur Moderne durchführte. Das Kupferstichkabinett zeigte dann im August 1935 »Deutsch heißt volkstümlich«.[45] Und wohl aus taktischen Gründen war die ›Galerie der Lebenden‹ mit Expressionisten im zweiten Obergeschoss des Wallraf zur feierlichen Neueröffnung 1936 nicht rechtzeitig fertiggestellt.[46]

Schritte zur endgültigen Verdrängung der Moderne erfolgten 1936 und 1937. Alarmiert durch eine Kulturrede Hitlers[47] auf dem Reichsparteitag 1936 erkundigte sich Förster am 7. November 1936 telefonisch bei Regierungsrat Heinrich Schwarz vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, welche Künstler der vergangenen Jahrzehnte abzuhängen seien oder ob die ›Galerie der Lebenden‹ ganz zu schließen sei. Er erhielt den Rat, bis zur Verkündung von Richtlinien alles unverändert zu lassen.[48]

Wie die meisten seiner Kollegen veräußerte Förster in einer Art vorauseilenden Gehorsams bereits vor 1937 Werke der Moderne: Hierzu zählen sowohl eine Arbeit von Max Liebermann als auch ein Werk von Karl Hofer. Probates Mittel waren in diesem Zusammenhang Tauschgeschäfte.[49]

Am 6. Juli 1937 und an weiteren Terminen wurden dann schließlich 45 Gemälde, 143 Aquarelle und Zeichnungen sowie 295 druckgrafische Blätter und acht Mappenwerke im Rahmen der Aktion »Entartete Kunst« im Wallraf beschlagnahmt.[50] Einige der konfiszierten Werke wurden in der Ausstellung »Entartete Kunst« in München vom 19. Juli 1937 an gezeigt.[51] Unter dem Gemälde »Hyäne in der Nacht« von Hans Jürgen Kallmann war für jeden Besucher zu lesen: »angekauft 1936 Wallr.Rich.Mus. Köln«[52] – zumindest indirekt eine Kritik an der Ankaufspolitik des Kölner Museums. Begleitet wurden diese öffentlichen Anfeindungen auf Reichsebene durch entsprechende Artikel in der Kölner Presse. So schrieb der »Westdeutsche Beobachter« am 23. Juli 1937 von der »Dummheit von Galerie- und Museumsleitern«, die unter dem Druck »jüdischer Kunstmeinungen« »entartete Kunst« gekauft hätten. Darunter sei auch das Wallraf-Richartz-Museum.[53] Vor allem aber hatten sich Otto Förster und mit ihm reichsweit sämtliche Museumsdirektoren für ihre Ankaufs- und Ausstellungpolitik schriftlich gegenüber dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu rechtfertigen.[54] In zwei Schreiben an das Ministerium vom

44 Vgl. dazu Nicole Roth, »Schwere Verstümmelung und sehr merkbare Rangminderung der Sammlung«. Die Beschlagnahme »entarteter« Kunstwerke im Städel 1936–1937, in: Uwe Fleckner / Max Hollein (Hrsg.), Museum im Widerspruch. Das Städel und der Nationalsozialismus, Berlin 2011, S. 201–240 und S. 201 f.

45 Dietrich, Museum (Anm. 8) o. S. [1934, 1935].

46 Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 41.

47 Ebenda, S. 14: Deutsche Allgemeine Zeitung, 05.11.1936.

48 HA StK 1433, Nr. 56, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Heinrich Schwarz, Köln, den 22.07.1937.

49 Hausarchiv Wallraf-Richartz-Museum, Gemälde Abgänge + Skulpturen, Haushaltsjahr 1934 (Liebermann, Inv. WRM 1186); 1936 (Hofer, Inv. WRM 1214).

50 Terlau, Wallraf-Richartz-Museum (Anm. 1), S. 36; Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 34 f.; Christoph Zuschlag, »Entartete Kunst«. Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland, Worms 1995, S. 361; Agnes von der Borch, Die nationalsozialistischen Aktionen »Entartete Kunst« in Köln und anderen Orten Deutschlands, in: Gerhard Kolberg (Hrsg.), Die Expressionisten. Vom Aufbruch bis zur Verfemung, Ostfildern-Ruit 1996, S. 296–298; Uta Gerlach-Laxner, Die »Entartete Kunst« im Wallraf-Richartz-Museum und die Kunstpolitik der Nationalsozialisten, in: Kölner Museums-Bulletin, 4 (1987), S. 13–23.

51 Scherer, Kunstmuseum (Anm. 1), S. 14; Zuschlag, »Entartete Kunst« (Anm. 50), S. 177.

52 Mario-Andreas von Lüttichau, Die Ausstellung »Entartete Kunst«, München 1937. Eine Rekonstruktion, in: Stephanie Barron (Hrsg.), »Entartete Kunst«. Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland, München 1992, S. 45–82 und S. 62 f.

53 Heinrich Hoerle, Leben und Werk. Text und Werkkatalog von Dirk Backes, Köln 1981, S. 126 f.; Westdeutscher Beobachter, 23.7.1937, Abend-Ausg.

54 HSTAK 1433, Nr. 56, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Heinrich Schwarz, Köln, den 22.07.1937.

55 Ebenda; Brief Otto Förster an Klaus Graf Baudissin, Köln, den 12.08.1937.

22. Juli und 12. August 1937 weist Förster jegliche Kritik zurück. Sämtliche von der Kommission beanstandete Künstler seien Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste, einige mit Preisen ausgezeichnet, andere von nationalsozialistischen Kreisen gefeiert worden.[55]

Als Reaktion auf die endgültige reichsweite Verdammung der Moderne initiierte Förster 1937 die Ausstellung »Neuerwerbungen deutscher Kunst von 1933 bis 1937« mit Werken von der altdeutschen Malerei bis zur Kunst des 19. Jahrhunderts, wie sie auch vom NS-Staat propagiert wurden.[56] Zudem ließ er in enger Abstimmung mit dem NS-Oberbürgermeister der Stadt Köln und der Stadtverwaltung endgültig die ›Galerie der Lebenden‹ schließen.[57] Und trotzdem: Die Stadt Köln warb in ihren Broschüren durchaus mit moderner Kunst eines Hubert Berke[58], das Wallraf nahm mit Wissen der Stadtobrigkeit im Juli 1941 die Sammlung Haubrich mit Werken der »entarteten Kunst« auf, um sie vor den Zerstörungen des Bombenkrieges zu retten[59] und noch 1942 sah sich Peter Schmidt gezwungen, gegen Sammlerkreise vorzugehen, bei denen Werke von Otto Dix wieder in Mode geraten waren.[60]

Hatte Otto Förster im Wallraf-Richartz-Museums in der Phase von 1935 bis 1937 weitgehend dem reichsweiten Druck zur Verdrängung der Moderne nachgegeben, suchte die Stadt in der Folgezeit eine einheitliche Museumspolitik zu betreiben. Dazu berief sie im Dezember 1937 Dr. Adolf Feulner (1884–1945), bis dahin Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums und des Museums für Kunsthandwerk in Frankfurt, zum Generaldirektor der kunstgewerblichen Museen (Kunstgewerbemuseum, Museum für ostasiatische Kunst, Schnütgen-Museum).[61] Er wurde damit beauftragt, das gesamte städtische Museumswesen in Zusammenarbeit mit den anderen Kölner Museumsleitern zu reorganisieren.[62] Die Römische Abteilung des Wallrafs sollte dabei mit dem Museum für Vor- und Frühgeschichte vereinigt werden. Gleichzeitig zielte man auf eine Aufwertung der grafischen Sammlung. Das Wallraf sollte zu einer repräsentativen deutschen Bildergalerie weiterentwickelt werden[63], die Kölner Museen insgesamt eine internationale Ausstrahlung erhalten. Der »Westdeutsche Beobachter« schrieb dazu: »Daß die große Bedeutung der Kölnischen Kunstschätze und des Kölner Museumswesens bisher nicht in dem wünschenswerten Maße über den Rahmen des Rheinlandes hinausgedrungen ist, lag in erster Linie an der so verschiedenartigen Ueberlieferung der Kölner Museen und dem sich daraus ergebenden Mangel an einheitlicher Führung.«[64] Allerdings waren die finanziellen Mittel dazu zunächst beschränkt, wie Feulner anführt.[65]

Die entsprechenden Erwerbungen konnte das Wallraf-Richartz-Museum dann mit Kriegsbeginn und Besetzung der Niederlande sowie Frankreichs weitgehend ohne Beschränkungen vehement verfolgen. Es ging nun um die Sicherung von Beständen gegen die Folgen von Bombentreffern, in einem hohen Maß aber auch darum, die Sammlung des Hauses durch Erwerbungen in den besetzten Gebieten wesentlich zu erweitern und Köln als Kunstmetropole im Westen des Reiches gegen die Konkurrenz benachbarter rheinischer Städte zu etablieren. Feulner setzte sich in diesem Zusammenhang beim

[56] Vgl. hierzu Rheinische Blätter. Deutsche Kulturpolitische Zeitschrift im Westen, 14. Jg. (1937) Heft 9, S. 51–54.
[57] Wallraf-Richartz-Museum. Gemälde Galerie [sic!]. Wegweiser und Verzeichnis, Köln 1938, S. 10 f. und S. 24.
[58] Köln am Rhein, hrsg. vom Oberbürgermeister der Stadt Köln, Köln 1937.
[59] HA StK 1369, Nr. A30, ungez. Bll., Quittung über den Empfang der Aquarelle, Zeichnungen etc., Köln, Helmut May, 10.07.1941; Liste »Aquarelle, Zeichnungen etc. aus dem Besitz Dr. jur. Josef Haubrich, Köln-Marienburg, Eugen Langen Str. 29«.
[60] Westdeutscher Beobachter, 7.2.1942, Abend-Ausg.
[61] Westdeutscher Beobachter, 18.12.1937, Morgen-Ausg.; Westdeutscher Beobachter, 21.12.1937.
[62] Westdeutscher Beobachter, 18.12.1937, Morgen-Ausg.; Westdeutscher Beobachter, 21.12.1937.
[63] Die feierliche Einführung fand am 07.03.1938 im Hansa-Saal des Rathauses statt. Westdeutscher Beobachter, 08.03.1938, Morgen-Ausg.; Haug, Kunstverein (Anm. 4), S. 244.
[64] Westdeutscher Beobachter, 18.12.1937, Morgen-Ausg.
[65] Westdeutscher Beobachter, 8.3.1938, Morgen-Ausg.
[66] HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Freiherr Kurt von Schröder, o. O., 04.03.1942 [Entwurfskopie].
[67] Ebenda.
[68] Ebenda.
[69] Ebenda. Siehe insgesamt zu den Erwerbungen des Wallraf-Richartz-Museums im besetzten Frankreich: Britta Olényi von Husen / Marcus Leifeld, Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum an der westlichen Grenze des Deutschen Reiches und der Kunsthändler Hildebrand Gurlitt, Onlinepublikation, einsehbar unter: https://www.kulturgutverluste.de/Content/01_Stiftung/DE/Veranstaltungsnachlese/2017/Vortrag-Olenyi-von-Husen-Leifeld.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
[70] HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Freiherr Kurt von Schröder, o. O., 04.03.1942 [Entwurfskopie].
[71] HA StK 1232, Nr. A47, ungez. Bll., Brief Otto Förster an Stadtdirektor Liebering, o. O., 20.04.1942.
[72] Étienne Bignou, Hugo Engel, Martin Fabiani, Hildebrand Gurlitt, Marcel Laloé, Jacques Legenhoek, Jacques Mathey (?), Maurice Renou & Pierre Colle, Gustav Rochlitz, André Schoeller und Adolf Wüster (alle Paris).
[73] Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud, Hausarchiv, Inventarbuch.
[74] Vgl. zur sogenannten Rhineland-Gang: Nikola Doll, Die »Rhineland-Gang«. Ein Netzwerk kunsthistorischer Forschung im Kontext des Kunst- und Kulturgutraubes in Westeuropa, in: Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933–1945, hrsg. von der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Magdeburg. 2., erw. Aufl., S. 63–90.
[75] HA StK 5082 [Chroniken und Darstellungen], Paul Klein, Beiträge zu einer stadtkölnischen Finanzgeschichte, Teil 3, Köln, 1956, S. 38 f.
[76] Vgl. u. a. HA StK, Acc. 177/2, Bl. 61 f. Brief Rudolf Siedersleben an Otto Förster, Köln, den 31.07.1943.

Oberbürgermeister für den Ankauf hochwertiger Gemälde ein.[66] Da es zudem nur wenig Gelegenheit gab, die städtischen Gelder zu investieren, ließ dieser den Museumsdirektor Förster im März 1941 wissen, dass er zunächst zwei Millionen Reichsmark für die Ankäufe von Kunstwerken zur Verfügung stelle.[67] Auf dieser Grundlage erwarb Förster zunächst am 1. Juli 1941 beim Berliner Kunsthaus Lange fünf Gemälde für den Preis von 298.000 Mark. Einen Monat nach der Berliner Auktion reiste Förster im Auftrag des Oberbürgermeisters in die Niederlande, um dort weitere Werke anzukaufen.[68]

Seit Herbst 1941 wurden der Museumsdirektor und sein Mitarbeiter Helmut May auf dem Pariser Kunstmarkt aktiv. Dazu reisten sie selbst dorthin, nahmen Kontakt mit Vertretern des militärischen Kunstschutzes auf, um zu erfragen, ob Ankäufe aus den in Paris (von Juden) beschlagnahmten Kulturgütern möglich seien und beauftragten Kunsthändler damit, Objekte für das Museum zu erwerben. Eine größere Anzahl von Erwerbungen erfolgte auf diese Weise im Herbst und Winter 1941, ein erster besonders großer Wurf für das Wallraf-Richartz-Museum durch den Ankauf eines Konvolutes von Gemälden bei dem hier tätigen Händler Hildebrand Gurlitt im Dezember 1941. Das Museum suchte nämlich qualitätsvolle Werke als Gegengaben für ein Kreuzigungsbild von Matthias Grünewald, das man aus der niederländischen Sammlung Frans Koenigs (1881–1941) zu ertauschen beabsichtigte. Das interne städtische Verfahren lief nicht durch die Hände der sonst für Ankäufe zuständigen Museumskommission, sondern nahm den Weg über den Oberbürgermeister, den Stadtkämmerer und abschließend den Gauleiter.[69]

Das Wallraf erwarb so schließlich durch Gurlitt in diesem einen Handel insgesamt acht Meisterwerke französischer Künstler des neunzehnten Jahrhunderts für einen Betrag von einer Million Reichsmark. Letztlich verblieben die französischen Werke in Köln und wurden nicht zum Tauschgeschäft verwendet. Förster bemühte sich darum zu betonen, dass keine Gefahr einer Beanstandung wegen »Entartung« bestände – Renoir habe die beiden entsprechenden Bildnisse des Neuankaufs bewusst »unvollendet«, ohne Ausführung der Einzelheiten belassen.[70] Stand bis dahin die Gelegenheit, auf dem Pariser Kunstmarkt beliebige Objekte zu erwerben, im Vordergrund, entwickelte Förster im Frühjahr 1942 eine deutlich gezieltere Ankaufs- und Ausstellungspolitik: Vier Courbets wurden als Gegenstücke zum Frühwerk des in Köln geborenen Wilhelm Leibl, vier Renoirs als Pendants zum Spätwerk Leibls angesehen und damit die positive Wirkung der französischen Kunst des neunzehnten Jahrhunderts auf deutsche Künstler dokumentiert. Gleichzeitig konnte man, so die Vorstellung, die bis dahin konkurrenzlose Sammlung französischer Kunst in Essen übertrumpfen.[71]

Das erfolgreiche Millionengeschäft war der Auftakt für die weitere intensive Zusammenarbeit zwischen dem Wallraf und Gurlitt, die sich auch in den Ankaufszahlen widerspiegelt: 273 Gemälde hat das Museum zwischen 1933 und 1945 erworben, davon siebenundneunzig Bilder seit 1940 und davon wiederum dreiundvierzig (fast die Hälfte) in Frankreich, dreiunddreißig Werke (ein Drittel) im Deutschen Reich sowie einundzwanzig Werke (ein gutes Fünftel) in den Niederlanden. Insgesamt waren elf Kunsthändler an den Ankäufen in Frankreich beteiligt,[72] wobei Gurlitt bei insgesamt siebenundzwanzig Werken der Käufe als Vermittler oder Verkäufer involviert war.[73]

Das Landesmuseum in Bonn und die Provinzialverwaltung sah man in diesem Zusammenhang eher als Konkurrenten. Ein gemeinsames Vorgehen in den besetzten Gebieten mit der sogenannten Rhineland-Gang um Apffelstaedt, Alfred Stange als Ordinarius des Kunsthistorischen Instituts in Bonn, Franz Rademacher als Leiter der Gemäldesammlung in Bonn, und den Düsseldorfer Kunsthändler Bammann ist nicht festzustellen.[74] Zwar stand auch Förster in geschäftlicher Beziehung zu Bammann, aber als Teil des Kommunikations- und Einflussnetzwerks insbesondere in Bezug auf den Erwerb von Kulturgütern im von deutschen Truppen besetzten Westen kann er nicht bezeichnet werden.

Zur Finanzierung der Ankäufe während des Krieges standen Förster insgesamt drei Millionen Reichsmark an Barmitteln aus der städtischen Kasse zur Verfügung. Hinzu traten der Verkaufserlös von insgesamt 612 Depotbildern, schließlich erhebliche Entschädigungsgelder für Fliegerschäden vom städtischen Kriegsschädenamt.[75] Durch ein engmaschiges Netz von Sammlern und Stiftern war es Förster dabei möglich, auch kurzfristig Mittel in Millionenhöhe von Kölner Großunternehmern für Ankäufe zur Verfügung gestellt zu bekommen.[76]

Insgesamt wird mit Blick auf das Kölner Wallraf-Richartz-Museum deutlich, dass das Aushandeln von organisatorischen wie inhaltlichen Fragen ein zentrales Element der Kulturarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus war. Übliche Strukturen und Abläufe, wie etwa beim Ankauf von Kunstwerken waren zumindest zum Teil außer Kraft gesetzt oder in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund strebte das Kölner Museum als Profiteur der im Dritten Reich vorhandenen Möglichkeiten ein Fortkommen und eine Aufwertung an. Eine zukünftige weitergehende Analyse dieser Prozesse des Aushandelns ist von großer Bedeutung für die Bewertung des Handlungsspielraumes der Museumsleitung und auch deren Handeln selbst.

Dr. Britta Olenyi von Husen und Dr. Marcus Leifeld,
Referat für Museumsangelegenheiten der Stadt Köln,
Richartzstr. 2–4, 50667 Köln,
britta.olenyivonhusen@stadt-koeln.de und
marcus.leifeld@stadt-koeln.de

Bildrechte. Abb. 1 Stadtkonservator Köln, Foto Schmölz. – Abb. 2 Rheinisches Bildarchiv.

Summary. During the Nazi era, the Wallraf-Richartz-Museum in Cologne was in competition with museums in other Rhenish cities such as Düsseldorf or Bonn. The museum's cultural supremacy was therefore to be highlighted by the extensive expansion of its collection of paintings. The museum director Otto H. Förster played a decisive role in these plans since August 1933. While modern art had a high status until 1936, it was displaced especially after the »Degenerate Art« campaign in the summer of 1937. Instead, since the early 1940s more and more works of art from the West were purchased, with Museum Director Förster and art dealers such as Hildebrandt Gurlitt participating in the purchase. Between 1933 and 1945, the Wallraf-Richartz-Museum acquired 273 paintings.

Résumé. A l'époque nazie, le Wallraf-Richartz-Museum de Cologne était en concurrence avec des musées d'autres villes rhénanes telles que Düsseldorf ou Bonn. La suprématie culturelle du musée devait donc être soulignée par l'expansion considérable de sa collection de peinturea. Depuis août 1933, le directeur du musée, Otto H. Förster, joua un rôle décisif dans ces plans. Alors que l'art moderne occupa encore une place privilégiée jusqu'en 1936, il fut déplacé surtout après la campagne »Entartete Kunst« (art dégénéré) en été 1937. Depuis le début des années 1940, par contre, de plus en plus d'œuvres d'art occidentales furent achetées, avec la participation du directeur du musée Förster et de marchands comme Hildebrandt Gurlitt, par exemple. Entre 1933 et 1945, le musée Wallraf-Richartz acquit 273 tableaux.

Resümee. Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum stand während der NS-Zeit in Konkurrenz zu Museen in anderen rheinischen Städten wie Düsseldorf oder Bonn. Die kulturelle Vormachtstellung des Hauses sollte daher durch den umfangreichen Ausbau der Gemäldesammlung hervorgehoben werden. Einen entscheidenden Anteil an diesen Plänen hatte seit August 1933 der Museumsleiter Otto H. Förster. Während die Kunst der Moderne noch bis 1936 einen hohen Stellenwert besaß, wurde sie vor allem nach der Aktion »Entartete Kunst« im Sommer 1937 verdrängt. Stattdessen kaufte man seit den beginnenden vierziger Jahren verstärkt Kunstwerke aus den im Westen besetzten Gebieten, wobei Museumsdirektor Förster sowie Kunsthändler wie Hildebrandt Gurlitt vor Ort am Ankauf beteiligt waren. Zwischen 1933 und 1945 erwarb das Wallraf-Richartz-Museum 273 Gemälde.

Katrin Hieke

Vom Rheinischen Museum zum Haus der Rheinischen Heimat

Ein vergessenes Stück Museumspolitik in Köln 1925 bis 1956

Am 21. Mai 1936 eröffnete Propagandaminister Joseph Goebbels am Deutzer Rheinufer in Köln, gegenüber dem Kölner Dom, das Haus der Rheinischen Heimat. Der Einladung, so wurde berichtet, waren neben den Spitzen der Staats- und Gemeindebehörden, der Wehrmacht, der Partei sowie Vertretern des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auch zahlreiche Leiter der Heimatmuseen des Rheinlandes gefolgt, die »mit Bewunderung und Staunen die Eindrücke in sich aufnahmen, die ihnen die Schau des neuen Hauses vermittelte«.[1] Die Presse hatte schon zuvor die Hoffnung geäußert, das Museum möge nach seiner endgültigen Fertigstellung »das bedeuten [...] auf kulturellem Gebiet, was das Deutsche Museum in München auf dem Gebiet der Technik bedeutet«.[2]

Der Eröffnung ging eine zehnjährige Planungszeit voraus. Den Impuls zur Gründung des Museums gaben die Jahrtausendfeiern der Rheinlande 1925, in deren Rahmen auch die große Jahrtausendausstellung der Rheinlande in den Kölner Messehallen stattfand. Bereits am Eröffnungstag sprachen Paul Clemen, erster Provinzialkonservator der Rheinprovinz, und der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer von der Idee, die Ausstellung in einem Rheinischen Museum zu musealisieren und damit deren identitätspolitische Aufgabe zu verstetigen.[3] Die Kultur- und Bildungspolitik Adenauers stand in engem Zusammenhang mit der kommunalen und regionalen Wirtschafts- und Tourismusförderung. Beweggründe für ein stärkeres Befassen mit Fragen der Kultur und Bildung waren daneben in außenpolitischer Hinsicht die Gegenwehr zur französischen Kulturpropaganda, innenpolitisch der Kampf mit der preußischen Verwaltung um Beibehaltung der Selbstverwaltungsaufgaben vor allem auch im Bildungsbereich.[4] Seine Modernisierungsmaßnahmen mit der Neugründung der Universität an der Spitze schlossen auch die städtischen Museen mit ein. Diese galten als Elemente der Kulturpolitik, in der sie als Bildungseinrichtungen in weiteste Kreise der Bevölkerung wirken sollten.

Mit Planung und Aufbau des Museums wurde der Historiker Wilhelm Karl Ludwig Ewald betraut. Ewald, zuvor erster hauptamtlicher Leiter des Städtischen Museums Neuss sowie des Neusser Stadtarchivs, war gemeinsam mit dem Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske für die Organisation der Kölner Jahrtausendausstellung verantwortlich gewesen. Seit Anfang 1925 hatte er außerdem die Leitung des Historischen Museums der Stadt Köln inne.[5]

[1] Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR), Nr. 12619, [Ro.:] Haus der Heimat am deutschen Strom, in: Westdeutscher Beobachter, 22.05.1936.

[2] ALVR 11327, Sesam, öffne dich: Das Rheinische Museum sperrt auf, in: Kölnische Volkszeitung, 13.09.1935.

[3] Historisches Archiv der Stadt Köln (künftig: HAStK), Best. 902, Nr. 194/3, Bl. 780, zit. nach Wieland Münker, Planung und Ausführung des »Hauses der Rheinischen Heimat« 1935–1943. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte in Köln, Köln 2003 (unveröff. schriftl. Hausarbeit, Historisches Seminar, Universität Köln), S. 14; HAStK, Best. 902, Nr. 287, Bl. 1, zit. nach Kurt Düwell, Universitäten, Schulen und Museen. Adenauers wissenschafts- und bildungspolitische Bestrebungen für Köln und das Rheinland (1917–1932), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Festgabe d. Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 167–206, hier S. 198. Ausführlich zur Geschichte des Museums vgl. Katrin Hieke, Im Spannungsfeld von Politik, Innovation und Tradition. Das Rheinische Museum / Haus der Rheinischen Heimat in Köln 1925–1956, Berlin 2018.

[4] Vgl. Düwell, Universitäten (Anm. 3), S. 169.

[5] Zu Wilhelm Ewald vgl. Max Tauch, Ein Kölner Museumsmann: Wilhelm Ewald (1878–1955), in: Kölner Museums-Bulletin 4 (1988), S. 32–37; Max Tauch, Vor 50 Jahren verstorben: Wilhelm Ewald – Erster Neusser Museumsdirektor, in: Jahrbuch für den Kreis Neuss (2005), S. 94–103.

[6] ALVR, Nr. 11327, Wilhelm Ewald, Denkschrift für den Ausbau des Rheinischen Museums [1926]. Eine vollständige Abschrift findet sich in Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), Anhang 1, S. 305–317.

Im Frühjahr 1926 legte Wilhelm Ewald seine Denkschrift für den Aufbau des Rheinischen Museums – wie es in der Planungsphase genannt wurde – vor und damit ein überaus ambitioniertes Museumskonzept.[6] Das Haus sollte erstmals die gesamte kulturelle Entwicklung der Rheinlande von den Anfängen bis zur Gegenwart präsentieren. Damit sollte es nachholen, »was man von den Provinzial-Museen erwarten sollte: eine für alle Epochen gleichmäßige Pflege der Kultur der rhein. Vergangenheit.«[7] Konzeptionell setzte es durch Interdisziplinarität neue Akzente: Wirtschaft, Kultur und Kunst sollten gleichberechtigt und in verschränkter Perspektive ebenso zur Darstellung kommen wie der Zusammenhang von Natur und Kultur. Gemeinsam mit einer volkskundlichen Orientierung an Alltagswelten griff der Plan damit wichtige programmatische Ansätze der zeitgenössischen Heimat- und Volksbildungsbewegung auf. Darüber hinaus ergänzte er sie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts nicht zuletzt im Rahmen der großen rheinischen Ausstellungen wie der Jahrtausendausstellung 1925 in Köln, der Großen Ausstellung für Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge und Leibesübungen (GESOLEI) 1926 in Düsseldorf und der internationalen Presse-Ausstellung Pressa 1928 in Köln mit verstärkt in Erscheinung getretenen und museumsfähig gemachten sozialen und wirtschaftlichen Themen einschließlich ihrer spezifischen Darstellungsmodi.[8] Das Museum sollte mittels Schausammlung sowie angegliederten Instituten mit Studiensammlungen sowohl der Volksbildung als auch der wissenschaftlichen Arbeit dienen und damit zu einer »Zentrale für alle wissenschaftlichen und pädagogischen Bestrebungen«[9] im Rheinland werden.

Hinsichtlich des Arbeitsgebietes orientierte sich das Konzept am gleichzeitig im Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde entwickelten Kulturraumkonzept.[10] Es stand für einen Wechsel des Forschungsinteresses von der politischen Territorial- und Institutionengeschichte hin zur regionalen Wirtschafts- und Alltagsgeschichte. Ausschlaggebend für die Darstellungen im Rheinischen Museum sollten also nicht die administrativen Grenzen der Provinz sein, wie bis dahin etwa für Provinzialmuseen üblich, sondern die jeweiligen fachspezifischen Raumbeziehungen.

Reaktionen im fachlichen und kulturpolitischen Umfeld

Von Beginn an polarisierte das Konzept; auch die Reaktionen der Fachwelt wie der Politik auf diese politisch induzierte Museumsgründung waren kontrovers. In Köln goss sie Öl ins Feuer der ›Kölner Museumskrise‹, die von bestehendem Raum- und Personalmangel sowie immer neuen Überlegungen zur Strukturierung der Museumslandschaft geprägt war.[11]

In der Provinzialverwaltung wurden die Planungen für dieses Museum genau verfolgt. Seine guten Beziehungen und Ämter nutzend, versuchte Adenauer, von der Provinzialverwaltung vor allem finanzielle Unterstützung zu erhalten, ohne inhaltlich oder administrativ das Heft aus der Hand geben zu müssen.[12] Im Frühjahr 1926 räumte Landeshauptmann Johannes Horion ein, dass die Gründung eines Rheinischen Museums »von einer gewissen grundsätzlichen Bedeutung für die Bestrebungen der Heimat- und Denkmalpflege der Rheinprovinz«[13] sei. Allerdings sei ihm der Plan noch nicht reif und könne zudem Begehrlichkeiten bei den zahlreich entstandenen Heimatmuseen anderer rheinischer Städte wecken.[14] Adenauer empfand jedoch »die Kölner Absichten nicht richtig beurteilt«, denn keineswegs handele es sich hier um »die Errichtung eines Heimatmuseums in der Art, wie sie jetzt in zahlreichen Städten und Gemeinden entstehen.« Das geplante Museum sei vielmehr »eine allgemein rheinische Angelegenheit«.[15]

Ähnliche Stimmen kamen auch aus der Provinzialverwaltung selbst: Der Provinzialkonservator Edmund Renard etwa betonte, dass die Stadt Köln mit dem Museum »eine grosse ideelle Leistung gewissermassen für das gesamte Rheinland«[16] erbringe. Statt Konkurrenz sah er durch die zentrale Bildstelle oder geplante Wanderausstellungen eine wichtige Unterstützung der kleineren Heimatmuseen, wenn auch fraglich sei, ob deren »vielfach recht dilettantische⟨n⟩ und eigenwillige⟨n⟩ Leiter«[17] dies zu würdigen wüssten. »Wenn demgegenüber ein so umfassendes und grosszügiges Unternehmen in gut geleiteter Form auftritt, so wird eine Unterstützung dieses grossen Rheinischen Museums für die Provinzialverwaltung kaum zu umgehen sein.«[18]

7 ALVR, Nr. 11327, Schreiben [Wilhelm Ewald] an Amt 2 [o. D.].
8 Zu den Ausstellungen vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 60–69.
9 ALVR, Nr. 11327, Wilhelm Ewald, Denkschrift für den Ausbau des Rheinischen Museums [1926], S. 2.
10 Vgl. Wilhelm Janssen, Geschichtliche Landeskunde. Ein programmatischer Neuansatz der Landesgeschichte im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, in: Gerhard Rehm (Hrsg.), Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters, Bielefeld 2009, S. 287–298, hier S. 287–289.
11 Vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 73.
12 Vgl. ebenda, S. 88–90.
13 ALVR, Nr. 11327, Bl. 7, Schreiben Johannes Horion an Konrad Adenauer, 16.04.1926.
14 Ebenda.
15 ALVR, Nr. 11327, Bl. 8, Schreiben Konrad Adenauer an Johannes Horion, 05.05.1926.
16 ALVR, Nr. 11327, Bl. 19 f., Schreiben Edmund Renard an Johannes Horion, 03.07.1926.
17 Ebenda.
18 Ebenda.

Auch Josef Busley, Leiter der Abteilung für Kultur- und Denkmalpflege der Provinzialverwaltung, sah im Rheinischen Museum die Möglichkeit einer weiteren Förderung und Professionalisierung der rheinischen Heimatmuseen. Im Jahr 1927 hatte der Provinzialverband die Initiative zur Gründung des Verbands Rheinischer Heimatmuseen ergriffen. In Verbindung mit der Bereitstellung von Fördermitteln und -strukturen wollte man, ganz nach dem Vorbild anderer Regionen, eine Zusammenarbeit mit den Heimatmuseen und damit eine bessere Kontrolle und Lenkung erreichen.[19] Busley war der Meinung, dass das Rheinische Museum als Zentralstelle die Museen in der Provinz mit Bildmaterial, Abgüssen und Modellen aus den Werkstätten beliefern, wissenschaftliches Material sammeln und bereitstellen sowie Anleitungskurse für Museumsleiter geben könne. Umgekehrt benötige man aber auch die Mitwirkung der kleineren Heimatmuseen beim Aufbau des Rheinischen Museums, da es »ausserordentlich vielen neidischen und eifersüchtigen Quertreibereien von allen Seiten ausgesetzt«[20] sei.

Diese Pläne der Provinzialverwaltung für ein »Zentralinstitut der Rheinprovinz für Volksbildung und Förderung der Heimatmuseen«,[21] das mittlerweile als provinzeigene Einrichtung am Rheinischen Museum entstehen sollte, wurden zu Beginn des folgenden Jahres noch konkretisiert und um zusätzliche Aufgabenbereiche erweitert. Dieses Zentralinstitut sollte nun unter anderem auch als zentrale Beratungsstelle für Museen, Volksbildung und Heimatpflege sowie Klärungsstelle für rechtliche und versicherungstechnische Fragen fungieren, eine Restaurierungs- und Kopierwerkstatt beherbergen sowie ein Propagandainstitut.[22] Adenauer befürchtete nun aber einen zu starken Einfluss der Provinzialverwaltung und dämpfte die Erwartungen.[23] Bitten um eine rein finanzielle Unterstützung wies die Provinzialverwaltung auch in den folgenden Jahren zumeist ab. Eine Ausnahme war das mit dem Museum gegründete Bildarchiv, das heutige Rheinische Bildarchiv, dessen Nutzen vor allem für die Denkmälerstatistik der Rheinprovinz auf der Hand lag.[24]

Einer Aktennotiz der Kulturabteilung zufolge wurde Ende der zwanziger Jahre unter dem Namen »Rheinische Museums-Gesellschaft« ein Verein von Freunden und Förderern des Rheinischen Museums gegründet. Als Geschäftsführer fungierten Ewald und Busley. Die einzuwerbenden Mittel sollten dem »rheinlandweit wichtigen Zwecke des Zentralinstituts« dienen.[25] Abgesehen von dieser Notiz finden sich allerdings weder in den Museumsakten im Historischen Archiv der Stadt Köln noch in den Akten der Provinzialverwaltung weitere Hinweise auf diesen Verein beziehungsweise sein Wirken.

Konkretisierung und Aufbau

Die Museumskonzeption von 1926 wurde in den folgenden Jahren nicht nur konkretisiert, sondern auch vielfältig modifiziert. Die konfliktreiche Entwicklung kennzeichnet dabei eine Reibung zwischen experimentierfreudig-innovativen und traditionell-verharrenden Kräften. Die Diskussionen um die Zuschnitte der Themen, ihrer Schwerpunkte sowie die Art und Weise von deren Präsentation waren wesentlich geprägt von auch andernorts geführten Debatten. Diese kreisten etwa um die Bedeutung des Originals und die gemischte Aufstellung künstlerisch-ästhetischer mit kulturhistorischen Objekten oder gar didaktischen Ausstellungsmitteln.[26]

Die größte Änderung des 1926 von Ewald vorgelegten Konzepts erfolgte bei der Auswahl der zu präsentierenden Themen und Epochen. Aus verschiedenen Gründen wurde sowohl die Darstellung der naturräumlichen Grundlagen – einst eine tragende Säule des Museumskonzepts – als auch sämtlicher frühen Epochen aus dem Themenkanon gestrichen.[27] Der Verzicht auf die Darstellung der Vor- und Frühgeschichte überrascht vor dem Hintergrund, dass den archäologischen Wissenschaften ein starker Einfluss auf die Identität einer Region und die ethnischen Zuschreibungen zukam, wobei bereits vor 1933 eine nationale und völkische Ausrichtung erkennbar wurde und man in Volkskunde

[19] Vgl. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die »Westforschung«, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.): Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Münster u. a. 2003, S. 741–761, hier S. 746 f.

[20] ALVR, Nr. 11327, Bl. 38, Josef Busley, Die Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Heimatmuseen und das Kölner »Rheinische Museum«, 5.12.1927.

[21] ALVR, Nr. 11327, Bl. 45 f., Zentralinstitut der Rheinprovinz für Volksbildung und Förderung der Heimatmuseen, 02.01.1928.

[22] Ebenda.

[23] ALVR, Nr. 11327, Bl. 28, Besprechungsprotokoll von Josef Busley über ein Gespräch mit Wilhelm Ewald, 22.11. [o. J.]; HAStK, Best. 611, Nr. 124, Bl. 76–79, Endgültige Vorschläge für den organisatorischen Aufbau des Rheinischen Museums und der mit ihm in Verbindung stehenden Museen und wissenschaftlichen Institute. Ausgearbeitet und gutgeheißen von den Herren Prof. Schaefer, Prof. Witte, Dr. Ewald und Dr. Förster bei einer Besprechung im Wallraf-Richartz-Museum am 5. Januar 1928.

[24] ALVR, Nr. 11327, Bl. 11, Schreiben Paul Clemen an Johannes Horion, 13.07.1926.

[25] ALVR, Nr. 11327, Bl. 49, o. D.

[26] Ausführlich dazu vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 97–160.

[27] Vgl. ebenda, S. 100–105.

und Rassenlehre interdisziplinäre Ansätze verfolgte.[28] Allerdings milderten sich dadurch die Konflikte mit den bestehenden Provinzialmuseen in Bonn und Trier, die sich vor allem aus der Überschneidung der Arbeitsgebiete ergeben hatten. Hans Lehner, Direktor des Provinzialmuseums Bonn, hatte sich gegenüber dem Landeshauptmann im Dezember 1926 beschwert, Ewald erwerbe rheinische Altertümer, die in die Sammelgebiete der Provinzialmuseen fielen.[29] Dies ergänzte Emil Krüger, Leiter des Provinzialmuseums in Trier, mit der Anmerkung, dass sich die Ziele des Rheinischen Museums auch durch Nachbildungen erreichen ließen.[30] Diesen langjährigen Arbeitsstrukturen schenkte Ewald jedoch wenig Beachtung und sah überhaupt die Orientierung an administrativen Grenzen als konzeptionelle Schwäche und damit als überholt an.[31] Das dort gebotene Bild sei, so urteilte er, in seiner Begrenzung willkürlich, da die Arbeitsgebiete der Museen nicht nach kulturellen, sondern nach rein verwaltungstechnischen Gründen abgegrenzt seien.[32] Übrig blieben damit fünf Museumsabteilungen: eine historisch-politische Abteilung, die eine chronologische Darstellung der Zeit von 800 bis zur Gegenwart zum Inhalt haben sollte, sowie vier thematische Abteilungen zu Kirche, Bürgertum, Bauerntum sowie zur Wirtschaft und den Arbeitern.[33]

Parallel zum Ringen um den thematischen wie auch räumlichen Zuschnitt erfolgte der Aufbau der Schau- und Studiensammlungen. Den Grundstock bildeten die Bestände der Kölner Jahrtausendausstellung. Hinzu kamen Leihgaben, Schenkungen, Stiftungen sowie Ankäufe; Tauschgeschäfte und Verkäufe sind ebenso belegt.[34] Vor allem aus dem Kölner Historischen Museum, mit dem das Rheinische Museum personell und inhaltlich eng verbunden war, ging im Laufe der Jahre ein Großteil der Bestände auf das Rheinische Museum über, wo sie den Kern der städtischen Abteilung bildeten. Die Provinzialverwaltung unterstützte durch die bei ihr angesiedelte Geschäftsstelle des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen Tauschgeschäfte zwischen den Museen.[35]

Mit der ehemaligen Kürassierkaserne am Deutzer Rheinufer wurde ein Gebäudekomplex gefunden, der durch seine symbolträchtige Lage am Rhein gegenüber dem Kölner Dom die Bedeutung des Rheinischen Museums sinnfällig unterstreichen sollte (Abb. 1). Die neoklassizistische rechteckige Anlage bestand aus einem viergeschossigen Bau mit einer Länge von etwa 135 Metern. Auf der dem Rhein abgewandten Seite schloss sich ein Hof an, der ringsum von eingeschossigen Stallgebäuden umgeben war.[36] Diese Gebäudeteile wurden unter der Leitung des Architekten Adolf Abel für ihre neue Funktion umfangreich umgebaut und erweitert.[37]

Das Museum seit 1933

Mit 1933 änderte sich durch die Entlassung Adenauers, die Neustrukturierung der städtischen Verwaltung und ihre Anbindung an die Verwaltung des NS-Gaus Köln-Aachen sowie das kulturpolitische Engagement der Provinz mit neuen, eigenen Großprojekten jene Struktur, die das Museumsprojekt bis dahin gestützt hatte. Im Museum selbst kam es allerdings nicht zu personellen Wechseln. Der weitere Aufbau des Rheinischen Museums wurde vorübergehend gestoppt, konnte dann aber wie geplant fortgesetzt werden, mit Ausnahme der historisch-politischen Abteilung, der vor allem noch die Abschnitte vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts an fehlten und für die eine neue Konzeption eingefordert wurde.[38]

Das Verhältnis der neuen Stadtverwaltung zum Rheinischen Museum war ambivalent. Einerseits betonte der neue Oberbürgermeister Günter Riesen die Bedeutung des Museums für die nationalsozialistische Bewegung, andererseits mussten die nötigen finanziellen Mittel immer wieder angemahnt werden.[39] Für 1934 ist der Versuch Riesens dokumentiert, das Museum in die Hände der Provinzialverwaltung zu übergeben, da »das Rheinische Museum als solches in seiner Darstellung und Zielsetzung eine Angelegenheit der Provinz«[40] sei und die Stadt sich außerstande sehe, auf Dauer die hohen Verwaltungskosten sowie den weiteren Ausbau des Museums zu tragen, sie könne le-

[28] Vgl. Thomas Otten, Einführung in die Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 19–25, hier S. 21 f., sowie ausführlich Heiko Steuer, Eine hervorragend nationale Wissenschaft. Deutsche Prähistoriker zwischen 1900 und 1995, Berlin und New York 2001.

[29] ALVR, Nr. 11327, Bl. 12, Schreiben Hans Lehner an Johannes Horion, 03.12.1926.

[30] ALVR, Nr. 11327, Bl. 15, Schreiben Emil Krüger an Johannes Horion, 09.12.1926.

[31] ALVR, Nr. 11327, Schreiben Wilhelm Ewald an Amt 2 [1932/1933].

[32] Ebenda.

[33] Vgl. Haus der Rheinischen Heimat in Köln. Museum für Volkstum, Geschichte und Kultur des Rheinlandes. Übersichtsplan und Rundgang, Köln [1936].

[34] Vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 113–119.

[35] ALVR, Nr. 12619, Bericht über eine Dienstreise nach Köln am 21.01.1936.

[36] Vgl. Jens Rohde, Kasernen in Köln 1815–1914, Bonn 2008 (Diss., Philosophische Fakultät, Universität Bonn), S. 111–115.

[37] Vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 94–97.

[38] Vgl. ebenda, S. 168–170.

[39] HAStK, Best. 611, Nr. 160, Schreiben Wilhelm Ewald an Günter Riesen, 22.04.1933.

[40] ALVR, Nr. 11327, Bericht über das Rheinische Bildarchiv, Köln, 12.11.1934.

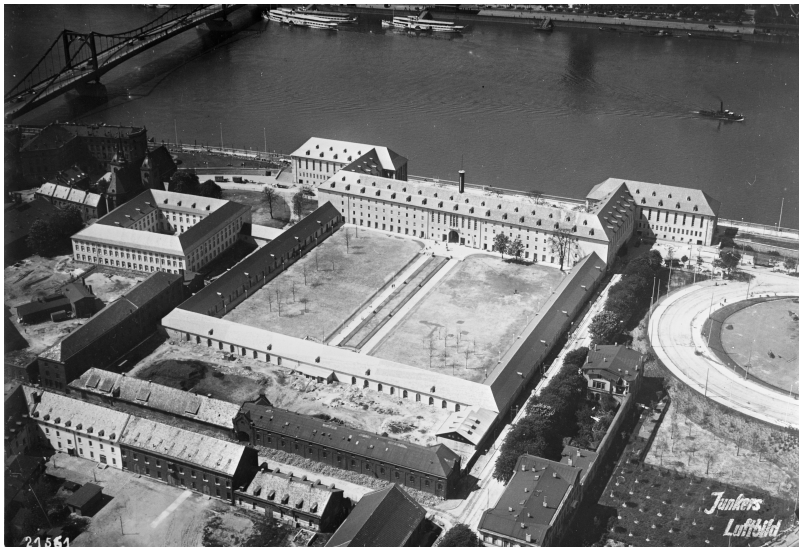

Abb . 1 Die Kürassierkaserne am Deutzer Rheinufer, der künftige Standort des Rheinisches Museums, im Jahr 1928.

diglich »Beihilfen für Licht, Heizung und dergl.« leisten.[41] Auch Ewald wandte sich an die Provinz, jedoch ausschließlich mit dem Ziel der Förderung des Bildarchivs. Er war der Meinung, dass »die Provinz heute mehr denn je an der Fortführung des Bildarchivs interessiert sein müsste. Landeskunde und Heimatpflege sind nie in ihrer Bedeutung für Volkserziehung und Volksbildung so klar erkannt worden, wie in der Gegenwart […]. Ihre [der Rheinprovinz, d. V.] Bedeutung als Grenzmark des Reiches, als Hüterin des deutschen Wesens und der kulturellen Güter am Rhein verlangt mit besonderer Eindringlichkeit, ganz im Sinne des Führers, eine derartige Aufgabe mit allem Nachdruck zu fördern.«[42] Die Provinzialverwaltung beschied die Anliegen, die in den folgenden Jahren wiederholt vorgetragen wurden, negativ. Sie förderte das Museum jedoch unregelmäßig mit kleineren und größeren Beträgen.[43]

Landeshauptmann Heinrich Haake, Nachfolger des 1933 verstorbenen Johannes Horion, strukturierte den Verband Rheinischer Heimatmuseen neu. Die Betreuung der kleineren Häuser lag nun bei einigen großen, zentral gelegenen Museen.[44] Pro Museumsbezirk sollte jährlich ein Heimatmuseum neu eingerichtet werden.[45] Ewald wurde Leiter des Bezirks Köln, der in dem Amt in Anknüpfung an die Idee eines Zentralmuseums erhebliche Vorteile für sein Museum sah: bessere Zugänglichkeit zur Literatur, die Möglichkeit des Erwerbs von Objekten, die weder durch Händler noch durch Sammler zu beschaffen waren, sowie die erleichterte Organisation von Wanderausstellungen durch die gestiegene Zahl an verfügbaren Objekten.[46] Auch für die vorgesehene Stellung des Rheinischen Museums als Zentralinstitut erschienen die neuen Verbandsaktivitäten vorteilhaft. Dubletten von Publikationen zur rheinischen Geschichte sollten ab sofort in der Bibliothek des Rheinischen Museums gesammelt und seine Einrichtungen im Bereich Konservierung für alle Heimatmuseen zugänglich und nutzbar gemacht werden.[47]

Die Quellen belegen eine rege Reisetätigkeit zu und Korrespondenz Ewalds mit den Heimatmuseen in seinem Bezirk.[48] Sie belegen ebenso, dass Ewald ganz im Sinne seiner Vorstellungen von diesem Amt dieses dazu nutzte, um durch die engere Kooperation mit anderen Häusern Objekte zu erwerben oder zu tauschen. Diese Aktivitäten wurden vom Verband mitgetragen und sogar gefördert.[49]

[41] Ebenda.

[42] ALVR, Nr. 11327, Schreiben Wilhelm Ewald an Josef Busley, 10.11.1933.

[43] Zum Beispiel ALVR, Nr. 11327, Schreiben Josef Boymann an den Landesrat, 12.07.1939; HAStK, Best. 611, Nr. 82, Bl. 19, Schreiben Dr. Ludwig (Stadt Köln) an Wilhelm Ewald, 19.05.1938.

[44] HAStK, Best. 611, Nr. 82, Bl. 196, Schreiben Wilhelm Ewald, 07.11.1934.

[45] HAStK, Best. 611, Nr. 74, Bl. 112–119, Sitzungsbericht der Bezirksleiter-Tagung des Verbandes der rheinischen Heimatmuseen am Dienstag, den 31. Juli 1934, 11 Uhr vormittags, im Rheinischen Museum der Stadt Köln, S. 2.

[46] HAStK, Best. 611, Nr. 82, Bl. 196, Schreiben Wilhelm Ewald, 07.11.1934.

[47] HAStK Bezirksleiter-Tagung 31.07.34 (Anm. 44), S. 6 f. Die Quellen geben allerdings keine Hinweise darauf, dass diese Pläne in signifikantem Ausmaß auch umgesetzt wurden. Wilhelm Ewald hatte den Posten zudem bis höchstens Anfang 1942 inne. Ein Schreiben vom Januar 1942 erwähnt den Abteilungsdirektor Dr. Rademacher aus dem Rheinischen Landesmuseum Bonn als Bezirksleiter für Köln und Aachen. HAStK, Best. 611, Nr. 74, Bl. 9, Schreiben Dr. Kornfeld/Geschäftsstelle des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen, 24.01.1942.

[48] HAStK, Best. 611, Nr. 74.

[49] ALVR, Nr. 12619, Bericht über eine Dienstreise von Verbandsvertretern zum Rheinischen Museum, 21.01.1936. Im März 1936 ruft der Verband der Rheinischen Heimatmuseen zur Abgabe von Sammlungsgut für eine Sonderausstellung im Rheinischen Museum auf. Vgl. ALVR, Nr. 12619, Rundschreiben Karl Vogler (Geschäftsstelle des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen) an Museumsleiter, 09.03.1936.

Die Übertragung dieses Amtes an Ewald kann damit als Beleg dafür gewertet werden, dass die Provinzialverwaltung – oder zumindest die Zuständigen beim Verband der Rheinischen Heimatmuseen – das Konzept des Rheinischen Museums als vorbildhaft erachtete und im Sinne der ursprünglichen Idee eines Zentralmuseums als eine Einrichtung, von dem die Heimatmuseen der Region in vielfältiger Weise profitieren könnten.

Das Haus der Rheinischen Heimat

Nach einer Interimsöffnung der bis dahin fertiggestellten Abteilungen im Oktober 1933 anlässlich der Deutschen Kulturtage am Rhein wurde das zwischenzeitlich in »Haus der Rheinischen Heimat« umbenannte Rheinische Museum 1936 eröffnet.[50] Auf rund sechstausend Quadratmetern wurden präsentiert: Die – nota bene – nicht fertiggestellte Abteilung zur historisch-politischen Entwicklung der Rheinlande mit vorerst einundzwanzig Räumen; die kirchliche Abteilung mit achtzehn Räumen; die städtische Abteilung mit siebenundsiebzig Räumen und die bäuerliche Abteilung mit fünfundzwanzig Räumen. Von der geplanten Abteilung zur Rheinischen Wirtschaft und ihren Arbeitern waren erst neun Ausstellungsräume fertig. Insgesamt wurden also einhundertfünfzig Räume unterschiedlicher Größe dem Publikum zugänglich.[51]

Die klare Vermittlungsabsicht bedingte erstens das Primat der lückenlosen Darstellung gegenüber der originalen Überlieferung und zweitens den konsequenten Einsatz didaktischer Präsentationsmittel und -methoden. Das originale, formal-ästhetische Objekt rückte damit weit in den Hintergrund. Erstmals für ein kulturhistorisches Museum wurden in großem Umfang Präsentationsmittel wie Modelle, Abbildungen, Karten und Schautafeln herangezogen, unter anderem nach der berühmten Wiener Methode der Bildstatistik. Sie sollten nicht erlangbare Originale ersetzen beziehungsweise der Visualisierung bislang museal nicht dargestellter Themen dienen. Nicht wenige Ausstellungsräume kamen ganz ohne Originale aus. Daneben wurden bürgerliche Zimmer und Küchen, bäuerliche Stuben sowie Werkstätten präsentiert. Fotografien bezeugen eine Raumgestaltung, wie sie sich seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts durchgesetzt hatte. In nüchternen, funktionalen Räumen mit hellen Wänden, meist einfarbigen Böden und schmucklosen Decken wurden die Objekte und Ausstellungsmittel in lockerer und übersichtlicher Form präsentiert (Abb. 2 und 3). Zweckmäßigkeit verband sich mit einem Anspruch auf Modernität. Dem Lehrcharakter des Museums kam in jeder Hinsicht eine höhere Bedeutung zu als ästhetischen oder künstlerischen Werten. Einfache Raumnummern an den Wänden gaben den Besuchern Orientierung, es fehlten aber die nach 1933 in Museen häufig anzutreffenden politisch-propagandistischen Parolen an den Wänden.



Von den ursprünglich umfassenden Plänen zur Schaffung eines Zentralinstituts war zum Zeitpunkt der Eröffnung nur ein kleiner Teil realisiert: das Bildarchiv, eine Handbibliothek, das Münzkabinett sowie die grafische Sammlung. Daneben waren zwei Räume für Schulklassen verfügbar sowie ein größerer Verbindungssaal zwischen zwei Abteilungen, der als Ruheort sowie für Wechselausstellungen genutzt werden sollte.[52] Neben Zimmern für die Verwaltung beherbergte das Museum verschiedene Werkstätten für Restaurierung und Modellbau.[53]

Ein vorbildhaftes nationalsozialistisches Heimatmuseum?

Die öffentlichkeitswirksame Eröffnung des Hauses der Rheinischen Heimat 1936 durch Joseph Goebbels persönlich und die reichsweite Berichterstattung über dieses Ereignis, der Name des Museums, die ideologisch-völkische Rhetorik in vielen Publikationen und Berichten über das Haus, der konsequente Einsatz didaktischer Mittel wie Schautafeln und Modelle und deren potentielle ideologische Manipulierbarkeit sowie die einschlägigen, dort veranstalteten Sonder- und Wanderausstellungen legen den Schluss nahe, das Haus der Rheinischen Heimat sei ein vorbildhaftes nationalsozialistisches Hei-

[50] Vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 172–178.

[51] HAStK, Best. 611, Nr. 82, Bl. 151–156, Schreiben Wilhelm Ewald an Günter Riesen, 01.07.1935; Haus Rhein. Heimat (Anm. 33), S. 13 f.

[52] Vgl. Haus Rhein. Heimat (Anm. 33), S. 13; Franz Brill, Das kölnische Stadtmuseum, Hamburg 1965, hier S. 24 f.

[53] Vgl. Brill, Stadtmuseum (Anm. 52), S. 25.

[54] Vgl. Haus Rhein. Heimat (Anm. 33), S. 3 f.



Zwei Säle im Haus der Rheinischen Heimat, Abteilung C zum Thema ›Die Rheinischen Städte und ihre Bürgerschaft‹.

Abb. 2 (gegenüber) Der Saal zum Thema der Barockdiele (Raum C 36), in einer Aufnahme von 1937.

Abb. 3 (rechts) Der Rathaussaal (Raum C 6), mit einem Modell des Kölner Rathauses und seiner Umgebung in der Raummitte, undatiert.

matmuseum gewesen. Tatsächlich jedoch fügt sich die in den 1920er Jahren entworfene Museumskonzeption nahtlos in das neue ideologische System ein: Das Rheinland galt nun nicht mehr als Verbindung zum Westen, sondern als Bollwerk im Westen. Die politische Bedeutung des Rheinlandes rückte in der Ausstellung gegenüber anderen Aspekten zumindest rhetorisch wieder in den Vordergrund. Im Begleitheft des Museums ist entsprechend von der Stadt Köln als der »treuen Hüterin und Vorkämpferin deutschen Geistes, deutscher Kunst und deutschen Handelns« die Rede, vom Rhein als dem »heiligen deutschen Schicksalsstrom«, die Rheinländer gelten »als Grenzvolk und damit als Träger besonderer völkischer Verantwortung«, und das Museum hebe »auf der Grundlage gesamtdeutschen Selbstbewußtseins und echter, tiefer Heimatliebe« die »Bedeutungen und Leistungen des Rheinlandes für das gesamte Deutschland« besonders hervor.[54] Dieses Ergebnis unterstützt andere Befunde, wonach die politisch-ideologische Vereinnahmung und Funktionalisierung der Museen bereits in der Weimarer Republik eingesetzt hatte und nach 1933 lediglich eine Zuspitzung erfuhr, die sich vor allem im Grad der Manipulierbarkeit der Einrichtungen und im Umfang der ideologischen Rhetorik niederschlug.[55] Sie zeigen, wie mühelos sich die bestehenden Heimatmuseen durch ihre ideologische Präfigurierung der nationalsozialistischen Ideologie anpassen ließen beziehungsweise diesen Prozess selbst auch noch beschleunigten.[56]

Das Rheinische Museum war als politische Gründung mit dem Ziel der Identitätsfindung und -sicherung für eine solche Vereinnahmung geradezu prädestiniert. Allerdings gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass die vor 1933 fertiggestellten bzw. konzipierten Abteilungen eine Überarbeitung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erfahren haben. Zudem stammen alle wesentlichen inhaltlichen Modifizierungen des originären Konzepts aus der Zeit vor dem politischen Wechsel. Die Präsentation der naturräumlichen Grundlagen sowie der vor- und frühgeschichtlichen Epochen hätten in besonders starkem Maße der Blut- und Bodenideologie des Nationalsozialismus entsprochen, doch gerade diese Abteilungen waren nicht umgesetzt. Trotzdem lag, so resümierte 1965 Franz Brill, ehemaliger Mitarbeiter und Nachfolger Ewalds, »das Museumsprogramm ganz im Sinne der Bewegung [...], die sich zudem mit dem neuen Museumstyp als besondere Betreuerin von Volk und Heimat ausweisen wollte«.[57] Das Museumskonzept wurde »durch die führenden Männer der neuen nationalsozialistischen Verwaltung«[58] einer kurzen Prüfung unterzogen, bevor die Arbeit wie geplant fortgesetzt werden konnte – mit Ausnahme der historisch-politischen Abteilung, deren weiterer Aufbau vorübergehend gestoppt wurde.

Obwohl der Aufbau der historisch-politischen Abteilung spätestens seit 1934 seitens der Stadt mit Nachdruck verfolgt worden war, fehlte am Tag der Eröffnung der gesamte Abschnitt der politischen Entwicklung des Rheinlands ab 1914 mit dem geplanten Schwerpunkt auf dem »Kampf um den Rhein«. Auch eine Sonderausstellung über die nationalsozialistische Bewegung im Rheinland unter Federführung des Gauleiters, die diesen Mangel

[55] Vgl. Martin Roth, Heimatmuseum. Zur Geschichte einer deutschen Institution, Berlin 1990, S. 12.

[56] Vgl. Roth, Heimatmuseum (Anm. 55).

[57] Brill, Stadtmuseum (Anm. 52), S. 21.

[58] ALVR Nr. 12619, Der Aufbau, in: Haus der Rheinischen Heimat. Sonderbeilage, Westdeutscher Beobachter, 21.05.1936.

ausgleichen sollte, konnte vor der Eröffnung nicht realisiert werden.[59] Dies bietet Raum zu Überlegungen, ob die Umsetzung dieser Vorhaben von den Akteuren möglicherweise absichtlich verzögert wurde. Dies erscheint plausibel vor dem Hintergrund der 1940 erklärten, aber nie umgesetzten Absicht der NSDAP, die historisch-politische Abteilung nun selbst einzurichten.[60]

Die gewählten Präsentationsmedien wie Schautafeln, Karten, Dioramen und Modelle, die aufgrund ihres didaktischen Einschlags als nationalsozialistische Ausstellungsmittel par excellence gelten, waren allesamt spätestens in der Weimarer Republik auch in kulturhistorischen Museen etabliert. Damit sind sie nicht nur wesentlicher Bestandteil der originären Konzeption des Rheinischen Museums, sondern auch vieler anderer Museen aus der Zeit der Weimarer Republik. Es fehlen auch die in stark ideologisch geprägten Museen häufig anzutreffenden Ehrenhallen, der Einsatz plakativer Slogans an den Wänden war beschränkt auf einschlägige Sonderausstellungen, die zumeist von nationalsozialistischen Organisationen und nicht vom Museum selbst veranstaltet wurden.[61]

Allerdings fand nun eine offensive politische Inanspruchnahme des Museums statt. Und vor allem änderte sich die Rhetorik, mit der es in die nun herrschende Auffassung eingebunden wurde. In diesem Rahmen erfolgte auch die falsche und vielfach kolportierte Zuschreibung des Museums als originäre Leistung des Nationalsozialismus und als nationalistisches Vorbild eines zeitgemäßen Museums. Die konzeptionelle und ideologische Figuration des Hauses der Rheinischen Heimat passte sich mühelos in das neue System ein und diente der nationalsozialistischen Propaganda, die es national wie international als originäre Leistung und Vorbild für zeitgemäße Museen ausgab und in diesem Sinne als Mustermuseum propagierte, nicht zuletzt auf der Pariser Weltausstellung 1937.[62]

Über die politische Haltung der Museumsmitarbeiter geben die ausgewerteten Quellen nur unzureichend Auskunft. Zwar finden sich in vielen Schriftstücken zeittypische Formulierungen. Jedoch lässt sich nicht eindeutig feststellen, ob es sich dabei um bloße Floskeln im Sinne eines systemkonformen Verhaltens handelt oder ob diese Äußerungen individuellen Überzeugungen entsprachen.

Bereits 1935 war die Umbenennung des Rheinischen Museums in »Haus der Rheinischen Heimat« erfolgt. Der neue Name verbannte zum einen den Begriff »Museum« in den neu angefügten Untertitel »Museum für Volkstum, Geschichte und Kultur des Rheinlandes«. Zum anderen bewirkte er eine stärkere, der zeitgenössischen NS-Ideologie entsprechenden Betonung der Heimat. Der Begriff »Haus« erschien solide und funktional, der Begriff Museum dagegen angestaubt und altmodisch. Der Namenswechsel, übrigens kein Einzelfall, folgte zeitgenössischen Tendenzen. Die Umbenennungen in »Häuser der Heimat« oder »Heimatschauen« sollten zeigen, wie alles »dem Begriff Heimat, dieser Keimzelle unseres völkischen Lebens, gewidmet sein soll«.[63] Sie fußten zwar nicht allein auf der NS-Ideologie und der NS-Bildungspraxis, waren davon aber wesentlich mitgeprägt und beeinflusst. Gleichzeitig spiegelt der Namenswechsel auch die Auseinandersetzung mit Zielen und Funktionen der Institution. Er sollte sinnbildlich eine Abkehr vom Museum alten Stils demonstrieren und dem neuen Museumstyp einen frischen Namen liefern. Überlegungen zu einem Namenswechsel gab es in Köln nachweislich schon vor 1933, als die auch heute noch mancherorts diskutierte Frage aufkam, ob der Begriff Museum für das Rheinische Museum überhaupt angemessen sei, da dieses das Objekt und nicht den Menschen in den Mittelpunkt stelle.[64]

Nach der Eröffnung wurde der weitere Aufbau der Schausammlungen vor allem in der historisch-politischen Abteilung fortgesetzt. Im September 1936 wurde ein neuerlicher Entwurf verfasst, in dem keines der zeittypischen Schlagworte fehlt. Obwohl der Aufbau dieser Abteilung im Interesse der politische Machtträger gelegen haben dürfte, musste sich Ewald weiterhin um Finanzmittel bemühen. Möglicherweise sah die Stadt Köln die Verantwortung nach wie vor bei der Provinz. Denkbar sind aber ebenso fehlender Enthusiasmus in Anbetracht der gedämpften öffentlichen Resonanz, andere Prioritäten oder ein Großprojekt, das der Gau für die Deutzer

[59] ALVR, Nr. 12619, Schreiben Wilhelm Ewald an Vogler, 18.02.1936; HAStK, Best. 611, Nr. 65, Bl. 199, Schreiben Wilhelm Ewald an die Direktion der Reichsbank Berlin, 21.04.1936; HAStK, Best. 611, Nr. 65, Bl. 305, Schreiben Klersch, 17.07.1936.

[60] N.N., Neue Abteilungen im Haus der Rheinischen Heimat, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 26.02.1940, zit. nach: Felix Uehren, Das »Haus der Rheinischen Heimat«: Ursprünge, Konzeptionen, Umsetzung 1925–1940, Köln 2005 (unveröff. schriftl. Hausarbeit, Historisches Seminar, Universität zu Köln), S. 45.

[61] Vgl. Heiko Zielke, »Die große Masse des Volkes wirtschaftlich denken lehren«. Zur Geschichte des Düsseldorfer Reichs- und Landesmuseums für Wirtschaft 1926 bis 1958, in: Geschichte im Westen 15 (2000), S. 65–94, hier S. 89. Allerdings ist zu betonen, dass es sich auch hierbei nicht um Erfindungen des Nationalsozialismus handelte, sondern dass diese dramaturgisch-ästhetischen Gestaltungsformen schon auf den Großausstellungen wie etwa der Pressa zum Einsatz gekommen waren. Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 349–381, hier S. 379.

[62] Zur Teilnahme des Hauses der Rheinischen Heimat an der Weltausstellung 1937 in Paris vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 246–253.

[63] ALVR, Nr. 12619, »Haus der Heimat« statt Museum, in: Rheinisches Land, Beilage der Düsseldorfer Nachrichten, 21.07.1936.

[64] HAStK, Best. 902, Nr. 194, 2, Bl. 577–609, zit. nach Uehren, Haus (Anm. 60), S. 19.

Rheinseite plante. Hier sollte auf einem weit über dreißig Hektar großen Gelände ein spektakuläres Gauzentrum entstehen, wobei der Stadtteil Deutz zu mehr als drei Vierteln niedergerissen worden wäre – auch das Haus der Rheinischen Heimat.[65] Die Integration des Museums in das geplante Zentrum ist nicht erkennbar. Die Planungen waren 1938 abgeschlossen, Baumaßnahmen wurden jedoch nie begonnen.[66] Die Absage der Übernahme des Rheinischen Museums durch die Provinz könnte in Zusammenhang mit einem Großprojekt stehen, das diese schon seit Beginn der 1930er Jahre – damals freilich noch unter anderen politischen Vorzeichen – in Trier verfolgte und dessen Konzeption einige Parallelen zum Rheinischen Museum aufwies: Durch Zusammenführung und Erweiterung bestehender Museen, Sammlungen und Sehenswürdigkeiten sollte in Trier ein neues Großmuseum der Westmark entstehen, das die Stadt zu einem Zentrum des Fremdenverkehrs und vor allem, so zitierte der Westdeutsche Beobachter Heinrich Haake, zu einem »Bollwerk nationalsozialistischen kulturpolitischen Wollens«[67] machen sollte.[68]

Das Haus der Rheinischen Heimat in den Kriegs- und Nachkriegsjahren

Im September 1939 begann die Auslagerung der wertvollsten Objekte aus den Kölner Museen in gesicherte Räume außerhalb der Stadt.[69] Das Haus der Rheinischen Heimat blieb trotz zunehmender Fremdnutzung der Museumsräume sowie Schäden durch Luftangriffe als letztes der Kölner Museen noch bis 1943 in Teilen geöffnet. Es fanden häufig von NS-Unterorganisationen organisierte Sonderausstellungen statt, zuletzt eine Ausstellung mit Werken Arno Brekers.[70]

Mit der schrittweise vollzogenen Rückholung des Museumsguts und der Wiederherstellung einzelner Gebäudeabschnitte wurde Ende der vierziger Jahre die Museumsarbeit wieder aufgenommen. Zur besseren Koordination und Bündelung der Kräfte schuf man dafür die Stelle eines Generaldirektors, die mit dem Kunsthistoriker Leopold Reidemeister besetzt wurde.[71] Dieser stand – wie der Großteil der Kölner Museumsdirektoren schon vor dem Zweiten Weltkrieg – dem Haus der Rheinischen Heimat kritisch gegenüber.[72] Dennoch erfolgte zunächst der weitere Aufbau. Im Jahr 1953 eröffnete in wesentlich reduzierter Form und unter Leitung von Franz Brill, der 1952 Nachfolger von Ewald geworden war, das in »Rheinisches und Historisches Museum« umbenannte Haus (eine Fusion zwischen dem ehemaligen Rheinischen Museum und dem Historischen Museum der Stadt Köln).[73] Diese Schau hatte überwiegend stadthistorischen Charakter und kehrte durch den weit geringeren Einsatz an Schautafeln und den Schwerpunkt auf der Darbietung originaler Kunstwerke zu einer eher traditionellen Form der Präsentation zurück. Parallel setzten erneut Diskussionen um die Neugliederung der städtischen Museen und Sammlungen ein.[74]

Nur kurze Zeit später erhielt der Landschaftsverband Rheinland als Rechtsnachfolger der ehemaligen nördlichen Teile des Rheinischen Provinzialverbandes den Zuschlag für das Museumsgelände in Deutz.[75] Dies setzte den endgültigen Schlussstrich unter eines der größten Museumsprojekte der Weimarer Zeit, dessen konzeptioneller Ansatz zeitgenössisch im In- und Ausland nicht unerhebliche, allerdings stets gemischte Resonanz erfuhr.[76] Gemessen an der Menge an Besuchern blieb der Erfolg von Beginn an aus: Zwar waren es zwischen April 1936 und März 1937, das heißt in den ersten elf Monaten der Öffnung des Museums, 57.119 Eintritte; im darauffolgenden Berichtsjahr war die Zahl jedoch bereits auf

[65] Vgl. Hiltrud Kier / Karen Liesenfeld / Horst Matzerath (Hrsg.), Architektur der 30er und 40er Jahre in Köln. Materialien zur Baugeschichte im Nationalsozialismus, Köln 1999, S. 21. Für Plan und Modell vgl. Michael Behr / Wolfram Hagspiel / Werner Strodthoff / Herbert Peter Tabeling (Hrsg.), Für Köln geplant – nicht gebaut. Am Beispiel Dom Rheinumgebung von 1900 bis 1980, Köln 1981, S. 50 f.

[66] Vgl. ebenda.

[67] HAStK, Best. 611, Nr. 134, Bl. 95, Großmuseum der Westmark in Trier. Der Landeshauptmann vollführte den ersten Hammerschlag, in: Westdeutscher Beobachter, 11.11.1936.

[68] Vgl. zu den Museumsplanungen in Trier: Jürgen Merten, Das Rheinische Landesmuseum Trier 1920–1945 – ein Überblick. In: Kunow / Otten / Bemmann, Archäologie (Anm. 28), S. 188– 198.

[69] HAStK, Best. 611, Nr. 144, Bl. 71, Schreiben Wilhelm Ewald an Stadt Köln (72), 21.02.1940; Georg Blochmann, Das Wunder von Köln. Zum Wiederbeginn der Kölner Museen nach dem Kriege, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (Hrsg.), Kunst und Kultur in Köln nach 1945. Musik, Theater, Tanz, Literatur, Museen, Köln 1996, S. 190–205, hier S. 192.

[70] Vgl. ausführlich zur Museumsarbeit in den Kriegsjahren Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 207–213.

[71] Vgl. Hugo Borger, In memoriam Leopold Reidemeister, in: Kölner Museums-Bulletin 3 (1987), S. 43–46, hier S. 44.

[72] HAStK, Acc. 1499, Nr. 317, o. P., Denkschrift Leopold Reidemeister zur Zukunft der Kölner Museen, März 1947, zit. nach: Beatrix Alexander, Museum im Herzen der Stadt. Die Geschichte des Kölnischen Stadtmuseums, Köln 2009 (unveröff. Manuskript), S. 48.

[73] Vgl. Rheinisches und Historisches Museum der Stadt Köln. Kleiner Führer, Köln 1953.

[74] Vgl. Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 222–224.

[75] Vgl. LVR-Landeshaus am Kennedy-Ufer in Deutz, in: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital. URL: https://www.kuladig.de/Objektansicht/O-2359–20101122–2; Thomas Goege, Das Deutzer Rheinufer. Von der Kürassierkaserne zum Landeshaus, in: Frank Kretschmar / Octavia Zanger (Hrsg.), Im Mittelpunkt: Die Denkmalpflege, Köln 2001, S. 20–29, hier S. 26 f.

[76] Vgl. zur Rezeptions- und Wirkungsgeschichte des Rheinischen Museums bzw. Hauses der Rheinischen Heimat Hieke, Spannungsfeld (Anm. 3), S. 233–290.

34.459, im nächsten auf 26.964 Besucher gesunken.[77] Erst in den Monaten Mai bis September 1939 stieg die Frequenz mit insgesamt 16.493 im Vergleich zum Monatsmittel der vorherigen Jahre leicht an.[78]

Das Rheinische Museum beziehungsweise Haus der Rheinischen Heimat ist heute größtenteils in Vergessenheit geraten. Seine Wiederentdeckung aber lohnt: zum einen aus museumswissenschaftlicher Sicht, da es für den Versuch steht, in den zwanziger Jahren einen neuen, innovativen Typ der Gattung Heimatmuseum zu schaffen in Form einer museologisch modernen, umfassenden, interdisziplinär ausgerichteten landeskundlichen Einrichtung, die einem dezidiert identitäts- und raumpolitischen Auftrag folgt und die zeitgenössisch formulierten Anforderungen an solche Institutionen erfüllen sollte. Damit wurde es zu einem frühen Exempel des museumsdidaktischen Lernorts. Museologisch betrachtet stand das Haus am Beginn einer Reihe von Entwicklungen der Nachkriegszeit, die bis heute die Museumslandschaft prägen. In seiner konzeptionellen Bündelung der Aspekte beziehungsweise der Gleichzeitigkeit verschiedener Strömungen – etwa der Kulturraumforschung – blieb es einzigartig. Anhand seiner Geschichte lässt sich zeigen, wie sich museumsfachliche Debatten etwa nach dem Wert des Originals schon in den zwanziger Jahren in erstaunlicher Aktualität stellten. Auf praktischer Ebene gelang es allerdings nicht, das Konzept – wohlgemerkt eine konsequente Bündelung von andernorts entwickelten Elementen – in einem dauerhaft tragfähigen Format umzusetzen. Der Zweite Weltkrieg und das frühzeitige Ende der Institution 1956 verhinderten mögliche Weiterentwicklungen, beseitigten aber auch ein kulturpolitisches »Störfeuer«.

Die Wiederentdeckung lohnt freilich auch aus kulturpolitischer Sicht, da die bloße Existenz des Hauses, aber auch die damit verbundenen neuen Ideen politisch für Wirbel sorgten und Einfluss vor allem auf die museumspolitische Entwicklung des Rheinlandes hatte. Die Geschichte des Museums bildete vor allem nach 1933 einen Kontrast zu anderen Häusern der Region, nicht zuletzt zum Provinzialmuseum und späteren Rheinischen Landesmuseum in Bonn.

Dr. Katrin Hieke, Burbacher Straße 241, 53129 Bonn,
kh@katrinhieke.de

[77] Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1936/1937, Köln 1937, S. 77; Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1937/1938, Köln 1938, S. 76; Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1938/1939, Köln 1939, S. 76.

[78] Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1938/1939, Köln 1939, S. 76.

Bildrechte. Rheinisches Bildarchiv Köln 159898 (Abb. 1), 051098 (Abb. 2) und 038002 (Abb. 3).

Summary. The Rheinisches Museum in Cologne was opened on 21 May 1936 after ten years of planning as a museum for research and exhibition purposes. The concept was developed by the art historian Wilhelm Ewald following the millennium exhibition of 1925 in Cologne. The entire cultural development of the Rhineland was presented through interdisciplinary areas such as culture, art, economy, and nature. Research and mediation were equally important. Conflicts with the other provincial museums and the question of the significance of the original object were inevitable due to the overlapping themes. Innovative museum educational media were used to present the contents in a contemporary and modern way. The affiliated Central Institute for the Promotion of Local History Museums was to have an advisory function throughout the Rhineland. The Nazi ideological charge of the Rheinisches Museum was further underlined by its renaming »Haus der Rheinischen Heimat« (House of the Rhenish Homeland), the term »Heimat« standing in the foreground. After the Second World War, this institution ended early in 1956.

Résumé. Le Rheinisches Museum de Cologne ouvrit ses portes le 21 mai 1936, après dix ans de planification en tant que musée pour la recherche et les expositions. Le concept fut développé par l'historien de l'art Wilhelm Ewald à la suite de l'exposition du millénaire à Cologne. L'ensemble du développement culturel de la Rhénanie fut présenté par des domaines interdisciplinaires tels que la culture, l'art, l'économie et la nature. La recherche et la médiation étaient tout aussi importantes. Les conflits avec les autres musées provinciaux et la question de la signification de l'objet original étaient inévitables en raison du chevauchement des thèmes. Des médias pédagogiques innovants furent utilisés pour présenter les sujets d'une manière contemporaine et moderne. L'Institut central pour la promotion des musées d'histoire locale, qui lui était affilié, devait avoir une fonction consultative sur l'ensemble du territoire rhénan. La charge idéologique nazie du Rheinisches Museum fut encore soulignée par le changement de nom en »Haus der Rheinischen Heimat« (maison de la patrie rhénane), focalisant l'attention sur le terme »Heimat« (patrie). Après la Seconde Guerre mondiale, l'institution prit fin tôt en 1956.

Resümee. Das Rheinische Museum in Köln wurde am 21. Mai 1936 nach zehnjähriger Planung als Museum zu Forschungs- und Ausstellungszwecken eröffnet. Das Konzept wurde im Anschluss an die Jahrtausendausstellung in Köln von dem Kunsthistoriker Wilhelm Ewald entwickelt. Die gesamte kulturelle Entwicklung des Rheinlandes wurde durch interdisziplinäre Bereiche präsentiert, wie Kultur, Kunst, Wirtschaft und Natur. Forschung und Vermittlung standen gleichwertig nebeneinander. Konflikte mit den anderen Provinzialmuseen und die Frage nach der Bedeutung des Originalobjektes blieben wegen Überschneidungen der Themengebiete nicht aus. Innovative museumspädagogische Medien wurden eingesetzt, um die Inhalte zeitgemäß und modern zu präsentieren. Dem angegliederten Zentralinstitut zur Förderung von Heimatmuseen sollte eine rheinlandweite beratende Funktion zukommen. Die NS-ideologische Aufladung des Rheinischen Museums wurde durch seine Umbenennung in »Haus der Rheinischen Heimat« noch unterstrichen, wobei der Begriff »Heimat« im Vordergrund stand. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Institution 1956 ihr frühzeitiges Ende.

Auswahlbibliographie

Nach Vorarbeiten von Thomas Becker vom Archiv der Universität Bonn, Wolfgang Schaffer vom Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland, Georg Mölich vom LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte und Hans-Eckart Joachim, ehemaliger Mitarbeiter des LVR-LandesMuseums Bonn, wurde die folgende einführende Zusammenstellung mit den bibliographischen Angaben aus diesem Band zusammengestellt.

1. Die Kulturabteilung der Rheinprovinz

Ulrike Holdt, »Ungeeignete Kräfte mussten verschwinden«. Verfolgung und Widerstand im Provinzialverband der Rheinprovinz in der Zeit des Nationalsozialismus, Essen 2012.

Joachim Lilla, Der Provinzialausschuss der Rheinprovinz 1888 bis 1933, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das Alte Erzbistum Köln 214 (2011), S. 215–271.

Arie Nabrings, Kultur als kommunale Aufgabe. Entstehung und Aufbau von Kultureinrichtungen im Rheinland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Gerhard Rehm (Hrsg.), Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters, Bielefeld 2009, S. 299–330.

Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die ›Westforschung‹, in Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Bd. 2, Berlin 2003, S. 741–762.

Marie-Isabel Zirpel, »Hüterin und Mahnerin eines unvergänglichen Erbes …«. Konzepte regionaler Kulturpolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus am Beispiel des Rheinischen Provinzialverbandes (ungedr. Magisterarbeit), Münster 2008.

Georg Mölich, Rahmenbedingungen und Strukturen der Kulturpolitik des rheinisichen Provinzialverbandes nach dem ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann, Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 43–47.

1.1 Naturschutz

Hans-Werner Frohn, Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969, in: ders. / Jürgen Rosebrock / Friedemann Schmoll (Hrsg.), »Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?«. Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen, Bonn 2009, S. 39–124.

Hans-Werner Frohn, Naturkundliche Vereinigungen und Naturschutz. Pionierleistungen für den Artenschutz (1743–1990), in: ders. / Jürgen Rosebrock (Hrsg.), Ehrenamtliche Kartierungen für den Naturschutz. Historische Analysen, aktuelle Situation und Zukunftspotenziale, Bonn 2012, S. 37–84.

Hans-Werner Frohn, Naturschutz macht Staat – Staat macht Naturschutz. Von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen bis zum Bundesamt für Naturschutz – eine Institutionengeschichte, in: ders. / Friedemann Schmoll (Hrsg.), Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006, Bonn 2006, S. 85–313.

Almut Leh / Hans-Joachim Dietz, Im Dienst der Natur. Biographisches Lese- und Handbuch zur Naturschutzgeschichte in Nordrhein-Westfalen, Essen 2009.

Almut Leh, Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1975, Frankfurt a. M. und New York 2006.

Thomas M. Lekan, Imagining the nation in nature. Landscape preservation in German identity, 1885–1945 (zugl. Diss. Madison, Univ. of Wisconsin-Madison 1999), London 2004.

Dirk Lukaßen, Grüne Koalitionen. Naturkonzepte und Naturschutzpraxis in der Weimarer Republik, Siegburg 2010.

Joachim Radkau / Frank Uekötter (Hrsg.), Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2003.

1.2 Kunstschutz

Walter Bargatzky, Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg i. Br. 1987.

Henrike Bolte, Der rheinische Provinzialkonservator Franziskus Graf Wolff Metternich und der deutsche Kunstschutz 1940–1943. Erste Ergebnisse aus der archivischen Erschließung des Nachlasses, in: Annalen des historischen Vereins des Niederrheins 221 (2018), S. 205–231.

Hubert Fehr, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« des Militärischen Kunstschutzes in Belgien und Frankreich, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 401–410.

Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000.

Christina Kott, »Den Schaden in Grenzen halten …«. Deutsche Kunsthistoriker und Denkmalpfleger als Kunstverwalter im besetzten Frankreich, 1940–1944, in: Ruth Heftrig / Olaf Petere / Barbara Schellewald (Hrsg.), Kunstgeschichte im »Dritten Reich«. Theorien, Methoden, Praktiken, Berlin 2008, S. 362–392.

Christina Kott, Préserver l'art de l'ennemi? Le patrimoine artistique en Belgique et en France occupées, 1914–1918, Brüssel 2006.

Hans Möbius, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« in der Militärverwaltung Frankreich. Schlussbericht über die Tätigkeit 1940–1944, in: Bericht der Römisch-Germanischen Kommission 82 (2001), S. 474–483.

Josef Ruland (Hg.), Festschrift für Franz Graf Wolff Metternich (zum 80. Geburtstag), Neuss 1973.

1.3 Archive

Hans Budde / Peter K. Weber, 80 Jahre Archivberatung im Rheinland. Alte Aufgaben – Neue Herausforderungen, in: Wolfgang Schaffer (Hrsg.), 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Bonn 2009, S. 11–47.

Franz Herberhold, Archivpflege – wesenhafter Bestandteil der landschaftlichen Kulturpflege, in: Ludger Baumeister / Helmut Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung einer Landschaft. Initiativen und Aufgaben am Beispiel Westfalens, Stuttgart 1967, S. 133–176.

Mathis Leibetseder, Konkurrenz als handlungsleitendes Moment. Zur Politik der Preußischen Archivverwaltung auf dem Gebiet der Archivpflege, in: Sven Kriese (Hrsg.), Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933, Berlin 2015, S. 371–405.

Thomas Musial, Staatsarchive im Dritten Reich, Potsdam 1996.

Wolfgang Schaffer (Hrsg.), 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Bonn 2009.

Wolfgang Schaffer, Vom Archiv der Provinzialstände der Rheinprovinz zum Archiv des LVR, in: 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Archivhefte 38, Bonn 2009, S. 49–61.

Klaus Wisotzky, Die rheinischen und westfälischen Stadtarchive im Nationalsozialismus, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, Essen 2007, S. 354–371.

Klaus Wisotzky, Der Vollmer-Kisky-Streit. Nicht nur ein Kapitel rheinischer Archivgeschichte, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das Alte Erzbistum Köln 210 (2007), S. 181–222.

1.4 Vereine

Matthias Becher / Yitzhak Hen (Hrsg.), Wilhelm Levison (1876–1947). Ein jüdisches Forscherleben zwischen wissenschaftlicher Anerkennung und politischem Exil, Siegburg 2010.

Gabriele John, 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande, Köln 1991.

Gabriele John, Initiative von Privatleuten. 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinland, in: Rheinisches Landesmuseum Bonn 5 (1991), S. 65–74.

Stephan Laux, Zwischen Traditionalismus und ›Konjunkturwissenschaft‹: Der Düsseldorfer Geschichtsverein und die rheinischen Geschichtsvereine im Nationalsozialismus, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142, 1 (2005/2006), S. 107–157.

Udo Mainzer, Paul Clemen, der Begründer strategischer Partnerschaften für die Denkmalpflege. 100 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, in: Rheinische Heimatpflege 43, Nr. 4 (2006), S. 241–250.

Klaus Pabst, Die »Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Geschichtsvereine im Dritten Reich«, in: Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Bergisch Gladbach 1997, S. 109–133.

Klaus Pabst, Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815, in: Kurt Düwell / Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1. Von der Entstehung der Provinz bis zur Reichsgründung. Wuppertal 1983, S. 317–336.

Klaus Pabst, Landesgeschichte und Geschichtsvereine im Rheinland, in: Geschichte im Westen 7 (1992), S. 28–39.

Klaus Pabst, Thesen zur Entwicklung der Historischen Vereine in Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches, in: Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bensberger Protokolle 62, Bergisch Gladbach 1990, S. 34–39.

Klaus Pabst, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Der Historische Verein für den Niederrhein in der Zeit der beiden Weltkriege, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus (1914–1945), in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 207 (2004), S. 125–184.

Christoph Reichmann, Rudolf Stampfuß (1904–1978). Seine Bedeutung für die Rheinische Heimatpflege vor 1945, in: Wolfgang Cilleßen (Hrsg.), »Heimatliebe und Vaterlandstreue«. Niederrheinische Museen vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus, Wesel 2000, S. 58–66.

Josef Ruland (Hrsg.), Erhalten und Gestalten. 75 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Neuss 1981.

Josef Ruland, Kleine Chronik des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, in: Josef Ruland (Hrsg.), Erhalten und Gestalten. 75 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Neuss 1981.

Horst Sassin, Der bergische Geschichtsverein 1933–1945, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 100 (2002–2004), S. 161–252.

Horst Sassin, »… so kommen wir in das richtige Fahrwasser«: Der Bergische Geschichtsverein 1933–1945; Ergänzungen, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 101 (2005–2007), S. 171–201.

Karl Peter Wiemer, Ein Verein im Wandel der Zeit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz von 1906 bis 1970. Köln 2000.

2. Westforschung

Burkhard Dietz, Die interdisziplinäre »Westforschung« der Weimarer Republik und NS-Zeit als Gegenstand der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Überlegungen zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Geschichte im Westen 14 (1999), S. 189–209.

Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), 2 Bde., Münster 2003.

Nikola Doll, Politisierung des Geistes: Der Kunsthistoriker Alfred Stange und die Bonner Kunstgeschichte im Kontext nationalsozialistischer Expansionspolitik, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 979–1016.

Marc Engels, Medien als Ressource. Der Kölner Wirtschaftsraumforscher Bruno Kuske und die Medialisierung der Wissenschaft 1919–1955, in: Geschichte im Westen 23 (2008), S. 69–88.

Marc Engels, Die »Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes«. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachen 2007.

Hans Fenske, Griff nach dem Westen?, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 68 (2004), S. 225–230.

Uta Halle, Archäologie und »Westforschung«, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 383–406.

Hans-Paul Höpfner, Bonn als geistige Festung der Westgrenze. Zur Rolle und Bedeutung der »Westforschung« an der Universität Bonn 1933–1945, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 673–688.

Wilfried Maxim, »Frontabschnitte« der »Westforschung« in der Publizistik der Bonner Schule, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 715–740.

Thomas Müller, Der Gau Köln-Aachen und Grenzlandpolitik im Nordwesten des Deutschen Reiches, in: Jürgen John (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«, München 2007, S. 318–333.

Thomas Müller, Die Formierung des »Grenzraumes«. Die »Abteilung G« des Reichsinspekteurs und Landeshauptmanns Haake, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Münster 2003, S. 763–790.

Thomas Müller, Die transformierte Westgrenze. Der »deutsche Westraum« als grenzlandpolitisches Konzept, in: Gertrude Cepl-Kaufmann / Dominik Groß / Georg Mölich (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte im Rheinland unter besonderer Berücksichtigung von Raumkonzepten, Kassel 2008, S. 65–74.

Thomas Müller, Entgrenzte Nation und suspendierte Normalität. Das völkische »Grenzraum«-Konzept und seine Bedeutung für die Entgrenzung politischer Gewalt im Deutschen Reich, in: Christine Roll / Frank Pohle / Matthias Myrcek (Hrsg.), Grenzen und Grenzüberschreitungen. Bilanz und Perspektiven der Frühneuzeitforschung, Köln u. a. 2010, S. 51–88.

Thomas Müller, Grundzüge der Westforschung, in: Michael Fahlbusch (Hrsg.), Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert, Paderborn und München 2010, S. 87–118.

Thomas Müller, Imaginierter Westen. Das Konzept des »deutschen Westraums« im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus, Bielefeld 2009.

Peter K. Weber, Zur Zusammenarbeit des Landschaftsverbandes Rheinland mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, in: Karel Velle (Hrsg.), Liber amicorum Alfred Minke, Antwerpen 2011, S. 69–90.

Franziska Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992.

Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die ›Westforschung‹, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 741–762.

3. Wichtige Persönlichkeiten

Jan Bemmann, Kurt Tackenberg und die Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie an der Universität Bonn. Die Jahre 1937–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 353–387.

Henrike Bolte, Der rheinische Provinzialkonservator Franziskus Graf Wolff Metternich und der deutsche Kunstschutz 1940–1943. Erste Ergebnisse aus der archivischen Erschließung des Nachlasses, in: Annalen des historischen Vereins des Niederrheins 221 (2018) 205–231.

Eberhard Buttler, Werner Buttler – ein rheinischer Vorgeschichtler, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 215–226.

Nikola Doll, Mäzenatentum und Kunstförderung im Nationalsozialismus. Werner Peiner und Hermann Göring (zugl. Diss. Bochum 2003 u. d. T.: Nikola Doll, Die Hermann Göring-Meisterschule für Malerei [1937–1944]), Weimar 2009.

Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz: 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 49–68.

Johannes Gramlich, Die Thyssens als Kunstsammler. Investition und symbolisches Kapital (1900–1970) (zugl. Diss. München 2013), Paderborn 2015.

Hans-Eckart Joachim, Der Archäologe, Althistoriker und Museumsmann Harald von Petrikovits, in: Bonner Jahrbücher 212 (2012), S. 3–17.

Hans-Eckart Joachim, Eduard Neuffer. Archäologe und Museumsmann im Zwielicht, in: Bonner Jahrbücher 217 (2017), 3–14.

Hans-Eckart Joachim, Der Kunsthistoriker Franz Rademacher am Rheinischen Landesmuseum Bonn 1935–1959, in: Bonner Jahrbücher 214 (2014), S. 3–10.

Hans-Eckart Joachim, Der Museumsleiter Franz Oelmann. Ein Direktor in schwierigen Zeiten, in: Bonner Jahrbücher 216 (2016), S. 3–12.

Hans Eckart Joachim, Der Bonner Archäologe und Museumsleiter Hans Lehner, in: Bonner Jahrbücher 210/211 (2010/2011), S. 3–22.

Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Walter Kersten (1907–1944), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2013), S. 25–27.

Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Waldemar Haberey (1901–1985), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 2 (2014), S. 29–30.

Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Adolf Herrnbrodt (1913–1981), in: Berichte aus LVR-Landesmuseum Bonn 2 (2013), S. 28–30.

Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Rafael von Uslar (1908–2003), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2015), S. 28–30.

Stefan Kraus, Walter Bader. Denkmalpflege in schwerer Zeit, Bielefeld 2001.

Udo Mainzer (Hrsg.), Paul Clemen zur 125. Wiederkehr seines Geburtstages, Köln 1991.

Udo Mainzer, Paul Clemen, der Begründer strategischer Partnerschaften für die Denkmalpflege. 100 Jahre Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, in: Rheinische Heimatpflege 43, Nr. 4 (2006), S. 241–250.

Jürgen Merten, Wilhelm von Massow (1891–1949), in: Trierer Zeitschrift 54 (1991), S. 9–42.

Eduard Mühle, Für Volk und Deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

Franz Oelmann, Zum Gedächtnis Eduard Neuffers, Bonner Jahrbücher 155/156, 1955/1956, S. 6.

Horst Romeyk, Heinrich Haake (1892–1945), in: Rheinische Lebensbilder 17 (1997), S. 187–222.

Josef Ruland (Hg.), Festschrift für Franz Graf Wolff Metternich (zum 80. Geburtstag), Neuss 1973.

Jan Schleusener, Die Enteignung Fritz Thyssens. Vermögensentzug und Rückerstattung, Paderborn 2018.
Susanne Weiß, Rudolf Stampfuß. Sein Leben und Wirken für die rheinische Vor- und Frühgeschichte (Diss. Bonn 2011).
Marion Widmann, Aus der Hausgeschichte – Wilhelmine Hagen (1910–1996), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2014), S. 28–30.

4. Die Provinzialmuseen

Bettina Bouresh, Das modernste Museum seiner Zeit. Die Neuordnung des Provinzialmuseums in Bonn von 1930 bis 1939, in: Dieter Breuer / Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland, Paderborn 1997, S. 449–465.
Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939, Köln 1996.
Bettina Bouresh, Kunsterwerbungen im Rahmen der Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1939–1945, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933–1945, Magdeburg 2002, S. 41–52.
Bettina Bouresh, »Sammeln Sie also kräftig«, »Kunstrückführung« ins Reich – Im Auftrag der Rheinischen Provinzialverwaltung 1940–1945, in: Bazon Brock / Achim Preiß (Hrsg.), Kunst auf Befehl? Dreiunddreißig bis fünfundvierzig, München 1990, S. 59–75.
Nikola Doll, Die »Rhineland-Gang«. Netzwerke kunsthistorischer Forschung im Kontext des nationalsozialistischen Kunst- und Kulturgutraubes in Westeuropa (1939–1945), in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit den Kulturgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz, Magdeburg 2002, S. 51–80.
Reinhard Fuchs, Rheinisches Landesmuseum Bonn. 150 Jahre Sammlungen 1820–1970, Düsseldorf 1971, S. 1–162.
Heidi Gansohr-Meinel, Das Richtfest im Landesmuseum 1934. Vom »Gelehrten-Museum« zum »Volksmuseum« – Zum Wandel der Vermittlung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (Teil 1), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums 4 (2001), S. 73–79.
Heidi Gansohr-Meinel, Die Wiedereröffnung am 24. März 1935. Vom »Gelehrten-Museum« zum »Volksmuseum« – Zum Wandel der Vermittlung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (Teil 2), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums 1 (2002), S. 1–8.
Heidi Gansohr-Meinel, Die Wiedereröffnung am 26. April 1936. Vom »Gelehrten-Museum« zum »Volksmuseum« – Zum Wandel der Vermittlung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (Teil 3), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums 2 (2002), S. 25–32.
Heidi Gansohr-Meinel, »… eine ungewöhnliche Fülle von Zugängen …«. Das Rheinische Landesmuseum vom 1936 bis 1945 (Teil 1), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums 3 (2002), S. 53–60.
Heidi Gansohr-Meinel, Museumsarbeit bis zum Ende des Krieges. Das Rheinische Landesmuseum vom 1936 bis 1945 (Teil 2), in: Das Rheinische Landesmuseum Bonn. Berichte aus der Arbeit des Museums 4 (2002), S. 77–85.
Susanne Haendschke, Von dubiosen Schenkungen und seltsamen Ankäufen- NS-Raubgut in der Bibliothek? Ein Werkstattbericht (http://www.initiativefortbildung.de/pdf/NS_Raubgut2010/Haendschke.pdf).
Christina Hebben, Ein Museum unter dem Hakenkreuz. Das Rheinische Landesmuseum Trier im Spannungsfeld von Ideologie und Wissenschaft, in: Hans-Peter Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus, Trier 2002, S. 93–138.
Hans-Eckart Joachim, Der Archäologe, Althistoriker und Museumsmann Harald von Petrikovits, in: Bonner Jahrbücher 212 (2013), S. 3–17.
Hans-Eckart Joachim, Der Bonner Archäologe und Museumsleiter Hans Lehner, in: Bonner Jahrbücher 210/211 (2012), S. 3–22.
Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Walter Kersten (1907–1944), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2013), S. 25–27.
Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Waldemar Haberey (1901–1985), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 2 (2014), S. 29–30.
Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Adolf Herrnbrodt (1913–1981), in: Berichte aus LVR-Landesmuseum Bonn 2 (2013), S. 28–30.
Hans-Eckart Joachim, Aus der Hausgeschichte – Rafael von Uslar (1908–2003), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2015), S. 28–30.
Johanna Leistenschneider, Das Rheinische Landesmuseum Trier 1944–1946. Kriegsende und Neuanfang, in: Neues Trierisches Jahrbuch 1985, S. 77–87.

Bettina Leuchtenberg, Das Städtische Museum Trier in der NS-Zeit 1933–1945, in: Kurtrierisches Jahrbuch 52 (2012), S. 303–351.

Jürgen Merten, Das Rheinische Landesmuseum Trier 1920–1945. Ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann, Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Kreis-Tarden 2013, S. 183–201.

Hans-Peter Kuhnen, (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus, Trier 2002.

Harald von Petrikovitz, 15 Jahre Rheinisches Landesmuseum Bonn (1958–1973), in: Bonner Jahrbücher des Rheinischen Landesmuseums in Bonn und des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege im Landschaftsverband Rheinland und des Vereins von Altertumsfreunden im Rheinlande 173 (1973), S. 316–348.

Frank Unruh, »Einsatzbereit und opferwillig«. Drei Wissenschaftler des Rheinischen Landesmuseums Trier im Dienst in den besetzten Westgebieten (Wolfgang Dehn, Wolfgang Kimmig, Harald Koethe), in: Hans-Peter Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus, Trier 2002, S. 151–188.

Marion Widmann, Passion und Pathologie des Sammelns, in: Bonner Jahrbücher 205 (2005), S. 243–282.

Marion Widmann, Aus der Hausgeschichte – Wilhelmine Hagen (1910–1996), in: Berichte aus dem LVR-Landesmuseum Bonn 1 (2014), S. 28–30.

5. Andere Museen

Beatrix Alexander, Museum im Herzen der Stadt. Die Geschichte des Kölnischen Stadtmuseums, Köln 2009 (unveröff. Manuskript).

Tobias Arand, Museumsgründungen im Umfeld der Jahrtausendfeier der deutschen Rheinlande 1925 – Ein Beitrag zur Identitätsstiftung im rheinisch-bergischen Raum? Die Beispiele der Heimatmuseen in Mettmann, Königswinter und Remscheid, in: Geschichte im Westen 17 (2002), S. 182–201.

Georg Blochmann, Das Wunder von Köln. Zum Wiederbeginn der Kölner Museen nach dem Kriege, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (Hrsg.), Kunst und Kultur in Köln nach 1945. Musik, Theater, Tanz, Literatur, Museen, Köln 1996, S. 190–205.

Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930, Essen 2009.

Rainer Budde, Das Wallraf-Richartz-Museum und seine Sammlungen, in: Wallraf-Richartz-Museum Köln. Von Stefan Lochner bis Paul Cézanne. 120 Meisterwerke der Gemäldesammlung, Köln und Mailand 1986, S. 9–30.

Uta Gerlach-Laxner, Die »Entartete Kunst« im Wallraf-Richartz-Museum und die Kunstpolitik der Nationalsozialisten, in: Kölner Museums-Bulletin 4 (1987), S. 13–23.

Martin Griepentrog, Kulturhistorische Museen in Westfalen (1900–1950). Geschichtsbilder, Kulturströmungen, Bildungskonzepte. Paderborn 1998, S. 124–140.

Ute Haug, Der Kölnische Kunstverein im Nationalsozialismus. Struktur und Entwicklung einer Kunstinstitution in der kulturpolitischen Landschaft des »Dritten Reichs«, Diss. Aachen, 1998.

Ute Haug, Köln und die zeitgenössische bildende Kunst im »Dritten Reich«, in: Geschichte in Köln, Nr. 47 (2000), S. 71–106.

Katrin Hieke, Im Spannungsfeld von Politik, Innovation und Tradition. Das Rheinische Museum / Haus der Rheinischen Heimat in Köln 1925–1956, Berlin 2018.

Marcus Leifeld, Das Wallraf-Richartz-Museum in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Thomas Ketelsen / Jasmin Hartmann (Hrsg.), Provenienz Macht Geschichte. Ankäufe deutscher Zeichnungen des 19. Jahrhunderts im Nationalsozialismus, Köln 2015, S. 11–22.

Britta Olényi von Husen / Marcus Leifeld, Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum an der westlichen Grenze des Deutschen Reiches und der Kunsthändler Hildebrand Gurlitt, Onlinepublikation.

Martin Roth, Heimatmuseum und nationalpolitische Erziehung, in: Helge Gerndt (Hrsg.), Volkskunde und Nationalsozialismus. Referate und Diskussionen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde München, 23. bis 25. Oktober 1986, München 1987, S. 185–199

Martin Roth, Heimatmuseum. Zur Geschichte einer deutschen Institution, Berlin 1990.

Rudolf Stampfuß, Der Verband der Rheinischen Heimatmuseen in der Vergangenheit und Gegenwart, in: Rheinische Heimatpflege 1 (1964), S. 2–12.

Max Tauch, Ein Kölner Museumsmann: Wilhelm Ewald (1878–1955), in: Kölner Museums-Bulletin 4 (1988), S. 32–37.

Max Tauch, Vor 50 Jahren verstorben: Wilhelm Ewald – Erster Neusser Museumsdirektor, in: Jahrbuch für den Kreis Neuss (2005), S. 94–103.

Katja Terlau, Das Wallraf-Richartz-Museum in der Zeit zwischen 1933–1945, in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933–1945, Kolloquium vom 11. und 12. Dezember 2001 in Köln. Die eigene Geschichte.

Provenienzforschung an deutschen Kunstmuseen im internationalen Vergleich. Tagung vom 20. bis 22. Februar 2002 in Hamburg, Bd. 2, Magdeburg 2002, S. 21–29.

Katja Terlau, Das Wallraf-Richartz-Museum und seine Ankaufpolitik 1933–1945. Vorläufiger Forschungsbericht, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 62 (2001), S. 277–292.

Horst-Johannes Tümmers / Horst Vey, Otto H. Förster, 1894–1975, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 38 (1976) S. 7–16.

Heiko Zielke, »Die große Masse des Volkes wirtschaftlich denken lehren«. Zur Geschichte des Düsseldorfer Reichs- und Landesmuseums für Wirtschaft 1926 bis 1958, in: Geschichte im Westen 15 (2000), S. 65–94.

6. Universitäten

Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002.

6.1 Uni Bonn

Thomas P. Becker, (Hrsg.), Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008.

Klaus Borchard, (Hrsg.), Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstunde anläßlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht, Bonn 1999.

Nikola Doll / Christian Fuhrmeister / Michael H. Sprenger (Hrsg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte einer Wissenschaft zwischen 1930 und 1960, Weimar 2005.

Edith Ennen, Hermann Aubin und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34 (1970), S. 9–42.

Ralf Forsbach, »Des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.« Der Entzug von Doktorgraden während des Nationalsozialismus und die Rehabilitierung der Opfer am Beispiel der Universität Bonn, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 67 (2003), S. 284–299.

Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006.

Ernst Friesenhahn, Juristen und Nationalökonomen an der Universität Bonn, Bonn 1970.

Heidi Gansohr-Meinel, Die Landesstelle des Atlas der deutschen Volkskunde in Bonn und ihre Bedeutung für die rheinische »Volks-« und »Grenzlandforschung« der zwanziger und dreißiger Jahre, in: Rheinische Vierteljahresblätter 59 (1995), S. 271–303.

Manfred Groten / Andras Rutz (Hrsg.), Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Göttingen 2007.

Hans-Paul Höpfner, Bonn als geistige Festung der Westgrenze. Zur Rolle und Bedeutung der »Westforschung« an der Universität Bonn 1933–1945, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Berlin 2003, S. 673–688.

Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999.

Hans-Paul Höpfner, Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn 1933–1945, in: Bonner Geschichtsblätter 43/44 (1993/94, 1996), S. 447–487.

Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1995, München und Wien 1974.

Johanna Kinne, Das akademische Kunstmuseum der Universität Bonn unter der Direktion von Georg Loeschcke von 1889 bis 1912 (zugl. Diss. Bonn, 2003), Petersberg 2004.

Heinrich Lützeler, An der Bonner Universität 1921–1968, in: Ein Gruß von Heinrich Lützeler, Privatdruck Bonn 1969, S. 40–71.

Marlene Nikolay-Panter, Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze, in: Manfred Groten / Andreas Rutz (Hrsg.), Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Göttingen 2007, S. 11–38.

Marlene Nikolay-Panter, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Der Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum 1919–1960, Münster 2003, S. 689–714.

Marlene Nikolay-Panter / Wilhelm Janssen / Wolfgang Herborn (Hrsg.), Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Regionale Befunde und raumübergreifende Perspektiven. Georg Droege zum Gedenken, Köln 1994.

Marlene Nikolay-Panter, Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande von seiner Gründung im Jahre 1920 bis zum Beginn der 30er Jahre. Ein Überblick, in: Wolfgang Isenberg (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im

Rheinland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Bergisch-Gladbach 1997, S. 57–71.
Marlene Nikolay-Panter, Der Steinbach-Lehrstuhl an der Universität Bonn und seine Wiederbesetzung (1960–1962), in: Benedikt Mauer (Hrsg.), Das Heute hat Geschichte. Forschungen zur Geschichte Düsseldorfs, des Rheinlands und darüber hinaus. Festschrift für Clemens von Looz-Corswarem zum 65. Geburtstag, Essen 2012, S. 279–295.
Marlene Nikolay-Panter, Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Gründung und frühe Jahre, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 65 (2001), S. 374–399.
Marlene Nikolay-Panter, Die »Rheinischen Vierteljahrsblätter«. Autorenkreise und Netzwerke. Ein Überblick, in: Thomas Küster (Hrsg.), Medien des begrenzten Raumes. Landes- und regionalgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn und München 2013, S. 187–207.
Marlene Nikolay-Panter, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1948, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 60 (1996), S. 233–262.
Marlene Nikolay-Panter, Kontinuität und Wandel. Die Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung in Bonn (1949/50–1969), in: Norbert Moczarski (Hrsg.), Thüringische und Rheinische Forschungen. Bonn – Koblenz – Weimar – Meiningen. Festschrift für Johannes Mötsch zum 65. Geburtstag, Leipzig 2014, S. 502–526.
Manfred van Rey, Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: Bonner Universitätsblätter 1995, S. 29–45.
Andreas Rutz, Auswandererforschung im Nationalsozialismus. Joseph Scheben und das Deutsche Ausland-Institut, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 105 (2018), S. 34–63.
Thomas Schirrmacher, »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuauflage, Bonn 2000.
Mathias Schmöckel, (Hrsg.), Die Juristen der Universität Bonn im »Dritten Reich«, Köln, Weimar und Wien 2004.
Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder die ›unhörbare Stimme des Blutes‹, in: Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, S. 89–113.
Adelheid Schruttka-Rechtenstamm, Die Volkskunde an der Universität Bonn von 1900 bis 1950. Ein Beitrag zur Institutionengeschichte im Rheinland, in: Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde 28 (1989/90, 1991), S. 69–87.

6.2 Uni Köln

Frank Golczewski, Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze, Köln und Wien 1988.
Leo Haupts, Die Universität zu Köln im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, Köln 2007.
Leo Haupts, Die »Universitätsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung« und die politische Indienstnahme der Forschung durch den NS-Staat. Das Beispiel der Universität zu Köln, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 68 (2004), S. 172–200.
Leo Haupts, Lebensraum im Westen. Der Beitrag der Universität zu Köln speziell in der »Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung«, in: Gertrude Cepl-Kaufmann / Dominik Groß / Georg Mölich (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte im Rheinland unter besonderer Berücksichtigung von Raumkonzepten, Kassel 2008, S. 75–106.
Leo Haupts, Universität im nationalsozialistischen Fahrwasser. Der Fall des »Rheinischen Provinzialinstituts für Sippen- und Volkskörperforschung an der Universität Köln« – Alltagsmisere im Dritten Reich, in: Peter Hanau (Hrsg.), Engagierte Verwaltung für die Wissenschaft. Festschrift für Johannes Neyses, Kanzler der Universität zu Köln zum 60. Geburtstag, Köln 2007, S. 149–170.
Bernd Heimbüchel, Die neue Universität. Selbstverständnis – Idee und Verwirklichung, in: ders. / Klaus Pabst (Hrsg.), Das 19. und 20. Jahrhundert (Kölner Universitätsgeschichte, Band 2), Köln 1988, S. 101–692.
Michael Löffelsender, Möglichkeiten und Grenzen eines nationalsozialistischen Modefachs. Deutsche Volkskunde an der Universität Köln 1919–1945, in: Geschichte im Westen (2008), S. 89–117.
Martina Schäfer, Die Geschichte des Instituts für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Köln 1925–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 315–330.
Martina Schäfer, Herbert Kühn und die Gründerjahre des Kölner UFG-Instituts 1920–1935, In: Johann Callmer u. a. (Hrsg.), Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie als akademisches Fach (1890–1930) im europäischen Vergleich. Internationale Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 13.–16. März 2003, Rahden 2006, S. 117–126.

Thomas Schirrmacher, »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuauflage, Bonn 2000.

7. Archäologie

Jan Bemmann, Kurt Tackenberg und die Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie an der Universität Bonn. Die Jahre 1937–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 353–387.

Eberhard Buttler, Werner Buttler – ein rheinischer Vorgeschichtler, in: Jürgen Kunow Thomas Otten /Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 215–226.

Hubert Fehr, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« des Militärischen Kunstschutzes in Belgien und Frankreich, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 401–410.

Hubert Fehr, Germanen und Romanen im Merowingerreich. Frühgeschichtliche Archäologie zwischen Wissenschaft und Zeitgeschehen, Berlin 2010.

Uta Halle, »Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!«. Prähistorische Archäologie im Dritten Reich, Bielefeld 2002.

Werner Krämer, Gerhard Bersu – ein deutscher Prähistoriker, 1889–1964, in: Bericht der Römisch Germanischen Kommission 82 (2001), S. 5–104.

Stefan Kraus, Die Entstehung und Entwicklung der staatlichen Bodendenkmalpflege in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, Aichwald 2012.

Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis Karden 2013.

Hans Möbius, Das Referat »Vorgeschichte und Archäologie« in der Militärverwaltung Frankreich. Schlussbericht über die Tätigkeit 1940–1944, in: Bericht der Römisch-Germanischen Kommission 82 (2001), S. 474–483.

Jean-Pierre Legendre (Hrsg.), L'archéologie national-socialiste dans les pays occupés à l'ouest du Reich, Gollion 2007.

Thomas Otten, Einführung in die Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 19–25.

Martina Schäfer, Die Geschichte des Instituts für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Köln 1925–1945, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 315–330.

Martina Schäfer, Herbert Kühn und die Gründerjahre des Kölner UFG-Instituts 1920–1935, In: Johann Callmer u. a. (Hrsg.), Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie als akademisches Fach (1890–1930) im europäischen Vergleich. Internationale Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 13.–16. März 2003, Rahden 2006, S. 117–126.

8. Allgemeines

Frank Bajohr, »Arisierung« als gesellschaftlicher Prozess. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und »arischer« Erwerber, in: Peter Hayes / Irmtrud Wojak (Hrsg.), »Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt am Main und New York 2000, S. 15–30

Hans-Joachim Behr, Die preußischen Provinzialverbände. Verfassung, Aufgaben, Leistung, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 11–44.

Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im Nationalsozialistischen Herrschaftssystem, München 2006.

Reinhard Bollmus, Amt Rosenberg, in: Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 5. Aufl. 2007, S. 400–402.

Dieter Breuer, Öffentlichkeit der Moderne – die Moderne der Öffentlichkeit**.** Das Rheinland 1945–1955, Essen 2000.

Britta Bußmann / Thomas Küster, 75 Jahre Landeskunde und Regionalgeschichte. Gesamtverzeichnis der Ver-

öffentlichungen aus dem Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volkskunde und dem Westfälischen Institut für Regionalgeschichte, Münster 2004.
Karl Ditt, Der Kulturdezernent Ernst Kühl 1888–1972, in: Westfälische Forschungen 38 (1988), S. 273–296
Karl Ditt, Der Raum Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert als Gegenstand der Kulturpolitik, in: Wilfried Reininghaus / Bernd Walter (Hrsg.), Räume – Grenzen – Identitäten. Westfalen als Gegenstand landes- und regionalgeschichtlicher Forschung, Paderborn 2013, S. 139–170.
Karl Ditt, Die deutsche Heimatbewegung 1871–1945, in: Will Cremer / Ansgar Klein (Hrsg.), Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bd. 1, Bonn 1990, S. 135–154.
Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Deutschen Städtetages 1947–2010, in: ders. / Cordula Obergassel (Hrsg.), Vom Bildungsideal zum Standortfaktor. Städtische Kultur und Kulturpolitik in der Bundesrepublik, Paderborn 2012, S. 335–369.
Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1886 bis 1945, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 253–271.
Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73–176
Karl Ditt, »Mit Westfalengruß und Heil Hitler«. Die westfälische Heimatbewegung 1918–1945, in: Edeltraut Klueting (Hrsg.), Antimodernismus und Reform. Beiträge zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 191–215.
Karl Ditt, Prinzipien und Perspektiven Landschaftlicher Kulturpolitik in Westfalen, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 52 (2000), S. 30–42.
Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.
Karl Ditt, Volkstum und Heimat. Wilhelm Schulte in der westfälischen Heimatbewegung und Landesgeschichte, in: Westfälische Forschungen 66 (2016), S. 217–319.
Karl Ditt, Was ist ›westfälisch‹?, in: Westfälische Forschungen 52 (2002), S. 45–94.
Karl Ditt, Zwischen Raum und Rasse. Die »moderne Landesgeschichte« während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Enno Bünz (Hrsg.), 100 Jahre Landesgeschichte (1906–2006). Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen, Leipzig 2012, S. 161–195.
Nikola Doll / Christian Fuhrmeister / Michael H. Sprenger (Hrsg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte einer Wissenschaft zwischen 1930 und 1960, Weimar 2005.
Martin Dröge, Karl Friedrich Kolbow. Landeshauptmann der Provinz Westfalen während der NS-Zeit – eine Lebensgeschichte und deren Lesarten nach 1945, in: Geschichte im Westen 23 (2008), S. 205–219
Kurt Düwell, Universitäten, Schulen und Museen. Adenauers wissenschafts- und bildungspolitische Bestrebungen für Köln und das Rheinland (1917–1932), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 167–206.
Heidi Gansohr-Meinel, »Fragen an das Volk«. Der Atlas der deutschen Volkskunde 1928–1945. Ein Beitrag zur Geschichte einer Institution, Würzburg 1993.
Ingo Haar, »Kämpfende Wissenschaft«. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme, in: Winfried Schulze (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999, S. 215–240.
Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008.
Guido Müller, Westliche und deutsche Einflüsse in den Strukturen der rheinischen Kulturinstitutionen im Jahrzehnt nach 1945, in: Dieter Breuer (Hrsg.), Öffentlichkeit der Moderne – die Moderne der Öffentlichkeit, Essen 2000, S. 13–23.
Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002.
Thomas Höpel, Von der Kunst- zur Kulturpolitik. Städtische Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich 1918–1939, Stuttgart 2007.
Wolfgang Jacobeit / Hannjost Lixfeld / Olaf Bockhorn (Hrsg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994.
Ludwig Jäger, Seitenwechsel. Der Fall Schneider/Schwerte und die Diskretion der Germanistik, München 1998.
Michael H. Kater, Das Ahnenerbe der SS. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reichs, Stuttgart 1974.
Birgit Kilp, Josef Haubrich. Ein Anwalt der Kunst. Der Kölner Rechtsanwalt, Politiker und Sammler (1889–1961) im Spiegel von Dokumenten, Zeitzeugenberichten und Selbstzeugnissen, Köln 2016.
Karl-Heinz Keldungs, Das Oberlandesgericht in der Zeit des Dritten Reiches, in: Anne-José Paulsen (Hrsg.), 100 Jahre Oberlandesgericht Düsseldorf. Festschrift, Berlin 2006, S. 3–25.
Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich, 2007.
Tilman Koops, Die rheinische Tausendjahrfeier 1925, in: Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichts-

kultur im Rheinland zwischen Kaiserzeit und Nationalsozialismus, Bensberg 1997, S. 73–87.

Achim Leube, Prähistorie zwischen Kaiserreich und wiedervereinigtem Deutschland, Bonn 2010.

Achim Leube, Das »Ahnenerbe« der SS und die deutsche Prähistorie. Die archäologischen Ausgrabungen, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 97–124.

Jürgen Lillteicher, Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Studie über Verfolgungserfahrung, Rechtsstaatlichkeit und Vergangenheitspolitik (1945–1971), Freiburg 2002.

Gisela Mettele / Andreas Schulz (Hrsg.), Preußen als Kulturstaat im 19. Jahrhundert, Paderborn 2015.

Nagel, Anne: Kultuspolitik im Nationalsozialismus. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Aräologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Treis-Karden 2013, S. 69–76.

Herbert Neseker, Kulturpflege des LWL. Standortbestimmungen und neue Herausforderungen, in: ders., Stationen kommunaler Selbstverwaltung in Westfalen-Lippe. Ausgewählte Reden des Landesdirektors Herbert Neseker, Münster 1991, S. 163–187.

Katinka Netzer, Landschaftliche Kulturpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, in: Westfälische Forschungen 58 (2008), S. 525–560.

Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993.

Helmut Rönz, Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband, in: Christoph Becker / Peter Fassl (Hrsg.), Die Höheren Kommunalverbände in Deutschland – Modell und Zukunft, Berlin 2017, S. 21–38.

Josef Ruland, Kulturpflege in der Rheinprovinz, in: Walter Först (Hrsg.), Das Rheinland in preußischer Zeit. Köln 1965, S. 187–204.

Christoph Schmidt, Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933–1945) (zugl. Diss. Münster, 2003 u. d. T.: Zwischen reichspolitischem Dirigismus und lokaler Teilautonomie. Kommunale NS-Kulturpolitik im ParteigauWestfalen-Nord [1933–1945]), Paderborn 2006.

Winfried Schmitz, Charcharbarius, Axpara und Papst Cyriacus. Ein mittelalterliches Archiv antiker Märtyrer im Benediktinerkloster Köln-Deutz, in: Astrid Steiner-Weber (Hrsg.), Bilder der Antike, Göttingen 2007.

Günter Schöbel, Die Einflussnahme des »Amtes Rosenberg« auf die Rheinprovinz, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920-1945, Treis-Karden 2013, S. 77–96.

Pia Schölnberger / Sabine Loitfellner (Hrsg.), Bergung von Kulturgut im Nationalsozialismus. Mythen – Hintergründe – Auswirkungen, Wien 2016.

Martina Steber, Fragiles Gleichgewicht. Die Kulturarbeit der Gaue zwischen Regionalismus und Zentralismus, in: Jürgen John u. a. (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«, München 2007, S. 141–158.

Birgit Schwarz, Auf Befehl des Führers. Hitler und der NS-Kunstraub, Darmstadt 2014.

Charlotte Tacke, Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995.

Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987.

Hans-Ulrich Thamer, Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 349–381.

Judith Tralles, Die Fotokampagnen des Preußischen Forschungsinstituts für Kunstgeschichte während des Zweiten Weltkrieges, in: Nikola Doll / Christian Fuhrmeister / Michael H. Sprenger (Hrsg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus, Weimar 2005, S. 263–282.

Christoph Zuschlag, »Entartete Kunst«. Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland, Worms 1995.